

Marcel Huber

Zäsuren

Was nach Inkrafttreten der Kapitulation
des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945
im Laufe von 81 Jahren für Aufsehen sorgte

Eine Chronik in fünf Bänden
Vierter Band: 2000 bis 2020

Vorbemerkungen

- Dieses Nachschlagewerk listet markante Ereignisse vom 8. Mai 1945 bis 8. Mai 2026 auf.
- Der Rückblick dient als Gedankenstütze im wertfreien Nachrichtenstil.
- Als Quellen dienten hauptsächlich Tageszeitungen.
- Massgebend ist die Ortszeit des Ereignisses.
- Als Orientierungshilfe dienen die einleitenden Stichwörter.
- Empfohlen wird die Benutzung der Suchfelder.
- Schreibweisen und Akzente: Die Akzente in Fremdsprachen – französisch, italienisch, spanisch, portugiesisch, serbo-kroatisch, polnisch, ungarisch, rumänisch, tschechisch, slowakisch, türkisch, isländisch usw. – werden so weit wie möglich berücksichtigt.
Beispiel: Milošević (*Milosevic*).
- In Suchfeldern werden Eintragungen ohne Akzente empfohlen. Beispiel Milosevic statt Milošević.
- Bei japanischen Namen steht der Familienname an erster Stelle. Beispiel: Abe Shinzo

Der Chronist: Marcel Huber*

14.05.2026

* Marcel Huber, geboren 1945, war von 1979 bis 2010
Auslandredaktor der «Berner Zeitung».

2000

Kroatien

Politische Wende in Kroatien (**3.1.2000**): Die bisher regierende nationalkonservative Kroatische Demokratische Union (HDZ) verliert bei der Parlamentswahl 29 Mandate und muss in die Opposition. Das Bündnis aus Sozialdemokraten (SDP) und Sozialliberalen (HSLs) gewinnt zusammen 68 der 151 Sitze. Die HDZ muss sich mit 46 Mandaten begnügen. 17 Sitze gewinnt die Bauernpartei (HSS),

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Schauspieler und Regisseur Bernhard Wicki stirbt im Alter von 80 Jahren (**5.1.2000**).

Ecuador

Der ecuadorianische Staatspräsident Jamil Mahuad Witt kündigt vor dem Hintergrund einer schweren Finanzkrise die Einführung des US-Dollars als nationale Währung anstelle des Sucre an (**9.1.2000**).

Deutschland

Die Bonner Staatsanwaltschaft eröffnet in der CDU-Parteispendenaffäre ein offizielles Ermittlungsverfahren gegen den früheren deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl wegen des Verdachts der Untreue zum Nachteil seiner Partei (**3.1.2000**). Kurz darauf legt Kohl sein Amt als Ehrenvorsitzender der Christlich Demokratischen Union nieder (18.1.2000).

Auch der ehemalige hessische CDU-Vorsitzende Manfred Kanther ist in eine Parteispendenaffäre verwickelt. Er räumt ein, geheime Auslandskonten eingerichtet zu haben (14.1.2000).

Chile

Mit einem Stimmenanteil von 51,31 Prozent geht Ricardo Lagos von der Mitte-links-Allianz Concertación de Partidos por la Democracia als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt in Chile hervor (**16.1.2000**). Sein Herausforderer Joaquín Lavín (Lavín) vom Mitte-rechts-Bündnis Alianza por Chile erhält 48,69 Prozent der Stimmen.

Ecuador

Putsch in Ecuador: Der 1998 gewählte Staatspräsident Jamil Mahuad Witt wird von der Armee abgesetzt (**21.1.2000**). Nachfolger wird Vizepräsident Gustavo Noboa Bejarano. Er hält an der Dollarisierung fest.

Kroatien

Regierungswechsel in Kroatien (**27.1.2000**): Der Sozialdemokrat und frühere Ex-Kommunist Ivica Račan (*Racan*) wird neuer Ministerpräsident. Seine Sozialdemokratische Partei (SDP) war zusammen mit der verbündeten Sozialliberalen Partei (HSLs) als Siegerin aus der Parlamentswahl am 3. Januar hervorgegangen. Seine Regierung erhält ausserdem die Unterstützung einer Viererkoalition aus Bauernpartei (HSS), der Volkspartei (HNS), der Liberalen Partei (LS) und der Istrischen Demokratischen Versammlung (IDS).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der österreichische Pianist Friedrich Gulda stirbt im Alter von 69 Jahren (**27.1.2000**).

Tschetschenien/Russland

Russische Streitkräfte rücken nach wochenlangen schweren Kämpfen in die tschetschenische Hauptstadt Grosny ein (**1.2.2000**). Moskau verkündet den Sieg gegen die Rebellen. Doch diese setzen ihren Widerstand fort.

Österreich

EU

Politische Wende in Österreich mit Belastungen zur EU (**4.2.2000**): Die konservative Volkspartei (ÖVP) und die rechtspopulistische Freiheitliche Partei (FPÖ) bilden eine Koalitionsregierung. Die Sozialdemokratische Partei (SPÖ) geht nach 30 Jahren in die Opposition. Bundeskanzler wird Aussenminister Wolfgang Schüssel (ÖVP). FPÖ-Chef Jörg Haider wird nicht Mitglied der schwarz-blauen Regierung. Vizekanzlerin wird Susanne Riess-Passer.

Die Bildung der schwarz-blauen Koalition löst wegen der Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen auf internationaler Ebene Unmut aus. Die Regierungen der 14 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) haben bereits einige Tage zuvor (31.1.2000) beschlossen, „keinerlei offizielle bilaterale Kontakte auf politischer Ebene mit einer österreichischen Regierung unter Einbindung der FPÖ zu betreiben oder akzeptieren“. Die Massnahmen werden nach Einsetzung einer Untersuchungskommission (Die Drei Weisen) am 12. September 2000 aufgehoben.

Finnland

Finnland erhält erstmals eine Staatspräsidentin (**6.2.2000**). Aussenministerin Tarja Halonen gewinnt die Präsidentenwahl in der Stichwahl mit einem Stimmanteil von 51,6 Prozent. Die Sozialdemokratin kann sich damit gegen den ehemaligen Regierungschef Esko Aho von der Zentrumsparterie (KESK) durchsetzen.

Kroatien

Stjepan Mesić (*Mesic*), der letzte Präsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Kroatien hervor (**18.2.2000**). Mesić erhält in der Stichwahl 56 Prozent der Stimmen. Er kandidierte für die Kroatische Volkspartei.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der österreichische Künstler und Architekt Friedensreich Hundertwasser stirbt im Alter von 71 Jahren (**19.2.2000**).

Grossbritannien/Chile

Der britische Innenminister Jack Straw ordnet die Freilassung des seit rund 500 Tagen unter Hausarrest stehenden ehemaligen chilenischen Machthabers Augusto Pinochet an (**2.3.2000**). Straw begründet seinen Entscheid mit dem gesundheitlichen Zustand Pinochets.

Pinochet war am 16. Oktober 1998 auf der Grundlage eines Ermittlungsverfahrens des spanischen Untersuchungsrichters Baltasar Garzón (Garzon) in London festgenommen und unter Hausarrest gestellt worden. Spanien und andere Länder forderten die Auslieferung Pinochets wegen Menschenrechtsverletzungen. Pinochet wird bei der Rückkehr nach Santiago mit allen militärischen Ehren empfangen (3.3.2000). Obwohl mit zahlreichen Verfahren konfrontiert, entgeht Pinochet der Justiz. Er wird für die Verbrechen während seiner Militärdiktatur nie rechtskräftig verteilt. Pinochet stirbt am 10.12.2006 im Alter von 91 Jahren

Norwegen

Die norwegische Regierung unter Führung von Kjell Mage Bondevik von der Christlichen Volkspartei tritt nach verllorener Vertrauensabstimmung im Parlament zurück (**3.3.2000**). Neuer Regierungschef wird Jens Stoltenberg von der Arbeiterpartei.

USA

Börsen/Dotcom-Blase

Die US-Technologiebörse Nasdaq erreicht mit 5133 Punkten ihren Höhepunkt (**10.3.2000**). Am Montag darauf (13.3.2000) beginnt die Talfahrt – die sogenannte Dotcom-Blase platzt.

Vatikan

Römisch-katholische Kirche

Papst Johannes Paul II. legt ein Schuldbekenntnis ab und bittet um Vergebung für Sünden und Irrtümer, die Katholiken im Namen ihres Glaubens an ihren Mitmenschen begangen haben (**12.3.2000**).

Tadschikistan

Bei der Parlamentswahl in Tadschikistan (27.2. und **12.3.2000**) erringt die Volksdemokratische Partei von Präsident Emomali Rachmanow die absolute Mehrheit (36 der 63 Sitze). Die Kommunistische Partei, bisher stärkste politische Kraft, muss sich mit dem zweiten Platz begnügen. Die Volksdemokratische Partei bleibt fortan die herrschende Kraft im Parlament.

Ukraine

Katastrophen/Bergbau-, Bergwerkkatastrophen

Bei einer Katastrophe in einem Steinkohlebergwerk im Donbass in der Ukraine kommen 81 Menschen ums Leben (**12.3.2000**).

Sektendrama

Uganda

Hunderte Anhänger der Weltuntergangssekte „Die Zehn Gebote Gottes“ sterben bei einem Massensuizid im Südwesten Ugandas. Von über tausend Toten ist die Rede (**18.3.2000**).

China (Republik China/Taiwan)

Mit Chen Shui-bian wird in der Republik China/Taiwan erstmals ein Oppositionskandidat zum Präsidenten gewählt. Er erhält rund 39 Prozent der Stimmen. Der Kandidat der Demokratischen Fortschrittspartei (Democratic Progressive Party) verweist den Mitbewerber der Regierungspartei Kuomintang auf den dritten Platz. Es handelt sich um die zweite Direktwahl des Staatspräsidenten (**18.3.2000**).

Senegal

In Senegal geht Oppositionsführer Abdoulaye Wade als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. In der Stichwahl schlägt er mit einem Stimmenanteil von 58,5 Prozent den Amtsinhaber Abdou Diouf, der 19 Jahre an der Macht war (**19.3.2000**).

Russland

Wladimir Putin wird zum neuen russischen Präsidenten gewählt. Der bisherige Ministerpräsident erhält 52,94 Prozent der Stimmen. Auf den kommunistischen Kandidaten Gennadi Sjuganow entfallen 29,21 Prozent (**26.3.2000**).

Kanada

Neue Partei in Kanada: Nach der Auflösung der Reform Party entsteht die ebenfalls konservative Canadian Alliance (**27.3.2000**).

Deutschland

Angela Merkel wird neue Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union (CDU) anstelle von Wolfgang Schäuble (10.4.2000).

Lettland

Lettlands Ministerpräsident Šķēle (*Skele*) von der konservativen Volkspartei tritt nach Koalitionsstreitigkeiten zurück und kommt damit einem Misstrauensvotum im Parlament zuvor (12.4.2000).

Ruanda

Das ruandische Parlament wählt Paul Kagame zum Staatschef. Damit wird erstmals seit der Unabhängigkeit ein Tutsi Staatspräsident von Ruanda (17.4.2000).

Italien

Sieben Jahre nach seinem Rücktritt wird Giuliano Amato erneut italienischer Ministerpräsident (25.4.2000). Amato tritt die Nachfolge von D'Alema an, der wegen schlechten Abschneidens seines Linksbündnisses bei den Regionalwahlen sein Amt niederlegte (19.4.2000). Amato leitet als Parteiloser eine Mitte-links-Regierung. Ihr gehören die Democratici di Sinistra/DS, der Partito Popolare Italiano/PPI, der Rinnovamento Italiano/RI, die Unione Democratici per l'Europa/Udeur, der Partito dei Comunisti Italiani/PdCI, die Socialisti Democratici Italiani/SDI, i democratici und die Federazione dei Verdi an.

Simbabwe

Der Machthaber von Simbabwe, Robert Mugabe, kündigt die Enteignung von Farmen weisser Besitzer an (3.5.2000). Zunächst ist von rund 800 Farmen die Rede, die an landlose Schwarze verteilt werden sollen, einige Wochen später von 3000.

Türkei

Das türkische Parlament wählt den Verfassungsrichter Ahmet Necdet Sezer zum neuen Staatsoberhaupt (5.5.2000).

Lettland

In Lettland ersetzt Andris Bērziņš (*Berzins*) von der liberalen Partei Lettlands Weg den zurückgetretenen Ministerpräsidenten Andris Šķēle (*Skele*). Bērziņš war Bürgermeister der Hauptstadt Riga (5.5.2000).

Russland

Michail Kasjanow wird neuer russischer Regierungschef anstelle von Wladimir Putin, dem neuen Staatspräsidenten. (7.5.2000).

Sierra Leone/Grossbritannien

Grossbritannien entsendet etwa 800 Elitesoldaten nach Sierra Leone zum Schutz ausländischer Staatsangehörigen und zur Befreiung von Geiseln (7.5.2000).

Spanien

Bei der Parlamentswahl in Spanien gewinnt der konservative Partido Popular (PP) von Ministerpräsident José María Aznar die absolute Mehrheit. Der Partido Popular gewinnt 183 Mandate (plus 27). Der Partido Socialista Obrero Español (PSOE) verliert 16 Sitze und entsendet noch 125 Abgeordnete. Zu den Verlierern gehört auch die Izquierda Unida (IU). Sie hat noch 8 Sitze (minus 11). Drittstärkste Kraft im 350 Sitze zählenden Abgeordnetenhaus ist die katalanische Convergència i Unió (CiU) mit 15 Mandaten (12.5.2000).

Japan

Der ehemalige japanische Ministerpräsident Obuchi Keizo stirbt im Alter von 62 Jahren (14.5.2000). Vor sechs Wochen hatte er einen Schlaganfall erlitten und fiel ins Koma. Obuchis Nachfolge tritt Mori Yoshiro, Generalsekretär der Liberaldemokratischen Partei, an (5.4.2000). Moris Koalitionsregierung gehören auch die Neue Konservative Partei und die Komeito (Gerechtigkeitspartei) an.

Dominikanische Republik

In der Dominikanischen Republik geht Hipólito Mejía (*Hipolito Mejia*) vom Mitte-links orientierten Partido Revolucionario Dominicano (PRD) mit einem Stimmenanteil von 49,87 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (16.5.2000). Auf eine Stichwahl wird verzichtet. Der 93jährige ehemalige Machthaber Joaquín Balaguer gewinnt 24,6 Prozent der Stimmen.

Fidschi

Putsch und Geiselnahme im Inselstaat Fidschi (19.5.2000): Genau ein Jahr nach seinem Amtsantritt wird Premierminister Mahendra Chaudhry, der erste indischstämmige Regierungschef, von Nationalisten unter Führung des Geschäftsmanns George Speight entmacht. Chaudhry und einige seiner Minister werden als Geiseln genommen. In der Hauptstadt Suva werden Dutzende Geschäfte indischstämmiger Fidschianer geplündert und in Brand gesteckt. Chaudhry wird nach 56 Tagen freigelassen. Neuer Premierminister wird Laisania Qarase.

EU

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen die sieben Abkommen mit der Europäischen Union (EU) in den Bereichen Personenfreizügigkeit, technische Handelshemmnisse, öffentliches Beschaffungswesen, Landwirtschaft, Landverkehr, Luftverkehr und Forschung – „Bilaterale I“ – mit 67,2 Prozent Ja-Stimmen gut (**21.5.2000**).

Nahost-Konflikt

Konflikt Israel-Libanon

Israel sieht sich aus der „Sicherheitszone“ in Südlibanon zurück (**24.5.2000**).

Suriname

Die New Front for Democracy and Development geht als stärkste Partei aus der Parlamentswahl in Suriname hervor. Sie gewinnt 33 der 51 Mandate (**25.5.2000**). Am 4. August wählt das Parlament den Kandidaten der Siegerpartei, Ronald Venetiaan, zum neuen Präsidenten. Venetiaan war bereits in den Jahren 1991 bis 1996 Staatschef. 2005 wird er zum dritten Mal Staatsoberhaupt.

Peru

In Peru wird Alberto Fujimori in einer umstrittenen, von Betrugsvorwürfen überschatteten Stichwahl erneut zum Präsidenten gewählt, obwohl die Verfassung nur zwei Amtszeiten zulässt (**28.5.2000**). Laut offiziellen Angaben erhält er 74,33 Prozent der Stimmen. Sein Konkurrent Alejandro Toledo hatte seine Anhänger aufgerufen, mit leeren Wahlzetteln ihren Unmut zu bekunden. In der ersten Runde hatte kein Kandidat das absolute Mehr erreicht. Im Abgeordnetenhaus hat Fujimoris Allianz keine absolute Mehrheit mehr.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die Schweizer Philosophin Jeanne Hersch stirbt im Alter von 89 Jahren (**5.6.2000**).

Ungarn

Der Rechtsprofessor Ferenc Mádl (*Madl*) wird vom ungarischen Parlament zum neuen Staatspräsidenten gewählt (6.6.2000).

Syrien

Der syrische Machthaber Hafez al-Assad stirbt im Alter von 69 Jahren (**10.6.2000**). Er war 30 Jahre an der Macht. Hafez al-Assad putschte sich im November 1970 an die Macht und wurde im März 1971 zum Präsidenten gewählt. Nachfolger wird sein Sohn Bashar al-Assad.

Korea (Nordkorea)

Korea (Südkorea)

Erster innerkoreanischer Gipfel: Der nordkoreanische Machthaber Kim Jong Il und der südkoreanische Staatschef Kim Dae Jung treffen sich in Pyongyang (**12.6. bis 14.6.2000**). Vereinbart werden der Abbau von Spannungen und die Zusammenführung von getrennten Familien. Beschlossen wird auch eine gemeinsame Industriezone nahe der nordkoreanischen Stadt Kaesong.

Äthiopien/Eritrea

UNO

Äthiopien und Eritrea beenden nach zwei Jahren ihren Grenzkrieg mit einem Waffenstillstand (18.6.2000). Sechs Monate später, am 13. Dezember 2000, unterzeichnen beide Staaten in Algier ein Abkommen, das die Waffenruhe vertraglich bestätigt und die Schaffung von neutralen Kommissionen zur Festlegung der Grenzen vorsieht. Die UNO setzt eine Überwachungsmission ein. Der Krieg forderte laut Schätzungen zwischen 70 000 und 100 000 Tote.

Simbabwe

Erfolg für die Opposition bei der Parlamentswahl in Simbabwe (**24. und 25.6.2000**). Das Movement for Democratic Change (MDC) von Oppositionsführer Morgan Tsvangirai erobert mit einem Stimmanteil von 47 Prozent 57 von 120 Mandaten. Die regierende Zimbabwe African National Union - Patriotic Front (Zanu-PF) von Robert Mugabe erhält mit 48 Prozent der Stimmen 63 Sitze.

Japan

Bei der Parlamentswahl in Japan behaupten die drei Regierungsparteien die absolute Mehrheit im Unterhaus. Die Liberaldemokratische Partei, die Komeito (Gerechtigkeitspartei) und die Neue Konservative Partei gewinnen 271 der 480 Mandate. Dominierende Kraft bleibt die Liberaldemokratische Partei mit 233 Mandaten (**25.6.2000**).

Menschliches Erbgut

Das menschliche Erbgut ist nach Angaben von Wissenschaftlern weit gehend entschlüsselt (**26.6.2000**).

Indonesien

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Beim Untergang einer indonesischen Fähre vor Sulawesi sterben über 500 Menschen (**29.6.2000**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der italienische Schauspieler und Regisseur Vittorio Gassman stirbt im Alter von 77 Jahren (**29.6.2000**).

Schweden/Dänemark

Die dänische Königin Margrethe und der schwedische Monarch Carl XVI. Gustaf weihen die rund 8 Kilometer lange Öresundbrücke ein (**1.7.2000**). Die Öresundbrücke bildet zusammen mit dem Öresundtunnel und einer künstlichen Insel eine 16 Kilometer lange Verbindung zwischen der dänischen Hauptstadt Kopenhagen und der südschwedischen Stadt Malmö.

Mexiko

Machtwechsel in Mexiko nach über 70 Jahren (**2.7.2000**). Der Partido Revolucionario Institucional (PRI) verliert die Präsidentenwahl. Der Oppositionskandidat vom konservativen Partido Acción Nacional (PAN), Vicente Fox, geht mit einem Stimmenanteil von 43,43 Prozent als Sieger aus der Präsidentschaftswahl hervor. Der Kandidat des PRI, Francisco Labastida, erhält 36,89 Prozent. Im Parlament (Cámara de Diputados) gewinnt die Alianza por el Cambio unter Führung des PAN 224 der 500 Sitze. Der PRI erhält 211 Mandate. Die Alianza por México muss sich mit 65 Mandaten begnügen.

Mongolei

Comeback der Mongolischen Revolutionären Volkspartei: Sie gewinnt bei der Parlamentswahl 72 (plus 47) der 76 Mandate. Die Demokratische Union, Wahlsiegerin 1996, verliert 49 Mandate und verfügt nur noch über ein Mandat im Grossen Staats-Chural (**2.7.2000**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

USA/PLO

Neuer Anlauf für ein Nahost-Friedensabkommen: In Camp David treffen sich unter Vermittlung von US-Präsident Bill Clinton der israelische Regierungschef Ehud Barak und der Vorsitzende der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yassir Arafat (**5.7.2000**).

Sierra Leone/Liberia

UNO

Der UNO-Sicherheitsrat verbietet die Einfuhr von Rohdiamanten mit Ursprung in Sierra Leone, wenn kein Herkunftszertifikat der Regierung vorliegt (**5.7.2000**). Damit soll verhindert werden, dass die dortige Rebellenbewegung Revolutionary United Front (RUF) ihren Kampf gegen die Regierung weiterhin mit Diamantenhandel finanziert. Da die RUF aber weiterhin über Liberia Diamanten in den internationalen Markt einschleust, erlässt der UNO-Sicherheitsrat später zusätzlich ein Embargo gegen Diamanten aus Liberia.

East African Community (EAC)

Die 1967 von Kenia, Uganda und Tansania gegründete, zehn Jahre später jedoch aufgelöste East African Community/EAC (Ostafrikanische Gemeinschaft) wird wiederbelebt (**7.7.2000**). Der Organisation treten 2007 Burundi und Ruanda bei. Es folgen Südsudan (2016) und Kongo-Kinshasa (2022).

Israel

Der israelische Präsident Ezer Weizman tritt drei Jahre vor Ablauf seiner Amtszeit zurück. Gerüchte über Geldgeschenke belasteten seinen Ruf (**10.7.2000**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

USA/PLO

Die Hoffnung auf einen Durchbruch bei den Nahost-Friedensverhandlungen in Camp David (Camp David II) erfüllt sich nicht. Die von US-Präsident Bill Clinton in die Wege geleiteten Gespräche zwischen dem israelischen Regierungschef Ehud Barak und dem Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Yassir Arafat, scheitern. Hauptstreitpunkte sind die Jerusalemfrage und das von Arafat geforderte Rückkehrrecht für palästinensische Flüchtlinge (**25.7.2000**).

Frankreich

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Beim Absturz eines Concorde-Überschallpassagierflugzeugs bei Paris kommen alle 113 Insassen ums Leben (**25.7.2000**).

Venezuela

In Venezuela finden nach Inkrafttreten einer neuen Verfassung Wahlen statt (**30.7.2000**). Der amtierende Präsident Hugo Chávez (*Chavez*) wird mit 59,76 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Im Parlament (Asamblea Nacional) gewinnt das regierende Movimiento Quinta República (MVR) 92 der 165 Mandate.

Israel

Der Likud-Politiker Moshe Katsav wird von der Knesset zum neuen israelischen Präsidenten gewählt. Mit 63 Stimmen besiegt er knapp Shimon Peres von der Arbeitspartei. Peres erhält 57 Stimmen (**31.7.2000**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)
Der britische Schauspieler Alec Guinness stirbt im Alter von 86 Jahren (**5.8.2000**).

Uruguay

Der uruguayische Präsident Jorge Batlle setzt eine Friedenskommission (Comisión por la paz) unter Führung von Erzbischof Nicolás Cotugno ein. Die Kommission soll das Schicksal der während der Militärdiktatur „verschwundenen“ Menschen aufklären (**9.8.2000**).

Sri Lanka

Wechsel an der Spitze der sri-lankischen Regierung: Nach dem Rücktritt von Sirimavo Bandaranaike wird Ratnasiri Wickremanayake von der linken Sri Lanka Freedom Party neuer Ministerpräsident (**10.8.2000**). Sirimavo Bandaranaike war 1960 weltweit die erste Regierungschefin, drei Mal Premierministerin und von 1960 bis 1977 Vorsitzende der Sri Lanka Freedom Party. Zwei Monate nach dem Rücktritt stirbt sie 84-jährig.

Russland

Katastrophen/U-Boot-Katastrophen

Das russische Atom-U-Boot „Kursk“ sinkt in der Barentssee. Alle 118 Besatzungsmitglieder kommen ums Leben (**12.8.2000**).

Burundi

Friedenshoffnungen für das Bürgerkriegsland Burundi: In Arusha (Tansania) wird im Beisein von US-Präsident Bill Clinton und zahlreichen afrikanischen Staatschefs ein unter Führung des südafrikanischen Staatsmanns Nelson Mandela ausgehandeltes Friedens- und Versöhnungsabkommen unterzeichnet (**28.8.2000**). Dieses sieht eine mehrjährige Übergangsphase mit einer Machtteilung zwischen Hutu und Tutsi vor, an deren Ende demokratische Wahlen stehen sollen. 2001 soll eine Übergangsregierung eingesetzt werden. Eine afrikanische Friedenstruppe soll den Friedensprozess überwachen. Das Abkommen wird allerdings nicht von allen Rebellengruppen unterzeichnet. Bis die Waffen schweigen, dauert es noch einige Jahre. Erst im September 2006 wird mit der letzten Rebellengruppe ein Waffenstillstand unterzeichnet.

UNO

Milleniumserklärung/Milleniumsentwicklungsziele

Umwelt/Klima

Die 55. UNO-Vollversammlung verabschiedet eine Milleniumserklärung. Armutsbekämpfung, Friedenserhaltung und Umweltschutz werden als wichtigste Ziele der internationalen Gemeinschaft genannt (**8.9.2000**).

Aus der Milleniumserklärung werden im folgenden Jahr acht Milleniumsentwicklungsziele abgeleitet, die bis 2015 erreicht sein sollen.

- Beseitigung von extremer Armut und Hunger. Der Anteil der Bevölkerung, der unter extremer Armut und Hunger leidet, soll halbiert werden.
- Grundschulbildung für alle Kinder;
- Gleichberechtigung der Geschlechter und Ermächtigung der Frauen;
- Senkung der Kindersterblichkeit;
- Verbesserung der Gesundheit der Mütter;
- Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten;
- Gewährleistung ökologischer Nachhaltigkeit;
- Schaffung einer globalen Partnerschaft im Dienste der Entwicklung.

Peru

In Peru löst ein im Fernsehen ausgestrahltes Video, das den Geheimdienstchef Vladimiro Montesinos bei der Bestechung eines Oppositionspolitikers zeigt, ein politisches Erdbeben aus (**14.9.2000**). Montesinos ist ein enger Vertrauter von Machthaber Alberto Fujimori. Der seit zehn Jahren regierende Staatschef gerät unter massiven Druck.

Australien

Olympische Spiele

In der australischen Stadt Sydney finden die XXVII. Olympischen Sommerspiele statt (**15.9.2000**).

Jugoslawien

Spannungsgeladene Präsidentenwahl in Jugoslawien (**24.9.2000**): Vojislav Koštunica (Kostunica), Kandidat der „Demokratischen Opposition Serbiens“ (DOS) geht als Sieger aus der Präsidentschaftswahl hervor, verfehlt aber nach amtlichen Angaben die erforderliche absolute Mehrheit. Der bisherige Präsident Slobodan Milošević (Slobodan Milosevic) fordert eine Stichwahl, was die Opposition jedoch ablehnt, da Koštunica nach ihrer Auffassung mehr als 50 Prozent erreicht hat. Die Opposition spricht von Wahlbetrug. Es kommt zu Massendemonstrationen gegen das Milošević-Regime. Erfolg für die DOS auch bei der Parlamentswahl: Die „Demokratische Opposition Serbiens“ wird die stärkste Fraktion.

Frankreich

Die Bevölkerung Frankreichs stimmt der Verkürzung der Amtsdauer des Staatspräsidenten von sieben auf fünf Jahre mit 73 Prozent Ja-Stimmen zu. Die Stimmenthaltung liegt bei fast 70 Prozent (**24.9.2000**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Volksinitiative „für eine Regelung der Zuwanderung“ mit 63,8 Prozent Nein-Stimmen ab (**24.9.2000**).

Griechenland

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Die griechische Fähre „Express Samina“ sinkt auf der Fahrt nach Paros nach einer Kollision mit einem Felsen. 81 Menschen kommen dabei ums Leben (**26.9.2000**).

Dänemark

EU/Euro/Euro-Zone

Die dänische Bevölkerung lehnt mit 53,2 Prozent Nein-Stimmen die Einführung der EU-Gemeinschaftswährung Euro ab (**28.9.2000**).

Jugoslawien

Ende des Milošević-Regimes in Jugoslawien (**5.10.2000**): Slobodan Milošević (Milosevic) wird durch einen Volksaufstand gestürzt. Hunderttausende Anhänger der Opposition fordern in Belgrad die Anerkennung des Wahlsieges von Vojislav Koštunica (Kostunica) bei der Präsidentenwahl Ende September. Demonstranten stürmen das Parlamentsgebäude. Einen Tag nach dem Volksaufstand räumt Milošević, serbischer Machthaber in den Jahren 1989 bis 1997 und Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien seit 1997, seine Niederlage ein und Koštunica wird danach (7.10.2000) als neuer Präsident vereidigt.

Luxemburg

Der luxemburgische Grossherzog Jean dankt nach 36 Jahren zugunsten seines Sohnes Henri ab (**7.10.2000**).

Litauen

Deutliche Niederlage für den regierenden konservativen Vaterlandsbund bei der Parlamentswahl in Litauen. Die Konservativen verlieren 61 Mandate. Die aus mehreren Parteien gebildete Sozialdemokratische Koalition stellt 51 der 141 Parlamentarier. Stärkste Partei ist die Liberale Union mit 33 Mandaten (**8.10.2000**). Rolandas Paksas von der Liberalen Union wird neuer Regierungschef. Er war bereits 1999 Ministerpräsident, allerdings nur während fünf Monaten.

Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft

Russland, Belarus, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan gründen die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft (**10.10.2000**).

USA/Jemen

al-Qaida

Bei einem Selbstmordanschlag auf das US- Kriegsschiff „USS Cohen“ im Hafen von Aden (Jemen) werden 17 Besatzungsmitglieder getötet und weitere 38 verletzt (**12.10.2000**). Zum Attentat bekennt sich das Terrormetzwerk al-Qaida. Jemen ist für al-Qaida ein wichtiges Rekrutierungs- und Rückzugsgebiet.

Italien/Schweiz

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Der Kanton Wallis, das Aostatal und andere Gebiete Norditaliens werden von verheerenden Überschwemmungen und Erdbeben heimgesucht (**14.10.2000**). Das Oberwalliser Dorf Gondo wird durch ein Erdbeben verwüstet. 13 Menschen kommen dabei ums Leben.

Côte d'Ivoire

In Côte d'Ivoire geht Laurent Gbagbo vom Front Populaire Ivoirien (FPI) als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (**22.10.2000**). General Robert Guéï, Anführer des Putsches vom Dezember 1999, gibt erst nach massivem Druck die Macht ab.

Libanon

Rafik Hariri kehrt nach fast zweijährigem Unterbruch an die Spitze der libanesischen Regierung zurück (**23.10.2000**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Zweite Intifada

palästinensische Autonomiegebiete/Westjordanland/Gazastreifen

Der Besuch des israelischen Oppositionsführers Ariel Sharon auf dem Jerusalemer Tempelberg (28.10.2000) löst unter der palästinensischen Bevölkerung einen Volksaufstand aus: die Al-Aksa-Intifada (Zweite Intifada). Bei Zusammenstößen mit israelischen Sicherheitskräften im Westjordanland und im Gazastreifen kommen innert einer Woche über 100 Palästinenser ums Leben. Die Zweite Intifada dauert bis Februar 2005.

Weltraum/Weltraumforschung/Raumfahrt

Russland/USA/

Eine russische Rakete bringt die erste Mannschaft zur Internationalen Raumstation – International Space Station/ISS (**31.10.2000**). Die ISS ist von jetzt an ständig besetzt. Zur ersten Langzeitbesatzung gehören der Amerikaner Bill Shepherd sowie die beiden Russen Juri und Sergei Krikaljow.

USA

Die Präsidentenwahl in den USA steht im Zeichen eines Kopf-an-Kopf-Rennens zwischen dem Republikaner George W. Bush und dem Demokraten Al Gore (**7.11.2000**). Erst nach fünfwöchigen juristischen Auseinandersetzungen ist das Rennen um das US-Präsidentenamt entschieden. Der Republikaner George W. Bush, Gouverneur von Texas und Sohn von Ex-Präsident George H.W. Bush, gewinnt die Wahl äusserst knapp. Er erhält 271, sein demokratischer Herausforderer Al Gore, bisher Vizepräsident, 266 Elektorenstimmen. Bei den Wählerstimmen liegt Al Gore mit 48,4 Prozent vor George W. Bush mit 47,9 Prozent. Dick Cheney wird Vizepräsident.

Bei den Kongresswahlen behaupten die Republikaner die Mehrheit im Repräsentantenhaus. Im Senat kommt es zu einem Patt: Je 50 Sitze haben die Republikaner (minus 5) und die Demokraten (plus 5). Der Stichentscheid fällt in die Kompetenz des US-Vizepräsidenten. Im Juni 2001 ändert sich die Sitzverteilung: Demokraten: 50, Republikaner: 49, Unabhängige: 1. Im Repräsentantenhaus sind die Republikaner mit 221 Abgeordneten (minus 2) und die Demokraten mit 212 (plus 1) vertreten. Hinzu kommen zwei Unabhängige (plus 1).

Österreich

Katastrophen/Bergbahnkatastrophen

155 Tote fordert eine Bergbahnkatastrophe in Kaprun im österreichischen Bundesland Salzburg (**11.11.2000**). Ein defekter Heizlüfter löst im Tunnel der Gletscherbahn den verheerenden Brand aus. Es handelt sich um die schwerste Katastrophe in Österreich seit Ende des Zweiten Weltkrieges.

Bosnien und Herzegowina/Föderation Bosnien und Herzegowina/Republika Srpska

In Bosnien und Herzegowina sowie in den beiden Entitäten des Gesamtstaates – der Föderation Bosnien und Herzegowina sowie der Serbischen Republik (Republika Srpska) – finden Parlamentswahlen statt (**11.11.2000**).

- Stärkste Kraft im 42 Mandate zählenden Parlament des Gesamtstaates ist die multiethnische Sozialdemokratische Partei (SDP) mit 9 Mandaten vor der Partei der Demokratischen Aktion mit 8, der Serbischen Demokratischen Partei mit 6 und der Kroatischen Demokratischen Union (HDZ) mit 5 Sitzen.
- Parlamentswahlen finden auch in den beiden Entitäten des Gesamtstaates – der Föderation Bosnien und Herzegowina sowie der Serbischen Republik (Republika Srpska) statt.
- In der Republik Srpska gewinnt Mirko Šarović (Sarovic) die Präsidentenwahl.

Peru

Unrühmliches Ende der Ära Fujimori in Peru. Der seit 1990 amtierende Staatspräsident Alberto Fujimori setzt sich nach Japan ab und kündigt per Fax seinen Rücktritt an (**19.11.2000**). Fujimori waren wegen seiner umstrittenen Wiederwahl und Korruptionsaffären unter massiven Druck geraten. Der Parlamentsvorsitzende Valentín Paniagua wird Übergangspräsident.

Rumänien

In Rumänien kehrt die exkommunistische Partei der Sozialen Demokratie an die Macht zurück. Sie gewinnt bei der Parlamentswahl 155 der 345 Sitze des Abgeordnetenhauses. Zweitstärkste Kraft wird die ultranationalistische Partei Grossrumänien (România Mare). Die bürgerliche Demokratische Konvention ist nicht mehr im Parlament vertreten (**26.11.2000**). Neuer Regierungschef wird Adrian Năstase (Nastase) von der Partei der Sozialen Demokratie, die sich ab 2001 Sozialdemokratische Partei (PSD) nennt.

Haiti

Zum zweiten Mal nach 1990 wird Jean-Bertrand Aristide zum Staatschef von Haiti gewählt (**26.11.2000**). Da die vorangegangenen Parlamentswahlen im Mai von Unregelmässigkeiten begleitet waren, wird die Präsidentenwahl von der Opposition boykottiert.

Kanada

In Kanada gewinnt die Liberal Party von Premierminister Jean Chrétien mit 172 (plus 17) der 301 Sitze die absolute Mehrheit im Parlament. Die konservative Canadian Alliance, Nachfolgerin der Reform Party, erhält 66 (plus 6) Sitze. Drittstärkste Kraft bleibt trotz erneuten Verlusten der Bloc québécois mit 38 (minus 6) Mandaten. Die sozialdemokratische New Democratic Party erhält 13 (minus 8) und die Progressive Conservative Party 12 (minus 8) Sitze (**27.11.2000**).

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt den Berner Ständerat Samuel Schmid von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) zum neuen Bundesrat. Er tritt die Nachfolge von Bundesrat Adolf Ogi an (**6.12.2000**).

EU

Die Präsidenten der EU-Kommission, des EU-Ministerrates und des EU-Parlaments proklamieren in Nizza die von einem Konvent ausgearbeitete „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“ (**7.12.2000**). Sie wird allerdings

erst neun Jahre später (1.12.2009) – gleichzeitig mit dem EU-Reformvertrag (Vertrag von Lissabon) – rechtsverbindlich.

Rumänien

Comeback des früheren rumänischen Staatspräsidenten Ion Iliescu: Er geht als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor. Iliescu, Kandidat der Partei der Sozialen Demokratie, erhält 66,83 Prozent der Stimmen. Sein Konkurrent Corneliu Vadim Tudor von der ultranationalistischen Partei Grossrumänien (România Mare) kommt auf 33,2 Prozent (**10.12.2000**).

Friedensnobelpreis

Korea (Südkorea)

Der südkoreanische Staatspräsident Kim Dae Jung wird für seine Bemühungen um Aussöhnung mit Nordkorea mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.2000**).

Literaturnobelpreis

Frankreich/China

Der aus China stammende Erzähler und Dramatiker Gao Xingjian, seit 1998 französischer Staatsbürger, erhält den Literaturnobelpreis (**10.12.2000**).

EU

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union vereinbaren in Nizza institutionelle Reformen. Mit dem Vertrag von Nizza (vgl. 26.2.2001) sollen die Voraussetzungen zur Erweiterung der EU geschaffen werden (**11.12.2000**).

Niederlande/Homo-Ehe

Das niederländische Parlament stimmt der Einführung der Homo-Ehe zu (**21.12.2000**). Die Niederlande sind weltweit der erste Staat, in dem gleichgeschlechtliche Ehen geschlossen werden dürfen.

Ghana

John Agyekum Kufuor von der New Patriotic Party (NPP) geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Ghana hervor (**28.12.2000**). Er ist Nachfolger von Jerry Rawlings, der laut Verfassung nicht mehr kandidieren durfte.

2001

Thailand

Erdbeerschlag für die Partei des Unternehmers Thaksin Shinawatra bei der Parlamentswahl in Thailand (**6.1.2001**). Die neue Partei Thai Rak Thai (Thais lieben Thais) gewinnt auf Anhieb 248 der 500 Mandate. Zweistärkste Kraft ist die Democrat Party von Ministerpräsident Chuan Leekpai mit 128 Mandaten. Mit Unterstützung anderer Parteien sichert sich Thaksin Shinawatra die absolute Mehrheit und wird neuer Regierungschef. Zu seinen Kernversprechen gehören die Bekämpfung der Armut, der Korruption sowie des Drogenhandels.

Ghana

Ende der Ära Rawlings in Ghana. Nach zwei Jahrzehnten an der Spitze des Staates übergibt Jerry Rawlings die Führung des Landes dem demokratisch gewählten John Agyekum Kufuor (**7.1.2001**). Es handelt sich um den ersten demokratischen Machtwechsel in Ghana. Rawlings gelangte 1979 für rund drei Monate und erneut im Dezember 1981 an die Macht.

El Salvador

Katastrophen/Erdbeben

Ein schweres Erdbeben in El Salvador fordert fast 1000 Tote (**13.1.2001**).

Wikipedia

Die beiden US-Amerikaner Jimmy Wales und Larry Sanger gründen die freizugängliche Internet-Enzyklopädie Wikipedia (**15.1.2001**).

Kongo-Kinshasa

Der kongolesische Staatspräsident Jean-Désiré Kabila fällt einem Mordanschlag zum Opfer (**16.1.2001**). Sein Sohn Joseph Kabila übernimmt die Führung des Staates.

USA

Der frühere General und Nationale Sicherheitsberater Colin Powell wird neuer US-Aussenminister (**20.1.2001**).

Philippinen

Der unter Korruptionsverdacht stehende philippinische Staatspräsident Joseph (Erap) Estrada wird unter massivem Druck der Bevölkerung entmachtet (**20.1.2001**). Sein Amt übernimmt Vizepräsidentin Gloria Macapagal-Arroyo, Tochter des früheren Staatschefs Diosdado Macapagal.

Mazedonien

In den vorwiegend von Albanern bewohnten Gebieten im Nordwesten Mazedoniens bricht eine Rebellen aus: Freischärler der „Nationalen Befreiungsarmee“ (UÇK) überfallen den Polizeiposten von Tearce bei Tetovo. Die UÇK verkündet die Fortsetzung des Kampfes „bis zur Befreiung aller Albaner“ (**22.1.2001**). Die Rebellen erobern in den folgenden Wochen mehrere Dörfer zwischen Tetovo und der Grenze zu Kosovo. Die mazedonische Regierung setzt zunächst Polizeikräfte und später auch die Armee ein. Der Konflikt droht zu einem Bürgerkrieg zu eskalieren. Die Europäische Union (EU), die USA und die Nato bemühen sich um eine Entspannung des Konflikts.

Indien

Katastrophen/Erdbeben

Ein schweres Erdbeben im indischen Unionsstaat Gujarat fordert über 20 000 Tote (**26.1.2001**).

Grossbritannien

In Grossbritannien bricht erstmals seit 20 Jahren die Maul- und Klauenseuche aus (**21.1.2001**). Zehntausende von Tieren werden notgeschlachtet. Trotz Sicherheitsmassnahmen greift die Seuche einen Monat später auch auf Frankreich und andere Länder über.

Libyen/Grossbritannien

Flugzeugattentate/Lockerbie-Anschlag

Ein in den Niederlanden tagendes schottisches Gericht verurteilt den libyschen Geheimdienstoffizier Abdel Basset Ali al-Megrahi wegen Beteiligung am Sprengstoffanschlag von Lockerbie zu lebenslanger Haft (**31.1.2001**). Der Anschlag auf einen Jumbojet der US-Fluggesellschaft Panam über der schottischen Ortschaft Lockerbie hatte 270 Tote gefordert (vgl. 21.12.1988). Im August 2009 darf der an Krebs erkrankte Megrahi aus humanitären Gründen in seine Heimat zurückkehren. Es gibt Zweifel an seiner Schuld. Als mögliche Drahtzieher des Anschlags gelten auch radikale Palästinenser sowie Iran.

Israel

Ariel Sharon vom konservativen Likud- wird vom Volk mit einem Stimmenanteil von 62,4 Prozent zum neuen israelischen Ministerpräsidenten gewählt. Das Nachsehen hat der bisherige Regierungschef Ehud Barak von der Arbeitspartei, der sich mit 37,6 Prozent begnügen muss (**6.2.2001**). Es handelt sich um die dritte und letzte Direktwahl des Regierungschefs.

Sharon nimmt auch die Arbeitspartei in seine Koalitionsregierung auf (7.3.2001). Shimon Peres wird stellvertretender Regierungschef und Aussenminister.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der polnisch-deutsch-französische Maler Balthus stirbt im Alter von 92 Jahren (18.2.2001).

Moldau

Bei der Parlamentswahl in der Republik Moldau gewinnt die Kommunistische Partei (PCRM) die absolute Mehrheit (25.2.2001). Sie erobert 71 (plus 31) der 101 Sitze.

EU

Die Aussenminister der 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) unterzeichnen den Vertrag von Nizza (26.2.2001). Mit institutionellen Reformen sollen die Voraussetzungen zur Erweiterung der EU geschaffen werden.

Zu den wichtigsten Beschlüsse gehören:

- Neugewichtung der Stimmen im Rat (Ministerrat) – jeder Staat hat eine bestimmte Anzahl Stimmen,
- Entscheide des Rats mit qualifizierter Mehrheit werden auf weitere Bereiche ausgedehnt (die qualifizierte Mehrheit ist unter anderem erreicht, wenn sie 62 Prozent der Gesamtbevölkerung repräsentiert),
- Begrenzung der Zahl der EU-Kommissare,
- Neue Sitzverteilung für das Europäische Parlament.

Der Vertrag von Nizza tritt am 1. Februar 2003 in Kraft (Verzögerung wegen Volksabstimmungen in Irland).

Afghanistan

Kulturgutzerstörung in Afghanistan: Taliban-Führer Mullah Mohamad Omar befiehlt die Zerstörung der berühmten Buddha-Statuen von Bamiyan. Es handelt weltweit sich um die grössten stehenden Buddha-Statuen (26.2.2001).

Deutschland

Das Bonner Landgericht stellt in der CDU-Parteispendenaffäre das Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl ein – gegen Zahlung von 300 000 Mark (2.3.2001).

EU

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Volksinitiative „Ja zu Europa“ – unverzügliche Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union – mit 76,8 Prozent Nein-Stimmen ab (4.3.2001).

Mexiko

Zum Abschluss eines zweiwöchigen Friedensmarsches werden die Führer der Zapatistischen Befreiungsarmee – Ejército Zapatista de Liberación Nacional/EZLN – bei einer Grosskundgebung in der mexikanischen Hauptstadt von über 100 000 Menschen begeistert empfangen (11.3.2001). Die Anliegen der Zapatisten finden im Parlament allerdings nicht die erhoffte Zustimmung. Ein abgeschwächter Gesetzesentwurf (19.4.2001) wird von der EZLN-Führung abgelehnt und der Dialog zwischen Zapatisten und der Regierung wird abgebrochen.

Saint Vincent und die Grenadinen

Machtwechsel nach 17 Jahren im karibischen Inselstaat Saint Vincent und die Grenadinen (28.3.2001). Die oppositionelle Unity Labour Party geht als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor. Sie gewinnt 12 der 15 Sitze. Die bisher regierende New Democratic Party muss sich mit drei Mandaten begnügen. Neuer Premierminister wird Ralph Gonsalves.

USA/China

Nach einer Kollision mit einem chinesischen Abfangjäger muss ein US-Aufklärungsflugzeug auf der chinesischen Insel Hainan notlanden (1.4.2001).

Moldau

Die Republik Moldau erhält nach einem von der Kommunistischen Partei (PCRM) beherrschten Parlament auch einen kommunistischen Staatspräsidenten. Die Abgeordneten wählen den kommunistischen Parteiführer Wladimir Woronin zum neuen Staatspräsidenten (4.4.2001). Regierungschef wird Wassile Tarlew, ebenfalls von der Kommunistischen Partei.

Liechtenstein

Otmar Hasler wird neuer liechtensteinischer Regierungschef (5.4.2001). Seine Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) war als stärkste Kraft aus der Landtagswahl hervorgegangen (11.2.2001). Er bildet wie sein Vorgänger Mario Frick von der Vaterländischen Union (VU) eine Alleinregierung.

Japan

Der wegen einer Reihe politischer Patzer unter Druck geratene japanische Ministerpräsident Mori Yoshiro gibt seinen Rücktritt bekannt (6.4.2001). Sein Nachfolger als Chef der Liberaldemokratischen Partei und Ministerpräsident wird Koizumi Junichiro (26.4.2001). Koizumi setzt das Regierungsbündnis mit der Komeito (Gerechtigkeitspartei) und der Neuen Konservativen Partei fort. Mit Tanaka Makiko, Tochter von Expremier Tanaka Kakuei, leitet erstmals eine Frau das japanische Aussenministerium.

Mexiko

Das mexikanische Parlament verabschiedet eine Verfassungsreform über die Rechte der indigenen Bevölkerung (**28.4.2001**). Die Führung der Zapatistischen Befreiungsarmee – Ejército Zapatista de Liberación Nacional/EZLN – lehnt die Reform ab, da sie zentrale Anliegen der Vereinbarungen von San Andrés Larráinzar (vgl. 16.2.1996) nicht berücksichtigt. Der Dialog mit der Regierung wird abgebrochen.

Vatikan/Syrien

Papst Johannes Paul II. besucht Syrien (**5.5.2001**). In Damaskus betritt mit Johannes Paul II erstmals ein Papst eine Moschee: die Grosse Omayyaden-Moschee.

Italien

Erfolgreiches Comeback von Silvio Berlusconi. Sein Wahlbündnis Casa delle Libertà gewinnt bei den Parlamentswahlen in Italien in beiden Kammern die absolute Mehrheit (**13.5.2001**).

- Berluscons Bündnis Casa delle Libertà kommt mit einem Stimmenanteil von 49,56 Prozent auf 368 der 630 Sitze im Abgeordnetenhaus.

Zu Berluscons Mitte-rechts-Bündnis gehören: Forza Italia/FI, Alleanza Nazionale/AN, Lega Nord, Centro Cristiano Democratico/CCD, Cristiani Democratici Uniti/CDU, Partito Socialista-Nuovo PSI und Partito Repubblicano Italiano/PRI.

- Das Mitte-links-Bündnis L'Ulivo unter Führung von Francesco Rutelli gewinnt mit 34,94 Prozent der Stimmen 247 Sitze

Zum Bündnis L'Ulivo gehören: Democratici di Sinistra/DS, La Margherita (I Democratici, Partito Popolare Italiano/PPI, Rinnovamento Italiano, Unione Democratici per l'Europa (L'UDEUR), Il Girasole (Federazione dei Verdi, Socialisti Democratici Italiani/SDI)), Partito dei Comunisti Italiani/PdCI.

- Der Partito della Rifondazione Comunista/PRC gewinnt 11 Sitze im Abgeordnetenhaus.

- Im Senat entfallen 176 der insgesamt 315 Mandate auf das Bündnis Casa delle Libertà, 125 auf L'Ulivo und 4 auf den Partito della Rifondazione Comunista/PRC.

Als stärkste Partei aus den Wahlen ins Abgeordnetenhaus geht Forza Italia (bei den Proporzstimmen) mit einem Stimmenanteil von 29,43 Prozent hervor. Es folgen die Democratici di Sinistra/DS mit 16,57, Democrazia è Libertà – La Margherita mit 14,52, die Alleanza Nazionale/AN mit 12,02 und der Partito della Rifondazione Comunista/PRC mit 5,03 Prozent.

Zypern

Die kommunistische Fortschrittspartei des werktätigen Volkes (Akel) geht als stärkste Partei aus der Parlamentswahl in der Republik Zypern hervor. Sie gewinnt 20 der 56 Sitze. Nach 16 Jahren muss sich die konservative Demokratische Sammlung (Disy) mit dem zweiten Platz begnügen. Sie erhält 19 Sitze. Die liberale Demokratische Partei (Diko) ist mit 9 Abgeordneten vertreten (**27.5.2001**).

Ukraine

Der ukrainische Ministerpräsident Wiktor Juschtschenko wird durch ein Misstrauensvotum des Parlaments gestürzt (**29.5.2001**).

Nepal

Massaker im königlichen Narayanhiti-Palast von Kathmandu (**1.6.2001**): Neun Mitglieder der nepalesischen Königsfamilie, unter ihnen König Birendra und Königin Aishwarya, werden – so der offizielle Untersuchungsbericht – von Kronprinz Dipendra erschossen. Der Kronprinz stirbt an den schweren Verletzungen, die er sich selbst beigebracht haben soll. Neuer Monarch wird Prinz Gyanendra.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der mexikanisch-US-amerikanische Schauspieler Anthony Quinn stirbt im Alter von 86 Jahren (**3.6.2001**).

EU

Irland

Die Bevölkerung Irlands lehnt den von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union am 26. Februar 2001 unterzeichneten Vertrag von Nizza mit 54 Prozent Nein-Stimmen ab (**7.6.2001**).

Grossbritannien

Bei der Unterhauswahl in Grossbritannien kann die regierende Labour Party von Premierminister Tony Blair ihren Vorsprung gegenüber der Opposition trotz 6 Sitzverlusten behaupten. Sie gewinnt 412 Sitze der 659 Mandate; die Tories (Conservative Party) müssen sich mit 166 Sitzen (plus 1) begnügen. Die Liberal Democrats entsenden 52 Abgeordnete ins Unterhaus. Auf die übrigen Parteien entfallen 29 Sitze (**7.6.2001**).

Italien

Silvio Berlusconi wird erneut italienischer Ministerpräsident (**11.6.2001**) – das zweite Mal nach 1994. In seiner Regierung sind folgende Parteien vertreten: Forza Italia/FI, die Alleanza Nazionale/AN, die Lega Nord, das Centro Cristiano Democratico/CCD, die Cristiani Democratici Uniti/CDU, der Partito Socialista-Nuovo PSI und der Partito Repubblicano Italiano/PRI.

Shanghai Cooperation Organisation (SCO)

Die Mitglieder der 1996 gebildeten Gruppe „Shanghai Five“ – China, Russland, Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan – beschliessen, eine Organisation zu bilden: die Shanghai Cooperation Organisation (SCO). Auch Usbekistan wird in die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit aufgenommen (**15.6.2001**). Die SOC will die sicherheitspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit fördern.

Pakistan

Pakistans Militärmachthaber General Pervez Musharraf ernennt sich zum Staatspräsidenten (**20.6.2001**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Schauspieler Jack Lemmon stirbt im Alter von 76 Jahren (**27.6.2001**).

Jugoslawien

Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien

Der frühere jugoslawische Staatspräsident Slobodan Milošević (*Milosevic*) wird nach Den Haag, an den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien ausgeliefert (**28.6.2001**).

Peru

Der Mitte-links orientierte Wirtschaftswissenschaftler Alejandro Toledo geht mit einem Stimmenanteil von 53,08 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in Peru hervor (**3.6.2001**). Sein Konkurrent Alan García (*Garcia*) erhält in der Stichwahl 46,92 Prozent der Stimmen. Alejandro Toledo ist der erste peruanische Staatschef indigener Abstammung. Im Abgeordnetenhaus ist seine Partei Perú Posible mit 45 von 120 Sitzen die stärkste Kraft.

Bulgarien

In Bulgarien geht die vom früheren Monarchen Simeon II. gegründete Nationale Bewegung als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor. Sie gewinnt 120 der 240 Sitze. Zweitstärkste Kraft ist die Union demokratischer Kräfte mit 51 Sitzen (**17.6.2001**). Der letzte bulgarische Zar wird unter dem bürgerlichen Namen Simeon Sakschoburgotski neuer Regierungschef (**24.7.2001**).

Albanien

In Albanien geht die Sozialistische Partei trotz 27 Sitzverlusten wieder als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervor. Sie gewinnt 73 der 140 Mandate. Die oppositionelle Union für den Sieg unter Führung der Demokratischen Partei gewinnt 46 Sitze (**8.7.2001**).

Jamaika

In der jamaikanischen Hauptstadt Kingston kommen bei Ausschreitungen, ausgelöst durch eine Polizeirazzia gegen illegale Waffenbesitzer, über 20 Menschen ums Leben (**8.7.2001**).

Litauen

Politisches Comeback des früheren litauischen Staatspräsidenten Algirdas Brazauskas. Der Vorsitzende der Litauischen Sozialdemokratischen Partei, wird neuer Ministerpräsident (**12.7.2001**).

Russland/China

Der russische Präsident Wladimir Putin und der chinesische Staats- und Parteichef Jiang Zemin unterzeichnen in Moskau einen Vertrag über gute Nachbarschaft, Freundschaft und Zusammenarbeit (**16.7.2001**).

G-8

Italien

In Genua wird die Gipfelkonferenz der acht führenden Industriestaaten (G-8) – Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland und USA – von schweren Ausschreitungen überschattet. Ein Demonstrant wird erschossen (**20.7.2001**).

Indonesien

Nach nur 21 Monaten im Amt wird der indonesische Staatspräsident Abdurrahman Wahid wegen Inkompetenz und Verwicklung in Finanzaffären vom Parlament abgesetzt. Die Beratende Volksversammlung wählt Vizepräsidentin Megawati Sukarnoputri, Tochter des ersten indonesischen Staatschefs Sukarno, in das höchste Amt. Damit erhält das Land erstmals eine Staatspräsidentin (**23.7.2001**).

São Tomé und Príncipe

In São Tomé und Príncipe wird Fradique de Menezes von der Partei Acção Democrática Independente zum neuen Staatschef gewählt (**29.7.2001**). Während seiner zehnjährigen Präsidentschaft übersteht er 2003 einen militärischen Putschversuch.

Bolivien

Der krebserkrankte bolivianische Staatspräsident Hugo Banzer tritt zurück (**6.8.2001**). Sein Nachfolger wird der bisherige Vizepräsident Jorge Quiroga.

Mazedonien

Nato/EU/USA

Der vor sieben Monaten im Nordwesten Mazedoniens ausgebrochene bewaffnete Konflikt zwischen albanischen Aufständischen und mazedonischen Sicherheitskräften wird beendet: In Skopje unterzeichnen die wichtigsten politischen Führer des Landes ein in Ohrid unter Vermittlung der Europäischen Union, der Nato und der USA ausgehandeltes politisches Rahmenabkommen zur Bewältigung der Krise (**13.8.2001**).

- Das Ohrid-Abkommen ebnet den Weg für Verfassungsänderungen, die der albanischen Minderheit grössere Rechte einräumen (doppelte Mehrheiten bei Parlamentsabstimmungen).
- Die Nato und der politische Führer der „Nationalen Befreiungsarmee“ UÇK, Ali Ahmeti, schliessen ein Abkommen über die Entwaffnung der Freischärler (**14.8.2001**). Die Entwaffnung erfolgt im Rahmen der Nato-Operation „Essential Harvest“ zwischen dem 22. August und 26. September 2001. Mit der anschliessenden Operation „Amber Fox“ sollen die internationalen Beobachter geschützt werden.

Türkei

Recep Tayyip Erdoğan (*Erdogan*), ehemaliger Bürgermeister von Istanbul, gründet mit Gesinnungsfreunden die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP). Den Kern der AKP bildet der Reformflügel der vom Verfassungsgericht verbotenen islamistischen Tugendpartei (**14.8.2001**).

Osttimor (Timor-Leste)

In Osttimor (Timor-Leste), seit Oktober 1999 unter UNO-Verwaltung, wird eine Verfassungsgebende Versammlung gewählt (**30.8.2001**). 55 der 88 Mandate gewinnt der linksgerichtete Frente Revolucionária de Timor-Leste Independente (Fretilin).

Papua-Neuguinea/Bougainville

Ein Friedensabkommen beendet den Konflikt zwischen Papua-Neuguinea und den Separatisten auf der Insel Bougainville (**30.08.2001**). Bougainville wird eine autonome Provinz von Papua-Neuguinea. Das Abkommen sieht die Durchführung einer Unabhängigkeitsabstimmung vor.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der südafrikanische Herzchirurg Christiaan Barnard stirbt im Alter von 78 Jahren (**2.9.2001**). Ihm gelang die erste erfolgreiche Herztransplantation.

Norwegen

Debakel für die Arbeiterpartei bei der Parlamentswahl in Norwegen. Sie erzielt mit 24,3 Prozent Stimmenanteil das schlechteste Ergebnis seit den 1920er Jahren (**10.9.2001**). Trotzdem bleibt sie stärkste Kraft im Storting mit 43 Sitzen (minus 22) vor der konservativen Høyre mit 38 (plus 15) und der rechtspopulistischen Fortschrittspartei mit 26 Mandaten (plus 1). Kjell Magne Bondevik von der Christlichen Volkspartei wird zum zweiten Mal nach den Jahren 1997/2000 Regierungschef (19.10.2001).

USA/Nine-Eleven

al-Qaida

Flugzeugentführungen/Flugzeugattentate

Nato/Saudiarabien/Afghanistan

Verheerende Terrorangriffe islamistischer Extremisten in den USA (**11.9.2001**): Dieser Tag geht als 9/11 – Nine-Eleven – die Geschichte ein.

- Zwei entführte Passagierflugzeuge rasen in das World Trade Center, ein drittes in das Pentagon in Washington. Die Türme des World Trade Centers stürzen zusammen. Ein viertes entführtes Flugzeug stürzt bei Pittsburgh ab.
- Die Anschläge fordern rund 3000 Tote. 15 der 19 Flugzeugentführer stammen aus Saudiarabien.
- Die USA im Schockzustand: Der Luftraum wird geschlossen und die Streitkräfte werden in höchste Alarmbereitschaft versetzt.
- Die Nato erklärt erstmals den kollektiven Bündnisfall.
- Der US-Kongress billigt den Einsatz militärischer Gewalt (14.9.2001).
- Vor dem US-Kongress bezeichnet Präsident George W. Bush das Terrornetzwerk al-Qaida und ihren Anführer Osama bin Laden als Urheber der Anschläge. „Unser Krieg gegen den Terror beginnt mit al-Qaida“. Bush fordert die in Afghanistan herrschenden Taliban auf, Osama bin Laden auszuliefern (20.9.2001).

Peru/Japan

Auf Antrag des Obersten Gerichts von Peru wird ein internationaler Befehl gegen den früheren Staatschef Alberto Fujimori wegen Mitverantwortung für Massaker der Todesschwadron Colina erlassen (**13.9.2001**). Fujimori hat sich im November 2000 nach Japan abgesetzt. Da er japanischer Staatsbürger ist, lehnt Tokio seine Auslieferung ab.

Estland

Arnold Rüütel wird neuer Staatspräsident Estlands (**21.9.2001**). Rüütel, Kandidat der konservativ-agrarischen Volkunion, war Vorsitzender des Obersten Sowjets der Sowjetrepublik Estland.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Violinist Isaac Stern stirbt im Alter von 81 Jahren (**22.9.2001**).

Polen

Debakel für die regierende Wahlaktion Solidarność (Solidarnosc) von Ministerpräsident Jerzy Buzek bei der Parlamentswahl in Polen (**23.9.2001**). Die Wahlaktion Solidarność und die Freiheitsunion (UW), ihr ehemaliger Verbündeter, verlieren sämtliche Mandate. Wahlsieger ist das Bündnis der Demokratischen Linken (SDL), das zusammen mit der Arbeitsunion (UP) 216 der 460 Mandate im Sejm gewinnt. Zweitstärkste Kraft im Parlament ist die liberalkonservative Bürgerplattform (PO). Sie gewinnt auf Anhieb 65 Sitze. Ebenfalls neu vertreten sind die bäuerliche nationalistische Partei Samoobrona (Selbstverteidigung) mit 53 und die von den Zwillingenbrüdern Lech und Jarosław Kaczyński (*Kaczynski*) gegründete nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) mit 44 Mandaten. Neuer Ministerpräsident wird Leszek Miller vom Bündnis der Demokratischen Linken (19.10.2001).

Mazedonien

In Mazedonien hat sich die „Nationalen Befreiungsarmee“ UÇK nach den Worten ihres politischen Führers Ali Ahmeti aufgelöst (**27.9.2001**).

Schweiz

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

Ein Amokläufer erschiesst im Zuger Regierungsgebäude elf Angehörige des Kantonsrates und drei Mitglieder der Kantonsregierung (**28.9.2001**).

Schweiz/Swissair

Grounding der hochverschuldeten Fluggesellschaft Swissair: Sie muss mangels genügender finanzieller Mittel den Flugbetrieb einstellen. Rund 400 Flüge fallen aus. Über 38 000 Passagiere sitzen fest (**2.10.2001**). Mit einem Hilfskredit von Bund und Grossbanken kann der Flugbetrieb wieder aufgenommen werden. Doch der Niedergang der Swissair ist nicht mehr aufzuhalten. Nach 71 Jahren stellt die Swissair am 31. März 2002 den Betrieb ein. Nachfolgerin ist die Fluggesellschaft Swiss.

Usbekistan/USA

Usbekistan stellt den USA den Luftwaffenstützpunkt Khanabad für militärische Anti-Terror-Operationen in Afghanistan zur Verfügung (**5.10.2001**). Im Jahr 2005 fordert Usbekistan die Räumung des Stützpunktes und den Abzug der US-Militärs.

USA/Afghanistan/Afghanistan-Konflikt

Die USA starten mit der Operation Enduring Freedom den „Krieg gegen den internationalen Terrorismus“. Als Vergeltung für die verheerenden Terroranschläge in New York und Washington (Nine-Eleven) und nach der Weigerung des Taliban-Regimes, den al-Qaida-Führer Osama bin Laden auszuliefern, beginnt die US-Luftwaffe mit massiven Bombardierungen von Stellungen der Taliban in Afghanistan (**7.10.2001**).

Bangladesh

Zum zweiten Mal wird Khaleda Zia Premierministerin von Bangladesh (**10.10.2001**). Sie regierte das Land bereits in den Jahren 1991 bis 1996. Ihre Bangladesh Nationalist Party war als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervorgegangen (1.10.2001).

Russland

Der russische Präsident Wladimir Putin spricht sich an einem „Kongress der russischen Landsleute im Ausland“ für eine „geeinte russische Welt (Russki Mir) aus. Jedes Gebiet, in dem ein erheblicher Teil der Bevölkerung Russisch spreche, sollte Teil von Russki Mir werden (**11.10.2001**).

Belgien

Neue flämisch-nationalistische Partei in Belgien: Aus der zersplitterten Volksunie entsteht die Nieuw-Vlaamse Alliantie/N-VA (**13.10.2001**).

USA

In den USA werden Briefe mit Milizbrandsporen versandt. Auch der demokratische Senator Thomas Daschle erhält einen Anthrax-Brief (**15.10.2001**). Teile des Kapitols in Washington werden vorübergehend geschlossen. Bis Ende Oktober sterben fünf Menschen an Lungenmilizbrand.

Schweiz

Katastrophen/Tunnelkatastrophen

Eine Brandkatastrophe im Gotthardtunnel nach einer Fahrzeugkollision fordert elf Tote (**24.10.2001**). Der Tunnel bleibt bis kurz vor Weihnachten geschlossen

USA

Der US-Kongress verabschiedet ein Anti-Terror-Gesetz – den „Patriotic Act“ (**25.10.2001**). Die Ermittlungsbehörden erhalten weitreichende Befugnisse im Kampf gegen den Terrorismus. Die Bürgerrechte werden eingeschränkt.

Nicaragua

In Nicaragua geht der bisherige Vizepräsident Enrique Bolaños (Bolanos) vom Partido Liberal Constitucional (PLC) als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Er kommt auf einen Stimmenanteil von 56,31 Prozent. Zum dritten

aufeinanderfolgenden Mal verpasst der frühere Machthaber Daniel Ortega vom Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) die Wahl in das Präsidentenamt. Im Parlament verfügt der PLC über 52 der 90 Sitze (**4.11.2001**).

Afghanistan/Afghanistan-Konflikt/USA

Die militärische Intervention der USA im Afghanistan-Konflikt führt zum Sturz des Taliban-Regimes. Die Nordallianz erobert Mazar-e Sharif (9.11.2001). Danach ziehen die Taliban aus Kabul ab (**12.11.2001**). Rund einen Monat später fällt Kandahar, die letzte Hochburg der Taliban.

USA

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Ein Airbus der American Airlines stürzt kurz nach dem Start in eine Wohnsiedlung im New Yorker Stadtteil Queens ab. Alle 260 Insassen sowie 5 Anwohner kommen ums Leben (**12.11.2001**).

Venezuela

In Venezuela erlässt Staatspräsident Hugo Chávez (*Chavez*) auf der Grundlage eines parlamentarischen Ermächtigungsgesetzes per Dekret 49 Wirtschafts- und Sozialgesetze (**13.11.2001**). Heftig umstritten ist das Agrarentwicklungsgesetz und das Gesetz über Erdölwirtschaft. Der Unternehmerverband Fedecámeras ruft zu einem Generalstreik auf.

Deutschland

Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder stellt im Bundestag die Vertrauensfrage und knüpft diese an die Zustimmung zum Einsatz der Bundeswehr im Rahmen des Antiterrorkampfes in Afghanistan. Das Abstimmungsergebnis lautet: 336 Ja zu 326 Nein (**16.11.2001**).

Bulgarien

Georgi Parwanow wird zum neuen bulgarischen Staatspräsidenten gewählt. Der Kandidat der Sozialistischen Partei besiegt in der Stichwahl den bisherigen Präsidenten Petar Stojanow (**18.11.2001**).

Dänemark

Erstmals seit 1924 verlieren die dänischen Sozialdemokraten die Mehrheit im Parlament (**20.11.2001**). Stärkste Kraft bei der Parlamentswahl wird die liberale Venstre. Sie gewinnt 56 Sitze (plus 14). Die Sozialdemokraten erhalten 52 Mandate (minus 11). Anders Fogh Rasmussen von der liberalen Venstre wird neuer Regierungschef (27.11.2001). Er bildet eine Koalitionsregierung mit der Konservativen Volkspartei.

Schweiz

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Ein Passagierflugzeug vom Typ Avro RJ100 der schweizerischen Regionalfluggesellschaft Crossair stürzt während des Fluges von Berlin nach Zürich bei Bassersdorf ab. 24 der 33 Insassen kommen dabei ums Leben (**24.11.2001**).

Honduras

In Honduras gelangt der konservative Partido Nacional an die Macht. Ricardo Maduro geht mit einem Stimmenanteil von 52,21 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Im Parlament ist der Partido Nacional mit 61 der 128 Sitze stärkste Kraft (**25.11.2001**). Maduro verspricht eine härtere Bekämpfung der Kriminalität.

Argentinien

Finanzkrisen/Schuldenkrisen

Die argentinische Regierung beschliesst wegen der hohen Verschuldung des Staates drastische Massnahmen. Bargeldabhebungen werden beschränkt, umgangssprachlich *corralito* genannt. Bürgerinnen und Bürger dürfen nur noch wöchentlich 250 Pesos abheben (**1.12.2001**).

Millionen Menschen rutschen unter die Armutsgrenze. Die Bevölkerung reagiert mit lautstarken Protesten (Lärm mit Töpfen und Pfannen – *cacerolazo*). Es kommt zu Plünderungen, gewalttätigen Ausschreitungen und einem Generalstreik (13.12.2001). Die Regierung ruft schliesslich den Ausnahmezustand aus (**19.12.2001**).

China (Republik China/Taiwan)

Bei der Parlamentswahl in der Republik China/Taiwan muss sich die bisher dominierende Kuomintang erstmals mit dem zweiten Platz begnügen (**1.12.2001**). 87 der 225 Mandate gewinnt die Demokratische Fortschrittspartei (Democratic Progressive Party), die ein Jahr zuvor (18.3.2000) auch bei der Präsidentenwahl erfolgreich war. 68 Mandate gehen an Abgeordnete der Kuomintang. Kuomintang bleibt aber dank der Allianz mit anderen Parteien (Pan Blue) an der Macht.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Volksinitiative „für eine glaubwürdige Sicherheitspolitik und eine Schweiz ohne Armee“ mit 78,1 Prozent Nein-Stimmen ab (**2.12.2001**).

Sri Lanka

In Sri Lanka geht die oppositionelle Allianz United National Front als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor (**5.12.2001**). Sie gewinnt 109 der 225 Mandate. Die bisher regierende linke People's Alliance erhält 77 Sitze. Es

folgen die marxistisch-leninistischen Kommunisten mit 16 und die Tamil National Alliance mit 15 Mandaten. Ranil Wickremesinghe von der United National Party (UNP) wird neuer Regierungschef

Afghanistan

UNO

Unter Vermittlung der UNO einigen sich Vertreter verschiedener afghanischer Gruppierungen auf dem Petersberg bei Bonn auf eine politische Übergangsordnung und einen Fahrplan für den Aufbau neuer Strukturen nach dem Sturz des Taliban-Regimes (**5.12.2001**).

Friedensnobelpreis

UNO

Die UNO und ihr Generalsekretär Kofi Annan werden mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.2001**).

Literaturnobelpreis

Grossbritannien

Der aus Trinidad und Tobago stammende britische Schriftsteller V.S. Naipul wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.2001**).

China/WTO

China tritt der Welthandelsorganisation (WTO) bei (**11.12.2001**).

Abrüstung/Rüstungskontrolle

USA/Russland

Die USA kündigen den 1972 mit der Sowjetunion geschlossenen Vertrag über die Begrenzung von Raketenabwehrsystemen – ABM-Vertrag (**13.12.2001**).

Portugal

Der portugiesische Ministerpräsident António Guterres tritt nach Verlusten seiner Sozialistischen Partei (Partido Socialista /PS) bei den Gemeindewahlen zurück (**17.12.2001**).

Afghanistan/Afghanistan-Konflikt

UNO

Der UNO-Sicherheitsrat beschliesst die Aufstellung einer internationalen Schutztruppe in Afghanistan (**20.12.2001**). Der Einsatz der International Security Assistance Force (Isaf) konzentriert sich zunächst auf die Hauptstadt Kabul und Umgebung, wird jedoch später auf das ganze Land ausgedehnt. Die USA, Grossbritannien, Deutschland, Italien und Frankreich stellen die stärksten Truppenkontingente. Schrittweise erhöht sich die Truppenstärke der Isaf auf 130 000 Mann.

Argentinien

Der argentinische Präsident Fernando de la Rúa (Fernando de la Rúa) erklärt seinen Rücktritt und zieht damit die Konsequenzen aus der schweren wirtschaftlichen und politischen Krise des Landes (**20.12.2001**). Er wird mit einem Helikopter aus dem von Tausenden Demonstranten belagerten Präsidentenpalast geflogen. Interimspräsident für drei Tage wird Ramón Puerta.

Senegal

Senegal trauert um seinen ersten Staatspräsidenten, Dichter und Philosophen Léopold Sédar Senghor. Er stirbt im Alter von 95 Jahren (**20.12.2001**).

Afghanistan

Gemäss den Petersberger Abkommen vom 5.12.2001 erhält Afghanistan eine Übergangsregierung. An ihrer Spitze steht Hamid Karzai (**22.12.2001**).

Argentinien

Finanzkrisen/Schuldenkrisen

Das argentinische Parlament wählt Adolfo Rodríguez Saá (*Rodriguez Saa*) zum Übergangspräsidenten (**23.12.2001**).

In seiner Antrittsrede kündigte der Interimspräsident an, Argentinien werde aufgrund seiner Zahlungsunfähigkeit seine Auslandsschulden vorerst nicht weiter bedienen. Die öffentliche Schuldenlast beträgt über 130 Milliarden Dollar. Adolfo Rodríguez Saá tritt bereits nach wenigen Tagen zurück und wird durch Eduardo Camaño (*Camano*) ersetzt.

Komoren

Die Bevölkerung der drei Komoren-Inseln Grande Comore, Anjouan und Mohéli stimmt einer neuen föderalistischen Verfassung zu. Die Islamische Bundesrepublik der Komoren wird durch die Union der Komoren abgelöst (**23.12.2001**). Die Inseln erhalten weitgehende Autonomie. Das Amt des Staatshaupts rotiert im Fünfjahresrhythmus zwischen Persönlichkeiten der drei Inseln. Zum ersten Präsidenten der Union der Komoren wird Azali Assoumani gewählt (14.04.2002).

2002

EU/Euro/Euro-Zone

In zwölf Ländern der Europäischen Union – Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien – wird das Euro-Bargeld eingeführt (**1.1.2002**). Grossbritannien, Schweden und Dänemark stehen abseits.

Argentinien

Das argentinische Parlament wählt den peronistischen Senator Eduardo Duhalde zum neuen Staatspräsidenten (**1.1.2002**). Duhalde ist der fünfte Präsident in weniger als zwei Wochen. Er soll bis 2003, bis zum Ende der regulären Amtszeit des zurückgetretenen Staatsoberhauptes Fernando de la Rúa (*Fernando de la Rúa*) im Amt bleiben. Nach seiner Wahl verspricht Duhalde, das Land aus der Krise zu führen.

Argentinien

Finanzkrisen/Schuldenkrisen

Das argentinische Parlament stimmt den von Staatspräsident Eduardo Duhalde verlangten Sondervollmachten zur Bewältigung der schweren Wirtschafts- und Schuldenkrise zu (**6.1.2002**). Der Peso wird um rund 30 Prozent abgewertet und die Anbindung an den US-Dollar aufgehoben.

Estland

Nach Streitigkeiten in der Regierungskoalition erklärt der estnische Ministerpräsident Mart Laar (konservative Volkunion) seinen Rücktritt (**8.1.2002**). Sein Nachfolger wird Siim Kallas von der liberalen Reformpartei.

Sierra Leone

In einer feierlichen Zeremonie erklärt Staatspräsident Ahmad Tejan Kabbah den Bürgerkrieg in Sierra Leone für beendet (**18.1.2002**). Ein Sondergerichtshof soll die Hauptverantwortlichen der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und der Verletzungen des humanitären Völkerrechts zur Verantwortung ziehen. Der Bürgerkrieg in Sierra Leone, der 1991 begann, forderte Zehntausende Tote. Die Angaben schwanken zwischen 50 000 und 200 000 Toten.

USA/Afghanistan/Kuba

al-Qaida

Die USA beginnen, Gefangene des Terrornetzwerks al-Qaida und der Taliban aus Afghanistan auf den Marinestützpunkt Guantánamo Bay in Kuba zu verlegen (**10.1.2002**).

Kuba/Russland

Russland hat seine Militärpräsenz in Kuba beendet. Nach Aussagen des kubanischen Verteidigungsministers Raúl Castro hat Russland seinen Militärstützpunkt in Lourdes aufgegeben (**27.1.2002**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die schwedische Schriftstellerin Astrid Lindgren stirbt im Alter von 97 Jahren (**28.1.2002**).

USA/Irak/Iran/Korea (Nordkorea)

US-Präsident George W. Bush bezeichnet den Irak, Iran und Nordkorea als „Achse des Bösen“, deren Streben nach Massenvernichtungswaffen bekämpft werden müsse (**29.1.2002**).

Dominica

Auf der Karibikinsel Dominica wird die Labour Party stärkste Kraft im Parlament (**31.1.2002**). Neuer Premierminister wird Rosie Douglas. Er stirbt nach nur achtmonatiger Amtszeit. Sein Nachfolger Pierre Charles stirbt auch während der Amtszeit (6.1.2004). Danach übernimmt Roosevelt Skerrit die Führung der Insel. Er ist mit 32 Jahren weltweit der jüngste Regierungschef.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die deutsche Schauspielerin und Sängerin Hildegard Knef stirbt im Alter von 76 Jahren (**1.2.2002**).

Costa Rica

Bei der Parlamentswahl in Costa Rica (**3.2.2002**) verzeichnen die beiden dominierenden Parteien, der sozialdemokratische Partido Liberación Nacional (PLN) und der christdemokratische Partido Unidad Social Cristiana (PUSC), hohe Verluste und erhalten Konkurrenz durch eine dritte politische Kraft, den Mitte-links orientierten Partido de la Acción Ciudadana (PAC). Der PUSC gewinnt 19 (minus 8) der 57 Sitze im Abgeordnetenhaus, der PLN 17 (minus 6) und der PAC auf Anhieb 14 Sitze. Bei der Präsidentenwahl kommt es erstmals zu einer zweiten Runde (vgl. 7.4.2002).

USA

Olympische Spiele

In Salt Lake City (US-Staat Utah) finden die XIX. Olympischen Winterspiele statt (**8.2.2002**).

Indonesien/Molukken

Drei Jahre nach dem Ausbruch eines bewaffneten Konflikts zwischen der muslimischen und christlichen Bevölkerung auf der Molukken-Insel Ambon wird ein Friedensabkommen (Malino-Vertrag) unterzeichnet (12.2.2002). Der Konflikt hatte Tausende Tote gefordert.

Bahrain

Der Emir von Bahrain, Hamad bin Isa al-Khalifa, ernennt sich zum König (14.2.2002).

Ägypten

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Ein verheerender Brand in einem Zug von Kairo nach Luxor fordert 383 Tote. Es handelt sich um das bisher schwerste Zugunglück in Ägypten (20.2.2002).

Sri Lanka/Norwegen

Die sri-lankische Regierung und die Tamil Tigers (Liberation Tigers of Tamil Eelam/LTTE) einigen sich unter norwegischer Vermittlung auf einen Waffenstillstand und in einem „Memorandum of understanding“ auf Friedensgespräche (22.2.2002). Die erste Runde der Friedensgespräche beginnt am 16.9.2002 auf einem thailändischen Stützpunkt. Die Tamil Tigers fordern als Übergangslösung eine Selbstverwaltung, was auf Ablehnung stösst. Die Friedensbemühungen scheitern im April 2003.

Indien

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Im indischen Unionsstaat Gujarat kommen 58 Hindu-Pilger bei einem Brand in einem Zug ums Leben (27.2.2002). Bei anschliessenden Unruhen werden über 1000 Menschen getötet, vor allem Muslime.

Kongo-Brazzaville

Denis Sassou Nguesso geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Kongo-Brazzaville hervor. Er erhält fast 90 Prozent der Stimmen (10.3.2002). Die Präsidentenwahl findet rund zwei Monate nach der Verabschiedung einer neuen Verfassung statt. Die wichtigsten politischen Konkurrenten fehlen, da sie sich im Exil befinden. Sassou Nguesso war bereits von 1979 bis 1992 Staatschef und gelangte im Oktober 1997 mit Gewalt wieder an die Macht.

Schweiz

Die vom Historiker Jean-François Bergier geleitete „Unabhängige Expertenkommission Schweiz Zweiter Weltkrieg“ stellt ihren Schlussbericht vor (22.3.2002). Die Bergier-Kommission wirft der Schweiz vor, während des Kriegs die vorhandenen Handlungsspielräume nicht genutzt und in der Flüchtlingspolitik versagt zu haben. Die Kommission hält ausdrücklich fest, dass wirtschaftliche Zugeständnisse an NS-Deutschland für das Überleben der Schweiz notwendig waren.

Schweiz

UNO

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen im zweiten Anlauf mit 54,6 Prozent Ja-Stimmen den Beitritt der Schweiz zur UNO gut. Das erforderliche Ständemehr wird mit 12 zu 11 Kantonen nur knapp erreicht (3.3.2002). Die Schweiz wird als 190. Mitglied in die UNO aufgenommen.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die deutsche Publizistin Marion Gräfin Dönhoff, Mitherausgeberin der Wochenzeitung «Die Zeit», stirbt im Alter von 92 Jahren (11.3.2002).

Portugal

In Portugal verdrängt die konservativ-liberale Sozialdemokratische Partei (Partido Social Democrata/PSD) die Sozialisten von der Macht. Bei der Parlamentswahl gewinnen die Sozialdemokraten 105 (plus 24) der 230 Sitze. Die Sozialistische Partei (Partido Socialista/PS) verliert 19 Sitze und ist neu mit 88 Abgeordneten vertreten. Drittstärkste Kraft ist das konservative Centro Democrático e Social – Partido Popular (CDS-PP) mit 14 Mandaten. Das Coligação Democrática Unitária/CDU – ein Bündnis aus der Kommunistischen Partei (Partido Comunista Português/PCP) und den Grünen (Partido Ecologista Os Verdes/PEV) erhält 12 Sitze (17.3.2002).

Italien

Parteienfusion in Italien: Der Partito Popolare Italiano (PPI), Rinnovamento Italiano/RI und i Democratici schliessen sich unter Führung von Francesco Rutelli zur Partei Democrazia è Libertà – La Margherita zusammen (24.3.2002).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der österreichisch-US-amerikanische Filmregisseur Billy Wilder stirbt im Alter von 95 Jahren (27.3.2002).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt palästinensische Autonomiegebiete/Westjordanland

Nach einer Serie palästinensischer Selbstmordanschläge wird Palästinenserpräsident Yassir Arafat zum Feind Israels erklärt. Die israelische Armee rückt in autonome palästinensische Städte ein. Arafats Amtssitz in Ramallah wird zerstört und Arafats Bewegungsfreiheit auf wenige Räume eingeschränkt (**29.3.2002**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Das britische Königshaus trauert um Elizabeth Bowes-Lyon. Die «Queen Mum», Gattin von König Georg VI. und Mutter von Königin Elizabeth II, stirbt im Alter von 101 Jahren (**30.3.2002**).

Schweiz

Nach 71 Jahren stellt die Swissair den Betrieb ein (**31.3.2002**). Nachfolgerin ist die Fluggesellschaft Swiss.

Ukraine

Der Block „Unsere Ukraine“ unter Führung des im Vorjahr entmachteten Ministerpräsidenten Wiktor Juschtschenko geht mit einem Stimmenanteil von 23,5 Prozent als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl in der Ukraine hervor (**31.3.2002**). An zweiter Stelle liegt die Kommunistische Partei mit knapp unter 20 Prozent. Auf den Staatsschef Leonid Kutschma nahestehenden Block „Für eine einige Ukraine“ entfallen 11,77 Prozent der Stimmen. Die meisten der 93 unabhängigen Abgeordneten treten dem Präsidentenblock „Für eine einige Ukraine“ bei, womit dieser zur stärksten Fraktion wird.

Monaco/Frankreich

In Monaco wird die Thronfolge mit einer Verfassungsänderung neu geregelt (**2.4.2002**). Bei Tod oder Abdankung des Fürsten gehen die Thronrechte auf einen direkten und legitimen Nachkommen über, wobei männliche Nachkommen den Vorrang haben. Falls der Fürst kinderlos stirbt, können die Thronrechte auch auf die Schwestern und Brüder oder deren Kinder übergehen. Gemäss der bisherigen Verfassung wäre im Falle fehlender männlicher Nachkommen das Fürstentum an Frankreich zurückgefallen.

Angola

Ende des Bürgerkriegs in Angola: Die regierende Volksbefreiungsbewegung Movimento Popular de Libertação de Angola (MPLA) und die Rebellen der antikommunistischen União Nacional da Independência Total de Angola (Unita) unterzeichnen ein Waffenstillstandsabkommen (**4.4.2002**). Wenige Wochen zuvor war der langjährige Führer der Unita, Jonas Savimbi, in einem Hinterhalt getötet worden. Der Bürgerkrieg in Angola hat seit 1975 schätzungsweise 500 000 Tote gefordert. Etwa 2,5 Millionen Menschen wurden vertrieben.

Portugal

José Manuel Barroso von der konservativ-liberalen Sozialdemokratischen Partei (Partido Social Democrata/PSD) wird neuer portugiesischer Regierungschef (**6.4.2002**). Er bildet ein Regierungsbündnis mit dem konservativen Centro Democrático e Social – Partido Popular (CDS-PP).

Costa Rica

Erstmals findet in Costa Rica eine Stichwahl um das Präsidentenamt statt (**7.4.2002**). Zum neuen Staatsschef wird Abel Pacheco de la Espriella vom christdemokratischen Partido Unidad Social Cristiana (PUSC) gewählt. Er erhält 57,95 Prozent der Stimmen. Sein Konkurrent Rolando Araya Monge vom sozialdemokratischen Partido Liberación Nacional (PLN) kommt auf 42,05 Prozent Stimmenanteil.

Venezuela

In Venezuela spitzt sich die innenpolitische Lage nach Streiks sowie Kundgebungen von Anhängern und Gegnern der Regierung dramatisch zu. Bei einem Polizeieinsatz vor dem Präsidentenpalast Miraflores in Caracas werden 19 Menschen getötet. Staatspräsident Hugo Chávez (*Chavez*) wird vorübergehend von Putschisten festgesetzt. Pedro Carmona, Vorsitzender des Unternehmerverbandes Fedecámeras wird zum Übergangspräsidenten ernannt. Doch der Putschversuch scheitert. Es kommt zu Massenkundgebungen von Chávez-Anhängern. Unter massivem Druck breiter Volksmassen übernimmt Chávez nach 48 Stunden im Morgengrauen des 14. April wieder sein Amt (**11. bis 14.4.2002**).

Tunesien

Bei einem Anschlag auf eine Synagoge auf der tunesischen Insel Djerba kommen 21 Menschen ums Leben (**11.4.2002**).

Afghanistan

Nach 29 Jahren im Exil kehrt der afghanische König Zahir Shah als einfacher Bürger in seine Heimat zurück (**18.4.2002**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der norwegische Archäologe und Anthropologe Thor Heyerdahl stirbt im Alter von 87 Jahren (**18.4.2002**).

Frankreich

Überraschender Ausgang der ersten Runde der Präsidentschaftswahl in Frankreich: Jean-Marie Le Pen vom extrem rechten Front national erreicht mit einem Stimmenanteil von 16,86 Prozent den zweiten Platz hinter Staatschef Jacques Chirac mit 19,88 Prozent. Der Kandidat der Sozialisten, Premierminister Lionel Jospin, scheidet mit 16,18 Prozent aus dem Rennen (**21.4.2002**).

Ungarn

Bei der Parlamentswahl in Ungarn (**7.4. und 21.4.2002**) gewinnt die rechtskonservative Partei Fidesz-Ungarische Bürgerpartei (Fidesz-MPP) von Ministerpräsident Viktor Orbán (*Orban*) 164 Mandate (plus 16). Durch Listenverbindung mit dem Ungarischen Demokratischen Forum (MDF) sind es 188 Sitze. Die Sozialisten (MSZP) erobern 178 Mandate (plus 44). Der Bund freier Demokraten (SZDSZ) erhält als drittstärkste Kraft 19 Sitze. Die Kleinlandwirtpartei verliert ihre 48 Sitze und ist nicht mehr im Parlament vertreten. Auch die rechtsradikale Ungarische Wahrheits- und Lebenspartei (MIEP) verliert ihre 14 Mandate. Die Sozialisten (MSZP) und der Bund freier Demokraten (SZDSZ) verbünden sich und ebnen den Weg für einen Regierungswechsel.

Deutschland

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

In Erfurt erschießt ein 19-Jähriger im Gutenberg-Gymnasium zwölf Lehrer, eine Sekretärin, zwei Schüler, einen Polizisten und sich selbst (**26.4.2002**).

Madagaskar

Verfassungsgericht beendet Machtkampf in Madagaskar (**29.4.2002**): Das Gericht erklärt Marc Ravalomanana zum Sieger der Präsidentschaftswahl vom 16. Dezember 2001. Der Bürgermeister der Hauptstadt Antananarivo ersetzt den bisherigen Amtsinhaber Didier Ratsiraka, der den Entscheid ignoriert und Widerstand leistet, schliesslich aber ins Exil nach Frankreich flüchtet.

Pakistan

Mit einem Referendum sichert sich der pakistanische Machthaber General Pervez Musharraf für weitere fünf Jahre das Präsidentenamt (**30.4.2002**). Die Zustimmung beträgt nach offiziellen Angaben 97 Prozent.

Frankreich

Der französische Staatspräsident Jacques Chirac vom Rassemblement pour la République (RPR) schafft die Wiederwahl mit einem Stimmenanteil von 82,21 Prozent. Jean-Marie Le Pen vom extrem rechten Front national muss sich mit 17,79 Prozent begnügen (**5.5.2002**). Die Amtsdauer des Staatsoberhauptes wird von sieben auf fünf Jahre reduziert.

Frankreich

Nach dem Rücktritt des französischen Premierministers und erfolglosen sozialistischen Präsidentschaftskandidaten Lionel Jospin wird Jean-Pierre Raffarin vom bürgerlich-liberalen Parteienbündnis Union pour la majorité présidentielle (UMP) neuer Regierungschef (**6.5.2002**).

Niederlande

Neun Tage vor der Parlamentswahl in den Niederlanden wird der Populist Pim Fortuyn von einem radikalen Tierschützer in Hilversum erschossen (**6.5.2002**). Der Soziologieprofessor Pim Fortuyn hatte mit ausländer- und islamfeindlichen Parolen hohe Popularitätswerte erreicht. Er bezeichnete den Islam als rückständige Kultur und wollte die Grenzen für Asylsuchende schliessen lassen (Nederland is vol). Seine Lijst Pim Fortuyn/LPF stand in Umfragen knapp vor den Wahlen an zweiter Stelle. Bei den Gemeindewahlen in Rotterdam am 6. März hatte Fortuyns Partei Leerbar Rotterdam den höchsten Stimmenanteil erreicht. Die Ermordung von Pim Fortuyn löst grosse Bestürzung aus und hat tiefgreifende politische Konsequenzen.

Mali

Amadou Toumani Touré geht als Sieger aus der Präsidentschaftswahl in Mali hervor (**12.5.2002**). Er war 1991 nach einem Putsch Übergangspräsident bis zu den ersten freien Wahlen.

Kuba/USA

Der frühere US-Präsident Jimmy Carter besucht Kuba (**12.5.2002**).

Niederlande

Politisches Erdbeben in den Niederlanden: Auf Anhieb geht die Partei des vor neun Tagen ermordeten Populisten Pim Fortuyn als zweitstärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervor (**15.5.2002**). Die Liste Pim Fortuyn (Lijst Pim Fortuyn/LPF) gewinnt 26 der 150 Sitze der Zweiten Kammer. Stärkste Kraft sind die Christdemokraten (Christlich-Demokratische Appell/Christen Democratisch Appèl – CDA) mit 43 Mandaten (plus 14). Die bisherigen Regierungsparteien erleiden massive Verluste. Die sozialdemokratische Partei der Arbeit (Partij van de Arbeid/PvdA) von Ministerpräsident Wim Kok beklagt die grössten Verluste ihrer Geschichte. Sie landet auf dem vierten Platz mit 23 Sitzen (minus 22). Die rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD) hat noch 24 Mandate (minus 14).

Schweiz

Die sechste schweizerische Landesausstellung – Expo.02 – öffnet ihre Tore (**15.5.2002**). Erstmals ist die Landesausstellung nicht auf eine Stadt begrenzt. Sie findet in Form von Arteplages an den Seeufern von Biel, Neuenburg, Murten und Yverson-les-Bains statt.

Irland

Debakel für die Partei Fine Gale bei der Parlamentswahl in Irland (**17.5.2002**). Sie erzielt das zweitschlechteste Ergebnis ihrer Geschichte. Sie verliert einen Drittel ihrer Mandate und ist noch mit 31 Abgeordneten (minus 23) vertreten. Fianna Fáil, die stärkste Kraft im Parlament, gewinnt 81 Mandate (plus 8). Die Grünen, die Progressiven Demokraten sowie Sinn Féin gewinnen je vier Mandate hinzu.

Osttimor (Timor-Leste)

Die frühere portugiesische Kolonie Osttimor, nach dem Rückzug Portugals von Indonesien annektiert und seit Ende Oktober 1999 unter UNO-Verwaltung, erhält die Unabhängigkeit (**20.5.2002**). Erster Präsident der Demokratischen Republik Osttimor (Timor-Leste) wird der Xanana Gusmão (*Gusmao*), ehemaliger Anführer der Forças Armadas de Libertação Nacional de Timor-Leste (Falintil). Gusmão hatte die Präsidentenwahl (14.4.2002) mit einem Stimmenanteil von 82 Prozent klar gewonnen. Mari Alkatiri vom Frente Revolucionária de Timor-Leste Independente (Fretilin) wird Regierungschef.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die französisch-schweizerische Malerin und Bildhauerin Niki de Saint Phalle stirbt im Alter von 71 Jahren (**21.5.2002**).

USA/Russland

Abrüstung/Rüstungskontrolle

Die Präsidenten der USA und Russlands, George W. Bush und Wladimir Putin, unterzeichnen in Moskau den Vertrag zur Reduzierung strategischer Offensivwaffen – Strategic Offensive Reductions Treaty (SORT). Das Sort-Abkommen sieht eine Reduktion der Nuklearsprengköpfe auf je 1700 bis 2000 vor (**24.5.2002**).

China (Republik China/Taiwan)

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Eine Boeing 747 der taiwanesischen Fluggesellschaft China Airlines zerbricht in der Luft und stürzt bei den Penghu-Inseln ins Meer. 225 Menschen kommen ums Leben (**25.5.2002**). Als Unglücksursache gilt Materialermüdung.

Moçambique

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

In Moçambique fordert ein Zugunglück 192 Tote. Bei Tanga kommt ein bei einer Steigung abgetrennter Teil eines Zuges ins Rollen und kollidiert mit dem Restzug (**25.5.2002**).

Kolumbien

In Kolumbien wird Álvaro Uribe vom konservativen Bündnis Primero Colombia mit einem Stimmenanteil von 53,05 Prozent zum neuen Staatspräsidenten gewählt (**26.5.2002**).

Ungarn

Der frühere Finanzminister Péter Medgyessi wird neuer ungarischer Ministerpräsident (**27.5.2002**). Der parteilose Medgyessi war bei der Parlamentswahl für die Sozialisten (MSZP) als Spitzenkandidat angetreten. Medgyessi bildet ein Regierungsbündnis mit dem Bund freier Demokraten (SZDSZ).

Nato/Russland

Die Staats- und Regierungschefs der Nato und der russische Präsident Wladimir Putin vereinbaren bei einem Gipfeltreffen auf einem Stützpunkt in der Nähe von Rom die Schaffung des Nato-Russland-Rates. Dieser ersetzt den 1997 gegründeten Ständigen Gemeinsamen Nato-Russland-Rat. In einer gemeinsamen Erklärung verpflichten sich beide Seiten, die Zusammenarbeit in gemeinsamen Interessenbereichen zu verbessern „sich gemeinsamen Herausforderungen und Gefahren für unsere Sicherheit zu stellen“ und gemeinsam dauerhaften Frieden aufzubauen (**28.5.2002**).

Algerien

Bei der Parlamentswahl in Algerien kehrt der Front de libération nationale (FLN) als stärkste Kraft zurück. Der FLN gewinnt 199 (plus 137) der 389 Mandate. Das Rassemblement nationale démocratique (RND), Siegerin der Wahlen von 1997, verliert 109 Sitze und ist nur noch drittstärkste Kraft mit 47 Mandaten (**30.5.2002**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten entscheiden über zwei Schwangerschaftsvorlagen: Mit 72,2 Prozent Ja-Stimmen wird die Fristenregelung (Revision des Strafgesetzbuches betreffend Abtreibung) angenommen. Die Fristenregelung sieht den straffreien Schwangerschaftsabbruch in den ersten zwölf Wochen vor. Auf deutliche Ablehnung – 81,8 Prozent Nein-Stimmen – stösst die Abtreibungsverbots-Initiative „Für Mutter und Kind“ (**2.6.2002**).

Tschechien

Bei der Wahl des neuen tschechischen Abgeordnetenhauses (14.6. und **15.6.2002**) behauptet die Sozialdemokratische Partei (ČSSD) ihre Führungsposition mit 70 (minus 4) von 200 Sitzen. Zweitstärkste Kraft ist die konservative Demokratische Bürgerpartei (ODS) mit 58 Sitzen (minus 5). 17 Mandate gewinnt die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM) hinzu und ist neu mit 41 Abgeordneten vertreten. Die Koalition aus der Christlichen und Demokratischen Union (KDU-ČSL) und der Freiheitsunion (US-DEU) gewinnt 31 Sitze.

Frankreich

Das bürgerlich-liberale Parteienbündnis Union pour la majorité présidentielle (UMP) geht als klare Siegerin aus der Parlamentswahl in Frankreich hervor. Die UMP gewinnt 358 der 577 Mandate. Der Parti socialiste (PS) verliert 115 Sitze und hat noch 140 Mandate (9.6. und **16.6.2002**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt palästinensische Autonomiegebiete/Westjordanland

Um effektiver gegen Terroranschläge gewappnet zu sein, beginnt Israel mit dem Bau einer 760 Kilometer langen Sperranlage entlang der Grenzlinie Israel-Westjordanland (**16.6.2002**). Die Sperranlagen bestehen aus elektronisch gesicherten Zäunen und teilweise auch aus einer bis zu acht Meter hohen Betonmauer.

Albanien

Das albanische Parlament wählt den parteilosen Ex-General Alfred Moisiu zum neuen Staatspräsidenten (**24.6.2002**).

Tansania

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

In Tansania prallt zwischen den Bahnhöfen Igandu und Msagali wegen Bremsversagens ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen. Dabei kommen 281 Menschen ums Leben (**24.6.2002**).

Deutschland/Russland/Schweiz

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Eine Tupolew der Bashkirian Airlines und ein Frachtflugzeug der DHL kollidieren über dem Bodensee in der Nähe von Überlingen. Dabei kommen alle 71 Insassen ums Leben, unter ihnen 49 Schulkinder aus der russischen Teilrepublik Baschkortostan (**1.7.2002**). Als Ursachen der Katastrophe nennt ein offizieller deutscher Untersuchungsbericht technische Mängel und menschliche Fehler bei der Schweizer Flugsicherung Skyguide. Ein Fluglotse der Skyguide wird am 24. Februar 2004 in Zürich erstochen.

Peru

Der ehemalige peruanische Geheimdienstchef Vladimiro Montesinos wird wegen Korruption zu neun Jahren Gefängnis verurteilt (**1.7.2002**). Weitere Prozesse und Verurteilungen folgen. Montesinos war ein enger Berater von Expräsident Alberto Fujimori.

OAU/African Unity (AU)

Die Organisation für die Einheit Afrikas (OAU) löst sich auf (**9.7.2002**). An ihre Stelle tritt die African Union/AU. Das erste Gipfeltreffen der Afrikanischen Union findet in der südafrikanischen Stadt Durban statt (9.7. bis 11.7.2002).

Spanien/Marokko/Isla del Perejil/USA

Marokkanische Soldaten besetzen die von Spanien kontrollierte, unbewohnte Isla del Perejil (**11.7.2002**). Spanische Einheiten vertreiben die Besetzer. Mit Unterstützung der USA wird der Konflikt um die Isla del Perejil (Petersilieninsel) – von Marokko Leila genannt – beigelegt. Der Zustand vor Ausbruch des Konflikts wird wieder hergestellt.

Tschechien

Wechsel an der Spitze der tschechischen Regierung: Der neue Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei (ČSSD), Vladimír Špidla (*Spidla*), übernimmt die Nachfolge von Miloš Zeman, der nicht mehr kandidierte (**12.7.2002**). Die Sozialdemokraten hatten bei der Parlamentswahl (14.6./15.6.2002) ihre Führungsposition verteidigt.

Niederlande

Der Christdemokrat Jan Peter Balkenende wird neuer niederländischer Ministerpräsident (**22.7.2002**). Er löst nach acht Jahren Wim Kok ab, dessen sozialdemokratische Partei der Arbeit (Partij van de Arbeid/PvdA) bei der Parlamentswahl (15.5.2001) massive Verluste erlitten hatte. Regierungspartner der Christdemokraten (Christlich-Demokratische Appell/Christen Democratisch Appèl – CDA) sind die Populisten von der Liste Pim Fortuyn (Lijst Pim Fortuyn/LPF) und die rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD).

Uruguay/USA

Finanzkrisen

Uruguay durchlebt die schwerste Finanzkrise seiner Geschichte. Seit mehreren Jahren steckt das Land in einer Rezession. Durch die Wirtschaftskrise im Nachbarland Argentinien verschärft sich die Situation in Uruguay. Die

Währungsreserven sind um 50 Prozent gesunken. Der Peso hat gegenüber dem US-Dollar rund die Hälfte seines Wertes verloren.

Die Regierung verfügt eine vorübergehende Schliessung der Banken, um einer Kapitalflucht vorzubeugen (**30.7.2002**). Die Bankenschliessung löst massive Proteste aus. Die USA gewähren Uruguay einen Sofortkredit von 1,5 Milliarden Dollar (4.8.2002).

Kongo-Kinshasa/Ruanda

Kongokriege

Die Präsidenten von Ruanda und Kongo-Kinshasa, Paul Kagame und Joseph Kabila, unterzeichnen in Pretoria einen Friedensvertrag. Dieser sieht unter anderem den Abzug der ruandischen Truppen aus Kongo-Kinshasa vor. Im Gegenzug verpflichtet sich Kabila zur Entwaffnung und Zerschlagung der Hutu-Milizen (**30.7.2002**).

Bolivien

In Bolivien wählt das Parlament (Asemblea Legislativa Plurinacional) zum zweiten Mal nach 1993 Gonzalo Sánchez de Lozada (*Sánchez de Lozada*) vom neoliberalen Movimiento Nacionalista Revolucionario (MNR) zum Staatspräsidenten (**4.8.2002**). Bei den Präsidentschaftswahlen (30.6.2002) hatte kein Kandidat das absolute Mehr erreicht. Gonzalo Sánchez de Lozada lag knapp in Führung vor Evo Morales vom linken Movimiento al Socialismo (MAS). Morales ist Anführer der Kokabauern-Gewerkschaft und indigener Herkunft.

Im Abgeordnetenhaus ist die Partei von Präsident Sánchez de Lozada mit 36 der 130 Mandate die stärkste Kraft vor dem Movimiento al Socialismo. Erstmals stellen Indigenas ein Viertel der Abgeordneten.

Iran

Spekulationen um ein geheimes Atomprogramm Irans: Der Iranische Nationale Widerstandsrat enthüllt die Existenz zweier in Bau befindlicher Anlagen, die Iran bisher geheim gehalten hatte. Erwähnt werden eine Urananreicherungsanlage in Natanz und ein Schwerwasserreaktor in Arak zur Plutoniumerzeugung (**14.8.2002**). Iran gehört zu den Unterzeichnern des Atomwaffensperrvertrags und ist verpflichtet, auf eine militärische Nutzung der Kernkraft zu verzichten und alle zivilen Aktivitäten gegenüber der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) offenzulegen.

Österreich/Deutschland/Tschechien

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Weite Teile Mitteleuropas, vor allem Österreich, Deutschland und Tschechien, werden von schweren Überschwemmungen heimgesucht (**Mitte August 2002**).

Kongo-Kinshasa/Uganda

Kongokriege

Die Präsidenten von Kongo-Kinshasa und Uganda, Joseph Kabila und Yoweri Museveni, unterzeichnen in Luanda (Angola) ein Friedensabkommen. Uganda verpflichtet sich zum Abzug seiner Truppen aus dem vom Bürgerkrieg zerrütteten Land (**6.9.2002**).

Indien

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Im indischen Unionsstaat Bihar kommen bei einer Zugentgleisung über 110 Menschen ums Leben (**10.9.2002**).

Schweden

Die schwedischen Sozialdemokraten befinden sich nach den Verlusten bei der Reichstagswahl vor vier Jahren wieder im Aufwärtstrend (**15.9.2002**): Mit einem Stimmenanteil von knapp unter 40 Prozent gewinnen sie im neuen Parlament 144 Mandate (plus 13). Die Moderate Sammlungspartei bleibt mit 55 Mandaten zweitstärkste Kraft, verliert jedoch 27 Sitze. Die drittplatzierte Volkspartei-Die Liberalen gewinnt 31 hinzu und ist mit 48 Abgeordneten im neuen Reichstag vertreten. Es folgen die Christdemokraten mit 33 (minus 9), die Linkspartei mit 30 (minus 13) und die Zentrumsparter mit 22 (plus 4.)

Mazedonien

In Mazedonien kehren die Sozialdemokraten zurück an die Macht. Das von der Sozialdemokratischen Liga (SDMS) angeführte Bündnis Gemeinsam für Mazedonien gewinnt bei der Parlamentswahl 60 der 120 Sitze. Die bisher regierende nationalkonservative Partei VMRO-DPMNE erhält mit ihren Bündnispartnern 33 Mandate (**15.9.2002**). Branko Cvenkovski wird zum zweiten Mal Regierungschef nach der Amtsperiode 1992/1998.

Korea (Nordkorea)/Japan

Mit Junichiro Koizumi weilt erstmals ein japanischer Ministerpräsident zu einem offiziellen Besuch in der nordkoreanischen Hauptstadt Pyongyang (**17.9.2002**).

Côte d'Ivoire)Frankreich

UNO/Ecowas

In Côte d'Ivoire bricht ein Bürgerkrieg aus (**19.9.2002**). Meuternde Militärs scheitern mit einem Putschversuch, übernehmen aber die Kontrolle über die muslimisch geprägte Nordhälfte des Landes. Damit ist das Land praktisch in zwei Hälften geteilt: In den von Aufständischen des Mouvement Patriotique de Côte d'Ivoire (MPCI) besetzten Norden und den von regierungstreuen Truppen kontrollierten Süden. Frankreich entsendet Truppen in seine

ehemalige Kolonie, um die Nord-Süd-Waffenstillstandslinie zu überwachen (Opération Licorne). Verstärkt werden die französischen Truppen durch Soldaten von Mitgliedsstaaten der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (Ecowas) und ab 2004 durch UNO-Blauhelme: Opération des Nations unies en Côte d'Ivoire (ONUCI).

USA

Die USA schliessen militärische Präventivschläge bei Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen nicht aus. In dem von US-Präsident George W. Bush dem Kongress vorgelegten Bericht über die nationale Sicherheitsstrategie heisst es unter anderem: Erforderlich seien „Fähigkeiten zur Aufdeckung und Zerstörung feindlicher Massenvernichtungswaffen, bevor diese zum Einsatz kommen“ (**20.9.2002**).

Russland

Katastrophen/Lawinen

Bei einer Lawinenkatastrophe in der Karmadonschlucht in der russischen Teilrepublik Nordossetien kommen über 120 Menschen ums Leben. Zu den Opfern gehört eine Filmcrew. Ein Eisabbruch am Kolkangletscher löst eine gewaltige Lawine aus Eis, Schlamm und entwurzelten Bäumen aus. Das Dorf Nischni Karmadon wird fast vollständig unter Eis begraben (**20.9.2002**).

Slowakei

Bei der Parlamentswahl in der Slowakei (20.9. und **21.9.2002**) bleibt die nationalistische Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS) trotz Verlusten mit 36 der 150 Sitze stärkste Kraft. Neu vertreten sind die Slowakische Demokratische und Christliche Union (SDKU) mit 28 und die linkspopulistische Smer-SD mit 25 Mandaten. 20 Sitze erhält die Partei der ungarischen Koalition (SMK-MKP).

Deutschland

Knapper Machterhalt von Rot-Grün bei der Bundestagswahl in Deutschland (**22.9.2002**). Sozialdemokraten (SPD) und Grüne erhalten nur vier Mandate über dem absoluten Mehr. Die Sozialdemokraten und die Unionsparteien CDU/CSU – Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union – erhalten je 38,5 Prozent der Stimmen. Die SPD verliert 2,4 Prozentpunkte, CDU und CSU erhöhen ihren Stimmanteil um 3,4 Prozentpunkte. Stimmengewinne erzielen sowohl die Grünen als auch die Freien Demokraten. Sie kommen auf einen Stimmenanteil von 8,6 bzw. 7,4 Prozent. Von den 603 Mandanten entfallen 251 auf die Sozialdemokraten, 248 auf die Unionsparteien CDU/CSU, 55 auf die Grünen, 47 auf die Freien Demokraten und 2 Direktmandate auf die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen sowohl die Volksinitiative „Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds“ (Gold-Initiative) als auch den Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament „Gold für AHV, Kantone und Stiftung“ ab (**22.9.2002**). Die Gold-Initiative wird mit 51,1 Prozent und der Gegenentwurf mit 49,8 Prozent Nein-Stimmen verworfen. Der Gegenvorschlag sah vor, das Vermögen aus überschüssigen 1300 Tonnen Gold während 30 Jahren in seinem Wert zu erhalten. Nur die Zinsen sollen verteilt werden, und zwar je zu einem Drittel an die AHV, die Kantone und die „Stiftung Solidarität Schweiz“.

Senegal

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Die senegalesische Fähre „Joola“ gerät vor der Küste Gambias in einen Sturm und kentert. Vermutlich kommen etwa 2000 Menschen ums Leben (**26.9.2002**).

Guatemala

In Guatemala wird erstmals ein Offizier im Zusammenhang mit Verbrechen während des Bürgerkrieges verurteilt. Oberst Juan Valencia Osorio hatte die Ermordung der Anthropologin Myrna Mack angeordnet. Sie forschte über den Völkermord an den Mayas. Das Gericht verhängt eine 30-jährige Gefängnisstrafe (**3.10.2002**).

Lettland

Die liberal-konservative Partei Neue Ära gewinnt bei der Parlamentswahl in Lettland (**5.10.2002**) auf Anhieb 26 der 100 Sitze und wird damit stärkste Kraft. 25 Mandate erobert die von der russischsprachigen Bevölkerung unterstützte Partei Für Menschenrechte im vereinten Lettland. Drittstärkste Kraft ist die konservative Volkspartei mit 20 Mandaten.

Der frühere Zentralbankchef Einars Repše (*Repse*) von der Siegerpartei wird neuer Regierungschef (7.11.2002).

Bosnien und Herzegowina/Föderation Bosnien und Herzegowina/Republika Srpska

Wahlen in Bosnien und Herzegowina sowie in den beiden Entitäten, der Föderation Bosnien und Herzegowina und der Republika Srpska (**5.10.2002**).

- Ins Staatspräsidium des Gesamtstaates gewählt werden: der Bosniake Sulejman Tihić (*Tihic*) von der Partei der Demokratischen Aktion (SDA), der Kroat Dragan Čović (*Covic*) von der Kroatischen Demokratischen Union (HDZ) und der Serbe Mirko Šarović (*Sarovic*) von der Serbischen Demokratischen Partei (SDS).
- Stärkste Kraft im 42 Mandate zählenden Parlament des Gesamtstaates ist die bosniakische Partei der Demokratischen Aktion (SDA) mit 10 Mandaten vor der bosniakischen Partei für Bosnien und Herzegowina (SBiH) mit 6 Sitzen. Je 5 Mandate gewinnen die Kroatische Demokratische Union (HDZ) und die Serbische Demokratische Partei (SDS).

- Wahlen finden auch in den beiden Entitäten des Gesamtstaates – der Föderation Bosnien und Herzegowina sowie der Serbischen Republik (Republika Srpska) – statt. In der Republika Srpska wird Dragan Čavić (*Cavic*) von der Serbischen Demokratischen Partei zum Präsidenten gewählt.

Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS)/Collective Security Organization (CSTO)

Russland, Armenien, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Belarus gründen auf der Grundlage des 1992 geschlossenen Vertrags über kollektive Sicherheit (Taschkenter Vertrag) die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit/OVKS – Collective Security Organization/CSTO (**7.10.2002**).

Marokko

Driss Jettou wird neuer marokkanischer Premierminister (**9.10.2002**). Er hatte bisher mehrere Ministerposten (Finanzen, Inneres) inne.

Irak/USA

Sowohl das US-Repräsentantenhaus als auch der Senat erteilen Präsident George W. Bush mit grosser Mehrheit die Vollmacht zu einem Militärschlag gegen den Irak (**10.10. bzw. 11.10.2002**).

Pakistan

In Pakistan finden erstmals seit dem Militärputsch von General Pervez Musharraf vor drei Jahren Parlamentswahlen statt (**10.10.2002**). Die früheren Regierungschefs Benazir Bhutto und Nawaz Sharif werden von den Wahlen ausgeschlossen. Stärkste Kraft wird die dem Militärregime nahestehende Pakistan Muslim League (PML-Q) mit 77 Mandaten vor der Pakistan People's Party (PPP) mit 63 und der islamistischen Parteienallianz MMM mit 45 Sitzen. Nach den Wahlen wird das Amt des Premierministers wieder eingeführt. Die Leitung der Regierung übernimmt Zafarullah Khan Jamali.

Indonesien

Bei Sprengstoffanschlägen islamischer Terroristen auf der indonesischen Insel Bali kommen 190 Menschen ums Leben (**12.10.2002**).

Niederlande

Nach nur drei Monaten erklärt die niederländische Regierung von Ministerpräsident Jan Peter Balkenende nach koalitionsinternen Auseinandersetzungen ihren Rücktritt (**16.10.2002**). Seine Christdemokraten (Christlich-Demokratischer Appell/Christen Democratisch Appèl – CDA) und die rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD) hatten die Zusammenarbeit mit den mitregierenden Populisten von der Liste Pim Fortuyn (Lijst Pim Fortuyn/LPF) gekündigt. Interne Machtkämpfe um die Nachfolge des ermordeten Parteigründers Pim Fortuyn erschwerten die Regierungsarbeit.

Korea (Nordkorea)/USA

Nordkorea verfolgt ein geheimes Atomwaffenprogramm: Der US-Sondergesandte James Kelly legt bei Gesprächen in Pyongyang entsprechende Beweise vor (**16.10.2002**).

Auf die erste Atomkrise, die 1994 mit einem Rahmenplan (agreed framework) beigelegt werden konnte, folgt die zweite Atomkrise.

- Die von einem multinationalen Konsortium (KEDO) im Rahmen des „agreed framework“ organisierten Heizöl-Lieferungen an Nordkorea werden eingestellt (14.11.2002).
- In einem Schreiben an die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) kündigt Nordkorea die Reaktivierung der gemäss dem „agreed framework“ stillgelegten Atomanlagen an (12.12.2002).
- Nordkorea beendet Ende Dezember 2002 die Überwachung durch die IAEA, weist die internationalen Inspektoren aus und schaltet die automatischen Kontrollgeräte ab

EU

Irland

Die Bevölkerung Irlands revidiert ihre ablehnende Haltung gegenüber dem von den Mitgliedstaaten der Europäischen unterzeichneten Vertrag von Nizza. Mit 63 Prozent Ja-Stimmen wird das Abkommen gutgeheissen (**19.10.2002**).

Frankreich/Monaco

Frankreich und Monaco schliessen ein neues Freundschafts- und Kooperationsabkommen (**24.10.2002**). Das Abkommen ersetzt den Schutzvertrag von 1918. Frankreich sichert Monaco die Verteidigung seiner Unabhängigkeit zu, garantiert die Unversehrtheit des monegassischen Territoriums und gewährleistet die in der Verfassung Monacos geregelte Thronfolgeregelung (vgl. 2.4.2002).

Ein Zusatzabkommen vom 8.11.2005 regelt die Einzelheiten der Zusammenarbeit. Das Amt des Ministre d'Etat (Regierungschef) wird künftig in Absprache beider Seiten besetzt. Der Fürst kann einen monegassischen oder französischen Staatsangehörigen für dieses Amt ernennen. Laut dem Schutzvertrag von 1918 musste der Ministre d'Etat ein Franzose sein. Dem Fürst wurde beim Auswahlverfahren ein Dreivorschlag der französischen Regierung unterbreitet.

Russland/Tschetschenien

Geiseldrama in Moskau: Bei der Erstürmung eines von tschetschenischen Extremisten besetzten Musicaltheaters kommen rund 120 Menschen ums Leben (**26.10.2002**).

Brasilien

Der Arbeiterführer Luiz Inácio Lula da Silva vom Partido dos Trabalhadores wird im vierten Anlauf zum neuen brasilianischen Staatsoberhaupt gewählt. Er erhält in der Stichwahl 61,27 Prozent der Stimmen.

Im Abgeordnetenhaus gewinnt der Partido dos Trabalhadores (PT) die meisten Stimmen und Sitze: 91 von insgesamt 513. Zweistärkste Kraft ist der Partido da Frente Liberal (PFL) mit 84 Mandaten. Es folgen der Partido do Movimento Democrático Brasileiro (PMDB) mit 76 und der Partido da Social Democracia Brasileira (PSDB) mit 70 Mandaten (**27.10.2002**).

Mazedonien

Der Sozialdemokrat Branko Crvenkovski wird zum zweiten Mal nach der Amtsperiode 1992/1998 Mazedoniens Regierungschef (**1.11.2002**).

Türkei

Politisches Erdbeben in der Türkei (**3.11.2002**): Die im August 2001 gegründete islamisch-konservative Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) erobert bei der Parlamentswahl 363 der 550 Mandate. Nur zwei Parteien sind im Parlament vertreten. Neben der AKP schafft nur die Republikanische Volkspartei (CHP) mit 178 Abgeordneten den Sprung ins Parlament. Hinzu kommen 9 unabhängige Volksvertreter. Alle bisher im Parlament vertretenen Parteien, darunter auch die drei bisherigen Regierungsparteien – die Demokratische Linkspartei (DSP), die liberal-konservative Mutterlandspartei (Anap) und die rechtsradikale Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) – scheitern an der 10-Prozent-Sperrklausel. Abdullah Gül, Gründungsmitglied der AKP, wird neuer Regierungschef (18.11.2001)

USA

Bei den Kongresswahlen in den USA (Midterm-Wahlen) erlangen die Republikaner die Mehrheit im Senat zurück und sind damit in beiden Kammern die führende Kraft (**5.11.2002**). Im Senat haben die Republikaner 51 (plus 1) und die Demokraten 48 Mandate (minus 2). Hinzu kommt ein Unabhängiger (plus 1). Im Repräsentantenhaus sind die Republikaner mit 229 Abgeordneten (plus 8) und die Demokraten mit 205 (minus 7) vertreten. Hinzu kommt ein Unabhängiger: Die Unabhängigen verlieren einen Sitz. (

Gibraltar/Grossbritannien/Spanien

Die Bevölkerung von Gibraltar lehnt eine geteilte britisch-spanische Souveränität mit knapp 99 Prozent Nein-Stimmen ab (**7.11.2002**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Journalist und Verleger Rudolf Augstein, Herausgeber des Politmagazins «Der Spiegel», stirbt im Alter von 79 Jahren (**7.11.2002**).

Irak

UNO

Der UNO-Sicherheitsrat fordert in der Resolution 1441 vom Irak den ungehinderten Zugang der UNO-Inspektoren (Unmovic und IAEA/Internationale Atomenergieagentur) zu allen verdächtigen Waffenfundorten, verlangt vom Irak eine auf den neuesten Stand gebrachte Erklärung über alle Massenvernichtungswaffen und warnt vor „ernsten Konsequenzen“ (**8.11.2002**).

Spanien

Katastrophen/Schiffskatastrophen/Umweltkatastrophen

Vor der galicischen Küste sinkt der Öltanker „Prestige“ (**13.11.2002**). Eine Ölpest verschmutzt weite Gebiete der spanischen Atlantikküste.

China

Hu Jintao wird neuer Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas (**15.11.2002**). Er tritt an die Stelle von Jiang Zemin, der seit 1989 an der Spitze der Partei stand.

Krankheiten/Seuchen/Epidemien/SARS

China

Von Südchina aus breitet sich die Atemwegserkrankung SARS aus (**16.11.2002**). Der Erreger ist ein bisher unbekanntes Coronavirus. Innerhalb eines halben Jahres erkranken über 8000 Menschen. Mehr als 770 Todesfälle werden registriert.

Frankreich

In Frankreich schliessen sich die in der Union pour la majorité présidentielle verbündeten Bürgerlichen und Liberalen zur Union pour un mouvement populaire (UMP) zusammen. Der neuen Partei gehören das neogaullistische Rassemblement pour la République (RPR), Démocratie libérale und Teile der Union pour la démocratie française (UDF) an (**17.11.2002**).

Ukraine

Wiktor Janukowitsch von der in der russischsprachigen Ostukraine verankerten Partei der Regionen wird neuer ukrainischer Ministerpräsident (**21.11.2002**).

Nato

Die Nato-Gipfelkonferenz in Prag beschliesst die Schaffung einer schnellen Eingreiftruppe – Nato Response Force/NRF (**22.11.2002**).

Österreich

In Österreich geht die konservative Volkspartei (ÖVP) mit einem Stimmenanteil von 42,3 Prozent (plus 15,39 Prozentpunkte) als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor und wird erstmals seit 1966 stimmenstärkste Partei (**24.11.2002**). Sie gewinnt 27 Mandate hinzu und ist mit 79 Abgeordneten im Parlament vertreten. Die Freiheitliche Partei (FPÖ) verliert einen Drittel des Stimmenanteils. Mit 10,01 Prozent der Stimmen (minus 16,9 Prozentpunkte) muss sie sich mit 18 Mandaten begnügen (minus 34). Zweistärkste Kraft ist die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) mit einem Stimmenanteil von 36,51 Prozent (plus 3,36 Prozentpunkte). Auf 17 Sitze kommen die Grünen. Der neue Nationalrat setzt sich wie folgt zusammen: ÖVP: 79 (plus 27), SPÖ: 69 (plus 4), FPÖ: 18 (minus 34), Grüne: 17 (plus 3). Bundeskanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) setzt das Regierungsbündnis mit der FPÖ fort.

Ecuador

In Ecuador geht Lucio Gutiérrez Borbúa (*Gutierrez Borbua*) vom populistischen Partido Sociedad Patriótica mit einem Stimmenanteil von 54,79 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor (**24.11.2002**). Im Parlament (Congreso Nacional), das am 20. Oktober 2002 gewählt wurde, ist seine vor wenigen Monaten gegründete Partei nur mit 6 Abgeordneten vertreten. Stärkste Kraft ist nach wie vor der Partido Social Cristiano mit 24 Mandaten. Die Partei von Expräsident Jamil Mahuad Witt – Democracia Popular-Unión Demócrata Cristiana – verliert 30 Mandate.

Slowenien

Janez Drnovšek (*Drnovsek*) von der Liberaldemokratischen Partei geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Slowenien hervor (**1.12.2002**). Seit 1992 war er mit einer kurzen Unterbrechung Ministerpräsident. Neuer Regierungschef wird der Liberaldemokrat Anton Rop (19.12.2002).

Venezuela

In Venezuela beginnt ein vom Unternehmerverband Fedecámeras und dem Gewerkschaftsbund Confederación de Trabajadores de Venezuela (CTV) ausgerufenen Generalstreik, von dem besonders die Erdölindustrie betroffen ist (**2.12.2002**). Der Erdöllexport kommt fast vollständig zum Stillstand. Der Streik endet nach 63 Tagen. Die Opposition hatte vergeblich auf einen Umsturz des Regimes von Hugo Chávez (*Chavez*) gehofft. Die Regierung entlässt rund 19 000 unter Sabotageversacht stehende Mitarbeiter des staatlichen Erdölkonzerns Petroleos de Venezuela (PDVSA).

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt die sozialdemokratische Genfer Staatsrätin Micheline Calmy-Rey zur neuen Bundesrätin. Sie ist Nachfolgerin von Bundesrätin Ruth Dreifuss (**4.12.2002**). Bundesrätin Calmy-Rey ist bis zu ihrem Rücktritt Ende 2011 Aussenministerin (Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten/EDA).

Italien

In Italien schliessen sich das Centro Cristiano Democratico (CCD) von Pier Ferdinando Casini und die Cristiani democratici uniti (CDU) von Rocco Buttiglione zur Unione dei Democratici Cristiani e Democratici di Centro (UDC) zusammen (**6.12.2002**).

Friedensnobelpreis

USA

Der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter erhält den Friedensnobelpreis (**10.12.2002**).

Literaturnobelpreis

Der ungarische Schriftsteller Imre Kertész erhält den Literaturnobelpreis (**10.12.2002**).

EU

Die Europäische Union beschliesst die Aufnahme von zehn neuen Mitgliedstaaten für das Jahr 2004: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Ungarn, Zypern und Malta (**12.12.2002**).

Kanada

Paul Martin wird neuer kanadischer Premierminister und Vorsitzender der Liberal Party anstelle von Jean Chrétien (**12.12.2003**).

Kongo-Kinshasa

Kongokriege

Nach vierjährigem Bürgerkrieg in Kongo-Kinshasa einigen sich die Konfliktparteien in Pretoria auf ein Friedensabkommen (**17.12.2002**). Dieses sieht die Bildung einer Übergangsregierung der nationalen Einheit vor.

Wichtigste Vertragsparteien sind neben der Regierung das von Uganda unterstützte Mouvement de libération du Congo (MLC) und das von Ruanda beeinflusste Rassemblement congolais pour la démocratie (RCD-Goma). Neben den beiden grossen Rebellenbewegungen sind auch Splittergruppen in das Abkommen eingebunden. Präsident Joseph Kabila stehen vier Vizepräsidenten zur Seite. In zwei Jahren sollen freie Wahlen stattfinden.

Korea (Südkorea)

Roh Moo Hyun von der liberalen Millennium Democratic Party geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Südkorea hervor (**19.12.2002**). Der Anwalt für Menschenrechte setzt sich für eine Verständigung mit Nordkorea ein.

Russland/Tschetschenien

Bei einem Sprengstoffanschlag auf ein Regierungsgebäude in der tschetschenischen Hauptstadt Grosny kommen über 60 Menschen ums Leben (**27.12.2002**).

Kenia

Mwai Kibaki geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Kenia hervor (**27.12.2002**). Er ist Nachfolger von Daniel arap Moi, der 24 Jahre an der Macht war und nicht mehr kandidieren durfte.

Börsen/Börsenturbulenzen/Wirtschaftskrisen

USA/Schweiz

Die Aktienmärkte erlebten 2002 ein schwarzes Jahr. Die Aktien verlieren massiv an Wert – in der Schweiz mehr als ein Viertel. In den USA fällt der Dow-Jones-Index um 17 Prozent. Das Wirtschaftswachstum kommt praktisch zum Stillstand (**31.12.2002**).

2003

Litauen

In Litauen geht der frühere Ministerpräsident Rolandas Paksas, Vorsitzender der von ihm gegründeten Liberal-Demokratischen Partei und ehemaliger Bürgermeister der Hauptstadt Vilnius, mit einem Stimmenanteil von 54,9 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor. Der Bauingenieur und Kunstflieger Paksas besiegt überraschend den amtierenden Staatschef Valdas Adamus (**5.1.2003**).

Korea (Nordkorea)

Nordkorea gibt den Austritt aus dem Atomsperrvertrag bekannt (**10.1.2003**). Der 1994 stillgelegte Fünf-Megawatt-Reaktor in Yongbyon wird wieder hochgefahren (Februar 2003).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der italienische Unternehmer Giovanni Agnelli stirbt im Alter von 81 Jahren (**24.1.2003**).

Niederlande

Die niederländischen Populisten können ihren Erfolg bei der Parlamentswahl von 2002 nicht wiederholen (**22.1.2003**). Die Liste Pim Fortuyn (Lijst Pim Fortuyn/LPF) verliert 18 Mandate und ist mit 8 Abgeordneten nur noch fünftstärkste Partei. Die Christdemokraten (Christlich-Demokratischer Appell/Christen Democratisch Appèl – CDA) von Ministerpräsident Jan Peter Balkenende bleiben stärkste Kraft mit 44 Mandaten (plus 1). An zweiter Stelle liegt die sozialdemokratische Partei der Arbeit (Partij van de Arbeid/PvdA). Sie gewinnt 42 Mandate (plus 19). Die rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD) gewinnt 28 Mandate (plus 4).

Israel

Der konservative Likud von Ministerpräsident Ariel Sharon geht als klarer Sieger aus der Parlamentswahl in Israel hervor (**28.1.2003**). Der Likud erhält 38 (plus 19) der 120 Knesset-Sitze. Die Arbeitspartei und ihr Bündnispartner Meimad gewinnen 19 Mandate (minus 6). Drittstärkste Kraft ist die liberale Partei Shinui mit 15 Mandaten (plus 9).

Thailand/Drogen

Der thailändische Ministerpräsident Thaksin Shinawatra verkündet einen „Krieg gegen Drogen“ (**28.1.2003**). In der ersten Phase der mit Brutalität geführten Kampagne werden nach Verlautbarungen von Menschenrechtsorganisationen etwa 2500 Menschen erschossen.

USA

Weltraum/Weltraumforschung/Raumfahrt

Katastrophen/Raumfahrtkatastrophen

Die US-Raumfähre Columbia mit sieben Astronauten an Bord explodiert beim Wiedereintritt in die Erdatmosphäre (**1.2.2003**).

Jugoslawien

Bundesrepublik Serbien und Montenegro

Die Bundesrepublik Jugoslawien wird aufgelöst. Nachfolgestaat ist die Bundesrepublik Serbien und Montenegro (**4.2.2003**). Präsident der Bundesrepublik Serbien und Montenegro wird Svetozar Marović (*Marovic*).

Irak/USA

UNO

US-Aussenminister Colin Powell präsentiert im UNO-Sicherheitsrat einen Geheimdienstbericht, wonach der Irak chemische Kampfstoffe verberge, Atomwaffen entwickle und das Terrornetzwerk al-Qaida unterstütze (**5.2.2003**). Der von Powell präsentierte Geheimdienstbericht erweist sich als falsch. Powell bezeichnet seine Rede später als „Schandfleck“, den grössten Fehler seiner Karriere.

Irak

UNO/Frankreich

- Im Irak sind nach Aussagen des Leiters der UNO-Überwachungs-, Verifikations- und Kontrollkommission (Unmovic), Hans Blix, bisher keine Massenvernichtungswaffen gefunden worden seien (**14.2.2003**).
- Der französische Aussenminister Dominique de Villepin wirbt für eine friedliche Lösung des Irak-Konflikts. Es gebe noch eine Alternative zum Krieg. Frankreich lehnt eine Militäraktion ohne UNO-Mandat ab.

Irak

Millionen von Menschen demonstrieren weltweit gegen den drohenden Krieg im Irak (**15.2.2003**).

Zypern

Tassos Papadopoulos wird zum neuen Präsidenten der Republik Zypern gewählt. Der Kandidat der Demokratischen Partei, ein strikter Gegner des von UNO-Generalsekretär Kofi Annan vorgelegten Plans zur Wiedervereinigung Zyperns, erhält 51,51 Prozent der Stimmen. Der bisherige Präsident Glafkos Klerides von der Demokratischen Sammlung (Disy) muss sich mit 38,80 Prozent begnügen (**16.2.2003**).

Kuba

„Schwarzer Frühling“: In Kuba werden 75 Regimekritiker, Journalisten und Menschenrechtsaktivisten verhaftet (**18.3.2003**). Sie werden wegen „subversive Aktivitäten gegen die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Kubas zugunsten der USA“ zu Gefängnisstrafen zwischen 8 und 28 Jahren verurteilt.

Iran

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Ein Flugzeug der iranischen Revolutionsgarden zerschellt an einem Berg in Nähe von Kerman. Alle 276 Insassen kommen ums Leben (**19.2.2003**).

USA

Katastrophen/Brandkatastrophen

Bei einem Brand in einem Nachtclub in West Warwick im US-Staat Rhode Island kommen 100 Menschen ums Leben und 230 werden verletzt (**20.2.2003**).

Sudan

Darfur-Konflikt

In der westsudanesischen Region Darfur bricht ein bewaffneter Aufstand aus (**25.2.2003**). An der Rebellion sind die Sudan Liberation Army (SLA) und das Justice and Equality Movement/JEM (Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit) beteiligt. Die Rebellen fordern für die schwarzafrikanischen Bevölkerungsgruppen mehr Mitbestimmung und eine bessere Verteilung der wirtschaftlichen Ressourcen. Die Regierung setzt für die ihre Brutalität berüchtigten arabischen Reitermilizen (Janjaweed-Milizen) gegen die Aufständischen und die Zivilbevölkerung ein. Den Janjaweed-Milizen werden Massaker an der Zivilbevölkerung und die Zerstörung von Dörfern vorgeworfen.

Tschechien

Václav Klaus, ehemaliger Ministerpräsident und Ehrenvorsitzender der Demokratischen Bürgerpartei (ODS), wird zum neuen tschechischen Staatsoberhaupt gewählt (**28.2.2003**). Er tritt die Nachfolge von Václav Havel an.

Estland

Bei der Parlamentswahl in Estland wird die erst vor kurzem gebildete konservativ ausgerichtete Republikanische Partei – Res Publica auf Anhieb zweitstärkste Kraft und erobert mit 28 Mandaten gleich viele Sitze wie die stimmenstärkste Mitte-links-orientierte Zentrumspartei. 19 Mandate entfallen auf die liberale Reformpartei (**2.3.2003**).

Irak

UNO/Frankreich/Russland/Deutschland

Die Außenminister Frankreichs, Russlands und Deutschlands – Dominique de Villepin, Igor Iwanow und Joschka Fischer – treffen sich in Paris zu einer Krisensitzung wegen des Irak-Konflikts. Sie sprechen sich gegen eine UNO-Resolution aus, die die Anwendung von Gewalt autorisieren würde (**5.3.2003**).

EU/Malta

Die Bevölkerung Maltas stimmt dem Beitritt zur Europäischen Union (EU) mit 53,6 Prozent Ja-Stimmen zu (**8.3.2003**).

Türkei

Wechsel an der Spitze der türkischen Regierung: Der Vorsitzende der islamisch-konservativen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP), Recep Tayyip Erdoğan (*Erdogan*), wird neuer Ministerpräsident anstelle von Abdullah Gül. (**11.3.2003**).

Bundesrepublik Serbien und Montenegro

Der serbische Ministerpräsident Zoran Djindjić (*Djindjic*) fällt in Belgrad einem Anschlag zum Opfer (**12.3.2003**).

Deutschland

Der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder stellt im Bundestag ein Reformpaket vor: die „Agenda 2010“. Fördern und fordern lautet das Motto. Im Zentrum stehen Arbeitsmarktreformen. Die bisherige Arbeitslosenhilfe für Langzeitarbeitslose und die Sozialhilfe werden zusammengelegt (Hartz IV). Der Kündigungsschutz wird gelockert (**14.3.2003**).

Zentralafrikanische Republik

Armeeputsch in der Zentralafrikanischen Republik: General François Bozizé wird neuer Machthaber anstelle von Ange-Félix Patassé (**15.3.2003**).

China

Wen Jiabao wird neuer chinesischer Ministerpräsident und damit Nachfolger von Zhu Rongji (**16.3.2003**).

Finnland

Die Zentrumspartei (KESK) geht knapp als Siegerin aus der Parlamentswahl in Finnland hervor (**16.3.2003**). Sie erhält 55 (plus 7) der 200 Sitze und verdrängt die Sozialdemokraten (SDP) mit 53 Mandaten auf den zweiten Platz. An dritter Stelle folgt die konservative Nationale Sammlungspartei (KOK) mit 40 Mandaten (minus 6). Mit Anneli Jäätteenmäki von der Zentrumspartei erhält Finnland erstmals eine Regierungschefin. Nach nur zwei Monaten muss sie wegen einer Wahlkampffärfä zurücktreten. Ihr Nachfolger wird Matti Vanhanen,

Liechtenstein

Die Liechtensteiner Bevölkerung stimmt der Verfassungsreform, die dem Fürsten mehr Rechte einräumt, mit 64,3 Prozent Ja-Stimmen zu (**16.3.2003**). Die „Fürsteninitiative“ räumt dem Staatsoberhaupt das Recht ein, ohne Zustimmung des Parlaments die Regierung zu entlassen. Ihm wird auch ein Notstandsrecht und rechtliche Immunität zugestanden. Der Gegenvorschlag „Initiative Verfassungsfrieden“ setzte sich für mehr Volksrechte ein, wird jedoch mit 83,4 Prozent Nein-Stimmen klar verworfen. Im Vorfeld der Volksabstimmung drohte Fürst Hans Adam II, bei Ablehnung seines Vorschlags, den Wohnsitz ausser Landes zu verlegen und bei Annahme des Gegenvorschlags diesem seine Zustimmung zu verwehren.

Irak/USA

US-Präsident George W. Bush fordert den irakischen Herrscher Saddam Hussein ultimativ zum Verlassen des Landes innert 48 Stunden auf (**17.3.2003**).

Die USA sehen sich ermächtigt, die in der Resolution 1441 des UNO-Sicherheitsrates angedrohten „ernsten Konsequenzen“ wegen Nichtbeachtung der Forderungen in die Tat umzusetzen. Wegen Widerstandes im Sicherheitsrat wird ein Resolutionsentwurf für ein Mandat zum Einsatz von Gewalt zurückgezogen.

Dritter Golfkrieg/Zweiter Irakkrieg

Irak/USA/Grossbritannien

US-Präsident George W. Bush verkündet am **19. März 2003** kurz nach 22 Uhr Ortszeit – nach Ablauf eines Ultimatums an den irakischen Machthaber Saddam Hussein – den Beginn der Operation „Iraqi Freedom“ gegen den Irak, „um die irakische Bevölkerung zu befreien und die Welt vor einer ernsten Gefahr zu beschützen“. Als Bedrohung gelten irakische Massenvernichtungsmittel (vgl. 5.2.2003).

- Die Operation „Iraqi Freedom“ beginnt mit Luftangriffen der USA und Grossbritanniens auf Bagdad und mit Vorstössen von Bodentruppen von Kuwait aus. Der Angriff erfolgt ohne UNO-Mandat.

Der irakische Machthaber Saddam Hussein verkündet einen „Heiligen Krieg“.

Die Offensive wird von einer „Koalition der Willigen“ mit über 40 Mitgliedern unterstützt. Militärischen Support leisten Grossbritannien, Australien und Polen. Zum Einsatz gelangen rund 160 000 Armeeangehörige, unter ihnen 130 000 US-Amerikaner.

Die nächsten Etappen

- US-Truppen rücken entlang des Tigris und Euphrat vor. Britische Truppen starten eine Offensive im Süden des Landes.

- US-Truppen beginnen den Aufbau einer Nordfront mit kurdischer Unterstützung (28.3.).

- Bagdad ist von US-Truppen eingeschlossen (6.4.).

- Britische Truppen besetzen Basra (7.4.).

- In Bagdad wird die Statue von Saddam Hussein gestürzt. US-Militärs erklären Saddams Herrschaft für beendet (9.4.)

- Die nordirischen Stadt Kirkuk und Mosul werden eingenommen (10.4.)

- US-Truppen besetzen Tikrit, den Heimatort von Saddam Hussein. Von ihm fehlt jede Spur. Er ist untergetaucht.

- Nach sechs Wochen erklärt US-Präsident George W. Bush die Hauptkampfhandlungen für beendet (vgl. 1.5.2003).

EU

Slowenien

Die Bevölkerung Sloweniens stimmt dem Beitritt zur Europäischen Union (EU) mit 89,6 Prozent Ja-Stimmen zu (**23.3.2003**).

Kongo-Kinshasa

Kongokriege

Im südafrikanischen Sun City unterzeichnen die Teilnehmer des „innerkongolesischen Dialogs“ die Schlussakte ihrer im Oktober 2001 gestarteten Verhandlungen, billigen das Abkommen vom 17. Dezember 2002 über die Bildung einer Übergangsregierung, stimmen einer Übergangsverfassung zu und verpflichten sich zur Einstellung der Feindseligkeiten und zu einer friedlichen Konfliktlösung in Kongo-Kinshasa (**2.4.2003**).

Mit Inkraftsetzung der Vereinbarungen endet nach über vier Jahren der Zweite Kongokrieg, der schätzungsweise drei Millionen Tote forderte und wegen der Beteiligung vieler afrikanischer Staaten auch als „Erster Afrikanischer Weltkrieg“ bezeichnet wird. Der Wunsch nach einem befriedeten Land geht jedoch nicht in Erfüllung. In den östlichen Kivu-Provinzen und im nordöstlichen Distrikt Ituri schwelen die Konflikte weiter.

Haiti

Voodoo erhält in Haiti per Dekret den Status einer offiziellen Religion (**4.4.2003**).

Estland

Neuer Regierungschef in Estland: Juhan Parts, Mitgründer der konservativ ausgerichteten Partei Res Publica, die bei der Parlamentswahl am 2. März überraschend zweistärkste Kraft wurde, wird neuer Ministerpräsident (**10.4.2003**). Er bildet eine Koalition mit der konservativ-agrarischen Volksunion und der liberalen Reformpartei.

EU

Ungarn

Die Bevölkerung Ungarns stimmt dem Beitritt zur Europäischen Union (EU) mit 83,8 Prozent Ja-Stimmen zu (**12.4.2003**).

Kanada/Quebec

Nach neun Jahren verliert der Parti québécois die Führung der Provinz Quebec an den Parti libéral von Jean Charest. Die Liberalen gewinnen 76 (plus 28) der 125 Mandate. Der Parti québécois erhält 45 (minus 31) Mandate (**14.4.2003**).

Zypern/„Türkische Republik Nordzypern“

Zypern-Konflikt

Erstmals nach 29 Jahren dürfen Griechisch-Zyprer und Türkisch-Zyprer wieder die Grenze zwischen beiden Teilen Zypern überqueren. Der Präsident der „Türkischen Republik Nordzypern“, Rauf Denktaş (Denktas), verfügt die Öffnung von zunächst fünf Grenzübergängen für alle Zyprer zwischen 9 Uhr und Mitternacht (**23.4.2003**).

Paraguay

Oscar Nicanor Duarte vom Partido Colorado wird zum neuen Staatspräsidenten von Paraguay gewählt (**27.4.2003**). Er erhält 38,3 Prozent der Stimmen. Sein Konkurrent Julio César Franco vom Partido Liberal Radical Auténtico (PLRA) kommt auf 24,7 Prozent. Im Abgeordnetenhaus gewinnt der Partido Colorado 37 und der PLRA 21 der 80 Sitze

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Israel/Palästinenser/Palästina

Das sogenannte Nahostquartett bestehend aus der UNO, der Europäischen Union (EU), USA und Russland – unterbreitet den Konfliktparteien einen Plan zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts (**30.4.2003**). Die „road map“ sieht eine dauerhafte Zwei-Staaten-Regelung vor: Israel und ein unabhängiger Palästinenserstaat sollen in Frieden und Sicherheit friedlich nebeneinander existieren.

Der Friedensplan besteht aus drei Phasen:

- Phase I: Noch 2003 stoppt die palästinensische Führung den Terror der Extremisten und erkennt das Existenzrecht Israels an. Im Gegenzug beendet Israel den Ausbau jüdischer Siedlungen und zieht seine Armee aus weiten Teilen der besetzten Gebiete zurück.
- Phase II: 2003 wird ein provisorischer, unabhängiger Palästinenser-Staat in vorläufigen Grenzen gebildet.
- Phase III: Von 2004 bis 2005 tagt eine internationale Konferenz zur endgültigen Beilegung des Konflikts. In einer Schlussvereinbarung sollen das Verhältnis beider Staaten, die endgültigen Grenzen, der Status von Jerusalem sowie die Flüchtlings- und Siedlungsfrage geklärt werden.

Dritter Golfkrieg/Zweiter Irakkrieg

Irak/USA

US-Präsident George W. Bush erklärt die Hauptkampfhandlungen im Irak für beendet (**1.5.2003**).

- Massenvernichtungswaffen werden nicht gefunden. Ihre Vernichtung galt als Kriegsziel.
- Die USA und ihre Verbündeten stellen den Irak zunächst unter eine Übergangsverwaltung unter Leitung von Paul Bremer.
- Paul Bremer löst die irakische Armee auf (23.5.) Zehntausende Beamte des bisherigen Regimes werden entlassen, was zu einem Kollaps der staatlichen Institutionen führt.
- Das Machtvakuum führt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, Terror und Anarchie. Die Besatzer sind mit heftigem Widerstand konfrontiert. Falluja gehört zu den Hochburgen der Aufständischen.
- Die Besatzung durch US-Streitkräfte endet 2011 (vgl. 21.10. und 15.12.2011). Die britischen Truppen hatten 2009 ihren Einsatz im Irak beendet.

Kongo-Kinshasa/Uganda

Kongokriege/Ituri-Konflikt

UNO/EU

Nach dem Abzug der ugandischen Truppen aus dem Distrikt Ituri im Nordosten von Kongo-Kinshasa (**7.5.2003**) verschärft sich der seit 1999 schwelende Konflikt zwischen den Volksgruppen der Hema und Lendu.

- Bei Massakern kommen Hunderte Menschen ums Leben. Kinder werden als Soldaten missbraucht und Zehntausende Menschen in die Flucht gezwungen.
- Berüchtigt sind die Milizen der Union des patriotes congolais (UPC) unter Führung von Thomas Lubanga und die Forces patriotiques pour la libération du Congo“ (FPLC), deren militärischer Anführer Bosco Ntaganda als „Terminator“ bezeichnet wird. Beiden Warlords werden Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen.

- Der UNO-Sicherheitsrat billigt den Einsatz einer Interventionstruppe der Europäischen Union (30.5.2003). Die Operation „Artemis“ steht unter französischer Führung und ist die erste militärische Intervention der EU ausserhalb Europas. Sie dauert vom Juni bis September 2003.

EU

Litauen

Die Bevölkerung Litauens stimmt dem Beitritt zur Europäischen Union (EU) mit 91,1 Prozent Ja-Stimmen zu (**11.5.2003**).

Korea (Nordkorea)

Korea (Südkorea)

Nordkorea erklärt das 1992 mit Südkorea abgeschlossene Abkommen über eine atomwaffenfreie koreanische Halbinsel für nichtig (**12.5.2003**).

Marokko

In der marokkanischen Stadt Casablanca kommen bei fünf Selbstmordanschlägen auf spanische und jüdische Einrichtungen über 40 Menschen ums Leben (**16.5.2003**).

EU

Slowakei

Die Bevölkerung der Slowakei stimmt dem Beitritt zur Europäischen Union (EU) mit 93,7 Prozent Ja-Stimmen zu (**17.5.2003**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Volksinitiative „Strom ohne Atom – Für eine Energiewende und schrittweise Stilllegung der Atomkraftwerke“ mit 66,3 Prozent Nein-Stimmen ab (**18.5.2003**).

Belgien

Bei der Parlamentswahl in Belgien (**18.5.2003**) stärken die flämischen und wallonischen Sozialisten – Socialistische Partij Anders (sp.a) und Parti Socialiste (PS) – ihre Position. Zu den Gewinnen gehören auch die Liberalen. Verlierer sind die Umweltparteien – die flämischen Grünen (Agalev) verlieren alle 9 Sitze und die wallonische Ecolo 7 Sitze. Die Volksunie (VU) ist nicht mehr vertreten.

Die flämischen Liberalen – Vlaamse Liberalen en Democraten/VLD – und der Parti Socialiste (PS) entsenden als stärkste Kräfte je 25 Vertreter in die Abgeordnetenversammlung. Die flämischen Liberalen gewinnen 2 und der Parti Socialiste 6 Sitze hinzu. Es folgen das Mouvement Réformateur/MR mit 24 (plus 6), die Socialistische Partij Anders (sp.a) und SPIRIT mit 23 (plus 9), die Christen-Democratisch en Vlaams (CD&V) mit 21 (minus 1) und der Vlaamse Blok (VB) mit 18 (plus 3) sowie das Centre Démocrate Humaniste (cdh) mit acht Mandaten

Anmerkung: In Belgien haben sich mehrere Parteien umbenannt:

- Die Socialistische Partij (PS) heisst neu Socialistische Partij Anders (sp.a)
- Die Christelijke Volkspartij (CVP) heisst neu Christen-Democratisch en Vlaams (CD&V),
- Der Parti Réformateur Libéral (PRL) heisst neu Mouvement Réformateur (MR)
- Der Parti Social Chrétien (PSC) heisst neu Centre Démocrate Humaniste (cdh)

Algerien

Katastrophen/Erdbeben

Ein schweres Erdbeben in Algerien fordert über 2200 Tote (**21.5.2003**).

Irak/UNO/USA/Grossbritannien

Der UNO-Sicherheitsrat anerkennt in einer Irak-Resolution die USA und Grossbritannien als Besatzungsmächte, unterstützt die von den USA geführte Übergangsverwaltung, hebt die Sanktionen gegen den Irak mit Ausnahme des Waffenembargos auf und beschliesst, einen Sonderbeauftragten einzusetzen (**22.5.2003**).

Argentinien

Der Peronist Néstor Kirchner wird neuer argentinischer Staatspräsident (**25.5.2003**). Kirchner war als Zweiter aus der ersten Runde der Präsidentenwahl hervorgegangen (27.4.2003), doch der Wahlsieger Carlos Menem zog seine Kandidatur zurück; der Zweitplatzierte wurde zum Sieger erklärt.

Parlamentswahlen finden in mehreren Etappen bis zum 23.11.2003 statt. Im Abgeordnetenhaus ist der peronistische Partido Justicialista mit seinen Verbündeten stärkste Kraft mit 139 der 257 Sitze.

Niederlande

Der niederländische Ministerpräsident Jan Peter Balkenende nimmt die sozialliberalen Demokraten 66 (D66) anstelle der Populisten von der Liste Pim Fortuyn (Lijst Pim Fortuyn/LPF) in seine Koalitionsregierung auf (**27.5.2003**).

G-8

Die in Evian tagende Gipfelkonferenz der acht führenden Industriestaaten (G-8) – Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland und USA – wird von schweren Ausschreitungen in Genf und Lausanne überschattet (**1.6.2003**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Israel/Palästinenser/Palästina

USA

Dreier-Gipfel in Akaba: Im Beisein von US-Präsident George W. Bush verpflichten sich der israelische Ministerpräsident Ariel Sharon und der palästinensische Regierungschef Mahmud Abbas, den internationalen Nahost-Friedensplan (road map) in die Tat umsetzen. Der Friedensplan sieht unter anderem die Schaffung eines unabhängigen Palästinenserstaates bis Ende 2005 vor (**4.6.2003**).

EU

Polen

Die Bevölkerung Polens stimmt dem Beitritt zur Europäischen Union (EU) mit 77,6 Prozent Ja-Stimmen zu (**8.6.2003**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Schauspieler Gregory Peck stirbt im Alter von 87 Jahren (**12.6.2003**).

EU

Tschechien

Die Bevölkerung Tschechiens stimmt dem Beitritt zur Europäischen Union (EU) mit 77,3 Prozent Ja-Stimmen zu (**16.6.2003**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die US-amerikanische Schauspielerin Katharine Hepburn stirbt im Alter von 96 Jahren (**29.6.2003**).

Kolumbien

Die kolumbianische Bürgerwehrgeschichte Autodefensas Unidas de Colombia (AUC) erklärt sich in einem Abkommen mit der Regierung zur schrittweisen Auflösung bis Ende 2005 bereit (**15.7.2003**).

Die im Vertrag von Santafé de Ralito vereinbarte Demobilisierung beginnt Ende November 2003 und endet im August 2006. Über 31 000 Personen lassen sich entwaffnen. Nach Abschluss der Demobilisierung entstehen jedoch neue gewalttätige paramilitärische Gruppen, beispielsweise der Ejército Gaitanista. Ihnen werden schwere Menschenrechtsverletzungen und Beteiligung am Drogenhandel vorgeworfen.

Salomonen

Australien/Neuseeland

Australien, Neuseeland und andere Pazifikstaaten greifen militärisch in den Konflikt auf den Salomonen ein, um Sicherheit und Ordnung wiederherzustellen (**24.7.2003**). Seit 1998 wird der Inselstaat von ethnischen Spannungen und Unruhen heimgesucht, die bisher rund 200 Tote gefordert haben. Im Rahmen der Regional Assistance Mission to the Solomon Islands (Ramsi) werden rund 2200 Soldaten und Polizisten eingesetzt. 2013 ziehen sich die Truppen zurück und 2017 endet die Regional Assistance Mission.

Liberia/UNO/USA

Der UNO-Sicherheitsrat beschließt die Entsendung einer multinationalen Friedenstruppe nach Liberia (**1.8.2003**). Sie soll den Mitte Juni zwischen Rebellen und der Regierung vereinbarten Waffenstillstand durchsetzen. Zur Unterstützung der Streitkräfte aus den Mitgliedsstaaten der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (Ecowas) entsenden die USA für kurze Zeit ein Kontingent von rund 150 Marines.

Afghanistan/Afghanistan-Konflikt

Nato

Die Nato übernimmt das Kommando über die internationale Schutztruppe in Afghanistan – International Security Assistance Force – Isaf (**11.8.2003**).

Liberia

UNO/Ecowas

Der liberianische Präsident Charles Taylor tritt unter internationalem Druck zurück und geht nach Nigeria ins Exil. Sein Machtverzicht ebnet den Weg für ein Ende des 1989 ausgebrochenen Bürgerkriegs (**11.8.2003**). Kurz darauf (18.8.2003) einigen sich die Konfliktparteien in Accra auf ein Friedensabkommen. Der UNO-Sicherheitsrat beschließt den Einsatz einer Friedensmission (Unmil) zur Unterstützung der Waffenstillstandsvereinbarungen und des Friedensprozesses (19.9.2003). Die Unmil löst die Friedenstruppe der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (Ecowas) ab.

USA

Blackout in New York und in anderen Städte im Nordosten der USA. Vom Stromausfall sind 50 Millionen Menschen betroffen (**14.8.2003**).

Libyen/Großbritannien/UNO

Flugzeugattentate/Lockerbie-Anschlag

15 Jahre nach dem Sprengstoffanschlag von Lockerbie räumt Libyen in einem Schreiben an den UNO-Sicherheitsrat seine Verstrickung in das Attentat ein und übernimmt die Verantwortung für das Handeln seiner Amtspersonen

(15.8.2003). Libyen erklärt sich zur Zahlung von 2,7 Milliarden Dollar an die Hinterbliebenen der Todesopfer bereit. Der Anschlag auf einen Jumbojet der US-Fluggesellschaft Panam über der schottischen Ortschaft Lockerbie hatte 270 Tote gefordert (vgl. 21.12.1988). Die UNO hebt nach elf Jahren die Sanktionen gegen Libyen auf (12.9.2003)

Irak

UNO

Der UNO-Sonderbeauftragte für den Irak, Sérgio Vieira de Mello, kommt bei einem Bombenanschlag auf das UN-Hauptquartier in Bagdad ums Leben (19.8.2003).

Korea (Nordkorea)

In Peking beginnt die erste Runde der sogenannten Sechsparteiengespräche über das Atomwaffenprogramm Nordkoreas (27.8.2003). Vertreten sind die beiden koreanischen Staaten, China, USA, Russland und Japan. Die USA fordern eine komplette Demontage des Atomprogramms. Substantielle Ergebnisse werden nicht erzielt.

Peru

Während des bewaffneten Konflikts in Peru zwischen 1980 und 2000 wurden laut dem Abschlussbericht der Kommission für Wahrheit und Versöhnung (Comisión de la Verdad y Reconciliación) 69 280 Menschen getötet (28.8.2003). Die meisten Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen (60 Prozent) gehen auf das Konto der Guerillaorganisation Sendero Luminoso. Der Armee und Sicherheitskräften werden 30 Prozent angelastet.

Myanmar

Die Machthaber in Myanmar stellen eine „Roadmap to democracy“ in sieben Schritten vor (30.8.2003).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Schauspieler Charles Bronson stirbt im Alter von 81 Jahren (30.8.2003).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die deutsche Regisseurin Leni Riefenstahl, Propagandistin des NS-Regimes, stirbt im Alter von 101 Jahren (8.9.2003).

Schweden

Die schwedische Aussenministerin Anna Lindh wird in einem Stockholmer Warenhaus niedergestochen und stirbt an den Folgen der schweren Verletzungen (10.9.2003).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Countrymusiker Johnny Cash stirbt im Alter von 71 Jahren (12.9.2003).

Schweden/EU/Euro

Die schwedische Bevölkerung lehnt in einem Referendum die Einführung des Euro mit 82,6 Prozent Nein-Stimmen ab (14.9.2003).

EU

Estland

Die Bevölkerung Estlands stimmt dem Beitritt zur Europäischen Union (EU) mit 66,8 Prozent Ja-Stimmen zu (14.9.2003).

EU

Lettland

Die Bevölkerung Lettlands stimmt dem Beitritt zur Europäischen Union (EU) mit 67,5 Prozent Ja-Stimmen zu (20.9.2003).

USA

Der Hollywood-Filmstar Arnold Schwarzenegger wird zum neuen Gouverneur von Kalifornien gewählt (7.10.2003).

Aserbaidshan

Ilham Alijew wird mit einem Stimmenanteil von rund 75 Prozent zum neuen Staatspräsidenten von Aserbaidshan gewählt (3.10.1993). Er tritt die Nachfolge seines schwer erkrankten Vaters Heidar Alijew an.

Bolivien

Bolivien erlebt einen „Schwarzen Oktober“. Im ganzen Land finden Massenproteste gegen die Regierung statt. Der Widerstand richtet sich gegen ein geplantes Abkommen mit ausländischen Investoren zur Erschließung der Erdgasreserven. Das Erdgas sollte an die USA verkauft und der Transport des Erdgases zum Meer durch den Bau einer Pipeline durch Chile ermöglicht werden. Bei gewaltsamen Auseinandersetzungen in El Alto kommen mindestens 60 Menschen ums Leben und Hunderte werden verletzt (12.10. und 13.10.2003).

Weltraum/Weltraumforschung/Raumfahrt

China

Nach Russland und den USA steigt auch China in die bemannte Raumfahrt ein (**15.10.2003**). Der Flug des Taikonauten Yang Liwei dauert über 21 Stunden.

Bolivien

Unter dem Druck massiver Proteste gegen die Wirtschaftspolitik muss der bolivianische Staatspräsident Gonzalo Sánchez de Lozada (*Sanchez de Lozada*) zurücktreten (**17.10.2003**). Er flüchtet in die USA. Nachfolger an der Spitze des Staates wird der bisherige Vizepräsident Carlos Mesa.

Schweiz

Die Schweizerische Volkspartei (SVP) erobert bei den Nationalratswahlen elf Sitze hinzu und wird mit 55 Mandaten erstmals stärkste Partei in der Grossen Kammer des Parlaments. Auf der Verliererseite stehen die Freisinnigen (FDP) und Christdemokraten (Christlichdemokratische Volkspartei/CVP) mit je sieben Sitzverlusten. Die Sozialdemokraten (SP) sind mit 52 Abgeordneten vertreten (plus 1), die FDP mit 36 (minus 7), die CVP mit 28 (minus 7) und die Grünen mit 13 (plus 4). Die Liberalen (LPS) müssen sich mit 4 Mandaten (minus 2) begnügen. Auf die übrigen Parteien entfallen 12 Sitze (**19.10.2003**).

Im Ständerat verteilen sich die 46 Mandate wie folgt: Christdemokraten (CVP): 15 (unv.), Freisinnige 14 (minus 4), Sozialdemokraten (SP): 9 (plus 3). Schweizerische Volkspartei (SVP): 8 (plus 1).

Malaysia

Nach 22 Jahren Amtszeit tritt der malaysische Premierminister Mahathir Mohamad zurück. Sein Amt und die Führung der United Malays National Organisation (UMNO) übernimmt Abdullah Ahmad Badawi, bisher stellvertretender Regierungschef (**31.10.2003**).

EU/Europäische Zentralbank

Der französische Finanzexperte Jean-Claude Trichet wird neuer Leiter der Europäischen Zentralbank (**1.11.2003**).

Japan

Bei der Parlamentswahl in Japan behaupten die drei Regierungsparteien die absolute Mehrheit im Unterhaus. Die Liberaldemokratische Partei, die Komeito (Gerechtigkeitspartei) und die Neue Konservative Partei gewinnen 275 der 480 Mandate. Dominierende Kraft bleibt die Liberaldemokratische Partei mit 237 Sitzen. Zweistärkste Kraft wird die Demokratische Partei mit 177 Mandaten (**9.11.2003**).

Georgien

„Rosenrevolution“ in Georgien: Unter Führung von Oppositionsführer Micheil Saakaschwili stürmen Demonstranten mit Rosen in den Händen das Parlamentsgebäude in Tiflis, wo die am 2. November gewählte Volksvertretung zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammentritt (**22.11.2003**). Die Opposition wirft dem Regime massive Wahlfälschungen vor und fordert Staatspräsident Eduard Schewardnadse zum Rücktritt auf. Schewardnadse demissioniert am Tag darauf (23.11.2003).

Türkei

Innert weniger Tage wird Istanbul von Sprengstoffanschlägen gegen Synagogen und gegen britische Einrichtungen heimgesucht. Über 50 Menschen werden getötet und Hunderte verletzt (**20.11.2003**).

Kroatien

In Kroatien kehren die oppositionellen Nationalkonservativen zurück an die Macht (**23.11.2003**). Bei der Parlamentswahl gewinnt die Kroatische Demokratische Union (HDZ) 66 der 151 Mandate. Die bisher regierenden Sozialdemokraten von Ministerpräsident Ivica Račan (*Racan*) erhalten zusammen mit ihren Verbündeten 43 Mandate.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

„Genfer Initiative“

In Genf wird ein von israelischen und palästinensischen Privatpersonen lancierter Nahost-Friedensplan – die „Genfer Initiative“ lanciert (**1.12.2003**).

Russland

Die Kreml-Partei Einiges Russland wird stärkste Kraft in der Staatsduma. Mit einem Stimmanteil von 37,6 Prozent (Parteilisten) erringt sie bei der Parlamentswahl 223 der 450 Mandate und überflügelt die Kommunistische Partei, die bei den letzten zwei Wahlen an der Spitze lag, und sich nun mit 12,6 Prozent Stimmenanteil und 52 Sitzen begnügen muss. Es folgen die nationalistisch-populistischen Liberaldemokraten mit 11,5 Prozent Stimmenanteil und 36 Sitzen und die national-konservative Partei Rodina mit 9,0 Prozent und 37 Sitzen. Jabloko hat nur noch 4 Sitze. 67 Mandate gewinnen Unabhängige (**7.12.2003**).

Kanada

In Kanada fusionieren die Progressive Conservative Party und die Canadian Alliance zur Conservative Party (**7.12.2003**).

Nicaragua

Der ehemalige nicaraguanische Präsident Arnaldo Alemán (*Aleman*) wird wegen Korruption zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt (**7.12.2003**). 2009 wird das Urteil aufgehoben.

Schweiz

Nach 44 Jahren ändert die parteipolitische Zusammensetzung der Schweizer Landesregierung: Die sogenannte „Zauberformel“ mit je zwei Sitzen für die Christdemokraten (CVP), Freisinnigen (FDP) und Sozialdemokraten (SP) sowie einem Sitz für die Schweizerische Volkspartei (SVP) ist Vergangenheit. Die Schweizerische Volkspartei (SVP), die als stärkste Kraft aus den Nationalratswahlen am 19. Oktober 2003 hervorging, erhält einen zweiten Sitz auf Kosten der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP). Die SVP und FDP haben damit die Mehrheit im Bundesrat (**10.12.2003**).

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt den Unternehmer und Zürcher SVP-Nationalrat Christoph Blocher zum neuen Bundesrat anstelle der christdemokratischen Bundesrätin Ruth Metzler. Es handelt sich um die erste Abwahl eines Mitglieds der Landesregierung seit 1872. Nachfolger des zurückgetretenen Bundesrats Kaspar Villiger wird der freisinnige Ständerat Hans-Rudolf Merz aus dem Kanton Appenzell-Ausserrhoden (**10.12.2003**).

Friedensnobelpreis/Iran

Die iranische Anwältin und Menschenrechtsaktivistin Shirin Ebadi erhält den Friedensnobelpreis (**10.12.2003**).

Literaturnobelpreis

Südafrika

Der südafrikanische Schriftsteller John Maxwell Coetzee wird mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.2003**).

Irak

Der gestürzte irakische Machthaber Saddam Hussein wird von US-amerikanischen Truppen in der Nähe von Tikrit festgenommen. Er ergibt sich kampfflos (**13.12.2003**).

Libyen/Grossbritannien/USA/Pakistan/Schweiz

Libyen willigt nach monatelangen Geheimgesprächen mit Grossbritannien und den USA ein, auf die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen zu verzichten und internationale Inspektionen zuzulassen (**19.12.2003**).

Bei ersten Kontrollen von vier Nuklearanlagen in Libyen stösst die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) nach Angaben von Generaldirektor Mohamed el-Baradei auf ein Kernwaffenprogramm im Anfangsstadium.

Unterstützt wurde Libyen vom pakistanischen Ingenieur Abdul Qaader Khan, dem sogenannten „Vater der pakistanischen Atombombe“. Zu den Mitarbeitern des Pakistaners gehörten auch der Schweizer Ingenieur Ferdinand Tanner und seine Söhne Urs und Marco. Ihnen wird in der Schweiz der Prozess gemacht (vgl. 25.9.2012).

Kroatien

Regierungswechsel in Kroatien (**23.12.2003**). Ivo Sanader von der nationalkonservativen Demokratischen Union (HDZ) wird neuer Ministerpräsident. Er bildet ein Regierungsbündnis mit dem Demokratischen Zentrum. Seine Regierung wird von der Sozialliberalen Partei (HSLs), der Bauernpartei (HSS) und der Unabhängigen Serbisch-Demokratischen Partei (SDSS) unterstützt.

Iran

Katastrophen/Erdbeben

Ein schweres Erdbeben zerstört die iranische Stadt Bam. Rund 20 000 Menschen kommen ums Leben (**26.12.2003**).

2004

Nato Niederlande

Der niederländische Politiker Jaap de Hoop Scheffer wird neuer Nato-Generalsekretär (**1.1.2004**).

Georgien

Micheil Saakaschwili wird mit einem Stimmenanteil von 96 Prozent zum Nachfolger des gestürzten Staatspräsidenten Eduard Schewardnadse gewählt (**4.1.2004**).

Afghanistan

Afghanistan erhält eine neue Verfassung. Die Loya Jirga, die Grosse Ratsversammlung, stimmt einem neuen Grundgesetz zu. Afghanistan wird eine Islamische Republik mit einem Präsidialsystem (**4.1.2004**).

Thailand

Die thailändische Regierung verhängt nach Brandanschlägen und Überfällen muslimischer Rebellen über drei Provinzen im Süden des Landes das Kriegsrecht (**5.1.2004**).

Haiti

Regierungsfeindliche Revolte in Haiti: Rebellen erobern die Stadt Gonaïves (4.2.1004) und danach (22.2.2004) Cap Haïtien, die zweitgrösste Stadt des Landes. Anführer der Rebellen ist Guy Philippe, ehemaliger Polizeichef von Cap Haïtien.

USA/Facebbok

Mark Zuckerberg gründet an der Harvard University die Website Facebook. Aus dem Netzwerk für Studierende wird ein Social-Media-Plattform mit drei Milliarden Nutzerinnen und Nutzen (**4.2.2004**).

Russland

Bei einem Selbstmordanschlag in der Moskauer Metro kommen 40 Menschen ums Leben (**6.2.2004**).

Iran

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen/Explosionskatastrophen

In der Nähe der iranischen Stadt Nishapur explodiert nach einer Entgleisung ein mit Chemikalien beladener Zug. Dabei kommen 320 Menschen ums Leben (**18.02.2004**).

Russland

Der russische Präsident Wladimir Putin entlässt Regierungschef Michail Kasjanow (**24.2.2004**). Neuer Ministerpräsident wird Michail Fradkow.

Seychellen

Nach 27 Jahren gibt der Machthaber der Seychellen, France-Albert René, seinen Rücktritt bekannt (**24.2.2004**). Neuer Staatspräsident wird sein Stellvertreter James Michel.

Haiti

UNO/USA/Frankreich/Kanada

Unter massivem Druck der Rebellen des Front pour la libération et la reconstruction nationale (FLRN), die nach der Eroberung mehrerer Städte auch auf die Hauptstadt Port-au-Prince vorrücken, legt Staatspräsident Jean-Bertrand Aristide sein Amt nieder und flüchtet in die Zentralafrikanische Republik (**29.2.2004**). Aristide wird damit nach 1991 zum zweiten Mal aus dem Amt geputscht. Boniface Alexandre, Vorsitzender des Obersten Gerichts, wird Übergangspräsident.

Um die Lage zu beruhigen, wird eine Multinational Force (MIF) eingesetzt, an der sich vor allem die USA, Frankreich und Kanada beteiligen. Die MIF wird im Juni 2004 gemäss Beschluss des UNO-Sicherheitsrates von der Mission des Nations Unies pour la stabilisation en Haïti (Minustah) abgelöst.

Griechenland

Nach elf Jahren kehrt in Griechenland die konservative Nea Dimokratia an die Macht zurück. Sie wird stärkste Partei bei der Parlamentswahl und verdrängt die bisher regierende Panhellenische Sozialistische Bewegung (Pasok) in die Opposition (**7.3.2004**). Neuer Ministerpräsident wird Kostas Karamanlis, ein Neffe des früheren Präsidenten Konstantinos Karamanlis (10.3.2004).

Lettland

Der Biologe und Grünen-Politiker Indulis Emsis wird neuer Ministerpräsident Lettlands. Er ist weltweit der erste Ministerpräsident einer grünen Partei (**9.3.2004**). Seine Amtszeit dauert nur neun Monate.

Spanien

Drei Tage vor den Parlamentswahlen steht Spanien unter Schock: Bei Sprengstoffanschlägen in Madrider Vorortszügen kommen 191 Menschen ums Leben und rund 1800 werden verletzt (**11.3.2004**). Insgesamt zehn Bomben explodieren in vier vollbesetzten Zügen. Es handelt sich um das schwerste Attentat in der Geschichte des Landes. Die spanische Regierung geht zunächst davon aus, dass die baskische Untergrundorganisation ETA die Anschläge verübte. Doch die Spuren führen zu islamischen Extremisten marokkanischer Herkunft (Groupe Islamique Combattant Marocain/GICM). Sieben mutmassliche Drahtzieher sprengen sich bei einer Polizeirazzia in die Luft.

Korea (Südkorea)

Das südkoreanische Parlament leitet ein Amtsenthebungsverfahren gegen Staatspräsident Roh Moo Hyun ein. Der Vorwurf lautet: Verstoss gegen das Wahlgesetz durch Parteinarbeit sowie Inkompetenz (**13.3.2004**). Zwei Monate später (14.5.2004) hebt das Verfassungsgericht das Verfahren auf.

Spanien

Überschattet von den Sprengstoffanschlägen in Madrider Vorortszügen (vgl. 11.3.2004) finden in Spanien Parlamentswahlen statt (**14.3.2004**). Die regierenden Konservativen vom Partido Popular (PP) müssen eine unerwartete Niederlage einstecken. Überraschend gehen die Sozialisten (Partido Socialista Obrero Español/PSOE) als Sieger hervor. Die Sozialisten gewinnen 164 Mandate des Abgeordnetenhauses (plus 38). Der konservative Partido Popular verliert 35 Mandate und entsendet 148 Parlamentarier. Drittstärkste Kraft ist die katalanische Convergència i Unió (CiU) mit 10 Mandaten (minus 5). Zu den Verlierern gehört erneut die Izquierda Unida (IU). Sie hat nur noch 5 Mandate (minus 4).

Russland

Der russische Staatspräsident Wladimir Putin wird vom Volk mit einem Stimmenteil von rund 71,3 Prozent im Amt bestätigt (**14.3.2004**).

Kosovo/Serbien

In der nach Unabhängigkeit strebenden serbischen Provinz Kosovo brechen schwere Unruhen aus (**17.3.2004**). In mehreren Städten und Dörfern gehen Kosovo-Albaner gegen die serbische Minderheit vor, brennen Kirchen und Häuser nieder. Serbische Extremisten zünden Moscheen an. Es handelt sich um die heftigsten Gewaltausbrüche seit Ende des Kosovokrieges im Juni 1999. Die März-Unruhen fordern 19 Tote und Hunderte von Verletzten.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der britische Schauspieler und Regisseur Peter Ustinov stirbt im Alter von 82 Jahren (**28.3.2004**).

Nato

Die Nato wird um sieben Mitgliedstaaten erweitert: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien (**29.3.2004**).

Sri Lanka

In Sri Lanka geht die linke United People's Freedom Alliance, Nachfolgerin der People's Alliance, als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor (**2.4.2004**). Sie gewinnt 105 der 225 Mandate. Die United National Front erhält 82 Mandate. Drittstärkste Kraft mit 22 Mandaten ist die Tamil National Alliance. Neuer Ministerpräsident wird Mahinda Rajapaksa.

Malta

Der bisherige maltesische Ministerpräsident Eddie Fenech Adami von der konservativen Nationalist Party (Partit Nazzjonalista) wird neuer Staatschef (**4.4.2004**). Die Leitung der Regierung und der Nationalist Party übernimmt Lawrence Gonzi. Eddie Fenech Adami war der am längsten regierende Ministerpräsident Maltas.

Südafrika

In Südafrika gewinnt der regierende African National Congress (ANC) mit 69,69 Prozent über zwei Dirittel der Stimmen und mit 279 der 400 Mandate eine Zweidrittelmehrheit der Sitze. Zweistärkste Kraft ist die Democratic Alliance mit 50 Mandaten (**14.4.2004**).

Slowakei

Ivan Gašparovič (*Gasparovic*), ehemaliger tschechoslowakischer Generalstaatsanwalt, geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in der Slowakei hervor. Der Gründer der Partei Bewegung für Demokratie (HZD) erhält in der Stichwahl 59,91 Prozent der Stimmen. Die HZD ist eine Abspaltung der Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS). Ivan Gašparovič war ein langjähriger politischer Gefährte des ehemaligen Ministerpräsidenten Vladimír Mečiar (*Meciar*). Mečiar scheitert nach 1999 erneut in der zweiten Wahlrunde (**17.4.2004**).

Litauen

Der litauische Staatspräsident Rolandas Paksas wird wegen Amtsmissbrauch und Verfassungsbruch vom Parlament seines Amtes enthoben (**6.4.2004**).

Spanien

Machtwechsel in Spanien (**17.4.2004**). Der konservative Partido Popular (PP) muss nach acht Jahren in die Opposition. Neuer Regierungschef wird José Luis Rodríguez Zapatero vom Partido Socialista Obrero Español (PSOE). Seine Minderheitsregierung wird von den Linksparteien Izquierda Unida (IU) und Esquerra Republicana de Catalunya (ERC) unterstützt.

Korea (Nordkorea)

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen/Explosionskatastrophen

Im Bahnhof der nordkoreanischen Stadt Ryongchon stossen ein mit Öl und ein mit Düngemittel beladener Zug zusammen. Es kommt zu einer Explosion, die 161 Tote und Hunderte von Verletzten fordert (**22.4.2004**).

Libyen/USA

Die USA heben nach 18 Jahren die Wirtschaftssanktionen gegen Libyen auf (**23.4.2004**). Entscheidend dafür war der Beschluss Libyens im Dezember 2003, auf Massenvernichtungswaffen zu verzichten.

Zypern/“Türkische Republik Nordzypern“

Zypern-Konflikt

Der von UNO-Generalsekretär Kofi Annan vorgelegte Plan zur Wiedervereinigung Zyperns scheitert. In einer Volksabstimmung lehnen die Griechisch-Zyprioten den Plan mit rund 75 Prozent Nein-Stimmen ab. Die Bevölkerung der „Türkischen Republik Nordzypern“ stimmt mit rund 64 Prozent Ja-Stimmen zu (**24.4.2004**). Der von Kofi Annan mehrfach überarbeitete Friedensplan sah die Schaffung einer Föderation zweier Teilstaaten vor.

Österreich

Heinz Fischer wird zum neuen österreichischen Bundespräsidenten gewählt. Der sozialdemokratische Kandidat erhält 52,39 Prozent der Stimmen. Für die konservative Volkspartei (ÖVP) trat Benita Ferrero-Waldner an (**25.4.2004**).

Irak/USA

Ein US-Fernsehsender sendet Bilder von Misshandlungen irakischer Häftlinge im Gefängnis von Abu Ghraib (**28.4.2004**). Die Bilder lösen weltweit Empörung aus.

Mazedonien

Neuer Staatschef in Mazedonien: Der bisherige sozialdemokratische Ministerpräsident Branko Crvenkovski wird zum Nachfolger des bei einem Flugzeugabsturz (26.2.2004) ums Leben gekommenen Boris Trajkovski gewählt (**28.4.2004**). Das Amt des Regierungschef übernimmt zunächst Hari Kostov und ab Mitte Dezember Vlado Bučkovski (*Buckovski*) von der Sozialdemokratischen Liga (SDSM).

EU

Die Europäische Union wird um zehn Mitglieder erweitert: Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen sowie Malta und Zypern (**1.5.2004**). Damit gehören der EU 25 Staaten an.

Panama

In Panama wird Martín Torrijos, Sohn des früheren Machthaber Omar Torrijos, zum neuen Staatspräsidenten gewählt (**2.5.2004**). Der Kandidat des sozialdemokratischen Partido Revolucionario Democrático (PRD) erhält 47,44 Prozent der Stimmen. Expräsident Guillermo Endara schafft das Comeback nicht. Er kommt auf einen Stimmenanteil von 30,87 Prozent. Im Parlament bleibt der PRD mit 41 der 78 Mandate stärkste Kraft.

Tschetschenien/Russland

Der tschetschenische Präsident Achmed Kadyrow kommt bei einem Sprengstoffanschlag in Grosny ums Leben (**9.5.2004**). Kadyrow war seit 2000 Chef der russischen Verwaltungsbehörde in Tschetschenien und am 5. Oktober 2003 zum Präsidenten der russischen Teilrepublik Tschetschenien gewählt worden. Zur Tat bekennt sich Rebellenführer Schamil Bassajew.

Indien

In Indien kehrt die Kongresspartei (Indian National Congress/INC) unter Führung von Sonia Gandhi nach acht Jahren Opposition an die Macht zurück. Die von der Kongresspartei angeführte United Progressive Alliance (UPA) geht als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor (20.4. bis **10.5.2004**). Mit Unterstützung anderer Parteien kann sich die Allianz auf eine deutliche Mehrheit (335 von 549 Mandaten) stützen. Die bisher regierende hindu-nationalistische Bharatiya Janata Party (BJP) und die von ihr angeführte National Democratic Alliance (NDA) erhalten 138 Mandate. Sonia Gandhi will nicht die Führung der Regierung übernehmen. Neuer Premierminister wird Manmohan Singh (**22.5.2004**).

Philippinen

Auf den Philippinen geht die seit der Entmachtung von Staatschef Joseph Estrada im Januar 2001 amtierende Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo als Siegerin aus der Präsidentenwahl hervor. Die Kandidatin der Partei Lakas-CMD (Christian Muslim Democrats) erhält 39,9 Prozent der Stimmen (**10.5.2004**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen die 11. AHV-Revision mit 67 Prozent Ja-Stimmen gut (**16.5.2004**).

Dominikanische Republik

Leonel Fernández (*Fernandez*) vom Partido de la Liberación Dominicana (PLD) gewinnt zum zweiten Mal nach 1996 die Präsidentenwahl in der Dominikanischen Republik (**16.5.2004**). Er erhält 57,11 Prozent der Stimmen. Der bisherige Amtsinhaber Hipólito Mejía (*Hipolito Mejia*) vom Partido Revolucionario Dominicano (PRD) wird abgewählt.

Deutschland:

Horst Köhler (CDU), ehemaliger Geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), Mitglied der Christlich Demokratischen Union (CDU), wird zum neuen deutschen Bundespräsidenten gewählt (**23.5.2004**).

Haiti/Dominikanische Republik

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Haiti und die Dominikanische Republik werden von schweren Überschwemmungen nach anhaltenden Regenfällen heimgesucht. Schätzungsweise 2000 Menschen kommen dabei ums Leben (**25.5.2004**).

Sudan

Darfur-Konflikt/Afrikanische Union

Die Afrikanische Union (AU) beschliesst, eine militärische Beobachtertruppe (AMIS) in die sudanesischen Bürgerkriegsregion Darfur zu entsenden (**28.5.2004**).

Kongo-Kinshasa

Kongokriege/Kivukrieg

In der ostkongolesischen Provinz Südkivu erobern Rebellen unter Führung des abtrünnigen kongolesischen Tutsi-Generals Laurent Nkunda die Stadt Bukavu (**2.6.2004**). Nkunda behauptet, der Volksgruppe der Tutsi drohe ein Völkermord durch Milizen von Hutu-Extremisten. Der Kivukrieg beginnt.

Vatikan/Schweiz

Papst Johannes Paul II. ist Gast des katholischen Jugendtreffens in Bern (**5.6.2004**).

EU/Europäisches Parlament

Bei der Wahl des Europäischen Parlaments verteidigen die christlichdemokratische Europäische Volkspartei (EVP) und die konservativen Europäischen Demokraten ihre führende Rolle und gewinnen 268 der 732 Sitze (**10.6. bis 13.6.2004**). Die Sozialdemokraten sind als zweitstärkste Fraktion mit 200 Abgeordneten vertreten. Die Liberalen erhalten 88, die Grünen 42, die Vereinte Europäische Linke 41, die EU-skeptische Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie 37, und die EU-skeptische Union für ein Europa der Nationen 27 Mandate. Hinzu kommen 29 Fraktionslose.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Musiker Ray Charles, ein Pionier des Soul, stirbt im Alter von 73 Jahren (**10.6.2004**).

Jemen

In Jemen bricht nach einer Demonstration gegen den prowestlichen Kurs der Regierung und nach Verhaftungen vor der Grossen Moschee in Sanaa (**18.6.2004**) ein bewaffneter Konflikt zwischen Regierungstruppen und Anhängern der schiitischen Zaiditen unter Führung von Hussein al-Huthi aus. Hussein al-Huthi kommt drei Monate später (**10.9.2004**) bei Kämpfen ums Leben. Neuer Anführer der Huthi-Bewegung wird sein Bruder Abdel Malik al-Huthi. Der Bürgerkrieg fordert in den Jahren 2004 bis 2010 Tausende von Toten.

Belgien

Acht Jahre nach seiner Verhaftung verurteilt ein belgisches Gericht Mac Dutroux zu lebenslanger Haft (**22.6.2004**). Er hatte sechs Mädchen entführt, vergewaltigt und gefoltert, vier von ihnen starben (vgl. 13.8.1996).

Litauen

Valdas Adamkus wird zum zweiten Mal nach 1998 zum Staatspräsidenten von Litauen gewählt. Er gewinnt die Stichwahl mit einem Stimmenanteil von 51,9 Prozent (**27.6.2004**). Der parteilose Valdas Adamkus ersetzt den vom Parlament abgesetzten Rolandas Paksas.

Kanada

Bei der Parlamentswahl in Kanada verliert die Liberal Party von Premierminister Paul Martin die absolute Mehrheit, bleibt aber mit 135 (minus 33) Mandaten stärkste Kraft. Die Conservative Party von Stephen Harper gewinnt 99 (plus 33) Mandate. Der Bloc québécois erhält 54 (plus 16) und die sozialdemokratische New Democratic Party 19 (plus 6) Sitze. (**28.6.2004**).

Anmerkung: Die Conservative Party ist eine Fusion aus der Canadian Alliance und der Progressive Conservative Party.

Irak/USA

Der Irak wird wieder ein souveräner Staat. Der Leiter der von den USA geführten Zivilverwaltung, Paul Bremer, übergibt die Macht einer irakischen Übergangsregierung (**28.6.2004**).

Tschechien

Der tschechische Ministerpräsident Vladimír Špidla (*Spidla*) tritt nach Auseinandersetzungen in seiner Sozialdemokratischen Partei (ČSSD) zurück. Nachfolger wird Stanislav Gross (**1.7.2004**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Schauspieler Marlon Brando stirbt im Alter von 80 Jahren (**1.7.2004**).

EU

Portugal

Das Europäische Parlament wählt den bisherigen portugiesischen Ministerpräsidenten José Manuel Barroso zum neuen Präsidenten der Kommission der Europäischen Union (**22.7.2004**). Nachfolger von José Manuel Barroso an der Spitze der portugiesischen Regierung wird Pedro Santana Lopes.

Paraguay

Katastrophen/Brandkatastrophen

In der paraguayischen Hauptstadt Asunción kommen bei einer Brandkatastrophe im Einkaufszentrum Ycuá Bolaños nahezu 400 Menschen ums Leben (**1.8.2004**).

Central America – Dominican Republic Free Trade Agreement

USA/

Die USA schliessen ein Freihandelsabkommen mit der Dominikanischen Republik und den fünf mittelamerikanischen Staaten Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua (**5.8.2004**). Widerstand gegen das Abkommen – Central America - Dominican Republic Free Trade Agreement – regt sich in Costa Rica (vgl. 7.10.2007).

Singapur

Lee Hsien Loong wird neuer Premierminister von Singapur. Der Sohn von Staatsgründer Lee Kuan Yew steht auch an der Spitze der herrschenden People's Action Party (**12.8.2004**).

Malediven

In der maledivischen Hauptstadt Male münden Proteste gegen die Inhaftierung von Reformaktivisten in heftige Ausschreitungen. Präsident Maumoon Abdul Gayoom verhängt den Ausnahmezustand (**13.8.2004**).

Griechenland

Olympische Spiele

In der griechischen Hauptstadt Athen finden die XXVIII. Olympischen Sommerspiele statt (**13.8.2004**). Mit 202 teilnehmenden Nationen wird ein neuer Rekord erreicht.

Venezuela

In einem Referendum lehnt die Bevölkerung Venezuelas die Amtsenthebung von Staatspräsident Hugo Chávez (*Chavez*) mit 59,25 Prozent Nein-Stimmen ab (**15.8.2004**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die schweizerisch-US-amerikanische Psychiaterin und Sterbeforscherin Elisabeth Kübler-Ross stirbt im Alter von 78 Jahren (**24.8.2004**).

Russland/Tschetschenien

Tschetschenische Terroristen überfallen in der nordossetischen Stadt Beslan eine Schule. Über 1000 Menschen befinden sich in der Hand der Extremisten (**1.9.2004**). Das Geiseldrama endet nach drei Tagen mit einem Blutbad. Über 300 Menschen kommen ums Leben, unter ihnen etwa 150 Kinder.

Libanon/Syrien

Unter massivem Druck Syriens stimmt das libanesische Parlament einer Verlängerung der Amtszeit von Staatpräsident Emile Lahoud um drei Jahre zu (**3.9.2004**).

Grenada

Katastrophen/Unwetter

Der Hurrikan „Ivan“ verwüstet weite Teile der Karibikinsel Grenada (**7.9.2004**). In der Hauptstadt St. George's werden 90 Prozent aller Gebäude zerstört oder schwer beschädigt.

Island

Nach 13jähriger Amtszeit tritt der isländische Ministerpräsident Davíð Oddsson (Unabhängigkeitspartei) zurück (**15.9.2004**). Er ist der bisher am längsten amtierende Regierungschef Islands.

Haiti

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Der Hurrikan „Jeanne“ richtet in Haiti verheerende Schäden an. Etwa 2000 Menschen kommen dabei ums Leben. Zehntausende Menschen verlieren ihr Obdach. Am schwersten betroffen ist die Stadt Gonaïves (**18.9 und 19.9.2004**).

Indonesien

Erstmals wird in Indonesien das Staatsoberhaupt direkt vom Volk gewählt. Sieger der Präsidentenwahl ist Susilo Bambang Yudhoyono von der Demokratischen Partei mit einem Stimmenanteil von 60,62 Prozent. Amtsvorgängerin Megawati Sukarnoputri von der Indonesian Democratic Party of Struggle erhält 39,38 Prozent der Stimmen (**20.9.2004**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Einbürgerung junger Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation mit 56,8 und den Erwerb des Schweizer Bürgerrechts für Kinder der dritten Ausländergeneration mit der Geburt in der Schweiz mit 51,6 Prozent Nein-Stimmen ab (**26.9.2004**).

Ungarn

Nach Querelen im Regierungsbündnis tritt der ungarische Ministerpräsident Péter Medgyessi zurück. Die Sozialistische Partei (MSZP) bestimmt Ferenc Gyurcsány (*Gyurcsany*) zum neuen Regierungschef (**29.9.2004**).

Slowenien

Bei der Parlamentswahl In Slowenien verlieren die seit 1992 regierenden Liberaldemokraten ihre Führungsrolle (**3.10.2004**). Wahlsiegerin ist die konservative Demokratische Partei (SDS) unter Führung von Janez Janša (*Jansa*). Sie gewinnt 29 der 90 Mandate. An zweiter Stelle liegen die Liberaldemokraten (LDS) mit 23 Sitzen. Die Sozialdemokraten erhalten 10 Sitze.

Kambodscha

Der kambodschanische König Sihanouk dankt ab (**7.10.2004**). Neuer Monarch wird Sihanouks Sohn Norodom Sihamoni.

Literaturnobelpreis

Österreich

Der österreichischen Schriftstellerin Elfriede Jelinek wird der Literaturnobelpreis zugesprochen (**7.10.2004**). An der Preisübergabe nimmt sie nicht teil.

Afghanistan

In Afghanistan geht Hamid Karzai als Sieger aus der ersten Präsidentenwahl seit dem Sturz des Taliban-Regimes hervor (**9.10.2004**).

Somalia

Das in der kenianischen Hauptstadt Nairobi tagende somalische Exilparlament wählt Abdullahi Yusuf Ahmed, Chef der autonomen Region Puntland, zum Vorsitzenden der Übergangsregierung (**10.10.2004**). Die Übergangsregierung lässt sich im folgenden Jahr in der somalischen Stadt Baidoa nieder.

Libanon

Der libanesischer Ministerpräsident Rafik Hariri tritt aus Protest gegen die syrische Einmischung in die Innenpolitik seines Landes zurück. Hariri war in den Jahren 1992 bis 1998 und ab Oktober 2000 Regierungschef (**20.10.2004**).

Litauen

Bei der Parlamentswahl in Litauen gewinnt die populistische Arbeitspartei des russischen Unternehmers Victor Uspaskich auf Anhieb 39 der 141 Mandate und wird damit stärkste Kraft vor dem Bündnis der Sozialdemokraten und Neuen Union mit 31 und dem konservativen Vaterlandsbund mit 25 Sitzen (10.10. und **24.10.2004**). Ministerpräsident Agirdas Brazauskas nimmt die Arbeitspartei in seine Regierung auf.

EU/Schweiz

Schengener Abkommen/Schengen-Raum

Die Schweiz und die Europäische Union unterzeichnen in Luxemburg ein neues Vertragspaket (**26.10.2004**). Die „Bilateralen II“ umfassen die Assoziierung an die Schengener Abkommen (Abschaffung der systematischen Personenkontrollen an den Grenzen) und das Dubliner Übereinkommen (Koordination der Asylpolitik, Verhinderung des Asylmissbrauchs) sowie die Bereiche grenzüberschreitende Zinsbesteuerung, landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte, Filmförderung, Umwelt, Statistik, Betrugsbekämpfung und Ruhegehälter.

EU

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) unterzeichnen in Rom den „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ (**29.10.2004**). Der Europäische Verfassungsvertrag soll die Europäische Union bürgernäher, demokratischer und handlungsfähiger machen. Der Vertrag scheitert jedoch an ablehnenden Volksabstimmungen in Frankreich (29.5.2005) und den Niederlanden (1.6.2005).

Uruguay

Historischer Wahlsieg der Linken in Uruguay (**31.10.2004**): Tabaré Vázquez (*Vazquez*) vom linken Bündnis Encuentro Progressista-Frente Amplio-Nueva Mayoría gewinnt die Präsidentenwahl mit einem Stimmenanteil von 51,68 Prozent. An zweiter Stelle liegt Jorge Larrañaga vom konservativen Partido Nacional mit 35,13 Prozent. Auch das Parlament ist mehrheitlich links orientiert. Von den 99 Sitzen des Abgeordnetenhauses entfallen 52 (plus 12) auf

Encuentro Progressista-Frente Amplio-Nueva Mayoría, 36 (plus 14) auf den Partido Nacional und nur noch 10 (minus 23) auf den liberalen Partido Colorado.

USA

US-Präsident George W. Bush wird in seinem Amt bestätigt (**2.11.2004**). Er erhält 286 Elektorenstimmen und 50,7 Prozent der Wählerstimmen. Auf seinen demokratischen Herausforderer John Kerry entfallen 251 Elektorenstimmen. Dick Cheney bleibt Vizepräsident.

Bei den Kongresswahlen verteidigen die Republikaner ihre Mehrheit sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus. Im Senat haben die Republikaner 55 Mandate (plus 4) und die Demokraten 44 (minus 4). Hinzu kommt ein Unabhängiger. Im Repräsentantenhaus gewinnen die Republikaner 232 Mandate (plus 3) und die Demokraten 202 (minus 3). Hinzu kommt wie bisher ein Unabhängiger.

Niederlande

Der niederländische Filmemacher Theo van Gogh wird in Amsterdam von einem radikalen Islamisten ermordet (**2.11.2004**). Beim Täter handelt es sich um einen in den Niederlanden geborenen Sohn marokkanischer Einwanderer. Die Ermordung des Filmemachers löst heftige Proteste aus und heizt die Debatte über die Integration von Einwanderern an. Es kommt zu Brandanschlägen auf Moscheen und islamische Schulen.

Vereinigte Arabische Emirate

Scheich Zayed bin Sultan Al Nahyan, seit 38 Jahren Emir von Abdu Dhabi und erstes Staatsoberhaupt der 1971 gegründeten Vereinigten Arabischen Emirate, stirbt im Alter von 86 Jahren (**2.11.2004**). Scheich Zayed gilt als „Vater der Nation“. Nachfolger wird sein ältester Sohn Khalifa bin Zayed Al Nahyan.

Palästinenser/Palästina/PLO

Yassir Arafat, Vorsitzender der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und Präsident Palästinas, stirbt in einem Pariser Spital im Alter von 75 Jahren (**11.11.2004**). Sein Nachfolger an der Spitze der PLO wird Mahmud Abbas.

Namibia

Hifikepunge Pohamba von der Swapo Party wird zum Nachfolger des namibischen Präsidenten Sam Nujoma gewählt (15. und **16.11.2004**). Sam Nujoma war der erste Präsident Namibias seit der Unabhängigkeit im Jahr 1990.

Internationale Konferenz der Region der Grossen Seen

Die Mitgliedsstaaten der Internationalen Konferenz der Region der Grossen Seen – International Conference of the Great Lakes Region (ICGLR) bzw. Conférence Internationale sur la Région des Grands Lacs (CIRGL) – verpflichten sich an ihrer ersten Gipfelkonferenz in Dar es Salaam zur Förderung des Friedens und der Sicherheit und zu politischer und wirtschaftlicher Stabilität (**19.11.2004**). Zwei Jahre später (25.12.2006) folgt ein Pakt für Sicherheit, Stabilität und Entwicklung. Der im Jahr 2000 ins Leben gerufenen ICGLR gehören elf Staaten an: Angola, Burundi, Kenia, Kongo-Kinshasa, Kongo-Brazzaville, Ruanda, Sambia, Sudan, Tansania, Uganda und die Zentralafrikanische Republik.

Ukraine

Die Stichwahl um das Amt des ukrainischen Staatpräsidenten zwischen dem bisherigen Russland-freundlichen Regierungschef Wiktor Janukowitsch und dem westlich-orientierten Wiktor Juschtschenko vom Oppositionsblock „Unsere Ukraine“ wird von Manipulations- und Fälschungsvorwürfen begleitet (**21.11.2004**). Janukowitsch wird zum Wahlsieger erklärt (**24.11.2004**). Die Opposition reagiert mit Massenprotesten auf dem Maidan in Kiew. Die „Orange Revolution“ (orange ist die Farbe Juschtschenko-Anhänger) zeigt Wirkung. Das Oberste Gericht erklärt die Stichwahl für ungültig und ordnet eine Wiederholung des zweiten Wahlgangs an (3.12.2004).

Schweiz

Katastrophen/Brandkatastrophen

Zehn Feuerwehrleute kommen in Gretzenbach im Kanton Solothurn bei einem Einsatz in einer brennenden Tiefgarage ums Leben (**27.11.2004**).

Rumänien

In Rumänien geht die aus Sozialdemokraten (PSD) und der Humanistischen Partei (PUR) gebildete Nationale Union als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervor. Sie gewinnt 132 der 332 Sitze im Abgeordnetenhaus. Zweitstärkste Kraft wird die von der Demokratischen Partei (PD) und der Nationalen Liberalen Partei (PNL) gebildete Allianz für Gerechtigkeit und Wahrheit (**28.11.2004**). Neuer Ministerpräsident wird Călin Popescu-Tăriceanu (*Popescu-Tariceanu*) von der Nationalen Liberalen Partei.

China

Katastrophen/Bergbau-, Bergwerkkatastrophen

Bei einer Explosion in einem Kohlebergwerk in der chinesischen Provinz Shaxi kommen 166 Bergarbeiter ums Leben (**28.11.2004**).

Chile

In Chile legt die von Präsident Ricardo Lagos eingesetzte Comisión Nacional sobre Prisión y Tortura ihren Bericht über die Opfer der Pinochet-Diktatur vor. Die Kommission unter dem Vorsitz des katholischen Bischofs Sergio

Valech prüfte Zeugenaussagen von 30 000 Menschen. Davon werden über 27 000 als Opfer von Festnahmen und Folter anerkannt und erhalten als Entschädigung eine monatliche Rente von 195 Dollar. Der Bericht der Valech-Kommission dokumentiert sowohl Zeugenaussagen wie Foltermethoden (**30.11.2004**).
Im Februar 1991 hatte die Comisión de Verdad y Reconciliación dargelegt, dass während der Militärdiktatur zwischen 1973 und 1990 2279 Menschen ermordet wurden. Zu den Opfern gehören auch 957 Verschwundene (vgl. 25.4.1990)

Bosnien und Herzegowina

SFOR/Nato/Eufor/EU

Das Mandat der Nato-Schutztruppe in Bosnien und Herzegowina – Stabilisation Force (SFOR) – endet (**2.12.2004**). Die Europäische Union übernimmt die Nachfolge: Mission Eufor/Althea.

Lettland

Algars Kalvītis (*Kalvītis*) von der konservativen Volkspartei wird neuer Ministerpräsident Lettlands (**2.12.2004**). Er tritt die Nachfolge von Indulis Emsis an, dessen Regierung wegen eines Budgetstreits zurückgetreten war.

Moçambique

In Moçambique endet nach rund 18 Jahren die Ära von Staatspräsident Joaquim Alberto Chissano, der freiwillig auf eine erneute Kandidatur für das Präsidentenamt verzichtet. Sieger der Präsidentenwahl (1. und **2.12.2004**) wird mit 63,7 Prozent der Stimmen Armando Guebuza von der Regierungspartei Frente de Libertação de Moçambique (Frelimo). Der Gegenkandidat Afonso Dhaklama von der Resistência Nacional Moçambicana (Renamo) erhält 31,7 Prozent der Stimmen.

Slowenien

Janez Janša (*Jansa*) von der konservativen Demokratischen Partei (SDS) wird neuer slowenischer Ministerpräsident (**3.12.2004**).

Friedensnobelpreis

Kenia

Als erste Frau aus Afrika erhält die kenianische Umweltschützerin Wangari Maathai den Friedensnobelpreis (**10.12.2004**).

Rumänien

Der bisherige Bürgermeister von Bukarest, Traian Băsescu (*Basescu*), wird zum neuen rumänischen Staatspräsidenten gewählt. In der Stichwahl überwindet der Kandidat des Bündnisses Gerechtigkeit und Wahrheit seinen Herausforderer, den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Adrian Năstase (*Nastase*), knapp mit einem Stimmenanteil von 51,2 Prozent (**12.12.2004**).

Alianza Bolivariana para los pueblos de Nuestra América – Tratado de Comercio de los Pueblos

Der venezolanische Präsident Hugo Chávez (*Chavez*) und der kubanische Machthaber Fidel Castro gründen die Bolivarianische Allianz: Alianza Bolivariana para los pueblos de Nuestra América – Tratado de Comercio de los Pueblos (**14.12.2004**).

EU

Türkei

Die EU-Staats- und Regierungschefs stimmen der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu (**17.12.2004**).

Indonesien/Indien/Sri Lanka/Thailand/Malediven

Katastrophen/Erdbeben/Tsunami

Ein Erdbeben der Stärke 9,1 vor der Küste Sumatras löst eine riesige Flutwelle (Tsunami) aus. Es ist eines der stärksten Beben, das je gemessen wurde. Etwa 230 000 Menschen kommen ums Leben. Fast 15 Millionen sind von der Katastrophe betroffen. Über eine Million Küstenbewohner werden obdachlos.

Am schwersten betroffen ist die indonesische Provinz Aceh, wo schätzungsweise 130 000 Menschen ums Leben kommen. In Sri Lanka wird die Zahl der Toten auf 35 000, in Indien auf 16 000 und in Thailand auf über 7000 geschätzt. An der Südwestküste von Sri Lanka wird ein voll besetzter Zug von Tsunamiwellen erfasst. Dabei sterben nach Schätzungen 1700 Menschen. Es handelt sich um die schwerste Katastrophe in der Geschichte der Eisenbahn. Schwere Verwüstungen richtet der Tsunami auch auf den Malediven an (**26.12.2004**).

Ukraine

Oppositionsführer Wiktor Juschtschenko wird neuer Staatspräsident der Ukraine. Bei der Wiederholung der Stichwahl um das Präsidentenamt entfallen 51,99 Prozent der Stimmen auf Wiktor Juschtschenko und 44,19 Prozent auf seinen Rivalen Wiktor Janukowitsch (**26.12.2004**). Janukowitsch, bisher Ministerpräsident, kündigt seinen Rücktritt an. Die Stichwahl musste wegen Wahlfälschungen, die zu Massenprotesten führten und die „Orange Revolution“ auslösten, wiederholt werden. Im Lager der „Orangen Revolution“ kommt es nach der Machtübernahme zu Rivalitäten.

Argentinien

Katastrophen/Brandkatastrophen

Bei einer Brandkatastrophe in einer Diskothek in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires kommen über 190 Menschen ums Leben (**30.12.2004**).

2005

Deutschland

In Deutschland werden Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum neuen Arbeitslosengeld II – auch Hartz IV genannt – zusammengelegt (**1.1.2005**).

Sudan/Südsudan

UNO

Die sudanesishe Regierung und die südsudanesishe Volksbefreiungsbewegung (Sudan People's Liberation Movement – SPLM) unterzeichnen in Nairobi ein Friedensabkommen (**9.1.2005**). Das sogenannte Comprehensive Peace Agreement (CPA) beendet nach 22 Jahren den Zweiten sudanesischen Bürgerkrieg, der schätzungsweise zwei Millionen Tote forderte. Das Abkommen sieht für eine sechsjährige Übergangsphase eine politische Autonomie für den Südsudan vor. Nach diesen sechs Jahren soll die Bevölkerung des Südsudan über die staatliche Unabhängigkeit abstimmen. Der Friedensprozess soll durch die UNO (United Nations Mission in Sudan/UNMIS) überwacht werden.

Palästinensische Autonomiebehörde/Palästina

Mahmud Abbas wird mit einem Stimmenanteil von 67,38 Prozent zum neuen Vorsitzenden der Palästinensischen Autonomiebehörde und damit zum Nachfolger von Yassir Arafat gewählt (**9.1.2005**). Vier Monate später übernimmt Abbas auch die Funktion als Präsident Palästinas.

USA

Die Politikwissenschaftlerin Condoleezza Rice wird US-Aussenministerin (**26.1.2005**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der israelische Schriftsteller Ephraim Kishon stirbt im Alter von 80 Jahren (**29.1.2005**).

Irak

Im Irak findet die erste freie Parlamentswahl seit dem Sturz von Saddam Hussein statt (**30.1.2005**). Stärkste Partei wird die schiitische Vereinigte Irakische Allianz. Ein grosser Teil der sunnitischen Bevölkerung boykottiert die Wahl.

Ukraine

Das ukrainische Parlament wählt Julia Timoschenko, Galionsfigur der „Orangen Revolution“, zur Regierungschefin (**4.2.2005**).

Togo

In Togo stirbt Staatspräsident Präsident Gnassingbé Eyadéma nach 38jähriger Regentschaft (**5.2.2005**). Er regierte das Land mit eiserner Hand. Die Armee betraut Faure Gnassingbé, den Sohn des verstorbenen Herrschers, mit der Führung des Landes, was als Verfassungsbruch verurteilt wird. Faure Gnassingbé tritt unter internationalem Druck tritt zurück. Einige Wochen später geht er mit einem Stimmenanteil von rund 60 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl (24.4.2005) hervor.

Thailand

Die Partei von Ministerpräsident Thaksin Shinawatra festigt bei der Parlamentswahl ihre Machtposition (**6.2.2005**). Die Regierungspartei Thai Rak Thai (Thais lieben Thais) gewinnt 377 (plus 129) der 500 Sitze und damit eine Dreiviertelmehrheit. Mit Thaksin Shinawatra gelingt erstmals einem zivilen thailändischen Regierungschef die Wiederwahl nach einer vollen vierjährigen Amtszeit. Thaksins findet vor allem in der Bevölkerung auf dem Land breite Unterstützung. Die Democrat Party muss sich als zweitstärkste Kraft mit 96 Mandaten begnügen.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Zweite Intifada

Der israelische Ministerpräsident Ariel Sharon und Palästinenserpräsident Mahmud Abbas vereinbaren in Sharm el-Sheik einen Waffenstillstand (**8.2.2005**). Damit endet der vor fünf Jahren ausgelöste zweite Palästinenseraufstand gegen Israel, die sogenannte zweite Intifada,

Korea (Nordkorea)

Nordkorea gibt erstmals zu, im Besitz von Atomwaffen zu sein – um sich gegen die USA zu schützen (**10.2.2005**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Schriftsteller Arthur Miller stirbt im Alter von 89 Jahren (**10.2.2005**).

Libanon/Syrien

Der frühere libanesische Ministerpräsident Rafik Hariri fällt in Beirut einem Autobombenanschlag zum Opfer (**14.2.2005**). Hariri war eine politische Schlüsselfigur. Er spielte eine entscheidende Rolle bei den Verhandlungen zur Beendigung des Bürgerkriegs und beteiligte sich mit seinem Vermögen am Wiederaufbau des Landes. Neben Hariri kommen 22 weitere Menschen ums Leben. Das Attentat löst eine Welle antisyrischer Proteste und Kundgebungen (Zedernrevolution) aus. Prosyrische Kräfte bilden die Allianz 8. März (benannt nach einer Grosskundgebung am 8. März in Beirut mit über einer halben Million Menschen), antisyrische Kräfte die Allianz 14. März (benannt nach

einer Massendemonstration am 14. März in Beirut mit über einer Million Teilnehmer). Zur Aufklärung des Mordes an Hariri wird auf internationalen Druck ein Sondertribunal eingesetzt. Angeklagt werden Mitglieder der Hizbullah.

China

Katastrophen/Bergbaukatastrophen

Bei einer Bergbaukatastrophe in der chinesischen Provinz Liaoning kommen über 200 Menschen ums Leben (**14.2.2005**).

Portugal

Erdrutschsieg der Sozialisten bei der Parlamentswahl in Portugal (**20.2.2005**): Die Sozialistische Partei (Partido Socialista/PS) gewinnt 121 (plus 25) der 230 Mandate und damit die absolute Mehrheit. Die bisher regierende konservativ-liberale Sozialdemokratische Partei (Partido Social Democrata/PSD) verliert 30 Mandate und ist mit 75 Abgeordneten vertreten. Drittstärkste Kraft ist das Coligação Democrática Unitária/CDU – ein Bündnis aus der Kommunistischen Partei (Partido Comunista Português/PCP) und den Grünen (Partido Ecologista Os Verdes/PEV) – mit 14 Mandaten.

Tschetschenien/Russland

Der tschetschenische Rebellenführer Aslan Maschadow, 1997 zum Präsidenten Tschetscheniens gewählt, kommt bei einem Angriff russischer Streitkräfte ums Leben (**8.3.2005**).

Portugal

Machtwechsel in Portugal: Der Sozialist José Sócrates (*Socrates*) wird neuer Regierungschef (**12.3.2005**). Seine Partei hatte bei der Parlamentswahl (20.2.2005) die absolute Mehrheit errungen.

Griechenland

Mit Karolos Papoulias, ehemaliger Aussenminister und einer der Begründer der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (Pasok), erhält Griechenland erstmals seit 1974 einen sozialistischen Staatschef (**12.3.2005**).

Libanon/Syrien

In der libanesischen Hauptstadt Beirut fordern bei einer Grosskundgebung über eine Million Menschen den Rückzug der syrischen Truppen aus dem Land (**14.3.2005**).

Schweiz

Die deutsche Lufthansa übernimmt die Swiss (**22.3.2005**).

Estland

Der estnische Regierungschef Juhan Parts von der konservativ ausgerichteten Partei Res Publica tritt nach einem Misstrauensvotum zurück (**24.3.2005**). Sein Nachfolger wird Andrus Ansip von der liberalen Reformpartei. Er bildet ein Regierungsbündnis mit der konservativ-agrarischen Volksunion und der Mitte-links-orientierten Zentrumspartei.

Kirgistan

„Tulpenrevolution“ in Kirgistan: Proteste gegen manipulierte Ergebnisse der Parlamentswahl von Ende Februar lösen gewalttätige Unruhen und einen Machtwechsel aus. In der Hauptstadt Bischkek wird das Regierungsgebäude (Weisses Haus) von Manifestanten besetzt. Staatspräsident Askar Akajew, seit 1990 an der Macht, wird aus seinem Amt vertrieben und setzt sich ins Ausland ab (**25.3.2005**). Wildtulpen dienen als Symbol der Opposition. Übergangspräsident wird Oppositionsführer Kurmanbek Bakijew.

Bosnien und Herzegowina

Das kroatische Mitglied des Staatspräsidiums von Bosnien und Herzegowina, Dragan Čović (*Covic*), wird vom Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina, entlassen (**29.3.2005**). Čović werden Korruption und Machtmissbrauch vorgeworfen. Nachfolger wird Ivo Miro Josić (Josic) von der Kroatischen Demokratischen Union (HDZ).

Vatikan

Römisch-katholische Kirche

Papst Johannes Paul II. stirbt nach langer Krankheit im Alter von 84 Jahren (**2.4.2005**). Johannes Paul II. war seit 1978 Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche. Millionen Menschen erweisen in Rom dem nach 27jährigem Pontifikat verstorbenen Papst die letzte Ehre.

Österreich

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) spaltet sich. Jörg Haider gründet eine neue Partei – das Bündnis Zukunft Österreich – BZÖ (**4.4.2005**). Die Führung der FPÖ übernimmt Heinz-Christian Strache.

Irak

Das irakische Parlament wählt den Vorsitzenden der Patriotischen Union Kurdistans (PUK), Jalal Talabani, zum neuen Staatschef. Der Irak erhält damit erstmals ein kurdisches Staatsoberhaupt (**6.4.2005**).

Monaco

Fürst Rainier III. von Monaco stirbt im Alter 81 Jahren (**6.4.2005**). Seine Regentschaft dauerte 55 Jahre. Nachfolger wird sein Sohn Albert II.

Ecuador

Der ecuadorianische Präsident Lucio Gutiérrez Borbúa (*Gutierrez Borbua*) ruft angesichts wachsender Proteste gegen seine Politik den Notstand in der Hauptstadt Quito aus und löst den obersten Gerichtshof auf (**15.4.2005**).

Hintergrund der Krise ist ein Machtkampf, in den neben Oppositionspolitiker auch oberste Richter verwickelt sind.

„Türkische Republik Nordzypern“

Mehmet Ali Talat wird zum neuen Präsidenten der „Türkischen Republik Zypern“ gewählt (**17.4.2005**). Er löst Rauf Denktaş (Denktas) ab, der seit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung im Jahr 1983 an der Macht war. Die

„Türkische Republik Nordzypern“ wird ausser der Türkei von keinem Staat anerkannt.

Schweiz

Katastrophen/Busunfälle

13 Menschen kommen bei einem Busunfall am Grossen St. Bernhard in der Nähe von Orsières (Wallis) ums Leben (**17.4.2005**).

Vatikan/Deutschland

Römisch-katholische Kirche

Der 78-jährige deutsche Kardinal Joseph Ratzinger, Präfekt der Kongregation für die Glaubenslehre, wird zum Nachfolger von Papst Johannes Paul II. gewählt. Er gibt sich den Namen Benedikt XVI. (**19.4.2005**).

Ecuador

Der ecuadorianische Präsident Lucio Gutiérrez Borbúa (*Gutierrez Borbua*) wird nach schweren Unruhen vom Parlament abgesetzt (**20.4.2005**). Seit 1996 schaffte keiner der drei vom Volk gewählten Präsidenten eine volle Amtszeit. Nachfolger von Gutiérrez wird sein Stellvertreter Alfredo Palacio González (*Palacio Gonzalez*).

Liechtenstein

Das Fürstentum Liechtenstein erhält wieder eine Koalitionsregierung (**21.4.2005**). Regierungschef Otmar Hasler von der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) verbündet sich mit der Vaterländischen Union (VU), nachdem seine Partei bei der Landtagswahl (13.3.2005) die absolute Mehrheit verloren hatte. 1997 war die seit 1938 bestehende Regierungskoalition von Fortschrittlicher Bürgerpartei und Vaterländischer Union beendet worden.

Russland

Der russische Präsident Wladimir Putin bezeichnet den Fall der Sowjetunion in einer Ansprache vor der Duma als „die grösste geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts (**25.4.2005**)“.

Tschechien

Wechsel an der Spitze der tschechischen Regierung. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Stanislav Gross tritt wegen einer Affäre um Immobiliengeschäfte zurück (**25.4.2005**). Jiří Paroubek wird sein Nachfolger.

Japan

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

In der japanischen Stadt Amagasaki entgleist ein Zug wegen überhöhter Geschwindigkeit. 107 Menschen kommen ums Leben und über 500 Reisende werden verletzt (**25.4.2005**).

Libanon/Syrien

Syrien beendet nach 29 Jahren seine Truppenpräsenz in Libanon (**26.4.2005**). Unter massivem Druck sieht Syrien seine schätzungsweise 15 000 in Libanon stationierten Soldaten ab.

Grossbritannien

Der britische Premierminister Tony Blair und seine Labour Party gewinnen zum dritten aufeinander folgenden Mal die Unterhauswahl. 355 der 646 Sitze entfallen auf die Labour Party und 198 auf die Conservative Party. Labour verliert 57 Sitze; die Tories gewinnen 33 hinzu. Mit 62 Mandaten (plus 11) sind die Liberal Democrats vertreten. Auf die übrigen Parteien entfallen 31 Sitze (**5.5.2005**).

Usbekistan

Usbekische Sicherheitskräfte eröffnen in der Stadt Andijan im Fergana-Tal das Feuer auf Teilnehmer einer Protestkundgebung. Dabei kommen Hunderte Menschen ums Leben (**13.5.2005**). Von bis zu 1500 Toten ist die Rede.

Russland

Ein Moskauer Gericht verurteilt Michail Chodorkowski, den früheren Chef des russischen Erdölkonzerns Yukos, und dessen Geschäftspartner Planton Lebedew wegen schweren Betrugs und Bildung einer kriminellen Vereinigung zu je neun Jahren Gefängnis (**16.5.2005**). Ein Berufungsgericht reduziert die Strafe im September 2005 auf je acht Jahre Haft.

Mongolei

Nambaryn Enkhbayar geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in der Mongolei hervor. Der Kandidat der Mongolischen Revolutionären Volkspartei und ehemalige Ministerpräsident erhält 54,2 Prozent der Stimmen (**22.5.2005**).

EU

Frankreich

Das französische Volk lehnt den 2004 von den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union unterzeichneten „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ mit 54,87 Prozent Nein-Stimmen ab (**29.5.2005**).

EU

Niederlande

Nach Frankreich lehnen auch die Niederlande den „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ ab. In einer Volksabstimmung wird die Vorlage mit 61,2 Prozent Nein-Stimmen verworfen (**1.6.2005**).

Nach den ablehnenden Referenden in Frankreich und in den Niederlanden ist die Ratifizierung des Europäischen Verfassungsvertrags gescheitert. Kritiker des Verfassungsvertrags befürchteten einen Kompetenzverlust und einen europäischen „Superstaat“. Aber auch innenpolitische Gründe (Denkzettel-Motiv) trugen zum Nein-Votum bei.

Frankreich

Dominique de Villepin von der regierenden Union pour un mouvement populaire (UMP) wird neuer französischer Premierminister (**31.5.2005**).

EU/Schengener Abkommen/Schengen-Raum

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen mit 54,6 Prozent Ja-Stimmen die im Rahmen der bilateralen Abkommen II mit der Europäischen Union beschlossene Assoziierung der Schweiz an die Abkommen von Schengen (Abschaffung der Personenkontrollen an den Grenzen) und Dublin (Koordination der Asylpolitik) gut.

Ebenfalls gutgeheissen wird das Partnerschaftsgesetz, das gleichgeschlechtlichen Paaren ermöglicht, ihre Lebensgemeinschaft rechtlich abzusichern. Die Vorlage erhält 58 Prozent Ja-Stimmen (**5.6.2005**).

Bolivien

Angesichts gewaltsamer Unruhen erklärt Boliviens Staatspräsident Carlos Mesa seinen Rücktritt (6.6.2005). Übergangspräsident wird Eduardo Rodríguez (*Rodriguez*), Vorsitzender des Obersten Gerichtshofes.

Ungarn

Das ungarische Parlament wählt den parteilosen Juristen László Sólyom (*Solyom*) mit knapper Mehrheit zum neuen Staatspräsidenten (**7.6.2005**).

G-8

Die Finanzminister der acht führenden Industriestaaten (G-8) – Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland und USA – einigen sich auf einen Schuldenerlass für Länder der Dritten Welt im Umfang von rund 40 Milliarden Dollar (**12.6.2005**).

Stromausfall

Schweiz

Ein dreistündiger Stromausfall legt das gesamte Eisenbahnnetz der Schweizerischen Bundesbahnen lahm. Etwa 200 000 Reisende und rund 2000 Züge sind von der bisher grössten Betriebspanne in der Geschichte der Schweizer Bahnen betroffen (**12.6.2005**).

Irak/Kurden/Autonome Region Kurdistan

Masud Barzani wird zum Präsidenten der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak gewählt (**13.6.2005**).

Argentinien

Das Oberste Gericht Argentiniens hebt die 1986 und 1987 erlassenen Amnestiegesetze – das Schlusspunktgesetz (Ley de Punto Final) und das Gesetz der Gehorsamspflicht (Ley de Obediencia Debida) – auf und ebnet damit den Weg für die juristische Aufarbeitung der Militärdiktatur und des „schmutzigen Krieges“ zwischen 1976 und 1983 (**14.6.2005**).

Libanon

Aus der Parlamentswahl in Libanon (29.5. bis **20.6.2005**) geht die antisyrische „Allianz 14. März“ von Saad Hariri, dem Sohn des bei einem Attentat ums Leben gekommenen Ex-Premierministers Rafik Hariri, als stärkste Kraft hervor. Sie gewinnt 69 der 128 Mandate. Die prosyrische „Allianz 8. März“ erhält 57 Mandate.

Iran

Der Teheraner Bürgermeister Mahmud Ahmadinejad, ein konservative Hardliner, geht als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt in Iran hervor. Das Nachsehen hat der erneut kandidierende ehemalige Präsident Ali Akbar Rafsanjani (**24.6.2005**).

Bulgarien

Bei der Parlamentswahl in Bulgarien verliert die Nationale Bewegung von Ministerpräsident Simeon Sakskoburggotski mehr als die Hälfte ihres Stimmenanteils und 67 Mandate. Stärkste Kraft wird die von der Sozialistischen Partei angeführte Koalition für Bulgarien. Sie gewinnt 82 (plus 34) der 240 Sitze. Die Nationale Bewegung entsendet noch 53 Abgeordnete. Die rechtsextreme Partei Ataka kommt auf einen Stimmenanteil von 8 Prozent und 21 Sitze (**25.6.2005**). Neuer Regierungschef wird der Sozialist Sergei Stanischew. Er bildet eine Koalition mit der Nationalen Bewegung für Stabilität und Frieden von Simeon Sakskoburggotski und mit der Partei der türkischen Minderheit, der Bewegung für Rechte und Freiheiten (17.8.2005).

Spanien/Homo-Ehe/LGBTIQ

Das spanische Parlament stimmt der Einführung der Homo-Ehe zu (**30.6.2005**).

Deutschland

Der Deutsche Bundestag entzieht Bundeskanzler Gerhard Schröder das Vertrauen. Der sozialdemokratische Regierungschef hatte nach verlustreichen Landtagswahlen (zuletzt am 22. Mai in Nordrhein-Westfalen) die Abstimmungsniederlage bewusst herbeigeführt, um eine Neuwahl des Bundestags zu erreichen (**1.7.2005**).

Albanien

In Albanien geht die Demokratische Partei von Sali Berisha als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor. Sie gewinnt 56 (plus 10) Mandate. Die Sozialistische Partei verliert 31 Sitze und entsendet neu 42 Abgeordnete ins Parlament (**3.7.2005**).

Grossbritannien

Bei mehreren Sprengstoffanschlägen auf die Londoner U-Bahn und einen Bus kommen 52 Menschen ums Leben. Zu den Attentaten bekennen sich islamistische Terroristen (**7.7.2005**).

Sudan/Südsudan

Der frühere südsudanesische Rebellenführer John Garang, Gründer der Volksbefreiungsbewegung Sudan People's Liberation Movement – (SPLM) wird Erster Vizepräsident des Sudans (9.7.2005). Der Südsudan wird eine autonome Region unter Führung von John Garang. Nur drei Wochen später stirbt John Garang bei einem Helikopterabsturz (30.7.2005). Sein Nachfolger wird Salva Kiir.

Kirgistan

Kurmanbek Bakijew geht mit einem Stimmenanteil von fast 89 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in Kirgistan hervor (**10.7.2005**). Bakijew war nach der „Tulpenrevolution“ und dem Sturz von Machthaber Askar Akajew Übergangspräsident Kirgistans.

Libanon

Fuad Siniora von der zur „Allianz 14. März“ gehörenden Zukunftsbewegung wird neuer libanesischer Regierungschef (**19.7.2005**).

Ägypten

Bei Sprengstoffanschlägen im ägyptischen Badeort Sharm el-Sheikh kommen über 60 Menschen ums Leben (**23.7.2005**).

Kolumbien

Das kolumbianische Parlament beschliesst ein Gesetz für Gerechtigkeit und Frieden: Ley de Justicia y Paz (**25.7.2005**). Das umstrittene Gesetz 975 sieht einen deutlichen Straferlass (fünf bis acht Jahre Gefängnis statt jahrzehntelange Gefängnisstrafe) für Paramilitärs und Guerillas vor, die sich demobilisieren lassen. Ausserdem wird die Einsetzung einer nationalen Kommission für Wiedergutmachung und Versöhnung beschlossen.

Grossbritannien/Nordirland

Nordirland-Konflikt

Die Irish Republican Party/IRA (Irish-Republikanische Armee) erklärt den bewaffneten Kampf in Nordirland für beendet und will fortan mit friedlichen Mitteln ihre Ziele erreichen (**28.7.2005**). Gewaltbereite Splittergruppen (Real IRA, New IRA) setzen ihren Kampf fort.

Saudiarabien

Der saudische König Fahd stirbt im Alter von 84 Jahren (**1.8.2005**). Sein Nachfolger wird Kronprinz Abdullah.

Mauretanien

In Mauretanien wird Staatspräsident Maaouya Ould Sid'Ahmed Taya, der seit Ende 1984 an der Macht war, von der Armee gestürzt (3.8.2005). Ein Conseil militaire pour la justice et la démocratie übernimmt die Macht.

Sri Lanka

Der sri-lankische Aussenminister Lakshman Kadirgamar kommt bei einem Anschlag ums Leben (**12.8.2005**). Die Regierung bezeichnet die Tamil Tigers– Liberation Tigers of Tamil Eelam/LTTE – als Urheber des Anschlags und verhängt den Ausnahmezustand.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Gazastreifen

Israel räumt den seit 1967 besetzten Gazastreifen (**15.8.2005**). Die jüdischen Siedler müssen das Gebiet verlassen.

Indonesien/Aceh

Unter Vermittlung des ehemaligen finnischen Staatspräsidenten Martti Ahtisaari unterzeichnen die indonesische Regierung und die Bewegung Freies Aceh (GAM) ein Friedensabkommen (**15.8.2005**). Damit endet ein fast dreissigjähriger Aufstand gegen die indonesische Zentralregierung. Die indonesische Regierung verpflichtet sich, Aceh eine erweiterte Autonomie zu gewähren. 70 Prozent der Einnahmen aus dem Ölsektor sollen in Aceh verbleiben.

In Aceh gilt das islamische Recht der Scharia. Laut einem 2001 erlassenen Autonomiegesetz ist Aceh als einzige Region Indonesiens befugt, die Scharia förmlich umzusetzen.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der aus der Schweiz stammende Frère Roger, Gründer und erster Prior der ökumenischen Communauté de Taizé, wird während eines Abendgebets ermordet. Er war 90 Jahre alt (**16.8.2005**).

Burundi

Das burundische Parlament wählt den früheren Hutu-Rebellenführer Pierre Nkurunziza zum neuen Staatschef (**19.8.2005**). Seine Partei – Conseil national pour la défense de la démocratie - Forces pour la défense de la démocratie (CNDD-FDD) – hatte im Monat zuvor (4.7.2005) die Parlamentswahl klar gewonnen. Es handelt sich um die erste Präsidentenwahl seit Beginn des Bürgerkriegs im Jahr 1993.

Schweiz

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Weite Gebiete der Schweiz werden von verheerenden Überschwemmungen heimgesucht (**ab 22.8.2005**). Am schwersten betroffen sind die Innerschweiz und das Berner Oberland.

USA

Katastrophen/Unwetter

Der Wirbelsturm „Katrina“ richtet in den US-Staaten Louisiana, Mississippi und Alabama verheerende Schäden an. Am schwersten betroffen ist New Orleans. Nach Dammbrüchen wird die Halbmillionenstadt überflutet (**31.8.2005**). Über tausend Menschen kommen ums Leben.

Irak

Katastrophen/Massenpanik

In Bagdad kommen bei einer Massenpanik unter schiitischen Pilgern rund 1000 Menschen ums Leben (**31.8.2005**).

Ukraine

Das Führungsduo der „Orangen Revolution“ in der Ukraine bricht auseinander: Staatspräsident Wiktor Juschtschenko entlässt Ministerpräsidentin Julia Timoschenko (**8.9.2005**). Sie war sieben Monate im Amt.

Japan

Erdrutschsieg für die Liberaldemokraten bei der Parlamentswahl in Japan. Die Partei von Ministerpräsident Koizumi Junichiro gewinnt 296 der 480 Sitze. Zusammen mit der mitregierenden Komeito (Gerechtigkeitspartei) verfügt die Koalitionsregierung über eine Zweidrittelmehrheit (**11.9.2005**).

Albanien

Machtwechsel in Albanien: Der ehemalige Staatspräsident Sali Berisha von der Demokratischen Partei wird neuer Ministerpräsident (**11.9.2005**). Nach acht Jahren müssen die regierenden Sozialisten in die Opposition.

Norwegen

Bei der Parlamentswahl in Norwegen müssen die Regierungsparteien Christliche Volkspartei und die konservative Høyre Verluste in Kauf nehmen (**12.9.2005**). Die Arbeiterpartei legt nach dem Debakel der letzten Wahl wieder zu. Sie ist mit 61 Abgeordneten (plus 18) im neuen Storting vertreten. Zweistärkste Kraft ist die rechtspopulistische Fortschrittspartei mit 38 Mandaten (plus 12). Es kommt zu einem Regierungswechsel Jens Stoltenberg wird zum zweiten Mal Ministerpräsident nach der kurzen Amtsperiode 2000/2001. Er bildet eine Mitte-links-Regierung – auch rot-grüne Koalition genannt (grün bezieht sich auf die Farbe der Zentrumspartei) – aus seiner Arbeiterpartei, der sozialistischen Linkspartei und der Zentrumspartei (17.10.2005).

Deutschland

Bei der vorgezogenen Bundestagswahl in Deutschland erreichen weder die rot-grüne Regierungskoalition noch das schwarz-gelbe Oppositionsbündnis die absolute Mehrheit (**18.9.2005**). Die Unionsparteien CDU/CSU – Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union – und die Freien Demokraten (FDP) überholen mit 45 Prozent Stimmenanteil und mit 287 Mandaten die Sozialdemokraten (SPD) und die Grünen, die zusammen auf einen Stimmenanteil von 42,3 Prozent und 273 Sitze kommen. Mit 35,2 Prozent der Stimmen (minus 3,3 Prozentpunkte) liegen CDU/CSU in Führung vor den Sozialdemokraten mit 34,2 Prozent (minus 4,3 Prozentpunkte) und den Freien Demokraten mit 9,8 (plus 2,4 Prozentpunkte). Die Linke.PDS überholt mit 8,7 Prozent Stimmenanteil (plus 4,7

Prozentpunkte) knapp die Grünen, die 8,1 Prozent der Stimmen erhalten. Von den 614 Sitzen im Bundestag gewinnen die Unionsparteien 226, die Sozialdemokraten 222, die Freien Demokraten 61, die Linke.PDS 54 und die Grünen 51.

Afghanistan

Erstmals seit 1988 finden in Afghanistan Parlamentswahlen statt (**18.9.2005**). Die Paschtunen stellen mit rund 44 Prozent die grösste Fraktion, gefolgt von den Tadschiken mit rund 27 Prozent.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der 1908 in Galizien (damals Österreich-Ungarn) geborene Journalist und Schriftsteller Simon Wiesenthal stirbt im Alter von 96 Jahren (**20.9.2005**). Er wurde als «Nazi-Jäger» bezeichnet. Als ehemaliger KZ-Häftling machte er es sich zur Lebensaufgabe, Nazi-Verbrecher aufzuspüren und vor Gericht zu bringen.

EU

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen die Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommen auf die zehn neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) – Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern – mit 56 Prozent Ja-Stimmen gut (**25.9.2005**).

Polen

Erdrutschsieg für die bürgerlichen Oppositionsparteien bei der Parlamentswahl in Polen (**25.9.2005**): Die nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) wird stärkste Kraft im Sejm mit 155 der 460 Mandate. Die liberalkonservative Bürgerplattform (PO) erringt 133 Sitze. Die bäuerliche nationalistische Partei Samoobrona (Selbstverteidigung) überholt mit 56 Mandaten knapp das bisher regierende Bündnis der Demokratischen Linken (SLD), das 162 Mandate verliert und nur noch 55 Abgeordnete entsendet. Neuer Regierungschef wird Kazimierz Marcinkiewicz von der Partei Recht und Gerechtigkeit (31.10.2005).

Algerien

In Algerien soll ein Schlussstrich unter 13 Jahre Bürgerkrieg mit schätzungsweise 150 000 Toten gezogen werden. Die Bevölkerung stimmt der Charta für Frieden und nationale Versöhnung mit einem Anteil von 97,4 Prozent Ja-Stimmen zu (**29.9.2005**).

Spanien/Marokko/Ceuta/Melilla

Hunderte afrikanischer Migranten versuchen über Marokko und die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla auf Territorium der Europäischen Union (EU) zu gelangen (**29.9.2005**). In den folgenden Jahren kommt es immer wieder zu einem Massenansturm von Migranten, die versuchen, die Grenzanlagen zu überklettern.

Dänemark

Karikaturenstreit/Islam

Die dänische Tageszeitung „Jyllands-Posten“ veröffentlicht zwölf Mohamed-Karikaturen (**30.9.2005**). Dies löst auch Wochen danach heftige Proteste in arabischen und islamischen Ländern aus.

EU

Türkei

Die Europäische Union nimmt Beitrittsverhandlungen mit der Türkei auf (**3.10.2005**).

Pakistan/Azad Kashmir

Katastrophen/Erdbeben

Kaschmir, vor allem der pakistanische Teil, wird von einem verheerenden Erdbeben heimgesucht. Über 80 000 Menschen kommen dabei ums Leben. Das Epizentrum des Bebens liegt in der Nähe der Stadt Muzaffarabad in Azad Kashmir, im pakistanisch kontrollierten Teil Kaschmirs (**8.10.2005**).

Irak/Kurden/Autonome Region Kurdistan

Der Irak erhält eine neue Verfassung. In einer Volksabstimmung wird das Grundgesetz mit 85 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen (**15.10.2005**). Kurdistan wird in der Verfassung als Autonome Region anerkannt.

Krankheiten/Seuchen/Epidemien/Vogelgrippe

Die Vogelgrippe breitet sich von Asien weiter aus und erreicht Osteuropa. Zum Schutz vor dem Vogelgrippevirus wird in einigen Ländern, auch in der Schweiz, die Freilandhaltung von Geflügel verboten (**21.10.2005**).

Polen

Lech Kaczyński (Kaczynski) wird zum neuen polnischen Staatspräsidenten gewählt. Der Mitbegründer der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) gewinnt die Stichwahl mit 54,04 Prozent der Stimmen (**23.10.2005**).

Myanmar

Naypyidaw wird neue Hauptstadt von Myanmar (**6.11.2005**) anstelle von Yangon (ehemals Rangun).

Peru/Chile

Der mit internationalem Haftbefehl gesuchte frühere peruanische Machthaber Alberto Fujimori reist überraschend nach Chile und wird nach seiner Ankunft in Santiago verhaftet (**7.11.2005**). Im September 2007 wird er nach Peru ausgeliefert.

Frankreich

Die französische Regierung verhängt nach anhaltenden Jugendkrawallen in der Pariser Banlieue und in anderen Städten den Ausnahmezustand (**8.11.2005**). Mit der Reaktivierung eines entsprechenden Gesetzes von 1955 können Präfekten in den von Unruhen betroffenen Gebieten Ausgangssperren verhängen.

Liberia

In Liberia geht Ellen Johnson Sirleaf als Siegerin aus der Präsidentenwahl hervor (**8.11.2005**). Die ehemalige Finanzministerin ist die erste gewählte Staatschefin Afrikas.

Israel

Überraschend wird Shimon Peres als Vorsitzender der Arbeitspartei abgewählt. Der Gewerkschaftsführer Amir Peretz geht als Sieger aus der Urabstimmung hervor (**9.11.2005**). Die Arbeitspartei kündigt das Regierungsbündnis mit dem Likud-Block auf. Peres tritt aus der Arbeitspartei aus.

Sri Lanka

Der bisherige sri-lankische Ministerpräsident Mahinda Rajapaksa von der linken Sri Lanka Freedom Party geht mit einem Stimmenanteil von knapp über 50 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (**17.11.2005**). Ratnasiri Wickremanayake wird zum zweiten Mal nach 2000 Regierungschef.

Deutschland

Der Deutsche Bundestag wählt Angela Merkel, die Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union (CDU), zur Bundeskanzlerin. Damit wird Deutschland erstmals von einer Frau regiert (**22.11.2005**). Sie bildet eine Grosse Koalition mit den Sozialdemokraten (SPD). Vizekanzler wird Franz Müntefering (SPD) und Aussenminister wird Frank-Walter Steinmeier (SPD).

Israel

Mit Kadima erhält Israel eine neue liberale Zentrumpartei. Parteigründer ist Ariel Sharon, Ministerpräsident und bisheriger Likud-Vorsitzender (**24.11.2005**). Der Kadima schliesst sich auch Shimon Peres, bis vor kurzem Vorsitzender der Arbeitspartei, an.

Liechtenstein

Die Bevölkerung Liechtensteins lehnt mit 81,5 Prozent Nein-Stimmen die Volksinitiative „Für das Leben“ ab. Die Initianten wollten das „Recht auf Leben von der Befruchtung bis zum natürlichen Tod“ in der Verfassung verankern. Der Gegenvorschlag des Landtags wird mit 79,5 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen (**27.11.2005**).

Honduras

In Honduras geht Manuel Zelaya vom Partido Liberal knapp mit einem Stimmenanteil von 49,9 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Im Parlament ist der Partido Liberal zwar stärkste Kraft mit 62 der 128 Sitze, verfügt aber nicht über die absolute Mehrheit (**27.11.2005**).

Kanada

Der kanadische Regierung von Premierminister Paul Martin wird durch einen Misstrauensantrag des Parlaments gestürzt (**28.11.2005**).

Vietnam

Wegen grassierender Korruption beschliesst das vietnamesische Parlament ein Gesetz zur Bekämpfung dieses Missstandes (**29.11.2005**). Eine Antikorruptionsbehörde wird zur Koordinierung der Abwehrmassnahmen eingesetzt.

Venezuela

Bei der Parlamentswahl in Venezuela gewinnt die Partei von Machthaber Hugo Chávez (*Chavez*), das Movimiento Quinta República (MVR), 114 der 167 Mandate. Die Opposition hatte zum Boykott aufgerufen. Die Wahlbeteiligung liegt bei rund 25 Prozent (**4.12.2005**).

Friedensnobelpreis/IAEA

Die Internationale Atomenergieagentur (IAEA) und ihr Generaldirektor Mohammed el-Baradei erhalten den Friedensnobelpreis (**10.12.2005**).

Literaturnobelpreis

Grossbritannien

Der britische Theaterautor Harold Pinter erhält den Literaturnobelpreis (**10.12.2005**).

Tansania

Sieger der Präsidentenwahl in Tansania ist Jakaya Kikwete von der Regierungspartei Chama Cha Mapinduzi (CCM) mit einem Stimmenanteil von rund 80 Prozent (**14.12.2005**).

Bolivien

In Bolivien wird erstmals ein Indigener Staatspräsident. Evo Morales vom Movimiento al Socialismo geht mit einem Stimmenanteil von 53,74 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Im Abgeordnetenhaus hat seine Partei mit 72 der 130 Sitze die absolute Mehrheit (**18.12.2005**).

Tschad/Sudan**Darfur-Konflikt**

Der Darfur-Konflikt im Sudan greift immer mehr auf den Nachbarstaat Tschad über und belastet das Verhältnis zwischen beiden Staaten. Seit 2003 sind Zehntausende Menschen vor dem Darfur-Konflikt nach Tschad geflüchtet. Die Regierung in Tschad erklärt, mit dem Sudan herrsche ein „Zustand der Feindseligkeit“ (**23.12.2005**). Tschad wirft dem Sudan vor, die Rebellen des Front uni pour le changement (FUC) zu unterstützen und der Sudan beschuldigt Tschad, im Darfur-Konflikt dem Justice and Equality Movement/JEM („Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit“) Unterstützung zu gewähren.

2006

Israel

Der israelische Ministerpräsident Ariel Sharon erleidet einen schweren Schlaganfall und fällt ins Koma (**4.1.2006**). Er stirbt nach acht Jahren (11.1.2014). Sharons Nachfolger wird Finanzminister Ehud Olmert, von 1993 bis 2003 Bürgermeister von Jerusalem.

Saudiarabien

Katastrophen/Massenpanik

Bei einer Massenpanik in Mina östlich von Mekka kommen 364 Menschen ums Leben (**12.1.2006**). Die Panik bricht auf einer Brücke aus, als sich dort Zehntausende Pilger an der symbolischen Steinigung des Teufels beteiligen.

Chile

Die Sozialistin Michelle Bachelet geht als Siegerin aus der Stichwahl um das Präsidentenamt in Chile hervor (**15.1.2006**). Die Kandidatin des Mitte-links-Bündnisses Concertación de Partidos por la Democracia erhält 53,50, der Kandidat der rechtskonservativen Alianza por Chile, Sebastián Piñera (*Pinera*), 46,50 Prozent der Stimmen.

Kuwait

Der Emir von Kuwait, Scheich Jaber al-Ahmad al-Sabah, stirbt nach fast 29-jähriger Herrschaft (**15.1.2006**). Sein Nachfolger, Scheich Saad al-Salim al-Sabah, dankt aus gesundheitlichen Gründen nach wenigen Tagen ab. Neuer Emir wird Scheich Sabah al-Ahmad al-Jaber al-Sabah –Sabah IV (29.1.2006).

Kosovo

Kosovo trauert um seinen im Alter von 61 Jahren verstorbenen Präsidenten Ibrahim Rugova (**21.1.2006**). Er war eine Symbolfigur für das Streben nach Unabhängigkeit von Serbien. Sein Nachfolger wird Fatmir Sejdiu.

Portugal

Der frühere portugiesische Ministerpräsident Aníbal Cavaco Silva von der konservativ-liberalen Sozialdemokratischen Partei (Partido Social Democrata/PSD) geht als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (**22.1.2006**). Er erhält einen Stimmenanteil von 50,54 Prozent.

Kanada

In Kanada verliert die bisher regierende Liberal Party die Parlamentswahl (**23.1.2006**). Die Conservative Party wird stärkste Kraft mit 124 (plus 25) Mandaten vor der Liberal Party mit 103 (minus 32) Sitzen. Der Bloc québécois entsendet 51 (minus 3) und die sozialdemokratische New Democratic Party 29 (plus 10) Abgeordnete. Stephen Harper wird neuer Premierminister.

Palästinensische Autonomiegebiete/Palästina

Machtwechsel in den Palästinensergebieten: Die radikal-islamische Hamas geht als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor. Hamas gewinnt 74 der 132 Mandate. Die bisher regierende Fatah büsst ihre führende Rolle ein und erhält 45 Sitze. (**25.1.2006**). Der Hamas-Politiker Ismail Haniya wird Regierungschef.

Ägypten

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Beim Untergang einer ägyptischen Fähre im Roten Meer kommen vermutlich rund 1000 Menschen ums Leben (**3.2.2006**).

Karikaturenstreit/Islam

Dänemark/Libanon/Syrien

Aus Wut über die von der dänischen Zeitung „Jyllands-Posten“ im September 2005 veröffentlichten und von anderen europäischen Medien nachgedruckten Karikaturen des Propheten Mohammed wird vom einflussreichen aus Ägypten stammenden Islamistenführers Yusuf al-Qaradawi ein „Tag des Zorns“ aufgerufen (**3.2.2006**). In zahlreichen islamischen Ländern kommt zu massiven und teilweise auch gewalttätigen Protesten. In Beirut und Damaskus werden die diplomatischen Vertretungen Dänemarks angegriffen (4.2. und 5.2.2006). Die Protestaktionen ziehen sich über Wochen hin und fordern über 100 Tote.

Iran

Der Gouverneursrat der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) übergibt den Atomstreit mit Iran dem UNO-Sicherheitsrat (**4.2.2006**). Teheran beendet darauf seine Zusammenarbeit mit der IAEA und kündigt die Wiederaufnahme der 2004 ausgesetzten Urananreicherung an.

Costa Rica

Zum zweiten Mal nach 1986 geht Óscar Arias Sánchez (*Oscar Arias Sanchez*) vom sozialdemokratischen Partido Liberación Nacional (PLN) als Sieger aus der Präsidentenwahl in Costa Rica hervor, jedoch sehr knapp. Er erhält 40,92 Prozent der Stimmen. Auf 39,80 Prozent Stimmenanteil kommt Ottón Solís Fallas (*Otton Solis Fallas*) vom Mitte-links orientierten Partido de la Acción Ciudadana (PAC). Im Abgeordnetenhaus gewinnt der PLN 25 (plus 8) der 57 Sitze. Zweitstärkste Kraft wird der PAC mit 17 Mandaten (plus 3). Der christdemokratische Partido Unidad

Social Cristiana (PUSC) fällt mit 5 Mandaten (minus 14) auf den vierten Platz zurück und wird knapp vom Movimiento Libertario überholt (**5.2.2006**).

Haiti

Zum zweiten Mal nach 1995 wird René Préval zum Staatsoberhaupt von Haiti gewählt (**7.2.2006**). Er erhält 51,21 Prozent der Stimmen. Seine Partei, Front de l'Espoir, wird stärkste Kraft im Abgeordnetenhaus. Sie gewinnt 21 der 99 Sitze.

Italien

Olympische Spiele

In Turin, der Hauptstadt der italienischen Region Piemont, finden die XX. Olympischen Winterspiele statt (**10.2.2006**).

Sri Lanka

In Genf beginnt eine neue Runde von Friedensgesprächen zwischen der sri-lankischen Regierung und den Tamil Tigers – Liberation Tigers of Tamil Eelam/LTTE (**21.2.2006**). Die Bemühungen scheitern. Die sri-lankische Armee startet neue Offensiven gegen die Tamil Tigers.

Irak

Terroristen verüben einen Sprengstoffanschlag auf die Goldene Moschee in der irakischen Stadt Samarra (**22.2.2006**). Die Moschee, eine der heiligsten Stätten der Schiiten, wird schwer beschädigt. Der Anschlag löst eine Welle der Gewalt gegen Sunniten aus und führt zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Religionsgemeinschaften, der in den Jahren 2006 bis 2008 Zehntausende Tote fordert.

Niederlande

In den Niederlanden gründet der Rechtspopulist Geert Wilders die Partei für Freiheit Partij voor der Vrijheid/PVV (**22.2.2006**).

Uganda

In Uganda finden erstmals seit der Machtübernahme von Yoweri Museveni vor 20 Jahren Mehrparteienwahlen statt (**23.2.2006**). Stärkste Kraft im Parlament ist das National Resistance Movement (NRM) mit 213 der 319 Mandate.

Jugoslawien/Serbien

Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien

Der frühere jugoslawische und serbische Präsident Slobodan Milošević (Milosevic) stirbt in den Niederlanden, im Gefängnis des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien, an Herzversagen (**11.3.2006**).

UNO-Menschenrechtsrat/UNO-Menschenrechtskommission

Aus der bisherigen UNO-Menschenrechtskommission wird der UNO-Menschenrechtsrat. Dies beschliesst die Vollversammlung der Vereinten Nationen (**15.3.2006**).

Benin

Der Investmentbanker Thomas Boni Yayi geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Benin hervor (**19.3.2006**).

Laos

Laos erhält mit Choummaly Sayasone einen neuen Vorsitzenden der allein herrschenden Revolutionären Volkspartei (**21.3.2006**). Am 8 Juni übernimmt er auch das Amt des Staatspräsidenten und ist somit Staats- und Parteichef.

Ukraine

Die erste Parlamentswahl in der Ukraine nach der „Orangen Revolution“ verläuft enttäuschend für deren Akteure. Der Block „Unsere Ukraine“ von Staatspräsident Wiktor Juschtschenko muss sich mit dem dritten Platz (13,95 Prozent Stimmenanteil) begnügen. Stärkste Kraft wird die russisch orientierte Partei der Regionen des ehemaligen Ministerpräsidenten Wiktor Janukowitsch mit einem Stimmenanteil von 32,14 Prozent und 186 Sitzen. Den zweiten Platz erobert der Block Julia Timoschenko mit 22,29 Prozent der Stimmen (**26.3.2006**).

Frankreich

Rund drei Millionen Menschen beteiligen sich in Frankreich an Streiks und Protestkundgebungen gegen den Erstanstellungsvertrag, da der sogenannte CPE keinen Kündigungsschutz für unter 26-Jährige vorsieht (**28.3.2006**). Unter massivem Druck zieht die Regierung das Gesetz zurück.

Israel

Die vor vier Monaten vom damaligen Ministerpräsidenten Ariel Sharon gegründete Zentrumspartei Kadima geht als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor. Sie erobert auf Anhieb 29 der 120 Knesset-Sitze. Die Arbeitspartei bleibt zweitstärkste Kraft mit 19 Sitzen. Der konservative Likud verliert 26 Mandate und ist mit 12 Sitzen gleich stark vertreten wie die orthodoxe Partei Shas (**28.3.2006**).

Jamaika

Mit Portia Simpson-Miller von der linken People's National Party erhält Jamaika erstmals eine Premierministerin (**30.3.2006**). Sie ist Nachfolgerin von P. J. Patterson, der nach 14 Jahren zurücktritt.

Italien

Hauchdünner Sieg für die Mitte-links-Opposition bei den Parlamentswahlen in Italien: Sowohl im Abgeordnetenhaus wie im Senat erreicht das Mitte-links-Bündnis L'Unione von Romano Prodi die Mehrheit (**9. und 10.4.2006**).

- Prodis L'Unione kommt bei der Wahl der Abgeordneten auf 49,81; das Bündnis Casa delle Libertà von Ministerpräsident Silvio Berlusconi auf 49,74 Prozent der Stimmen. Der Mehrheitsbonus verschafft Prodi eine klare Mandatsmehrheit. Er verfügt über 348 Mandate, Berlusconi über 281 Mandate. Prozentual erhält L'Ulivo mit 31,27 die meisten Stimmen, vor Forza Italia mit 23,71 und der Alleanza Nazionale mit 12,34.
- Zum Mitte-links-Bündnis L'Unione gehören u.a. folgende Parteien an: Democratici di Sinistra/DS, Democrazia è Libertà – La Margherita, Popolari-UDEUR, Partito della Rifondazione Comunista/PRC, Partito dei Comunisti Italiani/PdCI, Federazione dei Verdi, Italia dei Valori/IdV und die Allianz Rosa nel Pugno (Socialisti Democratici Italiani/SDI und Radicali Italiani).
- Das Mitte-rechts-Bündnis Casa delle Libertà setzt sich u.a. aus folgenden Parteien zusammen: Forza Italia/FI, Alleanza Nazionale/AN, Unione dei Democratici e di Centro/UDC, Lega Nord – Movimento per L'Autonomia, Nuovo PSI, Partito Repubblicano Italiano/PRI.
- Erstmals können Auslandsitalienerinnen und Auslandsitaliener per Briefwahl eigene Volksvertreter wählen.
- Knapp ist der Wahlausgang im Senat: L'Unione kommt auf 159 und Casa delle Libertà auf 156 Mandate.

Ungarn

Die Sozialistische Partei (MSZP) von Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány (*Gyurcsany*) geht als stärkste Kraft aus den Parlamentswahlen in Ungarn hervor (9.4. und **23.4.2006**). Die Sozialisten gewinnen 186 der 386 Sitze. Die nationalkonservative Partei Fidesz-Ungarischer Bürgerbund (Fidesz-MPSZ) erhält zusammen mit der verbündeten Christlich-Demokratischen Volkspartei (KNDP) 164 Mandate. Drittstärkste Kraft ist der Bund freier Demokraten (SZDSZ) mit 18 Sitzen. Das Ungarische Demokratische Forum (MDF) kehrt mit 11 Sitzen ins Parlament zurück.

Panama/Panamakanal

Der Staatspräsident von Panama, Martín Torrijos, schlägt eine Erweiterung des Panamakanals vor (**24.4.2006**). Das Projekt wird in einer Volksabstimmung gutgeheißen (22.6.2006)

Osttimor (Timor-Leste)/UNO

Osttimor (Timor-Leste) wird von gewalttätigen Unruhen erschüttert. Regierungstreue Truppen liefern sich heftige Kämpfe mit aufständischen Soldaten (**28.4.2006**). Vorwiegend aus dem westlichen Teil des Landes stammende Soldaten lehnen sich gegen angebliche Benachteiligungen auf. Die Unruhen lösen eine Fluchtwelle aus. Eine von Australien geführte International Stabilisation Force (ISF) interveniert. Der UNO-Sicherheitsrat beschließt, die Stabilisierung des Landes durch die United Nations Integrated Mission in Timor-Leste (Unmit) zu unterstützen (25.8.2006). Der Einsatz der Unmit dauert bis Ende 2021.

Bolivien

Der neue bolivianische Präsident Evo Morales verstaatlicht die Erdöl- und Erdgasindustrie (**1.5.2006**).

Italien

Nach langem Zögern erklärt der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi nach der Niederlage seiner Parteienallianz bei den Parlamentswahlen seinen Rücktritt (**2.5.2006**). Berlusconi hatte wegen des knappen Ausgangs eine Nachzählung gefordert.

Italien

Mit dem 80-jährigen Giorgio Napolitano wird erstmals ein ehemaliger kommunistischer Politiker zum neuen italienischen Staatspräsidenten gewählt (**10.5.2006**).

Dominikanische Republik

Neues Kräfteverhältnis im Abgeordnetenhaus der Dominikanischen Republik (**16.5.2006**). Der Bloque Progresista unter Führung des Partido de la Liberación Dominicana (PLD) gewinnt 96 der 178 Sitze und wird damit stärkste Kraft vor der Alianza Rosada unter Führung des Partido Revolucionario Dominicano (PRD) mit 88 Mandaten. Seit 1994 war der Partido Revolucionario Dominicano die führende Kraft. Der Partido de la Liberación Dominicana (PLD) bleibt bis zu den Wahlen von 2020 stärkste Kraft im Abgeordnetenhaus.

Italien

Romano Prodi, dessen Mitte-links-Bündnis L'Unione siegreich aus den Parlamentswahlen in Italien hervorging, wird rund siebeneinhalb Jahre nach seinem Rücktritt erneut Ministerpräsident (**17.5.2006**). In der Regierung von Prodi sind u.a. folgende Parteien vertreten: Democratici di Sinistra/DS, Democrazia è Libertà/DL – La Margherita, Popolari-UDEUR, Partito della Rifondazione Comunista/PRC, Partito dei Comunisti Italiani/PdCI, Federazione dei Verdi, Italia dei Valori/IdV und die Allianz Rosa nel Pugno (Socialisti Democratici Italiani/SDI und Radicali Italiani).

Irak

Nuri al-Maliki von der schiitischen Dawa-Partei wird neuer irakischer Regierungschef (20.5.2006).

Bundesrepublik Serbien und Montenegro

Montenegro trennt sich von Serbien. In einer Volksabstimmung befürworten 55,5 Prozent die Unabhängigkeit (21.5.2006).

Indonesien

Katastrophen/Erdbeben

Ein Erdbeben auf der indonesischen Insel Java fordert über 6000 Tote (27.5.2006).

Kolumbien

Álvaro Uribe vom konservativen Bündnis Primero Colombia gewinnt zum zweiten Mal nach 2002 die Präsidentenwahl in Kolumbien (28.5.2006). Er erhält 62,35 Prozent der Stimmen. Die Wiederwahl wurde 2005 durch eine Verfassungsänderung ermöglicht.

Sri Lanka/EU

Die Europäische Union setzt die Tamil Tigers – Liberation Tigers of Tamil Eelam/LTTE – auf die Liste terroristischer Organisationen (30.5.2006).

Litauen

Der litauische Ministerpräsident Agirdas Brazauskas reicht wegen Unstimmigkeiten in seiner Regierung den Rücktritt ein (1.6.2006). Sein Nachfolger wird Gediminas Kirkilas. Auch er gehört wie Brazauskas der Sozialdemokratischen Partei an.

Bundesrepublik Serbien und Montenegro

Montenegro

Das Parlament Montenegros proklamiert offiziell die Unabhängigkeit des Landes (3.6.2006). Damit endet die dreijährige Ära der Bundesrepublik Serbien und Montenegro. Serbien und Montenegro gehen als unabhängige Staaten ihre eigenen Wege.

- Serbien übernimmt die Rechtsnachfolge des Staatenbundes Serbien und Montenegro. Staatspräsident von Serbien ist Boris Tadić (Tadic); Ministerpräsident ist der frühere jugoslawische Staatschef Vojislav Koštunica (Kostunica).
- Staatschef von Montenegro ist Filip Vujanović (Vujanovic); Ministerpräsident ist Milo Djukanović (Djukanovic). Beide vertreten die Demokratische Partei der Sozialisten. Djukanović, der „starke Mann“ Montenegros, war schon vor der Unabhängigkeit zwei Mal Regierungschef (1991 bis 1998 und 2002 bis 2006) sowie Präsident (1998 bis 2002) der Teilrepublik Montenegro.

Tschechien

In Tschechien kehrt die konservative Demokratische Bürgerpartei (ODS) nach achtjährigem Unterbruch an die Macht zurück. Sie geht als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl (2.6./3.6.2006) hervor. Die bisher regierenden Sozialdemokraten von Ministerpräsident Jiří Paroubek müssen in die Opposition. Die Demokratische Bürgerpartei gewinnt 81 der 200 Sitze des Abgeordnetenhauses. Die Sozialdemokratische Partei (ČSSD) ist mit 74 Abgeordneten vertreten. Es folgen die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM) mit 26 und die Christliche und Demokratische Union (KDU-ČSL) mit 13 Sitzen. Nicht mehr vertreten ist die Freiheitsunion.

Peru

Zum zweiten Mal nach 1985 gewinnt in Peru der Linkspopulist Alan García (Garcia) von der Apristenpartei (Apra) die Präsidentenwahl (4.6.2006). In der Stichwahl erhält García 52,63 Prozent der Stimmen. Sein Konkurrent Ollanta Moisés Humala von der nationalistischen Partei Unión por el Perú erhält 47,37 Prozent. Im Abgeordnetenhaus ist die Unión por el Perú mit 45 der 120 Mandate die stärkste Kraft.

Somalia

Milizen der „Union islamischer Gerichte“ erobern die somalische Hauptstadt Mogadiscio (5.6.2006) sowie andere Gebiete Somalias. Der Anführer der „Union islamischer Gerichte“, Scheich Hassan Dahir Aweys, erklärt die Scharia als alleinige Gesetzgebung.

Irak

al-Qaida

Einer der meistgesuchten Terroristen, der Jordanier Abu Mussab al-Zarkawi, Führer der Extremistenorganisation al-Qaida im Irak, kommt bei einem US-Luftangriff im Irak ums Leben (7.6.2006).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der österreichisch-ungarische Komponist György Sándor Ligeti stirbt im Alter von 83 Jahren (12.6.2006).

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt die Aargauer Nationalrätin Doris Leuthard, Präsidentin der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP), zur neuen Bundesrätin (14.6.2006). Sie ist Nachfolgerin von Bundesrat Joseph Deiss.

Slowakei

Die bisherigen Regierungsparteien – die liberal-konservative Slowakische Demokratische Christliche Union - Demokratische Partei (SDKU-DS) von Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda, die Partei der ungarischen Gemeinschaft (SMK-MKP), die Christlich-Demokratische Bewegung (KDH) und die Allianz des neuen Bürgers (ANO) – verlieren bei der Parlamentswahl ihre Mehrheit (**17.6.2006**). Stärkste Kraft wird die linkspopulistische sozialdemokratische Partei Smer-SD. Sie gewinnt 50 Mandate. An zweiter Stelle liegt die liberal-konservative SDKU-DS mit 31 Mandaten.

Der Smer-SD-Vorsitzende Robert Fico wird neuer Ministerpräsident (4.7.2006).

Spanien/Katalonien

Katalonien erhält ein neues Autonomiestatut. Die Bevölkerung Kataloniens stimmt dem Statut mit 73,9 Prozent Ja-Stimmen zu. Die Stimmbeteiligung liegt jedoch nur bei 49 Prozent (**18.6.2006**).

Italien

In Italien wird die vom früheren Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi angeregte Verfassungsreform in einer Volksabstimmung mit fast 62 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt (**25. und 26.6.2006**). Geplant waren eine Stärkung der Kompetenzen des Ministerpräsidenten sowie eine Ausweitung der Befugnisse der Regionen.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Gazastreifen

Israel regiert auf die Verschleppung eines Soldaten durch palästinensische Extremisten mit einer militärischen Offensive im Gazastreifen (**28.6.2006**). Zahlreiche Hamas-Politiker werden festgenommen.

Mexiko

Umstrittene Präsidentenwahl in Mexiko (**2.7.2006**). Felipe Calderón (*Calderon*) vom konservativen Partido Acción Nacional (PAN) geht knapp als Sieger aus dem Duell mit Andrés Manuel López Obrador (*Lopez Obrador*) vom sozialdemokratischen Partido de la Revolución Democrática (PRD) hervor. Calderón erhält 36,60 Prozent der Stimmen; sein Rivale 36,09. Die linke Opposition erhebt Betrugsvorwürfe. Es kommt zu zahlreichen Protestkundgebungen. Das Wahlgericht anerkennt jedoch das Wahlergebnis.

Im Parlament (Cámara de Diputados) ist der konservative Partido de la Revolución Democrática (PRD) mit 206 der 500 Mandate stärkste Kraft vor dem Linksbündnis Coalición por el Bien de Todos (CBT) mit 158 Sitzen.

Bolivien

Bolivien soll eine neue Verfassung erhalten. Die Bevölkerung wählt eine Verfassungsgebende Versammlung (**2.7.2006**).

Mazedonien

Machtwechsel in Mazedonien: Siegerin der Parlamentswahl ist das von der nationalkonservativen Partei VMRO-DPMNE angeführte Parteienbündnis für ein besseres Mazedonien mit 45 Sitzen. Das von der Sozialdemokratischen Liga (SDMS) geleitete Bündnis Gemeinsam für Mazedonien von Ministerpräsident Vlado Bučkovski (*Buckovski*) verliert fast die Hälfte ihrer Sitze und stellt noch 32 Abgeordnete (**6.7. und 19.7.2006**).

Indien

Bei einer Anschlagserie auf Vorortzüge in der indischen Stadt Mumbai (Bombay) kommen über 180 Menschen ums Leben (**11.7.2006**).

Nahost-Konflikt

Konflikt Israel-Libanon-Hizbullah

Zweiter Libanonkrieg

Libanesisches Hizbullah-Milizen überfallen einen israelischen Grenzposten und entführen zwei Soldaten. Israel spricht von einem „Kriegsakt“ (**12.7.2006**). Am Tag darauf bombardiert die israelische Luftwaffe den Flughafen von Beirut sowie schiitische Vororte der libanesischen Hauptstadt und verhängt eine Seeblockade. Die Situation eskaliert von Tag und Tag. Die Hizbullah beschiesst Ortschaften im Norden Israels mit Katjuscha-Raketen. Die israelischen Luftangriffe lösen in Libanon eine Fluchtelle aus. Etwa eine Million Menschen sind auf der Flucht. Die israelische Armee lanciert eine Bodenoffensive in Südlibanon.

Polen

In Polen übernimmt Jarosław Kaczyński (*Kaczynski*), Vorsitzender der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS), das Amt des Regierungschefs (**14.7.2006**). Damit besetzen Zwillingsbrüder die ranghöchsten Ämter: Lech Kaczyński ist Staatschef und Jarosław Kaczyński Ministerpräsident.

Kongo-Kinshasa

In Kongo-Kinshasa finden die ersten freien Wahlen seit März/April 1965 statt (**30.7.2006**). Bei der Präsidentenwahl erreichen weder der amtierende Staatschef Joseph Kabila noch sein stärkster Herausforderer Jean-Pierre Bemba vom Mouvement de Libération Congolais (MLC) das absolute Mehr. Die Stichwahl gewinnt Kabila (**29.10.2006**). Im Parlament wird der Parti du Peuple pour la Reconstruction et la Démocratie (PPRD) stärkste politische Kraft.

Ukraine

Zurück auf den Posten des ukrainischen Regierungschefs: Wiktor Janukowitsch von der Partei der Regionen wird nach einem Unterbruch von eineinhalb Jahren wieder Ministerpräsident (**4.8.2006**).

Grossbritannien

Die britische Polizei verhindert eine Serie von Bombenanschlägen auf die Zivilluftfahrt über dem Atlantik. Der Terroralarm und rigorose zusätzliche Sicherheitsmassnahmen lösen auf dem Londoner Flughafen Heathrow ein Chaos aus (**10.8.2006**).

Nahost-Konflikt

Konflikt Israel-Libanon-Hizbullah

Zweiter Libanonkrieg

Nach 33 Tagen kriegesischer Auseinandersetzung zwischen Israel und der libanesischen Hizbullah tritt eine Waffenruhe in Kraft (**14.8.2006**). Der Konflikt forderte mindestens 1200 Tote in Libanon und etwa 150 Tote in Israel.

Österreich

Über acht Jahre nach ihrer Entführung entkommt die inzwischen 18-jährige Österreicherin Natascha Kampusch ihrem Kidnapper (**23.8.2006**). Sie war in der Nähe von Wien auf dem Weg zur Schule verschleppt worden.

Mazedonien

Neuer Regierungschef in Mazedonien: Nikola Gruevski von der nationalkonservativen Partei VMRO-DPMNE übernimmt die Führung der Regierung (27.8.2006). Er bleibt neuneinhalb Jahre an der Macht.

Iran

UNO

Iran geht auf die Forderung des UNO-Sicherheitsrates, die Urananreicherung einzustellen, nicht ein (**30.8.2006**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der ägyptische Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger Nagib Mahfuz stirbt im Alter von 94 Jahren (**30.8.2006**). Er war der erste arabischsprachige Autor, der mit dem Literaturnobelpreis geehrt wurde.

Tschechien

Mirek Topolánek (Topolanek) von der konservativen Demokratischen Bürgerpartei (ODS) wird neuer tschechischer Ministerpräsident (**4.9.2006**). Die Regierungsbildung erweist sich als schwierig. Erst im Januar 2007 erhält seine Koalitionsregierung – dem Bündnis gehören neben der Demokratischen Bürgerpartei die Christliche und Demokratische Union (KDU-ČSL) und die Grünen (SZ) an – das Vertrauen des Parlaments.

USA

US-Präsident George W. Bush gibt erstmals öffentlich die Existenz von geheimen CIA-Gefängnissen zu (**6.9.2006**).

Montenegro

Aus der ersten Parlamentswahl in Montenegro seit der Unabhängigkeit geht die Koalition für ein europäisches Montenegro als Siegerin hervor. Die Koalition wird von der Demokratischen Partei der Sozialisten von Ministerpräsident Milo Djukanović (*Djukanovic*) dominiert. Das Bündnis gewinnt 41 der 81 Sitze. Zweitstärkste Kraft wird die Serbische Liste mit 12 Mandaten (**10.9.2006**).

Tonga

Der König von Tonga, Tupou IV, stirbt nach fast 41-jähriger Herrschaft im Alter von 88 Jahren (**10.9.2006**). Nachfolger als König Tupou V. wird sein Sohn, Kronprinz Siaosi.

Gibraltar//Grossbritannien/Spanien

Der spanische Aussenminister, der britische Europaminister und der Chief Minister von Gibraltar schliessen in Córdoba ein Kooperationsabkommen, das unter anderem den Flugverkehr und die Telefonverbindungen regelt (**18.9.2006**).

Schweden

Machtwechsel in Schweden nach zwölf Jahren (**17.9.2006**): Die Sozialdemokraten müssen bei der Reichstagswahl hohe Verluste in Kauf nehmen. Ihr Stimmenanteil geht um rund 5 Prozentpunkte zurück und liegt bei 34,99 Prozent. Die in der Allianz für Schweden kooperierenden bürgerlichen Parteien (Moderate Sammlungspartei, Zentrumspar- tei, Volkspartei-Die Liberalen und Christdemokraten) gewinnen 178 der 349 Sitze und damit sieben Sitze mehr als die Rotgrünen (Sozialdemokraten, Linkspartei und Grüne). Mit 130 Mandaten (minus 14) bleiben die Sozialdemokraten stärkste Partei. Die zweitstärkste Kraft, die Moderate Sammlungspartei, gewinnt 42 Sitze hinzu und entsendet 97 Abgeordnete in den neuen Reichstag. Die drittplatzierte Zentrumspar- tei erhält 29 (plus 7) Mandate. Die Volkspartei-Die Liberalen verliert 20 Mandate und hat noch 28 Sitze. Die von der Linkspartei und den Grünen unterstützte sozialdemokratische Minderheitsregierung unter Göran Persson tritt zurück.

Transnistrien/Moldau/Russland

Die Bevölkerung von Transnistrien (Pridnestrowische Moldauische Republik) spricht sich mit 97 Prozent Ja-Stimmen für einen künftigen Anschluss an Russland aus. Eine Wiedervereinigung mit der Republik Moldau wird abgelehnt (**17.9.2006**). Transnistrien hatte sich 1991 einseitig von der Republik Moldau abgespalten.

Ungarn

Vor dem Parlamentsgebäude in Budapest fordern Tausende Demonstranten den Rücktritt des ungarischen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány (*Gyurcsany*) (**18.9.2006**). In den folgenden Tagen kommt es in Budapest zu schweren Ausschreitungen. Auslöser der Proteste ist die Veröffentlichung einer parteiinternen Rede des Regierungschefs, in der dieser einräumt, das Volk belogen zu haben, um die Parlamentswahlen zu gewinnen.

Thailand

Umsturz in Thailand (**19.9.2006**): Nach Massenprotesten der People's Alliance for Democracy, der sogenannten Gelbhemden, gegen Ministerpräsident Thaksin Sinawatra, ergreift die Armee die Macht. Die Verfassung wird ausser Kraft gesetzt. Es herrscht Kriegsrecht. Mit der Machtübernahme erlebt Thailand den 18. Putsch oder Putschversuch seit dem Übergang von der absoluten zur konstitutionellen Monarchie im Jahr 1932.

Die Gelbhemden, deren Anhänger vor allem der urbanen konservativen Mittelschicht angehören, werfen Thaksin Sinawatra, der über fünf Jahre das Land regierte, Machtmissbrauch vor. Der ehemalige Armeekommandierende Surayud Chulanont übernimmt die Führung der Regierung.

Estland

Der Sozialdemokrat Toomas Hendrik Ilves wird zum neuen Staatspräsidenten Estlands gewählt (**23.9.2006**).

Japan

Wechsel an der Spitze der japanischen Regierung: Nach fünfeinhalbjähriger Amtszeit als Ministerpräsident, der drittlängsten der Nachkriegsgeschichte, übergibt Regierungschef Koizumi Junichiro seinen Posten sowie den Vorsitz der regierenden Liberaldemokratischen Partei an Abe Shinzo (**26.9.2006**). Koizumis Rücktritt erfolgt wegen der Amtszeitbegrenzung als Vorsitzender der Liberaldemokratischen Partei. Abe Shinzo ist mit 52 Jahren der jüngste Premierminister seit Kriegsende. Er regiert zusammen mit der Komeito (Gerechtigkeitspartei).

Österreich

In Österreich gehen die oppositionellen Sozialdemokraten (SPÖ) trotz leichtem Stimmenverlust als Sieger aus der Parlamentswahl hervor (**1.10.2006**). Hohe Verluste muss die konservative Volkspartei von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel in Kauf nehmen. Erstmals ist das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) im Nationalrat vertreten. Mit einem Stimmenanteil von 35,34 Prozent (minus 1,17 Prozentpunkte) und 68 Sitzen (minus 1) ist die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) wieder stärkste Partei. Noch 66 Mandate (minus 13) hat die Volkspartei, bei einem Stimmenanteil von 34,33 Prozent (minus 7,97 Prozentpunkte). Erstmals landen die Grünen auf dem dritten Platz mit 21 Sitzen und einem knapp höheren Stimmenanteil als die Freiheitliche Partei (FPÖ). Das 2005 von der FPÖ abgespaltene Bündnis Zukunft Österreich entsendet auf Anhieb 7 Abgeordnete. Der neue Nationalrat setzt sich wie folgt zusammen: SPÖ: 68 (plus 1), ÖVP: 66 (minus 13), Grüne: 21 (plus 4), FPÖ: 21 (plus 3), BZÖ: 7 (plus 7).

Bosnien und Herzegowina/Föderation Bosnien und Herzegowina/Republika Srpska

Wahlen in Bosnien und Herzegowina sowie in den beiden Entitäten, der Föderation Bosnien und Herzegowina und der Republika Srpska (**1.10.2006**).

Ins Staatspräsidium des Gesamtstaates gewählt werden: der Bosniake Haris Silajdžić (*Silajdzic*) von der Partei für Bosnien und Herzegowina (SBiH), der Kroat Željko Komšić (*Komsic*) von der multiethnischen Sozialdemokratischen Partei (SDP) und der Serbe Nebojša Radmanović (*Radmanovic*) vom Bund der unabhängigen Sozialdemokraten (SNSD). Stärkste Kraft im 42 Mandate zählenden Parlament des Gesamtstaates ist die bosniakische Partei der Demokratischen Aktion (SDA) mit 9 Mandaten vor der bosniakischen Partei für Bosnien und Herzegowina (SBiH) mit 8 Sitzen und dem (serbischen) Bund der unabhängigen Sozialdemokraten (SNSD) mit 7 Mandaten.

Wahlen finden auch in den beiden Entitäten des Gesamtstaates – der Föderation Bosnien und Herzegowina sowie der Serbischen Republik (Republika Srpska) – statt. In der Republika Srpska wird Präsident Dragan Čavić (*Cavic*) abgewählt. Sieger der Präsidentenwahl ist Milan Jelić (*Jelic*) vom Bund der unabhängigen Sozialdemokraten (SNSD).

Schweden

Schweden hat wieder eine bürgerliche Regierung: Fredrik Reinfeldt von der Moderaten Sammlungspartei bildet eine Koalition mit der Parteien der Allianz für Schweden (**6.10.2006**).

Lettland

Die konservative Volkspartei geht als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl in Lettland hervor (**7.10.2006**). Sie gewinnt 23 der 100 Sitze. Je 18 Mandate erhalten das Bündnis der Grünen und Bauern und die liberal-konservative Partei Neue Ära. Viertstärkste Fraktion wird das sozialdemokratische Zentrum der Harmonie mit 17 Mandaten.

Korea (Nordkorea)

UNO

Nordkorea führt nach eigenen Angaben einen Atomwaffentest durch (**9.10.2006**). Der UNO-Sicherheitsrat fordert von Nordkorea die Vernichtung all seiner Kernwaffen, Vernichtungswaffen sowie ballistischer Raketen und verhängt eine Reihe wirtschaftlicher Sanktionen (14.10.2006)

Ruanda/Frankreich

Ruanda bricht die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich ab (11.10.2006). Anlass zu diesem Schritt sind internationale Haftbefehle gegen ruandische Regierungsmitglieder wegen des Anschlags auf den ruandischen Staatschef Juvénal Habyarimana am 6. April 1994. Die diplomatischen Beziehungen werden nach drei Jahren wieder aufgenommen.

UNO

Korea (Südkorea)

Der südkoreanische Außenminister Ban Ki Moon wird zum neuen UNO-Generalsekretär gewählt (**13.10.2006**).

Peru

Der peruanische Rebellenführer Abimael Guzmán (*Guzman*), Gründer der maoistischen Guerillagruppe Sendero Luminoso, wird zu lebenslanger Haft verurteilt (**14.10.2006**).

Irak

„Islamischer Staat im Irak“ (ISI)

In der irakischen Provinz Anbar schliessen sich islamistische Extremistengruppierungen – unter ihnen al-Qaida im Irak – zur Dachorganisation „Islamischer Staat im Irak“ – ISI – zusammen (**15.10.2006**).

Irak

Der frühere irakische Machthaber Saddam Hussein wird wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit zum Tod durch den Strang verurteilt (5.11.2006). Er wird am 30. Dezember hingerichtet.

Nicaragua

16 Jahre nach seiner Abwahl kehrt Daniel Ortega vom Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) an die Macht zurück. Er gewinnt die Präsidentenwahl mit einem Stimmenanteil von 38,07 Prozent (**5.11.2006**). Eine Gesetzesänderung ermöglichte den Sieg mit 35 Prozent Stimmenanteil bei 5 Prozent Vorsprung vor dem nächsten Bewerber. Eduardo Montealegre von der konservativen Alianza Liberal Nicaragüense (ALN) erhält 29 Prozent und José Rizo Castellón (*Castellon*) vom bisher regierenden Partido Liberal Constitucional (PLC) 26,21 Prozent. Im neuen Parlament verfügt der FSLN mit 38 der 90 Mandate über die meisten Sitze, jedoch nicht über die absolute Mehrheit. Der PLC hat nur noch 25 Mandate (minus 27). Zum Meinungsumschwung tragen die steigende Unzufriedenheit bei der verarmten Bevölkerung und die Uneinigkeit im bürgerlichen Lager bei.

USA

Schlappe für die Republikaner bei den Kongresswahlen (Midterm-Wahlen) in den USA. Nach zwölf Jahren erobern die Demokraten sowohl im Repräsentantenhaus wie auch im Senat die Mehrheit zurück (**7.11.2006**). Im Senat haben die Demokraten und die Republikaner je 49 Mandate, doch sind die Demokraten dank der Unterstützung der beiden unabhängigen Senatoren die führende Kraft. Die neue Sitzverteilung im Senat: Demokraten: 49 (plus 5), Republikaner: 49 (minus 6), Unabhängige: 2 (plus 1). Im Repräsentantenhaus sind die Demokraten mit 233 (plus 31) und die Republikaner mit 202 Abgeordneten (minus 30) vertreten. Die Unabhängigen verlieren ihren Sitz.

Montenegro

Wechsel an der Spitze der montenegrinischen Regierung (**14.11.2006**). Ministerpräsident Milo Djukanović (*Djukanovic*) übergibt sein Amt an Željko Šturanović (*Sturanovic*). Wie sein Vorgänger vertritt Šturanović die regierende Demokratische Partei der Sozialisten. Djukanović bleibt der „starke Mann“ Montenegros. Er übernimmt vom Februar 2008 bis Dezember 2010 und vom Dezember 2012 bis November 2016 wieder die Führung der Regierung.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Milton Friedman stirbt im Alter von 94 Jahren (**16.11.2006**).

Tonga/Australien/Neuseeland

Nach schweren Unruhen verhängt die Regierung des südpazifischen Königreichs Tonga den Ausnahmezustand (**17.11.2006**). Kundgebungen für mehr Demokratie münden in der Hauptstadt Nuku'alofa in Gewalttätigkeiten. Häuser werden in Brand gesetzt, Geschäfte geplündert. Australien und Neuseeland entsenden Sicherheitskräfte zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Regisseur Robert Altman stirbt im Alter von 81 Jahren (**20.11.2006**).

Nepal

Friedensabkommen in Nepal: Nach zehn Jahre dauerndem Aufstand unterzeichnen Ministerpräsident Girija Prasad Koirala und der maoistische Rebellenführer Pushpa Kamal Dahal, genannt Prachanda, durch Vermittlung der UNO ein Friedensabkommen. Die Vereinbarung sieht die Beteiligung der Maoisten an der Regierung und die Entwaffnung der Guerillas vor (**21.11.2006**). Für 2007 ist die Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung vorgesehen. Der Krieg hatte schätzungsweise 17 000 Tote gefordert.

Niederlande

Bei der Parlamentswahl in den Niederlanden behaupten die Christdemokraten (Christlich-Demokratischer Appell/Christen Democratisch Appèl – CDA) von Ministerpräsident Jan Peter Balkenende trotz drei Sitzverlusten ihre Führungsrolle. Sie gewinnen mit 41 der 150 Mandate der Zweiten Kammer. Zweitstärkste Kraft ist die sozialdemokratische Partei der Arbeit (Partij van de Arbeid/PvdA) mit 33 Mandaten (minus 9). Erfolgreich ist die Socialistische Partij (SP): Sie gewinnt 16 Mandate hinzu und bildet mit 25 Sitzen die drittstärkste Fraktion. Die Sozialisten überholen die rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD), die 22 Mandate erhält (minus 6). Die neue rechtspopulistische Partei für Freiheit (Partij voor de Vrijheid/PVV) von Geert Wilders zieht mit neun Angeordneten ins Parlament ein (**22.11.2006**).

Grossbritannien/Russland

Der frühere russische Geheimagent Alexander Litwinenko stirbt in einem Londoner Spital an einer Vergiftung durch radioaktives Polonium (**23.11.2006**). Nach Ansicht einer britischen Untersuchungskommission wurde Litwinenko, der sich im Jahr 2000 nach Grossbritannien absetzte und für den britischen Geheimdienst tätig war, vom russischen Geheimdienst ermordet.

Kongo-Kinshasa

Kongokriege/Kivukrieg

In der ostkongolesischen Region Kivu spitzt sich der seit 2004 schwelende Konflikt zwischen der Regierungsarmee und der Rebellengruppe Congrès National pour la Défense du Peuple (CNDP) des abtrünnigen Tutsi-Generals Laurent Nkunda zu. Rebellen des CNDP starten eine Offensive gegen die Regierungsarmee (**25.11.2006**). Zehntausende Menschen werden in die Flucht getrieben. Nkunda und seinen Rebellen werden schwere Kriegsverbrechen vorgeworfen. Der Kivukrieg (auch Dritter Kongokrieg genannt) ist mit wirtschaftlichen Interessen verknüpft. Es geht um die Kontrolle der an Bodenschätzen (Gold, Diamanten, Platin und Coltan) reichen Region.

EU

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen das „Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas“ mit 53,4 Prozent Ja-Stimmen gut (**26.11.2006**). Das Osthilfegesetz schafft die Rechtsgrundlage für die Finanzierung von Projekten zur Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen EU-Mitgliedsstaaten im Umfang von einer Milliarde Franken (Kohäsionsmilliarde).

Ecuador

In Ecuador geht der linke Politiker und Ökonom Rafael Correa, unterstützt vom Movimiento Alianza PAIS (Patria Altiva i Soberana), mit einem Stimmenanteil von 56,67 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor (**26.11.2006**). Sein Konkurrent, der konservative Unternehmer Alvaro Noboa Pontón (*Alvaro Noboa Ponton*) vom Partido Renovador Institucional Acción Nacional (Prian) erhält 43,33 Prozent und verliert damit zum dritten Mal das Rennen um das Präsidentenamt. Bei der Parlamentswahl am 15.10.2006 hatte Noboas Partei als stärkste Kraft 26 der 100 Mandate gewonnen.

Rafael Correa bleibt bis im Mai 2017 Staatchef.

Kanada/Quebec

Die Provinz Quebec wird vom kanadischen Parlament als „Nation innerhalb eines geeinten Kanadas“ anerkannt (**27.11.2006**).

Venezuela

Venezuelas Machthaber Hugo Chávez (*Chavez*) gewinnt die Präsidentenwahl mit einem Stimmenanteil von 62,85 Prozent. Sein Konkurrent Manuel Rosales von der Mitte-links-Partei Nuevo Tiempo erhält 36,91 Prozent (**3.12.2006**).

Paraguay

Der ehemalige paraguayische Staatspräsident Luis Ángel González Macchi (*Gonzalez Macchi*) wird wegen Korruption zu acht Jahren Gefängnis verurteilt (**4.12.2006**).

Fidschi

Vierter Staatsstreich binnen 20 Jahren im Inselstaat Fidschi: Nach monatelangem Machtkampf wird Premierminister Laisenia Qarase von der Armee unter Führung von Frank Bainimarama, Oberkommandierender der Streitkräfte, entmachtet (**5.12.2006**). Nach einer kurzen Übergangsfrist übernimmt Bainimarama die Führung der Regierung (5.1.2007). Er bleibt 16 Jahre an der Macht.

Bhutan

Der König von Bhutan, Jigme Singye Wangchuck verkündet seine Abdankung (**9.12.2006**). Die Nachfolge tritt sein Sohn Jigme Khesar Namgyel Wangchuck an. Die Krönung des neuen Monarchen findet am 6. November 2008 statt.

Friedensnobelpreis/Bangladesh

Der Wirtschaftswissenschaftler Mohammad Yunus aus Bangladesh – bekannt als „Bankier für die Armen“ – und seine Grameen Bank werden mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.2006**).

Literaturnobelpreis

Türkei

Der türkische Schriftsteller Orhan Pamuk wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.2006**).

Chile

Der ehemalige chilenische Machthaber Augusto Pinochet stirbt 91-jährig (**10.12.2006**). Staatspräsidentin Michelle Bachelet verweigert Pinochet wegen der Verbrechen während der Militärdiktatur ein Staatsbegräbnis.

Turkmenistan

Der Machthaber von Turkmenistan, Saparmurat Nijasow, der sich selbst Turkmenbashi (Vater aller Turkmenen) nennt, stirbt im Alter von 66 Jahren (**21.12.2006**). Er war seit 1985 an der Macht, zunächst als KP-Chef und nach der Unabhängigkeit im Oktober 1991 als autoritäres Staatsoberhaupt mit bizarrem Personenkult. Sein Nachfolger wird der bisherige Vizepräsident Gurbanguly Berdimuhamedow. Er setzt den Personenkult seines Vorgängers fort und nennt sich Arkadag (Beschützer).

Iran

UNO

Im Atomstreit mit Iran verhängt der UNO-Sicherheitsrat erstmals wirtschafts- und finanzpolitische Sanktionen gegen das Land (23.12.2006). Die Resolution untersagt die Lieferung von nuklearen Materialien und Technologien an Iran, um zu verhindern, dass Teheran sein Atom- und Raketenprogramm weiter ausbauen kann.

Somalia/Äthiopien/USA

Äthiopien greift mit Billigung der USA militärisch in den Machtkampf in Somalia ein und erklärt der „Union islamischer Gerichte“ den Krieg (**24.12.2006**). Äthiopische Truppen vertreiben die Milizen der „Union islamischer Gerichte“ aus Mogadiscio und aus weiten Teilen des Südens. Massiven Widerstand gegen die Äthiopier leisten die Milizen von al-Shabab, der Jugendorganisation der „Union Islamischer Gerichte“.

Nigeria

Katastrophen/Explosionskatastrophen/Pipelinekatastrophen

Eine verheerende Pipeline-Explosion fordert in einem Vorort der nigerianischen Metropole Lagos vermutlich über 250 Tote. Offizielle Angaben über die Opferzahlen liegen nicht vor (**26.12.2006**). Die Pipeline war illegal angezapft worden.

2007

EU

Bulgarien/Rumänien

Bulgarien und Rumänien werden Mitglieder der Europäischen Union (EU). Die Europäische Union zählt neu 27 Mitglieder (**1.1.2007**).

EU/Euro/Euro-Zone

Slowenien

Slowenien führt den Euro ein. Damit gehören 13 Staaten der Euro-Zone an (**1.1.2007**).

USA/iPhone

Steve Jobs, Chef und Gründer des US-Computerunternehmens Apple, präsentiert das iPhone: eine Kombination aus Telefon, Multimediagerät, Touchscreen und Internetanschluss. Das iPhone wird zum Verkaufsschlager und verändert die Kommunikationsgewohnheiten (**9.1.2007**).

Somalia/USA

Die US-Luftwaffe greift im Süden Somalias vermutete Stellungen der Terrororganisation al-Qaida an (**10.1.2007**).

Irak/USA

US-Truppenaufstockung (surge) im Irak: US-Präsident George W. Bush beschliesst, 20 000 zusätzliche Soldaten in den Irak zu entsenden (**10.1.2007**). Damit steigt die US-Truppenpräsenz im Irak auf rund 152 000 Soldaten. Zur Strategie der USA gehört die Unterstützung des Kampfes sunnitischer Stammesmilizen – der Sahwa-Milizionäre – gegen al-Qaida.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der italienische Filmproduzent Carlo Ponti stirbt im Alter von 94 Jahren (**10.1.2007**).

Österreich

Der Sozialdemokrat Alfred Gusenbauer wird neuer österreichischer Bundeskanzler (**11.1.2007**). Er ersetzt Wolfgang Schüssel, dessen konservative Volkspartei (ÖVP) bei der Parlamentswahl am 1. Oktober 2006 hohe Verluste erlitten hatte. Gusenbauer bildet eine Grosse Koalition mit der ÖVP.

Serbien

In Serbien finden die ersten Parlamentswahlen seit der Abspaltung Montenegros statt. Die ultranationalistische Radikale Partei von Vojislav Šešelj (*Seselj*) geht zwar mit einem Stimmenanteil von 28,5 Prozent als stärkste Partei aus den Wahlen hervor, doch das sogenannte Demokratische Lager erreicht mit 146 Sitzen die absolute Mehrheit der 250 Mandate (**21.1.2007**) und bildet Mitte Mai eine Koalitionsregierung unter Führung des bisherigen Ministerpräsidenten Vojislav Koštunica (*Kostunica*).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der französische Armenpriester Abbé Pierre stirbt im Alter von 94 Jahren (**22.1.2007**).

Russland/Nato/USA

In einer aufsehenerregenden Rede an der Münchner Sicherheitskonferenz bezeichnet der russische Präsident Wladimir Putin eine monopolare Welt (USA als einzige Weltmacht) als „unannehmbar“, bezeichnet die Nato-Osterweiterung „als provozierenden Faktor, der das Niveau des gegenseitigen Vertrauens senkt“ und kritisiert die Nato-Pläne für ein Raketenabwehrsystem in Osteuropa (**9.2.2007**).

Portugal

Im zweiten Anlauf heisst die Bevölkerung Portugals die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs mit einem Ja-Stimmanteil von 59,24 Prozent gut (**11.2.2007**).

Korea (Nordkorea)

USA

Entspannungssignale im Konflikt um das nordkoreanische Atomprogramm (**13.2.2007**). Bei den Sechsparteiengesprächen in Peking sagt Nordkorea zu, seine Atomanlage in Yongbyon stillzulegen und Inspektionen der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) wieder zuzulassen. Im Gegenzug soll Nordkorea Energiehilfe erhalten. Die USA stellen in Aussicht, Nordkorea von der Liste der Liste der Terrorismus unterstützenden Staaten („Schurkenstaaten“) zu streichen.

Somalia/UNO/Afrikanische Union

Der UNO-Sicherheitsrat ermächtigt den Einsatz einer Mission der Afrikanische Union in Somalia – African Union Mission in Somalia/Amisom (**20.2.2007**). Sie soll die Übergangsregierung in Somalia unterstützen, Dialog und Aussöhnung fördern. Militärisch wird die Amison zunächst von Uganda und Burundi, später auch von Kenia und von Äthiopien unterstützt. Die Stärke der Eingreiftruppe wird schrittweise auf über 20 000 Mann erhöht.

Tschetschenien/Russland

Ramsan Kadyrow wird vom tschetschenischen Parlament zum neuen Präsidenten der russischen Teilrepublik gewählt (**2.3.2007**). Ramsan Kadyrow ist der Sohn des 2004 bei einem Anschlag getöteten Präsidenten Ahmed Kadyrow.

Côte d'Ivoire

Die Bürgerkriegsparteien in Côte d'Ivoire einigen sich auf ein Friedensabkommen (**4.3.2007**). Der von Burkina Faso vermittelte Vertrag, der von Staatspräsident Laurent Gbagbo und von Gillaume Soro, dem Anführer der rebellierenden Forces nouvelles, in Ouagadougou unterzeichnet wird, sieht die Wiederherstellung der staatlichen Autorität und Administration auf dem gesamten Territorium, den Neuaufbau einer Armee durch Verschmelzung der Regierungsarmee und der Rebellentruppen sowie Präsidentschaftswahlen vor.

Estland

In Estland geht die liberale Reformpartei von Ministerpräsident Andrus Ansip als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervor. Sie erobert 31 (plus 12) der 101 Mandate. Die Mitte-links-orientierte Zentrumspartei erhält 29 Sitze. Die konservative Vaterland- und Res-Publica-Union erhält 19 Sitze (minus 16). Als erstes Land der Europäischen Union ermöglicht Estland die Stimmabgabe per Internet (**4.3.2007**). Ministerpräsident Ansip bildet ein neues Regierungsbündnis mit der Vaterland- und Res Publica-Union sowie den Sozialdemokraten (**5.4.2007**).

EU

Umwelt/Klima

Die Europäische Union will bis 2020 ihre Treibhausgasemissionen um mindestens 20 Prozent reduzieren und den Anteil der erneuerbaren Energien auf 20 Prozent erhöhen (**9.3.2007**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Volksinitiative „für eine soziale Einheitskrankenkasse“ mit 71,2 Prozent Nein-Stimmen ab (**11.3.2007**).

Schweden

Mit Mona Sahlin wird erstmals eine Frau an die Spitze der schwedischen Sozialdemokraten gewählt. Sie tritt die Nachfolge des zurückgetretenen Parteivorsitzenden Göran Persson an (**17.3.2007**).

Finnland

In Finnland kann sich die Zentrumspartei (KESK) knapp als stärkste Kraft im Parlament behaupten. Sie gewinnt 51 Mandate (minus 4). Am erfolgreichsten bei der Parlamentswahl (**18.3.2007**) ist die konservative Nationale Sammlungspartei (KOK) mit 10 zusätzlichen Mandaten. Mit insgesamt 50 Sitzen liegt die Sammlungspartei vor den Sozialdemokraten mit 45 Mandaten (minus 8).

Iran/Grossbritannien

Iranische Sicherheitskräfte nehmen im Persischen/Arabischen Golf 15 britische Marinesoldaten fest (**23.3.2007**). Teheran behauptet, die Briten seien illegal in iranische Gewässer eingedrungen. Knapp zwei Wochen später werden die Seeleute freigelassen.

Iran/UNO

Der UNO-Sicherheitsrat verschärft wegen des Atomstreits die Sanktionen gegen Iran und untersagt Iran den Verkauf von Waffen (**24.3.2007**).

Mauretanien

Sidi Mohamed Ould Cheikh Abdallahi geht als Sieger aus der ersten freien Präsidentenwahl in Mauretanien hervor (**25.3.2007**).

USA

Immobilienkrisen/Subprime-Krise/Finanzkrisen/Börsen/Börsenturbulenzen/

Der US-Hypothekenfinanzierer New Century Financial gerät ins Straucheln und meldet Insolvenz an (**2.4.2007**). Weitere Alarmsignale folgen. Der US-Immobilienmarkt bricht ein. Ausgelöst wird die sogenannte Subprime-Krise durch die Vergabe von Hypotheken an bonitätsschwache Kreditnehmer, welche nicht über ausreichende Sicherheiten verfügen. Auf die Immobilienkrise folgen eine weltweite Finanzkrise und eine globale Rezession. Die internationalen Börsen verzeichnen hohe Kursverluste.

USA

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

Ein aus Südkorea stammender Student erschießt auf dem Gelände der Technischen Universität von Blacksburg (US-Staat Virginia) 32 Menschen: Kommilitonen und Lehrkräfte. Danach nimmt er sich das Leben (**16.4.2007**).

Nigeria

Umaru Yar'Adua von der regierenden People's Democratic Party (PDP) geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Nigeria hervor (**21.4.2007**).

Estland

Estland wird von grossangelegten Cyberattacken heimgesucht (**ab 27.4.2007**). Betroffen sind Ministerien, Behörden, Firmen und Banken. Als Urheber steht Russland unter Verdacht.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der russische Cellist, Dirigent und Komponist Mstislaw Rostropowitsch stirbt im Alter von 80 Jahren (**27.4.2007**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Physiker und Philosoph Carl Friedrich von Weizsäcker stirbt im Alter von 94 Jahren (**28.4.2007**).

Frankreich

Nicolas Sarkozy wird neuer französischer Staatspräsident. Der Kandidat der bürgerlich-liberalen Union pour un mouvement populaire (UMP) gewinnt die Stichwahl gegen die sozialistische Kandidatin Ségolène Royal mit einem Stimmenanteil von 53,06 Prozent (**6.5.2007**).

Grossbritannien/Nordirland

Ian Paisley, presbyterianischer Pfarrer und Vorsitzender der Democratic Unionist Party (DUP) wird neuer nordirischer First Minister (**8.5.2007**). Seine Partei ging als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl (7.5.2007) hervor. Stellvertretender First Minister wird Martin McGuinness von der republikanisch-katholischen Partei Sinn Féin. Nordirland erhält eine Regierung aus den beiden grössten politischen Parteien: der unionistischen (DUP) und der republikanischen Sinn Féin. Mit der Wahl der Northern Ireland Assembly und der Einsetzung einer neuen Regierung endet eine fünfjährige Direktverwaltung durch London.

Osttimor (Timor-Leste)

Präsidentenwahl in Osttimor (Timor-Leste): Der bisherige Ministerpräsident und Friedensnobelpreisträger José Ramos-Horta geht mit einem Stimmenanteil von 69 Prozent als Sieger aus der Stichwahl hervor (**9.5.2007**).

Grossbritannien

Der britische Premierminister Tony Blair (Labour Party) gibt nach zehnjähriger Amtszeit seinen Rücktritt bekannt (**10.5.2007**).

Samoa

Das Staatsoberhaupt von Samoa, Malietoa Tanumafili II, stirbt im Alter von 94 Jahren (**11.5.2007**). Er war während 45 Jahren Staatsschef. Das Parlament wählt den früheren Premierminister Tui Atua Tupua Tamasese Efi zum Nachfolger.

Frankreich

François Fillon von der bürgerlich-liberalen Union pour un mouvement populaire (UMP) wird neuer französischer Premierminister (**17.5.2007**).

Weltbank

Weltbank-Präsident Wolf Wolfowitz tritt unter massivem Druck wegen Günstlingswirtschaft zurück (**17.5.2007**). Sein Nachfolger wird Robert Zoellick.

Rumänien

Mit rund 75 Prozent Nein-Stimmen lehnen die Stimmbürger Rumäniens die vom Parlament vorgeschlagene Amtsenthebung von Staatpräsident Traian Băsescu (*Basescu*) ab (**19.5.2007**). Das Parlament hatte Băsescu Machtmissbrauch vorgeworfen und ihn im Amt suspendiert.

Quadrilateral Security Dialogue (Quad)

Indopazifik

Die USA, Japan, Australien und Indien beschliessen am Rande einer Konferenz des Asean Regional Forum in Manila einen Sicherheitsdialog mit der Bezeichnung Quadrilateral Security Dialogue – Quad (**25.5.2007**). Dahinter steht die Absicht, Chinas Einfluss im Indopazifik einzudämmen. Nach jahrelangem Stillstand wird Quad 2017 reaktiviert.

Lettland

Der parteilose Unfallchirurg Valdis Zatlers wird zum neuen Staatschef von Lettland gewählt (**31.5.2007**).

Costa Rica

Umwelt/Klima

Costa Rica will weltweit Vorreiter beim Klimaschutz sein. Staatspräsident und Friedensnobelpreisträger Óscar Arias Sánchez verkündet: „Bis zum Jahr 2021, dem 200. Geburtstag von Costa Rica, werden wir ein CO₂-neutrales Land sein.“ (**7.6.2007**). Costa Rica will seinen Strom fast ausschliesslich aus erneuerbaren Quellen erzeugen, vor allem aus Wasserkraft.

Belgien

Bei der Parlamentswahl in Belgien können die Christdemokraten (Christen-Democratisch en Vlaams (CD&V) zusammen mit der nationalistischen Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA) als stärkste Kraft 30 der 150 Sitze der

Abgeordnetenversammlung erobern. Zweistärkste Kraft ist das liberale Mouvement Réformateur/MR mit 23 Mandaten (minus 1). Zu den Verlierern gehören die Sozialisten und die flämischen Liberalen. Der Parti Socialiste (PS) hat 20 (minus 5) und die Socialistische Partij Anders (sp.a) zusammen mit SPIRIT 14 (minus 9) Sitze. Die flämischen Liberalen (Open VLD) sind mit 18 (minus 7) und Vlaamse Belang (VB) mit 17 (minus 1) Abgeordneten vertreten. Das Centre Démocrate Humaniste (cdh) gewinnt 10 (plus 2) Sitze (**10.6.2007**).

Der liberale Premierminister Guy Verhofstadt kündigt den Rücktritt an. Es folgen monatelange Bemühungen zur Bildung einer neuen Regierung.

Anmerkung: In Belgien haben sich zwei Parteien umbenannt:

- Die Vlaamse Liberalen en Democraten (VLD) heissen neu Open Vlaamse Liberalen en Democraten (Open VLD)
- Aus Vlaams Blok wird Vlaams Belang.

Irland

Zum dritten Mal in Folge übernimmt Bertie Ahern die Führung der irischen Regierung (**14.6.2007**). Seine Partei, Fianna Fáil, hatte sich bei der Parlamentswahl (24.5.2007) trotz Verlusten als stärkste Partei behauptet.

Palästinensische Autonomiegebiete/Palästina

Gazastreifen/Westjordanland

Bewaffneter Machtkampf im Gazastreifen zwischen den rivalisierenden Palästinensergruppen Fatah und Hamas (**12.6. bis 15.6.2007**). Der „Bruderkrieg“ führt zur Teilung der palästinensischen Autonomiegebiete und fordert über 100 Tote. Die radikal-islamische Hamas ergreift die Macht im Gazastreifen. Die Fatah herrscht im Westjordanland. Palästinenserpräsident Mahmud Abbas setzt die im März 2007 gebildete palästinensische Regierung der nationalen Einheit unter Führung des Hamas-Politikers Ismail Haniya ab. Neuer Regierungschef wird Salam Fayyad.

Schweiz

Lötschbergtunnel

Nach achtjähriger Bauzeit wird der 34,6 Kilometer lange Lötschberg-Basistunnel eingeweiht (**15.6.2007**). Der fahrplanmässige Zugverkehr durch den neuen Eisenbahntunnel zwischen Frutigen und Raron wird am 9. Dezember 2007 aufgenommen.

Frankreich

Die Partei des neuen französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy, die Union pour un mouvement populaire (UMP), geht trotz Sitzverlusten erneut als klare Siegerin aus der Parlamentswahl hervor. Sie gewinnt mit 313 von 577 Mandaten die absolute Mehrheit, verpasst aber die erhoffte Zweidrittelmehrheit (10.6. und **17.6.2007**). Der Parti socialiste (PS) ist mit 186 Abgeordneten vertreten.

EU

Polen/Grossbritannien

Nach zähem Ringen einigen sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union auf einen Reformvertrag (Vertrag von Lissabon). Der EU-Reformvertrag soll die gescheiterte EU-Verfassung ersetzen. Polen und Grossbritannien erkämpfen sich weitgehende Zugeständnisse (**23.6.2007**).

Grossbritannien

Der Labour-Politiker Gordon Brown wird neuer britischer Premierminister. Der bisherige Schatzkanzler wird Nachfolger von Tony Blair (**27.6.2007**).

Israel

Der israelische Staatspräsident Moshe Katsav tritt unter massivem Druck zurück (**29.6.2007**). Ihm werden Vergewaltigung und sexuelle Nötigung in mehreren Fällen vorgeworfen. Neues Staatsoberhaupt wird der frühere Ministerpräsident Shimon Peres (15.7.2007).

Osttimor (Timor-Leste)

Die Frente Revolucionária de Timor-Leste Independente (Fretilin) geht als stärkste Partei aus der Parlamentswahl in Osttimor (Timor-Leste) hervor. Sie gewinnt 21 der 65 Sitze. Zweistärkste Kraft ist der sozialdemokratische Congresso Nacional de Reconstrução de Timor (CNRT) mit 18 Mandaten (**30.6.2007**). Neuer Ministerpräsident wird am folgenden 8. August der bisherige Staatschef Xanana Gusmão (*Gusmao*).

Pakistan

Nach einwöchiger Belagerung stürmen pakistanische Sicherheitskräfte die Rote Moschee in der Hauptstadt Islamabad. Dabei werden über 100 Menschen getötet, unter ihnen auch der Islamistenführer Abdul Rashid Ghazi (**10.7.2007**).

Libyen

Der höchste Justizrat Libyens hebt die Todesurteile gegen fünf bulgarische Krankenschwestern und einen palästinensischen Arzt wegen angeblicher Verbreitung des HI-Virus auf (**17.7.2007**). Einige Tage danach werden die Angeklagten, die sich seit 1999 in Haft befanden, freigelassen.

Indien

Mit Pratibha Patil wird erstmals eine Frau zum indischen Staatsoberhaupt gewählt (**19.7.2007**). Sie war bisher Gouverneurin von Rajasthan.

Albanien

Das albanische Parlament wählt Bamir Topi von der Demokratischen Partei zum neuen Staatspräsidenten (**20.7.2007**).

Türkei

In der Türkei finden wegen der gescheiterten Präsidentenwahl (Mindestquorum nicht erreicht) vorgezogene Parlamentswahlen statt (**22.7.2007**). Drei Parteien sind im Parlament vertreten: Die islamisch-konservative Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan (*Erdogan*) mit 341 Sitzen (minus 22), die Republikanische Volkspartei (CHP) mit 112 (minus 66) und neu die rechtsradikale Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) mit 71 Mandaten.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

- Der schwedische Regisseur und Drehbuchautor Ingmar Bergman stirbt im Alter von 89 Jahren (**30.7.2007**)
- Der italienische Regisseur Michelangelo Antonioni stirbt im Alter von 94 Jahren (**30.7.2007**)

Sudan

Darfur-Konflikt

UNO/Afrikanische Union

Der UNO-Sicherheitsrat beschliesst die Stationierung einer 26 000 Mann starken gemeinsamen Sicherheitstruppe der Afrikanischen Union und der UNO in der sudanesischen Bürgerkriegsregion Darfur (**31.7.2007**).

Mauretanien

Erstmals wird in Mauretanien Sklaverei unter Strafe gestellt (**8.8.2007**).

Irak

Jesiden

Bei Sprengstoffanschlägen in zwei Dörfern im nordirakischen Distrikt Sinjar kommen mehr als 400 Menschen ums Leben (**14.8.2007**). Der Terror richtet sich gegen die Minderheit der dort lebenden Jesiden.

Korea (Nordkorea)

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Nordkorea wird von schweren Überschwemmungen heimgesucht (**zweite Augustwoche 2007**). Nach Angaben der UNO sind bis zu 300 000 Menschen betroffen. Mindestens 100 000 Hektar Ackerland sind zerstört. Die Folge in den kommenden Monaten bis ins Jahr 2018: Ernteauffälle und Lebensmittelknappheit.

Peru

Katastrophen/Erdbeben

In Peru kommen bei einem Erdbeben über 500 Menschen ums Leben (**15.8.2007**). Die Stadt Pisco wird fast vollständig zerstört.

Myanmar

In Myanmar beginnt eine Protestwelle gegen die Militärjunta, ausgelöst durch massive Preiserhöhungen (**19.8.2007**). Den Protesten schliessen sich Ende August auch Mönche an. Zunächst sind es Hunderte, dann Tausende und Zehntausende Mönche, die an Kundgebungen teilnehmen. Die sogenannte „Safran-Revolution“ wird blutig niedergeschlagen (vgl. 26.9.2007).

Griechenland

Katastrophen/Waldbrände und Buschbrände

Weite Teile der griechischen Halbinsel Peloponnes werden von verheerenden Waldbränden heimgesucht. Über 60 Menschen kommen ums Leben. Etwa hundert Dörfer werden ganz oder teilweise zerstört (**26.8.2007**).

Türkei

Der bisherige türkische Aussenminister Abdullah Gül von der islamisch-konservativen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) wird vom Parlament zum neuen Staatsoberhaupt gewählt. Gül versichert, er wolle die Trennung von Religion und Staat aufrechterhalten (**28.8.2007**).

Jamaika

Machtwechsel in Jamaika nach 18 Jahren. Die oppositionelle konservative Jamaica Labour Party geht als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor (**3.9.2007**). Sie gewinnt 32 (plus 6) der 60 Mandate. Die bisher regierende linke People's National Party erhält 28 Mandate (minus 6). Neuer Premierminister wird Bruce Golding.

Syrien/Israel

Die israelische Luftwaffe zerstört einen im Bau befindlichen syrischen Atomreaktor (**6.9.2007**). Erst nach mehr als zehn Jahren bekennt sich Israel zum Luftangriff auf den Reaktor Al-Kibar.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)
Der italienische Opernsänger Luciano Pavarotti stirbt im Alter von 71 Jahren (**6.9.2007**).

Marokko

Der Parti de l'Istiqlal geht als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl in Marokko hervor. Die nationalistisch-konservative Partei gewinnt 52 der 325 Mandate. An zweiter Stelle folgt der gemässigt islamistische Parti de la justice et du développement (PJD) mit 46 Mandaten. Die Union socialiste des forces populaires (USFP), Siegerin der Wahlen von 1997 und 2002, rutscht auf den fünften Platz mit 38 Sitzen (**7.9.2007**). Abbas El Fassi, Generalsekretär der Siegerpartei, wird neuer Premierminister (18.9.2007).

Sierra Leone

Ernest Bai Koroma vom All People's Congress geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Sierra Leone hervor (**8.9.2007**).

Russland

Der russische Ministerpräsident Michail Fradkow tritt zurück (**12.9.2007**). Sein Nachfolger wird Wiktor Subkow.

Guyana/Suriname

Guyana und Suriname legen ihren Streit um maritime Gebietsansprüche bei (20.9.2007). Der internationale Seegerichtshof in Hamburg spricht Guyana rund 33 000 und Suriname rund 17 800 Quadratkilometer des umstrittenen Meeresgebiet zu, in dem Erdöl- und Erdgasvorkommen vermutet werden.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)
Der französische Pantomime Marcel Marceau stirbt im Alter von 84 Jahren (**22.9.2007**).

Tschad/Zentralafrikanische Republik/Sudan UNO/EU/Darfur-Konflikt

Der UNO-Sicherheitsrat setzt zum Schutz der Darfur-Flüchtlinge und der Binnenvertriebenen in Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik eine Mission ein: Mission des Nations Unies en République Centrafricaine et au Tchad – Minurcat (**25.9.2007**). Die Europäische Union (EU) engagiert sich im Rahmen einer Überbrückungsmission (Eufor Tchad/RCA) vom März 2008 bis März 2009 mit 2700 Armeeangehörigen. In Tschad und in der Zentralafrikanischen Republik leben schätzungsweise 240 000 Menschen, die vor dem Darfur-Konflikt im Sudan geflüchtet sind. Die Zahl der Binnenflüchtlinge in beiden Ländern wird auf über 200 000 geschätzt. Sowohl Tschad wie die Zentralafrikanische Republik werden von Bürgerkriegen heimgesucht.

Japan

Nach nur einjähriger Amtszeit tritt der japanische Ministerpräsident Abe Shinzo zurück. Sein Nachfolger wird Fukuda Yasuo, Sohn des ehemaligen Regierungschef Fukuda Takeo (**26.9.2007**). Auch der neue Premierminister bleibt nur ein Jahr im Amt und wird von Aso Taro abgelöst (24.9.2008).

Myanmar (Burma)

In Myanmar beginnt die Armee trotz internationaler Appelle zur Mässigung mit der Niederschlagung der sogenannten „Safran-Revolution“ (**26.9.2007**). An der Protestwelle gegen das Militärregime (vgl. 19.8.2007) hatten sich auch Zehntausende Mönche beteiligt. Hunderte von Regimekritikern werden verhaftet. Die Zahl der bei den Unruhen ums Leben gekommenen Zivilisten wird auf rund 200 geschätzt.

Ukraine

Aus der vorgezogenen Parlamentswahl in der Ukraine geht erneut die russisch orientierte Partei der Regionen mit einem Stimmenanteil von 34,37 Prozent und 175 Sitzen als stärkste Kraft hervor. Die reformorientierten Kräfte der „Orangen Revolution“ – Block Julia Timoschenko und „Unsere Ukraine“ – verfügen aber zusammen mit 228 der 450 Sitze knapp über die Mehrheit der Mandate (**30.9.2007**).

Korea (Südkorea)

Korea (Nordkorea)

Zweites innerkoreanisches Gipfeltreffen. Der südkoreanische Präsident Roh Moo Hyun und der nordkoreanische Machthaber Kim Jong Il treffen sich in der nordkoreanischen Hauptstadt Pyongyang (**2.10. bis 4.10.2007**). Beide Seiten sprechen sich für Entspannung wirtschaftliche Kooperation aus. Das Waffenstillstandssystem soll in ein dauerhaftes Friedenssystem aufgebaut werden.

Costa Rica

Central America – Dominican Republic Free Trade Agreement

Erstmals findet in Costa Rica eine Volksabstimmung statt (**7.10.2007**). Die Bevölkerung heisst das Freihandelsabkommen Central America – Dominican Republic Free Trade Agreement nur knapp mit 51,56 Prozent Ja-Stimmen gut. Gegen das 2004 geschlossene Abkommen der USA mit der Dominikanischen Republik und fünf mittelamerikanischen Staaten regte sich in Costa Rica grosser Widerstand.

Italien

In Italien schliessen sich die Democratici di Sinistra (Linksdemokraten) mit dem Bündnis La Margherita (linke Christlichdemokraten) und anderen Gruppierungen zur Mitte-links-Partei Partito Democratico/PD zusammen (**14.10.2007**). Erster Vorsitzender des Partito Democratico wird Walter Veltroni.

Schweiz

Die Schweizerische Volkspartei (SVP) und die Grünen gehen mit je sieben zusätzlichen Sitzgewinnen als Sieger, die Sozialdemokraten (SP) und die Freisinnigen (FDP) als Verlierer aus den Nationalratswahlen in der Schweiz hervor. Die SVP steigert ihren Stimmenanteil auf 28,9 Prozent. Dies ist seit 1919 der höchste von einer Partei erreichte Stimmenanteil. Neun Sitzverluste verzeichnen die Sozialdemokraten (SP) und fünf die Freisinnigen (FDP). Die SVP ist neu mit 62 Abgeordneten vertreten (plus 7). Es folgen die SP mit 43 Mandaten (minus 9), die FDP mit 31 (minus 5), die Christdemokraten (Christlichdemokratische Volkspartei/CVP) mit 31 (plus 3) und die Grünen mit 20 (plus 7). Erstmals vertreten ist die Grünliberale Partei (GLP) mit 3 Sitzen. Auf die übrigen Parteien entfallen 10 Mandate (**21.10.2007**).

Im Ständerat verteilen sich die 46 Mandate wie folgt: Christdemokraten (CVP): 15 (unv.), Freisinnige 12 (minus 2), Sozialdemokraten (SP): 9 (unv.). Schweizerische Volkspartei (SVP): 7 (minus 1). Neu vertreten sind die Grünen mit 2 Mandaten und die Grünliberale Partei (GLP) mit einem Sitz.

Polen

Führungswechsel in Polen: Die nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) von Ministerpräsident Jarosław Kaczyński (*Kaczynski*) verliert die vorgezogene Parlamentswahl. Die liberalkonservative Bürgerplattform (PO) geht als Siegerin aus der Wahl hervor. Sie gewinnt 206 der 460 Mandate im Sejm. Die Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) erhält 166 Mandate. An dritter Stelle folgt das Bündnis Linke und Demokraten (LiD) mit 53 Abgeordneten. Die bürgerliche nationalistische Partei Samoobrona (Selbstverteidigung) ist nicht mehr im Sejm vertreten (**21.10.2007**). Neuer Regierungschef wird Donald Tusk von der Bürgerkoalition (**16.11.2007**). Er bildet ein Regierungsbündnis mit der Bauernpartei (PSL).

Argentinien

Die Peronistin Cristina Fernández de Kirchner (*Fernandez de Kirchner*) geht mit einem Stimmanteil von 45,3 Prozent als Siegerin aus der Präsidentenwahl in Argentinien hervor (**28.10.2007**). Fernández de Kirchner ist die Ehefrau des bisherigen Staatsschefs Néstor Kirchner. Im Abgeordnetenhaus ist ihr Frente para la Victoria stärkste Kraft mit 154 der 257 Mandate.

Guatemala

Mit Álvaro Colom Caballero wird erstmals ein Sozialdemokrat Staatspräsident von Guatemala (**4.11.2007**). Er gewinnt die Stichwahl um das Präsidentenamt mit einem Stimmenanteil von 52,82 Prozent. Seine Partei, die Unión Nacional de la Esperanza (UNE), ist mit 51 der 158 Mandate stärkste Kraft im Parlament.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Schriftsteller Norman Mailer stirbt im Alter von 84 Jahren (**10.11.2007**).

Slowenien

Der parteilose Diplomat und Jurist Danilo Türk wird zum neuen slowenischen Staatsoberhaupt gewählt (**11.11.2007**). Er erhält in der Stichwahl gegen Lojze Peterle rund 68 Prozent der Stimmen.

Dänemark

Bei der Parlamentswahl in Dänemark kann die liberale Venstre mit 46 (minus 6) Sitzen knapp ihre Position als stärkste Kraft vor den Sozialdemokraten mit 45 Mandaten (minus 1) behaupten. Drittstärkste Kraft ist die rechtspopulistische Volkspartei mit 25 Sitzen (plus 1). Die Sozialistische Volkspartei gilt als eigentlicher Wahlgewinner. Sie kann ihre Vertretung um 11 auf 23 Abgeordnete erhöhen (**13.11.2007**).

Australien

In Australien kehrt die Labor Party nach über elf Jahren an die Macht zurück (**24.11.2007**). Bei der Parlamentswahl gewinnt sie 83 (plus 23) der 150 Sitze im Repräsentantenhaus. Die bisher regierende Liberal Party entsendet 55 Abgeordnete (minus 20).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

USA

Auf Einladung der USA findet in Annapolis (Maryland) eine Nahost-Konferenz statt, an der rund 50 Staaten und internationale Organisationen vertreten sind; auch die meisten arabischen Staaten, darunter Syrien (**27.11.2007**). Der israelische Regierungschef Ehud Olmert und Palästinenserpräsident Mahmud Abbas einigen sich auf die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen, die bis Ende 2008 zu einem Abkommen über eine Zwei-Staaten-Lösung führen sollen. Mit dem Gazakrieg Ende 2008 zerschlagen sich jedoch die Hoffnungen auf ein Friedensabkommen.

Russland

Die Kreml-Partei Einiges Russland gewinnt bei der Parlamentswahl eine Zweidrittelmehrheit (**2.12.2007**). Sie erreicht einen Stimmenanteil von 64,3 Prozent und 315 der 450 Mandate. Nur drei weitere Parteien – die Kommunisten, die nationalistisch-populistischen Liberaldemokraten und die linksliberale Partei Gerechtes Russland – schaffen den Sprung in die Staatsduma. Auf die Kommunisten entfallen 11,57 Prozent Stimmenanteil und 57 Sitze, auf die Liberaldemokraten 8,14 Prozent und 40 Mandate und auf die Partei Gerechtes Russland (Fusion Rodina und andere Parteien) 7,74 Prozent und 38 Mandate.

Venezuela

Mit knapp über 50 Prozent Nein-Stimmen lehnt die Bevölkerung Venezuelas eine Verfassungsreform ab. Die Vorlage sah unter anderem eine Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten und eine unbegrenzte Wiederwahl vor (**2.12.2007**).

Australien

Nach dem Sieg seiner Labor Party bei der Parlamentswahl wird Kevin Rudd neuer Premierminister Australiens (**3.12.2007**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Komponist Karlheinz Stockhausen stirbt im Alter von 79 Jahren (**5.12.2007**).

Bosnien und Herzegowina/Republika Srpska

Rajko Kuzmanović (*Kuzmanovic*) wird zum neuen Präsidenten der Serbischen Republik (Republika Srpska) – Entität des Gesamtstaates Bosnien-Herzegowina – gewählt (**9.12.2007**). Er tritt die Nachfolge des verstorbenen Präsidenten Milan Jelić (*Jelic*) an.

Friedensnobelpreis

Weltklimarat (IPCC)

USA

Der Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change/IPCC) und der frühere US-Vizepräsident Al Gore werden mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.2007**).

Literaturnobelpreis

Grossbritannien

Die britische Schriftstellerin Doris Lessing wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.2007**).

Schweiz

Eklat bei der Bundesratswahl in der Schweiz: Die Vereinigte Bundesversammlung wählt Bundesrat Christoph Blocher von der Schweizerischen Volkspartei ((SVP) ab. Statt Blocher wählt das Parlament eine Sprengkandidatin: die Bündner SVP-Regierungsrätin Eveline Widmer-Schlumpf (**12.12.2007**). Die SVP kündigt einen scharfen Oppositionskurs an. Eveline Widmer-Schlumpf wird aus der SVP-Fraktion ausgeschlossen. In der Folge kommt es zur Spaltung der SVP und zur Gründung der Bürgerlich-Demokratischen Partei (BDP). Der BDP treten sowohl Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf als auch der bisherige SVP-Bundesrat Samuel Schmid bei.

EU

Die Präsidenten der EU-Kommission, des EU-Parlaments und des EU-Ministerrats unterzeichnen in Strassburg die „Charta der Grundrechte der Europäischen Union“ (**12.12.2007**). Diese war im Dezember 2000 (7.12.2000) beim EU-Gipfel in Nizza proklamiert worden, wurde aber nicht rechtsverbindlich. Die Charta orientiert sich an der Europäischen Menschenrechtskonvention und an der Europäischen Sozialcharta. Die sechs Kapitel der Charta betreffen die Würde des Menschen, die Grundfreiheiten, den Gleichheitsgrundsatz, Solidarität, Bürgerrechte sowie das Verhältnis von Bürgerinnen und Bürgern und der Justiz. Die Charta ist nicht Bestandteil des EU-Reformvertrags, wird aber im Vertrag von Lissabon (vgl. 13.12.2007) durch einen Querverweis für rechtsgültig erklärt. Vorbehalte gegen eine rechtsverbindliche Grundrechtecharta haben Grossbritannien und Polen.

EU

Die Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) unterzeichnen den „Vertrag von Lissabon“ (**13.12.2007**). Der EU-Reformvertrag ersetzt den 2005 von Frankreich und den Niederlanden in Volksabstimmungen abgelehnten „Vertrag über eine Verfassung von Europa“.

Die Kernpunkte:

- Das Gremium der Staats- und Regierungschefs – der Europäische Rat – wählt einen Präsidenten für jeweils zweieinhalb Jahre.
- Für die Außenpolitik wird ein „Hoher Vertreter für die Aussen- und Sicherheitspolitik“ zuständig.
- Einführung eines EU-Volksbegehrens, EU-Bürger und -Bürgerinnen können die Europäische Kommission mit wenigstens einer Million Unterschriften zur Einleitung einer Gesetzesinitiative auffordern.
- Die Zahl der Kommissare wird auf zwei Drittel der Zahl der Mitgliedsstaaten begrenzt.
- Die gesetzgeberischen Zuständigkeiten des Europäischen Parlaments werden erweitert.
- Der Rat (Ministerrat) entscheidet nach neuen Regeln: Einführung von Mehrheitsentscheidungen mit «doppelter Mehrheit». Die ist dann erreicht, wenn mindestens 55 Prozent der Staaten zustimmen, die 65 Prozent der EU-Bevölkerung vertreten.

- Das Veto-Recht soll nur noch in Ausnahmefällen gelten.
- Geregelt wird der Austritt aus der EU.

Ukraine

Julia Timoschenko, Wortführerin der „Orangen Revolution“, wird zum zweiten Mal nach 2005 Regierungschefin (**18.12.2007**). Die Kräfte der „Orangen Revolution“ verfügen knapp über die Mehrheit der Mandate im Parlament.

Korea (Südkorea)

In Südkorea geht eine zehnjährige linksliberale Epoche zu Ende. Lee Myung Bak von der nationalkonservativen Grand National Party geht mit 48,7 Prozent der Stimmen als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor und lässt den zweitstärksten liberalen Kandidaten klar hinter sich (**19.12.2007**). Der ehemalige Manager und Bürgermeister von Seoul beendet die sogenannte „Sonnenscheinpolitik“ gegenüber Nordkorea.

Lettland

Ivars Godmanis, der erste Ministerpräsident Lettlands nach der Wiederherstellung der Unabhängigkeit von der Sowjetunion, übernimmt erneut die Führung der Regierung (**20.12.2007**). Godmanis übernimmt die Nachfolge von Algars Kalvītis (Kalvītis), der nach heftigen Protesten gegen seine Regierung demissionierte.

Thailand

In Thailand wird 15 Monate nach dem Militärputsch ein neues Parlament gewählt (**23.12.2007**). Die People's Power Party (PPP) geht als stärkste Kraft aus den Wahlen hervor: Die Partei der Anhänger des im Exil lebenden ehemaligen Regierungschefs Thaksin Shinawatra gewinnt 233 der 480 Mandate und verpasst knapp die absolute Mehrheit. Die People's Power Party ist die Nachfolgerin der nach dem Militärputsch verbotenen ehemaligen Regierungspartei Partei Thai Rak Thai (Thais lieben Thais). Zweistärkste Kraft ist die Democrat Party mit 165 Sitzen. Samak Sundaravej von der People's Power Party (PPP) wird neuer Regierungschef (29.1.2008).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der kanadische Jazzpianist Oscar Peterson stirbt im Alter von 82 Jahren (**23.12.2007**).

Kenia

Die Präsidentenwahl in Kenia (**27.12.2007**) wird von schweren Unruhen überschattet. Zum Sieger wird der Amtsinhaber Mwai Kibaki erklärt, doch der Oppositionskandidat Raila Odinga wirft den Machthabern Wahlbetrug vor. Bei Auseinandersetzungen zwischen Volksgruppen kommen in den folgenden Wochen über 1500 Menschen ums Leben.

Pakistan

Die pakistanische Oppositionsführerin und frühere Premierministerin Benazir Bhutto wird bei einem Anschlag in Rawalpindi getötet (**28.12.2007**).

2008

EU/Euro/Euro-Zone

Malta/Zypern

Malta und Zypern führen den Euro ein. Damit gehören 15 Staaten der Euro-Zone an (**1.1.2008**).

Sri Lanka

Die sri-lankische Regierung erklärt den 2002 vereinbarten Waffenstillstand mit den Tamil Tigers – Liberation Tigers of Tamil Eelam/LTTE – offiziell für beendet (**2.1.2008**). Die Monitoring Mission zur Überwachung des Waffenstillstandes stellt ihre Arbeit ein. Die sri-lankische Armee setzt auf eine militärische Lösung des Konflikts und verstärkt ihre Angriffe gegen die Tamil Tigers im Norden des Landes.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der neuseeländische Bergsteiger Edmund Hillary stirbt im Alter von 88 Jahren (**11.01.2008**). Ihm gelang 1953 zusammen mit dem Sherpa Tenzing Norgay die Erstbesteigung des 8848 Meter hohen Mount Everest, des höchsten Berges der Welt.

Venezuela

In Venezuela schliessen sich das regierende Movimiento Quinta República und andere Linksgruppierungen zum Partido Socialista Unido de Venezuela (PSUV) zusammen (**12.1.2008**).

Börsen/Börsenturbulenzen

An den wichtigsten Börsen in Asien und Europa kommt es zu heftigen Rückschlägen (**21.1.2008**). Seit Wochen sind die Finanzmärkte wegen der Krise am US-Hypothekarmarkt unter Druck.

Italien

Der italienische Ministerpräsident Romano Prodi reicht nach einer verlorenen Vertrauensabstimmung im Senat seinen Rücktritt ein (**24.1.2008**).

Thailand

Samak Sundaravej von der People's Power Party (PPP) wird neuer thailändischer Regierungschef (**29.1.2008**). Er gerät unter massiven Druck der People's Alliance for Democracy, der sogenannten Gelbhemden, und muss nach sieben Monaten (9.9.2008) sein Amt niederlegen.

Tschad

Gescheiterter Umsturzversuch in Tschad: Rebellen dringen in die Hauptstadt Njamena ein und rücken bis zum Präsidentenpalast vor (**2.2.2008**). Nach schweren Kämpfen gewinnen die Regierungstruppen jedoch wieder die Oberhand.

Belize

In Belize geht die oppositionelle Mitte-rechts orientierte United Democratic Party als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor (**7.2.2008**). Sie gewinnt 25 (plus 18) der 31 Sitze. Die seit 1998 regierende People's United Party stellt nur noch 6 (minus 16) Abgeordnete. Neuer Premierminister wird Dean Barrow. Er bleibt über zwölf Jahre im Amt.

Osttimor (Timor-Leste)

Der Staatspräsident von Osttimor (Timor-Leste) und Friedensnobelpreisträger José Ramos-Horta wird bei einem Attentat schwer verletzt (**11.2.2008**). Er kann nach der Genesung sein Amt wieder aufnehmen.

Australien

Der australische Premierminister Kevin Rudd entschuldigt sich in einer Rede vor dem Parlament offiziell bei den Aborigines (Ureinwohnern) für erlittenes Unrecht (**13.2.2008**).

Deutschland/Liechtenstein

In Deutschland wird gegen Hunderte wohlhabender Bürger ermittelt, die bis zu 3,4 Milliarden Euro am Fiskus vorbei nach Liechtenstein geschleust haben sollen (**15.2.2008**).

Kosovo

Die Europäische Union (EU) beschliesst, mehr als 1800 Juristen, Polizisten und Zollbeamte nach Kosovo zu entsenden (**16.2.2008**). Die Rechtsstaatsmission (Eulex) soll die kosovarische Regierung beim Aufbau des Rechtsstaates unterstützen.

Kosovo/Serbien

Kosovo erklärt einseitig seine Unabhängigkeit von Serbien (**17.2.2008**). Die Regierung in Belgrad bezeichnet die Unabhängigkeitserklärung für null und nichtig. Zahlreiche Staaten, unter ihnen Russland, China, Spanien und Griechenland, anerkennen die Unabhängigkeit Kosovos nicht. Staatspräsident ist (seit 2006) Fatmir Sejdiu von der

Demokratischen Liga. Erster Regierungschef der Republik Kosovo ist Hashim Thaçi (*Thaci*) von der Demokratischen Partei.

Pakistan

Die dem pakistanischen Machthaber nahestehende Pakistan Muslim League (PML-Q) verliert bei der Parlamentswahl ihre Position als stärkste Kraft. Der Wahlausgang gilt als Absage an das Regime von Machthaber Pervez Musharraf. Stärkste Kraft wird die Pakistan People's Party (PPP) von Asif Ali Zardari mit 116 Mandaten vor der Pakistan Muslim League (PML-N) von Nawaz Sharif mit 99 und der Pakistan Muslim League (PML-Q) mit 54 Sitzen (**18.2.2008**). Neuer Regierungschef wird Yousuf Raza Gilani von der Pakistan People's Party.

Kuba

Der kubanische Revolutionsführer Fidel Castro kandidiert aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr für das Amt des Vorsitzenden des Staatsrates (**19.2.2008**). Nachfolger als Staatspräsident und als Regierungschef wird Raúl Castro (Raul Castro), der Bruder von Fidel Castro (**24.2.2008**).

Armenien

Serge Sargsjan geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Armenien hervor. Der bisherige Ministerpräsident erhält 52,82 Prozent der Stimmen (**19.2.2008**). Die Opposition spricht von Wahlbetrug. Es kommt zu Ausschreitungen

Uganda/Südsudan/Kongo-Kinshasa/Zentralafrikanische Republik

Die ugandische Regierung und die für ihre grausamen Gewalttaten berüchtigte Lord's Resistance Army (LRA) vereinbaren in Juba einen Waffenstillstand (**23.2.2008**). Doch die Bemühungen um ein Ende des seit rund 20 Jahre dauernden Konflikts scheitern. LRA-Führers Joseph Kony weigert sich, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Die Lord's Resistance Army (LRA) zieht sich aus Norduganda zurück. LRA-Kämpfer marodieren seither im Südsudan, im Nordosten von Kongo-Kinshasa und im Osten der Zentralafrikanischen Republik. Die Suche nach ihrem Anführer Joseph Kony wurde 2017 eingestellt. Durch den Terror der Lord's Resistance Army (LRA) sollen Zehntausende Menschen getötet, Zehntausende verschleppt, vor allem Kinder, sowie Hunderttausende vertrieben worden sein.

Zypern

Die Republik Zypern erhält einen eurokommunistischen Staatspräsidenten. Dimitris Christofias, Generalsekretär der nominell kommunistischen Fortschrittspartei des werktätigen Volkes (Akel), geht mit einem Stimmenanteil von 53,37 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor (**24.2.2008**). Der bisherige Präsident Tassos Papadopoulos war in der ersten Wahlrunde ausgeschieden.

Stabilitätspakt für Südosteuropa/Regionaler Kooperationsrat

Der 1999 geschaffene Stabilitätspakt für Südosteuropa wird in den Regionalen Kooperationsrat (Regional Cooperation Council/RCC) umgewandelt (**27.2.2008**). Der Kooperationsrat ist Teil der Südosteuropäischen Kooperationsprozesses.

Kenia

In Kenia einigen sich Regierung und Opposition auf ein Abkommen zur Beendigung des nach der Präsidentenwahl im Dezember 2007 ausgebrochenen Konflikts, der über 1500 Tote forderte. Vermittler der Vereinbarung war der frühere UNO-Generalsekretär Kofi Annan. Der bei der Präsidentenwahl unterlegene Oppositionskandidat Raila Odinga wird Ministerpräsident (**28.2.2008**).

Armenien

In der armenischen Hauptstadt Erewan kommen bei Ausschreitungen acht Menschen ums Leben. Die Regierung verhängt den Ausnahmezustand (**1.3.2008**). Die gewalttätigen Proteste richten sich gegen die Präsidentenwahl vom 19. Februar. Die Opposition spricht von Wahlbetrug.

Russland

Dmitri Medwedew wird mit einem Stimmenanteil von rund 70 Prozent vom Volk zum neuen russischen Präsidenten gewählt (**2.3.2008**). Der bisherige Staatschef Wladimir Putin durfte nach zwei Amtszeiten nicht zur Wiederwahl antreten.

Malaysia

Schlappe für die in Malaysia herrschende Parteienallianz Barisan Nasional (Nationale Front): Bei der Parlamentswahl verliert sie die Zweidrittelmehrheit, bleibt aber mit 140 der 222 Mandate stärkste Kraft. Die im Bündnis Barisan Nasional dominierende United Malays National Organisation (UMNO) verliert 30 Sitze. 82 Sitze erobert die oppositionelle Parteienallianz Pakatan Rakyat (**8.3.2008**).

Spanien

Bei der Parlamentswahl in Spanien behaupten die Sozialisten (Partido Socialista Obrero Español/PSOE) ihre Stellung als stärkste Kraft. Die Partei von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero (*Rodríguez Zapatero*) gewinnt 169 Mandate des Abgeordnetenhauses (plus 5). Der konservative Partido Popular (PP) gewinnt 154 Sitze (plus 6). Drittstärkste Kraft bleibt die katalanische Convergència i Unió (CiU) mit unverändert 10 Mandaten (**9.3.2008**).

China/Tibet

In der tibetischen Hauptstadt Lhasa brechen antichinesische Unruhen aus (**14.3.2008**). Nach exiltibetischen Angaben kommen bei den Auseinandersetzungen in Tibet und in benachbarten Provinzen rund 140 Menschen ums Leben.

Dollar/Franken

USA/Schweiz

Erstmals fällt der Wert des US-Dollars unter einen Franken (**14.3.2008**).

Belgien

Belgien erhält nach rund neun Jahren wieder einen christdemokratischen Regierungschef. Nach monatelangen schwierigen Verhandlungen übernimmt Yves Leterme von den Christen-Democratisch en Vlaams (CD&V) das Amt des Premierministers (**20.3.2008**). Bereits Ende Jahr tritt Leterme zurück und übergibt das Amt an seinen Parteikollegen Herman Van Rompuy (30.12.2008).

Bhutan

Im Königreich Bhutan wird erstmals eine Nationalversammlung gewählt. Nur zwei Parteien treten an. Die Partei Druk Phuensum Tshogpa (DPT) – Partei für Frieden und Wohlstand – gewinnt 45 der 47 Mandate (**24.3.2008**). Ministerpräsident wird der ehemalige Regierungschef Jigme Thinley.

Komoren/Anjouan/Afrikanische Union (AU)

Mit militärischer Unterstützung der Afrikanischen Union (AU) übernehmen komorische Sicherheitskräfte wieder die Kontrolle über die abtrünnige Insel Anjouan und beenden den Machtanspruch von Mohammed Bacar (**25.3.2007**). Bacar war 2001 zum Präsidenten von Anjouan gewählt worden. Seine Wiederwahl 2007 wurde von der komorischen Regierung jedoch nicht anerkannt.

Simbabwe

Bei der Präsidentenwahl in Simbabwe schafft Machthaber Robert Mugabe überraschend die Wiederwahl in der ersten Runde nicht (**29.3.2008**). Sein Herausforderer Morgan Tsvangirai vom Movement for Democratic Change (MDC) erhält 47,9 Prozent, Mugabe 43,2 Prozent der Stimmen. Auch bei der Parlamentswahl ist die Opposition erfolgreich. Tsvangirais Movement for Democratic Change (MDC) gewinnt 100 der 210 Sitze, die regierende Zimbabwe African National Union - Patriotic Front (Zanu-PF) von Robert Mugabe 99 Mandate.

Schweiz

Banken/Finanzkrisen

Die Schweizer Grossbank UBS muss im Zusammenhang mit der Krise auf dem US-Immobilienmarkt und der weltweiten Finanzkrise weitere 19 Milliarden Dollar abschreiben. Die Abschreibungen belaufen sich insgesamt auf über 40 Milliarden Dollar. UBS-Verwaltungsratspräsident Marcel Ospel tritt zurück (**1.4.2008**).

Botswana

Ian Khama wird neuer Staatspräsident von Botswana. Der Sohn des ersten Staatsoberhauptes Seretse Khama tritt die Nachfolge von Festus Mogae an (**1.4.2008**).

Zypern/„Türkische Republik Nordzypern“

Zypern-Konflikt

Neues Entspannungssignal im Zypern-Konflikt: Die seit 44 Jahren gesperrte Ledra-Strasse in der Altstadt von Nikosia wird wieder geöffnet (**3.4.2008**). Die Ledra-Strasse galt als Symbol der Teilung Zypern.

Montenegro

Sieger der ersten Präsidentenwahl in Montenegro seit der Unabhängigkeit des Landes ist Amtsinhaber Filip Vujanović (*Vujanovic*) mit einem Stimmenanteil von rund 52 Prozent (**6.4.2008**). Vujanović war von 2003 an Präsident der Teilrepublik Montenegro.

Korea (Südkorea)

Vier Monate nach dem Sieg bei Präsidentenwahl gewinnt die nationalkonservative Grand National Party auch die Parlamentswahl. Mit 153 (plus 41) der 299 Sitze erobert sie die absolute Mehrheit. Die liberale United Democratic Party erhält 81 (minus 55) Mandate (**9.4.2008**).

Nepal

In Nepal finden Wahlen für eine Verfassungsgebende Versammlung statt (**10.4.2008**). Die maoistischen Kommunisten – Communist Party of Nepal (Maoist) – gehen als stärkste Kraft aus den Wahlen hervor. Sie erobern 229 der 601 Sitze. Es folgen der sozialdemokratische Nepali Congress mit 115 und die marxistisch-leninistischen Kommunisten – Communist Part of Nepal (Unified Marxist-Leninist) – mit 108 Mandaten.

Italien

Rechtsrutsch in Italien: Zwei Jahre nach der knappen Niederlage gelangt Silvio Berlusconi wieder an die Macht. Seine Allianz aus Popolo della Libertà (PdL), Lega Nord und Movimento per l'autonomia (MpA) gewinnt in beiden Kammern die absolute Mehrheit (**13.4. und 14.4.2008**).

- Die Mitte-rechts-Allianz Berlusconi kommt auf einen Stimmenanteil von 46,8 Prozent und auf 344 der 630 Sitze im Abgeordnetenhaus.
- Die Mitte-links-Allianz von Walter Veltroni, bestehend aus dem Partito Democratico/PD und Italia dei Valori/IdV, erzielt einen Stimmenanteil von 37,6 Prozent und erhält 246 Sitzen.
- 36 Sitze entfallen auf die Unione di Centro/UdC.
- Kommunistische Parteien sind im Parlament nicht mehr vertreten.
- Im Senat gewinnt Berlusconi Allianz 174 und Veltronis Bündnis 132 der insgesamt 315 Mandate.

Paraguay

Historischer Wahlsieg der Opposition in Paraguay (**20.4.2008**): Nach 61 Jahren wird das Machtmonopol des Partido Colorado gebrochen. Sieger der Präsidentenwahl ist Fernando Lugo von der Alianza Patriótica para el Cambio. Der Befreiungstheologe und ehemalige katholische Bischof erhält 41,12 Prozent der Stimmen. Die Kandidatin des Partido Colorado, Blanca Ovelar, erhält 31,02 und Exgeneral Lino Oviedo 22,04 Prozent. Im Abgeordnetenhaus bleibt der Partido Colorado stärkste Kraft mit 30 der 80 Mandate vor dem Partido Liberal Radical Auténtico (PLRA) mit 27 Sitzen. Der neue Staatschef verspricht die Bekämpfung der Armut und der Klientelwirtschaft.

Myanmar

Unwetter

Ein Zyklon fordert in Myanmar Zehntausende von Toten und Millionen Obdachlose. Die Zahl der Toten wird auf über 130'000 geschätzt. Das Militärregime lehnt ausländische Hilfe ab (**3.5.2008**).

Bolivien

Machtkampf in Bolivien: Das rohstoffreiche Departement Santa Cruz strebt Autonomie an. In einer Volksabstimmung wird das Begehren mit 86 Prozent Ja-Stimmen gutgeheißen (**4.5.2008**). Später (1.6. und 22.6. 2008) folgen die Departemente Beni, Pando und Terija mit den gleichen Forderungen. Staatschef Evo Morales bezeichnet die Abstimmungen als verfassungswidrig. Es kommt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Regierungsgegnern und Sicherheitskräften.

Irland

Der irische Ministerpräsident Bertie Ahern tritt nach fast elfjähriger Amtszeit zurück (**6.5.2008**). Der Vorsitzende der Partei Fianna Fáil war wegen einer Korruptionsaffäre unter Druck geraten. Seine Nachfolge als Regierungschef und Parteivorsitzender übernimmt Brian Cowen.

Russland

Der bisherige russische Staatspräsident Wladimir Putin, der nach zwei Amtszeiten seinen Posten zur Verfügung stellen musste, wird Ministerpräsident anstelle von Wiktor Subkow (**8.5.2008**).

Italien

Silvion Berlusconi wird nach 1994 und 2001 zum dritten Mal italienischer Regierungschef. Er bildet eine Koalition aus Forza Italia/FI, Lega Nord, Alleanza Nazionale/AN und Democrazia Cristiana per le autonomie/DCA (**8.5.2008**).

Myanmar

Myanmar erhält eine neue Verfassung, die dritte seit der Unabhängigkeit. Sie wird in einer Volksabstimmung mit rund 93 Ja-Stimmen gutgeheißen (**10.5.2008**). Die Verfassung verankert den Machteinfluss der Armee. 25 Prozent aller Parlamentssitze sind Angehörigen der Armee vorbehalten. Das Innen- und das Verteidigungsministerium werden von Militärs geleitet. Wer einen ausländischen Ehepartner hat, kann nicht für das Präsidentenamt kandidieren. Diese Bestimmung zielt auf Aung San Suu Kye ab.

Serbien

Die Koalition „für ein europäisches Serbien“ von Boris Tadić (*Tadic*) geht als stärkste Kraft aus den vorgezogenen Parlamentswahlen in Serbien hervor (**11.5.2008**). Sie erreicht einen Stimmenanteil von 39,25 Prozent und erhält 102 der 250 Sitze. 78 Mandate gewinnt die ultranationalistische Serbische Radikale Partei von Vojislav Šešelj (*Seselj*). An der Spitze der nach den Wahlen gebildeten neuen Koalitionsregierung (7.7.2008) steht Mirko Cvetković (*Cvetkovic*) von der Demokratischen Partei.

China

Katastrophen/Erdbeben

Ein verheerendes Erdbeben von der Stärke 7,9 verwüstet die chinesische Provinz Sichuan. Über 60'000 Menschen kommen ums Leben (**12.5.2008**).

Libanon

Die libanesishe Regierung und die Opposition einigen sich auf ein Abkommen zur Beendigung des seit 19 Monaten schwelenden Machtkampfes. Die in Doha (Katar) abgeschlossene Vereinbarung sieht die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit, ein neues Wahlgesetz und die Wahl von Armeechef Michel Suleiman zum Staatsoberhaupt vor (**21.5.2008**).

China (Republik China/Taiwan)

Mit Ma Ying-jeou gewinnt wieder ein Kandidat der Kuomintang die Präsidentenwahl in Taiwan (**22.5.2008**). Er erhält rund 58 Prozent der Stimmen.

Union Südamerikanischer Nationen (Unasur)

Vertreter von zwölf südamerikanischen Staaten – Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, Guyana, Kolumbien, Paraguay, Peru, Suriname, Uruguay und Venezuela – unterschreiben in Brasília den Gründungsvertrag der Union Südamerikanischer Nationen – Unión de Naciones Suramericanas/Unasur (**23.5.2008**). Die Unasur strebt nach dem Vorbild der Europäischen Union (EU) eine umfassende Integration Südamerikas an.

Libanon

Der bisherige Armeechef Michel Suleiman wird neues libanesisches Staatsoberhaupt (**25.5.2008**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Regisseur und Schauspieler Sydney Pollack stirbt im Alter von 73 Jahren (**26.5.2008**).

Nepal

In Nepal wird die seit 240 Jahren bestehende Monarchie abgeschafft. Die Verfassunggebende Versammlung ruft die Demokratische Republik Nepal aus (**28.5.2008**). König Gyanendra dankt ab.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der französische Modeschöpfer Yves Saint Laurent stirbt im Alter von 71 Jahren (**1.6.2008**).

Piraterie/UNO/EU/Nato

Somalia/USA

Angesichts der sich häufenden Überfälle auf Schiffe im Golf von Aden und vor der Küste Somalias ruft der UNO-Sicherheitsrat zur Bekämpfung der Piraterie auf (**2.6.2008**). Die Resolution 1816 ermächtigt alle Staaten, deren Kriegsschiffe vor der Küste Somalias operieren, in somalischen Hoheitsgewässern Massnahmen gegen Piraterie und bewaffnete Überfälle zu ergreifen. In einer weiteren, am 16. Dezember 2008 verabschiedeten Resolution, wird die Verfolgung von Piraten auch auf somalischem Territorium gestattet. Gestützt auf dieses UNO-Mandat sind im Jahr 2010 drei multinationale Piraterie-Bekämpfungsmissionen im Golf von Aden im Einsatz: Die Operation „Atalanta“ der Europäischen Union, die Operation „Ocean Shield“ der Nato sowie die unter US-Kommando stehende „Combined Task Force 151“.

Die Piratenüberfälle am Horn von Afrika erreichen im Jahre 2011 mit 237 Angriffen ihren Höhepunkt. 2012 gibt es einen deutlichen Rückgang. Laut Schätzungen internationaler Organisationen erpressen Piraten zwischen 2005 und 2012 über 400 Millionen Dollar an Lösegeld.

Somalia/Äthiopien

Die somalische Übergangsregierung einigt sich in Djibouti mit dem gemässigten Flügel der Alliance for the Re-liberation of Somalia (ASR) auf ein Abkommen, das einen Waffenstillstand sowie den Rückzug der äthiopischen Truppen aus Somalia vorsieht (**9.6.2008**). Die Waffenstillstandsvereinbarung bleibt wirkungslos, da die islamistischen Shabab-Milizen die Vereinbarung ablehnen und ihren Kampf fortsetzen. Im Januar 2009 ziehen sich die äthiopischen Streitkräfte, die im Dezember 2006 in den Machtkampf in Somalia eingegriffen hatten, zurück. Ab 2014 engagiert sich Äthiopien bei den Eingreiftruppen der Afrikanischen Union (African Union Mission in Somalia/Amisom).

USA

Senator Barack Obama geht als Sieger aus den Vorwahlen zur Nominierung des demokratischen US-Präsidentschaftskandidaten hervor. Obama, der erste schwarze Präsidentschaftskandidat, gewinnt in 29, seine Rivalin Hillary Clinton in 21 US-Staaten (**3.6.2008**).

EU

Irland

Die Stimmbürger Irlands lehnen den EU-Reformvertrag (Vertrag von Lissabon) mit 53,4 Prozent ab (**13.6.2008**). Damit kann die Reform nicht wie geplant in Kraft treten.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Schriftsteller Gerhard Meier stirbt im Alter von 91 Jahren (**22.6.2008**).

Simbabwe

Der Machthaber von Simbabwe, Robert Mugabe, sichert sich in einer von Repressalien, Verhaftungen und Gewalt begleiteten Stichwahl mit rund 90 Prozent Stimmenanteil die Wiederwahl zum Staatspräsidenten (**27.6.2008**). Der Sieger der ersten Wahlrunde, Morgan Tsvangirai vom Movement for Democratic Change (MDC), boykottierte wegen der Repression gegen die Opposition die zweite Wahlrunde.

Korea (Nordkorea)

Nordkorea zerstört den Kühlturm des Atomreaktors in Yongbyon (**27.6.2008**).

Mongolei

Bei Unruhen in der mongolischen Hauptstadt Ulaanbaatar kommen fünf Menschen ums Leben und Hunderte werden verletzt (**1.7.2008**). Präsident Nambaryn Enkhbayar von der regierenden der Mongolischen Revolutionären Volkspartei verhängt den Ausnahmezustand. Auslöser der Unruhen sind Proteste der oppositionellen Demokratischen Partei gegen die Parlamentswahlen. Die Opposition beschuldigt die regierende Mongolische Revolutionäre Volkspartei der Wahlfälschung.

Kolumbien

Die kolumbianische Politikerin Ingrid Betancourt wird nach über sechs Jahren aus der Gefangenschaft von Guerillas der Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (Farc) befreit (**2.7.2008**).

Erdöl

Der Erdölpreis steigt auf eine Rekordhöhe von 147,40 Dollar pro Barrel (**11.7.2008**). Danach fallen die Preise wieder – bis auf 34 Dollar fünf Monate später.

Bhutan

Das Königreich Bhutan erhält seine erste Verfassung (**18.7.2008**). Bhutan wandelt sich von einer absoluten zu einer konstitutionellen Monarchie. In der Verfassung wird die Maximierung des „Bruttosozialglücks“ die Zufriedenheit der Bevölkerung – als nationales Ziel festgeschrieben.

Jugoslawienkriege/Bosnienkrieg

Bosnien und Herzegowina/Republika Srpska

Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien

Der seit rund 12 Jahren untergetauchte frühere Präsident der bosnischen Serbenrepublik (Republika Srpska), Radovan Karadžić (*Karadzic*), einer der Hauptverantwortlichen des Bosnienkrieges, wird in Belgrad festgenommen (**21.7.2008**) und an den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien ausgeliefert. Ihm werden Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen.

China/Russland

China und Russland legen mit einem Abkommen den vierzigjährigen Streit über den Verlauf ihrer 4300 Kilometer langen Grenze bei (**21.7.2008**).

Nepal

Nach der Abschaffung der Monarchie in Nepal wird der ehemalige Gesundheitsminister Ram Baran Yadav von der Verfassungsgebenden Versammlung zum ersten Staatspräsidenten der Republik gewählt (**21.7.2008**).

WTO

Die Verhandlungen in Genf über eine Liberalisierung des Welthandels werden ergebnislos abgebrochen. Die Gespräche der Weltorganisation (WTO) scheitern am Streit über Agrarimporte (**29.7.2008**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der russische Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger Alexander Solschenizyn stirbt im Alter von 89 Jahren (**3.8.2008**).

Mauretanien

Der mauretanische Staatspräsident Sidi Mohamed Ould Cheikh Abdallahi wird durch einen Militärputsch entmachtet (**6.8.2008**). An der Spitze des Haut Conseil d'Etat steht Mohamed Ould Abdel Aziz. Im folgenden Jahr (18.7.2009) gewinnt er die Präsidentenwahl.

Malediven

Die Malediven erhalten eine neue Verfassung. Sie garantiert demokratische Grundrechte sowie eine unabhängige Justiz, schreibt die Gewaltenteilung fest und stärkt die Rolle des Parlaments (7.8.2008). Im Jahr zuvor (18.8.2007) hatte die Bevölkerung einem präsidentiell-demokratischen Regierungssystem zugestimmt.

Georgien/Georgienkrieg (Augustkrieg)

Russland/Südossetien/Abchasien

Georgische Truppen beginnen eine Offensive zur Rückgewinnung von Südossetien (**8.8.2008**). Die Region hatte sich 1990 von Georgien losgesagt. Die georgischen Streitkräfte werden von russischen Truppen zurückgeschlagen. Russische Einheiten rücken in georgisches Kernland vor. Sie bringen die Stadt Gori und den Schwarzmeerhafen Poti unter ihre Kontrolle. Nach fünf Tagen kommt, von der französischen EU-Präsidentschaft vermittelt, ein Waffenstillstand zustande. Der Georgienkrieg, auch Augustkrieg genannt, fordert über 800 Tote. Über 120 000 Menschen sind vorübergehend auf der Flucht. Russland räumt die besetzten georgischen Gebiete im Laufe des Herbstes 2008. Moskau tritt als Schutzmacht der abtrünnigen Gebiete Südossetien und Abchasien auf und anerkennt ihre staatliche Unabhängigkeit.

China

Olympische Spiele

In der chinesischen Hauptstadt Peking finden die XXIX. Olympischen Sommerspiele statt (**8.8.2008**).

Bolivien

Vertrauensabstimmungen in Bolivien (**10.8.2008**): Mit 67 Prozent Ja-Stimmen billigt die Bevölkerung den Verbleib im Amt von Staatspräsident Evo Morales und Vizepräsident Álvaro García Linera (*Alvaro Garcia Linera*). Dem „Referendum Revocatorio“ müssen sich auch die Präfekten der Departemente stellen. Die Präfekten von Cochabamba und La Paz verlieren die Abstimmung.

Libanon/Syrien

Syrien und Libanon beschliessen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen (**13.8.2008**). Beide Länder unterhielten seit ihrer Unabhängigkeit von Frankreich keine diplomatischen Beziehungen.

Nigeria/Kamerun

Nigeria überlässt die seit vielen Jahren umstrittene Bakassi-Halbinsel dem Nachbarland Kamerun (**14.8.2008**) und folgt damit einer Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag aus dem Jahr 2002. Wegen des Streits um Bakassi hatten sich Armeeangehörige beide Staaten Scharmützel geliefert.

Pakistan

Der pakistanische Staatschef Pervez Musharraf, 1999 durch einen Militärputsch an die Macht gelangt, tritt unter massivem Druck der Pakistan People's Party (PPP) zurück (**18.8.2008**). Sein Nachfolger wird Asif Ali Zardari (PPP), der Witwer der Ende Dezember 2007 ermordeten Ex-Regierungschefin Benazir Bhutto.

Nepal

Mit Pushpa Kamal Dahal erhält Nepal einen kommunistischen Regierungschef (**18.8.2008**). Der ehemalige maoistische Guerillaführer (bekannt als Prachanda) ist Vorsitzender der Communist Party of Nepal (Maoist). Nach neun Monaten tritt er zurück. Nepal erlebt in den folgenden Jahren zahlreiche Regierungswechsel.

Spanien

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Ein Passagierflugzeug vom Typ Douglas MD-2 der Spanair zerschellt direkt nach dem Start auf dem Flughafen Madrid-Barajas. 154 der 172 Insassen kommen ums Leben (**20.8.2008**).

Honduras/Alba

Honduras, bisher ein enger Verbündeter der USA, tritt dem 2004 von Kuba und Venezuela gegründeten linksorientierten Bündnis Alianza Bolivariana para los pueblos de Nuestra América (Alba) bei (**25.8.2008**).

Russland/Südossetien/Abchasien/Georgien

Russland anerkennt die staatliche Unabhängigkeit von Südossetien und Abchasien (**26.8.2008**). Beide Gebiete hatten sich 1992 von Georgien getrennt und sich einseitig für unabhängig erklärt.

USA

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Haiti

Haiti wird seit Mitte August von mehreren tropischen Stürmen heimgesucht. Dabei kommen rund 800 Menschen ums Leben (**7.9.2008**).

Bolivien/USA

Der US-Botschafter in Bolivien, Philip Goldberg, wird des Landes verwiesen (**11.9.2008**). Die Begründung: Der Botschafter treibe die Spaltung des Landes voran und konspirierte mit oppositionellen Präfekten.

Immobilienkrisen/Banken/Bankenkrisen/Finanzkrisen/Börsen/Börsenturbulenzen

Schwarzer Montag für die US-Banken: Als Folge der US-Immobilienkrise und nach vergeblichen Rettungsversuchen muss die über 150 Jahre alte Bank Lehman Brothers Insolvenz anmelden. Die drittgrößte Investmentbank Merrill Lynch wird von der Bank of America aufgekauft. Weltweit registrieren die Börsen massive Kursverluste (**15.9.2008**).

USA

Finanzkrisen/Banken/Bankenkrisen

Um die Finanzkrise einzudämmen, will die US-Regierung den Banken faule Kredite im Umfang bis zu 700 Milliarden Dollar abkaufen. Es handelt sich um die größte staatliche Rettungsaktion seit den 30er Jahren (**20.9.2008**).

Pakistan

Bei einem Sprengstoffanschlag auf das Marriott-Hotel in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad kommen über 50 Menschen ums Leben (**20.9.2008**).

Israel

Der unter Korruptionsverdacht stehende israelische Ministerpräsident Ehud Olmert kündigt seinen Rücktritt an (**21.9.2008**). Ende Juli hatte er bereits auf eine erneute Kandidatur für die Leitung der Kadima-Partei verzichtet. Neue Kadima-Vorsitzende wird Aussenministerin Tzipi Livni. Ihr Versuch, eine neue Koalitionsregierung zu bilden, scheitert. Olmert bleibt bis zur Parlamentsneuwahl 2009 im Amt.

Slowenien

In Slowenien gehen die Sozialdemokraten (SD) unter Führung von Borut Pahor als Sieger aus der Parlamentswahl hervor (**21.9.2008**). Sie gewinnen 29 Mandate (plus 19). Knapp dahinter liegt die bisher führende konservative Demokratische Partei (SDS) mit 28 Sitzen (minus 1). Drittstärkste Kraft ist die neue sozialliberale Partei Zares mit 9 Mandaten.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Schauspieler Paul Newman stirbt im Alter von 83 Jahren (**26.9.2008**).

Österreich

Bei der vorgezogenen Parlamentswahl in Österreich müssen die beiden Regierungsparteien, die Sozialdemokraten (SPÖ) und die konservative Volkspartei (ÖVP), schwere Verluste hinnehmen (**28.9.2008**). Sie kommen auf den niedrigsten Stimmenanteil seit 1945. Davon profitieren die Freiheitliche Partei (FPÖ) und das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ). Die Sozialdemokratische Partei (SPÖ) bleibt stärkste Kraft mit einem Stimmenanteil von 29,26 Prozent (minus 6,08 Prozentpunkte) und 57 Sitzen (minus 11). Auf einen Stimmenanteil von 25,98 Prozent (minus 8,35 Prozentpunkte) und 51 Mandate (minus 15) kommt die Volkspartei (ÖVP). Die Freiheitliche Partei (FPÖ) gewinnt mit einem Stimmenanteil von 17,54 Prozent (plus 6,51 Prozentpunkte) 34 Sitze (plus 13). Der neue Nationalrat setzt sich wie folgt zusammen: SPÖ: 57 (minus 11), ÖVP: 51 (minus 15), FPÖ: 34 (plus 13), BZÖ: 21 (plus 14), Grüne: 20 (minus 1).

Ecuador

Ecuador erhält eine neue Verfassung. Die Bevölkerung stimmt dem Grundgesetz mit 63,93 Prozent Ja-Stimmen zu (**28.9.2008**). Die neue Verfassung erweitert die Grundrechte auf die Rechte der Natur – Rechte von Pachamama (Mutter Erde) –, setzt auf ein sozialistisches und solidarisches Gesellschaftsmodell und sieht unter anderem ein kostenloses Gesundheits- und Bildungssystem vor. Die Macht des Staatsoberhauptes wird erweitert, eine Wiederwahl ermöglicht.

Börsen/Börsenturbulenzen/Banken

EU

Sorgen vor einer weiteren Verschärfung der Finanzkrise führen weltweit zu Kursstürzen an den Börsen. Der Dow Jones fällt unter die 10'000-Marke. Um das Bankensystem zu stabilisieren und die Ersparnisse ihrer Bürger zu schützen, geben immer mehr Regierungen der Europäischen Union (EU) Garantien für Spareinlagen ab (**6.10.2008**).

Island

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Island droht die Staatspleite. Ministerpräsident Geir Haarde warnt in einer dramatischen Fernsehansprache: „Es besteht die Gefahr, dass unsere Volkswirtschaft dem Abwärtstrend der globalen Bankenkrise nicht entkommt und unsere Nation am Ende bankrottgeht“ (**6.10.2008**). Um einen Staatsbankrott zu verhindern, werden per Notstandsgesetz die Grossbanken verstaatlicht. Die Finanzkrise hat drastische Auswirkungen auf die Wirtschaft. Dazu gehört eine schwere Rezession. Die Landeswährung verliert über 50 Prozent ihres Wertes. Sechs Wochen nach dem Zusammenbruch des Finanzsystems erhält Island vom Internationalen Währungsfonds (IWF) einen Notkredit von über zwei Milliarden Dollar.

Kanada

Bei der Parlamentswahl in Kanada stärkt die Conservative Party von Premierminister Stephen Harper ihre Position als führende Kraft, verpasst aber die absolute Mehrheit aus. Sie gewinnt 143 (plus 19 Mandate). Die Liberal Party erhält 77 (minus 26) Sitze. Der Bloc québécois entsendet 49 (minus 2) und die sozialdemokratische New Democratic Party 37 (plus 8) Abgeordnete (**14.10.2008**).

Schweiz

Banken/Bankenkrisen

Auch in der Schweiz muss der Staat massiv ins Finanzsystem eingreifen. Der Bund und die Nationalbank unterstützen die angeschlagene Bank UBS mit 68 Milliarden Franken (**16.10.2008**).

Schweiz

Parteienfusion in der Schweiz: Die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) und die Liberale Partei der Schweiz (LPS) beschliessen ihren Zusammenschluss und nennen sich die FDP.Die Liberalen (**25.10.2008**).

Litauen

Der konservative Vaterlandsbund wird erstmals nach seinem Wahlsieg von 1996 wieder stärkste Partei im litauischen Parlament. Er gewinnt 45 der 141 Mandate. Die sozialdemokratische Partei folgt mit 25 Sitzen an zweiter Stelle. Die 2004 erfolgreiche Arbeitspartei verliert 29 Mandate und hat noch 10 Sitze (12.10. und **26.10.2008**). Neuer

Regierungschef wird der konservative Politiker Andrius Kubilius. Er war schon vom November 1999 bis Oktober 2000 Ministerpräsident.

Malediven

Auf den Malediven endet nach dreissig Jahren die Ära des autoritär regierenden Präsidenten Maumoon Abdul Gayoom. Sein Herausforderer Mohamed Nasheed von der sozialliberalen Maldivian Democratic Party geht mit einem Stimmenanteil von rund 54 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor (**28.10.2008**). Es handelt sich um die ersten demokratischen Wahlen auf den Malediven. Mohamed Nasheed war wegen seiner politischen Aktivitäten mehrmals verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt worden.

Kryptowährungen/Bitcoin

Satoshi Nakamoto (vermutlich ein Pseudonym) lanciert die Idee für eine Kryptowährung mit der Bezeichnung Bitcoin (**31.10.2008**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Ozeanograf Jacques Piccard stirbt im Alter von 86 Jahren (**1.11.2008**). Er und der US-Marineleutnant Don Walsh tauchten 1960 als erste Menschen auf den Grund des Marianengrabs in 10 916 Metern Tiefe.

USA

Der Demokrat Barack Obama, Senator von Illinois, wird zum neuen US-Präsidenten gewählt (**4.11.2008**). Obama ist der erste afroamerikanische Präsident der Vereinigten Staaten. Obama erhält 365 Elektorenstimmen und 52,9 Prozent der Wählerstimmen. Auf seinen republikanischen Herausforderer John McCain, Senator von Arizona, entfallen 173 Elektorenstimmen. Joe Biden wird Vizepräsident.

Bei den Kongresswahlen verteidigen die Demokraten ihre Mehrheit im Senat und im Repräsentantenhaus. Im Senat haben die Demokraten 57 (plus 8) und die Republikaner 41 Mandate (minus 8). Hinzu kommen zwei Unabhängige, die mit den Demokraten stimmen. Im Repräsentantenhaus sind 257 Demokraten (plus 24) und 178 Republikaner (minus 24) vertreten.

Neuseeland

In Neuseeland geht die National Party als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor und kehrt damit nach neun Jahren in der Opposition an die Macht zurück (**8.11.2008**). Die National Party gewinnt 58 (plus 10) der 122 Sitze. Die Labour Party erhält 43 Mandate (minus 7). Drittstärkste Kraft sind die Grünen mit 9 Mandaten (plus 3).

G-20

In Washington findet das erste Treffen der Gruppe der Zwanzig (G-20) auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs statt (**15.11.2008**). Der Gruppe der führenden Industriestaaten und Schwellenländer gehören Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Mexiko, Russland, Saudiarabien, Südafrika, Südkorea, die Türkei und die USA sowie die Europäische Union an.

Neuseeland

John Key wird neuer neuseeländischer Premierminister (**19.11.2008**). Er bildet mit seiner National Party eine Minderheitsregierung, die parlamentarische Unterstützung von der Partei ACT New Zealand, United Future und Maori-Parteien erhält.

Slowenien

Der Sozialdemokrat Borut Pahor wird neuer slowakischer Ministerpräsident (**21.11.2008**).

Dänemark/Grönland

Die Bevölkerung Grönlands stimmt mit rund 75 Prozent Ja-Stimmen einer erweiterten Autonomie gegenüber Dänemark zu (**25.11.2008**). Die Aussen- und Verteidigungspolitik bleiben in dänischer Verantwortung. Die dänische Königin Margrethe bleibt Staatsoberhaupt. Die neue Autonomieregelung tritt am 21. Juni 2009 in Kraft.

Indien

Terroristen überfallen in der indischen Finanzmetropole Mumbai zwei Luxushotels und ein jüdisches Gemeindezentrum. Dabei kommen über 20 Menschen ums Leben (**26.11.2008**).

Rumänien

In Rumänien geht die Demokratisch-Liberale Partei/PD-L als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervor. Sie gewinnt 115 der 334 Abgeordnetenmandate. 110 Sitze gewinnen die Sozialdemokraten/PSD (**30.11.2008**). Beide Parteien bilden eine Grosse Koalition unter Führung von Emil Boc (PD-L). Das Bündnis bricht im Oktober 2009 auseinander.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten billigen die Unverjährbarkeit sexueller und pornografischer Straftaten an Kindern mit 51,9 Prozent Ja-Stimmen (**30.11.2008**).

Österreich

Der Sozialdemokrat Werner Faymann wird neuer österreichischer Bundeskanzler (**2.12.2008**). Er bildet wie sein Vorgänger und Parteikollege Alfred Gusenbauer eine Grosse Koalition mit der konservativen Volkspartei (ÖVP).

Thailand

Das thailändische Verfassungsgericht löst die People's Power Party (PPP), die Partei der Anhänger des ehemaligen Regierungschefs Thaksin Shinawatra auf (**2.12.2008**). Nachfolgerin ist die Pheu Thai Party.

Belize/Guatemala/Internationaler Gerichtshof

Die Aussenminister von Belize und Guatemala vereinbaren, den Territorialstreit zwischen ihren Staaten dem Internationalen Gerichtshof zu unterbreiten (**8.12.2008**). Offiziell geschieht dies erst elf Jahre Jahre später nach Volksabstimmungen 2018 in Guatemala und 2019 in Belize.

Friedensnobelpreis

Finnland

Der ehemalige finnische Staatspräsident und internationale Vermittler Martti Ahtisaari erhält den Friedensnobelpreis (**10.12.2008**).

Literaturnobelpreis

Frankreich/Mauritius

Der Schriftsteller Jean-Marie Gustave Le Clézio – er hat die Staatsbürgerschaft von Frankreich und Mauritius – wird mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.2008**).

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt den Zürcher Nationalrat Ueli Maurer, von 1996 bis März 1998 Vorsitzender der Schweizerischen Volkspartei (SVP), zum Bundesrat. Er ist Nachfolger von Bundesrat Samuel Schmid (**10.12.2008**).

Schengen-Raum/EU

Schweiz

Die Schweiz tritt dem Schengen-Raum bei: die systematischen Personenkontrollen zwischen der Schweiz und den Nachbarn der Europäischen Union (EU) werden abgeschafft (**12.12.2008**).

Thailand

Nach drei Umbesetzungen an der Spitze der thailändischen Regierung innert zwölf Monaten übernimmt Abhisit Vejjajiva von der Democrat Party das Amt des Ministerpräsidenten (**17.12.2008**).

Guinea

Ende einer Epoche in Guinea: Staatspräsident Lansana Conté stirbt nach über 24-jähriger Amtsdauer (**22.12.2008**). Am Tag darauf (23.12.2008) übernimmt ein Conseil national pour la démocratie et le développement (CNDD) unter Führung von Hauptmann Moussa Dadis Camara die Macht. Camara ernennt sich selbst zum Staatschef.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Erster Gazakrieg

Die israelische Armee löst mit Luftangriffen eine Offensive („Operation Gegossenes Blei“) gegen die radikal-islamische Hamas im Gazastreifen aus (**27.12.2008**).

Ghana

John Atta Mills vom National Democratic Congress (NDC) geht mit knappem Vorsprung (Stimmenanteil von 50,23 Prozent) als Sieger aus der Präsidentenwahl in Ghana hervor (**28.12.2008**).

2009

EU/Euro/Euro-Zone

Slowakei

Die Slowakei führt den Euro ein. Damit gehören 16 Staaten der Euro-Zone an (**1.1.2009**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der österreichische Schriftsteller Johannes Mario Simmel stirbt im Alter von 84 Jahren (**1.1.2009**).

Sri Lanka

Die sri-lankische Armee bringt Kilinochchi, die im Norden des Landes gelegene inoffizielle Hauptstadt der Tamil Tigers – Liberation Tigers of Tamil Eelam/LTTE – wieder unter ihre Kontrolle (**2.1.2009**). Der Bürgerkrieg tritt in seine Schlussphase.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Erster Gazakrieg

Israel rückt im Rahmen der „Operation Gegossenes Blei“ mit Bodentruppen in den Gazastreifen vor (**3.1.2009**). Begründet wird die Offensive mit dem andauernden Raketenbeschuss durch die radikal-islamische Hamas. Nach rund zwei Wochen (18.1.2009) tritt eine Waffenruhe in Kraft und die israelische Armee zieht sich zurück. Die israelischen Angriffe fordern über 1000 Tote.

Kryptowährungen/Bitcoin

Entstehung des Bitcoin-Netzwerks, des ersten digitalen Zahlungsmittels und der ersten Kryptowährung (**3.1.2009**).

Bangladesh

Zum zweiten Mal wird Sheikh Hasina Wazed Premierministerin von Bangladesh (**6.1.2009**). Sie regierte das Land bereits in den Jahren 1996 bis 2001. Ihre Partei, die Bangladesh Awami League, war knapp als stärkste Kraft aus den Parlamentswahlen (29.12.2008) hervorgegangen.

Russland/Ukraine

Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine. Die Gaslieferungen aus Russland durch die Ukraine nach Europa kommen zum Erliegen (**7.1.2009**). Erst nach langen Verhandlungen wird der Preisstreit beigelegt.

Kongo-Kinshasa/Ruanda

Kongokriege/Kivukrieg

Wende im Kivukrieg im Osten von Kongo-Kinshasa: Anführer der Rebellen des von Tutsi dominierten Congrès National pour la Défense du Peuple (CNDP) einigen sich mit der Führung der kongolesischen Armee auf eine Waffenruhe (**16.1.2009**). Der bisherige CNDP-Anführer Laurent Nkunda wird entmachtet und nach seiner Flucht nach Ruanda festgenommen. Kongolesische und ruandische Streitkräfte gehen gemeinsam gegen die Hutu-Milizen der Forces Démocratiques de Libération du Rwanda (FDLR) vor. Die ruandischen Truppen ziehen sich nach fünf Wochen zurück. Am 23. März 2009 wird in Goma ein Friedensvertrag zwischen der kongolesischen Regierung und dem CNDP geschlossen. Die Lage in der Krisenregion bleibt angespannt.

USA

Hillary Clinton, Gattin von Ex-Präsident Bill Clinton, wird US-Aussenministerin (**21.1.2009**).

Priesterbruderschaft St. Pius X./römisch-katholische Kirche

Vatikan

Im Auftrag von Papst Benedikt XVI. wird die Exkommunikation von vier Bischöfen der traditionalistischen Bruderschaft St. Pius X. aufgehoben. Unter ihnen befindet sich der Brite Richard Williamson, der als Holocaust-Leugner für Schlagzeilen sorgte (**21.1.2009**).

Island

Nach massiven Strassenprotesten der Bevölkerung gegen die Folgen der Finanzkrise (Kochlöffelrevolution) kündigt der isländische Ministerpräsident Geir Haarde vorgezogene Parlamentswahlen an (**23.1.2009**). Drei Tage später treten er und seine Regierung – eine Koalition bestehend aus der liberal-konservativen Unabhängigkeitspartei von Geir Haarde und der Sozialdemokratischen Allianz – zurück. Island erhält eine Übergangsregierung unter Führung der sozialdemokratischen Politikerin Jóhanna Sigurdardóttir (*Johanna Sigurdardottir*). Sie ist die erste Ministerpräsidentin Islands.

Bolivien

Bolivien erhält eine neue Verfassung. Die Bevölkerung stimmt dem neuen Grundgesetz mit 61,4 Prozent Ja-Stimmen zu. Die Verfassung stärkt die Rechte der Indigenen und verschafft dem Staat grössere Kontrolle über die Wirtschaft. Ausserdem billigen die Stimmbürger mit über 70 Prozent Ja-Stimmen eine Neuregelung des Grossgrundbesitzes (**25.1.2009**).

Russland/Kuba

Russland und Kuba rücken wieder näher zusammen. Der russische Staatchef Dmitri Medwedew und der kubanische Präsident Raúl Castro unterzeichnen in Moskau ein strategisches Partnerschaftsabkommen (**30.1.2009**). Russland liefert Lebensmittel an Kuba und gewährt einen Kredit von 20 Milliarden Dollar für den Kauf russischer Industrieausrüstung. Auch ist die Lieferung von mindestens 25 000 Tonnen Getreide ist vorgesehen

Somalia

Sharif Sheikh Ahmed, Vorsitzender der Alliance for the Re-liberation of Somalia (ASR), wird neuer somalischer Präsident (**31.1.2009**). Die Handlungsfähigkeit des gemässigten Islamistenführers ist wegen des Vormarschs der radikalen Shabab-Milizen stark eingeschränkt. Nach dem Abzug der äthiopischen Truppen weiten die radikalen Islamisten ihren Machtbereich aus. Auch die Hauptstadt Mogadiscio gerät ins Visier der Milizen. Wegen der schweren Kämpfe in Mogadiscio und Umgebung verlassen Zehntausende Menschen die somalische Hauptstadt.

EU

Schweiz/Rumänien/Bulgarien

Die Schweizer Stimmberechtigten billigen die unbefristete Weiterführung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der Europäischen Union (EU) und die Ausdehnung des Abkommens auf die neuen EU-Mitglieder Bulgarien und Rumänien mit 59,6 Prozent-Ja-Stimmen (**8.2.2009**).

Israel

Bei der Parlamentswahl in Israel bleibt die Zentrumspartei Kadima mit 28 der 120 Mandate knapp stärkste Kraft. Wahlsieger ist jedoch der konservative Likud. Die Partei von Benjamin Netanyahu gewinnt 15 Sitze hinzu ist neu mit 27 Abgeordneten in der Knesset vertreten. Drittstärkste Kraft wird die ultrarechte Partei Israel Beitenu von Avigdor Lieberman mit 15 Sitzen. Die Arbeitspartei muss sich mit 13 Sitzen (minus 6) begnügen (**10.2.2009**).

Simbabwe

In Simbabwe wird Morgan Tsvangirai vom Movement for Democratic Change (MDC) Regierungschef (**11.2.2009**). Darauf hatten sich Machthaber Robert Mugabe und Oppositionsführer Tsvangirai vor fünf Monaten in einem von Südafrika vermittelten Machtteilungsplan (15.9.2008) geeinigt.

USA

Der US-Kongress verabschiedet gegen den Widerstand der Republikaner ein 787 Milliarden Dollar umfassendes Konjunkturprogramm. Vorgesehen sind staatliche Investitionen und Steuererleichterungen (**13.2.2009**).

Venezuela

In Venezuela wird die Beschränkung der Amtszeit des Präsidenten und anderer politischer Mandatsträger aufgehoben. Das Verfassungsänderung wird vom Volk mit 54,87 Prozent gutgeheissen (**15.2.2009**).

Schweiz/USA

Banken

Im Steuerstreit mit den USA erklärt sich die Schweizer Grossbank UBS zur Zahlung von 780 Millionen Dollar und zur Herausgabe von Kundendaten an die US-Justizbehörden bereit. Damit wird das Bankgeheimnis aufgeweicht (**18.2.2009**).

USA

In den USA entsteht eine Protestbewegung gegen die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik von US-Präsident Barack Obama. Sie nennt sich Tea Party. Ihre Anhängerinnen und Anhänger fordern weniger Staat, weniger Steuern, weniger Regulierung. Als Initiant gilt der Börsenmakler Rick Santinelli, der zu einer neuen Tea Party aufruft (**19.2.2009**). Er nimmt damit Bezug auf die Boston Tea Party von 1773, eine Protestaktion gegen die die britische Kolonialregierung.

Lettland

In Lettland tritt Ministerpräsident Ivars Godmanis von der liberalen Partei Lettlands Weg nach massiven Protesten gegen die Wirtschaftspolitik zurück (**20.2.2009**). Sein Nachfolger wird der frühere Finanzminister Valdis Dombrovskis von der liberal-konservativen Partei Neue Ära (12.3.2009). Der 37-jährige Dombrovskis ist der jüngste Regierungschef Europas.

Lettland steckt in einer tiefen Wirtschaftskrise und steht kurz vor dem Staatsbankrott. Die Europäische Union (EU) und der Internationale Währungsfonds (IWF) haben Lettland einen Notkredit in Höhe von 7,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Die neue Regierung ergreift drastische Sparmassnahmen: Renten und Gehälter im öffentlichen Dienst werden gekürzt.

USA/Irak

US-Präsident Barack Obama kündigt den Abzug aller US-Kampftruppen aus dem Irak für 2010 an (**27.2.2009**).

Guinea-Bissau

Der Staatspräsident von Guinea Bissau, João Vieira, wird von Armeeeinghörigen ermordet (**2.3.2009**). Vieira war von November 1980 bis Mai 1999 an der Macht und feierte im Oktober 2005 sein politisches Comeback.

Ein Comeback gibt es für Expräsident Malam Bacai Sanhá. Er geht nach dem Tod von Vieira als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (26.7.2009).

Sudan

Darfur-Konflikt

Internationaler Strafgerichtshof

Der Internationale Strafgerichtshof erlässt einen Haftbefehl gegen den sudanesischen Präsidenten Omar al-Bashir wegen Kriegsverbrechen in Darfur (**4.3.2009**). Im Jahr darauf wird der Haftbefehl mit der Beschuldigung Völkermord ergänzt. Erstmals soll sich ein amtierender Staatschef vor dem Internationalen Strafgerichtshof verantworten. Laut Schätzungen hat der 2003 ausgebrochene Darfur-Konflikt 300 000 Tote gefordert. Hunderttausende Menschen wurden zu Flüchtlingen.

Frankreich/Nato

Der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy verkündet die Rückkehr Frankreichs in die Militärstruktur der Nato nach 43 Jahren (**11.3.2009**).

Deutschland

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

Ein 17jähriger Amokläufer erschießt in einer Realschule in Winnenden bei Stuttgart acht Schülerinnen, einen Schüler und drei Lehrer. Auf der Flucht tötet er drei weitere Menschen (**11.3.2009**).

Schweiz

Banken

Die Schweiz lockert das Bankgeheimnis. Ausländische Steuerhinterzieher sollen nicht mehr auf die Verschwiegenheit der Banken zählen können (**13.3.2009**).

El Salvador

El Salvador erhält erstmals einen linken Staatspräsidenten (**15.3.2009**). Der Journalist Mauricio Funes von der Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional (FMLN) geht mit einem Stimmenanteil von 51,32 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Sein Mitbewerber Rodrigo Ávila (*Ávila*) von der konservativen Alianza Republicana Nacionalista (Arena) erhält 48,68 Prozent. Im Parlament ist die Alianza stärkste Kraft.

Madagaskar

Machtwechsel in Madagaskar (**17.3.2009**): Der unter massiven Druck geratene Staatspräsident Marc Ravalomanana übergibt die Macht an die Armeeführung. Diese weigert sich jedoch und überlässt die Führung des Landes dem Oppositionspolitiker Andry Rajoelina.

Tschechien

Die tschechische Regierung von Ministerpräsident Mirek Topolánek (*Topolánek*) von der konservativen Demokratischen Bürgerpartei (ODS) wird durch ein parlamentarisches Misstrauensvotum gestürzt (**24.03.2009**). Der Parteilose Jan Fischer leitet eine Übergangsregierung.

Liechtenstein

Klaus Tschütscher wird neuer liechtensteinischer Regierungschef (**25.3.2009**). Seine Vaterländische Union (VU) war als stärkste Kraft aus der Landtagswahl (8.2.2009) hervorgegangen.

Italien

Forza Italia, die Alleanza Nazionale, die Democrazia Cristiana per le Autonomie, der Nuovo Partito Socialista Italiano und andere Mitte-rechts-Gruppierungen schliessen sich zusammen. An der Spitze der neuen Partei – Popolo della Libertà (PdL) – steht Silvio Berlusconi (**29.3.2009**).

Israel

Der Likud-Vorsitzende Benjamin Netanyahu wird neuer israelischer Ministerpräsident (**31.3.2009**). Er war schon in den Jahren 1996/1999 Regierungschef. Netanyahu steht an der Spitze einer breiten Koalitionsregierung.

Nato

Albanien/Kroatien

Albanien und Kroatien treten der Nato bei (**1.4.2009**). Dem Nordatlantik-Pakt gehören damit 28 Staaten an.

Malaysia

Der malaysische Premierminister Abdullah Ahmad Badawi tritt nach fünfeinhalb Jahren zurück. Sein Nachfolger an der Spitze der Regierung, der Parteienallianz Barisan Nasional (Nationale Front) und der United Malays National Organisation (UMNO) wird Najib Razak, Sohn des früheren Premierministers Abdul Razak (**1.4.2009**).

G-20/Banken

Schweiz

Die Gruppe der führenden Industrie- und Schwellenländer (G-20) einigt sich auf ihrer Gipfelkonferenz in London auf eine Reform des Finanzsystems. Banken und Investmentgesellschaften sollen strenger kontrolliert, Steueroasen ausgetrocknet werden. Die Schweiz kommt auf die „Graue Liste“ mangelhaft kooperierender Staaten (**2.4.2009**).

USA/Atomwaffen

US-Präsident Barack Obama entwirft in einer Rede in Prag die Vision einer atomwaffenfreien Welt (**5.4.2009**).

Korea (Nordkorea)

Nordkorea testet eine Langstreckenrakete (**5.4.2009**). Der UNO-Sicherheitsrat verurteilt den Raketentest scharf. Nordkorea reagiert mit dem Boykott der Sechsparteiengespräche zur Lösung des Atomkonflikts (14.4.2009) und kündigt die Wiederinbetriebnahme seiner Atomanlagen an. Damit endet die vor zwei Jahren eingeleitete Entspannungsphase im Atomstreit.

Dänemark

Lars Løkke Rasmussen wird neuer dänischer Ministerpräsident (**5.4.2009**). Er übernimmt die Nachfolge von Anders Fogh Rasmussen, der neuer Nato-Generalsekretär werden soll. Wie sein Vorgänger gehört er der liberalen Venstre an und setzt das Regierungsbündnis mit der Konservativen Volkspartei fort.

Mazedonien

Gjorge Ivanov von der regierenden nationalkonservativen Partei VMRO-DPMNE geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Mazedonien hervor (**5.4.2009**).

Italien

Katastrophen/Erdbeben

Ein Erbeben in den italienischen Abruzzen fordert über 300 Tote. Schwer betroffen ist die Stadt L'Aquila. Über 60 000 Menschen werden obdachlos (**6.4.2009**).

Peru

Der frühere peruanische Präsident Alberto Fujimori wird wegen Menschenrechtsverletzungen zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt (**7.4.2009**). Ihm werden von der Todesschwadron „Colina“ begangene Massaker zur Last gelegt. 2018 wird die im Vorjahr beschlossene Begnadigung Fujimoris aufgehoben. 2023 wird er vorzeitig aus der Haft entlassen. Am 11.9.2024 stirbt Fujimori

Korea (Nordkorea)

Mit einer Verfassungsänderung wird die vom nordkoreanischen Machthaber Kim Jong Il propagierte Songun-Politik (Militär zuerst – die Armee hat Priorität) neben der Juche-Ideologie als staatliche Leitlinie festgelegt. Der Kommunismus wird nicht mehr erwähnt (**9.4.2009**).

Simbabwe

Simbabwe legt wegen der seit Monaten herrschenden Hyperinflation seine eigene Währung, den Zimbabwe-Dollar, auf Eis und lässt den US-Dollar und andere Währungen als Zahlungsmittel zu (**12.4.2009**). Mitte November 2008 lag die Inflationsrate bei 79 Milliarden Prozent. Ein Laib Brot kostete 35 Millionen Zimbabwe-Dollar.

USA/Kuba

US-Präsident Barack Obama lockert das jahrzehntelange US-Embargo gegen Kuba. Künftig sollen Reisebeschränkungen für Exil-Kubaner ebenso wegfallen wie die Obergrenze für Gelder, die sie aus den USA zur Unterstützung in ihr Heimatland schicken können (**13.4.2009**).

Ungarn

Wechsel an der Spitze der ungarischen Regierung (**14.4.2009**): Das Parlament spricht Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány (*Gyurcsany*), der wegen einer Lügenrede (vgl. 18.9.2006) massiv unter Druck steht, das Misstrauen aus und wählt den parteilosen bisherigen Entwicklungs- und Wirtschaftsminister Gordon Bajnai zum Nachfolger. Bajnai bildet eine sozialistische Minderheitsregierung, die vom Bund freier Demokraten (SZDSZ) unterstützt wird.

Russland/Tschetschenien

Für Russland ist der zweite Tschetschenienkrieg beendet. Die Kremlführung erklärt die „Antiterroristische Operation“ für abgeschlossen (**16.4.2009**).

Südafrika

Der African National Congress (ANC) verliert bei der Parlamentswahl die Zweidrittelmehrheit der Mandate, verteidigt aber mit 264 der 400 Sitze die absolute Mehrheit. Zweitstärkste Kraft bleibt die Democratic Alliance mit 67 Sitzen (**22.4.2009**).

Island

In Island verliert die Unabhängigkeitspartei erstmals seit 1931 ihre Rolle als stärkste Kraft im Parlament (**25.4.2009**). Die Parlamentswahl steht ganz im Zeichen der schweren Finanzkrise. Wahlsiegerin ist die Sozialdemokratische Allianz. Sie gewinnt 20 Mandate (plus 2). Die Unabhängigkeitspartei erhält 16 Mandate (minus 9). Drittstärkste Kraft

sind die Links-Grünen mit 14 Sitzen (plus 5). Die sozialdemokratische Politikerin Jóhanna Sigurdardóttir (*Johanna Sigurdardóttir*), Chefin der vor rund drei Monaten eingesetzten Übergangsregierung, bleibt Ministerpräsidentin.

Ecuador

In Ecuador finden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen auf der Grundlage der neuen Verfassung statt (**26.4.2009**). Der bisherige Amtsinhaber Rafael Correa vom linken Movimiento Alianza PAIS (Patria Altiva i Soberana) erhält 51,99 Prozent der Stimmen. Im Parlament (Asamblea Nacional) wird seine Partei mit 59 der 124 Mandate stärkste Kraft.

Krankheiten/Seuchen/Epidemien/Schweinegrippe

Mexiko

Mexiko wird von der Schweinegrippe (A/H1N1) heimgesucht (**Ende April 2009**). Das Virus breitet sich weltweit aus.

Panama

In Panama gewinnt Ricardo Martinelli von der Mitte-rechts-Partei Cambio Democrático die Präsidentschaftswahl mit 60,03 Prozent der Stimmen (**3.5.2009**). Seine Konkurrentin vom sozialdemokratischen Partido Revolucionario Democrático (PRD), Balbina Herrera, erhält 37,54 Prozent. Im Parlament verliert der PRD seine langjährige Führungsrolle. Die Alianza por el Cambio gewinnt 41 der 71 Mandate

Südafrika

Jacob Zuma wird vom Parlament zum neuen südafrikanischen Staatsoberhaupt gewählt (**6.5.2009**).

Malediven

Erstmals findet auf den Malediven eine freie und demokratische Parlamentswahl statt (**9.5.2009**). Die Moldivian Democratic Party (MDP) von Staatspräsident Mohamed Nasheed erhält mit 30,8 Prozent die meisten Stimmen und 26 der 77 Sitze. Die Moldivian People's Party (DRP) von Expräsident Maumoon Abdul Gayoom gewinnt mit 28 Sitzen die meisten Mandate bei 24,6 Prozent Stimmenanteil:

Indien

Bei der Parlamentswahl in Indien (16.4.2009 bis **13.5.2009**) behauptet sich die von der Kongresspartei (Indian National Congress/INC) angeführte United Progressive Alliance (UPA) als führende Kraft. Mit Unterstützung anderer Parteien kann sich die Allianz von Premierminister Manmohan Singh auf 322 der 543 Abgeordneten stützen. Die hindu-nationalistische Bharatiya Janata Party (BJP) und die von ihr angeführte National Democratic Alliance (NDA) erhalten 159 Mandate

Sri Lanka

Der sri-lankische Staatschef Mahinda Rajapakse erklärt die Tamil Tigers – Liberation Tigers of Tamil Eelam LTTE – für besiegt und verkündet das Ende des Bürgerkrieges (**16.5.2009**).

- Die Tamil Tigers gestehen ihre Niederlage ein (17.5.2009).
- Die Armeeführung versichert, das ganze Land sei wieder unter ihrer Kontrolle (18.5.2009).
- Der LTTE-Führer Velupillai Prabhakaran wird bei der Flucht vor Regierungstruppen erschossen (18.5.2009).
- Der ein Vierteljahrhundert dauernde Bürgerkrieg forderte über 100 000 Tote. 20 000 Menschen gelten als vermisst. Sie werden elf Jahre später für tot erklärt.
- Hunderttausende Menschen flüchteten. Über 40 000 gelangten in die Schweiz.
- Laut einem 2015 veröffentlichten UNO Bericht wurden sowohl von der sri-lankischen Armee als auch von den Tamil Tigers „sehr wahrscheinlich“ Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen begangen. Die Regierung blockiert deren Aufarbeitung.

Litauen

EU-Kommissarin Dalia Grybauskaitė (*Grybauskaitė*) wird zur Staatspräsidentin Litauens gewählt. Sie erhält 69,1 Prozent der Stimmen (**17.5.2009**). Dalia Grybauskaitė, parteilos, ist die erste Frau an der Spitze des Staates.

Irland/USA/Kanada/Deutschland

Römisch-katholische Kirche

In katholischen Heimen und Schulen Irlands wurden nach einem offiziellen Untersuchungsbericht jahrzehntelang Tausende Minderjährige missbraucht (**20.5.2009**).

Missbrauchsskandale erschüttern auch andere Länder: so die USA, Kanada und Deutschland

Mongolei

Der mongolische Präsident Nambaryn Enkhbayar von der regierenden der Mongolischen Revolutionären Volkspartei wird abgewählt. Zum neuen Staatschef wird der frühere Ministerpräsident Tsakhiagiin Elbegdorj gewählt. Der Kandidat der Demokratischen Partei erhält 51,93 Prozent der Stimmen (**24.5.2009**).

Korea (Nordkorea)

Nordkorea führt einen zweiten unterirdischen Atomtest durch (**25.5.2009**). Der UNO-Sicherheitsrat reagiert mit der Verschärfung der Sanktionen gegen Nordkorea. Unter anderem wird das Waffenembargo ausgeweitet (12.6.2009).

USA

Der US-Autokonzern General Motors meldet Insolvenz an. Nach dem Konkurs soll GM als kleineres Unternehmen weitergeführt werden. Die Regierung will den Sanierungsprozess mit 30 Milliarden Dollar finanzieren (**1.6.2009**).

Frankreich

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Ein Airbus der Air France stürzt auf dem Flug von Rio de Janeiro nach Paris in den Atlantik. Alle 228 Insassen kommen ums Leben (**1.6.2009**).

USA

US-Präsident Barack Obama verspricht in einer Rede in Kairo der islamischen Welt einen Neuanfang in gegenseitigem Respekt (**4.6.2009**).

EU/Europäisches Parlament

Die christlichdemokratische Europäische Volkspartei (EVP) behauptet sich bei der Wahl des Europäischen Parlaments (**4.6. bis 7.6.2009**) als stärkste politische Kraft und gewinnt 265 von 736 Sitzen. Die Sozialdemokraten sind als zweitstärkste Fraktion mit 184 Abgeordneten vertreten. Die Liberalen erhalten 84, die Europäischen Konservativen und Reformer 55, die Grünen 55, die Vereinte Europäische Linke 35 und die EU-skeptische Fraktion Europa der Freiheit und Demokratie 32 Mandate. Hinzu kommen 26 Fraktionslose.

Libanon

Aus der Parlamentswahl in Libanon (**7.6.2009**) geht die „Allianz 14. März“ von Saad Hariri erneut als stärkste Kraft hervor. Sie gewinnt 71 der 128 Mandate. Die „Allianz 8. März“ mit der Freien Patriotischen Bewegung, der Hizbullah und der Amal als stärkste Kräfte erhält 57 Mandate.

Gabun

Der Staatschef von Gabun, Omar Bongo, stirbt nach über vierzigjähriger Herrschaft im Alter von 73 Jahren (**8.6.2009**). Er war der am längsten herrschende Staatspräsident Afrikas. Neuer Präsident wird sein Sohn Ali Bongo

Iran

Der iranische Präsident Mahmud Ahmadinejad wird in einer umstrittenen Volkswahl mit einem Stimmenanteil von rund 62 Prozent in seinem Amt bestätigt (**12.6.2009**). Die Opposition unter Führung von Mir-Hossein Moussavi spricht von massivem Wahlbetrug. Hunderttausende Menschen demonstrieren an den folgenden Tagen auf den Strassen Teherans und fordern Neuwahlen.

Brasilien/Russland/Indien/China/Südafrika

Bric/Brics

In Jekaterinburg findet ein Gipfeltreffen der sogenannten Schwellenstaaten Brasilien, Russland, Indien und Chinas statt (**16.6.2009**). 2011 nimmt auch Südafrika am Gipfeltreffen teil. Aus Bric (Anfangsbuchstaben der Länder) wird Brics.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Popsänger Michael Jackson, der „King of Pop“, stirbt im Alter von 50 Jahren an einer Überdosis eines Narkosemittels (**25.6.2009**).

Albanien

Bei der Parlamentswahl in Albanien bleibt die Demokratische Partei von Sali Berisha stärkste Kraft mit 68 (plus 12) Sitzen. Die Sozialistische Partei gewinnt 65 (plus 23) Sitze (**28.6.2009**).

Honduras

Putsch in Honduras (**28.6.2009**). Staatspräsident Manuel Zelaya wird von Armeee Angehörigen verhaftet und nach Costa Rica ausgeflogen. Die Festnahme erfolgt in den frühen Morgenstunden, Zelaya ist noch im Pyjama, deshalb die Bezeichnung Pyjama-Putsch. Der Putsch wird international scharf verurteilt. Zelaya plante ein Referendum über die Bildung einer Verfassungsgebenden Versammlung mit der Absicht, den Weg für eine zweite Amtszeit zu ebnen. Der Oberste Gerichtshof erklärte das Vorhaben als verfassungswidrig. Auch der Linkskurs der Regierung heizte die Stimmung in der konservativen Elite gegen Zelaya an. Zelayas kehrt drei Monate später (21.9.2009) heimlich in seine Heimat zurück und erhält Asyl in der brasilianischen Botschaft.

Kroatien

Der kroatische Ministerpräsident Ivo Sanader tritt überraschend zurück (**1.7.2009**). Er legt auch sein Amt als Vorsitzender der regierenden nationalkonservativen Demokratischen Union (HDZ) nieder. Sanader steht unter Korruptionsverdacht und wird bei seiner Flucht nach Österreich verhaftet (10.12.2010). Jadranka Kosor übernimmt die Nachfolge von Sanader (6.7.2010). Sie ist die erste Ministerpräsidentin Kroatiens.

Bulgarien

Die 2006 gegründete Mitte-rechts-Bewegung „Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens“ (Gerb) geht als Siegerin aus der Parlamentswahl in Bulgarien hervor. Sie gewinnt 116 der 240 Sitze. Die von der Sozialistischen

Partei angeführte Koalition für Bulgarien verliert 42 Mandate und zählt noch 40 Abgeordnete. Die Nationale Bewegung für Stabilität und Frieden von Simeon Sakskoburggotski scheitert an der Vier-Prozent-Hürde (**5.7.2009**). Neuer Regierungschef wird der Gerb-Gründer Bojko Borisow (**27.7.2009**).

China

Bei schweren Unruhen in Ürümqi, der Hauptstadt der chinesischen Uiguren-Region Xinjiang, kommen nach offiziellen chinesischen Angaben 197 Menschen ums Leben (**5.7.2009**).

Nach dem Tod von zwei uigurischen Wanderarbeitern in Shaoguan, im Süden Chinas, verbreiten sich Gerüchte über die Vergewaltigung von Han-Chinesinnen durch Uiguren. Zwei Wochen nach dem Vorfall verlangen Demonstranten in Ürümqi Aufklärung durch die Behörden. Sicherheitskräfte gehen gewaltsam gegen die Demonstranten vor. Es kommt zu Übergriffen von Uiguren gegen Han-Chinesen.

Die blutigen Auseinandersetzungen haben dramatische Folgen: Es kommt zu Verhaftungswellen. Die Repression gegen die muslimischen Uiguren nimmt zu.

Atomwaffenfreie Zone/Afrika

Dreizehn Jahre nach seiner Unterzeichnung tritt der Vertrag von Pelindaba zur Schaffung einer afrikanischen kernwaffenfreien Zone in Kraft (**15.7.2009**).

Moldau

Machtwechsel in der Republik Moldau: Die Kommunistische Partei verliert ihre Vormachtstellung im Parlament (**29.7.2009**). Bei der zweiten Parlamentswahl innert drei Monaten erobern die vier verbündeten Oppositionsparteien – Liberaldemokratische Partei, Liberale Partei, Demokratische Partei und die Allianz Unsere Moldau – die Mehrheit der Mandate. Nach der Parlamentswahl vom 5. April beklagt sich die Opposition über Wahlbetrug. Eine Neuwahl des Parlaments wird notwendig, weil sich die Volksvertreter nicht auf die Wahl eines neuen Staatspräsidenten einigen können.

Nato

Dänemark

Der frühere dänische Ministerpräsident Anders Fogh Rasmussen wird neuer Nato-Generalsekretär (**1.8.2009**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Schriftsteller Hugo Lötscher stirbt im Alter von 79 Jahren (**18.8.2009**).

Schweiz/Libyen

Der Schweizer Bundespräsident Hans-Rudolf Merz unterzeichnet in Tripolis einen Vertrag über die Normalisierung der Beziehungen, doch seine Bemühungen um die Freilassung von zwei Schweizer Bürgern bleiben erfolglos (**20.8.2009**).

Japan

Historischer Machtwechsel in Japan: Angesichts wachsender Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Politik der Regierung erringt die oppositionelle Demokratische Partei Japans bei der Parlamentswahl einen deutlichen Sieg. Sie wird mit 308 Mandaten (plus 195) stärkste Kraft im 480 Mitglieder zählenden Unterhaus und verdrängt damit die Liberaldemokratische Partei vom ersten Platz. Die seit 1955 nur mit einem kurzen Unterbruch (1993/1994) regierende Liberaldemokratische Partei verliert 177 Sitze und ist noch mit 119 Abgeordneten vertreten. Erstmals erhält in der Nachkriegszeit eine Partei mehr als 300 Mandate (**30.8.2009**).

Japan

Hatoyama Yukio wird neuer japanischer Ministerpräsident. Der Vorsitzende der Demokratischen Partei Japans, die bei der Parlamentswahl vom 30. August einen Erdrutschsieg errungen hatte, bildet eine Koalitionsregierung aus seiner Demokratischen Partei, der Sozialdemokratischen Partei und der Neuen Volkspartei (**16.9.2009**).

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt den freisinnigen Neuenburger Staatsrat Didier Burkhalter zum neuen Bundesrat. Er ist Nachfolger von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz (**16.9.2009**). Ab 2012 übernimmt Didier Burkhalter die Leitung des Aussenministeriums (Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten/EDA).

Moldau

In der Republik Moldau bilden die in der Allianz für europäische Integration verbündeten Parteien (Liberaldemokratische Partei, Liberale Partei, Demokratische Partei und die Allianz Unsere Moldau) eine Regierung unter Führung des liberaldemokratischen Parteivorsitzenden Vlad Filat (**25.9.2009**).

Deutschland

Denkzettel für die Parteien der Grossen Koalition bei der Bundestagswahl in Deutschland (**27.9.2009**): Die Sozialdemokraten erzielen mit 23,0 Prozent Stimmenanteil (minus 11,2 Prozentpunkte) ihr schlechtestes und die Unionsparteien CDU/CSU – Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union – mit 33,8 Prozent (minus 1,4) ihr zweitschlechtestes Ergebnis seit 1949. Rekordergebnisse erzielen die Freien Demokraten (FDP) mit einem Stimmanteil von 14,6 Prozent (plus 4,7 Prozentpunkte), die Linke mit 11,9 (plus 3,2 Prozentpunkte) und die Grünen mit 10,7 Prozent (plus 2,6 Prozentpunkte). Von den 622 Mandaten im Bundestag gehen 239 an die

Unionsparteien CDU/CSU, 146 an die Sozialdemokraten, 93 an die Freien Demokraten, 76 an die Linke und 68 an die Grünen.

Portugal

Bei der Parlamentswahl in Portugal verlieren die regierenden Sozialisten 24 Mandate, bleiben aber mit 97 von insgesamt 230 Sitzen stärkste Kraft (**27.09.2009**). Die konservativ-liberale Sozialdemokratische Partei (Partido Social Democrata/PSD) gewinnt 81 Mandate (plus 10). Drittstärkste Kraft ist das konservative Centro Democrático e Social – Partido Popular (CDS-PP) mit 21 Mandaten (plus 9). Der Linksblock (Bloco de Esquerda) gewinnt 16 (plus 8) und die Demokratische Einheitskoalition (Coligação Democrática Unitária/CDU) 15 (plus 1).

Guinea

In Conakry, der Hauptstadt von Guinea, schiessen Sicherheitskräfte auf Teilnehmer einer Massenkundgebung von Regimekritikern. Dabei kommen über 100 Menschen ums Leben und mehr als tausend werden verletzt. Etwa 50 000 Menschen hatten sich im Stadion von Conakry zu einer Protestkundgebung versammelt (**28.9.2009**).

Europarat/Norwegen

Der frühere norwegische Ministerpräsident, Aussenminister und Chef der Arbeiterpartei Thorbjørn Jagland wird neuer Generalsekretär des Europarates (**29.9.2009**).

EU

Irland

Im zweiten Anlauf heisst die Bevölkerung Irlands den EU-Reformvertrag (Vertrag von Lissabon) mit 67 Prozent Ja-Stimmen gut (**2.10.2009**).

Griechenland

In Griechenland geht die oppositionelle Panhellenische Sozialistische Bewegung (Pasok) als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor und verdrängt die konservative Nea Dimokratia in die Opposition (**4.10.2009**). Neuer Ministerpräsident wird Giorgos Papandreou, Sohn des früheren Regierungschefs Andreas Papandreou (6.10.2009). (

Italien

Der italienische Satiriker Beppe Grillo gründet das Movimento Cinque Stelle M5S (**4.10.2009**). Mitbegründer ist der Internetunternehmer Gianroberto Casaleggio. Dem Movimento gelingt eine rasche Etablierung in der Parteienlandschaft. Erste Erfolge werden bereits bei den Regionalwahlen im folgenden Jahr erzielt. Die fünf Sterne stehen für Ambiente, Acqua, Sviluppo, Connettività, Trasporti (Umwelt, Wasser, Entwicklung, Konnektivität und Verkehr). Überdruß, Wut, und Frustration über alle politischen Parteien sind der Nährboden der Protestbewegung.

Costa Rica

Der ehemalige costa-ricanische Staatspräsident Rafael Ángel Calderón Fournier (Calderon Fournier) wird wegen Korruption zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt (**5.10.2009**).

Türkei/Armenien

Die Türkei und Armenien unterzeichnen in Zürich ein unter Schweizer Vermittlung ausgehandeltes Abkommen zur Normalisierung ihrer Beziehungen (**10.10.2009**).

Malediven

Umwelt/Klima

Die Regierung der Malediven tagt in Taucheranzügen auf dem Meeresgrund und richtet einen dringenden Appell an die Welt, mehr gegen den Ausstoss von Treibhausgasen zu unternehmen (**17.10.2009**). Die Malediven sind vom Klimawandel wegen des befürchteten Anstiegs des Meeresspiegels besonders bedroht.

Italien

Pier Luigi Bersani, ehemaliger Präsident der Region Emilia-Romagna und früherer Wirtschaftsminister, wird in einer Urabstimmung zum neuen Vorsitzenden des Partito Democratico/PD gewählt (**25.10.2009**).

Uruguay

Zum zweiten Mal nach 1989 befürworten die Stimmberechtigten Uruguays die Beibehaltung des Amnestiegesetzes von 1986, das Militärs und Polizisten Straffreiheit für Menschenrechtsverletzungen vor März 1985 zusichert (**25.10.2009**).

Deutschland

Ende der Grossen Koalition (Unionsparteien CDU/CSU und Sozialdemokraten) in Deutschland: Bundeskanzlerin Angela Merkel bildet eine Koalitionsregierung mit den Freien Demokraten (FDP). Guido Westerwelle (FDP) wird stellvertretender Bundeskanzler und Aussenminister (**28.10.2009**).

Pakistan

Bei einem Autobombenanschlag in der pakistanischen Stadt Peshawar kommen über 130 Menschen ums Leben (**28.10.2009**).

USA

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

Auf dem texanischen Militärstützpunkt Fort Hood erschiesst ein Militärpsychiater 13 Menschen. Über 30 werden verletzt (**5.11.2009**).

Libanon

Saad Harari, Sohn des 2005 bei einem Attentat ums Leben gekommenen Ex-Premierminister Rafik Hariri wird neuer libanesischer Regierungschef (**9.11.2009**). Hariris „Allianz 14. März“ war als Siegerin aus der letzten Parlamentswahl (7.6.2009) hervorgegangen.

EU

Zwei neue Spitzenposten in der Europäischen Union: Der belgische Premierminister Herman van Rompuy wird Präsident des Europäischen Rates, des Gremiums der Staats- und Regierungschefs, und die britische EU-Handelskommissarin Catherine Ashton Hohe Repräsentantin für die Aussen- und Sicherheitspolitik. Gleichzeitig ist Catherine Ashton Erste Vizepräsidentin der EU-Kommission (**19.11.2009**).

Philippinen

In der philippinischen Provinz Maguindanao überfallen Paramilitärs des Ampatuan-Clans den Konvoi von Angehörigen eines Gouverneurskandidaten und töten 57 Menschen, darunter 32 Journalisten (**23.11.2009**). Zehn Jahre danach werden die Schuldigen zu einer lebenslänglichen Strafe verurteilt.

Belgien

Der Christdemokrat Yves Leterme wird zum zweiten Mal nach 2008 Belgiens Regierungschef (**25.11.2009**).

Saint Vincent und die Grenadinen

Die britische Königin Elizabeth II. bleibt Staatsoberhaupt des karibischen Inselstaates Saint Vincent und die Grenadinen. Die Bevölkerung lehnt mit rund 56 Prozent Nein-Stimmen eine neue Verfassung und die Einführung der Republik ab (**25.11.2009**).

Russland

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Explosion im Schnellzug St. Petersburg-Moskau in der Nähe von Bologoje (**27.11.2009**). Drei Wagen entgleisen. 26 Fahrgäste kommen ums Leben und etwa 100 werden verletzt. Für die Behörden handelt es sich um ein Attentat.

Schweiz

In der Schweiz dürfen keine Minarette mehr gebaut werden. Die Schweizer Stimmberechtigten heissen die Initiative „gegen den Bau von Minaretten“ mit einem Ja-Stimmenanteil von 57,5 Prozent gut (**29.11.2009**).

Honduras

Porfirio Lobo Sosa wird zum neuen Staatspräsidenten von Honduras gewählt (**29.11.2009**). Der Kandidat des konservativen Partido Nacional erhält 56,56 Prozent der Stimmen. Im Parlament hat die Präsidentenpartei mit 71 der 128 Sitze die absolute Mehrheit.

Die Wiedereinsetzung des durch einen Putsch gestürzten Präsidenten Manuel Zelaya bis Ende des Regentschaft Ende Januar 2010 lehnt das Parlament ab (2.12.2009). Zelaya erhält in der Dominikanischen Republik Asyl und kann im Mai 2011 in seine Heimat zurückkehren.

Uruguay

Uruguay bleibt auf Linkskurs. José Mujica vom Bündnis Frente Amplio geht mit einem Stimmenanteil von 54,63 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor. Sein Konkurrent Luis Alberto Lacalle vom konservativen Partido Nacional erhält 45,37 Prozent (**29.11.2009**). Im Parlament ist der Frente Amplio nach wie vor stärkste Kraft.

EU

Der 2004 unterzeichnete EU-Reformvertrag (Vertrag von Lissabon) tritt in Kraft (**1.12.2009**). Gleichzeitig wird auch die 2007 unterzeichnete „Charta der Grundrechte“ rechtskräftig.

USA/Afghanistan/Afghanistan-Konflikt

US-Präsident Barack Obama beschliesst, die Truppenpräsenz der USA in Afghanistan um 30'000 auf rund 100'000 Mann zu erhöhen (**1.12.2009**).

Guinea

Der Machthaber von Guinea, Moussa Dadis Camara, wird bei einem Anschlag schwer verletzt (**3.12.2009**). Sein Stellvertreter, Sékouba Konaté, übernimmt bis zu den nächsten Wahlen die Führung des Landes. Er setzt eine zivile Übergangsregierung ein.

Russland

Katastrophen/Brandkatastrophen

Bei einer Brandkatastrophe in einem Nachtclub in der russischen Stadt Perm kommen über 100 Menschen Leben (5.12.2009).

Bolivien

Der bolivianische Präsident Evo Morales schafft die Wiederwahl mit einem Stimmenanteil von 64,22 Prozent. Sein Movimiento al Socialismo (MAS) baut die Führungsposition im Abgeordnetenhaus aus und gewinnt 88 (plus 16) der 130 Sitze (6.12.2009).

USA

Nach 13 Jahren juristischer Tauziehen entschädigt die US-Regierung Ureinwohner mit rund 3,4 Milliarden Dollar (8.12.2009). US-Präsident Barack Obama hatte sich dafür stark gemacht. Die Einigung sieht unter anderem vor, dass mehr als 300 000 Angehörige von Ureinwohnerstämmen vor allem in North Dakota, South Dakota, Oklahoma und Montana 1,4 Milliarden Dollar als Ersatz für vergangene und künftige Ansprüche erhalten. Weitere zwei Milliarden Dollar will die Regierung zahlen, um Land zu kaufen, das in vergangenen Generationen in immer kleinere Einheiten unterteilt wurde

Friedensnobelpreis

USA

US-Präsident Barack Obama wird mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (10.12.2009).

Literaturnobelpreis

Deutschland

Die in Rumänien geborene deutsche Schriftstellerin Herta Müller wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (10.12.2009).

Chile

Bei der Wahl des Abgeordnetenhauses in Chile verliert das Mitte-links-Bündnis Concertación de partidos por la Democracia erstmals seit 1989 ihre Rolle als stärkste Kraft (13.12.2009). Die Mitte-rechts-Allianz Coalición por el Cambio (früher Alianza por Chile bzw. Democracia y Progreso) erobert mit 58 Sitzen (plus 4) den Spitzenplatz. Auf das Mitte-links-Bündnis Concertación de partidos por la Democracia entfallen 57 Mandate (minus 8). Die Präsidentenwahl geht in eine zweite Runde.

Griechenland/Euro

Nachdem die griechische Regierung die Staatsverschuldung drastisch nach oben korrigieren musste, wird die Kreditwürdigkeit Griechenlands von Rating-Agenturen herabgestuft (16.12.2009). Es kursieren Gerüchte um eine Staatspleite. Griechenland hat rund 300 Milliarden Euro Schulden angehäuft. Der Euro gerät unter Druck. Die Schuldenkrise in der Euro-Zone nimmt ihren Anfang.

USA

US-Präsident Barack Obama entschuldigt sich «im Namen des Volkes der Vereinigten Staaten bei allen Native peoples (Ureinwohnern) für die vielen Vorfälle von Gewalt, Misshandlung und Vernachlässigung, die den Natives peoples zugefügt wurden» (19.12.2009).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der französische Kosmetikunternehmer Yves Rocher stirbt im Alter von 79 Jahren (26.12.2009).

2010

Vereinigte Arabische Emirate

In Dubai (Vereinigte Arabische Emirate) wird der Burj Khalifa, mit 828 Metern das höchste Bauwerk der Welt, eingeweiht (**4.1.2010**).

Kroatien

Ivo Josipović (*Josipovic*) geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Kroatien hervor (**10.1.2010**). Er kandidierte für die Sozialdemokraten.

Haiti

Katastrophen/Erdbeben

Haiti wird von einem verheerenden Erdbeben heimgesucht. Die Hauptstadt Port-au-Prince liegt in Trümmern. Nach Angaben der Regierung (ein Jahr danach) kommen über 300'000 Menschen ums Leben. Schätzungsweise 1,5 Millionen Menschen werden obdachlos (**12.1.2010**).

Chile

Sebastián Piñera (*Pinera*) geht als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt in Chile hervor (**17.1.2010**). Der Kandidat der rechtskonservativen Coalición por el Cambio erhält 51,61 Prozent der Stimmen. Der Christdemokrat Eduardo Frei verpasst sein Comeback als Staatsoberhaupt. Er erhält 48,39 Prozent der Stimmen. Frei war 1993 zum Präsidenten gewählt worden.

Ukraine

Wiktor Janukowitsch von der russisch orientierten Partei der Regionen geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in der Ukraine hervor (**7.2.2010**). Der ehemalige Ministerpräsident erhält 48,95, seine Rivalin, die bisherige Regierungschefin Julia Timoschenko, 45,47 Prozent der Stimmen. Janukowitsch hatte 2004 die Präsidentenwahl verloren. Der bisherige Amtsinhaber Wiktor Juschtschenko schied chancenlos bereits in der ersten Wahlrunde aus.

Costa Rica

Costa Rica erhält erstmals eine Staatspräsidentin (**2.2.2010**). Die ehemalige Vizepräsidentin Laura Chinchilla Miranda vom sozialdemokratischen Partido Liberación Nacional (PLN) gewinnt die Präsidentenwahl mit einem Stimmenanteil von 46,91 Prozent. Ihre Partei ist im Abgeordnetenhaus stärkste Kraft mit 24 der 57 Sitze.

Uruguay

In Uruguay wird der frühere Machthaber Juan María Bordaberry wegen seiner Rolle während des Staatsstreichs von 1973 zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt (**10.2.2010**).

Kanada

Olympische Spiele

In Vancouver, in der kanadischen Provinz British Columbia, finden die XXI. Olympischen Winterspiele statt (**12.2.2010**).

Niger

Armeeputsch in Niger: Staatspräsident Mamadou Tandja wird abgesetzt (**18.2.2010**). Die neuen Machthaber stellen Wahlen in Aussicht.

Ukraine

Die ukrainische Ministerpräsidentin Julia Timoschenko tritt nach einem Misstrauensvotum im Parlament zurück (**3.3.2010**). Ihr Nachfolger wird Mikola Asarow von der russisch orientierten Partei der Regionen.

Thailand

In Bangkok beginnt eine Protestwelle der oppositionellen United Front for Democracy against Dictatorship (UDD), der sogenannten Rothemden, gegen die thailändische Regierung (**12.3.2010**). Die Rothemden, die dem früheren Machthaber Thaksin Shinawatra nahestehen, fordern den Rücktritt der Regierung und Neuwahlen.

USA

US-Präsident Barack Obama setzt im Kongress eine fundamentale Gesundheitsreform durch, die 32 Millionen unversicherten Amerikanern Schutz bieten soll. Die Republikaner stimmen geschlossen gegen die Vorlage (**21.3.2010**).

Bangladesh

In Bangladesh setzt die Regierung ein Sondertribunal – International Crimes Tribunal – für die Ahndung von Kriegsverbrechen ein, die während des Unabhängigkeitskrieges 1971 begangen wurden (**25.3.2010**). Zu den bekanntesten zum Tode verurteilten und hingerichteten ehemaligen Politikern gehören Motiur Rahman Nizami, Vorsitzender der grössten Islamistenpartei Jamaat-e-Islami (Hinrichtung am 11. Mai 2016) und Salahuddin Kader Chowdhury, Chef der Bangladesh Nationalist Party (Hinrichtung am 22. November 2015).

Korea (Nordkorea)

Korea (Südkorea)

Nordkorea versenkt das südkoreanische Kriegsschiff „Cheonan“. Dabei kommen 46 Seeleute ums Leben (**26.3.2010**).

Russland

Bei Sprengstoffanschlägen in zwei Moskauer Metro-Stationen kommen 40 Menschen ums Leben (**29.3.2010**).

Kirgistan

Nach Massenprotesten gegen die Regierung wird der kirgisische Staatspräsident Kurmanbek Bakijew entmachtet (**7.4.2010**). Die ehemalige Aussenministerin Rosa Otunbajewa übernimmt für eine Übergangsperiode die Führung des Landes.

USA/Russland

Abrüstung/Rüstungskontrolle

Die Präsidenten der USA und Russlands, Barack Obama und Dmitri Medwedew, unterzeichnen in Prag einen neuen Abrüstungsvertrag – Strategic Arms Reduction Treaty (New-Start-Treaty). Das Abkommen begrenzt die Zahl der einsatzfähigen Atomsprengköpfe auf je 1550. Die Zahl der Trägersysteme (Raketen, U-Boote, Flugzeuge) wird auf je 800 begrenzt (**8.4.2010**).

Polen/Russland

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Der polnische Staatspräsident Lech Kaczyński (*Kaczynski*) und weitere hochrangige Vertreter Polens kommen bei einem Flugzeugabsturz in der Nähe der russischen Stadt Smolensk ums Leben (**10.4.2010**). Sie wollten an einer Veranstaltung zur Erinnerung an die Opfer des Massakers von Katyn teilnehmen. An Bord des Flugzeuges befanden sich 96 Menschen. Niemand überlebt den Absturz.

Südsudan

Salva Kiir geht mit einem Stimmenanteil von 92,99 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl im Südsudan hervor. Seine Partei – Sudan People's Liberation Movement (SPLM) – gewinnt 160 der 170 Sitze im Parlament (11.4. bis **15.4.2010**). Die Wahlen finden rund neun Monate vor der geplanten Unabhängigkeitsabstimmung statt.

Island

Flugverkehr

Eine Aschewolke des isländischen Vulkans Eyjafallaökuill legt den Flugverkehr während mehrerer Tage in weiten Teilen Europas lahm. (**16.4.2010**).

„Türkische Republik Nordzypern“

Derviş Eroğlu (Dervis Eroglu) wird zum neuen Präsidenten der „Türkischen Republik Nordzypern“ gewählt (**18.4.2010**). Er war bisher Regierungschef.

Sri Lanka

Sri Lanka erhält einen neuen Regierungschef: Dissanayaka Mudiyanse (D.M.) Jayaratne von der linken Sri Lanka Freedom Party (**21.4.2010**). Seine United People's Alliance war als klare Siegerin aus der Parlamentswahl Anfang April (8.4.2010) hervorgegangen. Die Allianz gewann 144 der 225 Mandate.

USA

Katastrophen/Bohrinselnkatastrophen/Umweltkatastrophen

Umweltkatastrophe im Golf von Mexiko: Nach dem Untergang einer Bohrinsel (**22.4.2010**) infolge einer Explosion strömen täglich Hunderttausende Liter Öl ins Meer. Eine verheerende Ölpest an den Küsten mehrerer US-Staaten ist die Folge. Erst nach über 100 Tagen gelingt es, das defekte Bohrloch zu schließen. Schätzungsweise sind 780 Millionen Liter ins Meer geflossen.

Ungarn

Konservativer Erdrutschsieg bei der Parlamentswahl in Ungarn (11.4. und **25.4.2010**): Die nationalkonservative Partei Fidesz-Ungarischer Bürgerbund (Fidesz-MPSZ) und die verbündete Christlich-Demokratische Volkspartei (KNDP) gewinnen rund 52 Prozent der Stimmen und mit 263 Sitzen die Zweidrittelmehrheit. Die bisher regierenden Sozialisten (MSZP) verlieren 131 Mandate und müssen sich mit 59 Sitzen begnügen. Die rechtsradikale Jobbik-Partei zieht als drittstärkste Partei mit 47 Mandaten ins Parlament ein. Das Ungarische Demokratische Forum (MDF) verliert seine bisherigen 11 Mandate. Neu vertreten ist die grüne Partei „Politik kann anders sein“ (LMP) mit 16 Sitzen.

Griechenland

Um einen Staatsbankrott zu verhindern, erhält Griechenland von den Euro-Staaten und vom Internationalen Währungsfonds Kredite im Umfang von 110 Milliarden Euro. Im Gegenzug verpflichtet sich Griechenland zur Sanierung der Staatsfinanzen (**2.5.2010**).

Grossbritannien

Bei der Unterhauswahl in Grossbritannien erreicht niemand die absolute Mehrheit. Es kommt zu einem „hung parliament“. Als stärkste Partei geht die oppositionelle Conservative Party aus der Wahl hervor. Sie erobert 108 zusätzliche Mandate und stellt 306 der 650 Abgeordneten. Die bisher regierende Labour Party von Premierminister Gordon Brown verliert 97 Sitze und muss sich mit 258 Mandaten begnügen. Die Liberal Democrats erhalten 57 und die übrigen Parteien 29 Sitze (**6.5.2010**).

EU/Euro/Euro-Rettungsschirm/Internationaler Währungsfonds (IWF)

Die Finanzminister der Europäischen Union einigen sich zur Unterstützung des Euros auf einen Euro-Rettungsschirm im Umfang von 750 Milliarden Euro (**10.5.2010**).

Der Euro-Rettungsschirm besteht aus dem Europäischem Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) und der Europäischen Stabilisierungsfazilität (EFSF). Der Anteil des EFSM beträgt 60 Milliarden und der EFSF-Anteil 440 Milliarden Euro.

Die restlichen 250 Milliarden Euro stellt der Internationale Währungsfond (IWF) zur Verfügung.

EU/Europäische Zentralbank

Die Europäische Zentralbank beschliesst, Staatsanleihen kriselnder Staaten aufzukaufen (**10.5.2010**).

Philippinen

Benigno Simeon („Noynoy“) Aquino von der Liberal Party gewinnt die Präsidentenwahl auf den Philippinen mit einem Stimmenanteil von 42,08 Prozent (**10.5.2010**). Benigno Aquino III. ist der Sohn der früheren Staatspräsidentin Corazon Aquino.

Grossbritannien

Ende der 13-jährigen Labour-Ära in Grossbritannien: Premierminister Gordon Brown tritt zurück. Sein Nachfolger wird David Cameron von der Conservative Party. Der neue Regierungschef bildet eine Koalitionsregierung mit den Liberal Democrats (**11.5.2010**).

Thailand

In der thailändischen Hauptstadt Bangkok beendet die Armee gewaltsam die Blockaden der seit Wochen demonstrierenden Anhänger der oppositionellen United Front for Democracy against Dictatorship (UDD), der sogenannten Rothemden (**19.5.2010**). Die Behörden verhängen eine Ausgangssperre. Die Führung der UDD wird verhaftet. In den Monaten April und Mai forderten die Unruhen rund 90 Tote.

Jamaika

Über die jamaikanische Hauptstadt Jamaika wird wegen Unruhen der Ausnahmezustand verhängt (**24.5.2010**). Bei Zusammenstössen zwischen Anhängern des „Drogenbarons“ Christopher „Dudus“ Coke, dem die Auslieferung an die USA droht, und Sicherheitskräften kommen über 70 Menschen ums Leben. Coke wird einen Monat später (24.6.2020) ausgeliefert.

Trinidad und Tobago

In Trinidad und Tobago gewinnt die Opposition die Parlamentswahl (**24.5.2010**). Der United National Congress gewinnt 21 (plus 6) der 41 Mandate. Das bisher regierende People's National Movement von Premierminister Patrick Manning verliert 14 Mandate und ist mit 12 Abgeordneten vertreten. Mit Kamla Persad-Bissessar erhält Trinidad und Tobago erstmals eine Premierministerin.

Pakistan

Bei Anschlägen auf zwei Moscheen der Ahmadiyya-Bewegung in der pakistanischen Stadt Lahore kommen über 80 Menschen ums Leben (**28.5.2010**).

Tschechien

Bei der Parlamentswahl in Tschechien (**28.5./29.5.2010**) gewinnt die Sozialdemokratische Partei (ČSSD) zwar die meisten Sitze, doch der Auftrag zur Regierungsbildung geht an die zweitstärkste konservative Demokratische Bürgerpartei (ODS), die mit ihren Bündnispartnern eine parlamentarische Mehrheit hinter sich hat. Die Sozialdemokratische Partei gewinnt 56 Sitze (minus 18) und die Demokratische Bürgerpartei 53 (minus 28). Die 2009 gegründete Mitte-rechts-Partei Tradition, Verantwortung, Wohlstand (TOP 09) mit dem früheren Aussenminister Karel Schwarzenberg an der Spitze gewinnt auf Anhieb 41 Sitze und wird damit drittstärkste Kraft. Ebenfalls ein Neuling im Parlament ist die populistische Partei Öffentliche Angelegenheiten (VV) mit 24 Sitzen. Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM) entsendet 26 Vertreter ins Abgeordnetenhaus. Nicht mehr vertreten ist die Christliche und Demokratische Union (KDU-ČSL). Neuer Ministerpräsident wird Petr Nečas (*Necas*), Vorsitzender der Demokratischen Bürgerpartei (28.6.2010). Er bildet ein Regierungsbündnis mit den neuen Parteien TOP 09 und Öffentliche Angelegenheiten.

Ungarn

Viktor Orbán (*Orban*), Vorsitzender der nationalkonservativen Partei Fidesz-Ungarischer Bürgerbund (Fidesz-MPSZ), wird zum zweiten Mal ungarischer Regierungschef (**29.5.2010**). Er war bereits vom 8. Juli 1988 bis 27. Mai 2002 Ministerpräsident.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Gazastreifen

Die israelische Marine entert sechs Schiffe, die mit Hilfsgütern und propalästinensischen Aktivisten an Bord den Gazastreifen ansteuern. Mindestens neun Menschen werden dabei getötet (**30.5.2010**).

Deutschland

Der deutsche Bundespräsident Horst Köhler tritt wegen umstrittener Äusserungen zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan überraschend zurück. Es ist der erste Rücktritt eines deutschen Bundespräsidenten mitten in der Amtszeit (**30.5.2010**).

Japan

Nach weniger als neun Monaten Amtszeit tritt der japanische Ministerpräsident Hatoyama Yukio zurück (**2.6.2010**). Seine Demokratische Partei hatte im August 2009 die Liberaldemokratische Partei mit einem Erdrutschsieg von der Macht verdrängt. Hatoyama zieht die Konsequenzen aus Parteispendenaffären und einem gebrochenen Wahlversprechen im Streit um einen US-Stützpunkt auf Okinawa. Neuer Regierungschef wird Kan Naoto.

Niederlande

Bei der Parlamentswahl in den Niederlanden erleiden die Christdemokraten (Christlich-Demokratischer Appell/Christen Democratisch Appèl – CDA) von Ministerpräsident Jan Peter Balkenende hohe Verluste und verlieren ihre bisherige Position als stärkste Fraktion an die rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD). Die Rechtsliberalen gewinnen 31 Sitze (plus 9). Zweitstärkste Kraft ist die sozialdemokratische Partei der Arbeit (Partij van de Arbeid/PvdA) mit 30 Mandaten (minus 3). Mit 24 Sitzen (plus 15) belegt die rechtspopulistische Partei für Freiheit (Partij voor de Vrijheid/PVV) von Geert Wilders den dritten Platz vor den Christdemokraten, die sich mit 21 Mandaten (minus 20) begnügen müssen (**9.6.2010**).

Iran/UNO

Der UNO-Sicherheitsrat verschärft wegen des Atomstreits die Sanktionen gegen Iran und verhängt ein Waffenembargo. Verkauf und Lieferung von Kampfpanzern, gepanzerten Fahrzeugen, Kampfflugzeugen, Kriegsschiffen und Raketensystemen sollen verhindert werden (**9.6.2010**).

Schweiz/UNO

Der frühere Schweizer Bundesrat Joseph Deiss wird zum Vorsitzenden der UNO-Vollversammlung gewählt (**11.6.2010**).

Kirgistan/Usbekistan

Ethnische Unruhen im Süden Kirgistans: In Osch brechen gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Kirgisen und der Minderheit der Usbeken aus (**11.6.2010**). Die Unruhen weiten sich auch auf die Stadt Jalalabad aus. Usbekische Wohnviertel werden in Brand gesteckt. Hunderte Menschen kommen ums Leben und Zehntausende flüchten über die Grenze nach Usbekistan

Slowakei

Bei der Parlamentswahl in der Slowakei baut die linkspopulistische sozialdemokratische Partei Smer-SD von Ministerpräsident Robert Fico ihre Rolle als stärkste Kraft mit zwölf zusätzlichen Mandaten aus, doch durch Verluste ihrer Koalitionspartner verliert sie die Regierungsmehrheit an die Opposition (**12.6.2010**). Smer-SD entsendet 62 Abgeordnete in den Nationalrat. Zweitstärkste Kraft ist die liberal-konservative Slowakische Demokratische Christliche Union - Demokratische Partei (SDKU-DS) mit 28 Sitzen. Neu vertreten sind die liberale Partei Freiheit und Solidarität (SaS) mit 20 und die Partei der Zusammenarbeit (M-H) eine Interessenvertreterin der slowakischen Minderheit – mit 14 Mandaten. Nicht mehr vertreten sind Partei der ungarischen Gemeinschaft (SMK-MKP) sowie die Volkspartei-Bewegung für eine Demokratische Slowakei (L'S-HZDS).

Die Führung der Regierung übernimmt Iveta Radičová (*Radicova*) von der liberal-konservativen Partei SDKU-DS (**8.7.2010**).

Schweiz/Libyen

Ende der Affäre um die Festnahme der Schweizer Geschäftsleute Rachid Hamdani und Max Göldi in Libyen. Nach Hamdani, der am 22. Februar Libyen verlassen kann, wird auch der seit fast zwei Jahren in Libyen festgehaltene Schweizer Geschäftsmann Max Göldi freigelassen und kehrt in die Schweiz zurück (**13.6.2010**).

Belgien

Politisches Erdbeben in Belgien (**13.6.2010**): Die flämischen Nationalisten – Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA) – unter Führung von Bart De Wever gehen als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervor. Sie erringen 27 (plus 27) der 150 Sitze der Abgeordnetenversammlung. An zweiter Stelle folgt der wallonische Parti Socialiste mit 26 (plus 6) Mandaten. Das wallonische Mouvement Réformateur gewinnt 18 (minus 5) Mandate. Mit 17 Sitzen müssen sich die flämischen Christdemokraten (Christen Democratisch en Vlaams/CD&V) begnügen. Je 13 Abgeordnete entsenden die Sozialistische Partij Anders (sp.a) und die Open Vlaamse Liberalen en Democraten (Open VLD). 12 Sitze (minus 5) erhalten Vlaams Belang und 9 (minus 1) das Centre Démocrate Humaniste (cdh). Die Umweltparteien Ecolo und Groen haben 8 bzw. 5 Mandate.

Es folgen monatelange Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung.

Schweden

Schweden revidiert seinen Ausstieg aus der Atomenergie: Der Reichstag hebt mit der hauchdünnen Mehrheit von 174 zu 172 Stimmen das vor 30 Jahren beschlossene Bauverbot für Atomreaktoren auf (**17.6.2010**).

Finnland

Der finnische Ministerpräsident Matti Vanhannen von der Zentrumspartei (KESK) tritt aus gesundheitlichen Gründen zurück (**18.6.2010**). An seine Stelle rückt Mari Kiviniemi.

Kolumbien

Der frühere Verteidigungsminister Juan Manuel Santos vom liberalen Partido de la Unión por la Gente geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Kolumbien hervor (20.6.2010). Er erhält in der Stichwahl 69,13 Prozent der Stimmen. Im neuen Abgeordnetenhaus, das am 14. März gewählt wurde, ist seine Partei stärkste Kraft mit 48 von 162 Mandaten. Der Partido Liberal hat 38 und der Partido Conservador 36 Sitze.

Australien

Der australische Premierminister Kevin Rudd tritt nach einer Revolte in seiner Labor Party zurück. Seine Stellvertreterin Julia Gillard rückt nach. Damit erhält Australien erstmals eine Premierministerin (**24.6.2010**).

Ungarn

Das ungarische Parlament wählt den ehemaligen olympischen Degenfechter und langjährigen Sportfunktionär Pál Schmitt zum neuen Staatspräsidenten (**26.6.2010**).

Kirgistan

Als erstes Land Zentralasiens wird Kirgistan eine parlamentarische Republik. Eine entsprechende Verfassungsänderung wird von der Bevölkerung mit rund 90 Prozent Ja-Stimmen gutgeheißen (**27.6.2010**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Uhrenindustrielle Nicolas Hayek stirbt im Alter von 82 Jahren (**28.6.2010**). Nicolas Hayek, Gründer der Swatch Group, lancierte die «second watch»: Swatch.

Deutschland

Der bisherige niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff (Christlich Demokratische Union/CDU) wird zum neuen deutschen Bundespräsidenten gewählt (**30.6.2010**).

Polen

Der liberal-konservative Politiker Bronisław Komorowski wird mit einem Stimmenanteil von 53,01 Prozent zum neuen Staatspräsidenten gewählt. Er tritt die Nachfolge des bei einem Flugzeugabsturz in Russland ums Leben gekommenen Lech Kaczyński (*Kaczynski*) an. Auf den Herausforderer Jarosław Kaczyński – Zwillingbruder von Lech Kaczyński – entfallen 46,99 Prozent der Stimmen (**4.7.2010**).

Frankreich/Panama

Panamas ehemaliger Machthaber Manuel Noriega wird von einem Pariser Strafgericht wegen Geldwäsche zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt (**7.7.2010**). Noriega war von den USA an Frankreich ausgeliefert worden. Im Dezember 2011 wird Noriega an Panama ausgeliefert.

Uganda

Bei Sprengstoffanschlägen gegen Fußballfans bei einem Public Viewing in der ugandischen Hauptstadt Kampala kommen über 70 Menschen ums Leben. Zu den Attentaten bekennt sich die islamistische Terrororganisation al-Shabab (**11.7.2010**).

Suriname

Desiré „Desi“ Bouterse, ehemaliger Putschistenführer, jahrelanger Machthaber und Armeechef Surinams, wird vom neu gewählten Parlament zum Staatspräsidenten gewählt (**19.7.2010**). Bei der Parlamentswahl am 25. Mai hatte sein 2008 gegründetes Bündnis Mega Combinatie die meisten Stimmen und 23 der 51 Sitze gewonnen. Für die Wahl zum Staatsoberhaupt benötigte er die Unterstützung seiner Gegner und seines Erzfeindes Ronnie Brunswijk. Am 14. Juli 2015 schafft Desiré „Desi“ Bouterse die Wiederwahl.

Deutschland

Katastrophen/Massenpanik

Massenpanik bei einer Love Parade in Duisburg: 21 Menschen kommen ums Leben und Hunderte werden verletzt (**24.7.2010**).

Spanien/Katalonien

Das spanische Verfassungsgericht erklärt 14 Artikel des 2006 in Kraft getretenen Autonomiestatuts für Katalonien für verfassungswidrig (**28.7.2010**). Die Klage war vom konservativen Partido Popular (PP) eingereicht worden.

Italien

Zerwürfnis in der italienischen Regierungspartei Popolo della Libertà/PdL zwischen Regierungschef Silvio Berlusconi und dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses Gianfranco Fini. Finis Anhänger bilden eine eigene Parlamentsfraktion mit der Bezeichnung Futuro e Libertà per L'Italia (**30.7.2010**).

Russland

Katastrophen/Waldbrände und Buschbrände/Torfbrände

Russland wird als Folge extremer Trockenheit und Rekordhitze von verheerenden Wald- und Torfbränden heimgesucht. Stark betroffen ist auch das Umland Moskaus (**August 2010**).

Pakistan

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Pakistan wird von verheerenden Überschwemmungen heimgesucht. Etwa 20 Millionen Menschen sind von der Katastrophe betroffen. Mindestens 1700 Menschen kommen ums Leben (**August 2010**).

São Tomé und Príncipe

Patrice Trovoada von der Partei Acção Democrática Independente wird neuer Ministerpräsident von São Tomé und Príncipe. Er ist der Sohn des früheren Ministerpräsidenten und Staatschefs Miguel Trovoada (**14.8.2010**). Patrice Trovoada gelangt 2014 bis 2018 erneut an die Spitze der Regierung.

China/Japan

China überholt Japan als zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt hinter den Vereinigten Staaten (**16.8.2010**).

Irak/USA

Siebeneinhalb Jahre nach dem Einmarsch im Irak ziehen die USA ihre letzten Kampfverbände ab. Rund 50 000 US-Soldaten bleiben als Ausbilder irakischer Sicherheitskräfte und als Bewacher von US-Einrichtungen (**19.8. 2010**).

Iran

In Iran wird das erste Atomkraftwerk offiziell eröffnet (**21.8.2010**). Das AKW von Bushehr wird im folgenden Jahr (4.9.2011) ans Netz angeschlossen.

Australien

Die Parlamentswahl in Australien endet erstmals seit 1940 in einem Patt (hung parliament). Die regierende Labor Party von Premierministerin Julia Gillard und die oppositionelle Liberal Party inklusive verbündete Parteien erhalten je 72 Sitze (**21.8.2010**). Gillard bildet eine Minderheitsregierung. Sie bleibt mit Unterstützung von unabhängigen Abgeordneten und einem grünen Parlamentarier an der Macht.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der französische Regisseur Claude Chabrol stirbt im Alter 80 Jahren (**12.9.2010**).

Schweden

Bei der Reichstagswahl in Schweden gewinnen die in der Allianz für Schweden kooperierenden bürgerlichen Parteien (Moderate Sammlungspartei, Zentrumsparter, Volkspartei-Die Liberalen und Christdemokraten) 173 der 349 Sitze und bleiben damit stärkste Kraft vor den Rotgrünen (Sozialdemokraten, Linkspartei und Grüne) mit 156 Mandaten. Die Sozialdemokraten erzielen mit einem Stimmenanteil von knapp 30 Prozent das schlechteste Ergebnis seit 1920. Mit 112 Mandaten (minus 18) behaupten sie nur knapp ihre Position als stärkste Kraft. Knapp dahinter mit 107 Sitzen liegt die Moderate Sammlungspartei mit 107 Sitzen (plus 10). Die rechtspopulistischen Schwedendemokraten gewinnen auf Anhieb 20 Mandate (**19.9.2010**).

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt zwei neue Mitglieder der Landesregierung: die sozialdemokratische Berner Ständerätin Simonetta Sommaruga als Nachfolgerin von Bundesrat Moritz Leuenberger sowie den freisinnigen Berner Nationalrat und Unternehmer Johann Schneider-Ammann als Nachfolger von Bundesrat Hans-Rudolf Merz (**22.9.2010**). Die Landesregierung erhält erstmals eine Frauenmehrheit. Nach der Wahl von zwei neuen Mitgliedern sind in der Landesregierung vier Frauen und drei Männer vertreten. Die Frauenmehrheit endet im Dezember 2011.

Venezuela

Bei der Parlamentswahl in Venezuela gewinnt der regierende Partido Socialista Unido de Venezuela (PSUV) 98 der 165 Sitze. Die Oppositionspartei Mesa de la Unidad Democrática erhält 65 Mandate (**26.9.2010**).

Spanien

Spanien wird von der Ratingagentur Moody's herabgestuft (**30.9.2010**). Spanien steckt nach dem Platzen der Immobilienblase in einer schwerwiegenden Wirtschafts- und Finanzkrise.

Lettland

In Lettland können sich bei der Parlamentswahl die Parteien des Regierungsbündnisses von Ministerpräsident Valdis Dombrovskis trotz eines rigorosen Sparkurses behaupten. Sie erhalten 71 der 100 Mandate. Stärkste Kraft ist das

liberal-konservative Bündnis Einigkeit (Vienotība) mit 33 Mandaten. Das sozialdemokratische Zentrum „Harmonie“ (Saskaņa), die Vertretung der russischstämmigen Minderheit, gewinnt 29 und das Bündnis der Grünen und Bauern 22 Mandate. (2.10.2010).

Bosnien und Herzegowina/Föderation Bosnien und Herzegowina/Republika Srpska

Wahlen in Bosnien und Herzegowina sowie in den beiden Entitäten, der Föderation Bosnien und Herzegowina und der Republika Srpska (3.10.2010).

Der Bosniake Bakir Izetbegović (*Izetbegovic*) von der Partei der Demokratischen Aktion (SDA) wird neues Mitglied des Staatspräsidiums des Gesamtstaates. Sein Vorgänger Haris Silajdžić (*Silajdzic*) wird abgewählt. Der Kroat Željko Komšić (*Komsic*) von der multiethnischen Sozialdemokratischen Partei (SDP) und der Serbe Nebojša Radmanović (*Radmanovic*) vom Bund der unabhängigen Sozialdemokraten (SNSD) werden bestätigt.

Die stärksten Kräfte im 42 Mandate zählenden Parlament des Gesamtstaates sind die multiethnische Sozialdemokratische Partei (SDP) und der (serbische) Bund der unabhängigen Sozialdemokraten (SNSD) mit je 8 Sitzen. Die bosniakische Partei der Demokratischen Aktion (SDA) erhält 7 Mandate. Neu vertreten ist das (bosniakische) Bündnis für eine bessere Zukunft (SBB) mit 4 Mandaten. Ebenfalls 4 Sitze erhält die Serbische Demokratische Partei (SDS)

Wahlen finden auch in den beiden Entitäten des Gesamtstaates – der Föderation Bosnien und Herzegowina sowie der Serbischen Republik (Republika Srpska) – statt. In der Republika Srpska wird Milorad Dodik vom Bund der unabhängigen Sozialdemokraten (SNSD) zum neuen Präsidenten gewählt.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Steve Lee, Leadsänger der Schweizer Hard Rock Band Gotthard, stirbt im Alter von 42 Jahren bei einem Verkehrsunfall (5.10.2010).

Friedensnobelpreis

China

Dem in China inhaftierten Schriftsteller Liu Xiaobo wird der Friedensnobelpreis zugesprochen (8.10.2010). Er kann den Preis nicht entgegennehmen. Liu Xiaobo gehört zu den Mitverfassern der Charta 08, die zu politischen Reformen, mehr Demokratie und Achtung der Menschenrechte aufruft. Er wurde 2009 wegen „Anstiftung zur Untergrabung der Staatsgewalt“ zu elf Jahren Freiheitsentzug verurteilt.

Niederlande

Niederländische Antillen/Curaçao/Sint Marteen/Bonaire, Saba, Sint Eustatius

Das Überseegebiet der Niederländischen Antillen wird aufgelöst (10.10.2010). Curaçao und Sint Marteen erhalten den Status eines autonomen Landes innerhalb des Königreichs der Niederlande. Bonaire, Saba und Sint Eustatius werden besondere Gemeinden.

Niederlande

Erstmals seit 92 Jahren erhalten die Niederlande einen rechtsliberalen Ministerpräsidenten (14.10.2010). Neuer Regierungschef wird Mark Rutte von der Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD). Der Sieger der Parlamentswahl vom 9. Juni bildet eine von der rechtspopulistischen Partei für Freiheit (Partij voor de Vrijheid/PVV) tolerierte Minderheitsregierung mit den Christdemokraten (Christlich-Demokratischer Appell/Christen Democratisch Appèl – CDA). Die Christdemokraten stellten die vergangenen acht Jahre mit Jan Peter Balkenende den Regierungschef.

Brasilien

Brasilien erhält erstmals eine Staatspräsidentin: Dilma Rousseff von der regierenden Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores) geht als Siegerin aus der Präsidentenwahl hervor. Sie erhält in der Stichwahl gegen José Serra vom Partido da Social Democracia Brasileira (PSDB) 56,05 Prozent der Stimmen (31.10.2010).

Irak

Islamistische Terroristen überfallen während des Abendgottesdienstes die syrisch-katholische Kathedrale in Bagdad. Dabei kommen 68 Menschen ums Leben (31.10.2010).

USA

Schwere Niederlage für die Demokraten bei den Midterm-Kongresswahlen in den USA. Die Partei von Präsident Barack Obama verliert die Mehrheit im Repräsentantenhaus an die Republikaner. Sie muss 64 Mandatsverluste hinnehmen. Noch nie seit 1948 hat eine Partei so viele Sitze verloren. Im Repräsentantenhaus sind neu 242 Republikaner (plus 64) und 193 Demokraten (minus 64) vertreten. Im Senat können die Demokraten nur knapp ihre Mehrheit behaupten. Sie haben 51 Mandate (minus 6) und die Republikaner 47 (plus 6). Hinzu kommen zwei Unabhängige, die für die Demokraten stimmen. Deutliche Verluste verzeichnen die Demokraten auch bei den Gouverneurswahlen (2.11. 2010).

Guinea

In Guinea geht Alpha Condé mit einem Stimmenanteil von 52,52 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor (7.11.2010). Er war vom früheren Machthaber Ahmed Sékou-Touré zum Tode verurteilt. Alpha Condé ist der erste frei gewählte Präsident des Landes.

Myanmar

In Myanmar finden auf der Grundlage der neuen Verfassung und als fünfter Schritt der 2003 beschlossenen „Seven-Step-Roadmap to democracy“ Parlamentswahlen statt (**7.11.2010**). Die National League for Democracy (NLD) der inhaftierten Oppositionspolitikerin Aung San Suu Kyi boykottiert die Wahlen. Das Parlament wird von der Regimepartei Union Solidarity and Development Party (USDP) dominiert.

Kurz nach der Wahl wird die seit 1989 mehrmals unter Hausarrest gestellte Oppositionsführerin Aung San Suu Kye freigelassen (13.11.2010).

Korea (Nordkorea)

Korea (Südkorea)

Nordkoreanische Streitkräfte beschossen die südkoreanische Insel Yongpyong (**23.11.2010**). Dabei kommen mehrere Zivilisten ums Leben. Es handelt sich um einen der schwersten Zwischenfälle seit Ende des Koreakrieges 1953.

Tonga

Mit der Wahl eines neuen Parlaments endet im Südpazifikstaat Tonga die absolute Monarchie. Auf der Grundlage einer Verfassungsreform werden künftig 17 der 26 Abgeordneten direkt vom Volk gewählt. Nur noch 9 Sitze sind dem Adel vorbehalten. Stärkste Kraft mit 12 Sitzen wird die Democratic Party of Friendly Islands (**25.11.2010**). Erstmals wird der Regierungschef vom Parlament gewählt und nicht vom König bestimmt.

Irland

EU/Euro

Die EU-Finanzminister gewähren Irland eine Finanzspritze von 85 Milliarden Euro (**28.11. 2010**). Irland ist nach der Unterstützung für angeschlagene Banken in Milliardenhöhe in eine Schieflage geraten.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen die Volksinitiative „für die Ausschaffung krimineller Ausländer“, die sogenannte Ausschaffungsinitiative, mit 52,3 Prozent Ja-Stimmen gut (**28.11.2010**).

WikiLeaks

USA

Der Fall Chelsea Manning

Der Fall Julian Assange

Die vom australischen Journalisten Julian Assange gegründete Enthüllungsplattform WikiLeaks veröffentlicht rund 250 000 diplomatische Berichte und Lagebeurteilungen, die US-Botschaften für das Aussenministerium verfasst haben, darunter über 15 000 als geheim eingestufte Berichte (**28.11.2010**). Informant ist der US-Soldat Bradley Manning (Chelsea Manning nach einer Geschlechtsumwandlung).

Côte d'Ivoire

Machtkampf in Côte d'Ivoire: Der Oppositionspolitiker Alassane Ouattara wird von der Wahlkommission zum Sieger der Stichwahl um das Präsidentenamt erklärt (**2.12.2010**). Doch der bisherige Staatschef Laurent Gbagbo weigert sich, den Sieg seines Kontrahenten anzuerkennen und lässt sich für eine weitere Amtszeit vereidigen (**4.12.2010**). Die UNO stellt sich auf die Seite von Ouattara.

WikiLeaks

Der Fall Julian Assange

Der australische Journalist Julian Assange, Gründer der Enthüllungsplattform WikiLeaks, wird in Grossbritannien verhaftet (**7.12.2010**). Die Festnahme erfolgt nicht wegen der WikiLeaks-Affäre (vgl. 28.11.2010). Die schwedische Staatsanwaltschaft hatte einen internationalen Haftbefehl gegen Assange wegen sexuellen Missbrauchsvorwürfen erlassen. Assange wird auf Kautions freigelassen.

Literaturnobelpreis

Peru

Der peruanische Schriftsteller Mario Vargas Llosa wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.2010**).

Kosovo

In Kosovo findet die erste Parlamentswahl seit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung im Jahr 2008 statt (ab **12.12.2010**). Stärkste Kraft wird die Demokratische Partei PDK von Ministerpräsident Hashim Thaçi (*Thaci*). Sie gewinnt 34 Mandate. Es folgen die Demokratische Liga LDK von Isa Mustafa mit 27, die radikal-nationalistische Partei Selbstbestimmung (Vetëvendosje) von Albin Kurti mit 14 und die Allianz für die Zukunft (AAK) von Hamush Haradinaj mit 12 Mandaten.

EU/Euro/Euro-Rettungsschirm/ESM

Um künftig gegen Schuldenkrisen besser gewappnet zu sein, beschliesst die EU-Gipfelkonferenz, im Euro-Raum einen permanenten Stabilitätsmechanismus (ESM) ab 2013 zu schaffen (**16.12.2010**).

Tunesien

Aufbruch in Tunesien: Die Selbstverbrennung des Gemüsehändlers Mohammed Bouazizi in Sidi Bouzid löst massive Proteste aus, die sich rasch über das Land verbreiten (**17.12.2010**). Bouazizi, der sich aus Protest gegen

Behördenwillkür selbst anzündete und rund zwei Wochen später verstarb, wird zur Schlüsselfigur der Revolte gegen die Machthaber.

Argentinien

Der frühere argentinische Juntachef Jorge Rafael Videla wird fast vierzig Jahre nach seiner Militärherrschaft zu lebenslanger Haft verurteilt (**22.12.2010**). Videla stand zum zweiten Mal vor Gericht, nachdem er 1985 bereits lebenslänglich erhalten hatte. Fünf Jahre später begnadigt der damalige Präsident Carlos Menem ihn und andere verurteilte Juntamitglieder

.

Montenegro

Führungswechsel in Montenegro (**29.12.2010**). Ministerpräsident Milo Djukanović (*Djukanovic*) übergibt sein Amt an Igor Lukšić (*Luksic*), bleibt aber Vorsitzend der Demokratischen Partei der Sozialisten.

2011

EU/Euro/Euro-Zone

Estland

Estland führt den Euro ein. Damit gehören 17 Staaten der Euro-Zone an (**1.1.2011**).

Australien

Katastrophen/Unwetter

Das australische Bundesstaat Queensland wird von verheerenden Überschwemmungen heimgesucht (**Januar 2011**).

USA

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

In einem Supermarkt in Tucson, im US-Staat Arizona, werden sechs Menschen erschossen, unter ihnen die Kongressabgeordnete Gabrielle Giffords (**8.1.2011**).

Sudan/Südsudan

Die Bevölkerung des Südsudan entscheidet sich in einem Referendum für die Unabhängigkeit (**9.1.2011**). 98,83 Prozent aller stimmberechtigten Südsudanesen stimmen für die Abspaltung vom Sudan.

Libanon

Regierungskrise in Libanon: Die zehn Minister der von der Hizbullah angeführten Opposition treten aus der Regierung der nationalen Einheit unter Führung von Ministerpräsident Saad Hariri aus (**12.1.2011**). Mit der Bildung einer neuen Regierung wird Najib Mikati beauftragt.

Tunesien/Ägypten/Marokko/Jemen/Bahrain/Libyen/Syrien

„Arabischer Frühling“

Unter dem Druck der massiven Proteste gegen das Regime gibt der tunesische Präsident Zine el-Abidine Ben Ali nach 23 Jahren an der Staatsspitze die Macht ab und verlässt das Land (**14.1.2011**).

Die Revolte in Tunesien wird zur Keimzelle des „Arabischen Frühlings“. Proteste und Aufstände erschüttern viele Länder Nordafrikas und des Nahen Ostens – nach Tunesien: Ägypten, Marokko, Jemen, Bahrain, Libyen und Syrien.

Haiti

Nach fast 25 Jahren Exil kehrt der ehemalige haitianische Präsident Jean-Claude Duvalier in seine Heimat zurück (**16.1.2011**). Die Staatsanwaltschaft leitet ein Ermittlungsverfahren wegen Korruption und Veruntreuung ein. Jean-Claude Duvalier wird unter Hausarrest gestellt. Er stirbt im Oktober 2014.

Auch der 2004 entmachtete Expräsident Jean-Claude Aristide kehrt in seine Heimat zurück (**17.3.2011**).

Vietnam

Nguyen Phu Trong wird neuer Vorsitzender der Kommunistischen Partei Vietnams (**19.1.2011**). Er tritt die Nachfolge von Nong Duc Manh an.

Russland

Bei einem Selbstmordanschlag in der Ankunftshalle des Moskauer Flughafens Domedowo kommen 36 Menschen ums Leben (**24.1.2011**).

Ägypten

In der ägyptischen Hauptstadt Kairo und anderen Städten des Landes brechen Massenproteste gegen das Regime von Staatspräsident Hosni Mubarak aus (**25.1.2011**).

Jemen

In der jemenitischen Hauptstadt Sanaa protestieren am „Tag des Zorns“ Zehntausende Menschen gegen das Regime von Präsident Ali Abdullah Saleh (**3.2.2011**). Die Massenproteste weiten sich rasch aus.

Myanmar

Neuer Staatspräsident in Myanmar: Der bisherige Ministerpräsident und Exgeneral Thein Sein wird von einem Electoral College zum Staatsoberhaupt gewählt (**4.2.2011**). Mit seinem Amtsantritt wird der State Peace and Development Council (SPDC) aufgelöst.

Kambodscha/Thailand

Der jahrzehntelange Streit zwischen Kambodscha und Thailand um die Tempelanlage Preah Vihear mündet in einen bewaffneten Konflikt, der mehrere Tote fordert (**5.2.2011**). 1962 hatte der Internationale Gerichtshof Preah Vihear Kambodscha zugesprochen. Seit 2008 ist die Tempelanlage Weltkulturerbe.

Ägypten

Die Ära Mubarak ist nach 30 Jahren zu Ende. Unter dem Druck von Massenprotesten tritt der ägyptische Staatschef zurück und übergibt die Macht an den Obersten Rat der Streitkräfte (**11.2.2011**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der österreichische Sänger, Schauspieler und Entertainer Peter Alexander stirbt im Alter von 84 Jahren (**12.2.2011**).

Italien

Bruch in der italienischen Regierungspartei Partito della Libertà (PdL). Aus der von Anhängern von Gianfranco Fini ehemaliger Vorsitzender der Alleanza Nazionale – gegründeten Parlamentsfraktion Futuro e Libertà wird eine eigenständige Partei (**13.2.2011**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Volksinitiative „Für den Schutz vor Waffengewalt“ mit 56,3 Prozent Nein-Stimmen ab (**13.2.2011**). Das Volksbegehren fordert ein neues Bewilligungs- und Kontrollsystem für Waffen. Die Initianten wollten ausserdem, dass Armeewaffen nicht mehr zu Hause aufbewahrt werden dürfen.

Bahrain

Im Königreich Bahrain fordern Demonstranten am „Tag des Zorns“ Gleichberechtigung für die schiitische Bevölkerungsmehrheit. Bei Zusammenstößen mit Ordnungskräften wird ein Demonstrant erschossen (**14.2.2011**).

Libyen

In der libyschen Stadt Benghazi schießen Ordnungskräfte auf Demonstranten, die gegen die Festnahme eines Anwalts protestieren, der Familienangehörige von Opfern des Massakers von Abu Salim (vgl. 29.6.1996) vertritt (**15.2.2011**). Von Benghazi breitet sich der Widerstand gegen das Ghadhafi-Regime auf andere Städte im Osten und Westen des Landes aus.

Marokko

Inspiziert vom „Arabischen Frühling“ entsteht auch in Marokko eine Protestbewegung. Sie nennt sich „Bewegung des 20. Februar“. Zehntausende Menschen demonstrieren landesweit für eine neue Verfassung, Gewaltenteilung, Stärkung der Bürgerrechte und Bekämpfung der Korruption (**20.2.2011**). König Mohammed VI. kündigt bald darauf eine Verfassungsreform an (9.3.2011).

Irland

Politisches Beben in Irland: Die seit Jahrzehnten im Parlament dominierende und seit 14 Jahren regierende Partei Fianna Fáil erleidet bei der Parlamentswahl hohe Verluste. Von 71 Abgeordneten verbleiben noch 20 (**25.2.2011**). Fianna Fáil war seit 1932 dominierende Kraft im Parlament. Stärkste Kraft im Parlament wird die Partei Fine Gael mit 76 Mandaten (plus 25). Neuer Regierungschef wird der Vorsitzende von Fine Gael, Enda Kenny.

Estland

In Estland geht die liberale Reformpartei von Ministerpräsident Andrus Ansip erneut als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervor (**6.3.2011**). Sie erobert 33 (plus 2) der 101 Mandate. Die Mitte-links-orientierte Zentrumsparterie erhält 26 Sitze (minus 3). Die konservative Vaterland- und Res-Publica-Union erhält 23 Sitze (plus 4).

Japan

Katastrophen

AKW-Katastrophen/Erdbeben/Tsunami

Dreifachkatastrophe in Japan: Ein Erdbeben der Stärke 9.0 und ein nachfolgender Tsunami verwüsten weite Gebiete der Nordostküste Japans. Rund 19 000 Menschen kommen ums Leben (15 800 registrierte Tote und über 3000 Vermisste). Hunderttausende Menschen verlieren ihr Obdach (**11.3.2011**). Schwer beschädigt wird das Atomkraftwerk Fukushima Daiichi an der Pazifikküste. Die Kühlsysteme fallen aus. Es kommt zu Kernschmelzen. Vier von sechs Reaktoren werden schwer beschädigt. Radioaktivität entweicht. Zehntausende Menschen werden aus Sperrzonen evakuiert.

EU/Euro/Euro-Rettungsschirm/EFSF/ESM

Die Euro-Staaten einigen sich darauf, die Kreditvergabe-Kapazität der Europäischen Stabilitätsfazilität (EFSF) zu erhöhen und den künftigen Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), der 2013 die Finanzstabilisierungsfazilität EFSF ablösen soll, mit einer Kreditvergabe-Kapazität von 500 Milliarden Euro auszustatten (**11.3.2011**).

Niger

Niger kehrt nach dem Militärputsch von 2010 zu demokratischen Verhältnissen zurück. Sieger der Präsidentenwahl ist Mahamadou Issoufou (**12.3.2011**).

Bahrain

Über das Königreich Bahrain wird der Ausnahmezustand verhängt (**15.3.2011**). Mit Unterstützung von Sicherheitskräften aus Saudiarabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten werden die Proteste der schiitischen Bevölkerung niedergeschlagen.

Libyen

UNO/USA/Frankreich/Grossbritannien/Italien

Die internationale Gemeinschaft greift in den kriegesischen Machtkampf in Libyen ein: Der UNO-Sicherheitsrat verhängt eine Flugverbotszone über Libyen und gibt grünes Licht, die Bevölkerung mit militärischen Mitteln zu schützen (17.3.2011). Zwei Tage später beginnen westliche Alliierte mit Luftangriffen auf militärische Ziele in Libyen. An den militärischen Einsätzen beteiligen sich vor allem die USA, Frankreich, Grossbritannien und Italien.

Syrien/Syrien-Konflikt

In der südsyrischen Stadt Daraa kommt es zu Protesten gegen die Verhaftung von 15 Kindern, die regimekritische Parolen an Wände geschmiert hatten. Sicherheitskräfte schiessen auf die Demonstranten, vier Menschen sterben (18.3.2011). In den folgenden Tagen weiten sich die Proteste auf andere Städte aus. Die Demonstranten fordern demokratische Reformen. Die Protestwelle mündet in einen jahrelangen Bürgerkrieg.

Haiti

Der Musiker Michel Martelly (genannt Sweet Micky) von der Partei Réponse Paysanne geht mit einem Stimmenanteil von 67,57 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in Haiti hervor (20.3.2011). Im Abgeordnetenhaus ist die Partei Unité mit 46 von 99 Mandaten die stärkste Kraft. Die Partei des neuen Präsidenten ist nur mit 3 Abgeordneten vertreten

Portugal

Der portugiesische sozialistische Ministerpräsident José Sócrates (*Socrates*) reicht nach einer verlorenen Abstimmung im Parlament über ein Sparpaket seinen Rücktritt ein (23.3.2011).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die US-amerikanisch-britische Schauspielerin Elizabeth Taylor stirbt im Alter von 79 Jahren (23.3.2011).

Deutschland

Der Deutsche Bundestag beschliesst, die Wehrpflicht auszusetzen (24.3.2011).

EU/Euro/Euro-Rettungsschirm/ESM

Die EU-Gipfelkonferenz einigt sich auf ein umfassendes Paket zum Schutz des Euro. Dazu gehören der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM, ein verschärfter Stabilisierungs- und Wachstumspakt und eine stärkere wirtschaftspolitische Zusammenarbeit unter den Euro-Staaten (25.3.2011).

Deutschland

Nach fast sechs Jahrzehnten verliert die Christlich Demokratische Union (CDU) in Baden-Württemberg die Macht. Neu können die Grünen regieren – mit den Sozialdemokraten. Mit Winfried Kretschmann wird erstmals ein Grüner Regierungschef in einem deutschen Bundesland (27.3.2011).

Kosovo

Afitete Jahjaga wird zur Staatspräsidentin von Kosovo gewählt (7.4.2011). Die parteilose Kandidatin war bisher stellvertretende Polizeichefin.

Côte d'Ivoire

Ende des Machtkampfes um das Präsidentenamt in Côte d'Ivoire: Laurent Gbagbo, der sich nach verllorener Präsidentschaftswahl (28.11.2010) mit Gewalt gegen seine Absetzung wehrte, wird verhaftet (11.4.2011) und Wahlsieger Alassane Ouattara wenige Wochen später (5.5.2011) feierlich in sein Amt eingesetzt. Gbagbo wird Ende Jahr wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit an den Internationalen Strafgerichtshof ausgeliefert (30.11.2011).

Kroatien

Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien

Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien verurteilt die beiden kroatischen Generäle Ante Gotovina und Mladen Markač (*Markac*) wegen Kriegsverbrechen bei der Rückeroberung der von Serben besetzten Gebiete im Jahr 1995 zu 24 bzw. 18 Jahren Gefängnis (15.4.2011).

Nigeria

Goodluck Jonathan geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Nigeria hervor (16.4.2011). Jonathan war seit Mai 2010 amtierender Staatschef nach dem Tod von Umaru Musa Yar'Adua.

Finnland

Die konservative Nationale Sammlungspartei (KOK) wird bei der Parlamentswahl erstmals stärkste Kraft mit 44 der 200 Sitze. Die rechtspopulistischen Wahren Finnen erobern den dritten Platz mit 39 Mandaten (plus 34) und liegen nur knapp hinter den Sozialdemokraten, die 42 Sitze gewinnen. Die Zentrumsparitei von Ministerpräsidentin Mari Kiviniemi muss sich mit 35 Mandaten (minus 16) und damit mit dem vierten Platz begnügen (17.4.2011). Neuer Regierungschef wird der bisherige Finanzminister Jyrki Katainen von der Nationalen Sammlungspartei. Er bildet eine Sechs-Parteien-Koalition ohne die Rechtspopulisten.

Kuba

Der Kongress der Kommunistischen Partei Kubas stimmt einer „Aktualisierung“ des sozialistischen Modells zu und verabschiedet Wirtschaftsreformen. Die „Leitlinien für die Wirtschafts- und Sozialpolitik“ enthalten 300 Massnahmen, die Kuba aus seiner Wirtschaftskrise herausführen sollen (**18.4.2011**).

Kuba

Nach mehr als 40 Jahren an der Spitze der Kommunistischen Partei Kubas (PCC) gibt der 84-jährige Fidel Castro den Posten an seinen jüngeren Bruder, den 79-jährigen Raúl Castro, ab (**19.4.2011**).

Pazifik-Allianz

Chile/Kolumbien/Mexiko/Peru

Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru beschliessen die Schaffung einer Freihandelszone, der Alianza del Pacífico – Pazifik-Allianz (**28.4.2011**).

Marokko

Bei einem Anschlag auf ein Touristencafé in der marokkanischen Stadt Marrakesch kommen 17 Menschen ums Leben (**28.4.2011**).

Vatikan

Römisch-katholische Kirche

Der 2005 verstorbene Papst Johannes Paul II. wird selig gesprochen (**1.5.2011**).

Pakistan/USA

al-Qaida

Osama bin Laden, Anführer des Terrornetzwerks al-Qaida, wird von einer US-Spezialeinheit in Pakistan aufgespürt und erschossen (**2.5.2011**). Osama Bin Laden gilt als meist gesuchter Terrorist der Welt.

Kanada

Parlamentswahl in Kanada (**2.5.2011**): Die regierende Conservative Party von Premierminister Stephen Harper erringt mit 166 (plus 23) die angestrebte absolute Mehrheit. Zweistärkste Kraft wird die sozialdemokratische New Democratic Party mit 103 (plus 66) Mandaten. Die Liberal Party muss sich mit 34 (minus 43) Abgeordneten begnügen. Der Bloc québécois stürzt ab. Er hat nur noch 4 (minus 45) Mandate.

Grossbritannien

In Grossbritannien lehnen die Stimmberechtigten mit 67,9 Prozent Nein-Stimmen eine Wahlrechtsreform ab (**5.5.2011**).

Europarat

Frauenrechte/Istanbul-Konvention

Dreizehn Mitglieder des Europarates unterzeichnen in Istanbul das Übereinkommen zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt (**11.5.2011**). Bis März 2020 wird die Istanbul-Konvention von 46 Staaten unterzeichnet.

Portugal

EU

Die Finanzminister der Euro-Zone beschliessen, Portugal mit 78 Milliarden Euro zu unterstützen. Die Kredite an den hoch verschuldeten Staat sind an strenge Spar- und Reformauflagen gebunden (**16.5.2011**).

Irland/Grossbritannien

Versöhnungsgeste: Zum ersten Mal weilt die britische Königin Elizabeth II. zu einem Staatsbesuch in Irland (**17.5.2011**).

IWF

Der Chef des Internationalen Währungsfonds, Dominique Strauss-Kahn, tritt zurück. Er ist mit Vorwürfen versuchter Vergewaltigung konfrontiert (**19.5.2011**).

Schweiz

Der Bundesrat plant den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie. Die bestehenden AKWs sollen noch bis zum Ende ihrer Laufzeit Strom produzieren und danach ersatzlos vom Netz genommen werden (**25.5.2011**).

Jugoslawienkriege/Bosnienkrieg

Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien

Nach rund 16 Jahren auf der Flucht wird der als Kriegsverbrecher gesuchte frühere bosnisch-serbische General Ratko Mladić (*Mladic*) in Serbien festgenommen (**26.5.2011**) und an den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien ausgeliefert. Mladić gilt als Hauptverantwortlicher für das Massaker von Srebrenica im Juli 1995.

Malta

Die Bevölkerung Maltas stimmt mit einem Ja-Stimmenanteil von 53,16 Prozent der Einführung der Scheidung zu (**28.5.2011**). Malta war eines der letzten Länder der Welt ohne Recht auf Ehescheidung.

Zypern

Nach zehn Jahren wird die konservative Demokratische Sammlung (Disy) wieder stärkste Partei im Parlament der Republik Zypern (**22.5.2011**). Sie gewinnt 20 der 56 Sitze. Zweitstärkste Kraft ist die kommunistische Fortschrittspartei des werktätigen Volkes (Akel mit 19 Mandaten).

Lettland

Der Bankier Andris Bērziņš (*Berzins*), Kandidat der Grünen Bauernallianz, wird zum neuen Staatspräsidenten Lettlands gewählt (**2.6.2011**). Der bisherige Amtsinhaber Valdis Zatlers schafft die Wiederwahl durch das Parlament nicht. Bērziņš war Regierungschef vom Mai 2000 bis November 2011.

Portugal

Bei der Parlamentswahl in Portugal müssen die bisher regierenden Sozialisten hohe Verluste hinnehmen (**5.6.2011**). Wahlsiegerin ist die konservativ-liberale Sozialdemokratische Partei (Partido Social Democrata/PSD). Sie gewinnt 27 Mandate hinzu und verfügt neu über 108 der 230 Mandate. Die Sozialisten (Partido Socialista/PS) haben 74 Sitze (minus 23). Drittstärkste Kraft ist das konservative Centro Democrático e Social – Partido Popular (CDS-PP) mit 24 Mandaten (plus 3). Die Demokratische Einheitskoalition (Coligação Democrática Unitária/CDU) erhält 16 Sitze (plus 1).

Peru

In Peru gewinnt Ollanta Humala vom Mitte-links orientierten Partido Nacionalista Peruano die Stichwahl um das Präsidentenamt mit 51,45 Prozent der Stimmen. Keiko Fujimori – Tochter von Expräsident Alberto Fujimori – von der Partei Fuerza Popular erhält 48,55 Prozent (**5.6.2011**). Im Abgeordnetenhaus ist die Linksallianz Gana Perú stärkste Kraft mit 47 der 130 Mandate. Fuerza Popular erhält 37 Sitze.

Deutschland

Die deutsche Regierung beschliesst das sofortige Aus für acht Atommeiler und den stufenweisen Ausstieg aus der Atomenergie bis 2022 (**6.6.2011**).

Türkei

In der Türkei geht zum dritten Mal in Folge die islamisch-konservative Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan (*Erdogan*) als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor, verpasst jedoch die angestrebte Zweidrittelmehrheit. Sie gewinnt 327 (minus 14) der 550 Sitze. Die Republikanische Volkspartei (CHP) erhält 135 (plus 23) und die rechtsradikale Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) 53 Sitze (minus 18). 35 Abgeordnete ziehen als Unabhängige ins Parlament ein (**12.6.2011**).

Italien

In einem Referendum lehnt die Bevölkerung Italiens den Wiedereinstieg in die Kernenergie deutlich ab. Bei einer Stimmbeteiligung von rund 57 Prozent sprechen sich 95 Prozent der Abstimmenden gegen die Atomenergie aus (**12. und 13.6.2011**).

Syrien/Syrien-Konflikt

Syrische Elitetruppen stürmen die Kleinstadt Jisr ash-Shugur, eine Hochburg von Regimegegnern. Tausende Menschen flüchten in die benachbarte Türkei. Seit Beginn der landesweiten Proteste gegen das Assad-Regime Mitte März sind mehr als 1000 Zivilisten ums Leben gekommen (**13.6.2011**).

Liechtenstein/Homo-Ehe/LGBTIQ

Die Liechtensteiner Bevölkerung spricht sich für die Homo-Ehe aus. Das neue Partnerschaftsgesetz wird mit 68,8 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen (**19.6.2011**).

Portugal

In Portugal kehrt nach sechs Jahren die konservativ-liberale Sozialdemokratische Partei (Partido Social Democrata/PSD) zurück an die Macht. Pedro Passos Coelho wird neuer Regierungschef (**21.6.2011**). Er bildet ein Regierungsbündnis mit dem konservativen Centro Democrático e Social – Partido Popular (CDS-PP).

Kambodscha

Über dreissig Jahre nach dem Ende Terrorregimes der Roten Khmer in Kambodscha beginnt in Phnom Penh der Prozess gegen die höchsten noch lebenden Anführer (**27.6.2011**). Vor Gericht stehen Nuon Chea, ehemaliger Chefideologe und sogenannter „Bruder Nummer Zwei“, der frühere Staatschef Khieu Samphan und der frühere Aussenminister Ieng Sary. Die Anklage legt ihnen Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Last. Pol Pot, „Bruder Nummer Eins“, starb im April 1998. Nach Schätzungen kamen während des Regimes der Roten Khmer rund 2 Millionen Menschen ums Leben.

Papua-Neuguinea

Der Premierminister von Papua-Neuguinea, Michael Somare, verzichtet krankheitsbedingt auf sein Amt zugunsten seines Stellvertreters Sam Abal (**28.6.2011**).

Papua-Neuguinea durchlebt eine Monate dauernde Polit- und Verfassungskrise. Abal wird abgewählt und durch Peter O'Neill von der People's Congress Party ersetzt (2.8.2011).
Alle Bemühungen, Michael Somare wieder an die Macht zu bringen, scheitern, so auch ein Putschversuch im Januar 2012 (26.1.2012).
Der Machtkampf endet 2012 mit einem deutlichen Sieg der People's National Congress Party von Peter O'Neill und der Niederlage von Somare bei der Parlamentswahl (23.6. bis 13.7.2012).
Gleichzeitig geht die Ära des Landesvaters Somare zu Ende. Michael Somare hatte das Land 1975 in die Unabhängigkeit geführt und war während insgesamt 17 Jahren (1975 bis 1980, 1982 bis 1985 und 2002 bis 2011) Premierminister.

Griechenland

EU

Das griechische Parlament wendet mit der Verabschiedung eines rigorosen Sparprogramms einen Staatsbankrott ab. Die Euro-Länder sagen dem hoch verschuldeten Land weitere Kredithilfe zu (**30.6.2011**).

Westeuropäische Union (WEU)

Die Westeuropäische Union (WEU) – ein 1954 von Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Luxemburg und den Niederlanden gegründeter Beistandspakt – wird aufgelöst (**30.6.2011**).

Marokko

Die Bevölkerung Marokkos heisst mit überragender Mehrheit (nach amtlichen Angaben 98,5 Prozent) eine Verfassungsreform gut (**1.7.2011**). Parlament und Regierung erhalten mehr Befugnisse. Der König muss künftig den Premierminister aus der Siegerpartei bei der Parlamentswahl ernennen.

Thailand

Machtwechsel in Thailand: Die Pheu Thai Party erringt bei der Parlamentswahl einen Erdrutschsieg (**3.7.2011**). Die von Anhängern des ehemaligen Machthabers Thaksin Shinawatra gegründete Nachfolgepartei der verbotenen People's Power Party (PPP) erhält 265 der 500 Mandate und damit die absolute Mehrheit. Die bisher regierende Democratic Party gewinnt 159 Mandate. Yingluck Shinawatra, die Schwester von Thaksin Shinawatra, wird Regierungschefin.

Südsudan/Sudan

UNO

Nach fünf Jahrzehnten Krieg mit dem Norden des Sudan wird der Südsudan unabhängig. Salva Kiir wird als erster südsudanesischer Staatspräsident vereidigt (**9.7.2011**). Die UNO bleibt mit einer Friedensmission – United Nations Mission in the Republic of South Sudan/UNMISS – und 7000 Blauhelmen präsent.

Grossbritannien

Der Medienkonzern News Corp. von Rupert Murdoch zieht Konsequenzen aus einem Abhörskandal und stellt die Boulevardzeitung „News of the World“ ein (**10.7.2011**).

EU/Euro

Die Schuldenkrise in der Euro-Zone spitzt sich zu. Befürchtet wird ein Übergreifen auf Italien. Der Euro-Kurs befindet sich im Sinkflug. Der Euro fällt mit 1.16 auf den bisher tiefsten Stand gegenüber dem Franken (**12.7.2011**).

Somalia/ Äthiopien/Kenia/Djibouti

Katastrophen/Dürre

Am Horn von Afrika – in Somalia, Äthiopien und Kenia und Djibouti sind etwa elf Millionen Menschen von der schlimmsten Dürre seit etwa 50 Jahren betroffen (**Juli 2011**). In Somalia sterben zwischen Oktober 2010 und April 2012 über 250 000 Menschen.

Norwegen

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

Ein 32-jähriger Rechtsextremist verübt einen Bombenanschlag im Osloer Regierungsviertel, bei dem sieben Menschen getötet werden, und erschiess danach auf der Insel Utøya nahe der norwegischen Hauptstadt 68 Teilnehmer eines Jugendferienlagers (**22.7.2011**). Der Attentäter bezeichnet seine Untaten als „grausam, aber notwendig“. In einem „Manifest“ hatte er Terroraktionen zur „Rettung Europas vor dem Kulturmarxismus und der Islamisierung“ angekündigt.

USA

Mit einem Kompromiss vermeiden Senat und Repräsentantenhaus nach wochenlangem Ringen die Zahlungsunfähigkeit der USA (**2.8.2011**). Der Kompromiss sieht vor, dass die US-Schuldengrenze von derzeit 14,3 Billionen Dollar in zwei Schritten um mindestens 2,1 Billionen Dollar angehoben wird. Im Gegenzug sollen die Ausgaben in den nächsten zehn Jahren um rund 2,4 Billionen Dollar gekürzt werden.

USA

Börsen/Börsenturbulenzen

Die USA verlieren erstmals ihre Spitzenbonitätsnote bei einer führenden Ratingagentur. Standard & Poor's setzt die Kreditwürdigkeit der USA um eine Stufe auf AA+ herab und zieht damit die Konsequenzen aus dem langwierigen Schuldenstreit in Washington (**5.8.2011**). Als Folge der Herabstufung kommt es weltweit zu Börsenturbulenzen und massiven Kursverlusten.

Somalia

Afrikanische Union

Die islamistische al-Shabab-Miliz zieht sich nach monatelangen schweren Kämpfen mit den Eingreiftruppen der Afrikanischen Union (Amisom) aus der somalischen Hauptstadt Mogadiscio zurück (**6.8.2011**). Al-Shabab hatte einen grossen Teil von Mogadiscio unter seine Kontrolle gebracht.

Grossbritannien

Im Londoner Stadtteil Tottenham brechen schwere Krawalle aus (**6.8.2011**). Auslöser der Unruhen ist der Tod eines 29-Jährigen, der bei der geplanten Festnahme durch die Polizei erschossen worden war. Die Ausschreitungen greifen in den folgenden Tagen auf weitere Städte über.

São Tomé und Príncipe

In São Tomé und Príncipe feiert der frühere Machthaber Manuel Pinto da Costa ein Comeback. Er geht als unabhängiger Kandidat als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (**7.8.2011**). Er herrschte von 1975 bis 1991 als erster Staatschef nach der Unabhängigkeit über den Inselstaat.

Schweiz

Franken/Euro

Unaufhaltsamer Höhenflug des Schweizerfrankens: Er erreicht mit 1.0075 praktisch die Parität zum Euro (**9.8.2011**).

Trinidad und Tobago

Über Trinidad und Tobago wird wegen Drogenkriminalität vorübergehend der Ausnahmezustand verhängt (**21.8.2011**).

Libyen

In Libyen bringen Aufständische nach sechsmonatigen Kämpfen weite Teile der Hauptstadt Tripolis unter ihre Kontrolle (**22.8.2011**). Revolutionsführer Muammar al-Ghadhafi taucht unter. Der Übergangsrat der Rebellen zieht von Bengasi nach Tripolis um.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Humorist, Cartoonist und Schauspieler Vicco von Bülow alias Lorient stirbt im Alter von 87 Jahren (**22.8.2011**).

Syrien/Syrien-Konflikt

Syrische Oppositionskräfte gründen in Istanbul den Syrischen Nationalrat (**23.8.2011**). Deserteure der syrischen Armee schliessen sich zur „Freien Syrischen Armee“ zusammen.

Japan

Der japanische Ministerpräsident Kan Naoto kündigt seinen Rücktritt an (**26.8.2011**). Er war wegen seines Krisenmanagements nach der verheerenden Dreifachkatastrophe von Fukushima im März 2011 unter Druck geraten. Kan war der fünfte Ministerpräsident in nur fünf Jahren. Seine Demokratische Partei bleibt an der Macht und stellt mit Noda Yoshihiko den neuen Regierungschef (2.9.2011).

Schweiz

Franken/Euro

Die Schweizerische Nationalbank geht gegen die Frankenstärke vor. Wegen der massiven Überbewertung des Frankens legt sie eine Wechselkursgrenze von Fr. 1.20 für den Euro fest und nennt erstmals seit 1978 ein formelles Wechselkursziel (**6.9.2011**).

Schweiz

Wegen nicht genehmigter Geschäfte eines Händlers ihrer Investmentbanking-Abteilung in London erleidet die Grossbank UBS einen Verlust von 2,3 Milliarden Dollar (**15.9.2011**).

Dänemark

Nach zehn Jahren mit bürgerlichen Regierungen gewinnt ein Links-Bündnis die Parlamentswahl in Dänemark (**15.9.2011**). Die liberale Venstre bleibt zwar stärkste Kraft im Folketing, doch die bürgerliche Koalition von Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen verliert die Mehrheit. Das linke Wahlbündnis gewinnt 89 Mandate und mit Unterstützung von Vertretern Grönlands und der Färöer die absolute Mehrheit. Mit der Sozialdemokratin Helle Thorning-Schmidt wird Dänemark erstmals von einer Frau regiert. Ihre Partei musste sich mit einem Stimmenanteil von 24,8 Prozent begnügen: das schlechteste Ergebnis seit 1903. Helle Thorning-Schmidt bildet eine Regierung mit der radikalen Venstre und der Sozialistischen Volkspartei.

EU

Die EU-Finanzminister beschliessen eine Verschärfung des Stabilitätspakts (**16.9.2011**). Defizitsünder sollen künftig härter bestraft werden.

Lettland

Aus der vorgezogenen Parlamentswahl in Lettland geht das sozialdemokratische Zentrum „Harmonie“ (Saskaņa), die Vertretung der russischstämmigen Minderheit, als stärkste Kraft hervor. Das Bündnis gewinnt 31 der 100 Mandate. Es handelt sich um den ersten Wahlerfolg prorussischer Parteien seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit vor zwanzig Jahren. Die vom früheren Staatspräsidenten Valdis Zatlers gegründete Reformpartei erhält 22 Mandate. Es folgt die liberal-konservative Partei Einigkeit (Vienotība) mit 20 Sitzen. Die rechtspopulistische Nationale Allianz wird vierstärkste Partei mit 14 Mandaten (**17.9.2011**). Der liberal-konservative Ministerpräsident Valdis Dombrovskis bildet eine Koalition mit der Reformpartei und der Nationalen Allianz.

Liechtenstein

Abtreiben bleibt im Fürstentum Liechtenstein verboten. Die Einführung einer Fristenlösung wird vom Stimmvolk mit 52,26 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt (**18.9.2011**).

Italien:

Die Kreditwürdigkeit Italiens wird von der Ratingagentur Standard & Poor's von A+ auf A herabgestuft (**19.9.2011**).

Slowenien

Das slowenische Parlament spricht der Mitte-links-Regierung von Ministerpräsident Borut Pahor das Misstrauen aus (**20.9.2011**).

Sambia

In Sambia wird Michael Sata von der oppositionellen Patriotic Front zum neuen Staatspräsidenten gewählt (**20.9.2011**). Damit endet die Ära des bisher dominierenden Movement for Multy-Party Democracy (MMD).

Palästinensische Autonomiegebiete/Palästina

UNO

Palästinenserpräsident Mahmud Abbas stellt offiziell den Antrag auf Vollmitgliedschaft Palästinas bei den Vereinten Nationen (**23.9.2011**).

Frankreich

Die französische Linke erringt einen „historischen Sieg“ bei den Senatswahlen. Zum ersten Mal seit Gründung der V. Republik 1958 stellt die Linke die absolute Mehrheit in der zweiten Parlamentskammer. Nach den Teilwahlen, bei denen die Hälfte der Sitze erneuert wurde, stellt die Linke 177 von insgesamt 348 Senatoren (**25.9.2011**).

USA

Die Computerwelt trauert um einen ihrer Pioniere. Der langjährige Apple-Chef Steve Jobs stirbt im Alter von 56 Jahren (**5.10.2011**).

Venezuela

In Venezuela schliessen sich mehrere Linksparteien zur Unterstützung von Präsident Hugo Chávez (*Chavez*), darunter der regierende Partido Socialista Unido de Venezuela (PSUV), zum Gran Polo Patriotico zusammen (**7.10.2011**).

Polen

In Polen geht die rechtsliberale Bürgerplattform (PO) erneut als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor (**9.10.2011**). Sie erhält 207 der 460 Mandate im Sejm. Auf die nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) entfallen 166 Mandate. Drittstärkste Kraft wird auf Anhieb die linksliberale Palikot-Bewegung mit 40 Mandaten. Ministerpräsident Donald Tusk wird als erster Regierungschef seit 1989 für eine zweite Amtszeit bestätigt.

Ukraine

Die frühere ukrainische Ministerpräsidentin Julia Timoschenko wird zu sieben Jahren Straflager verurteilt (**11.10.2011**). Ihr wird Amtsmissbrauch vorgeworfen. Sie habe zum Nachteil der Ukraine ein Abkommen über russische Gaslieferungen geschlossen.

Somalia/Kenia

Kenianische Truppen dringen zur Vertreibung islamistischer al-Shabab-Milizen auf somalisches Territorium vor (**16.10.2011**). 2012 werden die kenianischen Truppen in die Eingreiftruppe der Afrikanischen Union in Somalia (Amisom) integriert.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Nach 1900 Tagen als Geisel der radikal-islamischen Hamas kehrt der israelische Gilad Shalit in seine Heimat zurück (**18.10.2011**). 1027 Palästinenser kommen im Austausch frei. Shalit war im Juni 2006 in Israel von Kämpfern der Hamas verschleppt worden.

Libyen

Ende der Ära Ghadhafi nach 42 Jahren: Der vor zwei Monaten untergetauchte libysche Revolutionsführer Muammar al-Ghadhafi kommt bei einem Fluchtversuch bei Sirte ums Leben (**20.10.2011**). Die Todesursache: ein Kopfschuss. Sirte war die letzte Bastion der Ghadhafi-Loyalisten. Drei Tage später erklärt der Vorsitzende des von Aufständischen gebildeten Übergangsrates, Mustafa Abdel Jalil, offiziell das Ende des acht Monate dauernden Kampfes gegen das Ghadhafi-Regime. Machtkämpfe rivalisierender Milizen prägen die weitere politische Entwicklung des Landes.

Spanien/Baskenland

Die baskische Untergrundorganisation ETA (Euskadi Ta Askatasuna – Baskenland und Freiheit) gibt das „definitive Ende ihrer bewaffneten Aktionen“ bekannt (**20.10.2011**): Seit Ende der sechziger Jahre kamen bei etwa 4000 Anschlägen der ETA über 800 Menschen ums Leben.

USA/Irak

US-Präsident Barack Obama verkündet den vollständigen Abzug der noch verbliebenen rund 40 000 US-Soldaten aus dem Irak für Ende 2011 (**21.10.2011**). Nach fast neun Jahren werde der Krieg der USA im Irak zu einem Ende kommen, sagt Obama.

- Zwischen 2003 und 2011 wurden fast 4500 US-Soldaten getötet und 32 000 verwundet.
- Die Zahl der getöteten Zivilisten zwischen 2003 und 2011 wird auf Hunderttausende geschätzt. Es gibt unterschiedliche Angaben über die Zahl der Opfer.
- Nach Schätzungen gaben die USA mehr als 1 Billion Dollar für den Krieg im Irak aus.

Schweiz

Die Schweizerische Volkspartei (SVP) geht erneut als stärkste Partei aus den Nationalratswahlen in der Schweiz hervor, muss jedoch acht Sitzverluste in Kauf nehmen. Einbussen erleiden auch die Freisinnigen (FDP.Die Liberalen), die Grünen und die Christdemokraten (CVP). Wahlgewinner sind die Grünliberale Partei (GLP) und die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) mit je neun Sitzgewinnen. Die stärkste Fraktion im Nationalrat bildet die SVP mit 54 Sitzen (minus 8), gefolgt von den Sozialdemokraten mit 46 (plus 3). Die Freisinnigen und die Liberalen (FDP.Die Liberalen), die sich 2009 auf nationaler Ebene zusammengeschlossen hatten, gewinnen 30 Mandate (minus 5), die Christdemokraten (CVP) 28 (minus 3), die Grünen 15 (minus 5) und die Grünliberalen (GPL) 12 Sitze (plus 9). Die 2008 als Abspaltung der Schweizerischen Volkspartei (SVP) gegründete Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) gewinnt auf Anhieb neun Mandate. Erstmals vertreten ist das Mouvement citoyens romand (MCR) mit einem Abgeordneten. Die übrigen Parteien erhalten fünf Sitze (**23.10.2011**).

Im Ständerat verteilen sich die 46 Mandate wie folgt: Christdemokraten (CVP): 13 (minus 2.), FDP.Die Liberalen: 11 (minus 1), Sozialdemokraten (SP): 11 (plus 2). Schweizerische Volkspartei (SVP): 5 (minus 2).. Grüne: 2 (unv.), Grünliberale Partei (GLP): 2 (plus1), Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP): 1 (plus), Parteilos: 1 (plus 1).

Tunesien

In Tunesien wird eine verfassunggebende Versammlung gewählt (**23.10.2011**). Die islamistische Ennahda erhält 89 der 217 Mandate und damit mehr als 40 Prozent der Sitze. Zweitstärkste Kraft mit 29 Mandaten ist der vom Menschenrechtsaktivisten Moncef Marzouki gegründete Congrès pour la République (El Mottamar).

EU/Euro/Euro-Zone/Euro-Rettungsschirm/ESM

Griechenland

Die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone beschliessen ein Massnahmenpaket zur Eindämmung der Schuldenkrise (**27.10.2011**).

- Der Euro-Rettungsschirm soll durch eine Hebelwirkung ein grösseres Ausleihenvolumen erhalten.
- Griechenland soll zusätzliche Hilfskredite von Höhe von 100 Milliarden Euro erhalten.
- Grossbanken sollen ihr Eigenkapital aufstocken:

Irland

Michael D. D. Higgins geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Irland hervor (**27.10.2011**). Er war bisher Vorsitzender der Labour Party.

Uruguay

Das uruguayische Parlament hebt das Amnestiegesetz von 1986 auf (**27.10.2011**). Das Gesetz (Ley de Caducidad) sicherte den Polizei- und Militärangehörigen Straffreiheit für alle vor dem 1. März 1985 begangenen Menschenrechtsverletzungen zu.

Bulgarien

Rossen Plewneliew von der Mitte-rechts-Partei Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens (Gerb) wird zum neuen bulgarischen Staatspräsidenten gewählt (**30.10.2011**).

Kirgistan

Der bisherige kirgisische Ministerpräsident Almasbek Atambajew geht als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Er erhält rund 63 Prozent der Stimmen (**30.10.2011**).

Weltbevölkerung

Die Weltbevölkerung erreicht die 7-Milliarden-Grenze (**31.10.2011**).

EU/Europäische Zentralbank/Italien

Mario Draghi, bisher Chef der italienischen Nationalbank, wird neuer Leiter der Europäischen Zentralbank (**1.11.2011**).

Deutschland

In Deutschland wird eine bisher ungeklärte Mordserie aufgedeckt (**4.11.2011**). Seit 2000 wurden laut einem Bekennervideo neun Menschen türkischer und griechischer Abstammung (Döner-Morde) sowie eine Polizistin von Mitgliedern der rechtsextremistischen Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) getötet.

Slowenien

Aus der vorgezogenen Parlamentswahl in Slowenien geht überraschend die erst kürzlich gegründete Partei „Positives Slowenien“ von Zoran Janković (*Jankovic*) als Siegerin hervor (**4.11.2011**). Sie gewinnt 28 der 90 Sitze. Die konservative Demokratische Partei (SDS) erhält 26 Mandate (minus 2). Die Sozialdemokraten (SD) sind die grossen Verlierer. Sie müssen sich mit 10 Mandaten (minus 19) begnügen. Der Wahlsieger Janković schafft es jedoch nicht, eine Regierung zu bilden.

Nicaragua

Der nicaraguanische Staatspräsident Daniel Ortega vom Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) wird mit einem Stimmenanteil von 62,46 Prozent in seinem Amt bestätigt. Im Parlament gewinnt der FSLN mit 62 der 92 Sitze die absolute Mehrheit (**6.11.2011**).

Guatemala

In Guatemala geht der ehemalige General und Geheimdienstchef Otto Pérez Molina vom konservativen Partido Patriota (PP) mit einem Stimmenanteil von 53,74 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor (**6.11.2011**). Im Parlament ist seine Partei mit 56 der 158 Sitze stärkste Kraft.

Iran

Iran hat nach Erkenntnissen der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) zumindest bis zum vergangenen Jahr (2010) an der Entwicklung einer Atombombe gearbeitet. Es gebe „glaubwürdige“ Informationen, wonach das Land offenbar an der Entwicklung von Atomwaffen gearbeitet hat und womöglich immer noch arbeitet, heisst es in einem Bericht der IAEA (**9.11.2011**).

Griechenland

Der griechische sozialistische Ministerpräsident Giorgos Papandreou erklärt seinen Rücktritt (**9.11.2011**).

Griechenland

Das von der Schuldenkrise geplagte Griechenland erhält eine Übergangsregierung unter Führung des parteilosen Finanzexperten Loukas Papadimos (**11.11.2011**). Dem Kabinett gehören auch Mitglieder der Opposition an.

Italien

Der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi zieht die Konsequenzen aus der schweren Schuldenkrise und tritt zurück (**12.11.2011**). Beide Kammern des Parlaments ebnen zuvor mit der Verabschiedung des von der Europäischen Union geforderten Sparpakets den Weg für den Rücktritt. 17 Jahre lang dominierte Berlusconi mit seiner Partei Forza Italia/FI bzw. Popolo della Libertà/PdL das politische Geschehen Italiens: Mit über 3300 Regierungstagen ist er der bisher am längsten amtierende Ministerpräsident seit 1945.

Italien

Der frühere EU-Kommissar Mario Monti wird neuer italienischer Ministerpräsident. Seiner Regierung gehören ausschliesslich parteilose Technokraten an (**16.11.2011**).

Spanien

Erdrutschsieg für den konservativen Partido Popular (PP) bei den Parlamentswahlen in Spanien (**20.11.2011**). Die Konservativen gewinnen 186 Mandate (plus 32) und damit die absolute Mehrheit im 350 Sitze zählenden Abgeordnetenhaus. Ein Debakel erlebt der bisher regierende Partido Socialista Obrero Español (PSOE). Die Sozialisten verlieren 59 Mandate und haben noch 110 Abgeordnete. Es handelt sich um das schlechteste Wahlergebnis seit dem Ende der Franco-Ära. Zu den Gewinnern gehören auch die katalanische Convergència i Unió (CiU) mit 16 Sitzen (plus 6) und die Izquierda Unida (IU) mit 11 Mandaten (plus 9). Beeinflusst werden die Wahlen von der Wirtschafts- und Finanzkrise. Spanien hat die höchste Arbeitslosenrate in der Europäischen Union. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei über 40 Prozent. Neuer Ministerpräsident wird Mariano Rajoy.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der österreichische Musiker und Chansonnier Georg Kreisler stirbt im Alter 89 Jahren (**22.11.2011**).

Jemen

Der seit 33 Jahren herrschende und nach Massenprotesten unter Druck geratene jemenitische Präsident Ali Abdullah Saleh übergibt die Macht an seinen Stellvertreter Abed Rabbo Mansur Hadi. Saleh lässt sich vom Parlament Straffreiheit zusichern (**23.11.2011**).

Marokko

Aus der Parlamentswahl in Marokko geht der gemässigt islamistische Parti de la justice et du développement (PJD) als stärkste Kraft hervor (**25.11.2011**). Die Partei gewinnt 107 der 395 Sitze. An zweiter Stelle folgt der nationalistisch-konservative Parti de l'Istiqlal mit 60 Mandaten. Der Vorsitzende der Siegerpartei, Abdel-Ilah Benkiran, wird neuer Premierminister (29.11.2011).

Ägypten

Neun Monate nach dem Sturz von Staatspräsident Hosni Mubarak beginnen in Ägypten Parlamentswahlen in drei Etappen (**ab 28.11.2011** bis Mitte Januar 2012).

Belgien

In Belgien geht 18 Monate nach der Parlamentswahl das Seilziehen um eine neue Regierung zu Ende. Flämische und wallonische Sozialisten, Christdemokraten und Liberale einigen sich auf eine Koalitionsregierung unter Führung von Elio Di Rupo vom Parti Socialiste (**30.11.2011**). Di Rupo ist der erste frankophone Premierminister Belgiens seit 1979 und der erste sozialistische Regierungschef seit 37 Jahren.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die deutsche Schriftstellerin Christa Wolf stirbt im Alter von 82 Jahren (**1.12.2011**).

Celac/Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños

In Caracas findet das Gründungstreffen der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños/Celac) statt (**2.12.2011**). Der Celac – Nachfolgeorganisation der Rio-Gruppe – gehören mit Ausnahme der USA und Kanadas alle Staaten des amerikanischen Kontinents an.

Russland

Bei der Parlamentswahl in Russland verliert die Kreml-Partei Einiges Russland ihre Zweidrittelmehrheit, bleibt aber stärkste Kraft in der Staatsduma. Auf die Kreml-Partei entfallen 49,32 Prozent der Stimmen und 238 Mandate (minus 77). Die Kommunisten erhalten als zweitstärkste Partei 19,19 Prozent der Stimmen und 92 Mandate (plus 35). Auf die linksliberale Partei Gerechtes Russland entfallen 13,24 Prozent der Stimmen und 64 Sitze (plus 26). Die Liberaldemokraten gewinnen 11,67 Prozent der Stimmen mit 56 Sitze (plus 16). Andere Parteien schaffen den Einzug in die 450 Mitglieder zählende Staatsduma nicht. Die Opposition wirft dem Kreml Wahlmanipulation vor (**4.12.2011**).

Kroatien

Machtwechsel in Kroatien: Nach acht Jahren an der Regierung muss die nationalkonservative Kroatische Demokratische Union (HDZ) in die Opposition. Siegerin der Parlamentswahl ist das Mitte-links-Parteienbündnis Kukuriku (**4.12.2011**). Das Bündnis – bestehend aus der Sozialdemokratischen Partei (SDP), der Volkspartei (HNS), der Istrischen Demokratischen Versammlung (IDS) und der Rentnerpartei (HSU) – gewinnt 81 der 151 Mandate. Die nationalkonservative Kroatische Demokratische Union (HDZ) erhält mit ihren Bündnispartnern 47 Mandate

Tschechien/Tschechoslowakei

Tschechien trauert um den Schriftsteller, Dramatiker und Politiker Václav Havel. Er stirbt im Alter von 75 Jahren (**8.12.2011**). Václav Havel war einer der führenden Regimekritiker der Tschechoslowakei, gehörte zu den Mitbegründern der Bürgerrechtsbewegung Charta 77, war eine Symbolfigur der „samtenen Revolution“ von 1989, der letzte Staatspräsident der Tschechoslowakei und der erste Präsident der Tschechischen Republik.

EU

Um die Schuldenkrise zu bewältigen und einen Zerfall des Euro abzuwenden, vereinbaren die EU-Staaten auf ihrem Gipfel in Brüssel strengere Haushaltsregeln. Die 17 Euro-Länder wollen sie vertraglich fixieren. Die Einbeziehung aller 27 EU-Staaten scheitert am Widerstand Grossbritanniens (**9.12.2011**).

EU

Kroatien

Kroatien soll 28. Mitglied der Europäischen Union werden. In Brüssel wird der Beitrittsvertrag unterzeichnet (**9.12.2011**).

Friedensnobelpreis

Liberia/Jemen

Der Friedensnobelpreis wird zum ersten Mal an drei Frauen überreicht: an die liberianische Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf, die liberianische Menschenrechtsaktivistin Leymah Gbowee und an die jemenitische Journalistin und Regimekritikerin Tawakkul Karman (**10.12.2011**).

Literaturnobelpreis

Der schwedische Lyriker Tomas Tranströmer erhält den Literaturnobelpreis (**10.12.2011**).

Umwelt/Klima**UNO-Klimakonferenz**

Die 17. UNO-Klimakonferenz einigt sich auf einen Zeitraum für ein neues Abkommen zum Kampf gegen die Erderwärmung. Dieses soll bis 2015 ausgehandelt werden. Das Kyoto-Protokoll von 1997 soll verlängert werden (**10.12.2011**).

Tunesien

Die verfassunggebende Versammlung Tunesiens wählt den Menschenrechtsaktivisten Moncef Marzouki, Gründer des Congès poul la République (El Mottamar), zum Staatsoberhaupt (**12.12.2011**).

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt den sozialdemokratischen Freiburger Ständerat Alain Berset zum neuen Bundesrat. Er ist Nachfolger von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey (**14.12.2011**).

Irak/USA

Die US-Streitkräfte beenden ihren Einsatz im Irak nach fast neunjähriger Präsenz (**15.12.2011**/vgl. 21.10.2011).

Frankreich

Der frühere französische Staatschef Jacques Chirac wird wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder während seiner Amtszeit als Bürgermeister von Paris zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt (**15.12.2011**). Noch nie wurde in der Nachkriegszeit ein ehemaliger französischer Staatspräsident verurteilt.

Korea (Nordkorea)

Der nordkoreanische Machthaber Kim Jong Il stirbt 69-jährig (**17.12.2011**). Die Nachfolge tritt dessen Sohn Kim Jong Un an.

Spanien

Machtwechsel in Spanien: Mariano Rajoy vom konservativen Partido Popular (PP) wird neuer Ministerpräsident (**21.12.2011**). Die bisher regierenden Sozialisten (Partido Socialista Obrero Español/PSOE) erlebten bei der Parlamentswahl am 20. November ein Debakel.

Syrien/Syrien-Konflikt**Arabische Liga**

Die Arabische Liga entsendet eine Beobachtermission nach Syrien (**22.12.2011**). Sie soll den Abzug der syrischen Armee aus den Städten und die Freilassung politischer Gefangener überwachen. Die Mission scheitert.

Kroatien

Wechsel an der Spitze der kroatischen Regierung: Der sozialdemokratische Parteichef Zoran Milanović (*Milanovic*) wird neuer Ministerpräsident (**23.12.2011**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der niederländische Schauspieler und Sänger Johannes Heesters stirbt im Alter von 108 Jahren (**24.12.2011**). Er stand 90 Jahre auf der Bühne.

Jamaika

Die linke People's National Party kehrt nach vier Jahren an die Macht zurück (**29.12.2011**). Sie gewinnt bei der Parlamentswahl 42 (plus 14) der 63 Sitze. Die bisher regierende konservative Jamaica Labour Party erhält 21 (minus 11) Mandate. Die frühere Premierministerin Portia Simpson-Miller übernimmt erneut die Führung des Landes.

2012

Ungarn

In Ungarn tritt eine neue Verfassung in Kraft (**1.1.2012**). Das vom Parlament mit der Zweidrittelmehrheit der nationalkonservativen Regierungspartei Fidesz-Ungarischer Bürgerbund (Fidesz-MPSZ) verabschiedete Grundgesetz stösst auf Kritik, da die Kompetenzen des Verfassungsgerichts beschnitten und die Unabhängigkeit der Justiz eingeschränkt werden. Befürchtet wird ein Abbau der Demokratie,

Schweiz

Der Präsident der Schweizerischen Nationalbank, Philipp Hildebrand, zieht die Konsequenzen aus einer Affäre um angeblich unrechtmässige Devisengeschäfte und tritt zurück (**9.1.2012**).

Frankreich/Österreich

Die Rating-Agentur Standard & Poor's senkt die Kreditwürdigkeit von neun Euro-Staaten. Frankreich und Österreich büssen ihre Top-Bonität ein (**13.1.2012**).

Italien

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Das italienische Kreuzfahrtschiff „Costa Concordia“ rammt vor der italienischen Insel Giglio einen Felsen und kentert (**13.1.2012**). An Bord befinden sich rund 4200 Passagiere. 32 Menschen sterben bei der Havarie des Schiffes.

EU/Ungarn

Die Europäische Union (EU) leitet gegen Ungarn Verfahren wegen Verletzung der EU-Verträge ein. Ungarn hat nach Auffassung der EU-Kommission bei der Umsetzung der neuen Verfassung durch eine Reihe von Verfassungsgesetzen in drei Bereichen – bei der Unabhängigkeit der Nationalbank und der Datenschutzbehörde sowie im Justizwesen – gegen EU-Recht verstossen (**17.1.2012**).

Ägypten

Die Islamisten gewinnen die Parlamentswahl in Ägypten: Die Demokratische Allianz unter Führung der unter dem Einfluss der Muslimbruderschaft stehenden Partei für Freiheit und Gerechtigkeit sowie an-Nur, die Partei der Salafisten, erringen zusammen 358 der 508 Mandate und damit 70 Prozent der Abgeordnetensitze (**21.1.2012**).

Kroatien

EU

Die Bevölkerung Kroatiens heisst den Beitritt zur Europäischen Union (EU) mit 66,67 Prozent-Ja-Stimmen gut (**22.1.2012**).

Iran

EU/USA

Im Streit um das iranische Atomprogramm beschliesst die Europäische Union, alle Öleinfuhren Irans in die EU zu verbieten (**23.1.2012**). Ausserdem werden die Finanzsanktionen verschärft. Auch die USA verschärfen die Sanktionen gegen Iran.

Ägypten

In der ägyptischen Stadt Port Said kommen bei blutigen Ausschreitungen nach einem Fussballspiel über 70 Menschen ums Leben (**1.2.2012**).

Syrien/Syrien-Konflikt

Russland/China

UNO

Russland und China verhindern im UNO-Sicherheitsrat eine Resolution, in der die anhaltende Gewalt in Syrien verurteilt und die Regierung aufgefordert wird, Menschenrechtsverletzungen zu beenden (**4.2.2012**). Der syrische Machthaber Bashar al-Assad lässt den Aufstand gegen sein Regime weiterhin mit aller Härte bekämpfen.

Russland

Einen Monat vor der Präsidentenwahl in Russland demonstrieren in Moskau Zehntausende Menschen gegen den Präsidentschaftskandidaten und Regierungschef Wladimir Putin. Auch Zehntausende Putin-Anhänger gehen auf die Strasse (**4.2.2012**).

Finnland

Erstmals seit 30 Jahren erhält Finnland wieder einen konservativen Staatspräsidenten. Der ehemalige Finanzminister Sauli Niinistö von der konservativen Nationalen Sammlungspartei (KOK) geht mit einem Stimmenanteil von 62,6 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor (**5.2.2012**).

Rumänien

Nach massiven Protesten gegen sein Sparprogramm tritt der rumänische Ministerpräsident Emil Boc (Demokratisch-Liberale Partei/PD-L) zurück (**6.2.2012**).

Malediven

Politische Krise auf den Malediven: Der Präsident der Malediven, Mohamed Nasheed, tritt unter massivem Druck regierungsfeindlicher Demonstrationen und einer Meuterei von Sicherheitskräften zurück (**7.2.2012**). Ausgelöst wurden die Proteste durch die Verhaftung des Vorsitzenden des Strafgerichtshofs, da dieser die Freilassung eines inhaftierten Oppositionspolitikers angeordnet hatte. Die Regierungsgeschäfte übernimmt Vizepräsident Mohammed Waheed Hassan.

Slowenien

In Slowenien übernimmt der frühere Regierungschef Janez Janša (*Jansa*) von der konservativen Demokratischen Partei (SDS) erneut das Amt des Regierungschefs (**10.2.2012**).

Schweiz/Italien

Der Schweizer Unternehmer Stephan Schmidheiny und sein früherer belgischer Geschäftspartner Baron Louis De Cartier werden im Turiner Asbestprozess wegen absichtlicher Verursachung einer Umweltkatastrophe und Unterlassung von Sicherheitsvorkehrungen in der von ihnen beherrschten Eternit-Gruppe zu je 16 Jahren Gefängnis verurteilt. Zudem müssen sie Schadenersatz in Millionenhöhe leisten. Die Anklage gegen die beiden Unternehmer lautet auf vorsätzliche Tötung in rund 3000 Krankheits- und Todesfällen und auf Verursachung einer Umwelt-Katastrophe (**13.2.2012**).

2014 wird das Urteil vom Obersten Gericht Italiens aufgehoben. Weitere Gerichtsverfahren folgen.

Honduras

Katastrophen/Brandkatastrophen

Bei einem Gefängnisbrand in der honduranischen Stadt Comayagua kommen 361 Menschen ums Leben (**14.2./15.2.2012**).

Deutschland

Zum zweiten Mal binnen knapp zwei Jahren gibt ein deutsches Staatsoberhaupt sein Amt vorzeitig auf: Nach nur knapp 20 Monaten im Amt tritt Bundespräsident Christian Wulff zurück. Er reagiert auf die Entscheidung der Staatsanwaltschaft Hannover, die Aufhebung seiner Immunität wegen des Verdachts auf Vorteilsnahme zu beantragen (**17.2.2012**).

Griechenland

EU

Die Euro-Finanzminister stimmen einem zweiten Hilfspaket für Griechenland zu, um eine drohende Staatspleite zu verhindern (**21.2.2012**). Das Hilfspaket hat einen Umfang von 130 Milliarden Euro. Privatgläubiger (Banken, Versicherungen, Fonds) sollen auf 53,5 Prozent ihrer Forderungen an Griechenland verzichten. Im Gegenzug für die Milliardenhilfen ist das Hilfspaket mit einer Reihe von politischen Reform-Auflagen für die Regierung in Athen verbunden. Sie muss unter anderem Renten und Mindestlöhne kürzen, Steuern erhöhen und bisher abgeschottete und streng regulierte Märkte öffnen. Ausserdem muss Griechenland mehr Kontrolle erdulden.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Musiker und Showman Hazy Osterwald stirbt im Alter von 90 Jahren (**26.2.2012**).

EU

Grossbritannien/Tschechien

25 EU-Staaten unterzeichnen in Brüssel einen Fiskalpakt. Dieser sieht strengere Haushaltsregeln und Schuldenbremsen vor. Nur Grossbritannien und Tschechien bleiben abseits (**2.3.2012**).

Iran

Aus der Parlamentswahl in Iran gehen die Anhänger von Revolutionsführer Ayatollah Ali Khamenei als klare Sieger hervor. Die Parteigänger von Präsident Mahmud Ahmadinejad erleiden eine schwere Niederlage (**2.3.2012**).

Russland

Wladimir Putin geht nach 2000 und 2004 zum dritten Mal als Sieger aus der Präsidentenwahl in Russland hervor. Er erhält 63,6 Prozent der Stimmen (**4.3.2012**). Sein Vorgänger Dmitri Medwedew übernimmt das Amt des Regierungschefs (8.5.2012).

Kongo-Brazzaville

Katastrophen/Explosionskatastrophen

Bei der Explosion eines Munitionslagers in Brazzaville, der Hauptstadt der République du Congo, kommen über 280 Menschen ums Leben und über 2000 werden verletzt (**4.3.2012**).

Slowakei

Bei der vorgezogenen Parlamentswahl in der Slowakei erreicht die oppositionelle sozialdemokratische Partei Smer-SD des früheren Regierungschefs Robert Fico mit 83 der 150 Sitze die absolute Mehrheit (**10.3.2012**). Absolute Mehrheiten gab es seit der Unabhängigkeit der Slowakei noch keine.

Die Partei der bisherigen Ministerpräsidentin Iveta Radičová (*Radicova*), die liberal-konservative Slowakische Demokratische Christliche Union - Demokratische Partei (SDKU-DS), verliert 17 Sitze und entsendet noch 11 Abgeordnete. Radičová hatte im Oktober 2011 eine Vertrauensabstimmung im Parlament verloren. Je 16 Mandate gewinnen die Christlich-Demokratische Bewegung (KDH) sowie die konservative Protestpartei Gewöhnliche Leute und unabhängige Personen (OL).

Robert Fico, Regierungschef in den Jahren 2006 bis 2010, wird wieder Ministerpräsident (4.4.2012).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen die Volksinitiative zur Beschränkung des Zweitwohnungsbaus mit 50,6 Prozent Ja-Stimmen gut (**11.3.2012**). Die Initiative verlangt, dass der Anteil von Zweitwohnungen pro Gemeinde maximal 20 Prozent betragen darf.

Schweiz/Belgien

Katastrophen/Busunfälle

Bei einem Busunfall in einem Autobahntunnel bei Siders (Kanton Wallis) kommen 28 Menschen, unter ihnen 22 Kinder, ums Leben (**13.3.2012**). Die Jugendlichen und ihre Begleiter hatten ein Skilager besucht und waren auf der Heimreise nach Belgien.

Moldau

Nach zweieinhalb Jahren erhält die Republik Moldau wieder einen Staatspräsidenten. Das Parlament bestimmt den parteilosen proeuropäischen Juristen Nicolae Timofti zum Staatsoberhaupt (**16.3.2012**). Seit September 2009 hatte die Republik Moldau nur Interimspräsidenten.

Deutschland

Der frühere DDR-Bürgerrechtler und evangelische Pastor Joachim Gauck, ehemaliger Bundesbeauftragter für die Unterlagen des DDR-Staatssicherheitsdienstes, wird zum neuen deutschen Bundespräsidenten gewählt (**18.3.2012**).

Tonga

Tonga trauert um seinen König Tupou V., der nach nur sechsjähriger Regentschaft im Alter von 63 Jahren stirbt (**18.3.2012**). Unter seiner Regentschaft endete die absolute Monarchie. Der südpazifische Staat wurde eine parlamentarische Monarchie. Der neue König Tupou VI. ist der jüngere Bruder des verstorbenen Monarchen.

Frankreich

al-Qaida

In einer jüdischen Schule in der französischen Stadt Toulouse erschießt ein 23-jähriger Franzose algerischer Herkunft drei Kinder und einen Rabbiner (**19.3.2012**). Einige Tage zuvor hatte er drei Soldaten ermordet. Der Täter, der sich zur Terrororganisation al-Qaida bekennt, wird nach 32-stündiger Belagerung bei einem Schusswechsel mit Polizisten getötet.

Mali

Kurz vor Ende der regulären Amtszeit wird der malische Staatspräsident Amadou Toumani Touré von der Armee gestürzt (**21.3.2012**). Übergangspräsident wird Dioncounda Traoré.

Senegal

In Senegal geht Macky Sall als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Er besiegt in der Stichwahl Amtsinhaber Abdoulaye Wade mit einem Stimmenanteil von 65,8 Prozent (**25.3.2012**).

Myanmar

In Myanmar schafft Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi bei Nachwahlen den Einzug ins Parlament. Die Kandidatin der National League for Democracy (NLD) erhält 82 Prozent der Stimmen (**1.4.2012**).

Mali

Tuareg

Tuareg-Rebellen erobern mehrere Städte im Norden von Mali, auch die berühmte Oasenstadt Timbuktu (**1.4.2012**), wo zahlreiche Kulturstätten zum Weltkulturerbe der Unesco gehören. Die Tuareg-Rebellen des Mouvement national de libération de l'Azawad (MNLA) rufen einen eigenen Staat – Azawad – aus (6.4.2012). Die MNLA-Aufständischen werden von Islamisten der Gruppe Ansar Dine verdrängt. Die Islamisten kontrollieren die gesamte nördliche Hälfte des Landes, führen in den von ihnen beherrschten Gebieten eine rigorose Scharia-Ordnung ein, terrorisieren die Bevölkerung und zerstören zahlreiche Kulturgüter.

Ungarn

Der ungarische Staatspräsident Pál Schmitt tritt nach Plagiatsvorwürfen zurück (**2.4.2012**). Sein Nachfolger wird János Ader (*Ader*), Mitbegründer der nationalkonservativen Regierungspartei Fidesz-Ungarischer Bürgerbund/Fidesz-MPSZ (2.5.2012).

Malawi

Mit Joyce Banda erhält Malawi erstmals eine Staatspräsidentin (**7.4.2012**). Sie tritt die Nachfolge des verstorbenen Staatsschefs Bingu wa Mutharika an. Zwei Jahre später (20.5.2014) muss Joyce Banda nach verlorener Präsidentenwahl ihr Amt abgeben.

USA

Die US-Regierung zahlt Ureinwohnern eine Entschädigung in Höhe von gut einer Milliarde Dollar für die Nutzung von Stammesland (**11.4.2012**). Das Geld geht an 41 Stämme. Mit der Einigung werden zum Teil mehr als 100 Jahre alte Klagen geregelt.

Guinea-Bissau

Putsch in Guinea-Bissau (**12.4.2012**). Kurz vor der zweiten Runde der Präsidentenwahl, bei der ein Nachfolger für den am 9. Januar 2012 verstorbenen Staatsschef Malam Bacai Sanhá bestimmt werden sollte, übernimmt die Armee die Macht. Die Wahlen werden abgesagt.

Osttimor (Timor-Leste)

Taur Matan Ruak geht mit einem Stimmenanteil von rund 61 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt in Osttimor (Timor-Leste) hervor (**16.4.2012**). Er war bisher Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Der amtierende Präsident José Ramos Horta war in der ersten Runde ausgeschieden.

Frankreich

Der Sozialist François Hollande gewinnt die erste Runde der Präsidentenwahl in Frankreich mit einem Stimmenanteil von 28,63 Prozent. Zum ersten Mal in der V. Republik muss sich ein Amtsinhaber in der ersten Runde mit dem zweiten Platz begnügen. Nicolas Sarkozy von der Union pour un mouvement populaire erhält 27,18 Prozent der Stimmen. Auf 17,90 Prozent kommt die Kandidatin des extrem rechten Front national, Marine Le Pen (**22.4.2012**).

Pakistan

Der pakistanische Premierminister Yousuf Raza Gilani wird vom Obersten Gericht wegen Missachtung der Justiz abgesetzt (**19.6.2012**).

Frankreich

Nach 17 Jahren erhält Frankreich wieder einen sozialistischen Staatspräsidenten. François Hollande geht mit einem Stimmenanteil von 51,63 Prozent als Sieger aus der Stichwahl hervor. Amtsinhaber Nicolas Sarkozy von der Union pour un mouvement populaire (UMP) wird abgewählt (**6.5.2012**).

Griechenland

Politisches Beben in Griechenland (**6.5.2012**): Die beiden grossen Volksparteien müssen bei der Parlamentswahl wegen des radikalen Sparpolitik der Regierung massive Verluste in Kauf nehmen. Die Panhellenische Sozialistische Bewegung Pasok kommt nur noch auf 13,18 Prozent der Stimmen (minus 30,74 Prozentpunkte) und die konservative Nea Dimokratia auf 18,85 (minus 14,63 Prozentpunkte). Zweitstärkste Partei hinter der Nea Dimokratia wird das Bündnis der Radikalen Linken – Syriza mit 16,8 Prozent. Zu den Wahlgewinnern gehören auch die nationalistischen Unabhängigen Griechen (Anel), die rechtsradikale Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) und die Demokratische Linke (Dinar). Die Sitzverteilung: Nea Dimokratia: 108, Syriza: 52, Pasok: 41, Anel: 33, Kommunistische Partei KKE: 26, Chrysi Avgi: 21, Dimar: 19. Da alle Bemühungen zur Bildung einer neuen Regierung scheitern, kommt es nach sechs Wochen zu Neuwahlen.

Serbien

Parlamentswahlen in Serbien (**6.5.2012**): Das rechtskonservative Bündnis der Serbischen Fortschrittlichen Partei von Tomislav Nikolić (*Nikolic*) siegt mit einem Stimmenanteil mit 24 Prozent. Es folgt das Bündnis der Demokratischen Partei von Boris Tadić (*Tadic*) mit 22 und das Bündnis der Sozialistischen Partei von Ivica Dačić (*Dacic*) mit 14,5 Prozent (6.5.2012). Die ultranationalistische Serbische Radikale Partei ist nicht mehr im Parlament vertreten.

Rumänien

In Rumänien wird der sozialdemokratische Parteivorsitzende Victor Ponta neuer Regierungschef (**7.5.2012**). Sein Vorgänger Mihai Răzan Ungureanu war durch ein Misstrauensvotum (27.4.2012) gestürzt worden. Ponta bildet eine Koalitionsregierung aus Sozialdemokraten, National-Liberalen und Konservativen.

Frankreich

Jean-Marc Ayrault, bisher Vorsitzender der sozialistischen Fraktion in der französischen Nationalversammlung, wird neuer Premierminister (**16.5.2012**). Zum ersten Mal umfasst eine französische Regierung gleich viele männliche und weibliche Mitglieder.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Lied- und Opernsänger Dietrich Fischer-Dieskau stirbt im Alter von 86 Jahren (**18.5.2012**).

Serbien

Oppositionsführer Tomislav Nikolić (*Nikolic*) von der konservativ-nationalistischen Fortschrittspartei gewinnt überraschend die Stichwahl um das Präsidentenamt in Serbien. Der seit 2004 amtierende Präsident Boris Tadić (*Tadic*) wird abgewählt (**20.5.2012**).

Dominikanische Republik

Danilo Medina vom Partido de la Liberación Dominicana (PLD) gewinnt mit einem Stimmenanteil von 51,21 Prozent die Präsidentenwahl in der Dominikanischen Republik (**20.5.2012**).

Syrien/Syrien-Konflikt

Bei einem Massaker in der syrischen Stadt Hula kommen über 100 Menschen ums Leben, unter ihnen 49 Kinder (**25.5.2012**). Die UNO macht das syrische Regime verantwortlich.

Liberia/Sierra Leone

Der frühere liberianische Staatschef Charles Taylor wird wegen Beihilfe zu den in Sierra Leone verübten Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit von einem UNO-Sondertribunal zu 50 Jahren Gefängnis verurteilt (**30.5.2012**).

Ägypten

Nach über drei Jahrzehnten wird in Ägypten der nach der Ermordung von Präsident Anwar as-Sadat verhängte Ausnahmezustand aufgehoben (**31.5.2012**).

Ägypten

Der frühere ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak wird wegen seiner Rolle bei der Tötung Hunderter Demonstranten zu einer lebenslänglichen Gefängnisstrafe verurteilt. Das Gericht spricht Mubarak und seine beiden Söhne jedoch frei vom Vorwurf der Korruption (**2.6.2012**).

Spanien

EU

Nach Griechenland, Irland und Portugal schlüpft Spanien als viertes Land der Euro-Zone unter den Euro-Rettungsschirm. Die Euro-Gruppe stellt bis zu 100 Milliarden Euro in Aussicht. Damit soll der marode Bankensektor saniert werden (**9.6.2012**).

Albanien

Das albanische Parlament wählt den früheren Innenminister Bujar Nishani von der Demokratischen Partei zum neuen Staatschef (**11.6.2012**).

Ägypten

Das Verfassungsgericht beschliesst, das vor fünf Monaten gewählte Parlament aufzulösen. Die Richter erklären ein Drittel der Sitze für ungültig (**14.6.2012**).

Griechenland

In Griechenland wird nach sechs Wochen erneut ein Parlament gewählt (17.6.2012). Die konservative Nea Dimokratia geht mit einem Stimmenanteil von 29,66 Prozent und 129 Mandaten (plus 21) als Siegerin hervor. Die Linkspartei Syriza erhält 26,89 Prozent der Stimmen und 71 (plus 19) Mandate. Die Panhellenische Sozialistische Bewegung (Pasok) muss sich mit 12,28 Prozent Stimmenanteil und 33 (minus 8) Sitzen begnügen. Die Unabhängigen Griechen (Anel) erhalten 20 (minus 13) Sitze. Die rechtsradikale Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) gewinnt 18 (minus 3), die demokratische Linke (Dimar) 17 (minus 2) und die Kommunistische KKE 12 Mandate.

Der Wahlkampf war geprägt von heftigen Auseinandersetzungen über den Sparkurs. Syriza-Chef Alexis Tsipras will im Falle eines Wahlsiegs das Rettungspaket mit der Europäischen Union annullieren und den Sparkurs beenden. Dies nährt Spekulationen über einen Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone.

Frankreich

Frankreich erhält nach einem sozialistischen Staatschef auch ein links dominiertes Parlament (10.6. und **17.6.2012**). Die Sozialisten (Parti socialiste/PS) und ihre Verbündeten (divers gauche und Parti Radical de Gauche) gewinnen mit 314 Mandaten die absolute Mehrheit in der 577 Sitze zählenden Nationalversammlung. Insgesamt erhalten Linksparteien und Grüne 331 Mandate. Die bürgerliche Union pour un mouvement populaire (UMP) und ihre Verbündeten müssen sich mit 215 Mandaten begnügen. Der extrem rechte Front national ist erstmals seit 1997 wieder in der Assemblée nationale vertreten (mit 2 Abgeordneten). Die Linke hat bereits die Mehrheit im Senat sowie in fast allen Regionen.

Ägypten

Mohammed Mursi, Kandidat der Muslimbrüder, geht mit einem Stimmenanteil von 51,7 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in Ägypten hervor. Mursi besiegt Ahmed Shafik, den letzten Premierminister des Mubarak-Regimes (**17.6.2012**).

WikiLeaks

Der Fall Julian Assange

Grossbritannien/Ecuador

Julian Assange, Gründer der Enthüllungsinternetplattform WikiLeaks, flüchtet in die ecuadorianische Botschaft in London, um einer drohenden Auslieferung an Schweden wegen Vergewaltigungsvorwürfen zu entgehen (**19.6.2012**).

Griechenland

Antonis Samaras von der konservativen Nea Dimokratia wird neuer griechischer Ministerpräsident. Seinem Regierungsbündnis gehören neben der Nea Dimokratia auch die Panhellenische Sozialistische Bewegung Pasok und die Demokratische Linke (Dimar) an (**21.6.2012**).

Paraguay

Der paraguayische Staatschef Fernando Lugo wird – auf Antrag des Repräsentantenhauses – vom Senat des Amtes enthoben (**22.6.2012**). Er wird für den Tod von 17 Menschen bei Zusammenstößen zwischen Landbesetzern und Ordnungskräften verantwortlich gemacht. Nachfolger von Lugo wird der bisherige Vizepräsident Federico Franco vom Partido Liberal Radical Auténtico (PLRA).

Mongolei

Bei der Parlamentswahl in der Mongolei erringt die oppositionelle Demokratische Partei 31 der 76 Sitze. Seit 12 Jahren war die Mongolische Revolutionäre Volkspartei die stärkste Kraft im im Grossen Staats-Chural. Die Mongolische Volkspartei ist mit 25 Mandaten (minus 20) vertreten (**28.6.2012**).

Syrien/Syrien-Konflikt

An einer Syrien-Konferenz in Genf, an der die Aussenminister der fünf Ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates sowie Vertreter anderer Staaten teilnehmen, wird ein Ende der Kämpfe gefordert und die Bildung einer Übergangsregierung vorgeschlagen (**30.6.2012**).

Mexiko

Enrique Peña Nieto (*Pena Nieto*) geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Mexiko hervor. Damit kehrt der Partido Revolucionario Institucional (PRI) nach zwölf Jahren zurück an die Macht (**1.7.2012**). Peña Nieto erhält 39,17 Prozent der Stimmen, sein Konkurrent Andrés Manuel López Obrador (*Lopez Obrador*) vom sozialdemokratischen Partido de la Revolución Democrática (PRD) 32,41 Prozent. Im Parlament (Cámara de Diputados) ist der PRI mit 207 der 500 Sitze stärkste Kraft vor dem konservativen Partido Acción Nacional (PAN) mit 114 und dem sozialdemokratischen Partido de la Revolución Democrática (PRD) mit 100 Mandaten.

Liechtenstein

Die Bevölkerung Liechtensteins lehnt die Volksinitiative zur Beschneidung des fürstlichen Vetorechts mit 76,1 Prozent Nein-Stimmen ab (**1.7.2012**).

Argentinien

Die früheren argentinischen Militärmachthaber Jorge Rafael Videla und Reynaldo Bignone werden wegen der Entführung von Kindern inhaftierter Regimegegner zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt: Videla zu 50 und Bignone zu 15 Jahren. Vier weitere ranghohe Offiziere bekommen Strafen von 14 bis 40 Jahren Gefängnis (**5.7.2012**).

Libyen

In Libyen finden die ersten freien Wahlen seit vier Jahrzehnten statt (**7.7.2012**). Die Allianz der Nationalen Kräfte von Mahmud Jibril gewinnt die meisten der für Parteien reservierten Mandate im Nationalkongress – General National Congress. Der bisher regierende Nationale Übergangsrat tritt seine Macht an den Nationalkongress ab.

Internationaler Strafgerichtshof

Kongo-Kinshasa

Der Internationale Strafgerichtshof verurteilt den ehemaligen kongolesischen Rebellenführer Thomas Lubanga zu 14 Jahren Gefängnis (**10.7.2012**). Ihm werden Kriegsverbrechen, Vergewaltigungen sowie die Rekrutierung und den Einsatz von Kindersoldaten zur Last gelegt. Es handelt sich um den ersten Urteilsspruch des Internationalen Strafgerichtshofs.

Syrien/Syrien-Konflikt

Bei einem Bombenanschlag auf das Hauptquartier der syrischen Sicherheitsdienste in Damaskus werden drei führende Exponenten des Regimes getötet: der Verteidigungsminister, dessen Stellvertreter – ein Schwager von Präsident Bashar al-Assad – sowie der Chef des Krisenstabes der Präsidenten (**18.7.2012**). Der Geheimdienstchef erliegt zwei Tage später seinen schweren Verletzungen. In mehreren Stadtteilen von Damaskus kommt es zu Gefechten zwischen Aufständischen und der Armee.

Bulgarien/Israel

Bei einem Sprengstoffanschlag auf eine israelische Reisegruppe auf dem Parkplatz des Flughafens der bulgarischen Stadt Burgas kommen fünf Israeli und der bulgarische Buschauffeur ums Leben. 35 weitere Touristen werden verletzt (**18.7.2012**).

Serbien

Der Vorsitzende der Serbischen Sozialisten Partei, Ivica Dačić (*Dacic*), wird neuer serbischer Ministerpräsident. Er steht an der Spitze einer sozialistisch-nationalkonservativen Koalition (**27.7.2012**).

Grossbritannien

Olympische Spiele

In London finden die XXX. Olympischen Sommerspiele statt (**27.7.2012**).

Rumänien

Der rumänische Staatspräsident Traian Băsescu (*Basescu*) bleibt im Amt: Eine Volksabstimmung über seine Absetzung scheitert an einer zu geringen Beteiligung (**29.7.2012**). Es handelt sich um den zweiten Anlauf nach 2007, Präsident Băsescu per Referendum zu entmachten.

Syrien/Syrien-Konflikt

Der Bürgerkrieg in Syrien forderte bisher über 22 000 Tote (**August 2012**). Schätzungsweise 250 000 Menschen flüchteten ins Ausland, vor allem nach Jordanien, nach der Türkei und nach Libanon.

Somalia

Die somalischen Clanchefs einigen sich auf eine neue Verfassung (**1.8.2012**). Somalia wird eine Bundesrepublik. Die bisherige Übergangsregierung wird durch eine Bundesregierung abgelöst (20.8.2012). Mit dem Hochschullehrer Hassan Sheikh Mohamud erhält Somalia einen neuen Präsidenten (10.9.2012).

Südafrika

In Südafrika erschießt die Polizei 34 streikende Arbeiter der Platinmine Marikana (**16.8.2012**).

Syrien/Syrien-Konflikt

USA

US-Präsident Barack Obama warnt Syrien vor dem Einsatz chemischer Waffen (**21.8.2012**). Das könnte eine Militäraktion zur Folge haben. „Für uns ist eine rote Linie überschritten, wenn eine ganze Menge chemischer Waffen bewegt oder eingesetzt wird.“

Äthiopien

Meles Zenawi, seit 21 Jahren Machthaber in Äthiopien, stirbt im Alter von 57 Jahren (**20.8.2012**). Neuer Regierungschef und Machthaber wird Hailemariam Desalegn.

Kanada/Quebec

Parlamentswahl in der kanadischen Provinz Quebec: Der Parti québécois wird nach der Niederlage von 2003 wieder stärkste Kraft mit 54 (plus3) Mandaten. Der Parti libéral verliert 14 Sitze und entsendet 50 Abgeordnete. Mit Pauline Marois vom Parti québécois erhält die Provinz erstmals eine Premierministerin (**4.9.2012**).

EU/Europäische Zentralbank/Euro

Die Europäische Zentralbank beschliesst, Staatsanleihen kriselnder Euro-Länder unter gewissen Bedingungen unbeschränkt aufzukaufen, um dessen Zinslast zu reduzieren. Damit soll die Stabilität der Euro-Zone und des Euro sichergestellt werden (**6.9.2012**).

Ägypten/Jemen/Tunesien/Pakistan

Ein in den USA produziertes Mohammed-Schmähvideo (Innocence of Muslims) löst gewalttätige antiamerikanische Proteste aus (**11.9.2012**). In zahlreichen arabischen und islamischen Staaten kommt es zu Ausschreitungen, unter anderem in Ägypten, Jemen, Tunesien und Pakistan.

Niederlande

Bei der Parlamentswahl in den Niederlanden festigt die Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD) von Ministerpräsident Mark Rutte ihre Position als stärkste Kraft. Sie gewinnt 41 Mandate (plus 10). Die sozialdemokratische Partei der Arbeit (Partij van de Arbeid/PvdA) behauptet sich als zweitstärkste Fraktion mit 38 Sitzen (plus 8). An dritter Stelle folgt wie bisher die rechtspopulistische Partei für Freiheit (Partij voor de Vrijheid/PVV) mit 15 Mandaten (minus 9). Die Christdemokraten (Christlich-Demokratischer Appell/Christen Democratisch Appèl – CDA) verlieren weiter an Boden und entsenden nur noch 18 Abgeordnete (minus 8) in die Zweite Kammer (**12.9.2012**). Nach den Wahlen wechselt Ministerpräsident Rutte den Koalitionspartner aus (2.11.2012): Die Sozialdemokraten (PvdA) treten an die Stelle der Christdemokraten (CDA).

Libyen/USA

In Libyen kommen bei einem Angriff islamistischer Terroristen auf das US-Konsulat in Benghazi Botschafter Christopher Stevens und drei seiner Mitarbeiter ums Leben (11.9.2012).

Schweiz/Pakistan/Libyen

Juristischer Schlussstrich unter die Affäre Tinner (**25.9.2012**): Das Bundesstrafgericht in Bellinzona spricht die Angeklagten der „Förderung der Herstellung von Kernwaffen“ schuldig. Es verurteilt Urs und Marco Tinner zu einer 50- respektive 41-monatigen Freiheitsstrafe und ihren Vater Friedrich zu zwei Jahren Gefängnis auf Bewährung. Die Angeklagten bleiben auf freiem Fuss, da die Söhne ihre Strafen bereits in Untersuchungshaft abgesessen haben und die Strafe des Vaters eine bedingte war.

Die Angeklagten gehörten zum Netzwerk von Abdul Qaader Khan, dem „Vater der pakistanischen Atombombe“, der auch Libyen mit Atomwaffentechnologie belieferte. Und sie kooperierten mit dem US-Geheimdienst CIA. Die Affäre Tinner beschäftigte Justiz und Politik seit über sechs Jahren. Für grosses Aufsehen sorgte die vom Bundesrat angeordnete Vernichtung von Akten.

Somalia/Afrikanische Union/Kenia

Die in Somalia stationierten Eingreiftruppen der Afrikanischen Union (Amisom) erobern die Hafenstadt Kismayo (**1.10.2012**). Die Einnahme erfolgt hauptsächlich durch kenianische Einheiten der Amisom. Die islamistische al-Shabab-Miliz verliert mit Kismayo ihre letzte Bastion. Allerdings ist das Land noch weit von Frieden entfernt. Al-Shabab setzt den Kampf mit Terroranschlägen fort.

Georgien

In Georgien gewinnt das Oppositionsbündnis Georgischer Traum des Milliardärs Bidsina Iwanischwili die Parlamentswahl (**1.10.2012**). Damit ist das Machtmonopol von Präsident Micheil Saakaschwili gebrochen. Iwanischwili wird neuer Regierungschef. .

Venezuela

Zum dritten Mal wird der venezolanische Staatschef Hugo Chávez (*Chavez*) im Amt bestätigt. Er erhält 55,07 Prozent der Stimmen. Der Oppositionskandidat vom Mesa de la Unidad Democrática, Henrique Capriles, kommt auf einen Stimmenanteil von 44,32 Prozent (**7.10.2012**).

EU/Euro-Zone/Europäischer Rettungsschirm/ESM

Der im Dezember 2010 für den Euro-Raum beschlossene permanente Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) tritt in Kraft (**8.10.2012**). Das Stammkapital beträgt 705 Milliarden Euro. Der ESM löst den bisherigen Rettungsschirm EFSF (Europäische Stabilitätsfazilität) ab

Montenegro

Bei der Parlamentswahl in Montenegro verliert die Koalition für ein europäisches Montenegro ihre absolute Mehrheit, bleibt aber mit 39 Mandaten stärkste Kraft. Das oppositionelle Bündnis Demokratische Front gewinnt 20 Sitze (**14.10.2012**).

Ukraine

Bei der Parlamentswahl in der Ukraine verteidigt die russisch orientierte Partei der Regionen ihre Führungsrolle mit dem Gewinn von 185 der 450 Sitze. Zweitstärkste Kraft wird die Vereinigte Opposition Vaterland mit 101 Sitzen. Die Demokratische Allianz für Reformen des Profiboxers Witali Klitschko erhält 40 Mandate (**28.10.2012**).

Litauen

Die Sozialdemokraten gewinnen die Parlamentswahl in Litauen. Sie erobern 38 der 141 Sitze und verdrängen den vor vier Jahren erfolgreichen konservativen Vaterlandsbund auf den zweiten Platz. Die Konservativen müssen sich 33 Sitzen begnügen. Die Arbeitspartei erobert 29 Mandate (14.10. und **28.10.2012**). Neuer Regierungschef wird der Sozialdemokrat Algirdas Butkevičius (*Butkevicius*).

USA

Katastrophen/Unwetter

Der Wirbelsturm „Sandy“ richtet an der Ostküste der USA Schäden von über 20 Milliarden Dollar an. Besonders betroffen sind die Staaten New York und New Jersey. In Millionen Haushalten fällt der Strom aus. In New York und anderen Städten kommt das öffentliche Leben vorübergehend zum Erliegen (**29.10./30.10.2012**).

USA

US-Präsident Barack Obama wird in seinem Amt bestätigt (**6.11.2012**). Er erhält 332 Elektorenstimmen und 50,7 Prozent der Wählerstimmen. Auf seinen republikanischen Herausforderer Mitt Romney entfallen 206 Elektorenstimmen. Joe Biden bleibt Vizepräsident.

Bei den Kongresswahlen bleibt es bei den bisherigen Machtverhältnissen: Die Demokraten haben im Senat und die Republikaner im Repräsentantenhaus die Mehrheit. Im Senat haben die Demokraten 53 (plus 2) und die Republikaner 45 Mandate (minus 2). Hinzu kommen zwei Unabhängige, die für die Demokraten stimmen. Im Repräsentantenhaus sind 234 Republikaner (minus 8) und 201 Demokaten (plus 8) vertreten.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Zweiter Gazakrieg

Der Hamas-Militärchef Ahmed al-Jabari wird bei einem israelischen Luftangriff im Gazastreifen getötet (**14.11.2012**). Der Konflikt zwischen Israel und der radikal-islamischen Hamas sowie anderen palästinensischen Extremisten im Gazastreifen eskaliert: Der Süden Israels wird mit Raketen beschossen. Auch in Richtung Tel Aviv

und Jerusalem werden Raketen abgefeuert. Israel reagiert mit massiven Luftschlägen. Nach acht Tagen vermittelt Ägypten eine Waffenruhe zwischen Israel und der Hamas. Bei den Angriffen kommen über 150 Palästinenser und 5 Israeli ums Leben; über tausend Menschen werden verletzt.

China

Führungswechsel in China nach zehn Jahren: Xi Jinping wird neuer Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas (**15.11.2012**). Er tritt an die Stelle von Hu Jintao. Xi Jinping übernimmt auch den Vorsitz der Zentralen Militärkommission. Dem Ständigen Ausschuss des Politbüros gehören künftig sieben Mitglieder an.

Kroatien

Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien

Überraschend spricht der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in zweiter Instanz die beiden 2011 wegen Kriegsverbrechen zu 24 bzw. 18 Jahren Gefängnis verurteilten kroatischen Generäle Ante Gotovina und Mladen Markač (*Markac*) frei (**16.11.2012**).

Kongo-Kinshasa

Kongokriege/Kivukrieg

Neue Runde im Kivukrieg im Osten von Kongo-Kinshasa: Rebellen des Mouvement du 23 mars (M23) erobern Goma, den Hauptort des Provinz Nordkivu (**20.11.2012**). Die in der Region stationierten UNO-Blauhelme (Monusco) verhalten sich passiv und greifen nicht ein. Das Mouvement wurde im April 2012 von ehemaligen Rebellen des Congrès National pour la Défense du Peuple (CNDP) gegründet. Der Name bezieht sich auf das Datum des Friedensvertrages zwischen der kongolesischen Regierung und dem CNDP. Die M-23-Rebellen werfen der kongolesischen Regierung vor, Versprechen von damals nicht eingehalten zu haben.

Kroatien

Der frühere kroatische Ministerpräsident Ivo Sanader wird wegen Korruption zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt (**20.11.2012**).

Palästinensische Autonomiegebiete/Palästina

UNO

Die UNO-Vollversammlung beschliesst, Palästina als Beobachterstaat anzuerkennen (**29.11.2012**).

Slowenien

Neuer Staatspräsident in Slowenien: Der sozialdemokratische ehemalige Ministerpräsident Borut Pahor gewinnt die Präsidentenwahl in der Stichrunde mit rund 67 Prozent der Stimmen. Das Nachsehen hat der erneut kandidierende bisherige Staatschef Danilo Türk (**2.12.2012**).

Montenegro

Milo Djukanović (*Djukanovic*) übernimmt nach zweijährigem Unterbruch wieder die Führung der montenegrinischen Regierung (**4.12.2012**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Jazzmusiker Dave Brubeck stirbt im Alter von 91 Jahren (**5.12.2012**).

Ghana

John Dramani Mahama vom National Democratic Congress (NDC) geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Ghana hervor (**8.12.2012**). Er ist Nachfolger des am 24. Juli 2012 im Amt verstorbenen Staatschefs John Atta Mills.

Rumänien

Das Parteienbündnis von Ministerpräsident Victor Ponta geht als Sieger aus der Parlamentswahl in Rumänien hervor. Die Sozialliberale Union (Sozialdemokratische Partei/PSD, Nationale Liberale Partei/PNL und Konservative Partei/PC) gewinnt 273 der 412 Abgeordnetenmandate. Die bürgerliche Allianz Gerechtes Rumänien muss sich als zweitstärkste Kraft mit 56 Mandaten begnügen (**9.12.2012**).

Friedensnobelpreis

EU

Die Europäische Union – EU – wird mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.2012**).

Literaturnobelpreis

China

Als erster chinesischer Staatsbürger erhält der Schriftsteller Mo Yan (als Guan Moye geboren) den Literaturnobelpreis (**10.12.2012**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die Schweizer Opernsängerin Lisa della Casa stirbt im Alter von 93 Jahren (**10.12.2012**).

Korea (Nordkorea)

Erstmals befördert Nordkorea einen Satelliten in eine Erdumlaufbahn (**12.12.2012**).

USA

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

Bei einem Amoklauf eines 20-Jährigen in einer Grundschule in der Kleinstadt Newtown im US-Staat Connecticut kommen 27 Menschen, darunter 20 Erstklässler und seine eigene Mutter, ums Leben. Nach der Tat erschiesst sich der Amokläufer (**14.12.2012**).

Japan

In Japan kehren nach drei Oppositionsjahren die Liberaldemokraten an die Macht zurück (**16.12.2012**). Sie erobern 294 Sitze (plus 175) der 480 Mandate im Unterhaus und damit die absolute Mehrheit. Bei den letzten Wahlen 2009 hatte die Demokratische Partei Japans in einem erdrutschartigen Wahlsieg 308 Mandate gewonnen und die Liberaldemokratische Partei von der Macht verdrängt. Jetzt kann sie nur noch 57 Sitze (minus 251) verteidigen.

Korea (Südkorea)

In Südkorea gewinnt mit Park Geun Hye – Tochter des früheren Machthabers Park Chung Hee – erstmals eine Frau die Präsidentenwahl (**19.12.2012**). Die Kandidatin der konservativen Seanuri-Partei erhält 51,6 Prozent der Stimmen.

Italien

Ignazio La Russa und Giorgia Meloni trennen sich von der Popolo della Libertà und gründen die Rechtsausenpartei Fratelli d'Italia (**21.12.2012**).

Ägypten

Ägypten erhält eine neue, islamistisch geprägte Verfassung. Diese wird in einer Volksabstimmung mit rund 64 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen (22.12.2012).

Japan

In Japan kehrt Abe Shinzo an die Spitze der Regierung zurück (**26.12.2012**). Er war bereits ab September 2006 ein Jahr lang Regierungschef. Abe Shinzo bildet eine Koalition aus seiner Liberaldemokratischen Partei und der Komeito (Gerechtigkeitspartei). Die Bündnispartner haben im Parlament eine Zweidrittelmehrheit

2013

Italien

Unterstützer des italienischen Ministerpräsidenten Mario Monti gründen eine neue Partei: Sie nennt sich Scelta Civica (**4.1.2013**).

Mali/Frankreich

Frankreich greift in Mali in die kriegesischen Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und islamistischen Kämpfern ein. Die französische Luftwaffe greift im Rahmen der Opération Serval Stellungen der Rebellen an und setzt danach auch Bodentruppen ein (**11.1.2013**).

Algerien

Islamistische Terroristen überfallen eine Erdgasanlage in Algerien, in der rund 700 Menschen arbeiten (**16.1.2013**). Nach vier Tagen beenden algerische Streitkräfte das Geiseldrama gewaltsam. Dabei kommen 37 ausländische Geiseln und 32 Terroristen ums Leben.

Israel

Bei der Parlamentswahl in Israel erobert das konservative Bündnis Likud/Israel Beitenu 31 der 120 Sitze und bleibt damit trotz 11 Sitzverlusten stärkste Kraft. Die neue liberale Partei Yesh Atid gewinnt auf Anhieb 19 Mandate. Dritstärkste Kraft ist die Arbeitspartei mit 15 Mandaten (**22.1.2013**).

Grossbritannien

EU

Der britische Premierminister David Cameron kündigt eine Volksabstimmung über den Verbleib in der Europäischen Union an (**23.1.2013**). Die Abstimmung soll spätestens im Jahr 2017 stattfinden. Cameron verbindet die Ankündigung mit der Forderung nach grundlegenden Reformen der EU. Das Verhältnis Grossbritanniens zur EU müsse auf eine neue vertragliche Grundlage gestellt werden. Der Premier verlangt Vertragsänderungen zugunsten einer „flexibleren und offeneren“ Union.

Tschechien

Der frühere sozialdemokratische Regierungschef Miloš Zeman wird zum neuen tschechischen Staatsoberhaupt gewählt (**26.1.2013**). Der Kandidat der Partei der Bürgerrechte (SPO) setzt sich in der Stichwahl mit einem Stimmenanteil von 54,80 Prozent gegen den liberal-konservativen Aussenminister Karel Schwarzenberg durch. Erstmals wird der Staatspräsident direkt vom Volk gewählt.

Brasilien

Katastrophen/Brandkatastrophen

Bei einer Brandkatastrophe in einem Nachtclub in der brasilianischen Stadt Santa Maria kommen über 240 Menschen ums Leben (**27.1.2013**).

Schweiz/USA

Banken

Die Schweizer Privatbank Wegelin ist am Ende (**27.1.2013**). Die Nicht-US-Aktivitäten der Bank Wegelin werden ausgegliedert und unter dem Namen „Notenstein Privatbank“ der Raiffeisen Bank übertragen. Das älteste Schweizer Finanzinstitut war wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung ins Visier der US-Justiz geraten und hatte sich Anfang Jahr (3.1.2013) schuldig bekannt. Ein New Yorker Bezirksgericht verurteilt die Bank Wegelin zwei Monate später (4.3.2013) wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung zu Straf- und Entschädigungsgeldern in Höhe von 74 Millionen Dollar.

Mali/Frankreich

Mit Unterstützung französischer Truppen gelingt der malischen Armee die Rückeroberung von Timbuktu (**27.1.2013**). Die berühmte Oasenstadt war Anfang April 2012 von Tuareg-Rebellen erobert worden und gelangte danach unter Kontrolle von Islamisten.

USA

Der frühere demokratische Präsidentschaftskandidat John Kerry wird neuer US-Aussenminister (**29.1.2013**).

Liechtenstein

Erstmals schafft eine vierte politische Gruppierung den Einzug in den Liechtensteiner Landtag. Die Unabhängigen (DU) ziehen mit vier Abgeordneten ins Parlament ein. Stärkste Kraft ist die Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP) mit 10 Sitzen (minus 1). Die Vaterländische Union (VU) verliert fünf Sitze und hat noch acht Mandate. Drei Sitze (plus 2) gewinnt die Freie Liste (**3.2.2013**). Neuer Regierungschef wird Adrian Hasler von der Fortschrittlichen Bürgerpartei (27.3.2013).

Vatikan

Römisch-katholische Kirche

Überraschend gibt Papst Benedikt XVI. seinen Rücktritt auf Ende Februar 2013 bekannt (**11.2.2013**). Seine Kräfte reichten wegen des hohen Alters für eine gute Amtsausübung nicht mehr aus, erklärt das 85jährige Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche. Es handelt sich um den ersten freiwilligen Rücktritt eines Papstes seit Cölestin V. im Jahre 1294.

Korea (Nordkorea)

Nordkorea unternimmt einen neuen Atomtest – den dritten seit 2006 – und löst damit weltweit scharfe Kritik aus (**12.2.2013**).

Meteoriteneinschlag

Russland

Über der russischen Region Tscheljabinsk dringt ein Meteorit in die Erdatmosphäre ein und explodiert (**15.2.2013**). Über tausend Menschen werden durch berstende Glasscheiben verletzt und etwa 5000 Gebäude werden beschädigt.

Ecuador

Der ecuadorianische Staatspräsident Rafael Correa vom linken Movimiento Alianza PAIS (Patria Altiva i Soberana) schafft die Wiederwahl mit einem Stimmenanteil von 57,17 Prozent (**17.2.2013**). Correa gewinnt damit zum dritten Mal nach 2006 und 2009 die Präsidentenwahl. Im Parlament (Asamblea Nacional) ist seine Partei mit 100 der 137 Mandate dominierende Kraft.

Italien

Die Parlamentswahlen in Italien stehen im Zeichen eines politischen Bebens (**24. und 25.2.2013**):

- Die Protestbewegung Movimento 5 Stelle (M5S) des Satirikers Beppe Grillo erhält bei der Wahl des Repräsentantenhauses mit 25,56 Prozent die meisten Stimmen. Der Partito Democratico/PD kommt auf 25,43 Prozent (minus 7,76 Prozentpunkte) und Popolo della Libertà/PdL die Partei von Ex-Ministerpräsident Silvio Berlusconi – auf 21,56 Prozent (minus 15,8 Prozentpunkte)).
- Das Mitte-links-Bündnis Italia Bene Comune von Pier Luigi Bersani Bene Comune (Partito Democratico/PD, Sinistra Ecologia Libertà/SEL, Centro Democratico/CD, Südtiroler Volkspartei/SVP) gewinnt 345 von 630 Abgeordnetensitze.
- Silvio Berlusconi's Centro Destra (Popolo della Libertà/PdL, Lega Nord, Fratelli d'Italia) gewinnt 125, das Movimento 5 Stelle von Beppe Grillo 109, Scelta Civica/SC - con Monti per l'Italia 39 Sitze und Unione di Centro/UdC 8 Sitze. Nicht vertreten sind Futuro e Libertà per l'Italia von Gianfranco Fini und Italia dei Valori (IdV) von Antonio di Pietro.
- Im Senat hat keine Partei eine Mehrheit. Das Bündnis Italia Bene Comune verfügt über 123 der 315 Mandate und die Allianz von Silvio Berlusconi über 117 Sitze. Das Movimento 5 Stelle ist mit 54 Mandaten vertreten.

Anmerkung: Bei der Sitzverteilung sind die Mandate der Auslandsitaliener inbegriffen.

Zypern

Nikos Anastasiades wird zum neuen Präsidenten der Republik Zypern gewählt (**24.2.2013**). Der Kandidat der konservativen Demokratischen Sammlung (Disy) erhält in der Stichwahl 57,48 Prozent der Stimmen. Der bisherige Präsident Dimitris Christofias, ehemaliger Generalsekretär der kommunistischen Fortschrittspartei des werktätigen Volkes (Akel), hatte sich nicht zur Wiederwahl gestellt.

Slowenien

Das slowenische Parlament entmachtet den unter Korruptionsverdacht stehenden Ministerpräsidenten Janez Janša (*Jansa*). Sein Amt übernimmt Alenka Bratušek (*Bratusek*) von der Partei Positives Slowenien. Alenka Bratušek ist die erste Regierungschefin Sloweniens (**27.2.2013**).

USA

In den USA treten nach gescheiterten Verhandlungen zwischen Demokraten und Republikanern bis zum Ende des Fiskaljahres automatische Haushaltskürzungen im Umfang von 85 Milliarden Dollar in Kraft (**1.3.2013**). Nahezu alle Bundesbehörden müssen ihre Budgets um fast neun Prozent kürzen, Verteidigungsprogramme werden gar um 13 Prozent zusammengestrichen.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten setzen ein deutliches Zeichen gegen überhöhten Löhne und heissen gegen den geschlossenen Widerstand von Bundesrat, Parlament und Wirtschaft mit 67,9 Prozent der Stimmen die Volksinitiative gegen die Abzockerei gut (**3.3.2013**). Die Initiative zielt darauf ab, Exzesse bei Bonus-Zahlungen, Abfindungen und Gehältern für Manager börsennotierter Unternehmen durch die Stärkung der Aktionärsrechte zu unterbinden.

Der Bundesbeschluss über die Familienpolitik (Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit) wird mit 54,3 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen, scheitert jedoch am Ständemehr.

Kenia

Uhuru Kenyatta, Sohn von Jomo Kenyatta, dem ersten kenianischen Staatsoberhaupt, geht knapp als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (**4.3.2013**). Uhuru Kenyatta ist vor dem Internationalen Strafgerichtshof wegen der Unruhen nach der Präsidentenwahl vom Dezember 2007 angeklagt.

Venezuela

Der venezolanische Staatschef Hugo Chávez (*Chavez*), Galionsfigur der lateinamerikanischen Linken, stirbt im Alter von 58 Jahren (**5.3.2013**). Chávez war 1998 zum Staatspräsidenten gewählt und dreimal in seinem Amt bestätigt worden. Sein politisches Projekt nannte er Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Sein Vorbild war der Unabhängigkeitskämpfers Simón Bolívar (*Bolivar*). Interimsnachfolger wird Nicolás Maduro. Chávez hatte ihn als geeigneten Kandidaten bezeichnet.

Moldau

In der Republik Moldau wird der proeuropäische liberaldemokratische Ministerpräsident Vlad Filat durch ein Misstrauensvotum der kommunistischen Opposition im Parlament gestürzt (**5.3.2013**). Nachfolger wird Iurie Leancă (Leanca) von der Liberaldemokratischen Partei.

Korea (Nordkorea)

Korea (Südkorea)

USA

Kurz vor einer Abstimmung über neue UNO-Sanktionen gegen Nordkorea droht Pyongyang mit einem atomaren Erstschatz gegen die USA. Nordkorea wirft den USA und Südkorea vor, einen Atomkrieg anzetteln zu wollen. „Wir werden unser Recht auf einen nuklearen Präventivschlag wahrnehmen“, heisst es in einer Erklärung des Aussenministeriums (**7.3.2013**).

Falkland-Inseln/Grossbritannien

Die Bevölkerung der Falkland-Inseln stimmt mit 99,8 Prozent Ja-Stimmen für den Erhalt des Status quo als britisches Überseegebiet (**10.3. und 11.3.2013**).

Korea (Nordkorea)

Korea (Südkorea)

UNO

Nordkorea kündigt nach der Verhängung neuer UNO-Sanktionen den Nichtangriffspakt mit Südkorea und alle anderen Entspannungsvereinbarungen zwischen beiden Staaten auf (**8.3.2013**). Wenige Tage danach (11.3.2013) unterbricht Nordkorea die Rot-Kreuz-Kommunikationsverbindung mit Südkorea und erklärt, dass man sich nicht mehr an das Waffenstillstandsabkommen von 1953 gebunden fühle.

Malta

Machtwechsel in Malta nach fast 15 Jahren: Joseph Muscat von der Labour Party (Partit Laburista) wird neuer Regierungschef (**11.3.2013**). Seine Partei war als Siegerin aus der Parlamentswahl hervorgegangen (9.3.2013) und verdrängte die konservative Nationalist Party (Nazzjonalista Party) in die Opposition.

Vatikan/Argentinien

Römisch-katholische Kirche

Der Erzbischof von Buenos Aires, Jorge Mario Bergoglio, wird zum Nachfolger des zurückgetretenen Papstes Benedikt XVI. gewählt. Der erste lateinamerikanische Papst nennt sich Franziskus. Seine Namenswahl gilt als Signal an die Armen der Welt. Der 76jährige Papst Franziskus ist der erste Nichteuropäer seit rund 1200 Jahren und zugleich der erste Jesuit an der Spitze der römisch-katholischen Kirche (**13.3.2013**).

China

Der neue Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, Xi Jinping, übernimmt von seinem Vorgänger Hu Jintao auch das Amt des Staatsoberhauptes (**14.3.2013**). Wechsel auch an der Spitze der Regierung: Der Nationale Volkskongress wählt Li Keqiang zum neuen Regierungschef und damit zum Nachfolger von Wen Jiabao (15.3.2013).

Simbabwe

Simbabwe erhält eine neue Verfassung. In einer Volksabstimmung wird sie mit 94 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen (**17.3.2013**). Die neue Verfassung garantiert Gewaltenteilung. Die Amtszeit des Präsidenten wird auf zwei Mandate zu je fünf Jahren begrenzt und das Amt des Ministerpräsidenten abgeschafft.

Zypern

EU

Das zyprische Parlament lehnt das mit den Finanzministern der Euro-Gruppe ausgehandelte Hilfspaket für den vor dem Bankrott stehenden Inselstaat ab (**19.3.2013**). Der Widerstand richtet sich vor allem gegen die vorgesehene Zwangsabgabe auf alle Bankeinlagen.

Türkei

Der inhaftierte Führer der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) Abdullah Öcalan, ruft zu einer Waffenruhe auf und fordert die PKK-Kämpfer zum Rückzug aus der Türkei auf. Es sei nun Zeit, die Waffen schweigen und Ideen sprechen zu lassen (**21.3.2013**).

Libanon

Der libanesischen Regierungschef Najib Mikati kündigt seinen Rücktritt an (**22.3.2013**). Tammam Salam wird mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt.

Zentralafrikanische Republik

Putsch in der Zentralafrikanischen Republik: Das mehrheitlich muslimische Rebellenbündnis Séléka erobert die Hauptstadt Bangui (**24.3.2013**). Staatspräsident François Bozizé flüchtet ausser Landes. Der Anführer der Rebellen, Michel Djotodia, erklärt sich zum neuen Machthaber und setzt die Verfassung ausser Kraft. Der Putsch löst eine Welle der Gewalt und einen blutigen Konflikt zwischen muslimischen und christlichen Milizen – Séléka und Anti-Balaka – aus.

Zypern

EU/Internationaler Währungsfonds (IWF)

Nach zähen Verhandlungen wird die Staatspleite Zyperns abgewendet (**25.3.2013**). Die Euro-Staaten und der Internationale Währungsfonds (IWF) einigen sich auf ein Hilfsprogramm im Umfang von 10 Milliarden Euro. Auf die Zwangsabgabe auf alle Bankeinlagen wird verzichtet. Stattdessen wird der Bankensektor radikal verkleinert. Die Laiki-Bank, das zweitgrösste Finanzinstitut, wird abgewickelt. Die grösste Bank des Landes, die Bank of Cyprus, muss rekapitalisiert werden.

Kongo-Kinshasa

Kongokriege/Kivukrieg

UNO

Der UNO-Sicherheitsrat erweitert die Friedensmission der Vereinten Nationen in Kongo-Kinshasa (Monusco) um eine Interventionsbrigade; dies mit dem Mandat, im Osten des Landes „alle bewaffneten Gruppen zu neutralisieren“, auch unter Einsatz militärischer Gewalt (**28.3.2013**). Die rund 3000 Mann starke Brigade soll zusammen mit der kongolesischen Armee offensiv gegen die Rebellen des Mouvement du 23 mars (M23) in Nordkivu vorgehen.

Die Mission de l'Organisation des Nations Unies pour la stabilisation en République démocratique du Congo (Monusco) ist mit rund 22 000 Mann die mit Abstand grösste und teuerste Blauhelm-Mission der Vereinten Nationen.

Thailand/Malaysia

Die thailändische Regierung nimmt unter Vermittlung von Malaysia Verhandlungen mit der Separatistenorganisation Barisan Revolusi Nasional über eine Beilegung des Konflikts in den südlichen, mehrheitlich von malaiischen Muslimen bewohnten Provinzen auf (**28.3.2013**). Auf der Forderungsliste der Separatisten stehen die Schaffung eines unabhängigen islamischen Staates oder die Angliederung an Malaysia. Die Gespräche führen zu keinen Ergebnissen. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Separatisten und thailändischen Sicherheitskräften dauern an. Zwischen 2004 und 2020 fordert der Konflikt über 7000 Tote.

UNO

Arms Trade Treaty (ATT)/Waffenhandel

Die UNO-Vollversammlung stimmt dem Arms Trade Treaty (ATT) zu. Das Waffenhandelsabkommen verbietet die Ausfuhr von Waffen in andere Staaten, wenn die Rüstungsgüter bei Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen eingesetzt werden könnten (**2.4.2013**).

Steuerflucht/Steueroasen/Offshore-Leaks

Weltweit berichten Medien in einer konzertierten Aktion über die Verschiebung von Vermögen durch Firmen und Privatpersonen in Steueroasen (Offshore-Konten). In 15 Monate dauernder Recherche wurden etwa 2,5 Millionen Dokumente aus Steueroasen ausgewertet. Die Daten waren von anonymen Informanten dem Internationalen Konsortium für investigative Journalisten (ICIJ) zugespielt worden. Die Spuren führen in 170 Länder und zu rund 130 000 Anleger (**4.4.2013**).

Irak/Syrien

„Islamischer Staat im Irak und in Gross-Syrien“ (Isis)

Die Extremistenorganisation „Islamischer Staat im Irak“ weitet ihren Kampf auf Syrien aus und nennt sich neu „Islamischer Staat im Irak und in Gross-Syrien“ – Isis (**8.4.2013**). An der Spitze von Isis steht Abu Bakr al-Baghdadi.

Venezuela

Nicolás Maduro geht knapp als Sieger aus der Präsidentenwahl in Venezuela hervor. Der Wunschkandidat des verstorbenen Staatschefs Hugo Chávez erhält 50,66 Prozent, Oppositionskandidat Henrique Capriles 48,95 Prozent der Stimmen (**14.4.2013**). Der Oberste Gerichtshof weist Klagen der Opposition wegen Unregelmässigkeiten beim Urnengang zurück.

USA

Bei einem Sprengstoffanschlag auf den Boston-Marathonlauf kommen 3 Menschen ums Leben und über 170 werden verletzt (**15.4.2013**). Bei den mutmasslichen Attentätern handelt es sich um zwei seit zehn Jahren in den USA lebende Brüder mit tschetschenischen Wurzeln.

Vier Tage nach dem Anschlag erlebt Boston eine dramatische Verfolgungsjagd nach den mutmasslichen Terroristen. Über die ganze Stadt wird eine Ausgangssperre verhängt. Der 26-jährige Tamerlan Zarnajew stirbt nach einer Schiesserei mit der Polizei an seinen schweren Verletzungen, sein 19-jähriger Bruder Dschochar wird verhaftet (19.4.2013).

Kosovo/Serbien

Die Regierungschefs von Serbien und Kosovo, Ivica Dačić (*Dacic*) und Hashim Thaçi (*Thaci*), einigen sich in Brüssel auf Massnahmen zur Normalisierung der Beziehungen (**19.4.2013**). Im Zentrum des Abkommens stehen die Minderheitenrechte für die Gemeinden, die mehrheitlich von Serben bewohnt werden. Vorgesehen ist die Bildung einer Gemeinschaft serbischer Gemeinden. Gegen das Abkommen läuft die Opposition in Kosovo Sturm.

Italien

Turbulenzen beim Partito Democratico in Italien: Parteichef Pier Luigi Bersani kündigt seinen Rücktritt an (**19.4.2013**), nachdem bei der Wahl des Staatspräsidenten auch sein zweiter Kandidat die notwendige Stimmenmehrheit verfehlt. Etwa 100 linke Abgeordnete verweigern dem Präsidentschaftskandidaten Romano Prodi ihre Unterstützung.

Italien

Der 87-jährige bisherige italienische Staatspräsident Giorgio Napolitano stellt sich nach fünf ergebnislosen Wahlgängen zur Wiederwahl und wird von 738 der 1007 Elektoren in seinem Amt bestätigt (**20.4.2013**). Erstmals im Nachkriegsitalien tritt ein italienisches Staatsoberhaupt eine zweite Amtszeit an.

Paraguay

In Paraguay kehrt mit der Wahl von Horacio Cartes zum neuen Staatsoberhaupt die Colorado-Partei nach fünfjährigem Unterbruch an die Macht zurück (**21.4.2013**). Cartes erhält 48,48 Prozent der Stimmen, sein Konkurrent Efraín Alegre vom Partido Liberal Radical Auténtico (PLRA) 39,05 Prozent. Im Abgeordnetenhaus erobert der Partido Colorado mit 44 von 80 Sitzen die absolute Mehrheit. Der PLRA gewinnt 27 Mandate.

China

In einer Direktive warnt das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas vor den Gefahren westlicher Werte (**22.4.2013**). Das Dokument Nr.9 erwähnt als Gefahren unter anderem: liberale Demokratie, Gewaltenteilung, allgemeines Wahlrecht, Mehrparteiensystem, unabhängige Justiz, universelle Rechte wie Menschenrechte.

Frankreich/Homo-Ehe/LGBTIQ

Das französische Parlament stimmt trotz massiver Proteste der Einführung der Homo-Ehe zu (**23.4.2013**). Frankreich ist der 14. Staat, der die Homo-Ehe erlaubt.

Bangladesh

Katastrophen/Fabrikeinsturz

Beim Einsturz eines Textilfabrikgebäudes in der Nähe von Dhaka, der Hauptstadt von Bangladesh, kommen über 1000 Menschen ums Leben (**24.4.2013**).

Mali

UNO

Der UNO-Sicherheit beschliesst die Schaffung einer Friedensmission für Mali (**25.4.2013**). Die Stabilisierungsmission (Minusma) besteht aus über 10 000 Soldaten (Stand März 2015).

Island

Machtwechsel auf Island: Die bürgerliche Opposition gewinnt die Parlamentswahl. Die bisher regierenden Links-Grünen verlieren die Hälfte ihrer Sitze (**27.4.2013**). Neuer Ministerpräsident wird Sigmundur Davíð Gunnlaugsson von der Fortschrittspartei.

Italien

Enrico Letta, stellvertretender Vorsitzender des Partito Democratico, wird neuer italienischer Ministerpräsident (**28.4.2013**). Letta bildet eine Grosse Koalition, in der neben dem Partito Democratico/PD auch der Popolo della Libertà (PDL) von Silvio Berlusconi, die zentristische Bewegung Scelta Civica des bisherigen Ministerpräsidenten Mario Monti, die Radicali Italiani und Unione di Centro (UdC) vertreten sind. Stellvertretender Regierungschef wird PDL-Sekretär Angelino Alfano.

Niederlande

Thronwechsel in den Niederlanden: Nach 33 Jahren dankt Königin Beatrix ab. An ihre Stelle rückt mit Willem-Alexander. Der 46-Jährige ist der erste männliche Monarch der Niederlande seit 123 Jahren (**30.4.2013**).

Deutschland

Vor dem Münchner Oberlandesgericht beginnt der Prozess um die Mordserie der rechtsextremen Vereinigung Nationalsozialistischer Untergrund (NSU). Vor Gericht stehen Beate Zschäpe als Hauptangeklagte und vier mutmassliche Unterstützer. Die 37-jährige Hauptangeklagte muss sich wegen der Mittäterschaft bei zehn Morden (neun türkischstämmige und ein griechischstämmiger Kleinunternehmer sowie eine deutsche Polizistin) verantworten. Der Prozess gilt als einer der bedeutendsten in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (6.5.2013).

Guatemala

Efraín Ríos Montt (*Rios Montt*), der 86-jährige ehemalige Militärmachthaber Guatemalas, wird wegen Völkermordes und Kriegsverbrechen zu 80 Jahren Gefängnis verurteilt. Er sei während seiner Herrschaft von März 1982 bis August 1983 für Mord, Folter und Zwangsumsiedlung Tausender Indios verantwortlich gewesen, heisst es in der Urteilsbegründung. Bei Massakern wurden laut Anklage über 1700 Indios der Ixil-Maya getötet (10.5.2013). Zehn Tage später hebt das Verfassungsgericht das Urteil wegen juristischer Verfahrensfehler auf und ordnet eine Wiederholung des Prozesses an (20.5.2013).

Pakistan

Knapp 14 Jahre nach seinem Sturz durch einen Militärputsch geht Nawaz Sharif mit seiner Pakistan Muslim League (PML-N) als Sieger aus der Parlamentswahl in Pakistan hervor und kehrt an die Macht zurück. Seine Partei gewinnt 166 Mandate. Als zweiter Stelle folgt die Pakistan People's Party (PPP) mit 42 Mandaten. Zum ersten Mal in seiner Geschichte erlebt Pakistan einen demokratischen Machtwechsel von einer zivilen Regierung zur nächsten (11.5.2013).

Bulgarien

Die Mitte-rechts-Partei Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens (Gerb) geht trotz Stimmverlusten erneut als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl in Bulgarien hervor (12.5.2013). Sie erobert 97 Sitze (minus 20). Zweitstärkste Kraft ist die von der Sozialistischen Partei angeführte Koalition für Bulgarien mit 84 Mandaten (plus 44). Der Parteilose Plamen Oreschanski bildet eine Minderheitsregierung mit den Sozialisten und der Partei der türkischen Minderheit, der Bewegung für Rechte und Freiheiten/DPS (29.5.2013).

Philippinen

Bei der Wahl des Abgeordnetenhauses auf den Philippinen wird die Liberal Party von Staatspräsident Benigno Simeon („Noynoy“) Aquino neu stärkste Kraft mit 109 Mandaten (plus 62). Die bisher stärkste Partei, Lakas-CMD, verliert 92 Mandate (13.5.2013).

Schweden

In der schwedischen Hauptstadt Stockholm kommt es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei (19.5.2013). Ausgelöst werden die Unruhen durch den Tod eines 69-jährigen Mannes, der von der Polizei erschossen worden war. Die Krawalle beginnen im Bezirk Husby, in dem vor allem Migranten wohnen, und weiten sich auf andere Stadtteile aus.

Türkei

Aufbruch in der Türkei: In Istanbul geht die Polizei gewaltsam gegen Demonstranten vor, die gegen ein Bauvorhaben im Gezi-Park beim Taksim-Platz protestieren (30.5.2013). Es folgen Massenproteste gegen die Regierung sowohl in Istanbul als auch in anderen türkischen Städten. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan (*Erdogan*) lässt den besetzten Taksim-Platz und Gezi-Park räumen (11.6. und 15.6.2013).

Deutschland/Tschechien/Österreich

Katastrophen/Überschwemmungen

Deutschland, Tschechien und Österreich werden von schweren Überschwemmungen heimgesucht. Entlang von Donau, Elbe, Moldau und anderen Flüssen richtet das Hochwasser Schäden in Milliardenhöhe an. Zehntausende Menschen müssen evakuiert werden (Anfang Juni 2013).

USA/Grossbritannien

NSA-Affäre

Der Fall Edward Snowden

Der britische „Guardian“ und die „Washington Post“ enthüllen, dass der US-Geheimdienst NSA (National Security Agency) Verbindungsdaten von Telefonaten von US-Bürgern sammelt und direkt die zentralen Rechner von Internet-Firmen anzapft, um E-Mails, Chats, Fotos und Videos von Menschen in aller Welt auszuwerten. Die US-Regierung bestätigt die Existenz des Überwachungsprogramms „Prism“. Der Whistleblower ist Edward Snowden, ein ehemaliger NSA-Mitarbeiter (6.6.2013). Laut Aussagen von Snowden wird auch in Grossbritannien im Rahmen des Überwachungsprogramms „Tempora“ der interkontinentale Internet- und Telefonverkehr systematisch abgehört.

Kenia/Grossbritannien

Die britische Regierung sagt den Opfern des Mau-Mau-Aufstands in Kenia während der Kolonialherrschaft Entschädigungszahlungen zu und bedauert, dass Kenianer von 1952 bis 1963 Opfer von Folter wurden (6.6.2013).

Palästinensische Autonomiegebiete/Palästina

Rami Hamdallah wird neuer palästinensischer Ministerpräsident (**6.6.2013**). Er tritt die Nachfolge von Salam Fayyad an (**6.6.2013**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen die Änderungen des Asylgesetzes – Beschleunigung der Asylverfahren und Bekämpfung von Missbräuchen – mit 78,4 Prozent Ja-Stimmen gut. Wuchtig abgelehnt wird die Volksinitiative „Volkswahl des Bundesrates“ mit 76,3 Prozent Nein-Stimmen (**9.6.2013**).

Syrien/Syrien-Konflikt

Nach Schätzungen der UNO hat der Bürgerkrieg in Syrien seit Beginn im März 2011 bisher mindestens 93 000 Tote gefordert (**13.6.2013**).

Schweiz

Banken

Abkehr vom Bankgeheimnis in der Schweiz: Der Bundesrat ist bereit, im Rahmen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) aktiv an der Entwicklung eines globalen Standards für den automatischen Informationsaustausch von Bankkundendaten mitzuarbeiten (**14.6.2013**).

Iran

Der als gemässigt geltende schiitische Theologe, ehemalige Atomunterhändler und Sicherheitsberater Hassan Rohani geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Iran hervor. Überraschend setzt er sich bereits im ersten Wahlgang mit 50,7 Prozent der Stimmen gegen seine konservativen Konkurrenten durch (**14.6.2013**).

Nicaragua/China

In Nicaragua soll mit chinesischer Unterstützung ein über 270 Kilometer langer Kanal zwischen dem Atlantik und Pazifik gebaut werden. Das Parlament stimmt der Erteilung einer Konzession an die chinesische HKND Group zu (**14.6.2013**). Die Baukosten werden auf 50 Milliarden Dollar geschätzt.

Die Umsetzung des Projekts gerät bald ins Stocken. Umweltschützer und Bauern wehren sich.

Tschechien

Der wegen einer Bespitzelungs- und Korruptionsaffäre unter Druck geratene tschechische Ministerpräsident und Vorsitzende der Demokratischen Bürgerpartei (ODS) Petr Nečas (*Necas*) tritt zurück (**17.6.2013**). Der frühere Finanzminister Jiří Rusnok übernimmt die Leitung einer Übergangsregierung.

Brasilien

Brasilien erlebt die grössten Protestkundgebungen seit 20 Jahren. Hunderttausende Menschen ziehen durch Rio de Janeiro, São Paulo, Brasília und andere Städte und demonstrieren gegen mangelhafte Infrastruktur, gegen Korruption, gegen die Milliarden-Ausgaben für die Fussball-Weltmeisterschaft 2014 und gegen Polizeigewalt (**17.6.2013**). Ausgelöst wurden die Proteste Anfang Juni in São Paulo durch Preiserhöhungen im öffentlichen Verkehr.

Schweiz/USA

Der Steuerstreit zwischen der Schweiz und den USA spitzt sich zu: Die sogenannte Lex USA scheitert am Widerstand des Nationalrats. Schweizer Banken, die von den US-Justizbehörden ins Visier genommen worden sind, erhalten keinen temporären Rechtsbeistand. Das Dringliche Bundesgesetz wird abgelehnt (**19.6.2013**).

Albanien

Machtwechsel in Albanien nach acht Jahren (**23.6.2013**). Die Demokratische Partei muss ihre Führungsrolle an die Sozialistische Partei abgeben. Die Sozialisten gewinnen 65 (unverändert) der 140 Mandate. Die Demokratische Partei von Sali Berisha erhält 50 Sitze (minus 18). Drittstärkste Kraft ist die Freiheitspartei (LSI) mit 16 (plus 12) Mandaten. Neuer Premierminister wird Edi Rama anstelle von Sali Berisha.

Italien

Der frühere italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi wird in erster Instanz im „Ruby“-Prozess wegen Sex mit einer Minderjährigen und Amtsmissbrauchs zu sieben Jahren Haft verurteilt worden. Zudem darf der 76 Jahre alte Senator nach dem Urteil nicht länger ein öffentliches Amt wahrnehmen (**24.6.2013**).

Katar

Der Emir von Katar, Scheich Hamad bin Khalifa al-Thani, dankt nach 18 Jahren zugunsten seines Sohnes Tanim bin Hamad Al-Thani ab (**25.6.2013**).

Australien

Machtkampf in der regierenden Labor Party in Australien. Premierministerin und Parteichefin Julia Gillard tritt zurück (**26.6.2013**). Ihr Vorgänger Kevin Rudd übernimmt wieder das Ruder (27.6.2013) – allerdings nur für kurze Zeit bis zu den Wahlen im September 2013.

USA/Deutschland/EU

NSA-Affäre

Der Fall Edward Snowden

Nach Informationen des deutschen Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ werden auch die Europäische Union und deren Mitgliedstaaten vom US-Geheimdienst NSA ausspioniert. Deutschland sei das europäische Zentrum der NSA-Spionage heisst es unter Berufung auf den ehemaligen NSA-Mitarbeiter Edward Snowden. Von monatlich bis zu 500 Millionen Abhöraktionen ist die Rede (**30.6.2013**).

Kroatien/EU

Kroatien tritt als 28. Mitglied der Europäischen Union bei (**1.7.2013**).

Salomonen/Australien/Neuseeland

Auf den Salomonen endet der militärische Einsatz Australiens, Neuseelands und anderer pazifischer Staaten zur Wiederherstellung von Ruhe und Sicherheit nach jahrelangen schweren Unruhen (**1.7.2013**). Die Soldaten und Polizisten waren seit 2003 im Rahmen der Regional Assistance Mission to the Solomon Islands (Ramsi) im Einsatz.

Ägypten

Rund ein Jahr nach seiner Wahl zum ägyptischen Staatspräsidenten wird Mohammed Mursi von der Armee entmachtet (**3.7.2013**). Nach tagelangen Massenprotesten gegen Mursi verkündet Armeechef Abdel Fattah al-Sisi, die Verfassung sei ausser Kraft gesetzt und Adli Mansur, Vorsitzender des Verfassungsgerichts, zum Interimspräsidenten ernannt worden. Ein Expertenrat werde die Verfassung überarbeiten.

Der politische Fahrplan der Armeeführung sieht die Einsetzung einer Technokratenregierung und vorgezogene Präsidentschaftswahlen vor. General Sisi versichert, die Armee strebe keine politische Macht, sondern nationale Versöhnung an. Hunderttausende Menschen feiern in Kairo die Entmachtung Mursis. Die Anhänger des abgesetzten Staatsoberhauptes, die Muslimbrüder, weigern sich, mit der neuen Führung zusammenzuarbeiten. Führende Mitglieder der Muslimbrüder werden verhaftet.

China/Schweiz

Die Volksrepublik China und die Schweiz unterzeichnen ein Freihandelsabkommen (**6.7.2013**). Die Schweiz ist neben Island das erste Land in Europa, mit dem ein solches Abkommen geschlossen wird.

Luxemburg

Der luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker gibt wegen einer Geheimdienstaffäre seinen Rücktritt bekannt (**10.7.2013**). Juncker stand über 18 Jahre an der Spitze der Regierung und war damit der am längsten ununterbrochen regierende Ministerpräsident.

Bhutan

Aus der Parlamentswahl im Königreich Bhutan (31.5. und **13.7.2013**) geht die oppositionelle Peoples Democratic Party (PDP) als Siegerin hervor. Sie gewinnt der 47 Sitze. Sie bisher regierende Partei Druk Phuensum Tshogpa (DPT) – Partei für Frieden und Wohlstand – muss sich mit 15 Mandaten (minus 30) begnügen. Neuer Regierungschef wird Tshering Tobgay.

USA

Nach dem Freispruch im Prozess um die Tötung des 17-jährigen afroamerikanischen Studenten Trayvon Martin gründen drei Bürgerrechtskämpferinnen die Bewegung Black Lives Matter (**13.7.2013**). Trayvon Martin war am 26.2.2012 in Sanford (Florida) von einem Wachmann erschossen worden.

Irak

Der Irak erlebt die schlimmste Gewaltwelle seit fünf Jahren. In Bagdad explodieren an zwölf verschiedenen Stellen zeitgleich mit Sprengstoff präparierte Autos. Dabei werden 71 Menschen getötet (**20.7.2013**). Rund 1000 Tote fordert allein im Monat Juli der Terror im Irak.

Belgien

Thronwechsel in Belgien. Nach fast 20 Jahren dankt der 79-jährige König Albert II. ab. Neuer Monarch wird sein 53 Jahre alter Sohn Philippe (**21.7.2013**).

Spanien

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Bei der Entgleisung eines Hochgeschwindigkeitszuges bei Santiago de Compostela kommen fast 80 Menschen ums Leben (**24.7.2013**).

Simbabwe

In Simbabwe wird Machthaber Robert Mugabe mit rund 61 Prozent Stimmenanteil erneut zum Staatsoberhaupt gewählt (**31.7.2013**). Bei der Parlamentswahl gewinnt Mugabes Zimbabwe African National Union-Patriotic Front (Zanu-PF) mit 196 Mandaten eine Zweidrittelmehrheit. Das Movement for Democratic Change (MDC) von Oppositionsführer Morgan Tsvangirai muss sich mit 70 Sitzen begnügen.

Italien

Der frühere italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi wird wegen Steuerbetrugs zu vier Jahren Haft verurteilt (**1.8.2013**). Drei Jahre Haft werden im Rahmen einer Amnestie erlassen. 10 Monate leistet er Sozialarbeit in einem Seniorenheim.

Der Fall Edward Snowden

USA/Russland

Der Whistleblower Edward Snowden, ehemaliger Mitarbeiter des US-Geheimdienst NSA (National Security Agency), erhält Asyl in Russland (**1.8.2013**).

Türkei

Nach fünf Jahren endet in der Türkei der sogenannte Ergenekon-Prozess: Ein Gericht in Silivri bei Istanbul verurteilt die meisten der 275 Angeklagten – unter ihnen Militärs, Juristen, Schriftsteller, Journalisten – zu hohen Gefängnisstrafen. Ihnen wirft das Gericht vor, einen Putsch gegen die Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan (*Erdogan*) geplant zu haben (**5.8.2013**). Im April 2016 werden die Urteile aufgehoben.

Mali

In Mali geht der frühere Premierminister Ibrahim Boubacar Keïta (Keita) als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (**11.8.2013**).

Ägypten

Polizei und Armee räumen in Kairo gewaltsam die Protestlager der Anhänger des gestürzten Staatspräsidenten Mohammed Mursi. Dabei kommen Hunderte von Menschen ums Leben. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch dokumentiert den Tod von mindestens 817 Menschen auf dem Rabaa-Platz in Kairo. Die Regierung verhängt den Ausnahmezustand. Vizepräsident Mohammed el-Baradei tritt aus Protest gegen das Vorgehen der Sicherheitskräfte zurück (**14.8.2013**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Erstmals seit drei Jahren nehmen israelische und palästinensische Unterhändler wieder direkte Friedensgespräche auf (**14.8.2013**).

Syrien/Syrien-Konflikt/USA

In der von Rebellen gehaltenen Region Ost-Ghuta östlich von Damaskus werden chemische Kampfwaffen eingesetzt. Dabei sollen Hunderte von Menschen ums Leben gekommen sein (**21.8.2013**).

Laut US-Angaben wurden über 1400 Personen getötet, unter ihnen mehr als 400 Kinder. Für die USA gibt es klare und schlüssige Beweise, dass das syrische Regime hinter den Giftgasattacken steht. UNO-Inspektoren bestätigen den Einsatz von Sarin (16.9.2013).

US-Präsident Barack Obama hatte den Einsatz von Chemiewaffen im syrischen Bürgerkrieg als «rote Linie» bezeichnet und mit Konsequenzen gedroht (vgl. 20.8.2012). Obama verzichtet jedoch auf eine Intervention. Stattdessen einigen sich US-Aussenminister John Kerry und sein russischer Amtskollege Sergei Lawrow nach dreitägigen Verhandlungen in Genf (vgl. 14.9.2013) auf ein Abkommen, das die Zerstörung des syrischen Giftwaffenarsenals bis Mitte 2014 vorsieht.

USA

WikiLeaks

Der Fall Chelsea Manning

Ein US-Militärgericht verteilt die WikiLeaks-Informantin Chelsea Manning (früher Bradley Manning) zu 35 Jahren Gefängnis (**21.8.2013**). Im Januar 2017 ordnet US-Präsident Barack Obama eine Verkürzung des Strafmasses an und am 17. 5.2017 wird Chelsea Manning freigelassen.

Libanon

In der libanesischen Stadt Tripoli kommen bei Sprengstoffanschlägen vor zwei sunnitischen Moscheen 43 Menschen ums Leben. Über 500 Menschen werden verletzt (**23.8.2013**).

USA/Schweiz

Banken

Die USA und Schweiz unterzeichnen eine Vereinbarung zur Beilegung des Steuerstreits (**29.8.2013**). Das Abkommen ermöglicht es den betroffenen Schweizer Banken, sich mit der Bezahlung von hohen Bussen gegen eine Strafverfolgung in den USA freizukaufen.

Syrien/Syrien-Konflikt

Nach Angaben der UNO sind zwei Millionen Syrer wegen des Bürgerkriegs in die umliegenden Länder geflüchtet, darunter etwa 1 Million Kinder. Schätzungsweise 4,25 Millionen Menschen sind innerhalb Syriens auf der Flucht (**Anfang September 2013**). Es handelt sich um die grösste Flüchtlingskrise seit dem Bürgerkrieg in Ruanda vor zwanzig Jahren.

Australien

Machtwechsel in Australien: Die Labor Party muss nach sechs Jahren ihre Führungsrolle wieder abgeben. Siegerin der Parlamentswahl ist die Liberal-National Coalition (Liberal Party, National Party und Verbündete). Sie gewinnt 90 der 150 Sitze im Repräsentantenhaus. Die Labor Party verliert 17 Mandate und ist neu mit 55 Abgeordneten vertreten (**7.9.2013**).

China

Belt and Road Initiative/BRI (Neue Seidenstrasse)

Der chinesische Staats- und Parteichef Xi Jinping lanciert während eines Besuchs in Kasachstan die Vision einer Neuen Seidenstrasse (**7.9.2013**).

Die Belt and Road Initiative (BRI) sieht ein riesiges Infrastrukturnetz mit Strassen, Eisenbahnen, Häfen, Flughäfen und Kraftwerken im Eurasischen Raum vor. Zwei Routen sind geplant: Der nördliche „Silk Road Economic Belt“ verläuft von China über Zentralasien, den Iran, die Türkei und die russische Hauptstadt Moskau bis nach Zentral- und Westeuropa. Die südliche „Maritime Silk Road“ soll den Seehandel Chinas mit Südostasien, Ostafrika und Europa verbinden.

Norwegen

Nach acht Jahren kommt es zu einem Machtwechsel in Norwegen. Die bürgerliche Opposition gewinnt die Parlamentswahl (**9.9.2013**). Ministerpräsident Jens Stoltenberg von der Arbeiterpartei tritt zurück. Erna Solberg von der konservativen Høyre bildet eine Minderheitsregierung mit der rechtspopulistischen Fortschrittspartei. Ihre Partei konnte 18 Sitze hinzugewinnen und ist mit 48 Mandaten zweitstärkste Kraft im Storting nach der Arbeiterpartei mit 55 Abgeordneten.

Pakistan

Mamnoon Hussain von der Pakistan Muslim League (PML-N) wird zum neuen pakistanischen Staatsoberhaupt gewählt (**9.9.2013**).

Syrien/Syrien-Konflikt

Russland

Das syrische Regime stimmt dem russischen Vorschlag zu, seine Chemiewaffen-Bestände offenzulegen und unter internationale Kontrolle zu stellen sowie der Chemiewaffenkonvention beizutreten (**10.9.2013**).

Migranten/Migration

Laut einem UN-Bericht gibt es 232 Millionen Migranten auf der Welt – mehr als je zuvor. 3,2 Prozent der Weltbevölkerung leben nicht mehr in dem Land, in dem sie geboren wurden. Der Hauptgrund für die Auswanderer: die Suche nach Arbeit und nach einem besseren Leben (**12.9.2013**).

Syrien/Syrien-Konflikt

USA/Russland/UNO

US-Aussenminister John Kerry und sein russischer Amtskollege Sergei Lawrow einigen sich nach dreitägigen Verhandlungen in Genf auf ein Abkommen, das die Zerstörung des syrischen Giftwaffenarsenals bis Mitte 2014 vorsieht. Syrien muss innerhalb einer Woche eine umfassende Liste über Anzahl und Art seines Chemiewaffenarsenals vorlegen. Inspektoren der UNO sollen uneingeschränkten Zugang zu allen Lagerstätten erhalten (**14.9.2013**).

Australien

Tony Abbott, Vorsitzender der Liberal Party, wird neuer australischer Premierminister (**18.9.2013**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsch-polnische Publizist und Literaturkritiker Marcel Reich-Ranicki stirbt im Alter von 93 Jahren (**18.9.2013**).

Kenia/Somalia

Islamistische Terroristen überfallen ein Einkaufszentrum in der kenianischen Hauptstadt Nairobi. Dutzende Menschen werden als Geiseln genommen. Zum Angriff bekennt sich die somalische al-Shabab-Miliz (21.9.2013). Das Geiseldrama endet nach vier Tagen und fordert über 70 Tote.

Deutschland

Erfolg für die Unionsparteien CDU/CSU und Debakel für die mitregierenden Freien Demokraten bei der Bundestagswahl in Deutschland (**22.9.2013**): Klare Sieger sind die Christlich Demokratische Union und die Christlich-Soziale Union. Sie erzielen mit einem Stimmenanteil von 41,5 Prozent (plus 7,7 Prozentpunkte) ihr bestes Ergebnis seit 1994 und verfehlen nur knapp die absolute Mehrheit. Die Freien Demokraten (FDP) scheitern erstmals seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland an der Fünf-Prozent-Hürde. Sie müssen sich mit einem Stimmenanteil von 4,8 Prozent (minus 9,8 Prozentpunkte) begnügen. Auf 25,7 Prozent des Stimmenanteils (plus 2,7 Prozentpunkte) kommen die Sozialdemokraten mit ihrem Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück. Die Linke überholt mit 8,6 Prozent der Stimmen die Grünen (8,4 Prozent). Die vor sieben Monaten gegründete rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) verpasst mit 4,7 Prozent knapp den Einzug in den Bundestag. Von den 631 Bundestagsmandaten gewinnen die Unionsparteien CDU/CSU 311, die Sozialdemokraten 193, die Linke 64 und die Grünen 63.

China

Der in Ungnade gefallene frühere chinesische Spitzenpolitiker Bo Xilai wird wegen Bestechung und Machtmissbrauch zu einer lebenslänglichen Gefängnisstrafe verurteilt (**22.9.2013**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Volksinitiative zur Abschaffung der Wehrpflicht mit 73,2 Prozent der Stimmen ab. Das Epidemien-gesetz wird mit 60 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen (**22.9.2013**).

Pakistan

Bei einem Anschlag auf eine christliche Kirche in der pakistanischen Stadt Peshawar kommen über 80 Menschen ums Leben (**22.9.2013**).

Ägypten

Ein ägyptisches Gericht verbietet die islamistische Muslimbruderschaft des gestürzten Präsidenten Mohammed Mursi (**23.9.2013**).

Iran/USA

Versöhnlicher Kurs: Der neue iranische Staatspräsident Hassan Rohani erklärt sich in einer Rede vor der UNO-Vollversammlung zu sofortigen Gesprächen über das iranische Atomprogramm bereit und versichert, sein Land strebe nicht nach Atomwaffen. Das iranische Atomprogramm diene nicht militärischen Zwecken. US-Präsident Obama betont in seiner Rede vor der UN-Generalversammlung, man wolle den Atomstreit mit Iran diplomatisch lösen (**24.9.2013**).

Syrien/Syrien-Konflikt

UNO

Erstmals seit Ausbruch des syrischen Bürgerkriegs im März 2011 verabschiedet der UNO-Sicherheitsrat eine Resolution. In dieser wird der Einsatz von Chemiewaffen in Syrien verurteilt und Syrien aufgefordert, seine Chemiewaffen herauszugeben und vernichten zu lassen (**27.9.2013**).

Iran//USA

Erstmals seit der Islamischen Revolution 1979 kommt es zu einem direkten telefonischen Gespräch zwischen den Präsidenten der USA und Irans. Barack Obama und Hassan Rohani sprechen über die Beilegung des Streits um das iranische Atomprogramm (**27.9.2013**).

Umwelt/Klima

Weltklimarat (IPCC)

Weltklimabericht

Der fünfte Weltklimabericht geht von einer weiteren Erwärmung des Klimas mit dramatischen Auswirkungen auf Wetter, Meeresspiegel und die Arktis aus. Die wichtigsten Erkenntnisse: Der Meeresspiegel ist zwischen 1901 und 2010 um 19 Zentimeter gestiegen, Atmosphäre und Ozeane haben sich erwärmt – seit 1880 um durchschnittlich 0,9 Grad. Die Schuld für den Anstieg sehen die Experten des Weltklimarates (IPCC) beim Einfluss des Menschen (**27.9.2013**).

Österreich

Bei der Parlamentswahl in Österreich erzielen die regierenden Sozialdemokraten (SPÖ) und die Konservativen (ÖVP) ihr bisher schlechtestes Ergebnis, verteidigen aber die absolute Mehrheit (**29.9.2013**). Die Sozialdemokratische Partei bleibt mit einem Stimmenanteil von 26,82 Prozent (minus 2,44 Prozentpunkte) und 52 Sitzen (minus 5) stärkste Kraft. Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) erhält 23,99 Prozent der Stimmen (minus 1,99 Prozentpunkte) und 47 Sitze (minus 4). Dahinter folgt die rechtspopulistische Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) mit 20,51 Prozent der Stimmen (plus 2,97 Prozentpunkte) und 40 Sitzen (plus 6). Neu im Nationalrat vertreten sind die Gruppierungen Das Neue Österreich und Liberales Forum (Neos) sowie das Team Stronach. Das Bündnis Österreich (BZÖ) verliert alle Mandate. Der neue Nationalrat setzt sich wie folgt zusammen: SPÖ: 52 (minus 5), ÖVP: 47 (minus 4), FPÖ: 40 (plus 6), Grüne: 24 (plus 4), Team Stronach (11 (plus 11), Das neue Österreich und Liberales Forum (9 (plus 9). SPÖ und ÖVP einigen sich im Dezember auf die Fortsetzung ihres Regierungsbündnisses.

USA

In den USA führt der Budgetstreit zwischen Republikanern und Demokraten zu einer teilweisen Stilllegung der öffentlichen Verwaltung der USA und damit zum ersten „government shutdown“ seit 17 Jahren (**1.10.2013**). Rund 800 000 Staatsbedienstete werden in unbezahlten Zwangsurlaub entlassen. Die Fronten im Haushaltsstreit hatten sich verhärtet, weil die Republikaner ihre Zustimmung zu einem Übergangsbudget mit der Verschiebung oder gar dem Stopp der Gesundheitsreform verknüpften.

Italien

Der frühere italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi scheitert mit seinem Versuch, die Regierung von Ministerpräsident Enrico Letta mit einem Misstrauensvotum im Parlament zu stürzen. Berlusconi krebst zurück, um eine Spaltung seiner Partei zu verhindern (**2.10.2013**).

Italien

Migranten/Flüchtlinge

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Über 360 afrikanische Migranten und Flüchtlinge kommen nahe der italienischen Insel Lampedusa nach einem Brand auf ihrem Schiff ums Leben (**3.10.2013**). An Bord befanden sich über 500 Menschen.

Der Süden Europas erlebt seit zwei Jahrzehnten eine wachsende Zuwanderung von Flüchtlingen und Migranten aus Nordafrika. Nach UN-Schätzungen landeten seit Beginn des Jahres 2013 rund 32 000 Menschen auf Malta und Lampedusa.

USA

Mit Janet Yellen soll erstmals eine Frau die US-Notenbank Federal Reserve leiten. US-Präsident Barack Nominert Yellen als Nachfolgerin von Ben Bernanke (9.10.2013).

USA

In den USA wird ein drohender Staatsbankrott kurz vor der Zahlungsunfähigkeit abgewendet. Der Kongress stimmt einer Erhöhung des Schuldenlimits und einem Übergangsetat für die Regierung zu. Damit ist auch der seit 16 Tagen andauernde Verwaltungsstillstand der US-Bundesbehörden (government Shutdown) beendet. Der Kompromiss sieht vor, das Schuldenlimit so anzuheben, dass die USA mindestens bis zum 7. Februar 2014 liquide bleiben. Ausserdem soll ein Übergangshaushalt verabschiedet werden, der bis zum 15. Januar gilt (**17.10.2013**).

Saudiarabien

UNO

Saudiarabien lehnt die Wahl in den UNO-Sicherheitsrat ab. Begründet wird der Entscheid mit der „Machtlosigkeit des Sicherheitsrates (**18.10.2013**)“.

Luxemburg

In Luxemburg finden nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Jean-Claude Juncker vorgezogene Parlamentswahlen statt (**20.10.2013**). Die bisher regierende Christlich Soziale Volkspartei (CSV) verliert 3 Sitze, bleibt aber mit 23 Mandaten die stärkste Kraft. Je 13 Sitze gewinnen die Sozialistische Arbeiterpartei (LSAP) und die Demokratische Partei (DP). Es folgen die Grünen mit 6, die Alternative Demokratische Reformpartei mit 3 und die Linke mit 2 Sitzen.

Moçambique

Nach den 2012 erneut ausgebrochenen bewaffneten Auseinandersetzungen kündigt die Oppositionspartei Resistência Nacional Moçambicana (Renamo) das mit der Regierungspartei Frente de Libertação de Moçambique (Frelimo) geschlossene Friedensabkommen von 1992 auf (**22.10.2013**).

Deutschland/USA

NSA-Affäre

Das Mobiltelefon der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel ist offenbar vom US-Geheimdienst NSA abgehört worden. Die Bundeskanzlerin protestiert: „Ausspähen unter Freunden geht gar nicht“, sagt sie (**23.10.2013**). Nach einem Bericht des „Guardian“ soll der Geheimdienst NSA die Telefonkommunikation von 35 internationalen Spitzenpolitikern überwacht haben.

Tschechien

Die Sozialdemokraten gehen zwar als stärkste Partei aus der Parlamentswahl in Tschechien hervor, doch ihr Wahlziel, eine linke Mehrheit mit Unterstützung der Kommunisten, erreichen sie nicht. Die vom Unternehmer Andrej Babiš (*Babis*) gegründete Partei ANO 2011 wird auf Anhieb zweitstärkste Kraft mit 47 Mandaten. Die Sozialdemokratische Partei (ČSSD) erhält 50 Sitze (das schlechteste Ergebnis seit 1992). Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM) entsendet als drittstärkste Kraft 33 Vertreter ins Abgeordnetenhaus. Die konservative Demokratische Bürgerpartei (ODS) stürzt in der Wählergunst ab und hat nur noch 16 Mandate (minus 27). Zu den Verlierern gehört auch die Partei TOP 09 mit 26 Mandaten (minus 15). Die Christliche und Demokratische Union (KDU-ČSL) schafft den Wiedereinzug ins Parlament mit 14 Mandaten. Ein Neuling ist auch die rechtspopulistische Morgendämmerung mit 14 Sitzen (**25.10./26.10.2013**).

Georgien

Giorgi Margwelaschwili wird mit einem Stimmenanteil von 62,1 Prozent zum neuen georgischen Staatschef gewählt (**27.10.2013**). Auf den Beginn seiner fünfjährigen Amtszeit geht ein Grossteil der exekutiven Machtbefugnisse vom Staatspräsidenten auf den Regierungschef über.

Der bisherige Präsident Micheil Saakaschwili konnte nicht mehr für eine dritte Amtszeit kandidieren. Er setzt sich 2014 in die Ukraine ab und wird 2015 vorübergehend Gouverneur der Region Odessa, fällt aber bald darauf in Ungnade und wird staatenlos.

Thailand

In der thailändischen Hauptstadt Bangkok beginnt eine Welle von Massenprotesten gegen ein Amnestiegesetz, das Straffreiheit für politisch motivierte Straftaten seit dem Putsch von 2006 vorsieht (**31.10.2013**). Das Gesetz wird vom Abgeordnetenhaus gutgeheissen (1.11.2013), vom Senat jedoch abgelehnt (11.11.2013). Trotzdem setzt die Opposition die Proteste gegen die Regierung unter Premierministerin Yingluck Shinawatra (Schwester von Ex-

Machthaber Thaksin Shinawatra) fort. Zwei unversöhnliche Lager - Gelbhemden gegen Rothemden – stehen sich gegenüber: das oppositionelle People's Democratic Reform Committee (PDRC) unter Führung von Suthep Thueaksuban, ehemaliger Generalsekretär der Democratic Party, und die regierungsnahe United Front for Democracy against Dictatorship.

Kongo-Kinshasa

Kongokriege/Kivukrieg

Die von UNO-Blauhelmen unterstützte kongolesische Armee erobert nach einer Grossoffensive in Nordkivu (im Osten von Kongo-Kinshasa) die letzten Hochburgen der Rebellen des Mouvement du 23 mars (M23). Der Aufstand werde hiermit beendet, teilt der M23-Führer Bertrand Bisimwa mit (**5.11.2013**). Der vor rund 20 Monaten ausgebrochene Konflikt hatte Hunderttausende Menschen in die Flucht getrieben. Andere Aufständische machen die Region weiterhin unsicher, unter ihnen auch die jihadistische Miliz Allied Democratic Forces.

Deutschland

Laut einem Bericht des deutschen Magazins „Focus“ wurden im Februar 2012 in einem Münchner Apartment über 1400 verschollene Kunstwerke aus der Nazi-Zeit beschlagnahmt (**5.11.2013**). Der Wert wird auf mehr als eine Milliarde Euro geschätzt.

Philippinen

Katastrophen/Unwetter

Der Taifun „Hayan“ verwüstet weite Teile der philippinischen Inseln Samar und Leyte und fordert über 6000 Tote. Die Stadt Tacloban wird fast vollständig zerstört. Etwa zwei Millionen Menschen werden obdachlos (**8.11.2013**).

China

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas kündigt Wirtschaftsreformen an, lockert die Ein-Kind-Politik, schafft die Arbeitslager ab und beschliesst die Schaffung eines Nationalen Sicherheitsrates (**12.11.2013**).

Italien

Popolo della Libertà (PdL), die Partei des früheren italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi, zerbricht – Forza Italia wird wiederbelebt (**16.11.2013**). Abweichler unter Führung von Vizeministerpräsident Angelino Alfano, unter ihnen 4 Minister, 30 Senatoren und 27 Abgeordnete, gründen eine eigene Gruppe Nuovo Centrodestra – und sichern der Regierung von Ministerpräsident Enrico Letta ihre Unterstützung zu. Nuovo Centrodestra/NCD wird am folgenden 7. Dezember offiziell als Partei aus der Taufe gehoben.

Malediven

Turbulente Präsidentenwahl auf den Malediven: Abdulla Yameen von der Progressive Party of Maldives (PPM) geht knapp als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Der Halbbruder des ehemaligen Machthabers Maumoon Abdul Gayoom erhält 51 Prozent der Stimmen und verweist Expräsident Mohamed Nasheed auf den zweiten Platz (**16.11.2013**). Die erste Wahlrunde am 7.9.2013, aus der Mohamed Nashed als Sieger hervorgegangen war, wurde vom Obersten Gerichtshof wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten annulliert.

Chile

Mitte-links wird nach vierjährigem Unterbruch wieder stärkste Kraft im chilenischen Abgeordnetenhaus. Das Bündnis Nueva Mayoría (Partido Demócrata Cristiano, Partido Socialista, Partido por la Democracia, Partido Comunista und Partido Radical Socialdemócrata) gewinnt 67 der 120 Sitze. Das linke Bündnis Alianza (Renovación Nacional und Unión Democrática Independiente) erhält 49 Mandate (**17.11.2013**).

Venezuela

Das venezolanische Parlament beschliesst ein Ermächtigungsgesetz, mit dem Staatspräsident Nicolás Maduro per Dekret regieren kann (**19.11.2013**).

Georgien

Wechsel an der Spitze der georgischen Regierung: Der Milliardär Bidsina Iwanischwili, Gründer des Bündnisses Georgischer Traum, tritt zurück und überlässt seinen Posten dem 31-jährigen Irakli Garibaschwili (**20.11.2013**).

Ukraine

EU

Die Ukraine stoppt die Annäherung an die Europäische Union (EU). Der in Kürze geplante Abschluss eines Assoziationsabkommens wird gestoppt. Auf dem Maidan in der Hauptstadt Kiew versammeln sich spontan Hunderte von Menschen, um gegen den Entscheid der Regierung zu protestieren (**21.11.2013**).

Lettland

Katastrophen/Hauseinsturz

Beim Einsturz eines Supermarktes in der lettischen Hauptstadt Riga kommen über 50 Menschen ums Leben (**21.11.2013**).

Iran

5+1-Gruppe

Die Aussenminister der USA, Russlands, Chinas, Frankreichs, Grossbritanniens und Deutschlands – 5+1-Gruppe (die fünf UNO-Vetomächte sowie Deutschland – einigen sich in Genf mit Iran auf ein Übergangsabkommen zur Eindämmung und Kontrolle des iranischen Atomprogramms. Im Gegenzug werden die Sanktionen gegen Iran gelockert (**24.11.2013**). Das Interimsabkommen, das am 20. Januar 2014 in Kraft tritt, ist zunächst für sechs Monate gültig. Während dieser Frist soll eine definitive Vereinbarung zwischen der 5+1-Gruppe sowie dem Regime in Teheran ausgehandelt werden. Die Deadline wird im November 2014 verlängert.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die 1:12-Initiative, die den maximalen Lohn in einem Unternehmen auf das Zwölfwache des tiefsten begrenzt wollte, mit 65,3 Prozent Nein-Stimmen ab (**24.11.2013**).

Honduras

Juan Orlando Hernández (*Hernandez*) vom konservativen Partido Nacional geht mit einem Stimmenanteil von 36,89 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in Honduras hervor (**24.11.2013**). Seine Konkurrentin Xiomara Castro erhält 28,78 Prozent. Die Ehefrau des früheren, 2009 entmachteten Präsidenten Manuel Zelaya, kandidierte für die neue Linkspartei Libre (Libertad y refundación). Im Parlament bleibt der Partido Nacional trotz hoher Verluste stärkste Kraft mit 48 Mandaten vor Libre mit 37 Sitzen.

Zentralafrikanische Republik/Frankreich

In der Zentralafrikanischen Republik herrschen, Chaos, Gewalt und Terror. Frankreich verstärkt seine Truppenpräsenz um tausend Armeeeingehörige (**26.11.2013**). Seit dem Putsch gegen Staatschef François Bozizé (24.3.2013) terrorisieren Milizen die Bevölkerung. Hunderttausende Menschen sind auf der Flucht.

Italien

Der wegen Steuerbetrugs verurteilte frühere italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi wird aus dem Senat ausgeschlossen und verliert damit seine parlamentarische Immunität (**27.11.2013**). Der Verlust des Mandats ist mit einem sechs Jahre geltenden Verbot verbunden, für ein öffentliches Amt zu kandidieren.

Lettland

Der Ministerpräsident von Lettland, Valdis Dombrovskis, tritt zurück (**27.11.2013**). Er übernimmt die politische Verantwortung für den Einsturz eines Supermarktes in Riga, bei dem über 50 Menschen ums Leben kamen.

Vietnam

Das vietnamesische Parlament verabschiedet eine Verfassungsreform (**28.11.2013**). Hoffnungen auf politische Reformen bleiben unerfüllt. Die Führungsrolle der Kommunistischen Partei bleibt unangetastet.

Ukraine

EU

Hunderttausende Demonstranten fordern in Kiew den Rücktritt der Regierung und eine Annäherung ihres Landes an die Europäische Union (**1.12.2013**). Die Massenproteste stehen in Zusammenhang mit der Weigerung des ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch, ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union zu unterzeichnen.

Luxemburg

Regierungswechsel in Luxemburg (**4.12.2013**): Zum zweiten Mal nach 1974 muss die Christlich Soziale Volkspartei (CSV) in die Opposition und nach über 18 Jahren erhält das Grossherzogtum einen neuen Ministerpräsidenten. Xavier Bettel von der liberalen Demokratischen Partei (DP) wird Nachfolger von Jean-Claude Juncker, der am 10. Juli 2013 wegen einer Geheimdienstaffäre zurückgetreten war und sich nun mit der Rolle als Oppositionsführer begnügen muss. Der neue Ministerpräsident Xavier Bettel bildet eine Koalition mit den Grünen und der Sozialistischen Arbeiterpartei (LSAP).

EU

Die EU-Kommission verhängt wegen Zinsmanipulationen (Libor-Skandal) Geldbussen gegen sechs internationale Grossbanken im Umfang von zusammen 1,71 Milliarden Euro (**4.12.2013**).

Südafrika

Nelson Mandela, der erste schwarze südafrikanische Staatschef, stirbt im Alter von 95 Jahren (**5.12.2013**). Wegen seines Kampfes gegen die Apartheid verbrachte Mandela 27 Jahre als politischer Häftling im Gefängnis. 1993 wurde er für seine Bemühungen um Überwindung des Apartheidsystems und um Aussöhnung von Schwarzen und Weissen mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

WTO

Die Mitgliedsstaaten der Welthandelsorganisation einigen sich bei einer Ministerkonferenz auf Bali auf ein Paket von Vereinbarungen zur Liberalisierung des Welthandels (**7.12.2013**). Im Vordergrund steht das Abkommen über Handelserleichterungen (Trade Facilitation Agreement/TFA). Es sieht die Vereinfachung von Zollbestimmungen und

den Abbau bürokratischer Hemmnisse vor. Nach Einwänden Indiens stimmt der WTO-Generalrat ein Jahr später dem Bali-Paket zu und ebnet damit den Weg zur Ratifizierung (27.11.2014).

Singapur

Singapur erlebt die schwersten Unruhen seit 40 Jahren, ausgelöst durch den Tod eines indischen Arbeiters. Bei den Auseinandersetzungen zwischen rund 300 ausländischen Arbeitern und Sicherheitskräften im Distrikt Little India werden über 60 Personen verletzt (**8.12.2013**).

Thailand

Die thailändische Premierministerin Yingluck Shinawatra löst wegen der angespannten politischen Lage das Parlament auf und verkündet Neuwahlen für Anfang Februar 2014 (**9.12.2013**).

Friedensnobelpreis

Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW)

Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (Organisation for the Prohibition of Chemical Weapons/OPCW) wird dem Friedensnobelpreis geehrt (**10.12.2013**).

Literaturnobelpreis

Kanada

Die kanadische Schriftstellerin Alice Munro wird mit dem Literaturnobelpreis geehrt (**10.12.2013**).

Uruguay

Als erstes Land weltweit legalisiert Uruguay den Anbau, Handel und Konsum von Marihuana (**10.12.2013**).

Korea/Nordkorea

Jang Song Thaek, Onkel und Mentor des nordkoreanischen Machthabers Kim Jong Un, wird wegen parteifeindlichen und konterrevolutionären Handlungen zum Tode verurteilt und hingerichtet (**12.12.2013**). Jang Song Thaek galt als Nummer Zwei in Nordkorea.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der irische Schauspieler Peter O'Toole stirbt im Alter von 81 Jahren (**14.12.2013**).

Chile

Comeback für die chilenische Expräsidentin Michelle Bachelet. Die Sozialistin und Kandidatin des Linksbündnisses Nuevo Mayoría geht mit einem Stimmenanteil von 62,17 Prozent als Siegerin aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor (**15.12.2013**). Bachelet war bereits von 2006 bis 2010 Präsidentin. Ihre Konkurrentin Evelyn Matthei von der konservativen Alianza (Renovación Nacional, Unión Demócrata Independiente) erhält 37,83 Prozent.

Südsudan

UNO

Im Südsudan bricht ein blutiger Machtkampf zwischen Staatspräsident Salva Kiir vom Volk der Dinka und seinem Rivalen und früheren Vizepräsidenten Riek Machar vom Volk der Nuer aus (**15.12.2013**). Die UNO verstärkt ihre Militärpräsenz in Südsudan (United Nations Mission in the Republic of South Sudan/UNMISS) auf 12 500 Soldaten.

Deutschland

Zum dritten Mal nach 1966 und 2005 wird die Bundesrepublik Deutschland von einer Großen Koalition regiert. Die vom Bundestag wiedergewählte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) steht an der Spitze eines schwarz-roten Bündnisses aus den Unionsparteien CDU und CSU – Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union – und den Sozialdemokraten (SPD). Für Angela Merkel beginnt die dritte Amtszeit als Regierungschefin. Vizekanzler sowie Wirtschafts- und Energieminister wird SPD-Parteichef Sigmar Gabriel. Das Außenministerium übernimmt Frank-Walter Steinmeier (SPD), der bereits zwischen 2005 und 2009 Außenminister war. Mit Ursula von der Leyen (CDU) leitet erstmals eine Frau das Verteidigungsministerium (**17.12.2013**). Bei einer Mitgliederbefragung stimmte die SPD-Basis mit 75,96 Prozent Ja-Stimmen dem Koalitionsabkommen zu.

Russland

Der russische Staatspräsident Wladimir Putin begnadigt den seit zehn Jahren inhaftierten früheren Ölmagnaten Michail Chodorkowski. Der ehemalige Chef des Ölkonzerns Yukos war 2003 verhaftet und 2005 sowie 2010 wegen Steuerdelikten sowie Veruntreuung und Geldwäscherei verurteilt worden (**19.12.2013**).

Madagaskar

Hery Rajaonarimampianina geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Madagaskar hervor (**20.12.2013**).

Russland

Bei einem Sprengstoffanschlag auf den Hauptbahnhof der russischen Stadt Wolgograd werden 18 Menschen getötet (**29.12.2013**). Am Tag darauf kommen bei einem weiteren Anschlag auf einen Bus in Wolgograd 15 Menschen ums

Leben. Die beiden Terroranschläge innerhalb von nur 24 Stunden schüren Sorgen um die Sicherheit der in sechs Wochen beginnenden Olympischen Winterspiele in Sotschi.

2014

Lettland/EU/Euro-Zone

Lettland führt den Euro ein und wird damit 18. Mitglied der europäischen Währungszone (**1.1.2014**).

Schweiz

OSZE

Die Schweiz übernimmt für die Dauer eines Jahres den Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (**1.1.2014**). Amtierender Vorsitzender ist Bundesrat Didier Burkhalter.

Irak/Syrien/

„Islamischer Staat im Irak und in Gross-Syrien“ (Isis)/al-Qaida

Jihadisten der Extremistenorganisation „Islamischer Staat im Irak und in Gross-Syrien“ (Isis) erobern die westlich von Bagdad gelegene Stadt Falluja (**4.1.2014**). Auch in Syrien sind die Isis-Verbände auf dem Vormarsch. Sie erobern die Stadt Rakka und weite Gebiete der gleichnamigen Provinz (14.1.2014). Wegen Eigenmächtigkeiten kommt es zum Bruch zwischen Isis und al-Qaida.

Zentralafrikanische Republik

Michel Djotodia, der im März 2013 in der Zentralafrikanischen Republik durch einen Putsch an die Macht gelangte, tritt zurück (**10.1.2014**). Das provisorische Parlament wählt die Bürgermeisterin der Hauptstadt Bangui, Catherine Samba-Panza, zur Übergangspräsidentin. Doch das von Gewalt zwischen muslimischen Aufständischen (Séléka) und christlichen Milizen (Anti-Balaka) erschütterte Land kommt nicht zur Ruhe.

Ägypten

Mit rund 98 Prozent Ja-Stimmen heisst die Bevölkerung Ägyptens eine neue Verfassung gut. Die Stimmbeteiligung liegt allerdings nur bei 38 Prozent (**15.1.2014**). Die Bürgerrechte werden in der neuen Verfassung verstärkt und religiöse Parteien verboten. Die Armee behält ihre privilegierte Stellung.

Tschechien

Bohuslav Sobotka wird neuer tschechischer Ministerpräsident (**17.1.2014**). Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei (ČSSD) bildet ein Regierungsbündnis mit ANO 2011, der Partei des Unternehmers Andrej Babiš (Babis), und der Christlichen und Demokratischen Union (KDU-ČSL).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der italienische Dirigent Claudio Abbado stirbt im Alter von 80 Jahren (**20.1.2014**).

Ukraine

Der Machtkampf in der Ukraine eskaliert und fordert erstmals auch Tote. Bei Zusammenstößen zwischen Ordnungskräften und Regierungsgegnern in Kiew kommen mehrere Menschen ums Leben und etwa 300 werden verletzt (**22.1.2014**).

Lettland

Mit Laimdota Straujuma von der liberal-konservativen Partei Einigkeit (Vienotība) erhält Lettland erstmals eine Ministerpräsidentin. Die bisherige Landwirtschaftsministerin tritt die Nachfolge des zurückgetretenen Regierungschefs Valdis Dombrovskis an (**22.1.2014**).

Thailand

Nach anhaltenden Massenprotesten, Blockaden und gewalttätigen Auseinandersetzungen verhängt die thailändische Regierung über die Hauptstadt Bangkok und benachbarte Provinzen den Ausnahmezustand (**22.1.2014**).

Syrien/Syrien-Konflikt

Vertreter der syrischen Regierung und der Opposition treffen sich in Montreux und danach in Genf (**22.1.2014**). Die sogenannte Genf-II-Konferenz ist erfolglos.

Nach Angaben der UNO hat der Bürgerkrieg in Syrien die schlimmste Flüchtlingskrise seit dem Völkermord in Ruanda vor 20 Jahren ausgelöst. 2,4 Millionen Syrer sind ins Ausland geflüchtet und etwa 6,5 Millionen sind innerhalb Syriens auf der Flucht.

EU

Umwelt/Klima

Die EU-Kommission schnürt ein neues Klimapaket. Demnach sollen sich die 28 Mitgliedstaaten verpflichten, bis 2030 vierzig Prozent weniger Treibhausgase auszustossen, verglichen mit dem Wert von 1990 (**22.1.2014**).

Südsudan

Die Konfliktparteien im Südsudan einigen sich auf einen Waffenstillstand (**23.1.2014**), der allerdings nicht lange hält. Die Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Rebellen waren im Dezember 2013 ausgebrochen und forderten bisher schätzungsweise 10 000 Tote. Mehr als 500 000 Menschen sind auf der Flucht.

Tunesien

Drei Jahre nach der Revolution erhält Tunesien eine neue Verfassung (**26.1.2014**). Sie gilt als wegweisend für die arabische Welt. Sie garantiert die Glaubens-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit und schreibt die Gleichheit der Geschlechter fest.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der österreichisch-schweizerische Schauspieler und Regisseur Maximilian Schell stirbt im Alter von 83 Jahren (**1.2.2014**).

Thailand

Die von Ministerpräsidentin Yingluck Shinawatra angesetzten vorgezogenen Parlamentswahlen in Thailand stehen im Zeichen von Boykott und Blockaden der Opposition (**2.2.2014**). Das Verfassungsgericht annulliert die Wahlen (**21.3.2014**).

Russland

Olympische Spiele

In der am Schwarzen Meer gelegenen russischen Stadt Sotschi finden die XXII. Olympischen Winterspiele statt (**7.2.2014**). Überschattet werden die Spiele Monate später durch schwere Vorwürfe an Russland wegen systematischen Dopings und Vertuschung von Kontrollen.

Schweiz

EU

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen die Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“ knapp mit 50,34 Prozent Ja-Stimmen gut (**9.2.2014**). Die von der Schweizerischen Volkspartei (SVP) lancierte Masseneinwanderungsinitiative verlangt, die Zuwanderung von Ausländern mit Kontingenten zu regeln. Das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der Europäischen Union (EU) aus dem Jahr 1999 soll innerhalb von drei Jahren neu verhandelt und angepasst werden.

Venezuela

In Venezuela löst die schwere Wirtschaftskrise – Inflation von über 60 Prozent, mangelhafte Versorgungslage – eine Protestwelle aus (**12.2.2014**). Dabei kommen über 40 Menschen ums Leben. Über 2000 Menschen werden verhaftet.

Italien

Der italienische Ministerpräsident Enrico Letta tritt nach nur zehn Monaten im Amt zurück, nachdem ihm seine eigene Partei die weitere Unterstützung verweigert. Damit ist der Weg frei für die Machtübernahme seines parteiinternen Herausforderers und Chefs des Partito Democratico/PD, Matteo Renzi (**13.2.2014**).

G-5 du Sahel

Die Staatshäupter von Mauretanien, Mali, Niger, Burkina Faso und Tschad gründen eine neue Regionalorganisation mit dem Namen „G5 du Sahel“. Ziel dieser Organisation ist es, die Armut zu bekämpfen und die Sicherheit zu erhöhen (**16.2.2014**).

Ukraine

Auf dem Maidan in Kiew kommt es zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Oppositionellen. Scharfschützen schießen auf Demonstranten. Dabei kommen 102 Demonstranten sowie 13 Sicherheitskräfte ums Leben und Hunderte werden verletzt (**18.2. bis 20.2.2014**). Laut Angaben ukrainischer Behörden handelt es sich bei den Scharfschützen um Angehörige der „Schwarzen Kompanie“, einer Spezialeinheit der Berkut-Eingreiftruppe. Auch in westukrainischen Städten kommt es zu Ausschreitungen.

Ukraine

Unter Vermittlung der Europäischen Union einigen sich der ukrainische Staatspräsident Wiktor Janukowitsch und drei Oppositionsführer auf ein Abkommen zur Lösung der Krise und Beendigung des Machtkampfes (**21.2.2014**). Vereinbart werden die Rückkehr zur Verfassung von 2004, die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit sowie vorgezogene Präsidentenwahlen bis zum Dezember. Zehntausende auf dem Maidan versammelte Manifestanten geben sich damit nicht zufrieden und fordern weiterhin den sofortigen Rücktritt Janukowitschs.

Ukraine

In der Ukraine übernimmt die Opposition die Schalthebel der Macht (**22.2.2014**). Das Parlament erklärt Präsident Wiktor Janukowitsch für abgesetzt. Der Staatshäupter habe sich widerrechtlich Vollmachten angeeignet. Janukowitsch taucht unter. Darüber hinaus stimmt das Parlament einem Gesetz zur Freilassung der seit über zwei Jahren inhaftierten Oppositionspolitikerin und früheren Ministerpräsidentin Julia Timoschenko zu. Noch am gleichen Tag verlässt sie die Haftanstalt und tritt auf dem Maidan in Kiew auf.

Italien

Matteo Renzi vom Partito Democratico wird neuer italienischer Ministerpräsident. Der 39-jährige bisherige Bürgermeister von Florenz ist der bisher jüngste Regierungschef des Landes. Unter den 16 Mitgliedern der Regierung sind acht Frauen. In seiner Regierung sind neben dem Partito Democratico/PD auch die Parteien Nuovo Centrodestra /NCD, Scelta Civica und Unione di Centro/UdC vertreten (**22.2.2014**).

Ukraine

Das ukrainische Parlament bestimmt den am Vortag zum Parlamentsvorsitzenden gewählten Alexander Turtschinow zum Übergangspräsidenten (**23.2.2014**). Regierungschef wird Arseni Jazenjuk (27.2.2014).

Ukraine/Krim/Russland

Der Ukraine-Konflikt weitet sich auf die Krim aus: Prorussische Kräfte besetzen das Parlament in Simferopol, der Hauptstadt der zur Ukraine gehörenden Halbinsel Krim. Der bisherige Regierungschef der Autonomen Republik Krim wird abgesetzt und durch Sergei Aksjanow von der Partei Russische Einheit ersetzt (**27.2.2014**). Aksjanow ersucht den russischen Präsidenten Wladimir Putin um Unterstützung „um Frieden und Ruhe garantieren“.

Ukraine/Krim/Russland

Nato

Der russische Präsident Wladimir Putin erhält vom Föderationsrat die Ermächtigung für ein militärisches Eingreifen in der Ukraine, um das Leben russischer Bürger zu schützen (**1.3.2014**).

- Die ukrainische Regierung bittet die Nato um Hilfe, insbesondere bei der Wahrung der territorialen Integrität des Landes und der Sicherung seiner Atomanlagen.
- Inzwischen haben prorussische Einheiten – sie tragen Uniformen ohne Abzeichen – die wichtigsten strategischen Stellungen auf der Halbinsel Krim unter ihre Kontrolle gebracht und ukrainische Kasernen auf der Krim umstellt. Russland spricht von „Selbstverteidigungskräften, die ukrainische Führung von einer Besetzung durch die russische Armee.“
- Russland soll nach ukrainischen Angaben seine bisherige Militärpräsenz auf der Krim (Flottenstützpunkt Sewastopol und Luftwaffenstützpunkte) massiv verstärkt und zusätzlich etwa 16 000 Soldaten auf die Halbinsel verlegt haben.

China

Im Bahnhof der chinesischen Provinzhauptstadt Kunming stechen mit Messern und Macheten bewaffnete Terroristen wahllos auf Menschen ein. Dabei kommen 33 Personen ums Leben und über 140 werden verletzt (**1.3.2014**). Die Behörden bezichtigen uigurische Separatisten, das Massaker verübt zu haben.

Ukraine/Krim/Russland

USA

Die ukrainische Armee wird wegen der Krim-Krise in Kampfbereitschaft versetzt (**2.3.2014**). Die USA und andere westliche Staaten werfen Russland eine Verletzung der ukrainischen Souveränität und des Völkerrechts vor.

Ukraine/Krim/Russland

USA/EU

Die Europäische Union beschliesst wegen der Krim-Krise einen dreistufigen Sanktionsplan gegen Russland (**6.3.2014**). Zunächst werden die Gespräche über Visasierleichterungen und über ein Rahmenabkommen für die bilateralen Beziehungen suspendiert. Auch die USA verhängen Sanktionen.

Ukraine/Krim/Russland

Das Parlament der Krim spricht sich für den Anschluss an Russland aus. Über den Anschluss an die Russische Föderation soll das Volk der bisher zur Ukraine gehörenden Halbinsel entscheiden (**6.3.2014**).

Malaysia

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Ein Passagierflugzeug der Malaysia Airlines mit 239 Insassen an Bord (Flug MH370) verschwindet auf dem Flug von Kuala Lumpur nach Peking vom Radarschirm (**8.3.2014**). Von der Maschine fehlt jede Spur. Eine mehrjährige Suchaktion wird 2017 erfolglos abgebrochen.

El Salvador

Der ehemalige Guerillaführer Salvador Sánchez Cerén (Sanchez Ceren) wird zum Staatspräsidenten von El Salvador gewählt (**9.3.2014**). Der Kandidat des Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional (FMLN) geht mit 50,11 Prozent Stimmenanteil knapp als Sieger als der Stichwahl hervor. Sein Mitbewerber Norman Quijano von der konservativen Alianza Republicana Nacionalista (Arena) erhält 49,89 Prozent.

Deutschland

Der Präsident des FC Bayern München, Uli Hoeness, wird wegen Steuerhinterziehung in Höhe von 28,5 Millionen Euro zu einer Haftstrafe von dreieinhalb Jahren verurteilt (**13.3.2014**).

Ukraine/Krim/Russland

EU/USA

In einem international scharf kritisierten Referendum spricht sich die Bevölkerung der Krim-Halbinsel mit 96 Prozent Ja-Stimmen für die Loslösung von der Ukraine und den Beitritt zur Russischen Föderation aus. Die Europäische Union (EU) und die USA bezeichnen die Volksabstimmung als Verstoss gegen die ukrainische Verfassung und das Völkerrecht, verurteilen die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation als Annexion und verhängen gegen Russland Reisebeschränkungen und Kontensperrungen (**16.3.2014**).

Serbien

Bei der Parlamentswahl in Serbien erringt die konservative Fortschrittspartei des bisherigen stellvertretenden Regierungschefs Aleksandar Vučić (*Vucic*) einen Erdrutschsieg und gewinnt mit 158 von 250 Sitzen die absolute Mehrheit der Mandate. Weit abgeschlagen liegt die Sozialistische Partei von Ministerpräsident Ivica Dačić (*Dacic*) mit 44 Mandaten auf dem zweiten Platz (**16.3.2014**).

Russland/Krim/Ukraine

Zwei Tage nach der umstrittenen Volksabstimmung über die Loslösung der Krim-Halbinsel von der Ukraine unterzeichnet der russische Präsident Wladimir Putin in einer feierlichen Zeremonie einen Vertrag, der die Halbinsel Krim und die Krim-Hafenstadt Sewastopol zu Teilen der Russischen Föderation erklärt (**18.3.2014**). In einer Rede erklärt Putin, die russischsprachige Bevölkerung der Krim habe Russland aufgefordert, ihre Rechte und ihr Leben zu schützen. „Es versteht sich von selbst, dass wir diese Bitte nicht abschlagen konnten, dass wir die Krim und ihre Bewohner nicht in ihrer Not allein lassen konnten. Alles andere wäre Verrat gewesen.“

China (Republik China/Taiwan)

China (Volksrepublik China)

Die Annäherungspolitik des taiwanesischen Präsidenten Ma Ying-jeou und dessen Partei Kuomintang gegenüber Peking stößt auf heftigen Widerstand. Studenten besetzen das taiwanische Parlament (**18.3.2014**). Der Protest richtet sich gegen ein Dienstleistungsabkommen mit der Volksrepublik China. Nach 23 Tagen wird die Besetzung der „Sonnenblumenbewegung“ abgebrochen. Die Ratifizierung des Abkommens wird ausgesetzt.

Ukraine

EU

Der ukrainische Ministerpräsident Arseni Jazenjuk unterzeichnet in Brüssel den ersten (politischen) Teil eines Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union. Das Abkommen enthält eine Reihe grundsätzlicher Bekenntnisse zu Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechten (**21.3.2014**). Der wirtschaftliche Teil des Abkommens wird am 27. Juni 2014 unterzeichnet.

Italien

Bei einer Onlineabstimmung befürworten 89 Prozent der Teilnehmer eine Abspaltung der Region Veneto von Italien. Eine rechtlich bindende Wirkung hat die Abstimmung nicht (**21.3.2014**).

G-7/G-8/Russland

Aus der Gruppe der Acht (G-8) wird wieder die Gruppe der Sieben (G-7). Die Staats- und Regierungschefs der sieben führenden Industriestaaten (G-7) – Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Japan, Kanada und USA – sistieren aus Protest gegen die Annexion der Krim durch Russland die Mitgliedschaft Russlands in dem 1998 zur Gruppe der Acht erweiterten Kreis (**24.3.2014**). Der für Juni 2014 in Sotschi geplante G-8-Gipfel wird abgesagt.

Ägypten

In Ägypten werden 529 Anhänger der Muslimbrüder wegen Mord, Gewalt und Vandalismus zum Tode verurteilt (**24.3.2014**).

Estland

Nach neun Jahren tritt der Ministerpräsident Estlands, Andrus Ansip, derzeit dienstältester Regierungschef Europas, zurück (**26.3.2014**). Der Chef der liberalen Reformpartei war der bisher am längsten amtierende Regierungschef Estlands. Ansip wird Vizepräsident der EU-Kommission. Neuer estnischer Ministerpräsident wird der 34 Jahre alte Taavi Rõivas (*Roivas*) von der liberalen Reformpartei. Rõivas ist der jüngste Regierungschef der Europäischen Union.

Philippinen

Die philippinische Regierung und die muslimische Rebellengruppe Moro Islamic Liberation Front (MILF) unterzeichnen einen Friedensvertrag (**27.3.2014**). Demnach erhalten die rund fünf Millionen Muslime auf Mindanao in einem Gebiet namens Bangsamoro weitgehende Selbstbestimmung mit eigenem Parlament. Dafür verzichtet die MILF auf die Forderung nach Eigenstaatlichkeit und wird ihre Kämpfer und Waffen ausmustern. Der seit über 40 Jahren dauernde Konflikt im muslimischen Süden der Philippinen hat mehr als 100 000 Tote gefordert.

Slowakei

Der parteilose Unternehmer Andrej Kiska geht mit einem Stimmenanteil von 59,4 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in der Slowakei hervor. Wahlverlierer ist Ministerpräsident Robert Fico von der sozialdemokratischen Partei Smer-SD (**29.3.2014**).

Frankreich

Abfuhr für die in Frankreich regierenden Sozialisten: Bei den Gemeindewahlen verlieren sie mehr als 150 Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern an die bürgerliche Opposition, so auch Toulouse, Reims und Saint-Etienne (**30.3.2014**). Hauptgewinnerin ist die konservative Union pour un mouvement populaire (UMP). Der extrem rechte Front national (FN) verzeichnet wie bereits bei der ersten Wahlrunde (23.3.2014) einen starken Zulauf und gewinnt in elf Gemeinden, so in Béziers und Fréjus. Paris erhält erstmals eine Bürgermeisterin. Die Sozialistin Anne Hidalgo setzt sich im zweiten Wahlgang gegen die Bürgerliche Nathalie Kosciusko-Morizet durch.

Frankreich

Nach der Niederlage der Sozialisten bei den Gemeindewahlen ernannt der französische Staatspräsident François Hollande einen neuen Premierminister: Auf Jean-Marc Ayrault folgt der bisherige Innenminister Manuel Valls (**31.3.2014**).

Nato/Russland

Als Reaktion auf den Anschluss der Krim an Russland setzt die Nato die zivile militärische Kooperation mit Moskau aus. Der politische Dialog auf höherer Ebene im Nato-Russland-Rat soll aber fortgeführt werden (**1.4.2014**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Schriftsteller Urs Widmer stirbt im Alter von 75 Jahren (**2.4.2014**).

Afghanistan

In Afghanistan wird ein neuer Präsident gewählt. Keiner der Kandidaten erreicht in der ersten Runde die absolute Mehrheit. Mit 44,9 Prozent der Stimmen liegt Abdullah Abdullah vor Ashraf Ghani mit 31,5 Prozent (**5.4.2014**).

Ungarn

In Ungarn geht die nationalkonservative Regierungspartei Fidesz-Ungarischer Bürgerbund (Fidesz-MPSZ) von Ministerpräsident Viktor Orbán (*Orban*) zusammen mit der verbündeten Christlich-Demokratischen Volkspartei (KNDP) erneut als klare Siegerin aus der Parlamentswahl hervor. Der Stimmenanteil liegt bei 44,87 Prozent. Mit 133 von 199 Sitzen (Verkleinerung von 386 auf 199 Mandate) behält sie knapp die Zweidrittelmehrheit. Das von den Sozialisten (MSZP) angeführte oppositionelle Mitte-links-Bündnis muss mit sich mit 38 Mandaten begnügen. Die rechtsradikale Partei Jobbik kommt mit einem Stimmenanteil von rund 20 Prozent auf 23 Mandate. Die grüne Partei „Politik kann anders sein“ (LMP) erhält 5 Mandate (**6.4.2014**).

Costa Rica

In Costa Rica geht Luis Guillermo Solís (*Solis*) vom Mitte-links orientierten Partido de la Acción Ciudadana (PAC) mit 77,77 Prozent der Stimmen als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor (**6.4.2014**). Noch nie erreichte bisher ein Präsidentenkandidat einen so hohen Stimmenanteil. Bei der Wahl ins Abgeordnetenhaus (2.4.2014) wurde der Partido de la Acción Ciudadana (PAC) mit 13 der 57 Sitze zweitstärkste Kraft hinter dem sozialdemokratischen Partido Liberación Nacional (PLN) mit 18 Mandaten.

Ukraine/Russland

Konflikt Donbass-Ostukraine/„Volksrepublik Donezk“

Prorussische Aktivisten besetzen in der ostukrainischen Stadt Donezk das Gebäude der Gebietsverwaltung (6.4.2014). Danach rufen sie eine „Volksrepublik Donezk“ aus (**7.4.2014**). Besetzungsaktionen prorussischer Kräfte finden auch in Charkiw und Luhansk, Slowjansk, Kramatorsk und anderen Städten statt. Im Osten der Ukraine entgleitet der Regierung in den folgenden Wochen immer mehr die Kontrolle. Verschärft werden die Spannungen durch Berichte über russische Truppenkonzentrationen an der Grenze zur Ukraine. Die Nato spricht von rund 35 000 bis 40 000 russischen Armeeeingebürgerten.

Kanada/Quebec

Bei der Parlamentswahl in der kanadischen Provinz Quebec erleidet der Parti québécois von Regierungschefin Pauline Marois eine schwere Niederlage. Ihre Partei hat nur noch 30 (minus 24) Mandate. Der Parti libéral gewinnt 70 (plus 20) Sitze und kehrt an die Macht zurück. Die konservativ-liberale Coalition Avenir Québec entsendet 22 (plus 3) Abgeordnete. Der Liberale Philippe Couillard wird neuer Regierungschef (**7.4.2014**).

Spanien/Katalonien

Das spanische Parlament lehnt den Antrag der katalanischen Regionalregierung für die Durchführung eines Unabhängigkeitsreferendums ab (**8.4.2014**).

Zentralafrikanische Republik

UNO

Der UNO-Sicherheitsrat beschließt die Entsendung einer 12 000 Mann starken Truppe in die Zentralafrikanische Republik, wo Bürgerkrieg, Chaos und Gewalt herrschen (**10.4.2014**). Die Blauhelme der Mission multidimensionnelle intégrée des Nations Unies pour la stabilisation de la République centrafricaine (Minusca) sollen Zivilisten schützen und dabei helfen, das Land zu befrieden. Hunderttausende Menschen sind vor der Gewalt christlicher und muslimischer Milizen auf der Flucht. Auch die Afrikanische Union, Frankreich und die Europäische Union bemühen sich mit der Entsendung von Truppen um eine Eindämmung der Gewalt.

Russland/Europarat

Als Reaktion auf die Annexion der Krim entzieht die Parlamentarische Versammlung des Europarats Russland das Stimmrecht (**10.4.2014**).

Vatikan

Römisch-katholische Kirche

Papst Franziskus bittet bei einem Treffen mit Vertretern einer Kinderschutzorganisation um Entschuldigung wegen des Missbrauchs an Kindern durch Geistliche (**11.4.2014**). In den vergangenen Jahren wurden Tausende Missbrauchsfälle in zahlreichen Ländern aufgedeckt.

EU

Das EU-Parlament verabschiedet einheitliche Regeln zur Abwicklung und Sanierung von Banken. Binnen acht Jahren sollen 55 Milliarden Euro in einen Abwicklungsfonds überwiesen werden. Der Abwicklungsmechanismus ist neben der gemeinsamen Aufsicht für die grössten Banken der Euro-Zone unter dem Dach der Europäischen Zentralbank (EZB) die zweite Säule der europäischen Bankenunion (**15.4.2014**).

Nigeria

In der nigerianischen Stadt Chibok werden über 200 Schulmädchen von Anhängern des Islamisten Gruppe Boko Haram entführt (**15.4.2014**). Der Boko-Haram-Führer Abubakar Shekau droht mit der Versklavung und Zwangsverheiratung der Schülerinnen.

Südsudan

Massaker im Südsudan: Bei der Eroberung der Stadt Bentiu durch Aufständische werden Hunderte von Zivilisten ermordet (**15.4.2014**). Im Südsudan tobt seit Monaten ein blutiger Konflikt zwischen Anhängern des Präsidenten Salva Kiir und seinem ehemaligen Stellvertreter Riek Machar.

Ukraine

Konflikt Donbass/Ostukraine

Die ukrainische Armee versucht mit einem Anti-Terror-Einsatz die separatistischen Kräfte in der Ostukraine unter Kontrolle zu bringen, stösst dabei jedoch auf Widerstand. Bei Auseinandersetzungen zwischen ukrainischen Soldaten und maskierten Aktivisten vor einer Militärbasis in der Nähe von Mariupol werden drei Menschen getötet (**16.4.2014**).

Korea (Südkorea)

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Vor der Küste Südkoreas sinkt eine Fähre mit über 450 Passagieren – unter ihnen mehr als 300 Schüler – an Bord (**16.4.2014**). Das Schiff war unterwegs zur Ferieninsel Cheju. Die Katastrophe fordert 295 Tote.

Nato

USA/Polen/Estland/Lettland /Litauen

Wegen der Ukraine-Krise beschliesst die Nato, zusätzliche Flugzeuge, Schiffe sowie militärisches Personal in die osteuropäischen Nato-Staaten zu entsenden (**16.4.2014**). Die USA kündigen die Entsendung von rund 600 Soldaten nach Polen, Litauen, Lettland und Estland an. Sie sollen „in den nächsten Monaten und darüber hinaus“ an Manövern teilnehmen

Ukraine

Konflikt Donbass-Ostukraine

USA/Russland/EU/OSZE

An einer Aussenministerkonferenz in Genf einigen sich Russland, die USA, die Ukraine und die Europäische Union auf Massnahmen zur Entschärfung der Krise in der Ukraine. Alle am Konflikt Beteiligten werden aufgerufen, keine Gewalt anzuwenden. Die illegalen Gruppen sollen entwaffnet und alle besetzten Gebäude geräumt werden (**17.4.2014**). Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) soll als unabhängige Beobachterin vor Ort bei der Umsetzung eine führende Rolle spielen. Die Genfer Vereinbarung wird jedoch nicht umgesetzt. Nach mehreren Zwischenfällen kündigt die ukrainische Regierung eine neue Offensive gegen die Separatisten im Osten des Landes an (**23.4.2014**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der kolumbianische Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger Gabriel García Márquez (Garcia Marquez) stirbt im Alter von 87 Jahren (**17.4.2014**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

USA

Als Reaktion auf ein Aussöhnungsabkommen der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) mit der radikal-islamischen Hamas setzt Israel Friedensverhandlungen mit den Palästinensern aus (**24.4.2014**). Damit scheitert ein weiterer Versuch der USA zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Jahrelang finden keine direkten Kontakte mehr statt.

Ukraine

Konflikt Donbass/Ostukraine

OSZE

Im Osten der Ukraine werden acht Mitglieder einer Militärbeobachtergruppe der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) von prorussischen Separatisten festgenommen und als Geiseln festgehalten (**25.4.2014**). Nach acht Tagen werden die Geiseln freigelassen.

Vatikan

Römisch-katholische Kirche

Papst Franziskus spricht zwei seiner Vorgänger – Johannes Paul II. und Johannes XXIII. – heilig (**27.4.2014**). Hunderttausende Menschen wohnen in Rom der feierlichen Zeremonie bei.

Mazedonien

Zum vierten Mal in Serie gewinnt die nationalkonservative Partei VMRO-DPMNE von Ministerpräsident Nikola Gruevski die Parlamentswahlen in Mazedonien (**27.4.2014**). Gruevski ist seit 2006 an der Macht.

Serbien

Aleksandar Vučić (*Vucic*) wird neuer serbischer Regierungschef (**27.4.2014**). Obwohl seine Serbische Fortschrittspartei (SNS) bei der Parlamentswahl Mitte März die absolute Mehrheit errungen hat, nimmt Vučić auch andere Parteien mit an Bord,

Ukraine/Russland

Konflikt Donbass-Ostukraine/„Volksrepublik Luhansk“

Auch in der ostukrainischen Region Luhansk rufen prorussische Separatisten eine Volksrepublik aus (**27.4.2014**).

Ägypten

Ein Gericht in der oberägyptischen Stadt Minia verurteilt 683 Menschen zum Tode – wegen Teilnahme an gewalttätigen Protesten, bei denen ein Polizist ums Leben kam. Unter den Verurteilten ist auch das spirituelle Oberhaupt der Muslimbruderschaft, Mohammed Badie (**28.4.2014**).

Philippinen/USA

Die USA und die Philippinen unterzeichnen ein Abkommen über eine erweiterte Verteidigungskooperation (**28.4.2014**). Die Vereinbarung sieht eine erhöhte Militärpräsenz der USA auf den Philippinen vor, aber keine permanenten US-Stützpunkte.

Brunei

Als erstes Land in Südostasien führt das Sultanat Brunei das islamische Scharia-Strafrecht ein (**1.5.2014**).

Ukraine

Auch die südukrainische Stadt Odessa wird von Unruhen erfasst. Bei Auseinandersetzungen zwischen prorussischen Aktivisten und regierungstreuen Kräften gerät das Gewerkschaftshaus in Brand. Über 40 Menschen kommen bei den Ausschreitungen und bei der Brandkatastrophe ums Leben (**2.5.2014**).

Afghanistan

Katastrophen/Erdrutsch

In der afghanischen Provinz Badachschan werden bei einem Erdrutsch Hunderte Dorfbewohner verschüttet. Nach Angaben der Behörden muss mit über 2000 Toten gerechnet werden (**2.5.2014**).

Panama

In Panama gewinnt Juan Carlos Varela vom nationalistischen Partido Panameñista (früher Partido Arnulfita) die Präsidentenwahl mit einem Stimmenanteil von 39,09 Prozent (**4.5.2014**). Im Parlament ist das Bündnis Unidos por más cambio stärkste Kraft mit 32 der 71 Sitze.

Südafrika

Bei der Parlamentswahl in Südafrika verliert der regierende African National Congress (ANC) zwar 15 Mandate, verteidigt aber die absolute Mehrheit. Der ANC gewinnt 249 der 400 Sitze. Zweistärkste Kraft bleibt die Democratic Alliance. Sie gewinnt 18 Sitze hinzu und entsendet 89 Abgeordnete (**7.5.2014**).

Thailand

Das thailändische Verfassungsgericht erklärt Regierungschefin Yingluck Shinawatra des Amtsmissbrauchs für schuldig und setzt sie ab (**7.5.2014**).

Ukraine/Russland

Konflikt Donbass-Ostukraine

„Volksrepublik Donezk“ und „Volksrepublik Luhansk“

In den von prorussischen Separatisten kontrollierten ostukrainischen Gebieten von Donezk und Luhansk finden Abstimmungen über die staatliche Eigenständigkeit statt. In den selbsternannten Volksrepubliken liegt die Zustimmungsrate nach Angaben der Separatisten bei 89 bzw. 96 Prozent (**11.5.2014**). Die Kiewer Regierung

bezeichnet die Referenden als verfassungswidrig. Der Volkswillen müsse respektiert werden, heisst es in einer offiziellen russischen Stellungnahme.

Indien

Machtwechsel in Indien: Die hindu-nationalistische Bharatiya Janata Party (BJP) unter Führung von Narendra Modi erringt bei den Parlamentswahlen (7.4. bis **12.5.2014**) einen Erdrutschsieg. Die BJP und die von ihr angeführte National Democratic Alliance (NDA) erhalten 282 der 543 Sitze und damit die absolute Mehrheit. Letztmals gewann eine Partei vor 30 Jahren die absolute Mehrheit. Die bisher regierende Kongresspartei (Indian National Congress/INC) wird für Vetternwirtschaft und Korruptionsskandale abgestraft. Die Kongresspartei verliert mit der von ihr geleiteten United Progressive Alliance (UPA) 162 Sitze und ist nur noch mit 44 Abgeordneten vertreten.

Israel

Der ehemalige israelische Regierungschef Ehud Olmert wird wegen Bestechlichkeit zu sechs Jahren Haft verurteilt (**13.5.2014**).

Europäischer Gerichtshof/EU

Google/Datenschutz

Laut einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs können Suchmaschinenbetreiber wie Google dazu verpflichtet werden, Verweise auf Webseiten mit sensiblen persönlichen Daten zu streichen (**13.5.2014**).

Türkei

Katastrophen/Bergbau-, Bergwerkkatastrophen

Bei einer Explosion in einem Kohlebergwerk im Südwesten der Türkei nahe der Stadt Soma kommen über 300 Arbeiter ums Leben (**13.5.2014**).

Serbien/Bosnien und Herzegowina

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Serbien sowie Bosnien und Herzegowina werden von verheerenden Überschwemmungen, den schwersten seit über einem Jahrhundert, heimgesucht. Dutzende Städte und Dörfer stehen unter Wasser. Zehntausende Menschen müssen ihre Häuser verlassen. Etwa 40 Menschen kommen ums Leben (**Mitte Mai 2014**).

Libyen

Erneut bricht in Libyen ein Bürgerkrieg aus. Der ehemalige General Khalifa Haftar lanciert mit seinen Milizen eine Offensive gegen islamistische Kräfte in Benghazi (**16.5.2014**). Er will Libyen „von den Islamisten befreien“. Haftars Milizen stürmen zwei Tage später in der Hauptstadt Tripolis das Gebäude des General National Congress und erklären das Parlament für aufgelöst (18.5.2015). Die Angreifer ziehen sich nach der Attacke in „sicheres Gebiet“ zurück.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Beschaffung von 22 schwedischen Gripen-Kampffjets mit 53,4 Prozent Nein-Stimmen ab. Deutlich abgelehnt wird die Volksinitiative „für den Schutz fairer Löhne“ (Mindestlohn von monatlich 4000 Franken) mit 76,3 Prozent Nein-Stimmen (**18.5.2014**).

Guinea-Bissau

José Mário Vaz vom Partido Africano para a Independência da Guiné e Cabo Verde (PAIGC) geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Guinea-Bissau hervor (**18.5.2014**).

Schweiz/USA

Banken

Die Credit Suisse bekennt sich vor der US-Justiz der Beihilfe zur Steuerhinterziehung schuldig. Die Grossbank wird zu Zahlungen von total 2,5 Milliarden Franken an verschiedene Behörden verpflichtet (**19.5.2014**).

Malawi

Niederlage für Staatschefin Joyce Banda bei der Präsidentschaftswahl in Malawi. Wahlsieger ist Peter Mutharika (**20.5.2014**).

Russland/China

Nach jahrzehntelangen Verhandlungen einigen sich Russland und China – anlässlich des Besuchs des russischen Präsidenten Wladimir Putin in Shanghai – auf ein Gaslieferabkommen. Ab 2018 soll Gazprom bis zu 38 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr in die Volksrepublik China liefern. Das Geschäftsvolumen wird auf mehr als 400 Milliarden Dollar geschätzt (**21.5.2014**).

Thailand

In Thailand ergreift die Armee nach monatelangen Unruhen die Macht (**22.5.2014**). Das Militär setzt einen obersten Rat ein, der die Regierungsgeschäfte führen soll. An der Spitze des Führungsgremiums steht General Prayut Chan-ocha, der zwei Tage zuvor (20.5.2014) das Kriegsrecht ausgerufen hatte. Der Putsch sei nötig geworden, um die Stabilität Thailands wiederherzustellen, rechtfertigt der General die Machtübernahme. Thailand erlebt den 19. Putsch oder Putschversuch seit dem Übergang von der absoluten zur konstitutionellen Monarchie im Jahr 1932.

Belgien

Bei einem Anschlag auf das jüdische Museum in Brüssel werden vier Menschen getötet (**24.5.2014**). Ein Tatverdächtiger wird in Marseille verhaftet.

Ukraine/Russland

Konflikt Donbass-Ostukraine

„Neurussland“

In der Ostukraine gründen Separatistenführer der selbst ernannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk die Union „Neurussland“ (**24.5.2014**).

EU/Europäisches Parlament

Die Wahl des Europäischen Parlaments (22. bis **25.5.2014**) steht im Zeichen erheblicher Stimmen- und Sitzgewinne EU-kritischer und populistischer Parteien. Populistische Parteien und EU-Skeptiker gewinnen etwa 30 Prozent der Mandate. In Frankreich (Front national), Grossbritannien (United Kingdom Independence Party Ukip) und Dänemark (Volkspartei) gehen Rechtspopulisten und EU-Kritiker als stärkste Parteien aus den Europawahlen hervor.

- Im neuen Europäischen Parlament bleibt die christlichdemokratische Europäische Volkspartei (EVP) trotz Verlusten mit einem Stimmenanteil von 28,5 Prozent die stärkste politische Kraft und gewinnt 221 von 751 Sitzen. Zweitstärkste Fraktion ist die Progressive Allianz der Sozialdemokraten mit 191 Sitzen. Die Europäischen Konservativen und Reformer erhalten 70, die Liberalen 67, die Vereinte Europäische Linke 52, die Grünen 50 und die EU-skeptische Fraktion Europa der Freiheit und Demokratie 48 Mandate. Hinzu kommen 52 Fraktionslose. Nach den Wahlen gründen Rechtsausenparteien die Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit mit 36 Abgeordneten.

- In **Deutschland** bleibt die Christlich Demokratische Union (CDU) mit einem Stimmanteil von 30 Prozent und mit 29 Sitzen stärkste Partei. Die Sozialdemokratische Partei (SPD) folgt mit 27,3 Prozent und 27 Sitzen. An dritter Stelle liegen die Grünen mit 10,7 Prozent Stimmenanteil und 11 Sitzen. Erfolgreich ist die Euro-skeptische Alternative für Deutschland (AfD) mit 7 Prozent der Stimmen und 7 Mandaten.

- In **Frankreich** geht der extrem rechte Front national als stärkste Partei aus der Wahl des Europäischen Parlaments hervor. Auf den Front national entfallen rund 25 Prozent der Stimmen und 24 Mandate. An zweiter Stelle liegt die bürgerlich-liberale Union pour un mouvement populaire (UMP) mit rund 20 Prozent und 20 Sitzen. Der regierende Parti socialiste muss sich knapp 14 Prozent und 13 Sitzen begnügen.

- In **Italien** kommt der linksgerichtete Partito Democratico von Premierminister Matteo Renzi auf einen unerwartet hohen Stimmenanteil 40,8 Prozent und 31 Sitze. Die Protestbewegung Movimento 5 Stelle (M5S) von Beppe Grillo erhält 21,15 Prozent und 17 Sitze. An dritter Stelle folgt Forza Italia, die Partei des früheren Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi. Forza Italia muss sich mit 16,82 Prozent der Stimmen und 13 Mandaten begnügen.

- In **Grossbritannien** ist die United Kingdom Independence Party (Ukip) Wahlsiegerin. Mit 27,49 Prozent der Stimmen und 24 Sitzen überflügelt sie sowohl die Labour Party (25,40 Prozent und 20 Sitze) als auch die Conservative Party (23,93 Prozent und 19 Sitze). Die Liberaldemokraten müssen sich mit einem Manda begnügen.

- In **Spanien** setzt sich der konservative Partido Popular an die Spitze mit 26,06 Prozent Stimmenanteil und 16 Sitzen vor dem Partido Socialista Obrero Español/PSOE mit 23,0 Prozent und 14 Mandaten. Die vor kurzem gegründete Protestpartei Podemos gewinnt fast 8 Prozent der Stimmen und 5 Mandate.

- In **Griechenland** geht die Linkspartei Syriza mit einem Stimmenanteil von 26,60 Prozent und 6 Mandaten als Siegerin aus den Wahlen hervor. Die regierende konservative Nea Dimokratia kommt auf 22,71 Prozent und 5 Sitze. An dritter Stelle liegt die rechtsradikale „Goldene Morgenröte“ mit 9,38 Prozent der Stimmen und 3 Mandaten.

- In **Dänemark** wird die rechtspopulistische Volkspartei stärkste Partei mit 26,60 Prozent der Stimmen und 4 Mandaten. Die regierenden Sozialdemokraten erhalten 19,10 Prozent Stimmanteil und 3 Mandate. Die Volksbewegung gegen die EU gewinnt mit 8 Prozent der Stimmen ein Mandat.

- In **Österreich** gewinnt die konservative Volkspartei (ÖVP) die Wahlen mit 27 Prozent der Stimmen und fünf Mandaten. An zweiter Stelle folgt die sozialdemokratische SPÖ mit 24,10 Prozent Stimmenanteil und ebenfalls fünf Mandaten. Die rechtspopulistische Freiheitliche Partei (FPÖ) wird drittstärkste Kraft. Sie steigert ihren Stimmenanteil im Vergleich zu den letzten Europawahlen um 7 Prozentpunkte auf 19,70 Prozent und erhält 4 Sitze. Die Grünen gewinnen 3 Mandate. Neos erobert einen Sitz.

Belgien

Bei der Parlamentswahl in Belgien können die flämischen Nationalisten – Nieuwe Vlaamse Alliantie (N-VA) – ihre Position als stärkste Kraft ausbauen. Sie gewinnen 6 Mandate hinzu und sind neu mit 33 Mandaten in der 150 Sitze zählenden Abgeordnetenversammlung vertreten. Zweitstärkste Partei bleibt der wallonische Parti Socialiste mit 23 (minus 3) Mandaten. Das wallonische Mouvement Réformateur gewinnt 20 (plus 2) Mandate. 18 Sitze (plus 1) erhalten die flämischen Christdemokraten (Christen Democratisch en Vlaams/CD&V) und 14 (plus 1) die flämischen Liberalen (Open Vlaamse Liberalen en Democraten/Open VLD). Wie bisher entsendet die Socialistische Partij Anders (sp.a) 13 Abgeordnete. Das Centre Démocrate Humaniste (cdh) hat unverändert 9 Abgeordnete. Wahlverlierer ist der

separatistische Vlaams Belang (VB) mit neun Sitzverlusten. Die Fraktion schrumpft auf 3 Mandate. Die Umweltparteien Ecolo und Groen haben je 6 Sitze (**25.5.2014**).

Ukraine

Der proeuropäische Milliardär Petro Poroschenko wird neuer ukrainischer Staatspräsident. Er gewinnt die Wahl mit einem Stimmenanteil von 54,7 Prozent klar vor Julia Timoschenko, Wortführerin der „Orangen Revolution“ von 2004, die 12,81 Prozent erhält (**25.5.2014**). In den ostukrainischen Regionen Donezk und Luhansk verhindern Separatisten die Präsidentenwahl. Die Bürgermeisterwahl in der Hauptstadt Kiew gewinnt der frühere Profiboxer Witali Klitschko.

Indien

Narendra Modi von der hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP) wird neuer indischer Premierminister (**26.5.2014**).

USA/Afghanistan/Afghanistan-Konflikt

US-Präsident Barack Obama kündigt an, dass bis Ende 2016 – bis zum Ende seiner Amtszeit – alle US-Truppen aus Afghanistan abgezogen werden. Die Armeepresenz werde auf den Schutz der US-Botschaft in Kabul reduziert (**27.5.2014**).

USA

US-Präsident Barack Obama erklärt in einer ausenpolitischen Grundsatzrede, sein Land werde künftig nur noch dann alleine militärisch eingreifen, wenn seine Kerninteressen bedroht seien. Das Militär sei nicht mehr die erste und wichtigste Komponente der weltweiten Führerschaft seines Landes. Gleichzeitig versichert Obama: „Amerika muss auf der Weltbühne immer führen. Wenn wir es nicht tun, tut es kein anderer.“ Im Antiterrorkampf von Südasien bis Afrika wollen die USA die betroffenen Länder mit fünf Milliarden Dollar unterstützen (**28.5.2014**).

Ägypten

Der frühere Armeechef Abdel Fattah al-Sisi wird mit einem Stimmenanteil von über 90 Prozent zum neuen ägyptischen Staatschef gewählt. Die Wahlbeteiligung liegt unter 50 Prozent (26. bis **28.5.2014**).

Eurasische Wirtschaftsunion

Russland, Belarus und Kasachstan gründen eine Eurasische Wirtschaftsunion (Nachfolge der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft). Der Vertrag wird in Astana von den Präsidenten Wladimir Putin, Alexander Lukaschenko und Nursultan Nasarbajew unterzeichnet (**29.5.2014**).

Spanien

Der spanische König Juan Carlos dankt nach fast 39 Amtsjahren ab (**2.6.2014**).

USA

Umwelt/Klima

Die USA wollen bis 2030 den Ausstoss von Kohlendioxid aus Kraftwerken um 30 Prozent unter den Stand von 2005 senken (**2.6.2014**).

USA

US-Präsident Barack Obama will wegen der Ukraine-Krise die Militärausgaben für die Sicherheit seiner osteuropäischen Verbündeten um eine Milliarde Dollar erhöhen. Dies erklärt Obama während eines Besuchs in Warschau (**3.6.2014**).

Kirgistan/USA

Die USA müssen ihren Luftwaffenstützpunkt in Kirgistan räumen (**3.6.2014**). Die Basis Manas war für den Afghanistan-Einsatz der USA von zentraler Bedeutung.

EU/Europäische Zentralbank

Als erste grosse Notenbank der Welt führt die Europäische Zentralbank einen sogenannten Negativzins ein. Banken müssen auf ihre Einlagen auf dem Konto der EZB künftig eine Gebühr in Höhe von 0,1 Prozent bezahlen (**5.6.2014**).

Ukraine/Russland/Deutschland/Frankreich

Der russische Präsident Wladimir Putin, der ukrainische Staatschef Petro Poroschenko, die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Francois Hollande einigen sich anlässlich der Gedenkfeiern zum 70. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie auf die Bildung einer Kontaktgruppe (Normandie-Format), die sich mit der Ukraine-Krise beschäftigen soll (**6.6.2014**).

Kosovo

Bei der Parlamentswahl in Kosovo kommt es zu keiner Machtverschiebung (**8.6.2014**). Stärkste Kraft bleibt die Demokratische Partei (PDK) von Ministerpräsident Hashim Thaçi (Thaci) mit 37 Sitzen. Es folgen die Demokratische Liga (LDK) von Isa Mustafa mit 30, die radikal-nationalistische Partei Selbstbestimmung (Vetëvendosje) von Albin Kurti mit 16 und die Allianz für die Zukunft (AAK) von Hamush Haradinaj mit 11 Mandaten.

Israel

Der 74-jährige Likud-Politiker Reuven Rivlin wird zum neuen israelischen Staatspräsidenten gewählt (**10.6.2014**).

Irak

„Islamischer Staat im Irak und in Gross-Syrien“ (Isis)

Autonome Region Kurdistan

Jihadisten der Extremistenorganisation „Islamischer Staat im Irak und in Gross- Syrien“ (Isis) erobern Mosul, die zweitgrößte irakische Stadt (**10.6.2014**) und die Provinz Niniveh. Die irakischen Truppen flüchten. Danach rücken die von sunnitischen Aufständischen und Anhängern von Saddam Hussein unterstützten Isis-Kämpfer in Richtung Bagdad vor und nehmen Tikrit ein (11.6.2014). Hunderttausende Menschen flüchten. Die Stadt Kirkuk überlassen die irakischen Streitkräfte den Peschmerga, den Sicherheitskräften der Autonomen Region Kurdistan. Kirkuk zählte bisher zu den umstrittenen Gebieten ausserhalb der autonomen Region Kurdistan.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Palästinensische Extremisten entführen im besetzten Westjordanland drei jugendliche Israeli (**12.6.2014**). Nach 18 Tagen (30.6.2014) werden die Verschleppten ermordet aufgefunden. Kurz darauf fällt ein jugendlicher Palästinenser einem Racheakt zum Opfer. Die Gewalttaten lösen heftige Proteste und Ausschreitungen aus. Auf Raketenangriffe der radikal-islamischen Hamas reagiert Israel mit Luftangriffen im Gazastreifen.

Afghanistan

In Afghanistan findet die Stichwahl um das Präsidentenamt in Afghanistan (**14.6.2014**). Nach wochenlangem Streit erklärt die Wahlkommission Ashraf Ghani mit einem Stimmenanteil von 56 Prozent zum Sieger (7.7.2014). Sein Rivale Abdullah Abdullah, Gewinner der ersten Runde, akzeptiert das Ergebnis jedoch nicht. Die Stimmen werden neu ausgezählt.

Ukraine

Konflikt Donbass-Ostukraine

Separatisten schiessen ein ukrainisches Militärflugzeug beim Landeanflug auf Luhansk ab. Dabei kommen 49 Menschen ums Leben (**14.6.2014**).

Kolumbien

Der kolumbianische Präsident Juan Manuel Santos schafft in der Stichwahl knapp seine Wiederwahl (**15.6.2014**). Er kandidierte für das Bündnis Unidad Nacional und erhält 50,99 Prozent der Stimmen. Sein Konkurrent Óscar Iván Zuluaga vom rechten Centro Democrático kommt auf einen Stimmenanteil von 45 Prozent. In der ersten Wahlrunde lag er knapp in Führung.

Im neuen Abgeordnetenhaus, das am 9. März gewählt wurde, ist der Partido Liberal mit 39 der 166 Mandate stärkste Kraft vor dem Partido de la Unión por la Gente mit 37 Mandaten.

Ukraine/Russland

Nach monatelangen ergebnislosen Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine stellt der russische Energiekonzern Gazprom seine Gaslieferungen an das Nachbarland ein (**16.6.2014**).

Spanien

Der 46-jährige bisherige Kronprinz Felipe wird vor den beiden Kammern des spanischen Parlaments zum neuen König proklamiert. König Felipe VI. tritt die Nachfolge des zurückgetretenen Monarchen Juan Carlos an (**19.6.2014**).

USA/Irak

US-Präsident Barack Obama kündigt die Entsendung von bis zu 300 Militärberatern in den Irak an (**19.6.2014**).

Flüchtlinge

Der Bürgerkrieg in Syrien und weitere ungelöste Konflikte haben die Zahl der Flüchtlinge weltweit nach oben schnellen lassen. Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg gibt es nach Angaben UNO-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) auf der Welt mehr als 50 Millionen Flüchtlinge, Asylsuchende und Binnenvertriebene (**18.6.2014**).

Finnland

Nach dem Rücktritt des finnischen Ministerpräsidenten Jyrki Katainen von der konservativen Nationalen Sammlungspartei übernimmt sein Parteikollege Alexander Stubb die Leitung des Regierung (**24.6.2014**).

Libyen

Trotz chaotischer Verhältnisse finden in Libyen Parlamentswahlen statt (**25.6.2014**). Sekuläre Volksvertreter haben die Mehrheit im neuen Abgeordnetenrat (Council of Deputies). Die unterlegenen Islamisten anerkennen den Ausgang der Wahlen nicht und setzen das bisherige Parlament als New General National Congress wieder ein (8.8.2014). Wegen der prekären Sicherheitslage tagen der Abgeordnetenrat und die Regierung in der Hafenstadt Tobruk.

EU

Luxemburg/Grossbritannien

Gegen den Widerstand des britischen Premierministers David Cameron nominieren die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union den früheren luxemburgischen Ministerpräsidenten Jean-Claude Juncker für das Amt des EU-Kommissionspräsidenten (**27.6.2014**).

EU

Ukraine/Georgien/Moldau/Russland

Die Ukraine, Georgien und Moldau unterzeichnen Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union (**27.6.2014**). Russland warnt vor „schwerwiegenden Konsequenzen“.

Irak/Syrien

„Islamischer Staat im Irak und in Gross-Syrien“ (Isis)

„Islamischer Staat“ (IS)

Die Extremistenorganisation „Islamischer Staat im Irak und in Gross-Syrien“ (Isis) proklamiert in den von ihren Milizen kontrollierten Gebieten im Irak und Syrien ein Kalifat. Aus Isis wird IS: „Islamischer Staat“. Anführer des Kalifats ist Abu Bakr al-Baghdadi. Alle Muslime werden aufgefordert Baghdadi die Treue zu schwören (**29.6.2014**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Dritter Gazakrieg

Dritter Gazakrieg: Auf zunehmende Raketenangriffe der radikal-islamischen Hamas – auch auf Jerusalem und Tel Aviv werden Raketen abgefeuert – reagiert die israelische Armee mit massiven Luftangriffen. Für eine Bodenoffensive im Gazastreifen werden 40 000 Soldaten mobilisiert (**8.7.2014**).

Indonesien

Der Gouverneur von Jakarta, Joko Widodo, wird zum neuen Staatsoberhaupt Indonesiens gewählt. Der Kandidat der Indonesian Democratic Party of Struggle erhält laut offiziellen Angaben 53,15 Prozent der Stimmen (**9.7.2014**). Sein Rivale, der frühere General Prabowo Subianto, anerkennt das Ergebnis vorerst nicht, beugt sich aber dem Urteil des Verfassungsgerichts, das den Wahlausgang für gültig erklärt. Stärkste Kraft im Parlament ist die Partei Demokrasi Indonesia Perjuangan (PDI-P) mit 109 der 560 Sitze.

Slowenien

In Slowenien geht der Quereinsteiger Miro Cerar mit seiner Partei des modernen Zentrums (SMC) als Sieger aus der Parlamentswahl hervor (**13.7.2014**). Auf Anhieb gewinnt er 36 der 90 Sitze. Die bisherige Regierungspartei „Positives Slowenien“ stürzt ab und verliert sämtliche Mandate. Zweistärkste Kraft ist die konservative Demokratische Partei (SDS) mit 21 Mandaten (minus 5). An dritter Stelle folgt die Demokratische Pensionistenpartei mit 10 Sitzen.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die südafrikanische Schriftstellerin und Literaturnobelpreisträgerin Nadine Gordimer stirbt im Alter von 90 Jahren (**13.7.2014**).

EU/Luxemburg

Der frühere luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker wird vom Parlament der Europäischen Union zum neuen Präsidenten der EU-Kommission gewählt (**15.7.2014**).

Ukraine/Russland/Konflikt Donbass-Ostukraine

MH17-Flugzeugabschuss

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Malaysia/Niederlande

Über dem von prorussischen Separatisten kontrollierten Gebiet der Ostukraine wird ein Passagierflugzeug der Malaysia Airlines abgeschossen, das sich auf dem Flug von Amsterdam nach Malaysia befindet. Alle 298 Insassen, unter ihnen 193 Niederländer, kommen ums Leben (**17.7.2014**).

Nach über zweijährigen Ermittlungen gelangt ein internationales Expertenteam zur Erkenntnis, dass die Boeing der Malaysia Airlines mit der Flugnummer MH17 von einer Buk-Boden-Luft-Rakete abgeschossen wurde. Die Rakete wurde von einem Ort abgefeuert, der zur Tatzeit in der Hand der prorussischen Rebellen war. Das Raketensystem war von russischem Gebiet aus zum Abschussort gebracht worden. Anschliessend wurde das System auf russisches Gebiet zurückgefahren (29.9.2016).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Dritter Gazakrieg

Nach gescheiterten Waffenstillstandsbemühungen startet die israelische Armee in der Nacht auf den **18. Juli 2014** eine Bodenoffensive im Gazastreifen. Erklärtes Hauptziel ist die Zerstörung des Raketenarsenals und der Tunnels der radikal-islamischen Hamas. Die israelischen Angriffe fordern Hunderte von Toten und Verletzten, vor allem unter der Zivilbevölkerung.

Irak

Der kurdische Politiker Fuad Masum wird zum neuen irakischen Staatspräsidenten gewählt (**24.7.2014**).

Russland

Laut einem Entscheid des Ständigen Schiedsgerichtshofs in Den Haag muss Russland den früheren Eigentümern des einst grössten russischen Ölkonzerns Yukos eine Entschädigung von 50 Milliarden Dollar zahlen. Die Zerschlagung des Unternehmens von Michail Chodorkowski sei unrechtmässig und zugunsten des Staates beabsichtigt gewesen (28.7.2014).

Ukraine

Konflikt Donbass-Ostukraine

In einem Bericht zur Lage in den umkämpften Gebieten in der Ostukraine wirft die UNO sowohl den Separatisten als auch den Regierungstruppen schwere Menschenrechtsverletzungen vor. Mindestens 1000 Menschen seien seit Mitte April ums Leben gekommen. Mehr als 100 000 Menschen befänden sich auf der Flucht (28.7.2014).

Russland/Ukraine

EU/USA

Die Europäische Union verhängt wegen des Ukraine-Konflikts Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Betroffen sind der Finanzsektor, sowie die Bereiche Rüstung, Dual-Use-Güter und die Spitzentechnologie für Ölförderung. Auch die USA weiten ihre Sanktionen gegen Russland aus (29.7.2014).

USA

Das von den Republikanern dominierte US-Repräsentantenhaus spricht sich einer Resolution dafür aus, Präsident Barack Obama wegen Überschreitung seiner Amtsbefugnisse bei der Umsetzung der Gesundheitsreform vor Gericht zu stellen (30.7.2014). Obama habe seine Amtsbefugnisse überschritten und es liege in der Verantwortung des Repräsentantenhauses, die „Verfassung zu verteidigen“, sagt der Vorsitzende der Kammer, John Boehner.

Argentinien

Argentinien ist „technisch zahlungsunfähig“: Das Land verweigert im Rechtsstreit mit klagenden Hedgefonds in New York die fristgerechte Auszahlung von 1,33 Milliarden Dollar samt Zinsen. Ratingagenturen stufen die argentinische Kreditwürdigkeit auf das Niveau eines „teilweisen Zahlungsausfalls“ herab (31.7.2014). Eine echte Staatspleite erlebte Argentinien zuletzt im Jahr 2001.

WTO

Indien

Das von der Welthandelsorganisation (WTO) angestrebte Abkommen über weltweite Handelserleichterungen kommt vorerst nicht zustande. Die fristgerechte Unterzeichnung eines Protokolls, mit dem Vereinbarungen der Welthandelskonferenz auf Bali im Dezember 2013 besiegelt werden sollten, scheitert am Widerstand Indiens (1.8.2014).

Irak

„Islamischer Staat“ (IS)

Kurden/Jesiden

Jihadisten der Extremistenorganisation „Islamischer Staat“ (IS) erobern im Nordirak die Stadt Sinjar sowie weitere Ortschaften und lösen damit eine Fluchtwelle von Jesiden, Christen und anderen Minderheiten aus (3.8.2014). Zehntausende Flüchtlinge suchen Schutz im Sinjar-Gebirge.

Die Jihadisten bringen auch den Mosul-Staudamm in ihre Gewalt und erlangen die Kontrolle über die Wasser- und Stromversorgung weiter Teile des Landes.

Die kurdischen Peschmerga werden zum Rückzug gezwungen. Sie hatten nach der Flucht der irakischen Armee vor den Jihadisten (vgl. 10.6.2014) die Kontrolle über einige Gebiete ausserhalb der Autonomen Region Kurdistan übernommen und den Bewohnern Schutz vor den islamistischen Extremisten versprochen.

Russland/EU/USA

Der russische Präsident Wladimir Putin erlässt ein Einfuhrverbot von Agrargütern aus Staaten, die Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt haben. Betroffen sind vor allem die Europäische Union und die USA (6.8.2014).

Irak/USA

„Islamischer Staat“ (IS)

Jesiden

Zweieinhalb Jahre nach ihrem Truppenrückzug greifen die USA erneut militärisch in den Konflikt im Irak ein. Präsident Barack Obama ordnet Luftschläge gegen die Jihadisten des „Islamischen Staates“ (IS) sowie humanitäre Hilfe für die vor den Islamisten ins Sinjar-Gebirge geflüchteten Jesiden an. Die Flüchtlinge sollen aus der Luft mit Wasser und Lebensmitteln versorgt werden. Obama erklärt, die USA dürften nicht wegschauen, wenn ein Völkermord drohe. Ausserdem gelte es, den Vormarsch der Jihadisten des „Islamischen Staates“ auf die kurdische Regionalhauptstadt Erbil zu verhindern. Den Einsatz von Bodentruppen schliesst Obama aus (7.8.2014).

Kambodscha

35 Jahre nach dem Ende des Terrorregimes der Roten Khmer in Kambodscha werden Nuon Chea, ehemaliger Chefideologe und sogenannter „Bruder Nummer Zwei“, und der frühere Staatschef Khieu Samphan von einem

Sondergericht wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslanger Haft verurteilt (**7.8.2014**). Nach Schätzungen kamen während des Regimes der Roten Khmer rund 2 Millionen Menschen ums Leben.

USA

In Ferguson, im US-Staat Missouri, löst die Erschiessung des schwarzen Teenagers Michael Brown durch einen weissen Polizisten schwere Unruhen aus (**9.8.2014**).

Türkei

Der bisherige türkische Regierungschef Recep Tayyip Erdoğan (*Erdogan*), Vorsitzender der islamisch-konservativen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP), geht mit einem Stimmanteil von 51,79 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Erstmals wird das Staatsoberhaupt vom Volk gewählt (**10.8.2014**). Neuer Regierungschef wird Ahmet Davutoğlu (*Davutoglu*) von der AKP (29.8.2014).

Irak

Der irakische Ministerpräsident Nuri al-Maliki verzichtet auf eine dritte Amtszeit und tritt unter massivem Druck aus dem In- und Ausland zurück (**15.8.2014**). Maliki war seit acht Jahren Regierungschef. Mit seiner Demission ebnet er den Weg für die Bildung einer neuen Regierungskoalition. Nachfolger wird Haider al-Abadi.

Krankheiten/Seuchen/Epidemien/Ebola

Liberia/Guinea/Sierra Leone

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) stuft die vor einem halben Jahr in Westafrika ausgebrochene Ebola-Epidemie als internationalen Gesundheitsnotfall ein (**8.8.2014**). Von der Epidemie sind vor allem Liberia, Guinea und Sierra Leone betroffen. Das gemeinsame Grenzgebiet ist zur Quarantänezone erklärt worden. Bisher sind mindestens 1500 Menschen an der Krankheit gestorben. Die WHO vermutet, dass sich etwa 20 000 Menschen infiziert haben.

„Islamischer Staat“ (IS)

USA

Die Extremistenorganisation „Islamischer Staat“ stellt ein Video ins Internet, das die Enthauptung des im November 2012 entführten US-Journalisten James Foley zeigt (**19.8.2014**).

USA

Die Bank of America, die zweitgrösste Bank der USA, wird wegen Irreführung ihrer Kunden bei Immobilienpapieren mit 16,65 Milliarden Dollar gebüsst (**21.8.2014**).

Syrien/Syrien-Konflikt

Im syrischen Bürgerkrieg sind nach UNO-Angaben bereits weit mehr als 190.000 Menschen umgekommen (**22.8.2014**).

Libyen/Ägypten/Vereinigte Arabische Emirate

Libyen zerfällt. Milizen des islamistischen Bündnisses Fajr Libia (Libysche Morgenröte) übernehmen die Kontrolle über die Hauptstadt Tripolis (**23.8.2014**). Fajr Libia verkündet die Bildung einer „Regierung der nationalen Rettung“ unter Führung von Omar al-Hassi. Libyen hat nun zwei Regierungen und zwei Parlamente: in Tripolis und in Tobruk (das Parlament tagt in Tobruk, die Regierung in Baida). Die internationale Gemeinschaft anerkennt das Regime in Tobruk/Baida unter Führung von Ministerpräsident Abdullah ath-Thinni. Die Kämpfe zwischen den rivalisierenden Milizen gehen unvermindert weiter. Zu den Verbündeten der von der internationalen Gemeinschaft anerkannten Regierung mit Sitz in Baida gehören Ägypten und die Vereinigten Arabischen Emirate.

Nigeria

Die Islamistengruppe Boko Haram ruft ein Islamisches Kalifat in einer von ihr eroberten Stadt im Nordosten Nigerias aus (**24.8.2014**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der britische Schauspieler Richard Attenborough stirbt im Alter von 90 Jahren (**24.8.2014**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Dritter Gazakrieg

Nach sieben Wochen ist ein Ende des Gazakrieges in Sicht: Israel und die Palästinenser einigen sich unter Vermittlung Ägyptens auf eine unbefristete Waffenruhe im Gaza-Konflikt. Die israelische Blockade des Gazastreifens soll gelockert werden (**26.8.2014**). Laut palästinensischen Angaben kamen im Gazastreifen seit Ausbruch des Krieges 2129 Menschen bei israelischen Angriffen ums Leben, unter ihnen 490 Kinder. Auf israelischer Seite wurden im gleichen Zeitraum 64 Soldaten und fünf Zivilisten getötet. Tausende Raketen wurden von der radikal-islamischen Hamas auf israelisches Gebiet abgefeuert.

Ukraine/Russland

Konflikt Donbass-Ostukraine

Russland hat nach ukrainischer Darstellung mit regulären Truppen in die Kämpfe im Osten des Landes eingegriffen (**28.8.2014**). Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko spricht von einer offenen militärischen Aggression. Laut Angaben der Nato kämpfen weit über 1000 russische Soldaten an der Seite der Separatisten. Moskau dementiert. Der

russische Präsident Wladimir Putin spricht von „erheblichen Erfolgen der Volkswehr von Neurussland“. Im Südosten der Ukraine erobern Separatisten die strategisch wichtige Stadt Nowoasowsk. Seit Ausbruch der Kämpfe im Osten der Ukraine zwischen prorussischen Separatisten und der Armee im April sind nach UNO-Angaben rund 2600 Menschen ums Leben gekommen,

Syrien/Syrien-Konflikt

Flüchtlinge

Nach Verlautbarungen der UNO sind etwa 3 Millionen Syrerinnen und Syrer vor dem Bürgerkrieg in ihrer Heimat ins Ausland geflohen, weitere 6,5 Millionen sind innerhalb Syriens auf der Suche nach Sicherheit (**29.8.2014**).

EU

Neubesetzung von zwei Spitzenpositionen der Europäischen Union: Die Staats- und Regierungschefs der EU ernennen den polnischen Regierungschef Donald Tusk zum nächsten Präsidenten des Europäischen Rates und nominieren die italienische Aussenministerin Federica Mogherini für das Amt der Aussenbeauftragten – Hohe Vertreterin für die Aussen- und Sicherheitspolitik (**30.8.2014**).

Deutschland

Die Freie Demokratische Partei (FDP) verliert bei der Landtagswahl in Sachsen alle ihre Mandate; sie ist in keiner deutschen Landesregierung mehr vertreten. Die 2013 gegründete rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) erzielt in Sachsen 9,7 Prozent der Stimmen und zieht erstmals in ein Landesparlament ein (**31.8.2014**). Zwei Wochen später ist die AfD auch bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Thüringen erfolgreich.

Ukraine/Russland

Konflikt Donbass-Ostukraine

„Volksrepublik Donezk“ und „Volksrepublik Luhansk“

OSZE

Nach monatelangen Kämpfen einigen sich die ukrainische Führung und die prorussischen Separatisten von Luhansk und Donezk auf eine Waffenruhe (**5.9.2014**). An den Verhandlungen in Minsk waren die Ukraine, Russland, prorussische Separatisten der selbsternannten Volksrepubliken Luhansk und Donezk sowie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) vertreten. Die im Protokoll von Minsk (Minsk I) vereinbarte Waffenruhe ist brüchig.

Nato

Die Nato beschliesst an ihrer Gipfelkonferenz in Wales, eine sehr schnell einsetzbare Truppe – Very High Readiness Joint Task Forces /VJTF (auch Speerspitze genannt) zu bilden. Sie soll 3000 bis 5000 Soldaten umfassen und innerhalb von zwei bis drei Tagen einsatzbereit sein. Sie wird Teil der Eingreiftruppe der Nato Response Force/NRF (**5.9.2014**).

„Islamischer Staat“ (IS)

Zehn Länder schmieden unter Führung der USA ein Bündnis gegen den Terror des „Islamischen Staates“ (IS). Dazu gehören Grossbritannien, Deutschland, Dänemark, Italien, Frankreich, Polen, die Türkei, Kanada und Australien (**5.9.2014**).

Moçambique

In Moçambique schliessen Staatspräsident Armando Guebuza und Afonso Dhaklama von der Partei Resistência Nacional Moçambicana (Renamo) ein Abkommen zur Beendigung des vor zwei Jahren erneut ausgebrochenen Konflikts (**5.9.2014**). 2013 war der Friedensvertrag von 1992 nach erneuten militärischen Auseinandersetzungen von der Renamo-Führung aufgekündigt worden.

Ukraine/Konflikt Donbass-Ostukraine/

MH17-Flugzeugabschuss

Sieben Wochen nach dem Absturz eines Passagierflugzeugs der Malaysia Airlines über der Ostukraine (vgl. 17.7.2014) liegt ein erster Expertenbericht der niederländischen Sicherheitsbehörde vor. Der Absturz ist nach Auffassung der Ermittler durch Einwirkung von aussen verursacht worden. Es gebe keine Hinweise auf technisches Versagen oder Fehler der Besatzung. Das Flugzeug sei vor seinem Absturz von mehreren Objekten „durchlöchert“ worden. Die Angaben stützen den Verdacht, dass das Flugzeug mit 298 Insassen an Bord mit einer Rakete abgeschossen wurde, auch wenn davon in dem Zwischenbericht direkt keine Rede ist (**9.9.2014**).

USA/Syrien/Irak

„Islamischer Staat“ (IS)

US-Präsident Barack Obama kündigt an, dass die USA künftig auch in Syrien gegen den „Islamischen Staat“ (IS) vorgehen werde. Der IS soll mit US-Luftangriffen geschwächt und mit der Hilfe von verbündeten Staaten und gemässigten syrischen Rebellen zerschlagen werden. Zugleich kündigt Obama an, 475 weitere Soldaten als Berater in den Irak zu entsenden (**10.9.2014**). Die Anzahl der Militärberater erhöht sich schrittweise auf etwa 5000.

EU

Der neue EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker stellt seine Kommissionsmitglieder vor. Sieben Vizepräsidenten sollen die Koordination in den wichtigsten Bereichen übernehmen. Erster Vizepräsident und «rechte Hand» Junckers wird der niederländische Aussenminister Frans Timmermans (**10.9.2014**).

Flüchtlinge/Migranten

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Vor Malta kommen beim Untergang eines Schiffes vermutlich rund 500 Flüchtlinge und Migranten ums Leben (**10.9.2014**). Überlebende berichten, das Schiff sei von Schleppern absichtlich gerammt worden. Schätzungsweise 2000 Flüchtlinge und Migranten sind seit Beginn des Jahres bis Ende August im Mittelmeer ertrunken. Etwa 130 000 Flüchtlinge und Migranten kamen in dieser Zeitspanne über das Mittelmeer in Europa an, davon allein 108 000 in Italien.

Schweden

In Schweden verlieren die bürgerlichen Regierungsparteien unter Führung von Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt bei der Reichstagswahl 32 Sitze und damit die Mehrheit der Mandate (**14.9.2014**). Die in der Allianz für Schweden kooperierenden Parteien (Moderate Sammlungspartei, Zentrumspariei, Volkspartei-Die Liberalen und Christdemokraten) erhalten 141 der 349 Mandate. Die Rotgrünen (Sozialdemokraten, Grüne und Linkspartei) gewinnen 159 Mandate. Die Sozialdemokraten bleiben stärkste Partei mit 113 Sitzen (plus 1). Die Moderate Sammlungspartei bleibt trotz 23 Mandatsverlusten zweistärkste Kraft mit 84 Sitzen. Die rechtspopulistischen Schwedendemokraten bilden mit mit 49 Mandaten (plus 29) die drittgrösste parlamentarische Gruppe. Ministerpräsident Reinfeldt kündigt seinen Rücktritt an.

Krankheiten/Seuchen/Epidemien/Ebola

Guinea/Liberia/Sierra Leone/USA

US-Präsident Barack Obama warnt eindringlich vor einer Ausbreitung der Ebola-Seuche und spricht von einer „Gefahr für die globale Sicherheit“. Wenn die Epidemie nicht gestoppt werde, könnten sich Hunderttausende Menschen infizieren. Die USA wollen 3000 Soldaten nach Westafrika schicken, um beim Aufbau von Gesundheitszentren zur Bekämpfung der tödlichen Seuche zu helfen. Seit dem Ausbruch der Ebola-Epidemie in Westafrika sind bereits mehr als 2400 Menschen an dem Virus gestorben. Am schwersten betroffen ist Liberia, gefolgt von Sierra Leone und Guinea (**16.9.2014**).

Ukraine/

Konflikt Donbass-Ostukraine

Das ukrainische Parlament gewährt den Regionen um Donezk und Luhansk im Osten des Landes einen Sonderstatus (**16.9.2014**).

Grossbritannien/Schottland

Schottland bleibt Teil Grossbritanniens. Mit 55,3 Prozent Nein-Stimmen lehnt die Mehrheit der schottischen Bevölkerung die Unabhängigkeit ab. Mit 85 Prozent ist die Stimmbeteiligung ausserordentlich hoch (**18.9.2014**).

Slowenien

Miror Cerar wird neuer slowenischer Regierungschef (**18.9.2014**). Er war mit seiner Partei des modernen Zentrums (SMC) am 13. Juli als Sieger aus der Parlamentswahl hervorgegangen.

Jemen/Jemen-Konflikt

In Jemen erobern Huthi-Rebellen die Hauptstadt Sanaa (**21.9.2014**). Auch die Hafenstadt Hodeida wird kurz darauf (14.10.2014) von den Huthi erobert. Bei den Aufständischen handelt es sich um Anhänger der zaiditischen Klerikerfamilie al-Huthi (vgl. 18.6.2004).

Afghanistan

Nach monatelangem Streit um die Nachfolge von Präsident Hamid Karzai wird der ehemalige Finanzminister Ashraf Ghani neuer Staatschef Afghanistans. Die Wahlkommission erklärt Ghani zum künftigen Präsidenten. Sein Kontrahent Ex-Aussenminister Abdullah Abdullah, wird eine Art Ministerpräsident in einer gemeinsamen Einheitsregierung (**21.9.2014**). Es handelt sich um den ersten demokratischen Machtwechsel in Afghanistan seit dem Sturz des Taliban-Regimes vor fast 13 Jahren.

Polen

Die bisherige polnische Parlamentspräsidentin Ewa Kopacz von der liberalkonservativen Bürgerplattform (PO) wird neue Regierungschefin. Sie tritt die Nachfolge von Donald Tusk, dem neuen Ratspräsidenten der Europäischen Union (EU), an (**22.9.2014**).

„Islamischer Staat“ (IS)

USA/Syrien/Syrien-Konflikt

Die USA weiten ihren militärischen Einsatz gegen die Extremistenorganisation „Islamischen Staat“ (IS) auf Syrien aus: Mit Marschflugkörpern, Kampfflugzeugen und Drohnen werden Stellungen des IS bombardiert. Ab 2015 setzen die USA zur Bekämpfung des IS in Syrien auch Bodentruppen ein. Auch die Terrororganisation Khorasan gerät ins

Visier der US-Luftwaffe. Unterstützung erhalten die USA von Saudiarabien, Jordanien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain und Katar (22.9.2014).

„Islamischer Staat“ (IS)

UNO

Im Kampf gegen Jihadisten-Milizen wie jene des „Islamischen Staates“ (IS) verpflichtet die UNO ihre Mitglieder zu schärferen Grenzkontrollen und Überprüfungen. Rekrutierung, Transport, Durchreise, Organisation und Ausrüstung von Terroristen sollen unterbunden und bekämpft werden. Eine entsprechende Resolution verabschiedet der UNO-Sicherheitsrat (24.9.2014).

Mexiko

In der süd-mexikanischen Stadt Iguala werden 43 Studenten verschleppt (26.9.2014). Von ihnen fehlt jede Spur. Vermutlich wurden sie von Mitgliedern der Drogenmafia ermordet. Die Affäre löst gewalttätige Proteste aus. Acht Jahre später werden die Verschwundenen offiziell für tot erklärt (19.8.2022). Die von der Regierung eingesetzte Wahrheitskommission erklärt, der Fall sei ein Staatsverbrechen, in das neben den Kriminellen auch Staatsbeamte aller Ebenen verwickelt gewesen seien. Es werden 83 Haftbefehle ausgestellt.

China/Hongkong

In Hongkong weiten sich Studentenproteste zu Massenkundgebungen für mehr Demokratie aus. Zehntausende Menschen folgen dem Aufruf der Bürgerbewegung „Occupy Central with Love and Peace“ zu zivilem Ungehorsam, legen Hauptstrassen und den Finanzbezirk lahm. Konkret fordern die Demonstranten die freie Direktwahl des nächsten Hongkonger Regierungschefs (28.9.2014).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“ mit 61,8 Prozent Nein-Stimmen ab (28.9.2014).

Afghanistan/Afghanistan-Konflikt

USA/Nato

Die neue afghanische Regierung unterzeichnet ein seit Monaten blockiertes Stationierungsabkommen mit den USA und der Nato. Der Nato-Kampfeinsatz in Afghanistan läuft Ende 2014 aus. Ihm soll ein Einsatz zur Ausbildung und Unterstützung afghanischer Sicherheitskräfte mit rund 12 000 Soldaten folgen (30.9.2014).

Nato

Norwegen

Der frühere norwegische Ministerpräsident Jens Stoltenberg wird neuer Nato-Generalsekretär. Stoltenberg ist Nachfolger von Anders Fogh Rasmussen (1.10.2014).

Türkei/Syrien/Irak

„Islamischer Staat“ (IS)

Das türkische Parlament ermächtigt die Armee, in Syrien und im Irak gegen die Extremistenorganisation „Islamischer Staat“ (IS) vorzugehen (2.10.2014).

Schweden

Regierungswechsel in Schweden nach acht Jahren: Nach dem Rücktritt der bürgerlichen Regierung von Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt wird der sozialdemokratische Parteivorsitzende Stefan Löfven neuer Ministerpräsident (3.10.2014). Löfven bildet eine Minderheitsregierung aus Sozialdemokraten und Grünen.

Libyen

„Islamischer Staat“ (IS)

Islamistische Milizen erobern die libysche Hafenstadt Darna und erklären ihr Gebiet als Teil des vom „Islamischen Staat“ (IS) ausgerufenen Kalifats (3.10.2014).

Lettland

Bei der Parlamentswahl in Lettland behauptet die Sozialdemokratische Partei „Harmonie“ (Saskaņa), die Partei der russischstämmigen Minderheit, trotz 7 Mandatsverlusten ihre Stellung als stärkste Kraft mit 24 Sitzen. Die liberal-konservative Partei Einigkeit (Vienotība) erhält 23 Mandate. Es folgen das Bündnis der Grünen und Bauern mit 21 und die rechtspopulistische Nationale Vereinigung Alles für Lettland mit 14 Sitzen (4.10.2014).

Bulgarien

Die Mitte-rechts-Bewegung Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens (Gerb) geht als Siegerin aus der vorgezogenen Parlamentswahl in Bulgarien hervor, verfehlt jedoch die angestrebte absolute Mehrheit deutlich. Sie gewinnt 82 der 240 Sitze. Die Sozialisten verlieren 45 Mandate und sind noch mit 39 Abgeordneten vertreten. Der 2013 gegründete Reformblock gewinnt 23 Sitze und wird viertstärkste Kraft nach der Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS) mit 38 Sitzen (5.10.2014). Bojko Borisow wird nach seiner ersten Amtsperiode vom Juli 2009 bis März 2013 erneut Regierungschef (7.11.2014).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)
Der deutsche Schriftsteller Siegfried Lenz stirbt im Alter von 88 Jahren (**7.10.2024**).

Belgien

Belgien erhält eine neue Regierung unter Führung von Charles Michel (**11.10.2014**). Der wallonische Politiker vom liberalen Mouvement Réformateur (MR) löst Elio Di Rupo vom Parti Socialiste (PS) ab. In der neuen Regierung sind neben Christdemokraten und Liberalen auch die flämischen Nationalisten von der Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA) vertreten. Die N-VA ist seit 2010 die stärkste Kraft im Parlament.

Bosnien und Herzegowina/Föderation Bosnien und Herzegowina/Republika Srpska

Wahlen in Bosnien und Herzegowina sowie in den beiden Entitäten, der Föderation Bosnien und Herzegowina und der Republika Srpska (**12.10.2014**).

Der Bosniake Bakir Izetbegović (*Izetbegovic*) von der Partei der Demokratischen Aktion (SDA) wird als Mitglied des Staatspräsidiums des Gesamtstaates bestätigt. Zum zweiten Mal nach 2002 wird Dragan Čović (*Covic*) von der Kroatischen Demokratischen Union (HDZ) in das Dreiergremium gewählt. Der serbische Sitz geht neu an Mladen Ivanić (*Ivanic*) von der Partei des Demokratischen Fortschritts (PDP).

Stärkste Kraft im 42 Mandate zählenden Parlament des Gesamtstaates ist die bosniakische Partei der Demokratischen Aktion (SDA) mit 10 Sitzen. Der (serbische) Bund der unabhängigen Sozialdemokraten (SNSD) erhält 6 Mandate. Je fünf Sitze gewinnen die Serbische Demokratische Partei (SDS) und die multiethnische Mitte-links-Partei Demokratische Front (DF).

Wahlen finden auch in den beiden Entitäten des Gesamtstaates – der Föderation Bosnien und Herzegowina sowie der Serbischen Republik (Republika Srpska) – statt. In der Republika Srpska wird Präsident Milorad Dodik knapp im Amt bestätigt.

Moçambique

Moçambique erhält einen neuen Staatschef. Sieger der Präsidentenwahl (**15.10.2014**) ist mit 57 Prozent der Stimmen Felipe Nyusi von der Regierungspartei Frente de Libertação de Moçambique (Frelimo). Der Gegenkandidat Afonso Dhaklama von der Resistência Nacional Moçambicana (Renamo) erhält 36,6 Prozent der Stimmen.

EU

Umwelt/Klima

Die Mitglieder der Europäischen Union wollen bis 2030 den Ausstoss des Treibhausgases Kohlendioxid im Vergleich zu 1990 um mindestens 40 Prozent senken (**24.10.2014**). Der Anteil der erneuerbaren Energien aus Wind oder Sonne soll auf mindestens 27 Prozent steigen.

Ukraine

Aus den Parlamentswahlen in der Ukraine gehen proeuropäische und reformorientierte Parteien als Sieger hervor. Sie verfügen über eine klare Mehrheit. Die Volksfront von Ministerpräsident Arseni Jazenjuk erzielt mit 22,14 Prozent den höchsten Stimmenanteil knapp vor dem Block Poroschenko. Der Block von Staatschef Petro Poroschenko liegt jedoch mit 132 Sitzen bei den Mandaten in Führung. Die Volksfront erhält 82 Sitze (**26.10.2014**).

Tunesien

Die säkulare Partei Nidaa Tounes geht als Siegerin aus den Parlamentswahlen in Tunesien – den ersten seit dem Sturz des langjährigen Machthabers Zine el-Abidine Ben Ali im Januar 2011 – hervor. Sie gewinnt 86 der 217 Mandate. Zweitstärkste Kraft mit 69 Sitzen ist die islamistische Ennahda (**26.10.2014**).

Sambia

Sambia trauert um seinen Staatspräsidenten Michael Sata, der 77-jährig in einer Londoner Klinik stirbt (**28.10.2014**). Übergangspräsident wird sein Stellvertreter Guy Scott. Er ist seit 20 Jahren der erste Weisse, der ein afrikanisches Land regiert.

Banken

Abschaffung des Bankgeheimnisses: 51 Länder verpflichten sich im Kampf gegen Steuerbetrug zum automatischen Informationsaustausch. Ab 2017 sollen Bankdaten von Ausländern einmal jährlich an die Steuerbehörden der Heimatländer der Kunden weitergeleitet werden (**29.10.2014**). Die Schweiz plant ebenfalls die Abschaffung des Bankgeheimnisses.

„Islamischer Staat“ (IS)

Syrien/Kurden

Nach wochenlangen schweren Kämpfen um die syrische Grenzstadt Kobane (Ain al-Arab) erhalten die syrischen Kurden, die sich gegen die Jihadisten des „Islamischen Staates“ (IS) zur Wehr setzen, erstmals Unterstützung am Boden. Kurdische Peschmerga aus dem Nordirak und Kämpfer der Freien Syrischen Armee verstärken die Verteidiger (**31.10.2014**).

Die US-Luftwaffe und Kampfflugzeuge verbündeter arabischer Staaten fliegen regelmässig Angriffe auf Stellungen der Jihadisten. Die Türkei verzögerte wegen ihrer Haltung gegenüber der kurdischen Arbeiterpartei (PKK) das Eingreifen der Peschmerga.

Burkina Faso

Umsturz in Burkina Faso. Nach Massenprotesten tritt Staatschef Blaise Compaoré zurück (**31.10.2014**). Er herrschte 27 Jahre lang. Es folgen mehrere Wechsel an der Spitze des Staates bis zur Präsidentenwahl im November 2015.

Ukraine

Konflikt Donbass-Ostukraine

„Volksrepublik Donezk“ und „Volksrepublik Luhansk“

In den von prorussischen Separatisten kontrollierten Gebieten in der Ostukraine finden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Alexander Sachartschenko wird Präsident der „Volksrepublik Donezk“. Igor Plotnizki wird Präsident der „Volksrepublik Luhansk“. Die Ukraine bezeichnet die Wahlen als illegitim (**2.11.2014**).

Umwelt/Klima

Weltklimarat (IPCC)

Der Weltklimarat (IPCC) fordert in seinem Synthesebericht zur Erderwärmung eine Senkung der Treibhausgas-Emissionen um 40 bis 70 Prozent bis zum Jahr 2050 (**2.11.2014**).

EU/Europäische Zentralbank/Banken

Die Europäische Zentralbank übernimmt die Aufsicht über die 120 grössten Banken der Euro-Zone. Damit steht die erste Säule der europäischen Bankenunion. Mit der zweiten Säule soll schrittweise ab 2015 ein einheitlicher Bankenabwicklungsmechanismus eingeführt werden. Die Bankenunion gilt als bedeutendstes europäisches Integrationsprojekt seit Einführung des Euro. Mit der Bankenunion soll in Zukunft eine Finanzkrise vermieden werden (**4.11.2014**).

USA

Debakel für die Demokraten bei den Kongresswahlen (Midterm-Wahlen) in den USA: Sie verlieren ihre bisherige Mehrheit im Senat an die Republikaner. Damit beherrschen die Republikaner beide Kammern des Kongresses. Im Senat haben die Republikaner 54 (plus 9) und die Demokraten 44 Mandate (minus 9). Hinzu kommen zwei Unabhängige, die für die Demokraten stimmen. Im Repräsentantenhaus sind 247 Republikaner (plus 13) und 188 Demokraten (minus 13) vertreten. Erfolgreich sind die Republikaner auch bei den Gouverneurswahlen in mehreren US-Staaten (**4.11.2014**).

Spanien/Katalonien

Bei einer umstrittenen inoffiziellen Volksbefragung in Katalonien sprechen sich mehr als 1,6 Millionen Menschen – rund 80 Prozent der Teilnehmer – für die Abspaltung ihrer Region von Spanien aus (**9.11.2014**). Das spanische Verfassungsgericht hatte sowohl ein Unabhängigkeitsreferendum als auch eine Befragung untersagt.

Weltraum/Weltraumforschung/Raumfahrt

Erstmals in der Geschichte der Raumfahrt landet ein Forschungslabor auf einem Kometen. Mehr als zehneinhalb Jahre nach dem Start setzt die Sonde Rosetta das Labor Philae auf dem Kometen Tschurmurow-Gerasimenko ab (**12.11.2014**).

China/USA

Umwelt/Klima

Die USA und China – die grössten Treibhausgasproduzenten – einigen sich bei einem Gipfeltreffen der Präsidenten Barack Obama und Xi Jinping in Peking auf neue Klimaschutzziele (**12.11.2014**). Die USA wollen ihre Treibhausgasemissionen bis 2015 im Vergleich zu 2005 um 26 bis 28 Prozent reduzieren. China will den Anstieg der CO₂-Emissionen ab 2030 stoppen und den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch bis dahin spätestens auf 20 Prozent steigern.

Rumänien

Der deutschstämmige Klaus Iohannis, Bürgermeister von Sibiu (Hermannstadt), geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Rumänien hervor (**16.11.2014**). Der Kandidat der Christlich-Liberalen Allianz (Nationale Liberale Partei und Demokratisch-Liberale Partei) gewinnt mit einem Stimmanteil von 54,5 Prozent überraschend die Stichwahl gegen den sozialdemokratischen Regierungschef Victor Ponta.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Bei einem Anschlag zweier Palästinenser auf eine Synagoge in Jerusalem kommen vier Israeli ums Leben (**18.11.2014**).

Italien/Schweiz

Das Oberste Gericht Italiens annulliert – wegen Verjährung – die Verurteilung des Schweizer Unternehmers Stephan Schmidheiny im Asbest-Prozess (**19.11.2014**). Schmidheiny war 2012 von einem Strafgericht in Turin zu 16 Jahren Gefängnis und 80 Millionen Euro Entschädigungszahlungen verurteilt worden. 2013 wurde das Urteil verschärft.

Salomonen

Auf den Salomonen finden die ersten Parlamentswahlen seit dem Abzug der im Rahmen der Regional Assistance Mission (Ramsi) eingesetzten ausländischen Sicherheitskräfte statt (**19.11.2014**). 32 der 50 Sitze gehen an unabhängige Kandidaten. Manasseh Sogavare wird zum dritten Mal nach 2000 und 2006 Ministerpräsident.

USA

Migranten/Migration

US-Präsident Barack Obama will bis zu fünf Millionen illegale Migranten vor der Abschiebung schützen. Gegen den massiven Widerstand der Republikaner kündigte er mehrere Erlasse an. Eltern von in den USA geborenen oder in den USA legal lebenden Kindern können ein temporäres Bleiberecht beantragen, selbst wenn sie einst illegal ins Land gekommen sind. Voraussetzung ist, dass sie bereits mehr als fünf Jahre in den USA leben, sich registrieren und einen Kriminalitätscheck durchführen lassen (**20.11.2014**).

Ukraine

Konflikt Donbass/Ostukraine/

Nach Angaben der UNO sind in den zwischen ukrainischen Regierungstruppen und prorussischen Separatisten umkämpften Gebieten in der Ostukraine seit April 2014 über 4300 Menschen ums Leben gekommen. Die Zahl der Flüchtlinge stieg innerhalb zweier Monate von 275 000 auf über 465 000 (**20.11.2014**).

USA

In Ferguson, im US-Staat Missouri, beschliesst eine Grand Jury, den weissen Polizisten, der am 9. August 2014 den schwarzen Teenager Michael Brown erschossen hatte, nicht anzuklagen. Der Entscheid löst in Ferguson schwere Unruhen sowie in zahlreichen Städten der USA Protestkundgebungen aus (**24.11.2014**).

Schweiz/Deutschland

Das Kunstmuseum Bern nimmt das Erbe des deutschen Kunstsammlers Cornelius Gurlitt an. Werke, die als Raubkunst gelten und unter Raubkunst-Verdacht stehen, sind ausdrücklich ausgenommen. Entsprechende Vereinbarungen werden mit der deutschen und der bayrischen Regierung unterzeichnet (**24.11.2014**). Vor seinem Tod hatte Gurlitt seine Sammlung von rund 1500 Bildern in München und Salzburg testamentarisch dem Kunstmuseum Bern vermacht.

Russland/Abchasien/Georgien

Russland und die von Georgien abtrünnige Region Abchasien schliessen ein Abkommen über strategische Partnerschaft (**24.11.2014**).

EU

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker will mit einem Investitionsprogramm das Wachstum ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen. Herzstück des Plans ist ein Europäischer Fonds für strategische Investitionen (EFSD), der mit 21 Milliarden Euro ausgestattet werden und Investitionen in Höhe von 315 Milliarden Euro auslösen soll (**26.11.2014**).

Namibia

Der ehemalige namibische Premierminister Hage Geingob von der regierenden Swapo Party wird mit einem Stimmenanteil von 87 Prozent zum neuen Staatspräsidenten gewählt (**28.11.2014**).

Nigeria

Bei einem Sprengstoffanschlag auf die zentrale Moschee in der nordnigerianischen Stadt Kano kommen über 120 Menschen ums Leben (**28.11.2014**).

Ägypten

Der frühere ägyptische Staatspräsident Husni Mubarak wird in einem Revisionsverfahren vom Vorwurf der Beihilfe zum hundertfachen Mord freigesprochen. Das Strafgericht in Kairo beschliesst, dass der 86-Jährige nicht für den Tod von mehr als 800 regierungskritischen Demonstranten Anfang 2011 verantwortlich gemacht werden könne (**29.11.2014**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Volksinitiative „Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen“ überraschend deutlich mit 74,1 Prozent Nein-Stimmen ab (**30.11.2014**). Die Ecopop-Initiative verlangt, dass die jährliche Nettozuwanderung auf 0,2 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung (weniger als 17 000 Personen) begrenzt wird. Ausserdem verlangt die Initiative, dass künftig zehn Prozent der Bundesausgaben für Entwicklungszusammenarbeit in die freiwillige Familienplanung investiert wird.

Auch die Volksinitiative „Rettet uns Schweizer Gold“ wird verworfen: mit 77,3 Prozent Nein-Stimmen. Ebenfalls abgelehnt wird die Volksinitiative „Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre“ (Abschaffung der Pauschalbesteuerung) mit 59,2 Prozent Nein-Stimmen.

Uruguay

Tabaré Vázquez (*Vazquez*) vom linken Bündnis Frente Amplio wird zum zweiten Mal nach 2004 zum uruguayischen Staatschef gewählt. Er erhält in der Stichwahl 56,50 Prozent der Stimmen (**30.11.2014**). Seine erste Amtsperiode dauerte von 2005 bis 2010. Im Abgeordnetenhaus ist das Frente Amplio nach wie vor führende Kraft.

Deutschland

Erstmals wird ein deutsches Bundesland von einem Ministerpräsidenten der Partei Die Linke regiert. Das Landesparlament von Thüringen wählt Bodo Ramelow zum Regierungschef. Er steht an der Spitze einer Koalition aus Linkspartei, Sozialdemokraten und Grünen (**5.12.2014**).

USA

Die Verhöre von Terrorverdächtigen nach den Anschlägen vom 11. September 2001 durch den US-Geheimdienst CIA waren brutaler als bekannt und brachten nur wenig geheimdienstlichen Nutzen. Das geht aus einem Untersuchungsbericht des US-Senats hervor (**9.12.2014**).

Kosovo

Isa Mustafa von der Demokratischen Liga (LDK) wird neuer Ministerpräsident Kosovos (**9.12.2014**).

Friedensnobelpreis

Pakistan/Indien

Zwei Aktivisten für Kinderrechte, die 17jährige pakistanische Schülerin Malala Yousafzai und der 60jährige Inder Kailash Satyarthi, werden mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.2014**). Malala Yousafzai war 2012 wegen ihres Einsatzes für das Recht der Mädchen auf Schulbildung bei einem Anschlag der Taliban schwer verletzt worden, gab aber trotzdem ihre Bemühungen nicht auf. Kailash Satyarthi kämpft gegen Kinderarbeit und den Handel mit Kindern.

Literaturnobelpreis

Frankreich

Der französische Schriftsteller Patrick Modiano erhält den Literaturnobelpreis (**10.12.2014**).

Japan

In Japan behauptet die Liberaldemokratische Partei von Ministerpräsident Abe Shinzo bei der Parlamentswahl ihre absolute Mehrheit. Sie gewinnt 291 der 475 Mandate. Die Regierungskoalition aus Liberaldemokratischer Partei und der Komeito (Gerechtigkeitspartei) verteidigt ihre Zweidrittelmehrheit im Unterhaus. Zweitstärkste Kraft ist die Demokratische Partei Japans mit 73 Sitzen. An dritter Stelle folgt die Partei der Erneuerung mit 41 Sitzen (**14.12.2014**).

Pakistan

In der pakistanischen Stadt Peshawar richten Taliban in einer Schule ein Massaker an. Dabei kommen über 140 Menschen ums Leben (**16.12.2014**).

Russland

Währungskrise in Russland: Der Rubel verliert gegenüber Dollar und Euro vorübergehend bis zu 20 Prozent an Wert, so viel wie seit der Finanzkrise von 1998 und 1999 nicht mehr (**16.12.2014**).

USA/Kuba

Nach über 50 Jahren Eiszeit wollen die USA und Kuba wieder diplomatische Beziehungen aufnehmen und die Handelsbeziehungen erleichtern. US-Präsident Barack Obama und der kubanische Präsident Raúl Castro geben den Beschluss gleichzeitig in Washington und Havanna bekannt. Die Isolation Kubas habe nicht funktioniert, erklärt Obama (**17.12.2014**).

Frankreich

Das französische Parlament stimmt einer Gebietsreform zu. Es gibt nur noch 13 statt wie bisher 22 Regionen im Mutterland. Mehrere Regionen werden zusammengelegt (**17.12.2014**).

Neu sind die Regionen Auvergne-Rhône-Alpes, Nouvelle-Aquitaine (Aquitaine, Poitou-Charentes und Limousin), Hauts-de-France (Nord-Pas-de-Calais und Picardie), Grand Est (Champagne-Ardenne, Elsass, und Lothringen), Normandie (Haute Normandie und Basse Normandie), Bourgogne-Franche-Comté, Occitanie (Languedoc-Roussillon und Midi-Pyrénées).

Wie bisher gibt es fünf Regionen in Übersee: Guadeloupe, Martinique, Réunion, Französisch-Guyana und Mayotte.

Schweiz

Banken

Die Schweizerische Nationalbank beschliesst, für Einlagen von Banken auf ihren Girokonten Negativzinsen einzuführen (**18.12.2014**).

Tunesien

Der 88jährige Béji Caïd Essebsi von der säkulären Sammlungsbewegung Nidaa Tounes geht als Sieger aus der ersten freien Präsidentenwahl in Tunesien hervor (**21.12.2014**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der österreichisch-schweizerische Sänger und Entertainer Udo Jürgens stirbt im Alter von 80 Jahren (**21.12.2014**).

Deutschland

In Dresden beteiligen sich über 17 000 Personen an der Montagsdemonstration der Bürgerinitiative „Patriotisches Europa gegen die Islamisierung des Abendlandes“/Pegida (**22.12.2014**). Die Montagskundgebungen gegen die Einwanderungs- und Asylpolitik hatten am 20. Oktober 2014 begonnen und erhalten immer mehr Zulauf.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der britische Rock- und Bluessänger Joe Cocker stirbt im Alter von 70 Jahren (**22.12.2014**).

Ukraine

Das ukrainische Parlament hebt die in der Verfassung festgeschriebene Bündnisfreiheit auf. Mit diesem Entscheid soll ein Beitritt zur Nato ermöglicht werden (**23.12.2014**).

Griechenland

Die Wahl eines neuen griechischen Staatspräsidenten scheitert. Nach drei erfolglosen Wahlgängen im Parlament muss die Volksvertretung laut Verfassung neu bestellt werden (**29.12.2014**).

Krankheiten/Seuchen/Epidemien/Ebola

Liberia/Guinea/Sierra Leone

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat die vor einem Jahr in Westafrika ausgebrochene Ebola-Seuche bisher rund 7800 Tote gefordert. Schätzungsweise 20 000 Menschen haben sich infiziert. Die meisten Fälle wurden aus Sierra Leone gemeldet, gefolgt von Liberia und Guinea (**29.12.2014**).

Afghanistan/Afghanistan-Konflikt

Nato

Die von der Nato geführte internationale Friedenstruppe in Afghanistan – International Security Assistance Force (Isaf) – beendet nach 13 Jahren ihren Einsatz (**31.12.2014**). Mit der Folgemission „Resolute Support“ soll die afghanische Armee bei Ausbildung und mit Beratung unterstützt werden. Für „Resolute Support“ unter Führung der Nato sind noch etwa 12 000 Soldaten aus 20 Staaten vorgesehen.

2015

EU/Euro/Euro-Zone

Litauen

Litauen führt den Euro ein und wird damit 19. Mitglied der europäischen Währungszone (**1.1.2015**).

Nigeria

Die islamistische Terrormiliz Boko Haram überfällt die nordnigerianische Grenzstadt Baga sowie weitere Ortschaften in der Umgebung (3.1.2015). Medien berichten von Hunderten von Toten. Tausende Menschen flüchten.

Frankreich

„Charlie Hebdo“-Anschlag

Islamistische Terroristen überfallen in Paris die Redaktion der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ und erschossen elf Menschen, unter ihnen den Herausgeber Stéphane Charbonnier, und ermorden auf der Flucht einen Polizisten (**7.1.2015**). Die Attentäter – die Brüder Chérif und Saïd Kouachi – werden nach über 50-stündiger Verfolgungsjagd nordöstlich von Paris von der Polizei getötet. Zum Anschlag bekennt sich al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel. Am Tag darauf (8.1.2015) erschießt ein islamistischer Attentäter eine Polizistin und am 9. Januar kommen bei einem Überfall auf einen koscheren Supermarkt in Paris vier Geiseln ums Leben. Der Attentäter, Amedy Coulibaly, dem auch die Tötung der Polizistin zur Last gelegt wird, wird von der Polizei erschossen. Die dramatischen Ereignisse in Frankreich lösen weltweit Bestürzung und Empörung aus.

Sri Lanka

Sri Lankas Staatspräsident Mahinda Rajapaksa wird überraschend abgewählt. Wahlsieger ist der frühere Gesundheitsminister Maithripala Sirisena von der New Democratic Front. Er erhält 51,28 Prozent der Stimmen. Rajapakse war seit 2005 Staatsherr (**8.1.2015**).

Frankreich

„Charlie Hebdo“-Anschlag

Frankreich trotz dem Terror. Im ganzen Land beteiligen sich etwa 3,7 Millionen Menschen an Solidaritätskundgebungen für die 12 Opfer des Anschlags auf die Redaktion der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ vom 7. Januar, für die am Tag darauf erschossene Polizistin und für die vier am 9. Januar bei einem Überfall auf einen koscheren Supermarkt in Paris erschossenen vier Geiseln. „Je suis Charlie“, lautet die Parole des Widerstands gegen Terror und Intoleranz. Es handelt sich um den grössten Massenaufmarsch der Nachkriegszeit. Auch rund 50 Staats- und Regierungschefs beteiligen sich an der Kundgebung in Paris (**11.1.2015**).

Kroatien

Die nationalkonservative Politikerin und ehemalige Aussenministerin Kolinda Grabar Kitanović (*Kitanovic*) geht als Siegerin aus der Präsidentenwahl in Kroatien hervor. Sie schlägt in der Stichwahl den bisherigen sozialliberalen Amtsinhaber Ivo Josipović (*Josipovic*) knapp mit 50,54 Prozent (**11.1.2015**).

Italien

Der 89 Jahre alte italienische Staatspräsident Giorgio Napolitano tritt nach neunjähriger Amtszeit zurück (**14.1.2015**).

Schweiz

Die Schweizerische Nationalbank hebt überraschend den im September 2011 eingeführten Euro-Mindestkurs von Fr. 1.20 auf. Der Preis des Euro sackt zeitweise um 28 Prozent auf ein Rekordtief von 0,8639 Franken ab, pendelt sich dann bei rund 1,02 Franken ein. Auch die Aktien stürzen ab. Schweizer Aktien verlieren im Schnitt über 8 Prozent (**15.1.2015**).

Ukraine

Konflikt Donbass-Ostukraine

In der Ostukraine kommt es trotz des Minsker Waffenstillstandsabkommens vom September 2014 wieder zu schweren Kämpfen zwischen ukrainischen Truppen und prorussischen Rebellen (**ab Mitte Januar 2015**). Die Aufständischen kündigen eine Grossoffensive und eine Massenmobilmachung an. Beim Beschuss der ostukrainischen Hafenstadt Mariupol kommen mindestens 30 Menschen ums Leben. Nach Verlautbarungen der UNO sind seit Beginn des bewaffneten Konflikts in der Ostukraine Mitte April 2014 mehr als 5000 Menschen getötet worden.

Sambia

In Sambia geht Edgar Lungu von der Patriotic Front knapp als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (**20.1.2015**).

EU

Europäische Zentralbank

Die Europäische Zentralbank (EZB) will in den nächsten eineinhalb Jahren jeden Monat für 60 Milliarden Euro staatliche und private Anleihen aufkaufen und so die Wirtschaft ankurbeln. Insgesamt pumpt die Notenbank damit 1,14 Billionen Euro in den Markt (**22.1.2015**).

Saudiarabien

Der saudische König Abdullah stirbt im Alter von 90 Jahren (**23.1.2015**). Nachfolger wird der Halbbruder Salman bin Abdulaziz (**23.1.2015**).

Griechenland

Die Linkspartei Syriza unter Führung des 40-jährigen Alexis Tsipras geht als klare Siegerin aus der Parlamentswahl in Griechenland hervor. Syriza erhält 36,3 Prozent der Stimmen und verpasst mit 149 Mandaten nur knapp die absolute Mehrheit (**25.1.2015**). Die konservative Nea Dimokratia des bisherigen Ministerpräsidenten Antonis Samaras muss sich mit 27,8 Prozent der Stimmen und 76 Mandaten begnügen. Drittstärkste Kraft wird die rechtsextreme Goldene Morgenröte mit 6,3 Prozent. Die Panhellenische Bewegung Pasok erzielt mit 4,7 Prozent der Stimmen das schlechteste Ergebnis ihrer Geschichte.

Griechenland

Machtwechsel in Griechenland: Alexis Tsipras wird neuer Ministerpräsident. Seine bei der Parlamentswahl siegreiche Linkspartei Syriza bildet eine Koalition mit der rechtskonservativen Partei Anel (Unabhängige Griechen). Erstmals seit vier Jahrzehnten gehören weder die konservative Nea Dimokratia noch die sozialistische Pasok der Regierung an (**26.1.2015**).

Syrien

„Islamischer Staat“ (IS)/Kurden

Nach einem mehr als vier Monate dauernden Kampf gegen den „Islamischen Staat“ (IS) verkünden die syrischen Kurden die «Befreiung» der Stadt Kobane (Ain al-Arab). Es handelt sich um die erste bedeutsame Niederlage der Jihadisten (**26.1.2015**).

Grossbritannien

Anglikanische Kirche

Mit Libby Lane erhält die anglikanische Church of England erstmals eine Bischöfin (**26.1.2015**).

Griechenland

EU

Griechenland will nach Aussagen des neuen Finanzministers Janis Varoufakis nicht mehr mit den Kontrolleuren der EU-Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds zusammenarbeiten. Die Troika überprüft die Umsetzung der ausgehandelten Hilfsprogramme für Griechenland (**30.1.2015**).

Italien

Der 73-jährige Verfassungsrichter Sergio Mattarella wird zum neuen italienischen Staatspräsidenten gewählt. Der Kandidat des Partito Democratico erhält im vierten Wahlgang die absolute Mehrheit. Mattarella ist Nachfolger von Giorgio Napolitano (**31.1.2015**).

Deutschland

Der frühere deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker stirbt im Alter von 94 Jahren (**31.1.2015**). Er war von 1984 bis 1994 Bundespräsident.

Jemen/Jemen-Konflikt

In der jemenitischen Hauptstadt Sanaa übernehmen die schiitisch-zaiditischen Huthi-Rebellen offiziell die Macht. Ein Präsidentenrat soll während einer zweijährigen Übergangsphase das Land regieren (**6.2.2015**). Der entmachtete Präsident Abed Rabbo Mansur Hadi flüchtet nach Aden, ruft zum Widerstand auf und bezeichnet sich als legitimen Präsidenten Jemens. Die Huthi-Rebellen rücken immer weiter Richtung Süden des Landes vor. Sie erobern Taiz (**22.3.2015**) und stossen nach Aden vor. Hadi sucht Schutz in Saudiarabien.

Schweiz

Banken

Ein Datenleck (Swiss Leaks) belastet die Schweizer Tochter der Grossbank HSBC. Die Genfer Niederlassung soll laut einer Recherche des „International Consortium of Investigative „ Steuerhinterzieher, Blutdiamanten- und Drogenhändler, Waffenschieber und andere Kriminelle unter ihren Kunden gehabt haben (**9.2.2015**). Zu den Kunden der HSBC sollen auch saudische Geschäftsleute gehört haben, die im Verdacht stehen, Osama bin Laden finanziert zu haben. Das geht aus Daten hervor, die der Informatiker Hervé Falciani 2007 der HSBC gestohlen und den französischen Steuerbehörden übergeben hatte.

Ukraine

Konflikt Donbass-Ostukraine

Russland/Deutschland/Frankreich/OSZE

In der Ostukraine sollen die Waffen schweigen. Die Konfliktparteien einigen sich nach einem Verhandlungsmarathon in Minsk auf ein Massnahmenpaket zur Umsetzung der wirkungslos gebliebenen Minsker Waffenstillstandsabkommen vom September 2014 (**12.2.2015**).

An den Verhandlungen waren der russische Präsident Wladimir Putin, der ukrainische Staatschef Petro Poroschenko, die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Staatschef François Hollande beteiligt. Eine

Kontaktgruppe aus Vertretern Russlands, der Ukraine und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) verhandelte mit den ostukrainischen prorussischen Separatisten.

Die wichtigsten Vereinbarungen des Minsker Abkommens (Minsk II):

- Waffenruhe ab 15. Februar, Abzug der schweren Waffen.
- Überwachung durch die OSZE.
- Die Ukraine soll bis Ende des Jahres die Kontrolle über die gemeinsame Grenze mit Russland zurückerhalten. Ausserdem sollen alle ausländischen bewaffneten Truppen und Söldner unter OSZE-Überwachung ukrainisches Staatsgebiet verlassen.
- In den Regionen Donezk und Luhansk sollen unter der Aufsicht der OSZE Wahlen stattfinden.
- Bis Ende 2015 soll in der Ukraine eine neue Verfassung in Kraft treten, die eine Dezentralisierung des Landes ermöglicht.

Dänemark

Bei Anschlägen auf ein Kulturcafé und eine Synagoge in Kopenhagen kommen zwei Menschen ums Leben. Der mutmassliche Attentäter, ein 22-jähriger Mann, wird von der Polizei erschossen (**14./2./15.2.2015**).

Ägypten/Libyen

„Islamischer Staat“ (IS)

Nach der Ermordung von 21 ägyptischen Christen, die als Gastarbeiter in Libyen von Terroristen entführt worden waren, bombardiert die ägyptische Luftwaffe Stellungen von Jihadisten des „Islamischen Staates“ (IS) in Libyen (**16.2.2015**).

Ukraine

Konflikt Donbass-Ostukraine

Schwere Niederlage für die ukrainische Armee in der Ostukraine: Prorussische Separatisten erobern ungeachtet des Minsker Waffenstillstandsabkommens den strategisch wichtigen Verkehrsknotenpunkt Debalzewe (**18.2.2015**).

Griechenland

Der 64-jährige konservative Politiker und Verfassungsrechtler Prokopis Pavlopoulos wird vom griechischen Parlament zum neuen Staatspräsidenten gewählt (**18.2.2015**).

Saint Kitts und Nevis

Nach über 19 Jahren tritt der Premierminister des Karibikstaates Saint Kitts und Nevis, Denzil Douglas, nach der Niederlage seiner Labour Party bei der Parlamentswahl zurück (**18.2.2015**). Neuer Premierminister wird Timothy Harris von der People's Labour Party.

Griechenland

EU

Die Finanzminister der Euro-Staaten einigen sich auf eine Verlängerung des Hilfsprogramms für Griechenland um vier Monate und wenden damit eine drohende Staatspleite Griechenlands ab (**20.2.2015**).

Irak

„Islamischer Staat“ (IS)

Vernichtung assyrischer Kulturgüter im Irak durch Jihadisten des Islamischen Staates (IS): Ein Video zeigt, wie im Ninive-Museum von Mosul Statuen zerstört werden (**26.2.2015**). Zur Begründung heisst es, Götzenbilder müssten zerstört werden. Auch in Nimrud und Hatra werden Kulturstätten zerstört.

Russland

Der russische Oppositionspolitiker und frühere Vizeregierungschef Boris Nemzow wird in Moskau auf offener Strasse erschossen. Der 55-Jährige war einer der schärfsten Kritiker von Staatschef Wladimir Putin (**27.2.2015**).

Estland

In Estland geht die liberale Reformpartei trotz drei Sitzverlusten erneut als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervor (**1.3.2015**). Sie erobert 30 der 101 Mandate. Die Mitte-links-orientierte Zentrumspartei erhält 27 Sitze (plus 1). Die konservative Vaterland- und Res-Publica-Union verliert 9 Mandate und liegt mit 14 Sitzen knapp hinter den Sozialdemokraten, die 15 Mandate (minus 4) erobern.

Brasilien

Ein Korruptionsskandal um den Erdölkonzern Petrobras erschüttert Brasilien. Der Oberste Gerichtshof eröffnet Verfahren gegen mehrere Abgeordnete, Senatoren und andere Politiker (**6.3.2015**). Petrobras hatte jahrelang von Baukonzernen (Odebrecht und andere Firmen) Schmiergelder kassiert und an Politiker weitergeleitet. Ermittler können Schmiergelder im Umfang von 723 Millionen Dollar nachweisen. Schmiergelder flossen auch auf Konten von Schweizer Banken. Seit 2014 ermittelten Behörden im Rahmen der „Operation Waschanlage“ (Operação Lava Jato) gegen Korruptionsverdächtige.

Paulo Roberto Costa, ehemaliger Spitzenmanager von Petrobras, wird im Juli 2015 zu zwölf Jahren Haft verurteilt.

Malediven

Der erste demokratisch gewählte Präsident der Malediven, Mohamed Nasheed, wird zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt. Die von ihm 2012 angeordnete Verhaftung eines Richters beurteilt das Gericht als „Akt des Terrorismus“ (13.3.2015).

Vanuatu

Katastrophen/Unwetter

Ein Wirbelsturm verwüstet weite Teile des Pazifikstaates Vanuatu (14.3.2015).

Israel

In Israel geht die regierende Likud-Partei von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu als Siegerin aus der Knesset-Wahl hervor (17.3.2015). Sie gewinnt 30 der 120 Mandate. Die oppositionelle Zionistische Union (Arbeitspartei und Hatnua) unter Führung von Yitzhak Herzog muss sich mit 24 Mandaten begnügen. Drittstärkste Kraft wird die Vereinte Arabische Liste (Hadash, Balad, Taal und Raam) mit 13 Mandaten.

Tunesien

Bei einem Überfall von Jihadisten auf das Bardo-Museum in Tunis kommen 21 Menschen ums Leben, unter ihnen 20 Touristen. Zum Attentat bekennt sich der Islamische Staat/IS (18.3.2015).

Russland/Südossetien/Georgien

Russland und das von Georgien abtrünnige Gebiet Südossetien unterzeichnen ein Bündnis- und Integrationsabkommen (18.3.2015).

Jemen/Jemen-Konflikt

Bei Selbstmordanschlägen auf zwei Moscheen in der jemenitischen Hauptstadt Sanaa kommen über 140 Menschen ums Leben. Zu den Anschlägen bekennt sich der Islamische Staat /IS (20.3.2015).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Maler, Grafiker und Bildhauer Hans Erni stirbt im Alter von 106 Jahren (21.3.2015).

Singapur

Singapur trauert um seinen Staatsgründer und ehemaligen Premierminister Lee Kuan Yew. Er stirbt im Alter von 91 Jahren (22.3.2015). Lee Kuan Yew war von 1959 bis 1990 Premierminister und blieb bis 2011 als Regierungsmitglied in einflussreicher Position.

Frankreich

In der ersten Runde der französischen Departementswahlen erreicht die vom ehemaligen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy angeführte Union pour un mouvement populaire (UMP) zusammen mit bürgerlichen Partnern 29,4 Prozent der Stimmen. Auf einen Viertel der Stimmen kommt der extrem rechte Front national von Marine Le Pen. Die regierende Sozialistische Partei und ihre Verbündeten müssen sich mit 21,85 Prozent der Stimmen begnügen (23.3.2015).

Syrien/Syrien-Konflikt

Laut Angaben der UNO sind seit Ausbruch des Bürgerkrieges in Syrien vor vier Jahren mehr als 220 000 Menschen ums Leben gekommen (23.3.2015).

Frankreich/Deutschland

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Beim Absturz eines Passagierflugzeugs der Lufthansa-Tochter Germanwings in den französischen Alpen kommen 150 Menschen ums Leben (25.3.2015). Die Ermittler gehen davon aus, dass der Copilot den Airbus A320 absichtlich zum Absturz gebracht hat. Dies ergibt die Auswertung der Stimmufzeichnungen und der Flugdatenschreiber.

Jemen/Jemen-Konflikt

Saudiarabien/Vereinigte Arabische Emirate/Iran/USA

Der Jemen-Konflikt eskaliert. Saudiarabien und andere regionale Verbündete, unter ihnen die Vereinigten Arabischen Emirate, greifen mit der Operation „Decisive Storm“ militärisch in die Auseinandersetzungen ein. Im Visier der Luftwaffe sind Stellungen der schiitisch-zaiditischen Huthi-Rebellen, die weite Teile des Landes unter ihre Kontrolle gebracht haben. Unterstützt werden die Huthi-Aufständischen von bewaffneten Kräften des früheren Machthabers Ali Abdullah Saleh (26.3.2015).

- Als offizielles Ziel der Intervention wird der Schutz der „legitimen Regierung Jemens“ vor einer Übernahme durch die Huthi-Rebellen genannt. Es gelte zu verhindern, dass die mutmasslich von Iran unterstützten Huthi-Rebellen vollständig die Macht übernehmen. Befürchtungen werden laut, dass die Huthi mit iranischer Unterstützung die Kontrolle über wichtige Handelsrouten übernehmen könnten. Iran gilt als Verbündeter der Huthi.

- Die von Saudiarabien angeführte Allianz erhält Unterstützung von den USA in Form von Logistik und Aufklärung.
- Weitere Akteure im Jemen-Konflikt sind al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP) und der Islamische Staat (IS).

- Die Jihadisten sind im Visier von Luftangriffen und Drohnenattacken der USA.

- Der Krieg löst eine humanitäre Katastrophe aus: Hunderttausende Menschen flüchten. Blockaden verhindern die Versorgung der Zivilbevölkerung.

Nigeria

Friedlicher Machtwechsel in Nigeria: Bei der Präsidentschaftswahl setzt sich der Herausforderer Muhammadu Buhari – ehemaliger Militärmachthaber vom Dezember 1983 bis August 1985 – gegen Amtsinhaber Goodluck Jonathan durch (**28.3.2015**). Es ist das erste Mal, dass in Nigeria ein Präsident mit demokratischen Mitteln abgewählt wird.

Frankreich

Rechtsruck bei den Departementswahlen in Frankreich (**29.3.2015**). Die Union pour un mouvement populaire (UMP) von Nicolas Sarkozy gewinnt zwei Drittel der Departemente. Für die Sozialisten endet auch die zweite Runde der Departementswahlen mit einer schweren Niederlage. Der extrem rechte Front national von Marine Le Pen kann in keinem Departement die Mehrheit erobern.

Iran

5+1-Gruppe

Nach jahrelangem Streit über das iranische Atomprogramm einigen sich die fünf UNO-Vetomächte (USA, Russland, China, Grossbritannien, Frankreich) sowie Deutschland – 5+1-Gruppe – mit Iran auf Eckpunkte für ein Abkommen (**2.4.2015**). Die in Lausanne erzielte Grundsatzvereinbarung sieht unter anderem vor, dass Iran zwei Drittel seiner Zentrifugen zur Urananreicherung abbaut, sein nukleares Anreicherungsprogramm bis zu 25 Jahre einem mehrstufigen System von Beschränkungen und Kontrollen unterwirft und dass das Anreicherungs-niveau des Urans deutlich unter dem Grad liegen wird, der für eine Nutzung von Atomwaffen nötig wäre. Die USA und die Europäische Union (EU) werden ihre Sanktionen gegen Iran aufheben, wenn internationale Kontrolleure die Umsetzung der Vorgaben bestätigen. Sollte Iran gegen die vereinbarten Regeln verstossen, können Sanktionen umgehend wieder in Kraft treten.

Kenia

Terroristen überfallen in der kenianischen Garissa ein Studentenwohnheim und ermorden fast 150 Menschen (**2.4.2015**). Zur Tat bekennt sich die somalische Terrororganisation al-Shabab.

Griechenland/Deutschland

Griechenland stellt Reparationsforderungen an Deutschland in Höhe von 278 Milliarden Euro als Wiedergutmachung für die Besetzung im Zweiten Weltkrieg (**7.4.2015**).

USA/Kuba

Erstmals seit der kubanischen Revolution von 1959 kommt es zu einem US-amerikanisch-kubanischen Dialog auf höchster Ebene. Barack Obama und Raúl Castro treffen sich bei der Gipfelkonferenz der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in der Hauptstadt Panamas (**11.4.2015**).

USA

Die frühere First Lady und US-Aussenministerin Hillary Clinton gibt ihre Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2016 bekannt (**12.4.2015**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger Günter Grass stirbt im Alter von 87 Jahren (**13.4.2015**).

Jemen/Jemen-Konflikt

UNO

Der UNO-Sicherheitsrat fordert in einer Resolution zum Jemen-Konflikt die Huthi-Rebellen zum Rückzug aus den von ihnen besetzten Gebieten auf und verhängt gegen sie ein Waffenembargo (**14.4.2015**).

Libyen

Flüchtlinge/Migranten

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Ein übervolles Boot mit Flüchtlingen und Migranten kentert vor der libyschen Küste. Dabei kommen schätzungsweise 500 Menschen ums Leben (**18.4.2015**). Eine Woche zuvor (12.4.2015) forderte der Untergang eines Flüchtlingsbootes vor der libyschen Küste etwa 400 Tote.

Finnland

Nach ihrer Wahlschlappe vor vier Jahren geht die Zentrums-partei (KESK) wie 2007 als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl in Finnland hervor. Sie gewinnt 49 (plus 14) der 200 Mandate. Die rechtspopulistische Finnen-Partei (ehemals Wahre Finnen) bildet mit 38 Mandaten die zweitstärkste Fraktion. Die konservative Nationale Sammlungspartei (KOK), Siegerin der Wahlen von 2011, muss sich mit 37 Sitzen (minus 7) begnügen. Nur an vierter Stelle liegen die Sozialdemokraten mit 34 Mandaten. Sie verlieren 8 Sitze (**19.4.2015**). Neuer Ministerpräsident wird Juha Sipilä von der Zentrums-partei. Die rechtspopulistische Finnen-Partei wird Koalitionspartner.

Honduras

Das Oberste Gericht von Honduras hebt den Verfassungsartikel auf, der die Wiederwahl des Staatspräsidenten untersagt (**22.4.2015**).

„Türkische Republik Nordzypern“

Mustafa Akıncı (*Akinci*) geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in der „Türkischen Republik Nordzypern“ hervor (**19.4.2015**).

Nepal

Katastrophen/Erdbeben

Nepal wird von einem verheerenden Erdbeben heimgesucht. Über 8000 Menschen kommen dabei ums Leben. Hunderttausende Menschen werden obdachlos (**25.4.2015**).

Burundi

Der burundische Präsident Pierre Nkurunziza kündigt seine Kandidatur für eine dritte Amtszeit an (**25.4.2015**). Seine Kandidatur ist höchst umstritten und löst schwere Unruhen aus. Die Opposition boykottiert die Präsidentenwahl (21.7.2015), aus der Nkurunziza als Sieger hervorgeht. Er erhält nach Angaben der Wahlkommission 69,4 Prozent der Stimmen.

Sri Lanka

Das sri-lankische Parlament verabschiedet eine Verfassungsreform, mit der einige Machtbefugnisse des Staatsoberhauptes beschränkt werden (**28.4.2015**).

Moldau

In Chişinău, der Hauptstadt der Republik Moldau, demonstrieren Tausende Menschen gegen staatliche Korruption und Kriminalität. Anlass des Zorns: Etwa eine Milliarde Euro sind durch dubiose Transaktionen mehrerer Banken in dunklen Kanälen versickert (**3.5.2015**).

Italien

Wahlreform in Italien: Das Abgeordnetenhaus stimmt dem von Ministerpräsident Matteo Renzi vorgeschlagenen neuen Wahlgesetz, einem seiner wichtigsten Reformvorhaben, zu. Mit der Wahlreform („Italicum“) sollen klare Machtverhältnisse geschaffen werden (**4.5.2015**).

Grossbritannien

Bei der Unterhauswahl in Grossbritannien gewinnen die Konservativen (Conservative Party) entgegen allen Voraussagen die absolute Mehrheit und können wieder alleine regieren. Auf die Tories entfallen 331 Mandate (plus 24). Die Labour Party erhält 232 Sitze (minus 26). Drittstärkste Kraft im Unterhaus wird die Scottish National Party mit 56 Sitzen (50 Sitzgewinne). Die Liberal Democrats, die bisher als Koalitionspartner an der Regierung beteiligt waren, verlieren 49 Mandate und müssen sich mit 8 Sitzen begnügen. Die rechtspopulistische United Kingdom Independence Party (Ukip) erhält mit 12,6 Prozent den dritthöchsten Stimmenanteil, gewinnt aber nur ein Mandat (**7.5.2015**).

Als Reaktion auf das Wahlergebnis treten zwei Parteichefs zurück: Ed Miliband von der Labour Party und Nick Clegg von den Liberal Democrats. Der Ukip-Vorsitzende Nigel Farage zieht den angekündigten Rücktritt jedoch wieder zurück.

Guyana

Ein Konsortium von Ölkonzernen unter Führung von Exxon Mobil entdeckt vor der Küste Guyanas riesige Erdölvorkommen (**7.5.2015**).

Mazedonien

In der nordmazedonischen Stadt Kumanovo kommen bei Gefechten zwischen Aufständischen und Sicherheitskräften 22 Menschen ums Leben (**10.5.2015**).

Guyana

In Guayana finden nach einem Machtkampf zwischen der National Assembly und Staatspräsident Donald Ramotar von der People's Progressive Party/Civic (PPP/C) vorgezogene Wahlen statt (**11.5.2015**). Nach 23 Jahren muss die PPP in die Opposition. Knapper Wahlsieger ist das linke Bündnis A Partnership for National Unity – Alliance for Change mit 33 der 65 Mandate. David Granger wird neuer Staatschef.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Blues-Gitarrist und -sänger B.B. King stirbt im Alter von 89 Jahren (**14.5.2015**).

Irak/Syrien/„Islamischer Staat“ (IS)

Die Jihadisten des „Islamischen Staates“ (IS) erobern Ramadi, die Hauptstadt der irakischen Provinz Anbar (**15.5.2015**). Die irakischen Regierungstruppen flüchten. Wenige Tage später (20.5.2015) übernimmt der IS die Kontrolle über die antike syrische Stadt Palmyra.

Mali

Tuareg

Entspannung in Mali: Die Regierung und mehrere Rebellen Gruppen vereinbaren ein Friedensabkommen, das der Bevölkerung im Norden des Landes mehr Rechte einräumt (**15.5.2015**). Nach längerem Zögern billigt auch die einflussreiche von Tuareg dominierte Separatistengruppe Coordination des Mouvements de l'Azawad (CMA) die Vereinbarung (20.6.2015)

Flüchtlinge

Myanmar

Flüchtlingsdrama in Südostasien: Seit Wochen treiben Tausende von Flüchtlingen auf kaum seetüchtigen Booten vor den Küsten von Thailand, Malaysia und Indonesien. Sie wurden von Schlepperbanden ihrem Schicksal überlassen. Die meisten Bootsflüchtlinge sind Angehörige der in Myanmar diskriminierten muslimischen Rohingya. Erst nach langem Zögern erklären sich Indonesien und Malaysia zur temporären Aufnahme von Bootsflüchtlingen bereit (**20.5.2015**).

Irland/Homo-Ehe/LGBTIQ

Mit 62 Prozent Ja-Stimmen heisst die Bevölkerung Irlands die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe gut (**22.5.2015**).

Polen

Polen erhält einen neuen Staatspräsidenten: Der von der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) unterstützte Jurist Andrzej Duda setzt sich in der Stichwahl mit 51,55 Prozent der Stimmen gegen den erneut kandidierenden Staatchef Bronisław Komorowski durch (**24.5.2015**).

Fifa/Schweiz/USA

In Zürich werden auf Ersuchen der USA sieben hohe Funktionäre des Weltfussballverbandes (Fifa) verhaftet. Sie sollen an die USA ausgeliefert werden. Ihnen wird Korruption, Betrug und Annahme von Bestechungsgeldern vorgeworfen. Ausserdem ermittelt die schweizerische Bundesanwaltschaft wegen der unter Korruptionsverdacht stehenden Vergabe der Fussballweltmeisterschaft an Russland im Jahr 2018 und an Katar im Jahr 2022 (**27.5.2015**).

Schweiz

EU/Banken

Die Europäische Union und die Schweiz unterzeichnen nach jahrelangen Verhandlungen ein Abkommen über den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen. Das Bankgeheimnis von EU-Bürgern in der Schweiz wird damit aufgehoben (**27.5.2015**).

Anfang 2017 tritt in der Schweiz das Bundesgesetz über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen und damit der automatische Informationsaustausch mit 37 Staaten in Kraft. 2018 kommen 43 weitere Staaten hinzu.

Grossbritannien

EU

Der britische Premierminister David Cameron kündigt in seinem Regierungsprogramm bis 2017 eine Volksabstimmung über den Verbleib Grossbritanniens in der Europäischen Union (EU) an (**27.5.2015**).

USA/Kuba

Die USA streichen Kuba nach 33 Jahren von ihrer Terrorliste (**29.5.2015**).

Libyen/„Islamischer Staat“ (IS)

Milizen des sogenannten „Islamischen Staates“ (IS) erobern die libysche Hafenstadt Sirte (**29.5.2015**).

Frankreich

In Frankreich wird die bürgerlich-konservative Union pour un mouvement populaire (UMP) in „Les Républicains“ umbenannt (**30.5.2015**).

China

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Auf dem Jangtse kentert ein Kreuzfahrtschiff. Mehr als 440 Menschen kommen dabei ums Leben (**1.6.2015**).

Fifa/Schweiz

Vier Tage nach seiner Wiederwahl kündigt der Präsident des Weltfussballverbandes (Fifa), der Schweizer Joseph (Sepp) Blatter, überraschend seinen Rücktritt an. Er reagiert damit auf Korruptionsvorwürfe gegen die Fifa (**2.6.2015**).

Lettland

Raimonds Vējonis (*Vejonis*), Vorsitzender der Grünen Partei, wird zum neuen Staatsoberhaupt Lettlands gewählt (**3.6.2015**). Lettland ist das erste Land der Europäischen Union (EU) mit einem grünen Staatsoberhaupt. Raimonds Vējonis war Umweltminister und zuletzt Verteidigungsminister.

Türkei

Nach mehr als zwölf Jahren Alleinregierung verliert die islamisch-konservative Partei Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) die absolute Mehrheit (**7.6.2015**). Sie erhält 258 (minus 69) der 550 Sitze. Die Partei von Staatschef Recep Tayyip Erdoğan (*Erdogan*) hatte eine Zweidrittelmehrheit angestrebt, um über eine Verfassungsänderung ein Präsidialsystem einzuführen. Zweitstärkste Kraft wird die Republikanische Volkspartei (CHP) mit 132 Sitzen (minus 3). Die prokurdisch-sozialistische Demokratische Partei der Völker (HDP) schafft mit 13 Prozent Stimmenanteil den Einzug ins Parlament und entsendet 80 Abgeordnete. Ebenfalls 80 Sitze gewinnt die rechtsradikale Partei der nationalistischen Bewegung (MHP).

Luxemburg

Die Bevölkerung des Grossherzogtums Luxemburg lehnt in einem Referendum die Einführung des Ausländerwahlrechts und die Senkung des Wahlrechtsalters von 18 auf 16 Jahre ab (**7.6.2015**).

G-7

Energie

Die Gruppe der sieben führenden demokratischen Industriestaaten (G-7) – Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Kanada, Japan, USA – will mit einer „Dekarbonisierung der Weltwirtschaft im Laufe dieses Jahrhunderts“ das Zeitalter der fossilen Energie beenden und verlangt einen radikalen Umbau der Energieversorgung. Zum Abschluss des G-7-Gipfels in Elmau (Bayern) heisst es, bis Mitte des Jahrhunderts sollte der Ausstoss von Treibhausgasen um bis zu 70 Prozent unter das Niveau von 2010 gedrückt werden (**8.6.2015**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Bandleader und Komponist James Last stirbt im Alter von 86 Jahren (**9.6.2015**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen die Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen – neues Gebührensystem – äusserst knapp mit 50,1 Prozent Ja-Stimmen gut (**14.6.2015**).

USA

Ein junger weisser Amokschütze erschiess in einer Kirche in Charleston, im US-Staat South Carolina, neun Schwarze (**17.6.2015**).

Dänemark

Machtwechsel in Dänemark: Das bürgerliche Lager gewinnt die Parlamentswahl. Die bisher regierenden Sozialdemokraten – obwohl mit 26,3 Prozent Stimmenanteil und 47 Mandaten stärkste Partei – und ihre Bündnispartner verlieren die Mehrheit (**18.6.2015**). Ministerpräsidentin Helle Thorning-Schmidt tritt zurück. Die rechtspopulistische Dänische Volkspartei wird zweitstärkste Partei hinter den Sozialdemokraten mit einem Stimmenzuwachs von 8,8 Prozentpunkten und mit 37 Mandaten (plus 15). Lars Løkke Rasmussen von der rechtsliberalen Venstre bildet eine Minderheitsregierung. Er war bereits in den Jahren 2009 bis 2011 Regierungschef.

Flüchtlinge

Laut einem Bericht des UNO-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) sind weltweit fast 60 Millionen Menschen auf der Flucht, darunter 19,6 Millionen, die ihre Heimat verlassen mussten und 38,2 Millionen als Vertriebene innerhalb ihres eigenen Landes (**18.6.2015**). Es sind so viele Menschen auf der Flucht wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr.

USA

Homo-Ehe/LGBTIQ

Der Supreme Court der USA legalisiert die gleichgeschlechtliche Ehe (**26.6.2015**).

Tunesien/Grossbritannien

„Islamischer Staat“ (IS)

An einem Hotelstrand unweit des tunesischen Badeortes Sousse erschiess ein Jihadist 38 Touristen (**26.6.2015**). Die meisten Opfer sind Briten. Zum Terrorakt bekennt sich der Islamische Staat (IS). Es ist bereits der zweite Terroranschlag in Tunesien in diesem Jahr.

Kuwait

„Islamischer Staat“ (IS)

Bei einem Anschlag auf eine schiitische Moschee in Kuwait-Stadt kommen 27 Menschen ums Leben (**26.6.2015**). Zum Anschlag bekennt sich der Islamische Staat (IS).

Griechenland

EU/

Die Euro-Gruppe lehnt die Verlängerung des Hilfsprogramms für Griechenland ab (**27.6.2015**). Das schon zwei Mal verlängerte Hilfsprogramm für Griechenland läuft am 30. Juni 2015 aus. Damit verfallen noch bereitstehende Milliardenhilfen für Griechenland. Die internationalen Geldgeber haben die Auszahlung der letzten Tranche des laufenden Rettungsprogramms in Höhe von 7,2 Milliarden Euro an konkrete Reformzusagen geknüpft. Der Entscheid

der Euro-Gruppe folgt auf die Ankündigung des griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras, eine Volksabstimmung über die Sparvorgaben der Gläubiger durchzuführen. Die Regierung empfiehlt ein Nein. Die Beschlüsse lösen in Griechenland einen Ansturm auf Geldautomaten aus. Über eine Milliarde Euro werden abgehoben. Die griechische Regierung beschliesst die temporäre Schliessung der Banken und führt Kapitalverkehrskontrollen ein. Geldabhebungen werden auf 60 Euro pro Tag beschränkt (28.6.2015).

Griechenland/Internationaler Währungsfonds

Griechenland lehnt es ab, die am 30. Juni 2015 fällige Kreditrate von 1,6 Milliarden Euro an den Internationalen Währungsfonds (IWF) zu zahlen (**1.7.2015**). Als erstes Industrieland lässt Griechenland eine Zahlungsfrist verstreichen – mit einer historischen Rekordsumme. Griechenland schuldet dem IWF nunmehr 6,2 Milliarden Dollar bis Ende 2015 plus 26 Milliarden Dollar über die nächsten zehn Jahre hinweg.

Griechenland

Mit 61,31 Prozent lehnt das griechische Volk die Reform- und Sparvorschläge der internationalen Gläubiger unerwartet deutlich ab (**5.7.2015**). Die griechische Regierung hatte für ein „stolzes Nein“ geworben (**5.7.2015**). Die Zukunft Griechenlands in der Euro-Zone bleibt ungewiss. Ministerpräsident Alexis Tsipras strebt neue Verhandlungen an. Seine Regierung sei weiter zu Reformen bereit. Dringend notwendig seien aber Investitionen und die Umstrukturierung der Schulden, erklärt Tsipras. Dem griechischen Volk sagt er: „Das Mandat das mir erteilt wurde, ruft nicht nach einem Bruch mit Europa, sondern verleiht mir eine grössere Verhandlungsmacht.“ Am Tag nach dem Referendum tritt Finanzminister Yanis Varoufakis zurück.

Syrien/Syrien-Konflikt

Türkei/Libanon/Jordanien

Der Bürgerkrieg in Syrien hat mehr als vier Millionen Menschen veranlasst, ihr Land zu verlassen. Laut Angaben der UNO sind ausserdem mindestens 7,6 Millionen Syrer Vertriebene im eigenen Land (**9.7.2015**). Die Türkei zählt rund 2 Millionen Syrien-Flüchtlinge, Libanon über eine Million und Jordanien mehr als 600 000.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der ägyptische Schauspieler Omar Sharif stirbt im Alter von 83 Jahren (**10.7.2015**).

Griechenland

EU/

Die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone einigen sich nach einem 17-stündigen Verhandlungsmarathon darauf, mit Griechenland über ein drittes Hilfsprogramm im Umfang von 82 bis 85 Milliarden Euro zu verhandeln. Damit ist ein Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone (Grexit) abgewendet (**13.7.2015**). Die Unterstützung der Euro-Staaten ist an Bedingungen geknüpft. Gefordert werden Sofortmassnahmen wie eine Mehrwertsteuer- und eine Rentenreform. Die Privatisierung von Staatsbetrieben soll über einen Fonds abgewickelt werden. Die 50 Milliarden Euro, die der Fonds einnehmen soll, sind für die Schuldentilgung vorgesehen.

Iran

5+1-Gruppe

Israel/UNO/EU

Einigung im 13 Jahre dauernden Atomstreit mit Iran (**14.7.2015**): Die Aussenminister der USA, Russlands, Chinas, Frankreichs, Grossbritanniens und Deutschlands – 5+1-Gruppe (die fünf UNO-Vetomächte sowie Deutschland) – schliessen nach einem Verhandlungsmarathon in Wien ein Abkommen zur Begrenzung des Atompotentials der Islamischen Republik. Das Atomprogramm soll nur friedlichen Zwecken dienen. Die Eckpunkte des Vertrags:

- Iran muss die Zahl seiner Zentrifugen für zehn Jahre um mehr als zwei Drittel reduzieren.
- Die verbleibenden Bestände von angereichertem Uran sollen grösstenteils verdünnt oder ausgeführt werden.
- Der Schwerwasserreaktor von Arak wird umgebaut.
- Die Einhaltung des Abkommens wird von den Experten der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) geprüft.
- Sämtliche iranischen Atomanlagen einschliesslich der Forschungs- und Produktionsstätten sollen für bis zu 25 Jahre umfassenden Kontrollen unterworfen werden.
- Die von der UNO, den USA und der Europäischen Union (EU) verhängten Sanktionen gegen Iran werden schrittweise aufgehoben.
- Sollte Iran gegen die Verpflichtungen verstossen, treten die UNO-Sanktionen nach 30 Tagen automatisch wieder in Kraft.

Das Abkommen wird von Israel scharf kritisiert. Auch im US-Kongress regt sich Widerstand.

Irak

„Islamischer Staat“ (IS)

In der Nähe von Bagdad kommen bei einem Selbstmordanschlag, zu dem sich der Islamische Staat (IS) bekennt, über 100 Menschen ums Leben (**17.7.2015**).

USA/Kuba/Schweiz

Nach 54 Jahren nehmen die USA und Kuba ihre diplomatischen Beziehungen wieder auf. Damit endet auch das Schutzmachtmandat der Schweiz (**20.7.2015**).

Türkei

Kurden

In der türkischen Grenzstadt Suruç reißt ein Selbstmordattentäter 31 prokurdische Aktivisten mit sich in den Tod (**20.7.2015**). Am Tag darauf töten Anhänger der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) als Vergeltung zwei türkische Polizisten.

Jemen/Jemen-Konflikt

Die Huthi-Rebellen werden aus Aden vertrieben (**22.7.2015**). Die Aufständischen müssen sich der Übermacht der Hadi-Streitkräfte beugen. Diese unterstützen den von den Huthi entmachteten, aber nach wie vor international anerkannten jemenitischen Präsidenten Abed Rabbo Mansur Hadi. An der Vertreibung der Huthi sind auch südjemenitische Sezessionisten beteiligt. Der ins saudische Exil geflüchtete Hadi erklärt Aden zum temporären Sitz seiner Regierung.

Türkei/Syrien/Syrien-Konflikt

„Islamischer Staat“ (IS)

Irak/USA/Kurden

Die türkische Luftwaffe bombardiert erstmals Stellungen des „Islamischen Staates“ (IS) in Syrien (**24.7.2015**). Die Türkei reagiert damit auf Gefechte mit IS-Kämpfern an der Grenze zu Syrien. Die Türkei erklärt sich bereit, den USA die Nutzung des Luftwaffenstützpunktes Incirlik für den Kampf gegen den IS zu gestatten.

Ins Visier der türkischen Luftwaffe geraten auch Stellungen der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) im Nordirak.

Ungarn

„Die liberale Demokratie ist am Ende“, erklärt der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán (*Orban*) in einer Rede an der Freien Sommeruniversität der rumänischen Kleinstadt Băile Tușnad. „Eine Demokratie muss nicht notwendigerweise liberal sein.“ Und: „Der neue Staat, den wir in Ungarn bauen, ist kein liberaler Staat, sondern ein illiberaler Staat.“ (**26.7.2014**).

Türkei/Kurden

Im Kurdenkonflikt in der Türkei dreht sich wieder die Gewaltspirale: Die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) bezeichnet den Waffenstillstand von 2013 für hinfällig (**25.7.2015**). Der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdoğan (*Erdogan*) erklärt wenige Tage darauf den Friedensprozess mit der PKK für beendet (28.7.2015). In den folgenden Wochen häufen sich die Attacken kurdischer Rebellen und die massiven Gegenschläge der türkischen Sicherheitskräfte.

Afghanistan

Der Anführer der afghanischen Taliban, Mullah Omar, ist nach Angaben afghanischer Regierungskreise gestorben (**29.7.2015**). Die Taliban bestätigen den Tod von Mullah Omar, doch über den Zeitpunkt liegen widersprüchliche Angaben vor.

USA

Umwelt/Klima

US-Präsident Barack Obama will den Kohlendioxid-Ausstoß bei der Stromerzeugung des Landes bis zum Jahre 2030 um 32 Prozent unter das Niveau des Jahres 2005 senken. Gleichzeitig soll der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung von derzeit 14 auf 28 Prozent steigen. Alte Kohlekraftwerke sollen abgeschaltet werden. Gegen den Clean Power Plan regt sich massiver Widerstand der Republikaner und der Kohleindustrie (**3.8.2015**).

China

Katastrophen/Explosionskatastrophen

Verheerende Explosionen im Hafen der chinesischen Stadt Tianjin (**12.8.2015**). Dabei kommen über hundert Menschen ums Leben. Ausgelöst wird die Katastrophe durch einen Brand in einer Halle, in der gefährliche Chemikalien, darunter auch das hochgiftige Natriumcyanid, gelagert werden.

China

Börsenturbulenzen

China wertet den dritten Tag in Folge seine Währung Yuan gegenüber dem US-Dollar ab (**13.8.2015**). Es handelt sich um die stärkste Abwertung des Yuan seit mehr als 20 Jahren. Mit dieser Massnahme will Peking der heimischen Exportindustrie unter die Arme greifen. Weltweit reagieren die Börsen mit massiven Verlusten.

Griechenland

EU

Die Finanzminister der Euro-Zone stimmen einem dritten Hilfsprogramm für Griechenland zu (**14.8.2015**). Griechenland soll bis zu 86 Milliarden Euro erhalten. Im Gegenzug muss sich Athen zu weiteren Reformen verpflichten.

Flüchtlingskrise Europa 2015/2016

Griechenland/Mazedonien/Serbien/Ungarn/Deutschland/EU

Mitte August 2015: Zehntausende Menschen, vor allem aus Syrien, Afghanistan und aus dem Irak, flüchten auf dem Seeweg aus der Türkei auf nahe gelegene griechische Inseln. Dramatisch ist die Lage vor allem auf der Insel Kos. In der zweiten Augustwoche 2015 werden über 20 000 Flüchtlinge registriert.

- Von Griechenland aus versuchen die Flüchtlinge über Mazedonien, Serbien und Ungarn (Balkanroute) in west- und nordeuropäische EU-Länder zu gelangen. Ein Grossteil will nach Deutschland.
- Zu den Ursachen der Flüchtlingswelle gehören die prekäre Lage in den Flüchtlingslagern, die Perspektivlosigkeit der Flüchtlinge, der Vormarsch der Jihadisten in Syrien und im Irak, Schlepper-Aktivitäten sowie Gerüchte über die Aufnahmebereitschaft in Europa.
- Die Staaten der Europäischen Union (EU) tun sich schwer bei der Suche nach einer Entschärfung der Krise. Verbindliche Quoten für die Umsiedlung von Flüchtlingen aus den am meisten betroffenen Staaten Griechenland und Italien werden abgelehnt.

Thailand

Bei einem Sprengstoffanschlag in der thailändischen Hauptstadt Bangkok kommen 20 Menschen ums Leben. Und mehr als 100 Menschen werden verletzt (**17.8.2015**).

Sri Lanka

In Sri Lanka geht die von der United National Front geführte United National Front für Good Governance als Siegerin aus der vorgezogenen Parlamentswahl hervor (**17.8.2015**). Sie gewinnt 106 (plus 46) der 225 Mandate. Die linke United People's Freedom Alliance erhält 95 Sitze (minus 49). Ranil Wickremesinghe wird zum zweiten Mal nach 2001 Ministerpräsident.

Flüchtlingskrise Europa 2015/2016

Deutschland

Deutschland ist das Ziel der meisten über die Balkanroute nach Europa strömenden Flüchtlinge. Für 2015 rechnet die deutsche Regierung mit 800 000 Flüchtlingen vor allem aus Krisenstaaten wie Syrien und Irak (**20.8.2015**). Kein anderes Land in Europa nimmt so viele Asylbewerber auf.

China

Börsenturbulenzen

Kurssturz an den chinesischen Börsen: In Shanghai verlieren die Aktien mehr als acht Prozent an Wert. Es handelt sich um den grössten Kursrutsch seit acht Jahren. Weltweit kommt es zu massiven Kursverlusten an den Aktienmärkten (**24.8.2015**).

Erdöl/Erdölpreis

Der Erdölpreis fällt auf ein Sechsjahrestief: Von 105 Dollar pro Barrel der Leitsorte Brent vor einem Jahr auf 44 Dollar (**24.8.2015**).

Südsudan

Nach 20 Monaten Bürgerkrieg unterzeichnet nach dem Rebellenführer und früheren Vizepräsidenten Riek Machar auch Staatspräsident Salva Kiir ein Friedensabkommen. Allerdings meldet er „ernsthafte Bedenken“ gegen die Vereinbarung an (**26.8.2015**). Das Land kommt trotz aller Friedensbemühungen nicht zur Ruhe. Bisher hat der Bürgerkrieg mindestens 50 000 Tote gefordert. Hunderttausende Menschen wurden vertrieben oder flüchteten in Nachbarstaaten.

Flüchtlingskrise Europa 2015/2016

Österreich

Flüchtlingsdrama in Österreich: In einem an einer Autobahn abgestellten Lastwagen entdeckt die Polizei die Leichen von 71 Flüchtlingen (**27.8.2015**).

Flüchtlingskrise Europa 2015/2016

Deutschland

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel äussert sich zuversichtlich, dass ihr Land das wachsende Problem mit Flüchtlingen lösen werde. Sie spricht von einer „grossen nationalen Aufgabe“ und sagt: „Wir schaffen das“ (**31.8.2015**). Deutschland werde die Flüchtlinge nicht abweisen, lässt sie mitteilen (5.9.2015). Merkels Kurs der „offenen Grenzen“ wird heftig kritisiert. In ausländerfeindlichen und rechtsradikalen Kreisen regt sich Widerstand. Gegen Asylunterkünfte werden Brandanschläge verübt.

Guatemala

In Guatemala tritt Staatspräsident Otto Pérez Molina wegen Korruptionsvorwürfen zurück (**3.9.2015**). Die Staatsanwaltschaft wirft ihm vor, führender Kopf des Korruptionsnetzwerkes La Linea zu sein und ordnet seine Verhaftung an. Der bisherige Vizepräsident Alejandro Maldonado Aguirre übernimmt vorübergehend das Präsidentenamt.

Flüchtlingskrise Europa 2015/2016

Deutschland/Österreich/Ungarn

Nach tagelangem Nervenkrieg mit den Behörden in Ungarn gelangen am ersten September-Wochenende (**5.9./6.9.2015**) rund 17 000 vorwiegend aus Syrien stammende Flüchtlinge via Österreich nach München. Sie dürfen ausnahmsweise ohne Kontrollen und bürokratische Hürden in Österreich ein- und nach Deutschland weiterreisen. Die Folge: In noch grösserer Anzahl strömen Flüchtlinge nach Deutschland.

Trinidad und Tobago

In Trinidad und Tobago übernimmt nach fünf Jahren Opposition wieder das People's National Movement die Macht (7.9.2015). Bei der Parlamentswahl erobert das People's National Movement 23 (plus 11) der 41 Mandate. Der United National Congress von Premierministerin Kamla Persad-Bissessar erhält 17 Sitze (minus 4). Neuer Regierungschef wird Keith Rowley.

Syrien/Syrien-Konflikt/Russland

Russland verstärkt seine Militärhilfe an das Assad-Regime in Syrien (10.9.2015).

Grossbritannien

Der radikale Linksozialist Jeremy Corbyn wird von den Mitgliedern der britischen Labour Party zum neuen Vorsitzenden gewählt (12.9.2015).

Deutschland

Flüchtlingskrise

Als Reaktion auf den Andrang Zehntausender Flüchtlinge führt Deutschland wieder Grenzkontrollen ein. Schwerpunkt ist die Grenze zu Österreich (13.9.2015).

Australien

Der australische Premierminister Tony Abbott wird von seiner Liberal Partei entmachtet. Sein Nachfolger wird der bisherige Kommunikationsminister Malcolm Turnbull (14.9.2015).

Flüchtlingskrise Europa 2015/2016

Ungarn/Serbien/Kroatien

Kein Weiterkommen für die Flüchtlinge der Balkanroute, die über Ungarn nach Deutschland gelangen wollen. Ungarn macht die Grenzen zu Serbien dicht. Die letzte Lücke im 175 Kilometer langen Grenzzaun zu Serbien wird geschlossen (15.9.2015). „Illegale Grenzübertritte“ sollen bestraft werden. Am serbisch-ungarischen Grenzübergang Röszke kommt es nach der Abriegelung der Grenze zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Ungarische Sicherheitskräfte setzen Tränengas und Wasserwerfer gegen protestierende Flüchtlinge und Migranten ein (16.9.2015). Tausende versuchen, über Kroatien ihre Flucht fortzusetzen.

Japan

Das japanische Parlament verabschiedet eine umstrittene Militärdoktrin: Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg sind wieder Kampfeinsätze japanischer Soldaten im Ausland möglich (19.9.2015).

Griechenland

Zum zweiten Mal innert acht Monaten gewinnt in Griechenland die Linkspartei Syriza die Parlamentswahl (20.9.2015). Auf Syriza entfallen 145 der 300 Parlamentssitze. Es folgen die konservative Nea Dimokratia mit 75 und die rechtsradikale Goldene Morgenröte mit 18 Mandaten. Wahlsieger Alexis Tsipras wird wieder Regierungschef.

Deutschland/USA

Der Volkswagen-Konzern gibt zu, in den USA Abgastests von Dieselaautos manipuliert zu haben (20.9.2015). Die US-Umweltbehörde EPA wirft VW vor, mithilfe einer speziellen Software die Abgasuntersuchungen geschönt zu haben. Die Software soll dafür gesorgt haben, dass die Schadstoff-Grenzen nur in Tests eingehalten wurden. Betroffen sind rund elf Millionen Fahrzeuge. Volkswagen droht eine Busse bis zu 18 Milliarden Dollar. VW will europaweit 8,5 Millionen Fahrzeuge in die Werkstätten holen und dort auf eigene Kosten umrüsten.

Nepal

Nach jahrelangem Ringen erhält Nepal eine neue Verfassung (20.9.2015). Nepal wird eine föderale Republik. Das Staatsoberhaupt wird von einem Wahlkollegium bestimmt. Erster Ministerpräsident nach Inkrafttreten der neuen Verfassung wird Khadga Prasad Sharma Oli (KP Shamra Oli) von der Communist Party of Nepal (Unified Marxist-Leninist).

Saudiarabien/Iran

Katastrophen/Massenpanik

Die grosse muslimische Pilgerfahrt in Saudiarabien endet für Hunderte von Gläubigen tödlich: In der Nähe von Mekka versammeln sich Hunderttausende Gläubige, um am Ritual der Teufelssteinigung teilzunehmen. Dabei kommt es zu einer Massenpanik, die über 1500 Tote fordert. Die meisten Opfer kommen aus Iran (24.9.2015).

UNO

„Agenda 2030“/Nachhaltige Entwicklung

Die UNO-Vollversammlung setzt sich Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals/SDG). Die „Agenda 2030“ enthält 17 Kernziele und zahlreiche Unterziele, die bis zum Jahr 2030 erreicht werden sollen. Die UN-Staaten verpflichten sich unter anderem dazu, weltweite Armut zu beenden und Hunger zu stoppen, Bildung zu gewährleisten und Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels zu ergreifen (25.9.2015).

Spanien/Katalonien

Bei der Parlamentswahl in Katalonien gewinnen die separatistischen Parteien die absolute Mehrheit der Sitze, jedoch nicht die Mehrheit der Wählerstimmen (**27.9.2015**). Der katalanische Regierungschef Artur Mas hatte den Urnengang zum Plebiszit über eine Loslösung von Spanien erklärt.

Syrien/Syrien-Konflikt/Russland

Russland greift in den Bürgerkrieg in Syrien ein: zur Unterstützung des Regimes von Präsident Bashar al-Assad. Die russische Luftwaffe bombardiert nicht nur – wie zunächst offiziell angekündigt – Stellungen des Islamischen Staates (IS). Im Visier sind auch gemässigte Rebellen, die gegen das Assad-Regime kämpfen (**30.9.2015**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Palästinenserpräsident Mahmud Abbas erklärt vor der UNO-Vollversammlung, die palästinensischen Behörden fühlten sich nicht mehr an den 1993 vereinbarten Nahost-Friedensprozess von Oslo gebunden. „Solange Israel die Einigung ständig verletzt (...), müssen wir erklären, dass wir uns nicht länger an das Abkommen gebunden fühlen“ (**30.9.2015**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Neue Gewaltwelle in Israel und in den besetzten Palästinensergebieten: Ein jüdisches Siedlerehepaar wird im Westjordanland erschossen (**1.10.2015**). Drei Tage später greifen binnen weniger Stunden Palästinenser mehrere Israeli in Jerusalem mit Messern an, Weitere Messerattacken von palästinensischen Jugendlichen folgen. Auslöser der Unruhen ist ein Streit um die Nutzung der heiligen Stätten auf dem Tempelberg. Politiker warnen vor dem Ausbruch einer dritten Intifada.

Afghanistan/Afghanistan-Konflikt/USA

Bei einem Angriff der US-Luftwaffe auf die afghanische Stadt Kunduz wird versehentlich ein Spital bombardiert. Dabei kommen 22 Menschen ums Leben, darunter mehrere Mitarbeiter der Organisation Médecins Sans Frontières (**3.10.2015**).

Portugal

Das Bündnis Vorwärts Portugal (Portugal à Frente) geht als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl in Portugal hervor (**4.10.2015**). Dem Bündnis gehören die konservativ-liberale Sozialdemokratische Partei (Partido Social Democrata/PSD und das konservative Centro Democrático e Social – Partido Popular (CDS-PP) an. Portugal à Frente gewinnt 107 der 230 Mandate. Die Sozialisten (Partido Socialista/PS) erhalten 86 Mandate. Drittstärkste Kraft ist der Linksblock (Bloco de Esquerda/B.E.) mit 19 Sitzen. Ihm gehören linksradikale, marxistische Gruppierungen an 17 Mandate gewinnt die Demokratische Einheitskoalition (Coligação Democrática Unitária/CDU).

Transpazifische Partnerschaft (TPP)

Die USA und elf weitere Staaten verständigen sich nach jahrelangen Verhandlungen auf ein Freihandelsabkommen. Mitglieder der Transpazifischen Partnerschaft (Trans-Pacific Partnership/TPP) sind die USA, Australien, Brunei, Chile, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam (**5.10.2015**).

EU/USA/Europäischer Gerichtshof

Der Europäische Gerichtshof erklärt die Safe-Harbor-Regelung zum Datenaustausch zwischen der EU und den USA für ungültig (**6.10.2015**). Persönliche Daten europäischer Bürger dürfen künftig nur dann in den USA gespeichert und verarbeitet werden, wenn dort europäische Datenschutzstandards eingehalten werden.

Türkei

Bei zwei Sprengstoffanschlägen auf eine Friedensdemonstration in Ankara kommen über 90 Menschen ums Leben (**10.10.2015**). Unter Tatverdacht steht der „Islamische Staat“ (IS).

Belarus

In Belarus wird Alexander Lukaschenko trotz 21 Jahren autoritärer Herrschaft zum fünften Mal zum Staatsoberhaupt gewählt. Er erhält nach offiziellen Angaben 83,4 Prozent der Stimmen (**11.10.2015**).

Italien

Der italienische Senat stimmt einer Verfassungsreform zu, mit der seine bisherigen Kompetenzen drastisch beschnitten werden (**13.10.2015**). Die Mitgliederzahl wird auf 100 reduziert. Der Senat wird zur Vertretung von Regionen und Gemeinden. Bisher hatten das Abgeordnetenhaus und der Senat dieselben Kompetenzen.

Schweiz/Türkei

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

Die Schweiz hat mit der Bestrafung des türkischen Nationalisten Dogu Perinçek dessen Recht auf Meinungsäußerung verletzt. Dieses Urteil fällt der Europäischen Gerichtshofs für Menschenrecht (**15.10.2015**). Perinçek hatte vor zehn Jahren an mehreren Veranstaltungen in der Schweiz den Genozid an den Armeniern während des Ersten Weltkriegs als «internationale Lüge» bezeichnet.

USA/Afghanistan/Afghanistan-Konflikt

Die USA stoppen wegen der verschärften Sicherheitslage in Afghanistan vorerst den Abzug ihrer dort stationierten Truppen (**15.10.2015**). Die derzeitige Stärke von etwa 9800 US-Soldaten soll beibehalten werden. US-Präsident Barack Obama wollte bis zum Ende seiner Amtszeit praktisch sämtliche US-Soldaten aus Afghanistan abziehen.

Schweiz

Rechtsrutsch bei den Nationalratswahlen in der Schweiz: Wahlsiegerin ist die Schweizerische Volkspartei (SVP), die 29,5 Prozent der Stimmen erhält und dank 11 zusätzlichen Mandaten mit 65 Sitzen im Nationalrat vertreten ist. Noch nie seit 1919 war eine einzelne Partei so stark in der Grossen Kammer vertreten. Das rechtsbürgerliche Lager verfügt über eine knappe Mehrheit der 200 Sitze. Wahlverlierer sind die Grünliberale Partei (GLP) mit fünf sowie die Grünen mit vier Sitzverlusten. Die zweitstärkste Fraktion bilden die Sozialdemokraten (SP) mit 43 Sitzen (minus 3), gefolgt von den Freisinnigen (FDP.Die Liberalen) mit 33 (plus 3), den Christdemokraten (Christlichdemokratische Volkspartei/CVP) mit 27 (minus 1), den Grünen mit 11 (minus 4), der Grünliberalen Partei (GLP) mit 7 (minus 5) und der Bürgerlich-Demokratischen Partei (BDP) mit ebenfalls 7 Mandaten (minus 2). Auf die übrigen Parteien entfallen 7 Sitze (**18.10.2015**).

Im Ständerat verteilen sich die 46 Mandate wie folgt: Christdemokraten (CVP): 13 (unv.), FDP.Die Liberalen: 13 (plus 2), Sozialdemokraten (SP): 12 (plus 2). Schweizerische Volkspartei (SVP): 5 (unv.), Grüne: 1 (minus 1), Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP): 1 (unv.), Parteilos: 1 (unv.). Die Grünliberale Partei (GLP) verliert ihre zwei Sitze.

Kanada

Politischer Erdrutsch in Kanada (**19.10.2015**): Die Liberal Party unter Führung von Justin Trudeau – Sohn des früheren Premierministers Pierre Trudeau – geht als grosse Siegerin aus der Parlamentswahl hervor. Sie gewinnt 184 (plus 150) der insgesamt 338 Sitze. Die Conservative Party des bisherigen Regierungschefs Stephen Harper erhält 99 (minus 67) und die sozialdemokratische New Democratic Party 44 (minus 59) Mandate. Der Bloc québécois ist mit 10 (plus 6) Abgeordneten vertreten. Justin Trudeau wird neuer Premierminister anstelle von Stephen Harper, der seit Februar 2006 das Land regierte.

Polen

Nacht acht Jahren kehrt in Polen die nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) von Jarosław Kaczyński (*Kaczynski*) an die Macht zurück. Bei der Parlamentswahl gewinnt sie die absolute Mehrheit mit 235 der 460 Mandate im Sejm. Die bisher regierende liberalkonservative Bürgerplattform (PO) muss hohe Verluste hinnehmen und hat nur noch 138 Mandate. Drittstärkste Kraft wird die rechtspopulistische Kukiz-Bewegung. Die gewinnt auf Anhieb 42 Mandate. Linke Parteien sind nicht mehr im Parlament vertreten (**25.10.2015**). Beata Szydło (*Szydlo*) von der Partei Recht und Gerechtigkeit wird neue Regierungschefin (16.11.2015).

Tansania

John Magufuli von der Regierungspartei Chama Cha Mapinduzi (CCM) geht mit einem Stimmenanteil von rund 58 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in Tansania hervor (**25.10.2015**).

Guatemala

In Guatemala geht der frühere TV-Komiker und Schauspieler Jimmy Morales Cabrera vom christlich-nationalistischen Frente de Convergencia Nacional mit einem Stimmenanteil von 67,44 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor (**25.10.2015**). Im Parlament hat seine Partei nur 11 der 158 Mandate. Stärkste Kraft ist die Partei Libertad Democrática Renovada (LIDER) mit 45 Mandaten.

Kosovo/EU

Die Europäische Union (EU) und Kosovo unterzeichnen ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (**27.10.2015**). Die Unabhängigkeit Kosovos wird von fünf EU-Staaten – Rumänien, der Slowakei, Griechenland, Spanien und Zypern – nicht anerkannt.

Nepal

Mit Bidhya Devi Bhandari erhält Nepal erstmals eine Staatspräsidentin (**28.10.2015**). Sie war stellvertretende Vorsitzende der Communist Party of Nepal (Unified Marxist-Leninist) und Verteidigungsministerin.

China

In der Volksrepublik China wird die Ein-Kind-Politik abgeschafft und durch eine Zwei-Kinder-Politik ersetzt (**29.10.2015**).

USA/Syrien

„Islamischer Staat“ (IS)

Die USA intensivieren ihren Kampf gegen den „Islamischen Staat“ (IS). Rund 50 Elitesoldaten sollen in Syrien die gegen den IS kämpfenden Kurden und andere Rebellengruppen unterstützen (**30.10.2015**). Das Kontingent der US-Soldaten wird bis 2018 schrittweise auf rund 2000 erhöht.

Rumänien

Katastrophen/Brandkatastrophen

Bei einer Brandkatastrophe in einem Nachtclub der rumänischen Hauptstadt Bukarest kommen über 50 Menschen ums Leben und über 140 Besucher werden zum Teil schwer verletzt (**30.10.2015**).

Russland/Ägypten

Flugzeugattentate

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

„Islamischer Staat“ (IS)

Sprengstoffanschlag auf ein russisches Passagierflugzeuges über der Sinai-Halbinsel. Alle 224 Insassen des Airbus A231 der sibirischen Airline Kolavia kommen dabei ums Leben (**31.10.2015**). Der ägyptische Ableger der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) – „Sinai-Provinz des Kalifats“ – bekennt sich zum Anschlag und spricht von einem Vergeltungsschlag für die russischen Luftangriffe auf IS-Stellungen in Syrien.

Türkei

In der Türkei erobert die islamisch-konservative Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) die bei der vorgezogenen Parlamentswahl vor fünf Monaten (7.6.2015) verlorene absolute Mehrheit zurück (**1.11.2015**). Die Partei von Staatspräsident Recep Tayip Erdoğan (*Erdogan*) gewinnt 317 (plus 59) von 550 Mandaten. Die republikanische Volkspartei (CHP) wird zweitstärkste Kraft mit 134 Mandaten (plus 2). Die prokurdisch-sozialistische Demokratische Partei der Völkere (HDP) schafft nur noch knapp den Einzug ins Parlament. Sie gewinnt 59 Mandate (minus 21). Die rechtsradikale Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) entsendet 40 Abgeordnete (minus 40).

Rumänien

Der rumänische Ministerpräsident Victor Ponta erklärt seinen Rücktritt (**4.11.2015**). Auslöser des Rücktritts sind Massenproteste wegen der Brandkatastrophe in einem Bukarester Nachtclub, bei der Ende Oktober über 50 Menschen ums Leben kamen. Ausserdem steht Victor Ponta, der bis im Juli auch Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei war, wegen Korruptionsvorwürfen unter Druck. Der Parteilose Dacian Cioloș (*Cioloș*) wird neuer Ministerpräsident (17.11.2015).

China (Volksrepublik China)

China (Republik China/Taiwan)

Erstmals seit dem Ende des chinesischen Bürgerkrieges 1949 treffen sich die Staatsechefs der Volksrepublik Chinas und der Republik China (Taiwan), Xi Jinping und Ma Ying-jeou, in Singapur (**7.11.2015**).

Myanmar

Bei den Parlamentswahlen in Myanmar erringt die oppositionelle National League for Democracy (NLD) von Aung San Suu Kyi einen deutlichen Sieg und gewinnt die Mehrheit der Mandate (**8.11.2015**). Im Repräsentantenhaus mit 330 direkt gewählten Abgeordneten erhält die NLD 255 und im Nationalitätenhaus mit 168 direkt gewählten Abgeordneten 135 Mandate. Die von den mächtigen Militärs unterstützte Union Solidarity and Development Party (USDP) muss sich mit 30 Sitzen im Repräsentantenhaus und mit 11 Mandaten im Nationalitätenhaus begnügen. Je ein Viertel der Mandate ist allerdings Vertretern der Armee vorbehalten. Es handelt sich um die ersten freien Wahlen seit 25 Jahren.

Kroatien

Politische Patt-Situation nach der Parlamentswahl in Kroatien (**8.11.2015**). Keine der beiden grossen Blöcke erreicht die absolute Mehrheit. Stärkste Kraft wird die oppositionelle Patriotische Koalition unter Führung der nationalkonservativen Kroatischen Demokratischen Union (HDZ) mit 59 der 151 Sitze. Das von der Sozialdemokratischen Partei angeführte Mitte-links-Bündnis „Kroatien wächst“ erhält 56 Mandate. Drittstärkste Kraft wird die neue Reformbewegung Most (Brücke) mit 19 Mandaten.

Portugal

In Portugal wird die Mitte-rechts-Regierung von Ministerpräsident Pedro Passos Coelho durch einen Misstrauensantrag der linken Opposition gestürzt (**10.11.2015**). Pedro Passos Coelho stand seit 2011 an der Spitze einer Koalitionsregierung aus seiner liberal-konservativen Sozialdemokratischen Partei (Partido Social Democrata/PSD) und dem konservative Centro Democrático e Social – Partido Popular (CDS-PP).

Deutschland

Der frühere deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt stirbt im Alter von 96 Jahren (**10.11.2015**). Der SPD-Politiker war von 1974 bis 1982 Bundeskanzler.

Libanon

„Islamischer Staat“ (IS)

Bei zwei Selbstmordanschlägen in der libanesischen Hauptstadt Beirut kommen 43 Menschen ums Leben. Zu den Attentaten bekennt sich der „Islamische Staat“/IS (**12.11.2015**).

Frankreich/Belgien

Bataclan-Anschlag

„Islamischer Staat“ (IS)

Paris wird von einer beispiellosen Terrorserie erschüttert. Bei sechs Anschlägen kommen 129 Menschen ums Leben und rund 350 werden verletzt (**13.11.2015**).

- Im Visier der Attentäter sind Restaurants, die Konzerthalle Bataclan und die Umgebung des Stade de France, wo ein Fussball-Länderspiel Frankreich-Deutschland stattfindet.
- In der Konzerthalle Bataclan mit etwa 1500 Besuchern schiessen die Terroristen wahllos in die Zuschauermenge. Das Massaker fordert 89 Tote. Sechs Attentäter sprengen sich sechs in die Luft, ein weiterer wird erschossen.
- Zu den Attentaten bekennt sich der „Islamische Staat“ (IS). „Eine Gruppe der Armee des Kalifats“ habe die „Hauptstadt der Unzucht und Laster“ angegriffen, heisst es in dem Bekennerschreiben.
- Der französische Staatspräsident François Hollande spricht von einem „Kriegsakt“ des „Islamischen Staates“ und verhängt über das ganze Land den Ausnahmezustand (état d’urgence).
- Spuren der Attentäter führen nach Belgien. Nach Überzeugung der Ermittler wurden die Anschläge von Syrien aus organisiert. Als mutmasslicher Drahtzieher gilt Abdelhamid Abaaoud, ein Belgier marokkanischer Herkunft. Er wird fünf Tage später bei einem Polizeieinsatz in Saint-Denis getötet.

Syrien/Syrien-Konflikt

Eine internationale Syrien-Konferenz in Wien einigt sich auf einen Rahmenplan für einen Friedensprozess (**14.11.2015**). Geplant sind ein Waffenstillstand, Friedensgespräche unter Vermittlung der UNO sowie die Bildung einer Übergangsregierung und Wahlen.

Frankreich

Der französische Staatspräsident François Hollande kündigt in einer Rede vor beiden Parlamentskammern einen unerbittlichen Kampf gegen den Terrorismus an. „Frankreich ist im Krieg“, erklärt Hollande. Die Republik könne nicht in die Knie gezwungen werden. Hollande verlangt Verfassungsänderungen, um Krisensituationen besser zu bewältigen. Der Justiz- und Sicherheitsapparat soll verstärkt werden (**16.11.2015**).

Frankreich/EU

Nach den Terroranschlägen in Paris nimmt Frankreich die Beistandsklausel in den Verträgen der Europäischen Union (EU) in Anspruch. Die EU aktiviert erstmals ihre Beistandsklausel. Diese verpflichtet alle Mitgliedsländer zur Hilfe und Unterstützung, wenn ein EU-Mitglied Opfer bewaffneter Aggression auf dem eigenen Territorium wird (**17.11.2015**).

Mali

Bei einem Überfall Islamistischer Terroristen auf ein Hotel in der malischen Hauptstadt Bamako kommen 19 Geiseln ums Leben (**20.11.2015**). Vorübergehend waren 170 Menschen in der Gewalt der Extremisten. Zu Tat bekennt sich der Al-Qaida-Ableger al-Murabitun.

UNO/„Islamischer Staat“ (IS)

Der UNO-Sicherheitsrat bezeichnet in einer Resolution den „Islamischen Staat“ (IS) als „globale und nie dagewesene Bedrohung“ und fordert die Staaten auf, „alle nötigen Massnahmen“ gegen die Terrorgruppe zu unternehmen (**20.11.2015**).

Belgien

Für die belgische Hauptstadt Brüssel wird die höchste Terrorwarnstufe verhängt. Die Regierung spricht von einer „sehr ernststen Bedrohung“ (**21.11.2015**).

Argentinien

Machtwechsel in Argentinien: Mauricio Macri vom konservativen Oppositionsbündnis Cambiemos gewinnt mit einem Stimmenanteil von 51,34 Prozent die Stichwahl um das Präsidendenamt (**22.11.2015**). Damit endet nach zwölf Jahren die zunächst von Néstor Kirchner und später von dessen Frau Cristina Fernández de Kirchner (*Fernandez de Kirchner*) geprägte Ära des „Kirchnerismus“. Macri war bisher Bürgermeister von Buenos Aires. Im Abgeordnetenhaus hat der peronistische Frente por la Victoria mit 103 der 257 Sitze die meisten Mandate, aber nicht die absolute Mehrheit. Das Bündnis Cambiemos (Unión Cívica Radical und Verbündete) ist mit 87 Abgeordneten vertreten.

Asean/AEC

Die Mitgliedsstaaten des Verbands Südostasiatischer Staaten (Association of Southeast Asian Nations/Asean) beschliessen die Bildung einer Wirtschaftsgemeinschaft – Asean Economic Community/AEC (**22.11.2015**).

Türkei/Russland

Im Grenzgebiet zu Syrien schießt die türkische Luftwaffe einen russischen Jagdbomber ab (**24.11.2015**). Das russische Kampfflugzeug soll in türkischen Luftraum eingedrungen sein. Russland reagiert mit Wirtschaftssanktionen gegen die Türkei.

Flüchtlingskrise Europa 2015/2016

Schweden

Schweden will das Asylrecht drastisch einschränken. Schweden könne Asylbewerber nicht länger auf dem bisherigen Niveau aufnehmen, erklärt Ministerpräsident Stefan Löfven. Die Familienzusammenführung werde erschwert und die Grenzkontrolle verschärft (**24.11.2015**). Schweden nimmt im Verhältnis zur Bevölkerungszahl EU-weit die meisten Flüchtlinge auf. 2015 rechnet Schweden mit 190 000 Asylsuchenden.

Portugal

Machtwechsel in Portugal: Der Sozialist António Costa wird neuer Regierungschef (**24.11.2015**). Seine Minderheitsregierung ist auf die Stimmen des marxistischen Linksblocks (Bloco de Esquerda/B.E.) und des Bündnisses der Kommunisten und Grünen (Coligação Democrática Unitária Unitaria/ CDU, bestehend aus dem Partido Comunista Português/PCP) und dem Partido Ecologista Os Verdes/PEV) angewiesen. Der bisherige Regierungschef Pedro Passos Coelho von der liberal-konservativen Sozialdemokratischen Partei (Partido Social Democrata/PSD) war durch einen Misstrauensantrag gestürzt worden.

Burkina Faso

Roch Marc Christian Kaboré vom Mouvement du Peuple pour le Progrès geht mit einem Stimmenanteil von rund 53 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in Burkina Faso hervor (**29.11.2015**).

Joint Expeditionary Force (JEF)

Unter britischer Führung vereinbaren sieben Länder – neben Grossbritannien, Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, die Niederlande und Norwegen – die Schaffung einer multinationalen Truppe: Joint Expeditionary Force – JEF (**30.11.2015**). Später schliessen sich auch Finnland, Schweden und Island der JEF an.

USA

Bei einem Überfall von Islamisten auf ein Behindertenzentrum in San Bernardino, im US-Staat Kalifornien, werden 14 Menschen erschossen (**3.12.2015**). Bei den Tätern handelt es sich um aus Pakistan stammendes Ehepaar.

Dänemark

EU

In einem Referendum lehnt die Bevölkerung Dänemarks mit 53,1 Prozent Nein-Stimmen die Aufhebung von Sonderrechten in der Europäischen Union (EU) in den Bereichen Justiz und Innenpolitik ab (**3.12.2015**).

Schweiz

EU

Die Schweizer Regierung will die Zuwanderung aus der Europäischen Union (EU) mit einer Schutzklausel begrenzen. Sollte die EU nicht zu einer einvernehmlichen Lösung Hand bieten, will der Bundesrat zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative einseitig eine Schutzklausel einführen (**4.12.2015**).

Frankreich

Mit einem Stimmenanteil von fast 28 Prozent geht der extrem rechte Front national als stärkste Partei aus der ersten Runde der Regionalwahlen in Frankreich hervor. Es folgen die Bürgerlichen mit 26,6 und die Sozialisten mit 23,3 Prozent. Der Front national (FN) liegt in 6 der 13 Regionen in Führung (**6.12.2015**).

In der zweiten Runde geht der Front national allerdings leer aus und gewinnt in keiner Region die Mehrheit (**13.12.2015**). Die bürgerliche Mitte-rechts-Opposition gewinnt in sieben, die Sozialisten in fünf Regionen. Auf Korsika siegen die Nationalisten.

Venezuela

Erdrutschsieg für die Opposition bei der Parlamentswahl in Venezuela (**6.12.2015**). Das Bündnis Mesa de la Unidad Democrática (MUD) gewinnt 109 der 167 Mandate und damit eine Zweidrittelmehrheit. Das Regierungsbündnis Gran Polo Patriótico muss sich mit 55 Mandaten begnügen.

Die Zweidrittelmehrheit geht durch einen Entscheid des Obersten Gerichtshof knapp verloren, da die Wahl von drei konservativen Abgeordneten aberkannt wird.

Staatspräsident Nicolás Maduro anerkennt zunächst die Niederlage seiner Partei, bezeichnet aber kurz darauf das Ergebnis als „faschistische Konterrevolution“.

Der Oberste Gerichtshof sabotiert das neue Parlament und lehnt mehrere vom Parlament verabschiedete Gesetze als verfassungswidrig ab.

Schweiz

Die Schweizerische Volkspartei (SVP) ist wieder mit zwei Mitgliedern in der Landesregierung vertreten. Die Vereinigte Bundesversammlung wählt den Waadtländer SVP-Nationalrat Guy Parmelin zum Nachfolger der zurückgetretenen Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf von der Bürgerlich-Demokratischen Partei/BDP (**9.12.2015**).

Tadschikistan

Das tadschikische Parlament erhebt Staatspräsident Emomali Rachmon zum „Führer der Nation“ auf Lebenszeit (**9.12.2015**).

Friedensnobelpreis/Tunesien

Das «Quartett des nationalen Dialogs» in Tunesien wird mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.2015**). Dem „Quartett des nationalen Dialogs“ gehören die Gewerkschaft UGTT, der Industrie- und Handelsverband, die Liga für Menschenrechte und die Anwaltskammer an.

Literaturnobelpreis

Belarus

Die belarusische Schriftstellerin Swetlana Alexandrowna Alexijewitsch erhält den Literaturnobelpreis (**10.12.2015**).

Umwelt/Klima

UNO-Klimakonferenzen

Pariser Weltklimaabkommen

Die UNO-Klimakonferenz in Paris (COP 21) verabschiedet einen Weltklimavertrag (**12.12.2015**).

- Die globale Erderwärmung soll bis Ende des Jahrhunderts auf „deutlich unter“ zwei Grad Celsius im Vergleich zum Ende des 19. Jahrhunderts begrenzt werden, mit dem Ziel, 1,5 Grad Celsius zu erreichen.
- Alle Staaten sollen Pläne vorlegen, wie sie das Ziel erreichen wollen, und zwar alle fünf Jahre.
- Die reichen Staaten sollen Finanzen bereitstellen, um den ärmeren zu helfen.
- Der Ausstoss von Treibhausgasen soll möglichst bald gesenkt werden. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts sollen nicht mehr Treibhausgase ausgestossen werden, als an derer Stelle – zum Beispiel durch Neuanpflanzung von Wäldern – absorbiert werden können.
- 196 Staaten stimmen dem Abkommen zu.

USA

Die US-Notenbank beschliesst die erste Leitzinserhöhung seit fast einem Jahrzehnt. Der Leitzins wird auf eine Spanne von 0,25 bis 0,5 Prozent angehoben (**16.12.2015**). Seit Ende 2008 – dem Höhepunkt der globalen Finanzkrise – lag der Zinssatz zur Versorgung der Geschäftsbanken mit Geld bei null bis 0,25 Prozent.

Costa Rica/Nicaragua

Internationaler Gerichtshof

Der Internationale Gerichtshof entscheidet im Grenzkonflikt zwischen Costa Rica und Nicaragua, dass Isla Portillos zu Costa Rica gehört (**16.12.2015**).

Libyen

Vertreter der Konfliktparteien im libyschen Bürgerkrieg unterzeichnen in der marokkanischen Stadt Skhirat ein von der UNO vermitteltes Abkommen zur Bildung einer Einheitsregierung (**17.12.2015**).

Syrien/Syrien-Konflikt

UNO

Der UNO-Sicherheitsrat verabschiedet einen Friedensplan für Syrien. Friedensgespräche zwischen Regierung und Opposition sollen ab Januar 2016 beginnen. Die Kriegsparteien werden aufgerufen, unverzüglich die Angriffe auf Zivilisten einzustellen (**18.12.2015**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Dirigent Kurt Masur stirbt im Alter von 88 Jahren (**19.12.2015**).

Spanien

Umbruch der Parteienlandschaft in Spanien (**20.12.2015**): Das bisherige System zwei dominierender Parteien – Partido Popular (PP) und Partido Socialista Obrero Español (PSOE) – wird bei den Parlamentswahlen von zwei Protestparteien aufgebrochen. Der konservative Partido Popular und die Sozialisten vom Partido Socialista Obrero Español erleiden infolge wachsenden Vertrauensverlusts hohe Einbussen. Wahlgewinner sind die Linkspartei Podemos und die liberalen Ciudadanos. Eine regierungsfähige Mehrheit kommt nicht zustande.

Der konservative Partido Popular (PP) von Ministerpräsident Mariano Rajoy bleibt zwar mit 123 Sitzen stärkste Kraft, verliert jedoch 63 Sitze und damit deutlich die bisherige absolute Mehrheit. Die Sozialisten (Partido Socialista Obrero Español/PSOE) erzielen das schlechteste Ergebnis seit 1977. Sie verlieren 20 Mandate und haben nur noch 90 Vertreter im Abgeordnetenhaus. Die neue Linkspartei Podemos wird mit 69 Sitzen (inclusive Listenverbindungen En Común in Katalonien, En Marea in Galicien und Compromís in Valencia) drittstärkste Kraft und ist damit die eigentliche Wahlsiegerin. Die liberalen Ciudadanos entsenden 40 Abgeordnete.

Fifa

Die Ethikkommission des Weltfußballverbandes sperrt Fifa-Präsident Sepp Blatter und Europas Verbandschef Michel Platini für jeweils acht Jahre (**21.12.2015**). Zum Verhängnis wird beiden die dubiose Zahlung von 1,8 Millionen Euro, die Platini im Jahr 2011 von Blatter angeblich für lange zurückliegende Beratertätigkeiten erhalten hatte.

Polen

Das von der nationalkonservativen Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) beherrschte polnische Parlament schränkt trotz massiver Proteste der Opposition die Einspruchsmöglichkeiten des Verfassungsgerichts massiv ein (**23.12.2015**) und verabschiedet ein umstrittenes Mediengesetz. Die EU-Kommission äussert erhebliche Bedenken.

Flüchtlingskrise Europa 2015/2016

Syrien/Griechenland

Nach Angaben des UNO-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) kamen im Jahr 2015 etwa eine Million Flüchtlinge über das Mittelmeer nach Europa: mehr als 80 Prozent via Griechenland und Balkanroute.

Etwa die Hälfte der Mittelmeer-Flüchtlinge kommt aus Syrien. Danach folgen Afghanistan, Irak und Eritrea.

Schätzungsweise 3700 Menschen kamen bei der gefährlichen Mittelmeerüberfahrt ums Leben (**30.12.2015**).

Georgien

Neuer Ministerpräsident in Georgien: Giorgi Kvirikashvili von der Regierungspartei Georgischer Traum ersetzt den bisherigen Ministerpräsidenten Irakli Garibaschwili (**30.12.2015**).

Türkei/Kurden

Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan (Erdogan) will die Kurdische Arbeiterpartei (PKK) „bis zum Ende bekämpfen lassen“ (**31.12.2015**).

Seit zwei Wochen gehen türkische Sicherheitskräfte in einer Grossoffensive gegen kurdische Rebellen vor. Zentren der Auseinandersetzungen sind die Städte Cizre und Silopi sowie der Altstadtbezirk Sur von Diyarbakir, wo sich Kämpfer der PKK-nahen „Bewegung der revolutionär-patriotischen Jugend“ (YDG-H) verschanzen und bewaffneten Widerstand leisten. Die Behörden verhängen Ausgangssperren. Tausende Menschen flüchten aus den Krisengebieten.

Flüchtlingskrise Europa 2015/2016

Deutschland/Syrien

Im Jahr 2015 sind fast 1,1 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland gekommen (**31.12.2015**). Der grösste Anteil der Asylbewerber stammt aus Syrien.

2016

Deutschland

In Köln kommt es bei den Silvesterfeiern vor dem Hauptbahnhof zu massenhaften Übergriffen auf Frauen, die ausgeraubt und sexuell belästigt werden. Über 600 Anzeigen werden erstattet. Im Fokus der Ermittlungen stehen Personen aus nordafrikanischen Ländern (**1.1.2016**). Die Ereignisse in Köln verschärfen die Flüchtlingsdebatte.

Saudiarabien/Iran

In Saudiarabien werden 47 Menschen wegen Terrorismus, Anstiftung zu Gewalt und krimineller Verschwörung hingerichtet, unter ihnen auch der prominente schiitische Geistliche Scheich Nimr al-Nimr (**2.1.2016**). In Iran kommt es zu antisaudischen Protesten und Ausschreitungen, worauf Saudiarabien die diplomatischen Beziehungen zu Iran abbricht.

Flüchtlingskrise Europa 2015/2016

EU/Schengen-Raum

Um die Einreise von Flüchtlingen zu beschränken, führen die Schengen-Staaten Schweden und Dänemark wieder Grenzkontrollen durch (**4.1.2016**). Insgesamt sechs Schengen-Staaten – Deutschland, Österreich, Frankreich, Dänemark, Schweden, Norwegen – haben temporäre Grenzkontrollen eingeführt.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der französische Komponist und Dirigent Pierre Boulez stirbt im Alter von 90 Jahren (**5.1.2016**).

Korea (Nordkorea)

Nordkorea meldet den erfolgreichen Test einer Wasserstoffbombe (**6.1.2016**).

Türkei

Bei einem Selbstmordanschlag vor der Blauen Moschee in Istanbul kommen zwölf Touristen ums Leben, unter ihnen zehn deutsche Staatsangehörige. Die türkische Regierung bezeichnet den „Islamischen Staat“ als Urheber (**12.1.2016**).

Erdöl

Talfahrt am Ölmarkt: Der Preis für ein Barrel Rohöl der US-Sorte WTI fällt erstmals seit Dezember 2003 unter die Marke von 30 Dollar (**12.1.2016**).

Polen/EU

Erstmals leitet die Europäische Union ein Verfahren zum Schutz der Rechtsstaatlichkeit gegen eines ihrer Mitglieder – Polen – ein. Im Fokus des Verfahrens ist die umstrittene Reform des polnischen Verfassungsgerichts (**13.1.2016**).

Indonesien

„Islamischer Staat“ (IS)

Erstmals verübt der „Islamische Staat“ (IS) einen Terroranschlag in Indonesien. Bei Attacken in der Hauptstadt Jakarta kommen vier Zivilisten und vier Angreifer (**14.1.2016**).

Burkina Faso

Jihadisten überfallen in der Hauptstadt von Burkina Faso – Ouagadougou – zwei Hotels und ein Café. Dabei kommen 29 Menschen ums Leben, unter ihnen zwei Schweizer (**15.1./16.1.2016**).

Iran/USA/EU

Die USA und die Europäische Union (EU) heben einen Grossteil der wegen des Atomstreits gegen Teheran verhängten Sanktionen gegen Iran auf (**16.1.2016**). Laut Angaben der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) hat Iran die im Juli 2015 vereinbarten Voraussetzungen erfüllt. Iran erhält Zugang zu blockierten Vermögen, kann Erdöl exportieren und das internationale Bankensystem nutzen.

China (Republik China/Taiwan)

Zum ersten Mal in der Geschichte Taiwans wird mit Tsai Ing-wen eine Frau zur Staatschefin gewählt. Sie erhält rund 56 Prozent der Stimmen. Ihre Demokratische Fortschrittspartei Partei (Democratic Progressive Party/DPP) gewinnt auch die Parlamentswahl. Erstmals seit fast 70 Jahren büsst die bisher regierende Kuomintang ihre Vormachtstellung im Parlament ein (**16.1.2016**).

Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB)

In Peking findet der Gründungskongress der von China lancierten Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank – Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) statt. Zu den 57 Gründungsmitgliedern zählt auch die Schweiz (**16.1.2016**).

Libyen

Unter UNO-Vermittlung einigen sich die Konfliktparteien in Libyen auf die Bildung einer Einheitsregierung unter Führung von Fayed al-Sarraj (**19.1.2016**). Dagegen regt sich heftiger Widerstand.

Flüchtlingskrise Europa 2025/2016

Österreich

Österreich will nur noch eine begrenzte Anzahl von Asylsuchenden ins Land lassen. 2016 sollen es maximal 37 500 sein (**20.1.2016**).

Moldau

Die proeuropäische Mehrheit im moldauischen Parlament wählt Pawel Filip von der Demokratischen Partei zum neuen Regierungschef (**20.1.2016**).

Kroatien

Der parteilose Tihomir Orešković (*Oreskovic*) wird neuer Ministerpräsident Kroatiens. Der Koalitionsregierung gehören die nationalkonservative Kroatische Demokratische Union (HDZ) und die Reformbewegung Most (Brücke) an (**22.1.2016**).

Laos

Boungnang Vorachit wird neuer Vorsitzender der in Laos allein regierenden Revolutionären Volkspartei (**22.1.2016**) und drei Monate später (20.4.2016) auch Staatspräsident.

Portugal

Der Rechtswissenschaftler Marcelo Rebelo de Sousa wird zum neuen portugiesischen Staatschef gewählt (**24.1.2016**). Der frühere Vorsitzende der konservativ-liberalen Sozialdemokratischen Partei (Partido Social Democrata/PSD) erhält 52 Prozent der Stimmen.

Syrien/Syrien-Konflikt/Russland

In Genf beginnen Gespräche über eine Lösung des Syrien-Konflikts (**29.1.2016**). Nach wenigen Tagen werden die Gespräche ergebnislos sistiert (3.2.2016). Denn zeitgleich mit den diplomatischen Bemühungen in Genf lancieren syrische Regierungstruppen mit russischer Luftunterstützung und mit Hilfe schiitischer Milizen eine Grossoffensive gegen die Stadt Aleppo. Zehntausende Menschen flüchten aus Aleppo und schlagen sich zur türkischen Grenze durch. Bis zu 300 000 Menschen halten weiter in der Stadt aus.

Crankheiten/Seuchen/Epidemien/Zika-Virus

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) erklärt wegen der rasanten Ausbreitung des Zika-Virus den globalen Gesundheitsnotstand (**1.2.2016**).

Transpazifische Partnerschaft (TPP)

Vertreter von zwölf Pazifik-Anrainerstaaten – Australien, Brunei, Chile, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur, USA und Vietnam – unterzeichnen in Auckland den Transpazifischen Freihandelspakt (Trans Pacific Partnership/TPP). Die TPP-Länder umfassen 800 Millionen Einwohner und stehen für fast 40 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung (**4.2.2016**).

Schweiz

Banken

Die Schweizer Grossbank Credit Suisse verzeichnet für 2015 einen Verlust von 2,94 Milliarden Franken und kündigt an, bis Ende 2018 Kosten von 3,5 Milliarden einzusparen, indem 4000 Stellen gestrichen werden (**4.2.2016**).

USA

Präsidentenwahlkampf in den USA: Aus den ersten Primärwahlen im Staat New Hampshire gehen Donald Trump bei den Republikanern und Bernie Sanders bei den Demokraten als Sieger hervor. Die demokratische Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton muss sich mit 38 Prozent der Stimmen begnügen (**9.2.2016**).

Frankreich

Neue linke Bewegung in Frankreich: Jean-Luc Mélenchon vom Parti de Gauche gründet „La France insoumise“ (**10.2.2016**).

Weltraum/Weltraumforschung

Wissenschaftler erbringen erstmals einen direkten Nachweis der Existenz von Gravitationswellen (**11.2.2016**). Am 14. September 2015 verzeichneten Detektoren in den USA Gravitationswellen, ausgelöst von zwei schwarzen Löchern, die in 1,3 Milliarden Lichtjahren Entfernung zusammengeprallt und verschmolzen waren.

Lettland

Māris Kučinskis (*Kucinskis*) vom Bündnis der Grünen und Bauern wird neuer Ministerpräsident Lettlands (**11.2.2016**). Er tritt die Nachfolge von Laimdota Straujuma an. Die erste Regierungschefin Lettlands hatte wegen regierungsinternen Streitigkeiten ihren Rücktritt erklärt.

Nato/Flüchtlinge

Die Nato beschliesst eine maritime Überwachungsmission in der Ägäis zur Bekämpfung der Schlepperaktivitäten (**11.2.2016**).

Syrien/Syrien-Konflikt

Nach fünf Jahren Bürgerkrieg sollen in Syrien binnen einer Woche die Waffen schweigen und in die belagerten Städte sollen Hilfsgüter gelangen: Auf dieses Ziel verständigt sich die in München tagende Syrien-Kontaktgruppe (USA, Russland und wichtige Regionalmächte). Der „Islamische Staat“ (IS) und die Nusra-Front sollen weiterhin bekämpft werden (**12.2.2016**). In die belagerten Städte sollen Hilfsgüter gelangen. Der Waffenstillstand tritt am 27. Februar in Kraft, hält jedoch nicht..

Vatikan/Russland

Römisch-katholische Kirche/Russisch-orthodoxe Kirche

Papst Franziskus und der russisch-orthodoxe Patriarch Kyrill I. treffen sich in Havanna (**12.2.2016**). Es ist das erste Treffen der Oberhäupter der römisch-katholischen und der russisch-orthodoxen Kirche seit der Kirchenspaltung im Jahr 1054.

Russland

Der russische Ministerpräsident Dmitri Medwedew sorgt an der Münchner Sicherheitskonferenz mit der Aussage für Aufsehen: „Wir sind abgerutscht in eine neue Zeit des Kalten Krieges“ (**13.2.2016**).

Zentralafrikanische Republik

Nach drei Jahren Bürgerkrieg wählt die Bevölkerung einen neuen Staatspräsidenten. Wahlsieger ist Faustin-Archange Touadéra (**14.2.2016**).

Haiti

In Haiti übernimmt Senatspräsident Jocelerme Privert interimistisch das Amt des Staatspräsidenten, da die von Unruhen und Betrugsvorwürfen überschattete Präsidentenwahl noch nicht entschieden ist (**14.2.2016**).

Bosnien und Herzegowina

EU

Bosnien und Herzegowina will der Europäischen Union (EU) beitreten und reicht in Brüssel den entsprechenden Antrag ein (**15.2.2016**).

Flüchtlingskrise Europa 2015/2016

Österreich

Österreich verschärft die Flüchtlingspolitik (**17.2.2016**). Pro Tag wollen die Behörden nur noch 80 Gesuche bei Grenzübertritten annehmen. Zudem dürfen täglich maximal 3200 Personen durchs Land reisen, die in einem anderen Staat wie Deutschland Asyl beantragen wollen. An 13 Grenzübergängen zu Slowenien und Italien will Österreich die Grenzkontrollen verschärfen.

Türkei

Bei einem Anschlag auf einen Militärkonvoi in Ankara kommen 28 Menschen ums Leben (**17.2.2016**). Zum Attentat bekennt sich eine kurdische Splittergruppe.

Uganda

Zum fünften Mal in Folge geht Yoweri Museveni als Sieger aus der Präsidentenwahl in Uganda hervor (**18.2.2016**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der italienische Schriftsteller Umberto Eco stirbt im Alter von 84 Jahren (**19.2.2016**).

Bolivien

Die Bevölkerung Boliviens lehnt mit 51,7 Prozent Nein-Stimmen eine Verfassungsänderung über die Amtszeitverlängerung des Staatspräsidenten von zwei auf drei Wahlperioden ab (**21.2.2016**) und spricht sich damit gegen eine erneute Kandidatur von Staatschef Evo Morales bei den Wahlen 2019 aus.

Jamaika

Die Opposition gewinnt knapp die Parlamentswahl in Jamaika (**25.2.2016**). Die konservative Jamaica Labour Party gewinnt 32 (plus 11) Mandate. Die bisher regierende linke People's National Party erhält 31 Sitze (minus 11). Andrew Holness wird neuer Premierminister.

Kosovo

Der frühere Rebellenführer und ehemalige Ministerpräsident Hashim Thaçi (*Thaci*) wird zum neuen Staatschef von Kosovo gewählt (**26.2.2016**).

Iran

Reformer und Pragmatiker erzielen bei der Parlamentswahl in Iran deutliche Zugewinne (**26.2.2016**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen nach hartem Abstimmungskampf die von der Schweizerischen Volkspartei lancierte Volksinitiative „zur Durchsetzung der Ausschaffung krimineller Ausländer“, die sogenannte Durchsetzungsinitiative, überraschend deutlich mit 58,9 Prozent Nein-Stimmen ab (**28.2.2016**). Die

Stimmbeteiligung liegt bei 63 Prozent. Damit kann das vom Parlament verabschiedete Umsetzungsgesetz zu der am 28. November 2010 vom Volk gutgeheissenen Ausschaffungsinitiative in Kraft treten. Knapp abgelehnt wird mit 50,8 Prozent Nein-Stimmen die Volksinitiative „für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe“ (steuerliche Nachteile für Ehepaare). Mit 57 Prozent Ja-Stimmen heissen die Schweizer Stimmberechtigten den Bau eines zweiten Strassentunnels am Gotthard gut.

USA

Erfolgreicher Super Tuesday für die US-Präsidentschaftskandidaten Hillary Clinton und Donald Trump. Die Demokratin Hillary Clinton, ehemalige First Lady und Aussenministerin, und der republikanische Immobilienmilliardär und umstrittene Quereinsteiger Donald Trump siegen jeweils je sieben Staaten (**1.3.2016**).

Slowakei

In der Slowakei erleidet die sozialdemokratische Partei Smer-SD von Ministerpräsident Robert Fico schwere Verluste und büsst ihre absolute Mehrheit ein (**5.3.2016**). Trotz 34 Mandatsverlusten bleibt sie mit 49 Sitzen weiterhin die stärkste Kraft. An zweiter Stelle folgt die liberale Partei Freiheit und Solidarität (SaS) mit 21 Sitzen. Drittstärkste Kraft ist konservative Protestpartei Gewöhnliche Leute und unabhängige Personen (OL) mit 19 Mandaten. Nicht mehr vertreten sind liberal-konservative Slowakische Demokratische Christliche Union–Demokratische Partei (SDKU-DS) und die Christlich-Demokratische Bewegung (KDH). Unter den acht im Parlaments vertretenen Parteien befinden sich mehrere rechtspopulistische Gruppierungen sowie die rechtsextreme Volkspartei–Unsere Slowakei. Fico bildet eine Koalitionsregierung aus vier Parteien. Es ist Ficos dritte Amtszeit als Ministerpräsident.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der österreichische Dirigent Nikolaus Harnoncourt stirbt im Alter von 86 Jahren (**5.3.2016**).

Brasilien/Peru

Der brasilianische Bauunternehmer Marcelo Bahia Odebrecht wird wegen Korruption und Geldwäsche zu 19 Jahren und vier Monaten Gefängnis verurteilt (**8.3.2016**). Odebrecht war im Juni 2015 im Rahmen der Ermittlungen im Petrobras-Korruptionsskandal verhaftet worden.

In die Schmiergeldaffäre um den brasilianischen Baukonzern Odebrecht sind Spitzenpolitiker aus zahlreichen lateinamerikanischen Ländern verwickelt. Insgesamt sollen Schmiergelder in Höhe von fast 800 Millionen Dollar an Politiker, Staatsbeamte und Manager überwiesen worden sein. Zu ihnen gehören mehrere Staatseichefs aus Peru, unter ihnen Alejandro Toledo und Alan García (García).

Flüchtlingskrise Europa 2015/2016

Mazedonien/Griechenland/Slowenien/Serbien/Kroatien

Die Balkanroute für Flüchtlinge ist faktisch geschlossen: Mazedonien, Slowenien, Serbien und Kroatien schliessen die Grenzen für Flüchtlinge (**9.3.2016**). An der mazedonisch-griechischen Grenze bei Idomeni (Griechenland) kommen über 10 000 Flüchtlinge wegen der Blockade der Balkanroute nicht mehr weiter. In Griechenland zeigt die Zahl der festsitzenden Flüchtlinge auf über 40 000.

Deutschland

Denkzettel für die etablierten Parteien in Deutschland (**13.3.2016**): Bei drei Landtagswahlen zieht die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) im Sog der Flüchtlingskrise mit zweistelligen Ergebnissen in die Parlamente ein.

- In Sachsen-Anhalt erhält die AfD mit 24,2 Prozent ein Rekordergebnis und wird zweitstärkste Kraft hinter der Christlich Demokratischen Union (CDU).
- In Baden-Württemberg erhält die AfD 15,1 und in Rheinland-Pfalz 12,6 Prozent der Stimmen. Damit ist die Alternative für Deutschland in acht Länderparlamenten vertreten.
- Sowohl Christlichdemokraten wie Sozialdemokraten erleiden starke Verluste.
- In Baden-Württemberg werden die Grünen von Ministerpräsident Winfried Kretschmann erstmals stärkste Kraft. Die CDU muss in ihrem Stammland einen Verlust von zwölf Prozentpunkten in Kauf nehmen.
- Die Sozialdemokraten (SPD) verzeichnen ein Minus von rund zehn Prozentpunkten in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt.

Türkei

Bei einem Sprengstoffanschlag in der türkischen Hauptstadt Ankara kommen 34 Menschen ums Leben. Zum Attentat bekennt sich eine kurdische Splittergruppe (**13.3.2016**).

Myanmar

In Myanmar wird mit Htin Kyaw erstmals seit mehr als 50 Jahren ein ziviler Staatspräsident ohne militärische Karriere gewählt. Htin Kyaw ist ein Vertrauter von Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi (**15.3.2016**). Sie leitet ab dem 6. April 2016 als Staatsrätin die Regierung, ist de facto Regierungschefin.

Flüchtlingskrise Europa 2015/2016

EU/Türkei

Die Europäische Union (EU) und die Türkei einigen sich auf ein Abkommen zur Entschärfung der Flüchtlingskrise (**18.3.2016**). Die Türkei verpflichtet sich, alle Flüchtlinge zurückzunehmen, die nach dem 20. März illegal über die

Ägäis nach Griechenland kommen. Im Gegenzug sollen von der Türkei aus syrische Flüchtlinge legal in EU-Staaten umgesiedelt werden, bis zu 72 000 Menschen. Die EU stellt die baldige Aufhebung der Visapflicht für türkische Staatsbürger in Aussicht.

USA/Kuba

Historischer Besuch in Kuba: Mit Barack Obama besucht erstmals seit 88 Jahren ein US-Präsident Kuba (**20.3.2016**).

Benin

Der Baumwollunternehmer Patrice Talon geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Benin hervor (**20.3.2016**).

Kongo-Brazzaville

In Kongo-Brazzaville wird der Langzeitherrscher Denis Sassou Nguesso nach 2002 und 2009 für eine dritte Amtszeit gewählt (**20.3.2016**). Er erhält rund 60 Prozent Stimmenanteil. Ermöglicht wurde seine Kandidatur durch eine im Vorjahr (25.10.2015) verabschiedete Verfassungsänderung.

Kongo-Kinshasa

Internationaler Strafgerichtshof

Der frühere kongolesische Rebellenführer und stellvertretende Ministerpräsident Jean-Pierre Bemba wird vom Internationalen Strafgerichtshof wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gesprochen (**21.3.2016**) und zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil wird durch eine Berufungskammer im Juni 2018 aufgehoben.

Belgien

„Islamistischer Staat“ (IS)

Belgien unter Schock (**22.3.2016**): Bei Sprengstoffanschlägen im Brüsseler Flughafen Zaventem und in der Brüsseler Metrostation Maelbeek kommen 32 Menschen ums Leben und über 300 werden verletzt. Die Metrostation befindet sich in der Nähe des Sitzes der EU-Kommission. Die Behörden erhöhen die Terrorwarnstufe auf das höchste Niveau. Der öffentliche Verkehr wird in der ganzen Stadt eingestellt. Zu den Anschlägen bekennt sich der „Islamistische Staat“ (IS).

Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien

Jugoslawienkriege/Bosnienkrieg

Der internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien verurteilt den früheren bosnischen Serbenführer Radovan Karadžić (*Karadzic*) wegen Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 40 Jahren Haft (**24.3.2016**). Karadžić, ehemaliger Präsident der bosnischen Serbenrepublik (Republika Srpska), wird auch für das Massaker von Srebrenica von 1995, dem über 8000 muslimische Männer und Knaben zum Opfer fielen, verantwortlich gemacht. 2019 wird das Strafmaß in lebenslänglich verschärft (20.3.2019).

Pakistan

Bei einem Sprengstoffanschlag in der pakistanischen Stadt Lahore kommen über 70 Menschen ums Leben. Mehr als 350 Menschen werden verletzt. Eine Taliban-Gruppe bekennt sich zum Attentat bei einem Spielplatz (**27.3.2016**).

Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien

Serbien

Der serbische radikale Nationalist Vojislav Šešelj (*Seselj*) wird vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien überraschend freigesprochen. Die Anklage hatte 28 Jahre Gefängnis verlangt. Šešelj hatte während der Jugoslawien-Kriege mit Hasstiraden zur Vertreibung ethnischer Minderheiten aufgerufen und sich für ein „Gross-Serbien“ eingesetzt (**31.3.2016**).

Karabach-Konflikt

Berg-Karabach

Aserbaidschan/Armenien

Der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um Berg-Karabach flammt wieder auf. Bei den schwersten militärischen Auseinandersetzungen seit dem Waffenstillstand von 1994 kommen über 30 Soldaten ums Leben (**2.4.2016**).

Steueroasen/„Panama Papers“

Riesiges Datenleck: In einer weltweit konzertierten Aktion decken Medien brisante Daten über Finanzgeschäfte von über 140 Politikern oder deren Angehörige auf (**3.4.2016**).

- Das Leck umfasst 11,5 Millionen Dokumente.
- Die „Panama Papers“ stammen von der in Panama ansässigen Anwaltskanzlei Mossack Fonseca.
- Das Datenleck aus Panama zeigt bislang verborgene Geschäfte von 214 000 Briefkastenfirmen, Trusts und Stiftungen in 21 Steueroasen.
- In den Unterlagen über Briefkastenfirmen prominenter Politiker tauchen die Namen von amtierenden oder ehemaligen Staatspräsidenten und Regierungschefs auf. Genannt werden unter anderen der ukrainische Präsident Petro Poroschenko, der isländische Ministerpräsident Sigmundur Davíð Gunnlaugsson, der argentinische Präsident Mauricio Macri und der saudiarabische König Salman.

- Über Offshore-Firmen von Freunden des russischen Präsidenten Wladimir Putin wurden laut Recherchen 2 Milliarden Dollar geschleust. Als Schlüsselfigur gilt der Cellist Sergei Roldugin.

Niederlande/EU/Ukraine

In einem konsultativen Referendum lehnen die Niederländer den Assoziierungsvertrag der Europäischen Union (EU) mit der Ukraine mit 61 Prozent Nein-Stimmen ab (**6.4.2016**).

Frankreich

Der frühere französische Wirtschaftsminister Emmanuel Macron gründet die sozialliberale Bewegung „En Marche!“ (**6.4.2016**).

Island

Die in den „Panama Papers“ aufgetauchten Daten über Briefkastenfirmen prominenter Politiker sorgen in Island für eine Regierungskrise und einen Wechsel an der Spitze der Regierung (**7.4.2016**). Ministerpräsident Sigmundur Davíð Gunnlaugsson von der Fortschrittspartei übergibt sein Amt bis zu Parlamentsneuwahlen an Sigurður Ingi Jóhannsson (*Johannsson*).

Ukraine

Der ukrainische Ministerpräsident Arseni Jazenjuk tritt zurück (**10.4.2016**). Kritiker werfen ihm die Verschleppung wichtiger Reformen vor. Sein Nachfolger wird Wolodymyr Hrojsman vom Block des Staatsschefs Petro Poroschenko.

Tschad

In Tschad gewinnt Idriss Déby zum fünften aufeinanderfolgenden Mal die Präsidentenwahl (**10.4.2016**).

Korea (Südkorea)

Bei der Parlamentswahl in Südkorea erringt die liberale Democratic Party überraschend die meisten Mandate. Sie erhält 123 der 300 Sitze. Knapp dahinter mit 122 Sitzen liegt die bisher regierende konservative Senauri-Partei (**13.4.2016**).

Österreich

Debakel für die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP bei der Präsidentenwahl in Österreich. Klarer Sieger der ersten Runde wird der Kandidat der rechtspopulistischen Freiheitlichen (FPÖ), Norbert Hofer, mit rund 35 Prozent der Stimmen vor dem früheren Grünen-Parteichef Alexander Van der Bellen mit rund 21 Prozent. Die Kandidaten der Sozialdemokraten (SPÖ) und konservativen Volkspartei (ÖVP) landen weit abgeschlagen auf den Plätzen vier und fünf. Damit wird erstmals in der Nachkriegsgeschichte weder die SPÖ noch die ÖVP das Amt des Bundespräsidenten innehaben (**24.4.2016**).

Serbien

Bei der Parlamentswahl in Serbien verteidigt die konservative Fortschrittspartei (SNS) von Regierungschefs Aleksandar Vučić (*Vucic*) trotz Sitzverlusten ihre Mehrheit. Sie gewinnt 131 Mandate (minus 39). Zweistärkste Kraft ist das Wahlbündnis der Sozialistischen Partei mit 29 Mandaten. An dritter Stelle folgt die Radikale Partei des extremen Nationalisten Vojislav Šešelj (*Seselj*) mit 22 Sitzen (**24.4.2016**).

Flüchtlingskrise Europa 2015/2016

Österreich

Das österreichische Parlament beschliesst eine drastische Verschärfung des Asylrechts (**27.4.2016**).

Kanada

Katastrophen/Waldbrände und Buschbrände

Die kanadische Provinz Alberta wird von verheerenden Waldbränden heimgesucht (**ab Anfang Mai 2016**). Die rund 90 000 Einwohner der Stadt Fort McMurray müssen in Sicherheit gebracht werden.

Türkei

Der türkische Ministerpräsident und Chef der islamisch-konservativen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) Ahmet Davutoğlu (*Davutoglu*) hat im Machtkampf mit Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan (*Erdogan*) das Nachsehen. Er verkündet seinen Rücktritt als Parteivorsitzender und damit auch als Regierungschef (**5.5.2016**). Neuer Ministerpräsident und AKP-Chef wird Binali Yıldırım (*Yildirim*).

Österreich

Der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann tritt mit sofortiger Wirkung als Regierungschef und Vorsitzender der Sozialdemokraten (SPÖ) zurück. Er begründet seinen Schritt mit dem fehlenden Rückhalt in der eigenen Partei (**9.5.2016**).

Philippinen

Drogen

Rodrigo Duterte geht als Sieger aus der Präsidentenwahl auf den Philippinen hervor (**9.5.2016**). Der Kandidat der Partei PDP-Laban – Partido Demokratiko Pilipino - Lakas ng Bayan (Democratic Party - People's Power) erhält rund 39 Prozent der Stimmen. Im Abgeordnetenhaus bleibt die Liberal Party stärkste Kraft.

Der neue Präsident, bisher Bürgermeister von Davao, sagt der Drogenkriminalität einen gnadenlosen Kampf an. Der „Krieg gegen die Drogen“ fordert in den ersten drei Monaten nach Amtsantritt des neuen Präsidenten über 3000 Tote. Laut Angaben von Menschenrechtsorganisationen steigt die Zahl der Menschen, die bei Polizeirazzien oder durch „Todesschwadronen“ getötet wurden bis November 2021 (ein halbes Jahr vor Ende der Amtszeit von Duterte) auf rund 30 000.

Italien

LGBTIQ

Nach dem italienischen Senat billigt auch das Abgeordnetenhaus die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften (**11.5.2016**).

Nato/USA/Rumänien/Polen

Russland/Iran

Die Nato errichtet an ihrer Ostgrenze ein Raketenabwehrsystem. Im rumänischen Militärflugplatz Deveselu wird der erste Stützpunkt der von den USA entwickelten Aegis-Raketenabwehranlage eingeweiht (**12.5.2016**). Eine zweite Basis entsteht im polnischen Redzikowo.

Russland bezeichnet die Raketenabwehranlagen als Bedrohung seiner inneren Sicherheit. Die Nato beschwichtigt: Das Abwehrsystem richte sich nicht gegen Russland. Die USA sehen Iran als Hauptbedrohung.

Brasilien

Die brasilianische Staatspräsidentin Dilma Rousseff wird für 180 Tage in ihrem Amt suspendiert. Nach dem Abgeordnetenhaus stimmt auch der Senat einem Amtsenthebungsverfahren zu (**12.5.2016**). Rousseff wird beschuldigt, Haushaltszahlen geschönt zu haben. Ihr Amt übernimmt interimistisch Vizepräsident Michel Temer.

Deutschland

Das deutsche Bundesland Baden-Württemberg erhält eine grün-schwarze Regierung unter Führung des Grünen-Politikers Winfried Kretschmann. Es handelt sich um die erste Regierung von Grünen und CDU auf Bundeslandebene (**12.5.2016**).

Österreich

Christian Kern wird neuer österreichischer Bundeskanzler. Der sozialdemokratische Politiker war bisher Chef der Österreichischen Bundesbahnen. Er ersetzt den zurückgetretenen Bundeskanzler und Parteikollegen Werner Faymann. (**17.5.2016**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Historiker Fritz Stern stirbt im Alter von 90 Jahren (**18.5.2016**).

Türkei

Das türkische Parlament stimmt für die Aufhebung der Immunität von 138 Abgeordneten. Damit ist der Weg frei für Ermittlungen gegen mehr als ein Viertel der Parlamentarier (**20.5.2016**).

Österreich

Alexander Van der Bellen geht knapp als Sieger aus der Bundespräsidentenwahl in Österreich hervor (**22.5.2016**). Der frühere Grünen-Parteichef, der sich als unabhängiger Kandidat für das Präsidentenamt bewarb, erhält 50,3 Prozent der Stimmen. Rund 30 000 Stimmen weniger entfallen auf den Rechtspopulisten Norbert Hofer, Kandidat der Freiheitlichen Partei (FPÖ). Die FPÖ akzeptiert den Wahlausgang nicht und beschliesst, die Wahl wegen massiven formalen Mängeln bei der Auszählung der Briefstimmenwahl anzufechten (vgl. 1.7.2016).

Tadschikistan

In Tadschikistan werden in einer Volksabstimmung die Beschränkung der Zahl der Amtszeiten des Staatspräsidenten aufgehoben, das Mindestalter für Präsidentschaftskandidaten auf 30 Jahre herabgesetzt und religiöse Parteien verboten (**22.5.2016**). Die Partei der islamischen Wiedergeburt, die einzige legale islamische Partei Zentralasiens, war im Vorjahr verboten worden.

USA

Eine E-Mail-Affäre kratzt am Image von Hillary Clinton, der demokratischen Bewerberin für das US-Präsidentenamt. Ein Bericht des US-Aussenministeriums kommt zum Schluss, dass Hillary Clinton, die als Aussenministerin ihren privaten E-Mail-Server für dienstliche Nachrichten nutzte, gegen interne Vorschriften verstossen hat (**25.5.2016**). Die Bundespolizei FBI empfiehlt, keine Anklage gegen Clinton zu erheben. Sie habe sich aber äusserst sorglos verhalten. Das US-Justizministerium folgt der Empfehlung (6.7.2016).

Frankreich

Mit Strassenblockaden vor Raffinerien und Tanklagern sowie Streiks in Atomkraftwerken versuchen Frankreichs Gewerkschaften die Reform des Arbeitsrechts zu verhindern (**26.5.2016**).

Flüchtlingskrise Europa 2015/2016

Italien

Im Mittelmeer kommen Hunderte von Flüchtlingen und Migranten beim Versuch ums Leben, von Libyen nach Italien zu gelangen (**26.5.2016**). Innert einer Woche rund 14 000 in Seenot geratene Flüchtlinge und Migranten gerettet und nach Italien gebracht.

Tschad/Senegal

Ein Sondergericht in Senegal verurteilt Hissène Habré, ehemaliger Machthaber in Tschad, wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Folter und sexueller Sklaverei zu lebenslanger Haft (**30.5.2016**).

Das Gericht urteilte im Auftrag der Afrikanischen Union (AU). Erstmals musste sich ein ehemaliges afrikanisches Staatsoberhaupt in einem anderen afrikanischen Land wegen Verbrechen in seinem Heimatstaat verantworten. Habrés Gewaltherrschaft dauerte von 1982 bis 1990 und forderte nach Schätzungen rund 40 000 Tote.

Schweiz

Die Schweiz feiert die Eröffnung des 57 Kilometer langen Gotthardbasistunnels, der längsten Eisenbahntunnels der Welt (**1.6.2016**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-Amerikanische Schwergewichtsboxer Muhammed Ali (früherer Name: Cassius Clay) stirbt im Alter von 74 Jahren (**3.6.2016**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Volksinitiative „für ein bedingungsloses Grundeinkommen“ mit 76,9 Prozent Nein-Stimmen ab (**5.6.2016**).

Haiti

In Haiti wird die Präsidentenwahl von 2015 wegen Unregelmässigkeiten annulliert (**5.6.2016**). In der ersten Runde (25.10.2015) hatte Jovenel Moïse (*Moïse*) von der Partei Tèt Kale die meisten Stimmen erhalten, doch die Opposition und danach auch die Prüfungskommission anerkannten das Ergebnis nicht. Stichwahlen wurden mehrmals wegen Unruhen verschoben.

Peru

In Peru gewinnt Pedro Pablo Kuczynski von der Mitte-rechts-Partei Peruanos Por el Kambio mit 50,12 Stimmenanteil knapp die Stichwahl um das Präsidentenamt. Keiko Fujimori – Tochter von Expräsident Alberto Fujimori – von der Partei Fuerza Popular muss sich mit 49,88 Prozent knapp geschlagen geben (**5.6.2016**).

Im Abgeordnetenhaus gewinnt Fujimoris Partei die absolute Mehrheit mit 73 der 130 Sitze.

USA

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

Ein 29-jähriger Amerikaner afghanischer Herkunft erschiesst in einem Schwulenklub in Orlando (Florida) 49 Menschen, ehe er von der Polizei getötet wird. Über 50 weitere Klubbesucher werden verletzt (**12.6.2016**).

Schweiz/EU

Die Schweiz soll keine Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Union (EU) führen. Nach dem Nationalrat beschliesst auch der Ständerat den Rückzug des 1992 eingereichten Beitrittsgesuchs zur Europäischen Gemeinschaft (**15.6.2016**).

Grossbritannien

Die britische Labour-Unterhausabgeordnete Jo Cox wird in ihrem Wahlkreis im nordenglischen Birstall auf offener Strasse ermordet (**16.6.2016**). Der Mord ereignet sich wenige Tage vor dem Referendum über einen Ausstieg Grossbritanniens aus der Europäischen Union (EU). Die Abstimmungskampagnen werden vorübergehend eingestellt.

Kroatien

Nach nur fünf Monaten stürzt die kroatische Mitte-rechts-Regierung von Ministerpräsident Tihomir Orešković (*Orešković*) über ein Misstrauensvotum (**16.6.2016**).

Italien

Mit Virginia Raggi vom Movimento 5 Stelle erhält Rom erstmals eine Bürgermeisterin (19.6.2016). Auch in Turin gewinnt die 5 Stelle-Kandidatin Chiara Appendino die Bürgermeisterwahl (**19.6.2016**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Schauspieler Götz George stirbt im Alter von 77 Jahren (**19.6.2016**).

Grossbritannien/Schottland/Nordirland

EU

Grossbritannien soll die Europäische Union (EU) verlassen: Dies verlangen 51,9 Prozent der britischen Stimmbürger (**23.6.2016**). 62 Prozent der Schotten und 55,8 Prozent der Nordiren stimmen gegen einen Brexit. Die Stimmbeteiligung liegt bei 72 Prozent.

Kolumbien

Der kolumbianische Staatspräsident Juan Manuel Santos und der Kommandant der Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (Farc), Rodrigo Londoño (*Londono*) alias Timoschenko, unterzeichnen in Havanna ein Waffenstillstandsabkommen (**23.6.2016**).

Grossbritannien

EU

Nach dem Entscheid der britischen Bevölkerung, die Europäische Gemeinschaft (EU) zu verlassen, kündigt Premierminister David Cameron seinen Rücktritt an (**24.6.2016**). Er wolle noch drei Monate im Amt bleiben, sagt Cameron. Austrittsverhandlungen mit der EU sollten anschliessend mit einem neuen Regierungschef beginnen. Der Brexit-Entscheid löst ein politisches Beben aus. EU-Ratspräsident Donald Tusk bezeichnet das britische Leave-Votum als „politisch dramatischen Moment“, dessen Konsequenzen noch nicht absehbar seien. Die Finanzmärkte reagieren auf den Brexit-Entscheid mit deutlichen Verlusten. Das britische Pfund stürzt auf den tiefsten Stand seit mehr als 30 Jahren.

Island

Der 48 Jahre alte Historiker Guðni Jóhannesson (*Johannesson*) wird zum neuem isländischen Staatschef gewählt. Er wird Nachfolger von Ólafur Ragnar Grímsson (*Grimsson*), der nach 20 Jahren auf eine erneute Kandidatur verzichtete (**25.6.2016**).

Spanien

Nach einem halben Jahr finden in Spanien erneut Parlamentswahlen statt; dies nachdem die Bemühungen um eine Regierungsbildung erfolglos blieben. Erneut gibt es keine klaren Mehrheitsverhältnisse im 350 Sitze zählenden Abgeordnetenhaus. Der konservative Partido Popular (PP) bleibt stärkste Kraft mit 137 Sitzen (plus 14), verfehlt aber deutlich die absolute Mehrheit. Der Partido Socialista Obrero Español (PSOE) muss weitere Sitzverluste in Kauf nehmen. Die Fraktion der Sozialisten schrumpft auf 85 Mandate (minus 5). Die linke Koalition Unidos Podemos gewinnt 45 Sitze. Die liberalen Ciudadanos sind mit 32 Abgeordneten (minus 8) vertreten (**26.6.2016**).

Irak

„Islamischer Staat“ (IS)

Die irakische Regierung verkündet die Rückeroberung der Stadt Falluja vom „Islamischen Staat“ (**26.6.2016**). Falluja war im Januar 2014 von Kämpfern des „Islamischen Staates“ (IS) erobert worden.

Moldau

Der frühere moldauische Ministerpräsident Vlad Filat wird zu neun Jahren Gefängnis verurteilt. Das Gericht in der Hauptstadt Chişinău sieht es als erwiesen an, dass Filat an der Veruntreuung von einer Milliarde US-Dollar bei drei Banken beteiligt war (**27.6.2016**).

Türkei

Bei einem Anschlag von drei Selbstmordattentätern auf den Flughafen von Istanbul kommen 42 Menschen ums Leben und über 200 werden verletzt (**28.6.2016**). Der Tat verdächtigt werden kaukasische Jihadisten.

Mongolei

Die Mongolische Volkspartei wird nach vier Jahren Unterbruch wieder stärkste Kraft im Parlament. Sie gewinnt 66 (plus 40) der 76 Mandate. Die Mitte-rechts-orientierte Demokratische Partei muss sich mit 9 Mandaten (minus 22) begnügen (**29.6.2016**).

Österreich

Der österreichische Verfassungsgerichtshof erklärt die Stichwahl des Bundespräsidenten vom 22. Mai 2016 wegen massiver formaler Mängel für ungültig (**1.7.2016**). In ganz Österreich muss die Stichwahl wiederholt werden (vgl. 22.5.2016).

Bangladesh

Im Diplomatenviertel von Dhaka, der Hauptstadt von Bangladesh, überfallen islamistische Extremisten ein Café. 20 Geiseln werden ermordet, darunter 9 Italiener und 7 Japaner (**1.7.2016**).

Australien

In Australien kann sich die Liberal-National Coalition unter Führung von Premierminister Malcolm Turnbull knapp an der Macht halten. Sein Bündnis aus Liberal Party, Liberal National Party und National Party of Australia erhält bei der Parlamentswahl 76 der 150 Sitze des Repräsentantenhauses. Die oppositionelle Labor Party gewinnt 69 Mandate (**2.7.2016**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der rumänisch-US-amerikanische Schriftsteller und Publizist sowie Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel stirbt im Alter von 87 Jahren (**2.7.2016**).

Irak

Bei einem Sprengstoffanschlag auf ein beliebtes Einkaufsviertel in der irakischen Hauptstadt Bagdad kommen über 300 Menschen ums Leben (3.7.2016). Zum Attentat bekennt sich der „Islamische Staat“ (IS)

Grossbritannien/Irak

Dritter Golfkrieg/Zweiter Irakkrieg

Ein Untersuchungsbericht zur britischen Beteiligung am Irakkrieg im Jahr 2003 übt scharfe Kritik am damaligen Premierminister Tony Blair. Die Entscheidung, sich an dem von den USA geführten Feldzug zu beteiligen, sei übereilt und überdies schlecht vorbereitet gewesen (6.7.2016).

USA

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

Ein Heckenschütze erschießt bei einer Anti-Rassismus-Demonstration in Dallas (Texas) fünf Polizisten (7.7.2016).

Nato

Polen/Estland/Lettland/Litauen

Die Nato beschliesst an ihrem Gipfeltreffen in Warschau, ab 2017 jeweils ein Bataillon mit etwa 1000 Soldaten in die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen und nach Polen zu verlegen (8.7.2016). Deutschland übernimmt die Führung des Bataillons in Litauen. In Polen übernehmen die USA die Führungsrolle, in Lettland die kanadischen Streitkräfte und in Estland ist Grossbritannien verantwortlich. Mit Rücksicht auf die Nato-Russland-Grundakte von 1997 handelt es sich nur um eine rotierende und nicht eine feste Truppenpräsenz.

China

Südchinesisches Meer/Ständiger Schiedshof

Der Ständige Schiedshof (Permanent Court of Arbitration/PCA) in Den Haag weist Chinas Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer als historisch unbegründet zurück und gibt damit einer Beschwerde der Philippinen uneingeschränkt recht (12.7.2016). Peking bezeichnet den Schiedsspruch als „null und nichtig“

Mit einer Neun-Striche-Linie (nine-dash line) untermauert China seine Ansprüche auf weite Teil des rohstoffreichen Südchinesischen Meeres. Insgesamt sieben Länder erheben maritime und territoriale Ansprüche auf die Inseln und Inselgruppen im Südchinesischen Meer: die Volksrepublik China, die Republik China (Taiwan), Indonesien, die Philippinen, Brunei, Malaysia und Vietnam.

Grossbritannien

Wechsel an der Spitze der britischen Regierung (13.7.2016): Die bisherige Innenministerin Theresa May wird neue Premierministerin und Vorsitzende der Conservative Party. Sie ersetzt David Cameron.

Frankreich

Nizza-Anschlag

Erneut erlebt Frankreich einen Terroranschlag mit verheerenden Folgen (14.7.2016). Ein Lastwagen fährt in Nizza auf der Promenade des Anglais in die Zuschauermenge, die dem Feuerwerk anlässlich des französischen Nationalfeiertages beigewohnt hatte. Dabei kommen 84 Menschen ums Leben und über 200 werden verletzt. Die Polizei erschießt den Täter, einen 31jährigen in Nizza wohnhaften Tunesier. Dieser sei ein Kämpfer des Islamischen Staats (IS) gewesen, behauptet die Terrororganisation.

Türkei

Putschversuch in der Türkei (15.7./16.7.2016): Angehörige der Armee versuchen, die Macht an sich zu reißen. Doch der Putschversuch scheitert. Etwa 300 Menschen kommen ums Leben. Die Staatsführung macht die Bewegung des in den USA im Exil lebenden islamischen Predigers Fetullah Gülen für den Putschversuch verantwortlich und bezeichnet Gülen als Drahtzieher.

Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan (Erdoğan) reagiert mit einer Säuberungswelle: Etwa 85 000 Beamte und Angestellte öffentlicher Dienste, unter ihnen Lehrer Richter, Polizisten, werden freigestellt und über 30 000 Menschen verhaftet.

USA

Der Immobilienmilliardär Donald Trump wird am Parteikonvent der Republikaner in Cleveland zum Kandidaten für das US-Präsidentenamt nominiert. Als Trumps Stellvertreter geht Michael „Mike“ Pence ins Rennen (19.7.2016).

Türkei

Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan (*Erdogan*) verkündet nach dem gescheiterten Putschversuch den Ausnahmezustand. Damit kann Erdoğan weitgehend per Dekret regieren (20.7.2016).

Deutschland

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

Ein 18jähriger Amokläufer erschießt am Olympia-Einkaufszentrum in München und bei einem benachbarten McDonald's neun Menschen und tötet sich dann selbst. Bei dem Täter handelt es sich um einen Deutsch-Iraner (22.7.2016).

Afghanistan/Afghanistan-Konflikt

In der afghanischen Hauptstadt Kabul kommen bei einem Anschlag gegen die Teilnehmer eines Protestmarsches der schiitischen Minderheit der Hazara über 80 Menschen ums Leben (**23.7.2016**).

USA

Die frühere US-Aussenministerin und First Lady Hillary Clinton wird vom Parteikonvent der Demokraten in Philadelphia zur Präsidentschaftskandidatin gekürt (**27.7.2016**). Sie ist die erste Frau in der US-Geschichte, die von einer der grossen Parteien für das Rennen ins Weisse Haus nominiert wird. Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten ist Senator Tim Kaine aus Virginia.

Brasilien

Olympische Spiele

In Rio de Janeiro finden die XXXI. Olympischen Sommerspiele statt (**5.8.2016**). Die in das Staatsdoping in Russland involvierten Sportlerinnen und Sportler dürfen nicht teilnehmen. Erstmals wird ein Flüchtlingsteam (Team Refugee Olympic Athlets) zugelassen.

São Tomé und Príncipe

Bei der Präsidentenwahl in São Tomé und Príncipe (*Sao Tomé und Príncipe*) wird der Amtsinhaber Manuel Pinto da Costa von seinem Herausforderer Evaristo Carvalho von der Partei Acção Democrática Independente besiegt (**7.8.2016**).

Thailand

In einer Volksabstimmung wird die neue thailändische Verfassung mit rund 61 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen (**7.8.2016**). Die neue Verfassung festigt die Macht der Armee. Sie entscheidet über die Zusammensetzung des Senats

Pakistan

Bei einem Selbstmordanschlag auf ein Spital in der pakistanischen Stadt Quetta kommen über 70 Menschen ums Leben. Zum Anschlag bekennt sich eine Taliban-Gruppierung (**8.8.2016**).

Russland/Türkei

Russland und die Türkei legen ihren zehn Monate dauernden Streit bei. Bei einem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Petersburg erklärte der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdoğan (*Erdogan*): "Die Achse der Freundschaft zwischen Moskau und Ankara wird wieder hergestellt." (**9.8.2016**).

Südsudan

UNO

Flüchtlinge

Nach dem erneuten Ausbruch schwerer Kämpfe in Südsudan zwischen Anhängern von Präsident Salva Kiir und seinem Stellvertreter Riek Machar beschliesst der UNO-Sicherheitsrat die Entsendung von 4000 zusätzlichen Blauhelmsoldaten. Sie sollen die rund 13 500 Mann starke Blauhelmission UNMISS unterstützen und für Frieden und Stabilität in der Hauptstadt Juba sorgen (**12.8.2016**). Nach UNO-Angaben sind durch den Bürgerkrieg 1,6 Millionen Menschen im Landesinnern vertrieben worden und etwa 900 000 flüchteten in Nachbarstaaten.

Türkei

Bei einem Selbstmordanschlag auf eine kurdische Hochzeit in der türkischen Stadt Gaziantep kommen über 50 Menschen ums Leben (**20.8.2016**).

Syrien/Syrien-Konflikt

Türkei

Erstmals greift die Türkei mit Bodentruppen in den Bürgerkrieg in Syrien ein (**24.8.2016**). Die Offensive mit Panzereinheiten richtet sich sowohl gegen den „Islamischen Staat“ (IS) als auch gegen kurdische Milizen.

Italien

Katastrophen/Erdbeben

Ein heftiges Erdbeben sucht Mittelitalien heim. Über 250 Menschen kommen dabei ums Leben. Tausende Bewohner des Katastrophengebiets werden obdachlos. Besonders hart betroffen sind die Ortschaften Amatrice, Accumoli und Pescara del Tronto (**24.8.2016**).

Brasilien

Die brasilianische Staatspräsidentin Dilma Rousseff wird ihres Amtes enthoben (**31.8.2016**). Der Senat stimmt mit Zweidrittelmehrheit der Absetzung zu. Ihr Nachfolger wird der bisherige Vizepräsident Michel Temer. Im Amtsenthebungsverfahren war Rousseff beschuldigt worden, Haushaltszahlen geschönt zu haben.

Usbekistan

Der usbekische Staatspräsident Islam Karimow, erster Staatschef nach der Unabhängigkeit des Landes im Jahr 1991 und seither autoritär herrschender Machthaber, stirbt im Alter von 78 Jahren (**2.9.2016**). Zu seinem Nachfolger wird der langjährige Ministerpräsident Schawkat Mirsijojew gewählt (4.12.2016).

Deutschland

Die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) wird bei den Landtagswahlen im deutschen Bundesland Mecklenburg-Vorpommern mit einem Stimmenanteil von 20,8 Prozent auf Anhieb zweitstärkste Partei hinter den Sozialdemokraten und vor den Christdemokraten (CDU). Damit zieht in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland erstmals eine Partei vom rechten Rand mehr Wähler an als die CDU (**4.9.2016**).

Malaysia

Der 91 Jahre alte frühere malaysische Premierminister Mahathir Mohamad wendet sich von der mächtigen United Malays National Organisation (UMNO), an deren Spitze er von 1981 bis 2003 stand, ab und gründet eine neue Partei: Malaysian United Indigenous Party – Bersatu (**8.9.2016**).

Kroatien

Bei der vorgezogenen Parlamentswahl in Kroatien kommt es im Vergleich zur vorangegangenen Wahl am 8. November 2015 zu keinen grösseren Verschiebungen bei den beiden grossen Blöcken (**11.9.2016**). Die Patriotische Koalition unter Führung der nationalkonservativen Kroatischen Demokratischen Union (HDZ) gewinnt 61 (plus 2) der 151 Sitze. Das von der Sozialdemokratischen Partei angeführte Mitte-links-Bündnis Kroatien wächst erhält 54 Mandate (minus 2). Die Reformbewegung Most (Brücke) entsendet 13 Abgeordnete (minus 6).

USA

Im New Yorker Stadtteil Chelsea werden bei einem Sprengstoffanschlag 29 Personen verletzt (**17.9.2016**). Die Polizei verhaftet einen 28-jährigen US-Amerikaner mit afghanischen Wurzeln.

Russland

Bei den Parlamentswahlen in Russland holt sich die Kreml-Partei Einiges Russland mit einem Stimmenanteil von 54,20 Prozent und 105 zusätzlichen Mandaten eine Dreiviertelmehrheit. Sie gewinnt 343 der 450 Sitze in der Staatsduma. Als zweitstärkste Partei gewinnen die Kommunisten 13,34 Prozent der Stimmen und 42 Mandate (minus 50). Es folgen die nationalistic-populistischen Liberaldemokraten mit 13,14 Prozent der Stimmen und 39 Sitzen (minus 17) und die linksliberale Partei Gerechtes Russland mit einem Stimmanteil von 6,22 Prozent und 23 Mandaten (minus 41). Drei Sitze entfallen auf zwei andere Parteien und einen Unabhängigen (**18.9.2016**).

Syrien/Syrien-Konflikt

Bei einem Luftangriff auf einen UNO-Hilfskonvoi, der die Zivilbevölkerung in der syrischen Stadt Aleppo versorgen sollte, kommen 21 Menschen ums Leben und 18 Lastwagen werden zerstört. Nach Erkenntnissen der USA wurde der Angriff von der syrischen oder russischen Luftwaffe durchgeführt (**19.9.2016**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Volksinitiative „AHV plus“ (Erhöhung der Renten um 10 Prozent) mit 59,4 Prozent Nein-Stimmen ab. Gutgeheissen wird das neue Nachrichtengesetz (zusätzliche Überwachungsmassnahmen) mit 65,5 Prozent Ja-Stimmen (**25.9.2016**).

Kolumbien

Der kolumbianische Staatspräsident Juan Manuel Santos und der Kommandant der Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (Farc), Rodrigo Londoño (*Londono*) alias Timoschenko, unterzeichnen in Cartagena einen Friedensvertrag (**26.9.2016**). Damit soll ein Schlussstrich unter einen der ältesten Konflikte Lateinamerikas gezogen werden.

Die Wahrheitskommission erwähnt in ihrem 2022 veröffentlichten Bericht 450 000 Tote und 7 Millionen Vertriebene.

Neben der Entwaffnung der rund 6000 Farc-Guerillas unter UNO-Aufsicht sieht der Vertrag eine Landreform, die Bekämpfung des Drogenhandels, die Umwandlung der Farc in eine politische Partei, die Schaffung einer Wahrheitskommission, Opferentschädigung und eine Sonderrechtssprechung für den Frieden vor. Das Abkommen wird in einer Volksabstimmung mit 50,21 Prozent der Stimmen knapp abgelehnt (vgl. 2.10.2016).

Internationaler Strafgerichtshof

Mali

Der Internationale Strafgerichtshof verurteilt erstmals einen Islamisten wegen der Zerstörung von Weltkulturgütern. Der Malier war wegen der Zerstörung von mittelalterlichen Mausoleen und einer Moschee in Timbuktu zur Rechenschaft gezogen worden (**27.9.2016**).

Seychellen

Präsidentenwechsel in der Inselrepublik Seychellen: Nach zwölf Jahren tritt James Michel zurück (**27.9.2016**) und übergibt das Amt seinem Stellvertreter Danny Faure.

Kolumbien

Die Bevölkerung Kolumbiens lehnt den Friedensvertrag zwischen der Regierung und den Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (Farc) mit 50,21 Stimmen ab (**2.10.2016**). Nach Ansicht von Kritikern gehen die Zugeständnisse an die Farc zu weit. Sowohl die Regierung wie die Farc-Führung versichern, dass sie den Waffenstillstand auch ohne gültigen Friedensvertrag weiterhin einhalten wollen. Beide Seiten handeln einen neuen Friedensvertrag aus (vgl. 24.11.2016).

Ungarn/EU

In Ungarn scheitert ein Referendum gegen die Flüchtlingspolitik der Europäischen Union (EU) an der mangelnden Stimmbeteiligung. Die Vorlage wird zwar fast einstimmig angenommen, doch die erforderliche 50-Prozent-Stimmbeteiligung wird mit 39,9 Prozent nicht erreicht (**2.10.2016**).

Russland/USA

Abrüstung/Rüstungskontrolle

Russland beendet die Zusammenarbeit mit den USA zur Vernichtung von waffenfähigem Plutonium (**3.10.2016**).

Estland

Estland erhält mit der parteilosen Wirtschaftswissenschaftlerin Kersti Kaljulaid erstmals eine Staatspräsidentin (**3.10.2016**). Die Entscheidung des Parlaments fällt erst in sechsten Anlauf.

Haiti

Katastrophen/Unwetter

Der Hurrikan „Matthew“ richtet in Haiti massive Verwüstungen an und fordert Hunderte von Toten. Laut Schätzungen kommen etwa 1000 Menschen ums Leben. Zehntausende Menschen verlieren ihr Obdach und Hunderttausende sind auf Hilfe angewiesen (**4.10.2016**).

Jemen/Jemen-Konflikt/Saudi Arabien

Bei einem Luftangriff auf eine Trauerfeier in der jemenitischen Hauptstadt Sanaa kommen über 140 Menschen ums Leben (**8.10.2016**). Die von Saudi Arabien angeführte Militärallianz gegen die Huthi-Rebellen bekennt sich zum Angriff.

Äthiopien

Die äthiopische Regierung verhängt nach Unruhen und Massenprotesten, die Hunderte von Toten fordern, den Ausnahmezustand (**8.10.2016**). Es folgen Massenverhaftungen. Tausende Menschen werden festgenommen.

UNO/Portugal

Der frühere Chef des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) und ehemalige portugiesische Ministerpräsident António Guterres wird von der UN-Vollversammlung zum neuen Generalsekretär der Vereinten Nationen bestimmt (**13.10.2016**). Er wird Nachfolger von Ban Ki Moon.

Thailand

Thailand trauert um König Bhumibol Adulyadej (Rama IX.), der im Alter von 88 Jahren nach langer Krankheit stirbt (**13.10.2016**). Der König war seit mehr als 70 Jahren im Amt und damit der am längsten amtierende Monarch der Welt. Nachfolger wird Kronprinz Maha Vajiralongkorn (Rama X.)

Literaturnobelpreis

USA

Dem Sänger, Songwriter und Lyriker Bob Dylan wird der Literaturnobelpreis „für seine poetischen Neuschöpfungen in der amerikanischen Songtradition“ zugesprochen (**13.10.2016**). Bob Dylan ist der erste Musiker, der mit dem Literaturnobelpreis geehrt wird. Er sagt seine Teilnahme an der Preisverleihungszeremonie ab. Mit mehr als drei Monaten Verspätung nimmt Bob Dylan den Preis entgegen.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der italienische Dramatiker und Literaturnobelpreisträger Dario Fo stirbt im Alter von 90 Jahren (**13.10.2016**).

Umwelt/Klima

An einer Klimakonferenz in Kigali (Rwanda) einigen sich Vertreter aus über 190 Staaten auf eine schrittweise Abschaffung der Fluorkohlenwasserstoffe (FKW). Es handelt sich um eine Erweiterung des Montreal-Protokolls von 1987 zum Schutz der Ozonschicht (**15.10.2016**).

Montenegro

Bei der Parlamentswahl in Montenegro verfehlt die Demokratische Partei der Sozialisten von Ministerpräsident Milo Djukanović (*Djukanovic*) die absolute Mehrheit, bleibt aber mit 36 Mandaten die stärkste Kraft vor der Demokratischen Front mit 18 Sitzen (**16.10.2016**).

Kroatien

Neuer Regierungschef in Kroatien (**19.10.2016**): Der Vorsitzende der nationalkonservativen Kroatischen Demokratischen Union (HDZ) Andrej Plenković (*Plenkovic*) übernimmt die Führung der Regierung. Dem Kabinett gehören die HDZ und die Reformbewegung Most (Brücke) an.

Venezuela

In Venezuela suspendiert die Wahlbehörde den Prozess für ein Referendum, das die Absetzung von Präsident Nicolás Maduro fordert (**20.10.2016**). Nach Angaben der Opposition waren im Mai bei der Wahlbehörde in einem ersten Schritt etwa 1,8 Millionen Unterschriften für das Referendumsbegehren eingereicht worden.

Litauen

Überraschender Wahlausgang in Litauen: Der Bund der Bauern und Grünen geht als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl hervor und erobert 54 der 141 Sitze. Der konservative Vaterlandsbund gewinnt 31 Sitze. Die Sozialdemokraten verlieren 21 Sitze und müssen sich mit 17 Mandaten begnügen (9.10. und **23.10.2016**). Neuer Regierungschef wird Saulius Skvernelis. Der Bund der Bauern und Grünen bildet eine Koalition mit den Sozialdemokraten.

Flüchtlingskrise Europa 2015/2016

Frankreich

Räumung des „Dschungels“: Französische Sicherheitskräfte lösen das berüchtigte Flüchtlingslager in Calais mit seinen rund 6500 Bewohnern auf (**24.10.2016**).

USA

Kurz vor der Präsidentenwahl in den USA setzen neue Enthüllungen zur E-Mail-Affäre die demokratische Präsidentschaftskandidatin Hillary Clinton unter Druck (**28.10.2016**). Der Chef der Bundespolizei FBI, James Comey, gibt bekannt, neue E-Mails seien aufgetaucht, die untersucht werden müssen. Doch zwei Tage vor der Wahl gibt Comey Entwarnung. Es gebe keinen Grund für eine Anklage. In der E-Mail-Affäre steht die Frage im Vordergrund, ob Hillary Clinton bei der Benutzung eines privaten Servers die Geheimhaltungspflicht verletzt hat.

Antarktis

Umwelt/Klima

Nach jahrelangen Verhandlungen einigen sich 24 Staaten auf die Schaffung einer Schutzzone im antarktischen Rossmeer (Ross Sea). Das 1,55 Millionen Quadratkilometer grosse Gebiet südlich Neuseelands ist das grösste Meeresschutzgebiet der Welt (**28.10.2016**).

Island

Überschattet von der Affäre um die „Panama Papers“ wird in Island ein neues Parlament gewählt (**29.10.2016**). Stärkste Kraft bleibt die konservative Unabhängigkeitspartei mit 21 Sitzen. Je 10 Mandate gewinnen die Links-Grünen und die Piratenpartei. Die Fortschrittspartei des vor einem halben Jahr zurückgetretenen Ministerpräsidenten Sigmundur Davíð Gunnlaugsson verliert 11 Sitze und entsendet noch 8 Abgeordnete.

EU/Kanada/Belgien

Die Europäische Union (EU) und Kanada unterzeichnen nach mehrjährigen Verhandlungen ein Freihandelsabkommen – Comprehensive Economic and Trade Agreement/Ceta.

Widerstand des belgischen Regionalparlaments der Wallonie hatte die Unterzeichnung verzögert (**30.10.2016**).

Spanien

Ende der politischen Blockade in Spanien: Ministerpräsident Mariano Rajoy vom konservativen Partido Popular (PP) wird vom Abgeordnetenhaus wieder zum Ministerpräsidenten gewählt (**29.10.2016**). Die meisten Sozialisten enthalten sich der Stimme. Spaniens Parteien hatten sich seit den Parlamentswahlen vom Dezember 2015 nicht auf eine neue Regierung einigen können. Rajoy war seither nur geschäftsführender Ministerpräsident.

Türkei

In der Türkei werden weitere 10 000 Angestellte des öffentlichen Dienstes wegen angeblicher Verbindungen mit dem Prediger Fethullah Gülen entlassen (**30.10.2016**).

Italien

Katastrophen/Erdbeben

Nach zwei Monaten wird Mittelitalien erneut von schweren Erdbeben heimgesucht. In den Regionen Umbrien und Marken werden Zehntausende Menschen obdachlos (**30.10.2016**).

Libanon

Nach über zwei Jahren Vakanz erhält Libanon wieder ein Staatsoberhaupt. Das Parlament wählt den 81-jährigen Michel Aoun zum neuen Präsidenten (**31.10.2016**). Aoun war während des Bürgerkriegs Oberkommandierender der Armee und stand von September 1988 bis Oktober 1990 an der Spitze einer vom abtretenden Staatspräsidenten Amin Gemayel eingesetzten Übergangsregierung.

Schweden

Die schwedischen Behörden erklären den 1945 in sowjetische Gefangenschaft geratenen und seither verschollenen Diplomaten Raoul Wallenberg für tot (**31.10.2016**). Der schwedische Diplomat rettete 1944 in Ungarn Tausende Juden mit Schutzpapieren vor dem Holocaust.

Türkei

In der Türkei werden bei Razzien mehrere kurdische Politiker festgenommen, unter ihnen die beiden Vorsitzenden der prokurdischen Partei HDP, Selahattin Demirtaş (*Demirtaş*) und Figen Yükkedag (*Yükkedag*) (**4.11.2016**).

Nicaragua

In Nicaragua gewinnt Daniel Ortega vom Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) zum dritten aufeinanderfolgenden Mal nach 2006 und 2011 die Präsidentenwahl (**6.11.2016**). Er erhält einen Stimmenanteil von

72,44 Prozent. Seine Gattin Rosario Murillo wird Vizepräsidentin. Die Opposition hatte zum Boykott der Wahlen aufgerufen.

USA

Überraschender Wahlausgang in den USA (**8.11.2016**): Der 70 Jahre alte Republikaner Donald Trump geht als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Er gewinnt 306 Elektorenstimmen bei einem Stimmenanteil von 47,3 Prozent.

Das Nachsehen hat die Demokraten Hillary Clinton, die mit 47,8 Prozent zwar mehr Wählerstimmen, aber nur 232 Elektorenstimmen erhält. Die ehemalige First Lady und Aussenministerin wollte als erste Frau das Präsidentenamt übernehmen.

Der Immobilienunternehmer Donald Trump verfügt über keine politische Erfahrung. Sein Wahlkampfmotto lautete „Make America great again“ (MAGA). Vizepräsident wird Mike Pence.

Bei den Kongresswahlen verteidigen die Republikaner die Mehrheit in beiden Kammern. Im Senat haben die Republikaner 52 (minus 2) und die Demokraten 46 Mandate (plus 2). Hinzu kommen zwei Unabhängige, die für die Demokraten stimmen. Im Repräsentantenhaus sind 241 Republikaner (minus 6) und 194 Demokraten (plus 6) vertreten.

Estland

Der Regierungschef von Estland, Taavi Rõivas (*Roivas*), Chef der liberalen Reformpartei, wird vom Parlament gestürzt (**9.11.2016**). Rõivas war zum Zeitpunkt seiner Wahl im März 2014 mit 34 Jahren der jüngste Regierungschef in der Europäischen Union (EU). Neuer Ministerpräsident wird Jüri Ratas von der Mitte-links-gerichteten Zentrumsunion. Er bildet ein Regierungsbündnis mit den Sozialdemokraten und der Vaterlands und Res-Publica-Union.

USA

Erste wichtige Personalentscheidungen des künftigen US-Präsidenten Donald Trump: Reince Priebus, Vorsitzender des Republican National Committee, wird Stabschef im Weissen Haus und Steve Bannon sein Chefstrategie (**13.11.2016**).

Bulgarien

Der russlandfreundliche ehemalige General Rumen Radew wird neuer bulgarischer Staatspräsident. Der als Unabhängiger für die Sozialistische Partei kandidierende Radew geht als Sieger aus der Stichwahl gegen die bürgerliche Kandidatin Zvezka Zatschewa hervor (**13.11.2016**). Ministerpräsident Bojko Borisow kündigt seinen Rücktritt an. Er hatte Zvezka Zatschewa unterstützt.

Moldau

In Moldau gewinnt der russlandfreundliche Politiker Igor Dodon von der Partei der Sozialisten die Präsidentenwahl. Er will die Hinwendung des Landes an die Europäische Union (EU) aufgeben und es wieder enger an Russland binden. Erstmals seit 20 Jahren wird in der Republik Moldau der Staatsoberhaupt wieder vom Volk gewählt (**13.11.2016**).

Russland

Internationaler Strafgerichtshof

Russland zieht sich vom Internationalen Strafgerichtshof zurück (**16.11.2016**).

Frankreich

Kein politisches Comeback für den früheren französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy. Er scheidet in der ersten Runde der bürgerlichen Vorwahlen für das Präsidentenamt aus (**20.11.2016**). Sieger der Vorwahl wird nach der zweiten Runde der frühere Premierminister François Fillon (27.11.2016).

Haiti

Jovenel Moïse (Moise) vom Parti haïtien Tèt Kale (PHTK) geht mit einem Stimmenanteil von 55,6 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in Haiti hervor (**20.11.2016**). Im Abgeordnetenhaus ist seine Partei mit 31 der 119 Mandate die stärkste Kraft.

Indien

Katastrophen/Eisenbahnkatastrophen

Bei der Entgleisung eines Zugs im nordindischen Unionsstaat Uttar Pradesh kommen über 140 Menschen ums Leben (**20.11.2016**).

EU/Europäisches Parlament/Türkei

Das Europäische Parlament spricht sich für ein Einfrieren der Beitrittsgespräche der Europäischen Union mit der Türkei aus (**24.11.2016**).

Kolumbien

In Kolumbien unterzeichnen die Regierung und die Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (Farc) einen revidierten Friedensvertrag (**24.11.2016**). Die Änderungen betreffen die Sonderjustiz und die Opferentschädigung. Anfang Oktober (vgl. 2.10.2016) war das Friedensabkommen in einer Volksabstimmung knapp abgelehnt worden. Es ist keine neue Volksabstimmung vorgesehen.

Kuba

Kuba trauert um seinen Revolutionsführer Fidel Castro, der im Alter von 90 Jahren stirbt (**25.11.2016**). Fidel Castro herrschte fast 50 Jahre über Kuba: als Regierungschef, Staatsratsvorsitzender und Parteichef. 2008 wurde er von seinem Bruder Raúl Castro abgelöst.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Atomausstiegsinitiative der Grünen mit 54,2 Prozent Nein-Stimmen ab (**27.11.2016**).

Montenegro

Wechsel an der Spitze der montenegrinischen Regierung (**28.11.2016**). Nach dem Rücktritt von Ministerpräsident Milo Djukanović (Djukanovic) übernimmt Duško Marković (Markovic) die Führung der Regierung. Auch er vertritt die Demokratische Partei der Sozialisten.

Frankreich

Frankreichs Staatspräsident François Hollande stellt sich nicht zur Wiederwahl im Frühjahr 2017. Noch nie seit Gründung der Fünften Republik 1958 hat ein amtierender Präsident in Frankreich darauf verzichtet, ein zweites Mal zur Wahl zu antreten (**1.12.2016**).

Gambia

Nach 22 Jahren an der Macht wird Gambias Staatspräsident Yahya Jammeh abgewählt. Sieger der Präsidentenwahl ist Adama Barrow (**1.12.2016**). Jammeh stemmt sich gegen die Wahlniederlage und gibt seinen Widerstand erst am 21. Januar 2017 unter militärischem Druck von Mitgliedsstaaten der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (Ecowas) auf und geht ins Exil nach Äquatorialguinea.

Angola

Der angolische Staatspräsident José Eduardo dos Santos will sein Amt im kommenden Jahr abgeben (**2.12.2016**). Er ist seit September 1979 an der Macht.

Österreich

Alexander Van der Bellen wird neuer österreichischer Bundespräsident. Der frühere Grünen-Vorsitzende geht mit einem Stimmanteil von 53,79 Prozent als Sieger aus der Wiederholung der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor. Der Kandidat der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), Norbert Hofer, erhält 46 Prozent der Stimmen (**4.12.2016**). Die erste Stichwahl vom 22. Mai 2016 hatte Van der Bellen mit 50,3 Prozent knapp für sich entschieden, doch wurde der Urnengang vom Verfassungsgerichtshof wegen formaler Mängel für ungültig erklärt.

Italien

Die vom italienischen Ministerpräsidenten Matteo Renzi angestrebte Verfassungsreform (Verkleinerung des Senats, Einschränkung der Kompetenzen des Senats und der Regionen) wird in einer Volksabstimmung mit 59,1 Prozent Nein-Stimmen verworfen (**4.12.2016**). Renzi kündigt nach der Niederlage seinen Rücktritt als Regierungschef (**5.12.2016**).

Neuseeland

Der neuseeländische Premierminister und Vorsitzende der National Party John Key tritt überraschend – aus familiären Gründen – zurück (**5.12.2016**). Sein Nachfolger an der Spitze der Regierung und der National Party wird Bill English. (**12.12.2016**).

Frankreich

Der französische Premierminister Manuel Valls will bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 2017 kandidieren und kündigt seinen Rücktritt an (**5.12.2016**). Sein Nachfolger wird der bisherige Innenminister Bernard Cazeneuve (**7.12.2016**).

Ghana

Friedlicher Machtwechsel in Ghana. Der Oppositionskandidat Nana Akufo-Addo von der New Patriotic Party (NPP) geht mit einem Stimmanteil von 53,9 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (**7.12.2016**). Der erneut kandidierende Präsident John Dramani Mahama gesteht seine Niederlage ein. Akufo-Addo war nach zwei gescheiterten Versuchen zum dritten Mal zur Präsidentenwahl angetreten.

Korea (Südkorea)

Das südkoreanische Parlament beschließt, gegen Staatspräsidentin Park Geun Hye ein Amtsenthebungsverfahren einzuleiten (**9.12.2016**). Sie steht seit Wochen im Mittelpunkt eines Korruptionsskandals, der das enge Geflecht zwischen Politik und Wirtschaft offenlegt.

Friedensnobelpreis/Kolumbien

Der kolumbianische Präsident Juan Manuel Santos wird für seine Anstrengungen, den mehr als 50 Jahre andauernden Bürgerkrieg in seinem Land zu beenden, mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.2016**).

Türkei

Terror in der Türkei: Bei zwei Anschlägen in Istanbul kommen über 40 Menschen, mehrheitlich Polizisten, ums Leben (**10.12.2016**). Zu den Attentaten bekennt sich eine Splittergruppe der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).

Opec/Opec+

Russland

Die Organisation erdölexportierender Staaten (Opec) beschliesst Kooperationen mit weiteren Erdölförderländern (**10.12.2016**). Zu Opec+ gehört auch Russland.

Rumänien

In Rumänien gehen die Sozialdemokraten als stärkste Partei aus den Parlamentswahlen hervor. Sie gewinnen mit einem Stimmanteil von 44 Prozent 154 der 329 Abgeordnetensitze. Zweistärkste Kraft ist die Nationale Liberale Partei (PNL) mit 69 Mandaten (**11.12.2016**). Neuer Ministerpräsident wird ab Januar 2017 Sorin Grindeanu. Er leitet eine Regierung aus seiner Sozialdemokratischen Partei (PSD) und der Allianz der Liberalen und Demokraten (Alde).

Mazedonien

Die nationalkonservative Partei VMRO-DPMNE von Ministerpräsident Nikola Gruevski geht zwar mit dem Gewinn von 51 der 120 Sitze als stärkste Partei aus der Parlamentswahl in Mazedonien hervor (**11.12.2016**), erreicht aber keine Mehrheit für die Bildung einer neuen Regierung. Als zweitstärkste Fraktion mit 49 Mandaten bemüht sich die Sozialdemokratische Liga (SDSM) um Regierungspartner.

Italien

Der bisherige Aussenminister Paolo Gentiloni vom Partito Democratico/PD wird neuer italienischer Ministerpräsident. In der neuen Regierung gibt es nur wenige Änderungen. Ihr gehören neben dem führenden Partito Democratico erneut das Nuovo Centrodestra /NCD und die Unione di Centro/UdC an (**12.12.2016**).

Syrien/Syrien-Konflikt

Entscheidende Wende im Krieg um die syrische Stadt Aleppo: Nach wochenlangen schweren Kämpfen erobern syrische Streitkräfte und ihre Verbündeten die letzten Rebellenklaven im Osten der Stadt. Der syrische Staatspräsident Bashar al-Assad erklärt die Aleppo für „befreit“. Es beginnt die Evakuierung der Zivilisten und Rebellen aus Ost-Aleppo (**15.12.2016**).

Schweiz

Die eidgenössischen Räte verabschieden das Gesetz zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Da die Forderungen der vom Schweizervolk am 9. Februar 2014 gutgeheissenen Volksinitiative unerfüllt bleiben – keine Regelung der Zuwanderung mit Kontingenten, Inländervorrang „light“ statt Vorrang für Inländer bei der Stellenbesetzung – spricht die Schweizerische Volkspartei (SVP) von Verfassungsbruch. Die SVP-nahe Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) will eine Volksinitiative zur Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der Europäischen Union lancieren (**16.12.2016**).

Libanon

Saad Hariri wird erneut libanesischer Ministerpräsident (**18.12.2016**). Er stand schon in den Jahren 2009/2011 an der Spitze der Regierung.

Deutschland

Anschlag Berliner Weihnachtsmarkt

Ein Lastwagen rast in einen Berliner Weihnachtsmarkt. Dabei kommen 12 Menschen ums Leben und 48 werden verletzt (**19.12.2016**). Der flüchtige Terrorverdächtige, ein 24-jähriger Tunesier, wird in Mailand bei einer Schiesserei mit der Polizei erschossen (23.12.2016).

Türkei/Russland

Der russische Botschafter in der Türkei, Andrei Karlow, wird einer Kunstgalerie in Ankara erschossen (**19.12.2016**).

Kongo-Kinshasa

Obwohl seine zweite und laut Verfassung letzte Amtsperiode abgelaufen ist, übt der kongolesische Staatspräsident Joseph Kabila sein Amt weiter aus (**19.12.2016**). In mehreren Städten kommt es zu Ausschreitungen. Die für November geplante Präsidentenwahl war mit der Begründung unvollständiger Wahlvorbereitungen verschoben worden.

Flüchtlinge/Migranten

Bei der Flucht über das Mittelmeer sind im Jahr 2016 nach Schätzungen der internationalen Organisation für Migration (IOM) und des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) etwa 5000 Menschen umgekommen (**23.12.2016**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt
Westjordanland/Ostjerusalem

UNO/USA

Der UNO-Sicherheitsrat fordert von Israel den sofortigen Stopp der jüdischen Siedlungsaktivitäten im Westjordanland und Ostjerusalem. Die USA, die ähnliche Resolutionen bisher verhindert hatten, verzichten auf ein Veto. Israel weist die Forderung zurück (**23.12.2016**).

Schweiz/USA

Banken

Die Schweizer Grossbank Credit Suisse muss für die Beilegung des Hypothekenstreits mit den USA 5,3 Milliarden Dollar aufwerfen, um einer Anklage zu entgehen (**23.12.2016**).

Russland

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Beim Absturz eines russischen Flugzeuges ins Schwarze Meer kurz nach dem Start in Sotschi kommen alle 92 Insassen ums Leben, unter ihnen 64 Mitglieder des Alexandrow-Militärchors. Die Maschine war unterwegs nach Syrien (**25.12.2016**).

Kolumbien

Das kolumbianische Parlament verabschiedet im Rahmen des Friedensabkommens mit den Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (Farc) ein Amnestie- und Strafminderungsgesetz für die Rebellen (**28.12.2016**).

USA/Russland

US-Präsident Barack Obama verhängt als Reaktion auf Hackenangriffe während des Präsidentschaftswahlkampfes Sanktionen gegen den vermuteten Urheber Russland: 35 Russen mit diplomatischem Status müssen die USA verlassen.. Die Maßnahmen seien die „notwendige Antwort“ auf Versuche, den Interessen der USA zu schaden“, erklärt Obama (**29.12.2016**).

2017

Türkei

Bei einem Attentat auf eine Silvesterparty in einem Nachtclub in Istanbul kommen 39 Menschen ums Leben und über 60 werden verletzt. Der Angreifer schießt wahllos auf die Gäste (**1.1.2017**). Ein Usbeke soll den Anschlag im Auftrag des „Islamischen Staates“ (IS) verübt haben.

USA/Russland

Der russische Präsident Wladimir Putin steckte nach Einschätzung von US-Geheimdiensten und der Bundespolizei hinter einer gezielten Kampagne, um den Ausgang der US-Präsidentschaftswahl zu beeinflussen (**6.1.2017**).

Namibia/Deutschland

Vor einem New Yorker Gericht wird Deutschland von Vertretern der Herero und Nama wegen der Ermordung von 80 000 Menschen in Deutsch-Südwestafrika (im heutigen Namibia) zwischen 1904 und 1908 verklagt (**6.1.2017**). Die Klage wird 2019 abgewiesen. Die deutsche Regierung sieht keine rechtliche Grundlage für das Verfahren. Sie verhandelt seit 2014 mit der Regierung in Windhuk über eine Versöhnungserklärung, um die Wunden der Vergangenheit zu schliessen. Auch Deutschland spricht wie die meisten Historiker von einem Völkermord, lehnt jedoch Reparationszahlungen ab.

Grossbritannien/Nordirland

Die nordirische Einheitsregierung unter Leitung von Arlene Foster von der Democratic Unionist Party als First Minister und Martin McGuinness von der republikanisch-katholischen Sinn Féin als Stellvertreter zerbricht. Martin McGuinness tritt wegen des Streits über einen Finanzskandal zurück (**9.1.2017**). Erst nach drei Jahren gelingt die Bildung einer neuen Regierung.

Island

In Island einigen sich drei Mitte-rechts-Parteien nach zweieinhalb Monate dauernden Verhandlungen auf eine Koalitionsregierung. Ministerpräsident wird Bjarni Benediktsson, Chef der konservativen Unabhängigkeitspartei und bisher Finanzminister (**10.1.2017**). Sein gleichnamiger Grossonkel war von 1963 bis 1970 Ministerpräsident.

Grossbritannien/EU

Harter Brexit: Die britische Premierministerin Theresa May will nach dem Austritt Grossbritanniens aus der Europäischen Union (EU) auch den europäischen Binnenmarkt verlassen und die vollständige Teilnahme an der Zollunion auflösen. Stattdessen strebt sie ein Freihandelsabkommen mit der EU an (**17.1.2017**).

Nigeria

Ein nigerianischer Kampfpilot bombardiert versehentlich ein Flüchtlingslager im Nordosten des Landes, wobei mindestens 70 Menschen ums Leben kommen. Der Angriff galt eigentlich der Terrormiliz Boko Haram (**17.1.2017**).

Umwelt/Klima

Zum dritten Mal in Folge erlebt die Erde einen Temperaturrekord. Das Jahr 2016 war nach Angaben von US-Behörden das wärmste seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1880. Die Durchschnittstemperatur über Land- und Ozeanflächen sei 0,94 Grad Celsius über dem Durchschnittswert des 20. Jahrhunderts gelegen (**18.1.2017**).

USA

Donald Trump wird als 45. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt. In seiner Antrittsrede erklärt der neue republikanische US-Präsident, er wolle die nationalen Interessen Amerikas künftig zum alleinigen Massstab seiner Politik machen. „America first“ sei von nun an das Leitmotiv der US-Politik (**20.1.2017**).

Türkei

Das türkische Parlament beschliesst die Einführung eines Präsidialsystems. Eine entsprechende Verfassungsreform wird mit Dreifünftelmehrheit gutgeheissen (**21.1.2017**).

USA

In Washington nehmen Hunderttausende Menschen am „Marsch der Frauen“ gegen US-Präsident Donald Trump teil (**21.1.2017**).

USA

Transpazifische Partnerschaft (TPP)

Transpazifisches Freihandelsabkommen (CPTPP)

Kehrtwende in der US-Handelspolitik: US-Präsident Donald Trump beschliesst den Ausstieg aus dem Transpazifischen Freihandelsabkommen Trans-Pacific Partnership/TPP (**23.1.2017**). Das Abkommen war 2015 von den USA und elf weiteren Staaten – Australien, Brunei, Chile, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam – vereinbart worden.

Die elf Länder gründen nach dem Scheitern des Handelspakts TPP im folgenden Jahr (8.3.2018) Jahr das transpazifische Freihandelsabkommen Comprehensive and Progressive Trans Pacific Partnership/CPTPP.

Mauritius

In Mauritius wird Pravind Jugnauth vom Militant Socialist Movement neuer Premierminister (**23.1.2017**). Er ist der Sohn des früheren Regierungschefs Anerood Jugnauth.

Deutschland

Der Vorsitzende der deutschen Sozialdemokraten, Sigmar Gabriel, kündigt seinen Verzicht auf die Kanzlerkandidatur bei der nächsten Bundestagswahl an: Martin Schulz, der frühere Vorsitzende des Europäischen Parlaments, soll als Kanzlerkandidat die SPD in den Wahlkampf führen und gleichzeitig den Parteivorsitz übernehmen (**24.1.2017**).

Mexiko/USA

US-Präsident Donald Trump ordnet den Bau einer Mauer entlang der Grenze zu Mexiko an, um die illegale Einwanderung zu bekämpfen (**25.1.2017**). Der mexikanische Staatschef Enrique Peña Nieto verurteilt den Beschluss und lehnt die von Trump geforderte finanzielle Beteiligung an den Baukosten ab.

USA

Börsen

Wenige Tage nach dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump überspringt der US-Aktienindex Dow Jones erstmals die Marke von 20 000 Punkten (**25.1.2017**).

USA

Flüchtlinge

US-Präsident Donald Trump verhängt per Dekret für 120 Tage einen Einreisestopp für Flüchtlinge. Für Kriegsflüchtlinge aus Syrien gilt der Einreisestopp auf unbestimmte Zeit. Ausserdem dürfen in den nächsten 90 Tagen keine Personen aus den sieben mehrheitlich muslimischen Staaten Irak, Iran, Libyen, Somalia, Sudan, Syrien und Jemen einreisen. Er begründet die Massnahmen mit dem „Schutz vor der Einreise ausländischer Terroristen“ (**27.1.2017**). Per einstweilige Verfügung stoppt ein Bundesrichter das von US-Präsident Donald Trump erlassene Einreiseverbot (3.2.2017).

Kanada

Bei einem Anschlag auf eine Moschee in der kanadischen Stadt Quebec kommen sechs Menschen ums Leben (**29.1.2017**).

USA

Rex Tillerson, bisher Chef der Ölkonzern Exxon Mobil, wird neuer US-Aussenminister (**1.2.2017**).

Rumänien

In Rumänien kommt es zu Massenprotesten gegen die von der Regierung per Eilerlass verfügte Strafminderung bei Korruption. Es handelt sich um die grössten landesweiten Kundgebungen seit dem Sturz des Ceaușescu-Regimes im Jahr 1989 (**1.2.2017**). Die Regierung zieht das Dekret zurück (5.2.2017).

USA

Ein Bundesrichter des US-Staates Washington stoppt mit einer einstweiligen Verfügung das von US-Präsident Donald Trump erlassene Einreiseverbot für Personen aus sieben muslimischen Staaten (**3.2.2017**). Der Supreme Court lässt Ende Juni (26.6.2017) Teile des umstrittenen Einreisestopps zu.

USA

US-Präsident Donald Trump will die Bankenregulierung lockern. Im Visier ist der „Dodd-Frank Act“ (**3.2.2017**).

Frankreich

Das vom extrem rechten Front national verabschiedete Wahlprogramm sieht ein Referendum über einen Austritt Frankreichs aus der EU («Frexit»), eine drastische Beschränkung der Einwanderung sowie protektionistische Massnahmen für die Wirtschaft vor (**4.2.2017**).

Syrien

Laut einem Bericht von Amnesty International sind in Syrien, im berüchtigten Gefängnis Sednaya, vom September 2011 bis Dezember 2015 zwischen 5000 und 13 000 Häftlinge hingerichtet worden (**7.2.2017**).

Somalia

Das somalische Parlament wählt Mohamed Abdullahi Mohamed (genannt Farmajo) zum neuen Staatspräsidenten (**8.2.2017**).

Deutschland

Der Sozialdemokrat Frank-Walter Steinmeier wird zum neuen deutschen Bundespräsidenten gewählt. Der frühere Aussenminister ist Nachfolger von Joachim Gauck (**12.2.2017**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Unternehmenssteuerreform (Abschaffung der Steuerprivilegien für internationale Unternehmen) mit 59,9 Prozent Nein-Stimmen ab. Zustimmung findet mit 60,4 Prozent-Ja-Stimmen die erleichterte Einbürgerung von Personen der dritten Ausländergeneration (**12.2.2017**).

USA

US-Sicherheitsberater Michael Flynn tritt nach wenigen Wochen im Amt zurück (**13.2.2017**). Der frühere Dreisternegeneral war wegen Kontakten zum russischen Botschafter in Washington in die Kritik geraten. Sein Nachfolger wird Generalleutnant Herbert Raymond (H.R.) McMaster.

Korea (Nordkorea)

Der Halbbruder des nordkoreanischen Machthabers Kim Jong Un wird im Flughafen der malaysischen Hauptstadt Kuala Lumpur ermordet. Todesursache ist eine hohe Dosis des Nervengifts VX (**13.2.2017**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

USA/

Kursänderung in der US-Nahostpolitik: US-Präsident Donald Trump rückt von der Zweistaatenlösung bei der Suche nach einer Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts ab (**15.2.2017**).

Pakistan

Bei einem Selbstmordanschlag auf den Schrein eines Sufimeisters in der südpakistanischen Provinz Sindh kommen über 80 Menschen ums Leben (**16.2.2017**).

USA

US-Präsident Donald Trump bezeichnet jene Medien, die sich kritisch zu ihm äussern, als „Feinde des amerikanischen Volkes“ (**18.2.2017**).

Karabach-Konflikt

Berg-Karabach/Republik Arzach

Aserbaidschan/Armenien

Die Republik Berg-Karabach wird in Republik Arzach umbenannt (**20.2.2017**). Das überwiegend von Armeniern bewohnte Gebiet hatte sich 1991 von Aserbaidschan abgespalten und sich unabhängig erklärt. Dies löste einen Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan aus. Die internationale Gemeinschaft anerkennt die Unabhängigkeit von Berg-Karabach bzw. der Republik Arzach nicht.

Italien

Italiens Regierungspartei Partito Democratico spaltet sich: Anhänger des linken Flügels gründen die Bewegung „Democratici e Progressisti“ (**25.2.2017**).

Korea (Südkorea)

Die südkoreanische Staatspräsidentin Park Geun Hye wird vom Verfassungsgericht wegen einer Korruptionsaffäre ihres Amtes enthoben (**10.3.2017**).

Hungersnot/Ernährungsnotstand

Jemen/Südsudan/Somalia/Nigeria

Die UNO warnt angesichts der Hungersnöte in mehreren afrikanischen Ländern und in Jemen – ausgelöst durch Dürre und Kriege – vor einer der grössten humanitären Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Etwa 20 Millionen Menschen in Südsudan, Somalia, Jemen und im Norden Nigerias drohe der Hungertod (**10.3.2017**).

Türkei

Die UNO wirft den türkischen Streitkräften schwere Menschenrechtsverletzungen im mehrheitlich kurdischen Südosten des Landes vor. Zwischen Juli 2015 und Dezember 2016 seien über 300 000 Menschen vertrieben und mehr als 2000 Menschen getötet worden (**10.3.2017**).

Grossbritannien/EU

Ja zum Brexit-Gesetz: Beide Kammern des britischen Parlaments stimmen dem in einer Volksabstimmung (23. Juni 2016) beschlossenen Austritt Grossbritanniens aus der Europäischen Union (EU) zu (**13.3.2017**).

Niederlande

Der von vielen befürchtete rechtspopulistische Durchbruch bei der Parlamentswahl in den Niederlanden bleibt aus (**15.3.2017**): Die rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD) von Ministerpräsident Mark Rutte bleibt trotz acht Sitzverlusten stärkste Kraft. Sie gewinnt 33 der 150 Mandate. Die rechtspopulistische Partei für Freiheit (Partij voor de Vrijheid/PVV) von Geert Wilders wird mit 20 Mandate (plus 5) zweitstärkste Kraft. Je 19 Sitze gewinnen die Christdemokraten (Christlich-Demokratische Appell/Christen Democratisch Appèl – CDA) und die sozialliberalen Democraten 66 (D66). Ein Debakel erlebt die sozialdemokratische Partei der Arbeit (Partij van de Arbeid/PvdA). Die bisher an der Regierung beteiligten Sozialdemokraten verlieren 29 Mandate und sind nur noch mit 9 Abgeordneten vertreten. Zu den Wahlgewinnern gehört Groenlinks mit 14 Abgeordneten (plus 10).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Sänger und Gitarrist Chuck Berry, ein Pionier des Rock'n'Roll, stirbt im Alter von 90 Jahren (18.3.2017).

Deutschland

Martin Schulz, ehemaliger Präsident des Europäischen Parlaments, wird neuer Vorsitzender der deutschen Sozialdemokraten und SPD-Kanzlerkandidat. Die Wahl durch einen Sonderparteitag der SPD erfolgt mit hundertprozentiger Zustimmung (19.3.2017).

USA

Das FBI untersucht eine mögliche Beeinflussung der US-Wahl durch Russland und ermittelt in diesem Zusammenhang auch, ob es eine Verbindung zwischen Mitarbeitern von US-Präsident Donald Trump und Moskau gab. FBI-Direktor James Comey bestätigt vor dem Geheimdienstausschuss des Repräsentantenhauses die laufende Untersuchung (20.3.2017). Keine Hinweise gibt es laut der Bundespolizei FBI und der National Security Agency (NSA) auf die Vorwürfe Trumps, sein Vorgänger Barack Obama habe ihn in seinem Wahlkampfhauptquartier abhören lassen.

Osttimor (Timor-Leste)

Francisco Guterres von der Frente Revolucionária de Timor-Leste Independente (Fretilin) geht mit einem Stimmenanteil von rund 57 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in Osttimor (Timor-Leste) hervor (20.3.2017).

Grossbritannien

Bei einem Anschlag in unmittelbarer Nähe des britischen Parlaments kommen vier Menschen ums Leben, unter ihnen der Attentäter. Über dreissig Menschen werden verletzt (22.3.2017). Der „Islamische Staat“ (IS) beansprucht das Attentat für sich.

Belarus

In Minsk, der Hauptstadt von Belarus, gehen Sicherheitskräfte mit aller Härte gegen Demonstranten vor, die gegen eine Sondersteuer für Arbeitslose protestieren. Dutzende Menschen werden festgenommen (25.3.2017).

Russland

In Moskau und anderen russischen Städten protestieren Tausende Menschen gegen Korruption und gegen die Elite (26.3.2017). Der Oppositionspolitiker Alexei Nawalny, der zu den Protesten aufgerufen hatte, wird vorübergehend festgenommen.

Bulgarien

Die Mitte-rechts-Bewegung Bürger für eine europäische Entwicklung Bulgariens (Gerb) geht zum vierten Mal in Folge als stärkste Partei aus der Parlamentswahl in Bulgarien hervor. Sie gewinnt 95 der 240 Sitze. Die Sozialisten (BSP) können ihre Verluste der letzten Wahl wieder gutmachen und sind mit 80 Abgeordneten vertreten. Drittstärkste Kraft ist die von rechtsradikalen und populistischen Parteien gebildete Allianz Vereinigte Patrioten mit 27 Sitzen. Die Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS) entsendet 26 Abgeordnete. Der Reformblock scheitert an der Vier-Prozent-Hürde (26.3.2017).

Der bisherige Ministerpräsident Bojko Borisow (Gerb) bildet ein Regierungsbündnis mit der Allianz Vereinigte Patrioten. Zu ihr gehören die Bulgarische Nationale Bewegung (WMRO), die Nationale Front für die Rettung Bulgariens (NFSB) und die rechtsradikale Ataka (4.5.2017).

USA

US-Präsident Donald Trump will die Klimapolitik seines Vorgängers kippen. Er unterzeichnet ein Dekret, das den Clean Power Plan von Barack Obama weitgehend rückgängig macht (28.3.2017).

Grossbritannien/Schottland

Das schottische Regionalparlament fordert ein zweites Unabhängigkeitsreferendum (28.3.2017). Am 18. September 2014 war das Unabhängigkeitsbegehren mit 55,3 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt worden

Frankreich

„Carlos“

Zum dritten Mal nach 1997 und 2011 wird der in Frankreich inhaftierte venezolanische Terrorist Ilich Ramírez Sánchez alias „Carlos“ (der Schakal) zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt (28.3.2017). Ihm werden zahlreiche zwischen 1973 und 1994 in Frankreich und anderen Ländern verübte Terroranschläge zur Last gelegt. 1994 wurde „Carlos“ im Sudan verhaftet und an Frankreich ausgeliefert..

Venezuela

Das Oberste Gericht Venezuelas entmachtet das Parlament (29.3.2017). Die Generalstaatsanwältin interveniert. Der Gerichtsentscheid wird kurz darauf zurückgezogen.

Serbien

Der serbische Regierungschef Aleksandar Vučić (*Vucic*) geht als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (**2.4.2017**). Der Kandidat der Serbischen Fortschrittspartei (SNS) siegt bereits in der ersten Runde mit einem Stimmenanteil von rund 55 Prozent.

Ecuador

In Ecuador geht der ehemalige Vizepräsident Lenín Moreno vom linken Regierungsbündnis Alianza PAIS (Patria Altiva i Soberana) mit 51,16 Prozent der Stimmen knapp als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor (**2.4.2017**). Sein Konkurrent, der konservative Banker Guillermo Lasso, erhält 48,84 Prozent der Stimmen. Bei der Parlamentswahl am 16. Februar 2017 hatte Morenos Partei trotz Sitzeinbussen ihre Stellung als stärkste Kraft behauptet. Der neue Staatspräsident will die „Bürgerrevolution“ seines linken Vorgängers Rafael Correa, der zehn Jahre lang regierte, fortsetzen.

Russland

Bei einem Sprengstoffanschlag auf die U-Bahn in St. Petersburg kommen 14 Menschen ums Leben. Das Attentat ereignet sich während eines Besuchs des russischen Präsidenten Wladimir Putin (**3.4.2017**). Ein aus Kirgistan stammender Russe soll den Selbstmordanschlag verübt haben.

Syrien/Syrien-Konflikt

Bei einem Giftgasangriff auf die Stadt Khan Sheikhoun in der syrischen Provinz Idlib werden über 70 Menschen getötet. Für den Angriff wird das syrische Regime verantwortlich gemacht (**4.4.2017**).

Marokko

Saad Dine El Otmami vom gemässigt islamistischen Parti de la justice et du développement (PJD) wird neuer marokkanischer Premierminister (**5.4.2017**). Seine Partei hatte sich bei der Parlamentswahl im Oktober 2016 als stärkste Kraft behauptet, doch gelang es dem bisherigen Ministerpräsidenten Abdel-Ilah Bankiran nicht, eine neue Regierung zu bilden.

Syrien/Syrien-Konflikt

USA

Die USA attackieren eine syrische Luftwaffenbasis bei Homs mit Marschflugkörpern. Von dem ins Visier genommenen Stützpunkt soll wenige Tage zuvor der Giftgasangriff auf die Stadt Khan Sheikhoun erfolgt sein, der über 70 Tote forderte. Es ist das erste Mal, dass die USA in dem seit sechs Jahren dauernden Bürgerkrieg die syrische Regierungsarmee angreifen (**7.4.2017**).

USA

Der US-Senat bestätigt Neil Gorsuch als Richter am Supreme Court. Mit der Wahl des Kandidaten von US-Präsident Donald Trump haben die Konservativen am Obersten Gericht mit 5:4 die Oberhand (**7.4.2017**). Die Republikaner setzen durch, dass das Wahlprozedere für die Richter des Supreme Court geändert wird: Die sogenannte „Supermajorität“ von 60 Stimmen wird abgeschafft. Eine einfache Mehrheit von 50 Stimmen genügt.

Schweden

Bei einer Lastwagenattacke in der schwedischen Hauptstadt Stockholm kommen vier Menschen ums Leben. Zur Tat bekennt sich ein 39-jähriger Usbeke, dessen Antrag auf eine Aufenthaltsbewilligung abgelehnt worden war (**7.4.2017**).

Spanien/Baskenland

Nach mehr als fünf Jahren Feuerpause will die baskische Untergrundorganisation ETA (Euskadi Ta Askatasuna – Baskenland und Freiheit) definitiv ihre Waffen abgeben und gibt ihre Waffenverstecke preis (**8.4.2017**).

Ägypten

In Ägypten kommen bei Anschlägen auf koptische Kirchen in Alexandria und Tanta über 40 Menschen ums Leben (**9.4.2017**). Über Ägypten wird Ausnahmezustand verhängt, der erst nach viereinhalb Jahren (Oktober 2021) für beendet erklärt wird.

Südossetien-Alanien/Russland

Aus Südossetien wird Südossetien-Alanien: In einer Volksabstimmung wird die Namensänderung in dem von Georgien abtrünnigen Gebiet gutgeheissen (**9.4.2017**). Russland ist Schutzmacht von Südossetien-Alanien.

Syrien/Syrien-Konflikt

Bei einem Anschlag auf einen Flüchtlingskonvoi in Syrien kommen über 120 Menschen ums Leben, darunter mehr als 60 Kinder (**15.4.2017**).

Türkei

Knappes Ja zur Verfassungsreform in der Türkei (16.4.2017): Mit 51,4 Prozent Ja-Stimmen heissen die Stimmberechtigten die Einführung des von Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan (*Erdogan*) geforderten Präsidialsystems gut. Beschwerden der Opposition und Anträge auf Annullierung des Referendums werden von der

Wahlkommission abgelehnt. Mit der neuen Verfassung liegt die Exekutivgewalt beim Staatsoberhaupt. Das Amt des Regierungschefs wird abgeschafft.

Korea (Nordkorea)/Korea (Südkorea)USA

Wachsende Spannungen zwischen Nordkorea und den USA: US-Vizepräsident Mike Pence erklärt nach einem erneuten nordkoreanischen Raketentest, die „Ära der strategischen Geduld“ gegenüber Nordkorea sei vorbei (17.4.2017). Man werde weiterhin regelmässig Raketentests durchführen, entgegnet die Regierung Nordkoreas. Die USA entsenden einen Flugzeugträger in die Krisenregion und beginnen mit der Stationierung eines Raketenabwehrsystems (THAAD) in Südkorea.

Frankreich

Emmanuel Macron von der sozialliberalen Bewegung „En Marche“ und Marine Le Pen, Chefin des extrem rechten Front national, schaffen es in die Stichwahl um das Präsidentenamt in Frankreich. Macron erhält 23,9 Prozent der Stimmen; Le Pen 21,4 Prozent. Zum zweiten Mal nach 2002 schafft der Front national den Einzug in die zweite Runde um das Präsidentenamt.

Erstmals seit Bestehen der Fünften Republik findet die Stichwahl ohne Vertreter der etablierten Regierungsparteien, der Sozialisten und Republikaner, statt. Sowohl der frühere Premierminister François Fillon, Kandidat der Republikaner, als auch der sozialistische Bewerber Benoît Hamon scheiden aus dem Rennen. Fillon erhält als Dritter 19,9 und Hamon als Fünfter lediglich 6,3 Prozent der Stimmen.

Jean-Luc Mélenchon von der linken Bewegung „La France insoumise“ erreicht als Vierter 19,6 Prozent (23.4.2017).

Venezuela/Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)

Inmitten einer schweren innenpolitischen Krise verkündet Venezuela den Austritt aus der Organisation Amerikanischer Staaten – OAS (27.4.2017). Seit Wochen kommt es in Venezuela zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Ordnungskräften und der Opposition. Über 30 Menschen sind seit Anfang April ums Leben gekommen.

Albanien

Das albanische Parlament wählt den früheren Regierungschef Ilir Meta von der Sozialistischen Bewegung für Integration zum neuen Staatsoberhaupt. Die oppositionelle Demokratische Partei boykottiert die Präsidentenwahl (28.4.2017).

Montenegro

Nato

Montenegro soll als 29. Mitglied der Nato beitreten. Dies beschliesst das montenegrinische Parlament. Die Opposition bleibt der Abstimmung fern (28.4.2017). Der offizielle Beitritt erfolgt am 5. Juni 2017.

Venezuela

Der venezolanische Präsident Nicolás Maduro verkündet die Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung (1.5.2017).

Syrien/Syrien-Konflikt

Russland/Türkei/Iran

Russland, die Türkei und Iran vereinbaren die Schaffung von Schutzzonen (Deeskalationszonen) in Syrien (4.5.2017). Auch die Provinz Idlib gehört zu den Schutzzonen. Um die vier Zonen herum sollen Grenzen mit Checkpoints und Beobachtungsposten errichtet werden. Diese sollen von den drei Staaten kontrolliert werden.

Frankreich

Der ehemalige Wirtschaftsminister und Investmentbanker Emmanuel Macron wird zum neuen französischen Staatspräsidenten gewählt. Der parteilose Macron, Gründer der sozialliberalen Bewegung En Marche ist der jüngste Präsident in der Geschichte Frankreichs. Er gewinnt die Stichwahl gegen Marine Le Pen vom extrem rechten Front national mit einem Stimmenanteil von 66,1 Prozent. Die Kandidatin des Front national erhält 33,9 Prozent der Stimmen. Für Macron entscheiden sich 20,7 Millionen und für Le Pen 10,6 Millionen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. Die Wahlbeteiligung ist mit 74,56 Prozent die niedrigste seit 1969. Erstmals in der Geschichte der V. Republik müssen sich die grossen politischen Blöcke, die Sozialisten und Republikaner, in der Stichwahl mit der Zuschauerrolle begnügen (7.5.2017).

Korea (Südkorea)

Der frühere Menschenrechtsanwalt Moon Jae In geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Südkorea hervor. Der Kandidat der linksliberalen Democratic Party erhält 41 Prozent der Stimmen (9.5.2017). Der neue südkoreanische Präsident setzt im Verhältnis zu Nordkorea auf Entspannung.

USA

US-Präsident Donald Trump entlässt FBI-Chef James Comey (9.5.2017).

Jemen/Jemen-Konflikt

Drei Regierungen in Jemen: Neben dem Obersten Politischen Rat der Huthi-Aufständischen und der Regierung des international anerkannten Präsidenten Abed Rabbo Mansur Hadi wird in Aden ein Southern Transitionel Council (STC), ein Übergangsrat für den Süden gebildet (11.5.2017). Die „Bewegung für die Unabhängigkeit des Südens“

(Hirak) strebt unter Führung von Aidarus al-Zubaidi, ehemaliger Gouverneur von Aden, die Wiedererlangung der Unabhängigkeit Südjemen an.

Cyberkriminalität/Cyberangriffe

Weltweit grösster Hackerangriff: Schätzungsweise 200 000 Computersysteme in rund 150 Ländern fallen einer Erpressungssoftware zum Opfer (**12.5.2017**).

Frankreich

Nach der Wahl von Emmanuel Macron zum neuen französischen Staatspräsidenten wird Édouard Philippe mit dem Amt des Premierministers betraut. Der republikanische Politiker war bisher Bürgermeister von Le Havre (**15.5.2017**). Seine Regierung setzt sich aus Konservativen, Zentristen und Sozialisten zusammen.

Österreich

Aussenminister Sebastian Kurz übernimmt die Führung der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und leitet mit der Forderung nach Neuwahlen das vorzeitige Ende der rot-schwarzen Koalitionsregierung (Volkspartei/ÖVP und Sozialdemokratische Partei/SPÖ) ein (**14.5.2017**). Die Parlamentswahlen will Kurz mit einer eigenen Liste (Liste Sebastian Kurz - die neue Volkspartei) bestreiten.

WikiLeaks

Der Fall Julian Assange

Schweden

Die schwedische Staatsanwaltschaft stellt das Verfahren gegen den WikiLeaks-Gründer Julian Assange im Zusammenhang mit Vergewaltigungsvorwürfen ein (**19.5.2017**). Assange befindet sich seit Juni 2012 als Flüchtling in der ecuadorianischen Botschaft in London.

USA/Saudiarabien

US-Präsident Donald Trump schliesst während seines Staatsbesuchs in Saudiarabien Waffengeschäfte im Umfang von fast 110 Milliarden Dollar (**20.5.2017**). Es handelt sich um die erste Auslandsreise Trumps.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten billigen mit 58,2 Prozent Ja-Stimmen das revidierte Energiegesetz und damit das erste Massnahmenpaket für die Energiestrategie 2050. In der Schweiz werden keine neuen Atomkraftwerke mehr gebaut. Stattdessen wird die Stromproduktion mit erneuerbaren Energien ausgebaut und die Energieeffizienz erhöht (**21.5.2017**).

Grossbritannien

Manchester-Anschlag

Ein Selbstmordattentäter reisst in Manchester 22 Menschen mit in den Tod (**22.5.2017**). Der Sprengsatz detoniert am Ende des Konzerts des Teenie-Stars Ariana Grande im Foyer der Manchester Arena. Dutzende Menschen werden verletzt, unter ihnen zahlreiche Kinder und Jugendliche. Beim Attentäter handelt es sich nach Angaben der Behörden um einen 22-jährigen Briten libyscher Herkunft. Die Regierung hebt vorübergehend die Terrorwarnstufe von „ernst“ auf „kritisch“ herauf.

Philippinen

Mit dem „Islamischen Staat (IS) verbündete Milizen überfallen auf der philippinischen Insel Mindanao die Provinzhauptstadt Marawi. Staatspräsident Rodrigo Duterte verhängt das Kriegsrecht über die Insel Mindanao (**23.5.2017**). Erst nach fünf Monaten gelingt der philippinischen Armee die Rückeroberung von Marawi.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der britische Schauspieler Roger Moore stirbt im Alter von 89 Jahren (**23.5.2017**).

Nato/USA

Standpauke von US-Präsident Donald Trump beim Nato-Gipfel in Brüssel. Es wird Zeit, dass die Nato-Mitglieder endlich ihren fairen Anteil zahlen», erklärt Trump. Die mangelnde Beteiligung vieler Nato-Mitglieder sei nicht fair (**25.5.2017**).

Ägypten

Wieder ein Anschlag auf koptische Christen in Ägypten: Bei einem Überfall auf einen Autobus südlich von Kairo kommen 28 Menschen ums Leben, unter ihnen zahlreiche Jugendliche (**26.5.2017**).

G-7

Das Gipfeltreffen der sieben führenden demokratischen Industriestaaten (G-7) – USA, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Japan und Kanada – in Taormina (Sizilien) steht im Zeichen von Dissonanzen in der Klimapolitik. Am Widerstand von US-Präsident Donald Trump scheitert ein Bekenntnis zum Klimaabkommen von Paris vom Dezember 2015 (**27.5.2017**).

Deutschland/USA

Die deutsche Bundeskanzler Angela Merkel sorgt mit kritischen Bemerkungen zum transatlantischen Verhältnis für grosses Aufsehen. „Die Zeiten, in denen sich Deutschland auf andere völlig habe verlassen können, sei ein Stück weit vorbei. Das habe ich in den letzten Tagen erlebt. Die Europäer müssen ihr Schicksal wirklich in die eigene Hand nehmen“, sagt die Kanzlerin mit Blick auf US-Präsident Donald Trump und dessen Auftritt bei dem Nato- und beim G-7-Gipfeltreffens (28.5.2017).

Afghanistan/Afghanistan-Konflikt

Bei einem Sprengstoffanschlag im Diplomatenviertel der afghanischen Hauptstadt Kabul kommen über 100 Menschen ums Leben (31.5.2017).

Mazedonien

Fast sechs Monate nach der Parlamentswahl hat Mazedonien eine neue Regierung unter Führung des Sozialdemokraten Zoran Zaev. Er bildet eine Koalitionsregierung mit den beiden Albanerparteien Demokratische Union für Integration (BDI/DUI) und der Allianz für Albaner (AA). Erstmals seit 2006 gehört die nationalkonservative Partei VMRO-DPMNE des langjährigen Regierungschefs Nikola Gruevski nicht mehr der Regierung an (31.5.2017).

USA

Umwelt/Klima

Pariser Weltklimaabkommen

Die USA ziehen sich aus dem 2015 von der UNO-Klimakonferenz in Paris verabschiedeten Weltklimaabkommen zurück (1.6.2017). Der Vertrag behandle sein Land unfair, begründet US-Präsident Donald Trump seinen Entscheid und bedeute den Verlust von Arbeitsplätzen. Das im Dezember 2015 von 196 Staaten unterzeichnete Klimaabkommen verfolgt das Ziel, die durch Treibhausgase verursachte Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen.

Grossbritannien

In London kommen bei Angriffen von Terroristen sieben Menschen kamen ums Leben und 48 werden verletzt. Auf der London Bridge werden wahllos Passanten angefahren und in einem Vergnügungszentrum werden Besucher von Pubs und Restaurants niedergestochen. Die drei Attentäter werden erschossen (3.6.2017). Es handelt sich um dem dritten terroristischen Angriff in Grossbritannien innert zweieinhalb Monaten

Katar/Saudiarabien/Ägypten/Bahrain/Vereinigte Arabische Emirate

Vier arabische Staaten – Saudiarabien, Ägypten, Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate – brechen die diplomatischen Beziehungen zum Emirat Katar ab. Sie werfen Katar vor, Terrorgruppen zu unterstützen. Häfen, Flughäfen und der Luftraum werden für katarische Transportmittel geschlossen. Saudiarabien schliesst die Landesgrenzen zu Katar (5.6.2017).

Iran

In der iranischen Hauptstadt Teheran kommen bei zwei Anschlägen, zu denen sich der „Islamische Staat“ (IS) bekennt, 23 Menschen ums Leben. Die Attentäter dringen ins Parlament und auf das Gelände des Mausoleums von Revolutionsführer Ayatollah Khomeini ein (7.6.2017).

Grossbritannien

Schlappe für die britische Premierministerin Theresa May: Die Konservativen (Conservative Party) verlieren bei der von Theresa May überraschend angesetzten vorgezogenen Unterhauswahl ihre absolute Mehrheit (8.6.2017). Grossbritannien erhält ein „hung parliament“, ein Parlament ohne absolute Mehrheit. Von den 650 Sitzen entfallen 318 (minus 13) auf die Tories. Die Labour-Party von Jeremy Corbyn entsendet 262 Abgeordnete (plus 30) ins neue Unterhaus. Drittstärkste Kraft ist die Scottish National Party (SNP), die 35 Mandate gewinnt, aber gleichzeitig 21 Mandatsverluste hinnehmen muss. Die Liberal Democrats gewinnen 12 Sitze (plus 4) und die nordirische Democratic Unionist Party (DUP) ist mit 10 Abgeordneten (plus 2) vertreten. Auf übrige Parteien entfallen 13 Sitze. Trotz der Wahlschlappe will die Premierministerin weiterregieren, dies mit Unterstützung der nordirischen Democratic Unionist Party (DUP).

Kosovo

In Kosovo finden nach dem Misstrauensvotum gegen Ministerpräsident Isa Mustafa vorgezogene Parlamentswahlen statt (11.6.2017). Stärkste Kraft wird die das Bündnis von drei früheren Rebellenführern. Die PAN-Koalition, bestehend aus der Demokratischen Partei (PDK), der Allianz für die Zukunft (AAK) und Nisma (Sozialdemokratische Initiative), gewinnt 39 Sitze. Die links-nationalistische Partei Selbstbestimmung (Vetëvendosje) erobert 16 Mandate hinzu und ist mit 32 Abgeordneten vertreten. Sie ist die stärkste Einzelpartei. 29 Sitze gewinnt die Demokratische Liga (LDK) des bisherigen Regierungschefs Isa Mustafa gemeinsam mit der Allianz Neues Kosovo (AKR).

Finnland

In Finnland spaltet sich die rechtspopulistische Finnen-Partei nach der Wahl des Hardliners Jussi Halla-aho zum neuen Parteichef (13.6.2017). Jussi Halla-aho war 2012 wegen islamfeindlicher Äusserungen verurteilt worden. 20 Abgeordnete des moderaten Flügels bilden eine Fraktion mit der Bezeichnung Neue Alternative. Ministerpräsident

Juha Sipilä setzt die Regierungszusammenarbeit mit den moderaten Rechtspopulisten der Neuen Alternative fort. Als Partei heisst sie Blaue Zukunft.

Irland

Wechsel an der Spitze der irischen Regierung: Leo Varadkar, Chef der Partei Fine Gael, wird neuer Regierungschef. Mit 38 Jahren ist er der bisher jüngste und der erste offene schwule Ministerpräsident. Der Einwanderersohn Leo Varadkar ist Nachfolger von Enda Kenny. Er stand wegen einer Schmutzkampagne gegen einen Polizei-Whistleblower unter Druck (**14.6.2017**).

Schweiz

Der Schweizer Bundesrat Didier Burkhalter tritt überraschend zurück (**14.6.2017**). Der freisinnige Politiker war im September 2009 in die Landesregierung gewählt worden und war seit 2012 Aussenminister (Leiter des Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten/EDA).

Grossbritannien

Katastrophen/Brandkatastrophen

Bei einem Grossbrand im Londoner Grenfell Tower kommen 72 Menschen ums Leben (**14.6.2017**).

Serbien

Mit Ana Brnabić (*Brnabic*) erhält Serbien erstmals eine Regierungschefin (**15.6.2017**). Sie übernimmt die Nachfolge des zum Staatspräsidenten gewählten Aleksandar Vučić (*Vucic*).

USA/Kuba

US-Präsident Donald Trump stoppt den von seinem Vorgänger Barack Obama eingeleiteten Annäherungskurs an Kuba (**16.6.2017**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der frühere deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl stirbt im Alter von 87 Jahren (**16.6.2017**). Der CDU-Politiker Helmut Kohl war in den Jahren 1982 bis 1998 Bundeskanzler.

Frankreich

Die sozialliberale Partei des neuen französischen Staatschefs Emmanuel Macron sichert sich bei der Parlamentswahl (11.6. und **18.6.2017**) die absolute Mehrheit. „La République en marche“, erst vor einem Jahr als Bewegung „En marche“ gegründet, gewinnt 308 der 577 Sitze in der Assemblée nationale. Das verbündete zentristisch-liberale Mouvement démocrate (MoDem) erhält 42 Sitze.

Mit einem Debakel enden die Wahlen für die Sozialisten. Der Parti socialiste verliert im Vergleich zu den Wahlen von 2012 250 Sitze und sendet nur noch 30 Abgeordnete.

Die bürgerlich-konservativen Républicains (ehemalige Union pour un mouvement populaire/UMP) verlieren 82 Sitze und müssen sich 112 Mandaten begnügen.

Der extrem rechte Front national (FN) entsendet 8 und die linksradikale Bewegung La France insoumise (Unbeugsames Frankreich) 17 Abgeordnete. Die Wahlbeteiligung liegt in der zweiten Runde bei nur 42,6 Prozent.

Schweiz

Die Stimmberechtigten der bernjurassischen Gemeinde Moutier entscheiden sich mit 51,7 Prozent-Ja-Stimmen für den Wechsel zum Kanton Jura (**18.6.2017**).

Portugal

Katastrophen/Waldbrände und Buschbrände

Bei Waldbränden in Portugal kommen über 60 Menschen ums Leben (**18.6.2017**).

Flüchtlinge

Die Zahl der Flüchtlinge und Vertriebenen auf der Welt hat laut Angaben der UNO eine neue Höchstmarke erreicht: Rund 65,5 Millionen Menschen flohen 2016 vor Krieg, Gewalt und Verfolgung (**19.6.2017**).

USA/Nordkorea

Der 22 Jahre alte US-Student Otto Warmbier stirbt an den Folgen seiner über ein Jahr dauernden Gefangenschaft in Nordkorea (**19.6.2017**). Er war wenige Tage zuvor in die USA zurückgebracht worden.

Rumänien

In Rumänien stürzen die regierenden Sozialdemokraten mit einem Misstrauensvotum im Parlament die eigene Regierung von Ministerpräsident Sorin Grindeanu (**21.6.2017**). Nachfolger wird der bisherige Wirtschaftsminister Mihai Tudose.

Albanien

Bei der Parlamentswahl in Albanien baut die Sozialistische Partei von Edi Rama ihre Position als stärkste Kraft aus. Sie gewinnt 74 (plus 9) Mandate. Die Demokratische Partei erhält 43 (minus 7) Sitze (**25.6.2017**).

Grossbritannien

Die britische Premierministerin Theresa May einigt sich mit der nordirischen Democratic Unionist Party (DUP) auf ein Bündnis zur Unterstützung ihrer konservativen Minderheitsregierung. Zum Dank erhält Nordirland zusätzliche Subventionen von über einer Milliarde Pfund (**26.6.2017**).

Deutschland

Homo-Ehe/LGBTIQ

Der Deutsche Bundestag ebnet Homosexuellen den Weg zur Ehe (Homo-Ehe) und heisst die Gesetzesvorlage „Ehe für alle“ gut (**30.6.2017**).

Salomonen

Auf den Salomonen endet nach 14 Jahren die Regional Assistance Mission to the Solomon Islands (Ramsi), eine von Australien, Neuseeland und anderen Pazifikstaaten durchgeführte Mission zur Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung nach jahrelangen schweren Unruhen (**30.6.2017**).

G-5 Sahel

Die Mitglieder des Bündnisses G-5 Sahel – Mali, Mauretanien, Niger, Burkina Faso und Tschad – beschliessen die Schaffung einer 5000 Mann starken Eingreiftruppe zur Bekämpfung des Terrorismus (**2.7.2017**).

Abrüstung/Rüstungskontrolle

Atomwaffenverbot-Vertrag (TPNW)

122 UNO-Mitglieder beschliessen das Verbot von Atomwaffen. Der Vertrag (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons/TPNW) verbietet das „Entwickeln, Testen, Produzieren, Herstellen, anderweitige Beschaffen, Besitzen oder Anhäufen“ von Nuklearwaffen (**7.7.2017**). Die Atommächte stehen jedoch abseits; sie hatten die Gespräche boykottiert. Der Vertrag tritt am 22. Januar 2021 in Kraft.

Mongolei

Die Mongolei hat einen neuen Präsidenten: Der Unternehmer Khaltmaagiin Battulga von der Demokratischen Partei setzt sich mit 50,6 Prozent in einer Stichwahl gegen Parlamentspräsident Mieygombo Enkhbold von der Mongolischen Volkspartei (bis 2010: Mongolische Revolutionäre Volkspartei) durch (**7.7.2017**).

G-20

Deutschland

Der Gipfel der führenden Industrie- und Schwellenländer (G-20) in Hamburg steht im Zeichen zahlreicher Meinungsverschiedenheiten. In der Klimapolitik beharren die USA auf dem Ausstieg aus dem 2015 von der UNO-Klimakonferenz in Paris verabschiedeten Weltklimaabkommen. Anerkannt wird die Rolle rechtmässiger Schutzinstrumente gegen unfaire Handelspraktiken. Überschattet wird das Hamburger Gipfeltreffen von schweren Krawallen und Strassenschlachten. Über 200 Polizisten werden dabei verletzt (**8.7.2017**).

Irak

„Islamischer Staat“ (IS)

Nach rund acht Monaten schwerer Kämpfe mit der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) verkündet die irakische Regierung die Rückeroberung von Mosul (**9.7.2017**). Mosul war im Juni 2014 von Islamisten erobert worden. Die Kämpfe um Mosul fordern unter der Zivilbevölkerung Tausende von Toten. Nach Angaben der UNO und von Nichtregierungsorganisationen kamen 9000 bis 11 000 Menschen ums Leben.

Türkei

Hunderttausende Menschen fordern an einer Kundgebung in Istanbul ein faires Justizsystem (**9.7.2017**).

Vorausgegangen war ein 450 Kilometer langer „Gerechtigkeitsmarsch“ von Ankara nach Istanbul mit Oppositionsführer Kemal Kılıçdaroğlu (Kilicdaroglu) an der Spitze

Venezuela

In Venezuela lehnen über sieben Millionen Menschen in einem symbolischen Referendum die von Staatspräsident Nicolás Maduro vorgeschlagene Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung ab (**16.7.2017**).

USA

Am Widerstand der eigenen Partei scheitert im US-Senat das Vorhaben von US-Präsident Donald Trump, das als Obamacare bezeichnete Gesundheitsgesetz durch eine eigene Vorlage zu ersetzen (**17.7.2017**). Die Abschaffung von Obamacare war ein zentrales Wahlkampfversprechen von Trump.

Indien

Ram Nath Kovind wird zum neuen indischen Staatspräsidenten gewählt. Der frühere Gouverneur des Unionstaates Bihar gehört der untersten Kaste an. Er ist nach Koheril Raman Narayana der zweite Dalit an der Spitze des Staates (**17.7.2017**).

OSZE/Schweiz

Der Schweizer Diplomat Thomas Greminger wird neuer Generalsekretär der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa/OSZE (**18.7.2017**).

Ukraine

Konflikt Donbass-Ostukraine

Kleinrussland

Der Führer der ostukrainischen Separatisten in Donezk, Alexander Sachartschenko, ruft einen neuen ukrainischen Staat mit Namen «Kleinrussland» aus. Der Staat „Malorossija“ soll nicht nur die Rebellengebiete in der Ostukraine umfassen, sondern auch die übrige Ukraine (**18.7.2017**).

Polen/EU

Trotz massiven Protesten stimmt das polnische Parlament einer umstrittenen Justizreform zu (**20.7.2017**). Die Opposition warnt vor der Abschaffung der Unabhängigkeit der Gerichte. Staatspräsident Andrzej Duda legt gegen Teile der Justizreform sein Veto ein. Die Europäische Union (EU) leitet ein Vertragsverletzungsverfahren ein.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Mundart-Rocksänger Polo Hofer stirbt im Alter von 77 Jahren (**22.7.2017**).

USA/Russland

Das US-Repräsentantenhaus verschärft bestehende Sanktionen gegen Russland. Der Energiebereich steht im Zentrum der Massnahmen. Russland soll für die Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim und für seine mutmassliche Einflussnahme auf die US-Präsidentenwahl bestraft werden (**25.7.2017**). Russland fordert als Gegenmassnahme die USA auf, die Angestellten ihrer Botschaft und ihrer Konsulate auf 455 zu reduzieren; 755 müssen ihre Tätigkeit aufgeben.

Pakistan

Das Oberste Gericht Pakistans enthebt den unter Korruptionsverdacht stehenden Premierminister Nawaz Sharif seines Amtes (**28.7.2017**).

Korea (Nordkorea)/USA

Zum zweiten Mal innert weniger Wochen führt Nordkorea einen Test mit einer Interkontinentalrakete durch. Nach den Worten von Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un können Nordkoreas Raketen das gesamte Festland der USA erreichen (**28.7.2017**).

Venezuela

Trotz massiver Proteste und Boykottaufrufen der Opposition lässt der venezolanische Staatschef Nicolás Maduro eine Verfassunggebende Versammlung wählen (**30.7.2017**). Ihr gehören 364 kommunale sowie 173 Abgeordneter verschiedener Gesellschaftsbereiche an.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die französische Schauspielerin Jeanne Moreau stirbt im Alter von 89 Jahren (**31.7.2017**).

Frankreich

Die französische Nationalversammlung gibt grünes Licht für eine Arbeitsrechtsreform (**1.8.2017**).

Djibouti/China

China eröffnet einen militärischen Stützpunkt in Djibouti (**1.8.2017**). Es handelt sich um den ersten Stützpunkt Chinas im Ausland. Peking rechtfertigt seine Präsenz mit dem Kampf gegen Piraterie und mit der Unterstützung für humanitäre Hilfe. In Djibouti unterhalten mehrere Staaten militärische Stützpunkte, so die ehemalige Kolonialmacht Frankreich, die USA und Japan.

Italien/Libyen

Flüchtlinge/Migranten

Das italienische Parlament stimmt dem Einsatz der italienischen Marine vor der libyschen Küste zu, um das Schlepperwesen zu bekämpfen und den Migrationsstrom über das Mittelmeer einzudämmen. In Italien sind seit Jahresbeginn rund 95 000 Flüchtlinge und Migranten aus Libyen eingetroffen (**2.8.2017**).

Korea (Nordkorea)/UNO

Der UNO-Sicherheitsrat verhängt einstimmig schärfere Sanktionen gegen Nordkorea und reagiert damit auf zwei im Juli von Nordkorea durchgeführte Tests mit Interkontinentalraketen. Seit elf Jahren untersagt eine Reihe von UN-Resolutionen dem Regime jegliche Atom- und Raketentests. Die neue Resolution verbietet jede Ausfuhr von Kohle, Eisen, Eisenerz, Blei, Bleierz und Fisch (**5.8.2017**).

Korea (Nordkorea)/USA

Kriegerische Rhetorik im Streit zwischen Nordkorea und den USA (8.8. und 9.8.2017). US-Präsident Donald Trump: „Nordkorea hört besser mit dem Drohungen gegen die USA auf. Sie werden mit Feuer und Wut beantwortet werden, wie die Welt es noch nicht erlebt hat.“ Nordkorea reagiert auf Trumps Erklärung mit der Drohung, die US-Pazifikinsel Guam mit Raketen anzugreifen.

USA

Beim Aufmarsch von Rechtsextremisten in Charlottesville im US-Staat Virginia kommt es zu heftigen Ausschreitungen. Ein Autofahrer fährt absichtlich in eine Gruppe von Gegendemonstranten, wobei eine Frau getötet wird. Der Gouverneur von Virginia erklärt den Ausnahmezustand (**12.8.2017**). Für Unmut sorgt die zurückhaltende Reaktion von US-Präsident Donald Trump zu den Gewaltexzessen.

Sierra Leone

Katastrophen/Unwetter

Heftige Unwetter lösen in Freetown, der Hauptstadt von Sierra Leone, eine Schammlawinen aus: über 300 Menschen kommen dabei ums Leben (**14.8.2017**).

Choleraepidemie

Jemen/Jemen-Konflikt

Im Bürgerkriegsland Jemen sind nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) mehr als 500 000 Menschen an Cholera erkrankt. Seit April 2017 sind rund 2000 Menschen an Cholera gestorben (**14.08.2017**).

Spanien

Terror in Katalonien: In der Fussgängerzone La Rambla in Barcelona steuert der Chauffeur eines Lieferwagens sein Fahrzeug in die Menschenmenge. Dabei kommen 13 Menschen ums Leben und über 100 werden verletzt (**17.8. und 18.8.2017**). Wenige Stunden danach verhindert die Polizei in Cambrils einen weiteren Anschlag und erschießt fünf Terrorverdächtige. Bei der Verfolgungsjagd kommt eine Fussgängerin ums Leben.

Vier Tage nach den Terrorattacken erschießt die Polizei den Hauptverdächtigen. Nach Angaben der Behörden haben zwölf Mitglieder einer islamistischen Terrorzelle die Anschläge geplant, acht von ihnen sind tot.

USA

US-Präsident Donald Trump trennt sich von seinem Chefstrategen Steve Bannon (**18.8.2017**).

Venezuela

In Venezuela entmachtet die vor rund drei Wochen gewählte Verfassungsgebende Versammlung (Asamblea Nacional Constituyente) das von der Opposition beherrschte Parlament und übernimmt die Gesetzgebungsvollmachten (**18.8.2017**). Das 2015 gewählte Parlament (Asamblea Nacional) ist damit praktisch handlungsunfähig. Entscheidungen werden vom Obersten Gericht annulliert.

Afghanistan/Afghanistan-Konflikt

USA

US-Präsident Donald Trump will entgegen seinen Aussagen im Wahlkampf die US-Truppen in Afghanistan aufstocken. Er nennt keine Zahlen (**21.8.2017**). Die USA haben rund 8400 Soldaten in Afghanistan stationiert.

Angola

Das Movimento Popular de Libertação de Angola (MPLA), seit 1975 Regierungspartei in Angola, behauptet bei der Parlamentswahl seine führende Stellung (**23.8.2017**). Damit ist der Weg frei für die Übernahme des Präsidentenamtes durch den Spitzenkandidaten der Regierungspartei MPLA, den bisherigen Verteidigungsminister João Lourenço. Der bisherige Präsident José Eduardo dos Santos hatte im Vorfeld der Wahlen seinen Machtverzicht angekündigt. Er war 38 Jahre an der Macht.

Schweiz

Katastrophen/Bergsturz

Nach einem gewaltigen Bergsturz am Piz Cengalo in Graubünden müssen die Bewohner des Dorfes Bondo evakuiert werden (**23.8.2017**). Acht Wanderer kommen ums Leben. Der Bergsturz gehört zu den grössten in der Schweiz seit über 130 Jahren.

Myanmar/Bangladesh

In Myanmar brechen im Unionsstaat Rakhine schwere Unruhen aus (**25.8.2017**). Bei Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Rebellen der muslimischen Rohingya-Minderheit kommen nach Schätzungen der UNO mehr als 1000 Menschen ums Leben. In den folgenden Wochen flüchten Hunderttausende Menschen nach Bangladesh.

USA

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Der Hurrikan „Harvey“ und anschliessender sintflutartiger Dauerregen richten in Texas verheerende Schäden an (**ab 26.8.2017**). Zehntausende Menschen werden obdachlos. Über 100 000 Häuser werden beschädigt. Besonders betroffen von den Überschwemmungen ist die Millionenstadt Houston

Kolumbien

Aus den kolumbianischen Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (Farc) wird eine politische Partei (**31.8.2017**). Sie nennt sich Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común und ab 2021 Comunes und ist ab 2018 in beiden Kammern des Parlaments vertreten.

Indien/Bangladesh/Pakistan/Nepal

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Südasiens erlebt den heftigsten Monsun seit Jahren. In Indien, Bangladesh, Pakistan und Indien kommen mehr als 2000 Menschen ums Leben. Mehr als 40 Millionen Menschen sind von den Unwettern und Überschwemmungen betroffen (**Ende August/Anfang September 2017**).

USA/Russland

Die US-Regierung verfügt die Schliessung des russischen Konsulats in San Francisco sowie der russischen Handelsvertretung in New York und Washington (**1.9.2017**). Die USA reagieren damit auf die Ausweisung von US-Diplomaten in Russland.

Kenia

In Kenia muss die Präsidentenwahl vom 8. August 2017 auf Anordnung des Obersten Gerichts wegen Unregelmässigkeiten und Rechtsverstössen wiederholt werden. Die Wahlkommission hatte Amtsinhaber Uhuru Kenyatta zum Sieger erklärt. Der unterlegene Oppositionsführer Raila Odinga hatte Beschwerde eingelegt. Es ist das erste Mal in Afrika, dass ein Oberstes Gericht die Wahl eines Staatsoberhauptes für ungültig erklärt (**1.9.2017**).

Korea (Nordkorea)

Nordkorea meldet erfolgreichen Test mit einer Wasserstoffbombe (**3.9.2017**). Es handelt sich um den sechsten Atomwaffenversuch seit 2006.

Burundi

Die UNO wirft den Behörden in Burundi Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor – Folter, willkürliche Festnahmen und Tötungen – und fordert die Einleitung eines Verfahrens vor dem Internationalen Strafgerichtshof (**4.9.2017**). Nach UNO-Schätzungen sind etwa 400 000 Menschen vor der Gewalt geflohen.

USA

Migranten

Die US-Regierung hebt das Schutzprogramm für Kinder illegaler Einwanderer auf (**5.9.2017**). Rund 800 000 Migranten, sogenannte Dreamers, standen bisher unter dem Schutz des Deferred Action for Children Arrivals Program (Daca).

EU/Europäischer Gerichtshof

Flüchtlinge

Ungarn/Slowakei

Der Europäische Gerichtshof weist Klagen Ungarn und der Slowakei gegen den im September 2015 von der Europäischen Union (EU) beschlossenen Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge ab (**6.9.2017**). Die EU-Innenminister hatten damals beschlossen, in den kommenden zwei Jahren 120 000 Flüchtlinge, die in Griechenland und Italien landen, nach einem bestimmten Schlüssel auf die anderen EU-Staaten zu verteilen.

Karibikinseln Saint-Martin-Sint Marteen/Saint Barthélemy/Antigua und Barbuda

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Der Hurrikan „Irma“ richtet auf mehreren Karibikinseln immense Verwüstungen an (**6.9. bis 11.9.2017**). Am schwersten betroffen sind die zwischen Frankreich und den Niederlanden geteilte Insel Saint-Martin bzw. Sint Marteen, das französische Überseegebiet Saint-Barthélemy sowie der Inselstaat Antigua und Barbuda. Der Hurrikan Irma wird zu Beginn in die höchste Kategorie 5 eingestuft. Es handelt sich um einen der stärksten jemals registrierten Wirbelstürme.

Spanien

Das katalanische Parlament verabschiedet ein Gesetz, das den Weg für eine Unabhängigkeitsabstimmung am 1. Oktober 2017 ebnen soll (**6.9.2017**). Der spanische Ministerpräsident Mariano Rajoy spricht von einem illegalen Entscheid. Das spanische Verfassungsgericht suspendiert das Gesetz.

Kosovo

Ramush Haradinaj von der Allianz für die Zukunft wird kosovarischer Regierungschef (**9.9.2017**). Der ehemalige Kommandant der Kosovo-Befreiungsarmee UÇK stand bereits 2004, vier Jahre vor der Unabhängigkeitserklärung der Republik Kosovo, an der Spitze der Regierung. Das UNO-Kriegsverbrechertribunal hatte zweimal gegen Haradinaj Anklage erhoben, ihn aber freigesprochen.

Norwegen

Die oppositionelle norwegische Arbeiterpartei scheitert mit dem Vorhaben, wieder an die Macht zu gelangen. Bei der Parlamentswahl sichern sich die Regierungsparteien, die konservative Høyre und die rechtspopulistische Fortschrittspartei, die Mehrheit (**11.9.2017**). Der Wähleranteil der Arbeiterpartei fällt mit 27,4 Prozent erstmals seit 2001 unter die 30-Prozentmarke.

Singapur

Mit Halimah Yacob erhält der Stadtstaat Singapur erstmals eine Staatspräsidentin (**14.9.2017**).

USA/Korea (Nordkorea)/Iran

US-Präsident Donald Trump droht Nordkorea in seiner ersten Rede vor der UNO-Vollversammlung: „Wenn die USA gezwungen sind, sich selbst oder ihre Verbündeten zu verteidigen, haben sie keine andere Wahl, als Nordkorea total zu zerstören.“ Trump bezeichnet den nordkoreanischen Machthaber Kim Jong Un als „Raketenmann auf Selbstmordmission“. Auch die iranische Führung wird von Trump heftig attackiert. Iran sei ein „Schurkenstaat“. Das Atomabkommen mit Iran sei für die USA „beschämend“ (**19.9.2017**).

Mexiko

Naturkatastrophen/Erdbeben

Ein heftiges Erdbeben erschüttert Zentralmexiko. In der mexikanischen Hauptstadt stürzen rund 40 Gebäude ein. Über 190 Menschen kommen dabei ums Leben. Insgesamt fordert das Beben mehr als 330 Tote (**19.9.2017**).

Dominica/Puerto Rico

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Der Hurrikan „Maria“ hinterlässt auf den Karibikinseln Dominica und Puerto Rico (USA) schwere Verwüstungen (**19.9. und 20.9.2017**). In Puerto Rico kommen über 2900 Menschen ums Leben.

Schweiz

Die Vereinigte Bundesversammlung wählt den freisinnigen Tessiner Nationalrat Ignazio Cassis zum neuen Bundesrat. Das Tessin stellt erstmals seit 1999 wieder einen Bundesrat. Cassis tritt die Nachfolge von Bundesrat Didier Burkhalter an (**20.9.2017**). Er übernimmt die Führung des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA).

Frankreich

Arbeitsmarktreform in Frankreich: Staatspräsident Emmanuel Macron unterzeichnet die entsprechenden Dekrete (**22.9.2017**). Unternehmen sollen mehr Spielraum und Entscheidungsfreiheit bekommen, sei es bei Arbeitszeiten, der Anstellung und dem Einsatz von Mitarbeitern, aber auch bei deren Kündigung. Die neuen Regeln sollen zu mehr Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit führen.

Neuseeland

Die bisher regierende National Party von Premierminister Bill English geht zwar als stärkste Partei aus der Parlamentswahl in Neuseeland hervor, verliert aber die für die Bildung einer Regierung notwendige parlamentarische Unterstützung (**23.9.2017**). Die National Party gewinnt 56 (minus 4) der 120 Mandate. Die Labour Party erhält 46 Sitze (plus 14). Drittstärkste Kraft ist die populistische Partei New Zealand First mit 9 Sitzen. Die Grünen müssen hohe Verluste in Kauf nehmen. Sie haben noch 8 Sitze (minus 6).

Deutschland

Politisches Beben bei der Bundestagswahl in Deutschland (**24.9.2017**): Die Parteien der Grossen Koalition (CDU/CSU und SPD) müssen hohe Verluste in Kauf nehmen und die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) wird drittstärkste Kraft im Parlament. Die Freien Demokraten schaffen den Wiedereinzug in den Bundestag.

- Die Unionsparteien – Christlich Demokratische Union (CDU) und Christlich-Soziale Union (CSU) – unter Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel verteidigen zwar ihre Position als stärkste Kraft mit einem Stimmenanteil von 32,9 Prozent, verlieren aber 8,6 Prozentpunkte im Vergleich zu den letzten Wahlen und erzielen das schlechteste Ergebnis nach der ersten Bundestagswahl von 1949.

- Debakel für die Sozialdemokraten unter Führung von Kanzlerkandidat Martin Schulz: Die SPD kommt auf einen Stimmenanteil von 20,5 Prozent (minus 5,2 Prozentpunkte). Doch nie war der Stimmanteil bei Bundestagswahlen so niedrig.

- Drittstärkste Kraft wird Alternative für Deutschland (AfD). Sie ist die eigentliche Gewinnerin der Wahl mit einem Stimmenanteil von 12,6 Prozent (plus 7,9 Prozentpunkte).

- Die Freien Demokraten, die 2013 ihre Sitze im Bundestag verloren, schaffen den Wiedereinzug mit einem Stimmenanteil von 10,7 Prozent (plus 5,9 Prozentpunkte).

- Die Linke erhält 9,2 Prozent der Stimmen (plus 0,6 Prozentpunkte) und die Grünen 8,9 (plus 0,5 Prozentpunkte).

- Von den 709 Bundestagsmandaten gewinnen die Unionsparteien CDU/CSU 246, die Sozialdemokraten 153, die AfD 94, die FDP 80, die Linke 69 und die Grünen 67.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen die Rentenreform (Bundesgesetz über die Reform der Altersvorsorge 2020) und die dazu gehörende Erhöhung der Mehrwertsteuer mit 52,7 Prozent bzw. 50,1 Prozent Nein-Stimmen ab (**24.9.2017**). Im Mittelpunkt der Rentenreform standen: Einführung des Rentenalters 65 auch für Frauen, Senkung des Mindestumwandlungssatzes in der zweiten Säule und ein AHV-Zuschlag für Neurentner um monatlich 70 Franken.

Irak/Kurden

Die kurdische Bevölkerung im Nordirak spricht sich in einem umstrittenen Referendum mit 92 Prozent Ja-Stimmen für die Unabhängigkeit aus (**25.9.2017**). Die irakische Regierung bezeichnet das Referendum als verfassungswidrig. Die Nachbarstaaten Türkei und Iran lehnen die Unabhängigkeitsbestrebungen der Kurden im Irak ab.

Frankreich/EU

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron schlägt in einer Grundsatzrede an der Pariser Sorbonne-Universität eine umfassende Reform der Europäischen Union (EU) vor (**26.9.2017**). Die Eurozone soll einen eigenen Haushalt und einen eigenen Finanzminister erhalten. Ausserdem spricht sich Macron für eine gemeinsamen EU-Eingreiftruppe und ein europäisches Verteidigungsbudget sowie für die Schaffung einer europäischen Staatsanwaltschaft zur Verschärfung des Kampfes gegen den Terrorismus aus.

Spanien/Katalonien

Ja zur Unabhängigkeit Kataloniens. Bei einem umstrittenen Referendum in Katalonien sprechen sich 90 Prozent der Abstimmungsteilnehmer für die Trennung von Spanien aus. Die Stimmbeteiligung liegt bei 42,3 Prozent. Spaniens Ministerpräsident Mariano Rajoy spricht dem vom Verfassungsgericht in Madrid untersagten Referendum jede Gültigkeit ab. Überschattet wird das Referendum von gewaltsamen Einsätzen der Polizei gegen Demonstranten und Abstimmende. Dabei werden über 800 Menschen verletzt (**1.10.2017**).

USA

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

Massenmord in Las Vegas: Ein 64-jähriger Mann schiesst von einem Hotelzimmer aus auf Besucher eines Countrykonzerts. Dabei kommen 58 Menschen ums Leben und über 500 werden verletzt. Der Täter tötet sich selbst (**1.10.2017**).

Kamerun/Ambazonia

In Kamerun spitzt sich der Konflikt zwischen der englischsprachigen Minderheit und den Machthabern im mehrheitlich frankophonen Staat zu. Sezessionisten verkünden die Schaffung eines eigenen Staates mit der Bezeichnung Ambazonia (**1.10.2017**). Der Konflikt fordert in den folgenden Monaten Tausende von Toten. Hunderttausende Menschen flüchten, viele von ihnen nach Nigeria.

Moçambique

Im Norden von Moçambique, in der Provinz Cabo Delgado, überfallen islamistische Rebellen die Hafenstadt Mocimboa da Praia (**5.10.2017**). Es ist der Beginn eines Dauerkonflikts zwischen Sicherheitskräften und den als Shabab bezeichneten Aufständischen.

Kanada

Die kanadische Regierung will Tausende Indigene, die als Kinder ihren Eltern weggenommen und zur Adoption freigegeben wurden, mit insgesamt 750 Millionen Kanada-Dollar entschädigen. Betroffen sind schätzungsweise 20 000 Menschen (**6.10.2017**).

Spanien/Katalonien

Der katalanische Regierungschef Carles Puigdemont erklärt in einer Rede vor dem Regionalparlament in Barcelona, er „übernehme das Mandat des Volkes, dass Katalonien ein unabhängiger Staat in Form einer Republik werden soll“. Kurz darauf schränkt Puigdemont ein, die Folgen dieses Mandats sollten erst einmal ausgesetzt werden, um einen Dialog zu ermöglichen (**10.10.2017**).

Unesco/UNO

USA/Israel

Die USA kündigen den Rückzug aus der UNO-Sonderorganisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco) an (**12.10.2017**). Israel folgt dem Schritt der USA.

Palästinensische Autonomiegebiete/Palästina

Gazastreifen/Westjordanland

Die rivalisierenden Palästinenserorganisationen Fatah und Hamas einigen sich nach zehn Jahre dauernder Fehde auf ein Versöhnungsabkommen. Geplant ist eine Einheitsregierung. Die bislang von der Fatah dominierte Palästinensische Autonomiebehörde soll die vollständige Kontrolle über den Gazastreifen zurückerhalten, der bisher von der radikal-islamischen Hamas beherrscht wurde (**12.10.2017**).

Die Umsetzung der Vereinbarung scheitert jedoch. Der Gazastreifen bleibt unter Kontrolle der Hamas. Die Palästinensische Autonomiebehörde hat nur im Westjordanland das Sagen.

USA/Iran

US-Präsident Donald Trump verweigert Iran die Anerkennung der Einhaltung des Atomabkommens von 2015, kündigt aber den Vertrag (noch) nicht auf. Trump fordert jedoch den Kongress auf, den Druck auf Teheran zu erhöhen (**13.10.2017**).

Guatemala

Das Gerichtsverfahren gegen den ehemaligen guatemalteckischen Machthaber Efraín Ríos Montt (*Rios Montt*) wird in Abwesenheit des Angeklagten wieder aufgenommen (**13.10.2017**). Er war 2013 wegen Mordes und Kriegsverbrechen zu 80 Jahren Gefängnis verurteilt worden, doch das Verfassungsgericht hob das Urteil auf und ordnete eine Wiederholung des Verfahrens an (vgl. 10. 5. bzw. 20.5.2013).

Es kommt zu keiner Verurteilung, da Ríos Montt im April 2018 stirbt.

Somalia

Bei einem Sprengstoffanschlag in der somalischen Hauptstadt Mogadiscio kommen über 500 Menschen ums Leben (14.10.2017).

Österreich

Rechtsruck bei der Nationalratswahl in Österreich (15.10.2017). Erstmals seit den Wahlen von 2002 wird die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) unter Führung von Außenminister Sebastian Kurz wieder stärkste Kraft mit einem Stimmenanteil von 31,47 Prozent (plus 7,48 Prozentpunkte) und 62 Sitzen (plus 15). Die Sozialdemokratische Partei (SPÖ) von Bundeskanzler Christian Kern schneidet mit einem Stimmenanteil von 26,86 Prozent fast gleich stark ab wie bei der letzten Wahl 2013. Unverändert bleibt mit 52 Sitzen ihr Anteil an Mandaten. Zu den Wahlgewinnen gehört die rechtspopulistische Freiheitliche Partei (FPÖ) von Heinz-Christian Strache. Sie erzielt als drittstärkste Partei einen Stimmenanteil von 25,97 Prozent (plus 5,46 Prozentpunkte) und gewinnt 51 Sitze (plus 11). Die Grünen stürzen ab und verlieren sämtliche 24 Sitze. Das Team Stronach trat nicht mehr zur Wahl an. Der Nationalrat setzt sich neu wie folgt zusammen: ÖVP: 62, SPÖ: 51, FPÖ: 51, Das neue Österreich (Neos): 10, und Liste Peter Pilz: 8.

Kirgistan

Der frühere Ministerpräsident Sooronbai Scheenbekow geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Kirgistan hervor. Er erhält rund 54 Prozent der Stimmen (15.10.2017).

Irak/Kurden

Irakische Streitkräfte und schiitische Milizen bringen die während drei Jahren von Kurden beherrschte Stadt Kirkuk sowie weitere Gebiete in der erdölreichen Region wieder unter ihre Kontrolle (16.10.2017). Die kurdischen Kämpfer ziehen sich aus den Gebieten ausserhalb der Autonomen Region Kurdistan zurück.

Malta

Die maltesische Journalistin Daphne Caruana Galizia kommt bei einem Autobombenanschlag ums Leben (16.10.2017). Sie hatte sich mit zahlreichen einflussreichen Personen angelegt.

Syrien/Syrien-Konflikt Islamischer Staat“ (IS)

Nach monatelangen Kämpfen erobern die Syrisch-Demokratischen Kräfte, ein Bündnis aus kurdischen und arabisch-sunnitischen Milizen, die Stadt Rakka, die wichtigste Hochburg des „Islamischen Staates“ (IS) in Syrien (17.10.2017). Anfang November wird der IS auch aus den Städten Deir al-Zur und Albu Kamal vertrieben. Nur noch einige Dörfer und Wüstengebiete verbleiben dem IS in Syrien.

Nach US-Angaben hat der IS 96 Prozent seiner ehemaligen Herrschaftsgebiete in Syrien und Irak verloren. doch besiegt sind die Jihadisten keineswegs.

Neuseeland

Die Labour-Vorsitzende Jacinda Ardern wird neue Regierungschefin Neuseelands (19.10.2017). Sie bildet eine Koalitionsregierung mit der Partei New Zealand First und den Grünen.

Spanien/Katalonien

Die spanische Regierung leitet angesichts der Unabhängigkeitsbestrebungen Kataloniens die Entmachtung der dortigen Regionalregierung ein und kündigt eine Neuwahl des Regionalparlaments binnen sechs Monaten an. Spaniens Regierungschef Mariano Rajoy ruft den Senat auf, die Befugnisse der katalanischen Regionalregierung von Carles Puigdemont auf der Grundlage von Artikel 155 der spanischen Verfassung auszusetzen (21.10.2017).

Tschechien

Rechtsrutsch bei der Parlamentswahl in Tschechien (20.10. und 21.10.2017): Die populistische Bewegung ANO des Unternehmers Andrej Babiš (*Babis*) erringt einen Erdrutschsieg mit einem Stimmenanteil von 29,6 Prozent. Sie gewinnt 78 der 200 Sitze. Die zweitplatzierte konservative Demokratische Bürgerpartei (ODS) muss sich mit 11,3 Prozent Stimmenanteil und 25 Sitzen begnügen. Die Piratenpartei sowie die rechtsradikale Partei Freiheit und direkte Demokratie (SPD) von Tomio Okamura gewinnen je 22 Mandate. Ein Debakel erleiden die bisher regierenden Sozialdemokraten (ČSSD). Sie entsenden nur noch 15 Abgeordnete (minus 35). 15 Mandate gewinnt die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSČM). Die Christliche und Demokratische Union (KDU-ČSL) ist mit 10, die Partei TOP 09 mit 7 und die Bewegung Bürgermeister und Unabhängige mit 6 Abgeordneten vertreten.

Italien

Die Bevölkerung der italienischen Regionen Lombardei und Veneto fordert in einem Referendum mehr Autonomie (22.10.2017).

Japan

In Japan geht die Liberaldemokratische Partei von Ministerpräsident Abe Shinzo erneut als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor. Mit 284 Sitzen im 465 Mitglieder zählenden Unterhaus verteidigt sie ihre absolute Mehrheit und zusammen mit dem Koalitionspartner Komeito (Gerechtigkeitspartei) die Zweidrittelmehrheit. Zweitstärkste Kraft ist die Konstitutionell-Demokratische Partei mit 55 Sitzen. An dritter Stelle folgt die Partei der Hoffnung mit 50 Mandaten (22.10.2017).

China

Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping weitet seine Machtposition aus. Der 19. Kongress der Kommunistischen Partei beschliesst, „Xi Jinpings Gedankengut für das neue Zeitalter des Sozialismus chinesischer Prägung“ als weitere Leitlinie in der Parteiverfassung zu verankern. Er ist nach Mao Zedong und dem wirtschaftlichen Reformarchitekten Deng Xiaoping erst der dritte Parteiführer, der namentlich in den Parteistatuten Statuten erwähnt wird (**24.10.2017**).

Saudiarabien

Der saudiarabische Kronprinz Mohammed bin Salman spricht sich für eine Liberalisierung des ultrakonservativen Königreiches aus. „Wir gehen zu dem zurück, wie wir waren: dem moderaten Islam, der offen gegenüber der Welt und allen Religionen ist“, sagte Mohammed bin Salman auf einer Konferenz in Riad (**24.10.2017**).

Niederlande

Die Niederlande haben erst nach über sieben Monate nach den Wahlen eine neue Regierung. Ministerpräsident ist erneut Mark Rutte von der rechtsliberalen Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD). Zu seiner Mitte-rechts-Koalition gehören die Christdemokraten (Christlich-Demokratischer Appell/Christen Democratisch Appèl – CDA), die sozialliberalen Democraten 66 (D66) und die christlichsoziale ChristenUnie (CU). Die Koalition verfügt aber im Parlament mit 76 Mandaten nur über eine knappe Mehrheit von einer Stimme. Mit 225 Tagen war es die bisher längste Regierungsbildung in der Geschichte der Niederlande (**26.10.2017**).

Italien

Aus Lega Nord wird Lega: Mit Blick auf die nächsten Wahlen in Italien beschliesst die von Matteo Salvini geführte Partei landesweit in den Wahlkampf zu ziehen und Nord aus dem Parteinamen zu streichen (**26.10.2017**).

USA

Drogen

US-Präsident Donald Trump verhängt angesichts eines massenhaften Missbrauchs von Heroin und anderen Opioiden einen nationalen Gesundheitsnotstand (**26.10.2017**).

Kenia

In Kenia findet die vom Obersten Gericht angeordnete Wiederholung der Präsidentenwahl statt (**26.10.2017**). Amtsinhaber Uhuru Kenyatta gewinnt die zweite Runde. Die Opposition hatte zum Wahlboykott aufgerufen.

Spanien/Katalonien

Das katalanische Parlament beschliesst die Loslösung von Spanien und verabschiedet eine Resolution über die Konstituierung „einer katalanischen Republik als unabhängiger und souveräner Staat“ (**27.10.2017**). Die Oppositionsabgeordneten boykottieren die Abstimmung.

Der spanische Senat reagiert mit der Aktivierung des bisher noch nie angewandten Verfassungsartikels 155, der es ermöglicht, Regionen die Autonomierechte zu entziehen. Der spanische Ministerpräsident Mariano Rajoy verkündet die Absetzung des katalonischen Regierungschefs Carles Puigdemont sowie aller Mitglieder der Regionalregierung. Das Regionalparlament wird aufgelöst. Neuwahlen sollen am 21. Dezember stattfinden.

Island

Zum zweiten Mal innert zwölf Monaten finden in Island Parlamentswahlen statt (**28.10.2017**). Die Regierung von Ministerpräsident Bjarni Benediktsson trat wegen einer Affäre um den Vater des Regierungschefs zurück. Die konservative Unabhängigkeitspartei bleibt mit 16 Mandaten trotz Verlusten stärkste Kraft vor den Links-Grünen mit 11 Mandaten. An dritter Stelle liegt die Fortschrittspartei mit 8 Sitzen.

Irak/Autonome Region Kurdistan

Masud Barzani gibt seinen Rücktritt als Präsident der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak bekannt (**29.10.2017**). Er war 2005 zum Präsidenten gewählt worden.

Spanien/Katalonien

Die spanische Staatsanwaltschaft erhebt Anklage gegen den von Madrid abgesetzten katalonischen Regionalpräsidenten Carles Puigdemont und weitere Angehörige der abgesetzten Regionalregierung wegen Rebellion und Auflehnung gegen die Staatsgewalt (**30.10.2017**). Puigdemont setzt sich nach Belgien ab. Gegen ihn wird ein europäischer Haftbefehl erlassen.

USA

In New York kommen acht Menschen bei einem Terroranschlag ums Leben. Der Urheber, ein aus Usbekistan stammender Mann, rammt mit seinem Pick-up mehrere Radfahrer und Fussgänger. Er erklärt, er habe im Namen des Islamischen Staates (IS) gehandelt (**31.10.2017**).

Frankreich

Frankreich erhält ein neues Antiterror-Gesetz. Dieses löst den nach Terroranschlägen im November 2015 verhängten und mehrere Male verlängerten Ausnahmezustand ab (**1.11.2017**).

Jemen/Jemen-Konflikt

Der Jemen-Konflikt eskaliert: Huthi-Aufständische beschossen den internationalen Flughafen der saudischen Hauptstadt Riad mit einer Rakete (**4.11.2017**). Opfer gibt es keine. Weitere Raketengriffe folgen.

Saudiarabien

Verhaftungs- und Entlassungswelle in Saudiarabien: Unter dem Vorwurf der Korruption werden elf Prinzen sowie mehrere amtierende und ehemalige Minister festgenommen (**5.11.2017**).

„Paradise Papers“

Neue Veröffentlichung zu Steueroasen: Nach den „Panama Papers“ veröffentlichen internationale Medien die „Paradise Papers“ über Steuervermeidungspraktiken von reichen Privatpersonen und Unternehmen (**5.11.2017**).

USA

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

Bei einem Überfall auf eine Kirche in der texanischen Gemeinde Sutherland Springs erschiesst ein Mann 26 Menschen. Der Amokläufer kommt bei der Flucht ums Leben (**5.11.2017**).

Jemen/Jemen-Konflikt

Hungersnot

Jemen ist infolge des Bürgerkriegs von der Aussenwelt abgeschnitten. Wegen der saudiarabischen Blockade sind nach Einschätzung der Vereinten Nationen Millionen Menschen vom Hungertod bedroht (**8.11.2017**). Der UNO-Sicherheitsrat fordert das von Saudiarabien geführte Militärbündnis auf, alle Flughäfen und Häfen in dem Krisenland für Hilfslieferungen offen zu halten.

EU

23 Aussen- und Verteidigungsminister der Europäischen Union (EU) verpflichten sich zu einer ständigen strukturierten Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen: Permanent Structured Cooperation – PESCO (**13.11.2017**).

Simbabwe

In Simbabwe übernimmt die Armee die Macht (**15.11.2017**). Der 93 Jahre alte Präsident Robert Mugabe führte das Land während 37 Jahren, von 1980 an als Premierminister, und ab 1987 als Staatspräsident. Nach tagelangem Zögern erklärt Mugabe seinen Rücktritt (**21.11.2017**).

Irland/Nordirland

Der Chef der republikanisch-katholischen Sinn-Féin-Partei in Irland, Gerry Adams, kündigt nach mehr als 30 Jahren Amtszeit seinen Rückzug vom Parteivorsitz an (**18.11.2017**). Adams ist ein wichtiger Förderer des Friedensprozesses in Nordirland. In Nordirland ist Sinn Féin zweitstärkste Kraft. In der Republik Irland ist sie die drittstärkste Partei.

Deutschland

Das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland scheitern Bemühungen zur Bildung einer Regierung. Die Sondierungsgespräche für ein Regierungsbündnis zwischen den Unionsparteien CDU/CSU, Grünen und Liberalen (Jamaika-Koalition) werden abgebrochen. Die FDP steigt aus den Verhandlungen aus (**19.11.2017**).

Jugoslawienkriege/Bosnienkrieg

Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien

Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien verurteilt den bosnisch-serbischen General Ratko Mladić (Mladic) wegen Völkermords, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des Bosnienkrieges von 1992 bis 1995 zu einer lebenslangen Haftstrafe (**22.11.2017**). Er wird in zehn von elf Anklagepunkten schuldig gesprochen, darunter den Völkermord von Srebrenica, dem über 8000 muslimische Männer und Knaben zum Opfer fielen.

Simbabwe

Emmerson Mnangagwa wird neuer Staatspräsident von Simbabwe (**24.11.2017**). Der 75 Jahre alte Mnangagwa tritt die Nachfolge des nach 37 Jahren entmachteten Robert Mugabe an. Er gehört seit Jahrzehnten zur politischen Elite Simbawes.

Ägypten

In Ägypten kommen bei einem Überfall von Extremisten auf eine Moschee über 300 Menschen ums Leben. Der Anschlag ereignet sich in Bir al-Abed, im Sinai (**24.11.2017**).

Honduras

In Honduras wird Staatschef Juan Orlando Hernández (*Hernandez*) vom konservativen Partido Nacional wiedergewählt (**26.11.2017**). Bisher hatte die Verfassung die Wiederwahl eines Staatsoberhauptes untersagt. 2015 wurde der entsprechende Verfassungsartikel jedoch für nichtig erklärt. Überschattet wird die Wahl von Manipulationsvorwürfen, ausgelöst durch Verzögerungen bei der Auszählung. Nach offiziellen Angaben erhält Hernández 42,95 Prozent der Stimmen. Knapp dahinter mit 41,42 Prozent der Stimmen

liegt Salvador Nasralla, Kandidat der Alianza de Oposición. Im Parlament gewinnt der Partido Nacional 61 der 128 Sitze. Es folgen die linke Partei Libertad mit 30 und der Partido Liberal mit 26 Mandaten.

Korea (Nordkorea)

Nordkorea führt erneut einen Test mit einer Interkontinentalrakete durch und erklärt sich zur Atommacht. Wir haben das grosse Ziel erreicht, eine nukleare Streitmacht aufzustellen“, erklärt Machthaber Kim Jong Un (**29.11.2017**).

Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien

Der frühere kroatisch-bosnische General Slobodan Praljak begeht bei der Urteilsverkündung vor dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien Suizid durch Gifteinnahme (**29.11.2017**). Das Gericht hatte im Berufungsverfahren die zwanzigjährige Haftstrafe gegen Praljak wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit bestätigt.

Argentinien

Wegen Menschenrechtsverletzungen während der Militärdiktatur in Argentinien von 1976 bis 1983 verurteilt ein Gericht in Buenos Aires 29 der 54 Angeklagten zu lebenslanger Haft. In dem Verfahren ging es um die Verschleppung, Folterung und Ermordung von 789 Menschen. Dau zählen auch die berüchtigten «Todesflüge», bei denen die Opfer aus Helikoptern und Flugzeugen geworfen wurden (**29.11.2017**).

Argentinien

Katastrophen/U-Boot-Katastrophen

Die argentinische Marine stellt die Suche nach Überlebenden des im Atlantik vermissten U-Boots „ARA San Juan“ ein (**30.11.2017**). Damit werden die 44 Besatzungsmitglieder de facto für tot erklärt. Am 15. November gab es die letzte Funkverbindung nach einer Explosion an Bord des argentinischen U-Boots.

Island

Island erhält eine neue Regierung unter Führung von Katrín Jakobsdóttir (*Jakobsdottir*) von den Links-Grünen. Sie bildet eine Koalition mit der konservativen Unabhängigkeitspartei und der Fortschrittspartei (**30.11.2017**).

USA/Russland

Michael Flynn, ehemaliger Sicherheitsberater von US-Präsident Donald Trump, gibt zu, das FBI über seine Kontakte zur russischen Regierung belogen zu haben und bekennt sich vor Gericht für schuldig. Sonderermittler Robert Mueller untersucht, ob es während des Wahlkampfs 2016 zu einer illegalen Zusammenarbeit zwischen Trumps Team und Moskau gekommen ist. Nach Ansicht der US-Geheimdienste gab es eine breit angelegte Kampagne der russischen Regierung, um der Demokratin Hillary Clinton zu schaden und die Wahl zugunsten von Trump zu beeinflussen (**1.12.2017**).

Jemen/Jemen-Konflikt

Der frühere jemenitische Präsident Ali Abdullah Saleh wird bei Gefechten südlich von Sanaa getötet (**4.12.2017**). Saleh hatte kurz zuvor (2.12.2017) eine Kehrtwende vollzogen, das Bündnis mit den Huthi aufgekündigt und galt seither als „Verräter“.

Österreich

Homo-Ehe/LGBTIQ

Der österreichische Verfassungsgerichtshof verfügt, dass gleichgeschlechtlichen Paaren die Ehe ab 2009 offensteht (**5.12.2017**).

Tschechien

Andrej Babiš (*Babis*), dessen populistische Bewegung ANO als stärkste Kraft aus den Parlamentswahl Ende Oktober hervorgegangen war, wird zum neuen zum Premierminister ernannt (**6.12.2017**). Der Unternehmer und frühere Finanzminister bildet eine Minderheitsregierung.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

USA/Israel/Jerusalem

US-Präsident Donald Trump anerkennt Jerusalem als israelische Hauptstadt und beschliesst die Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem. Er bricht damit mit einer jahrzehntealten Richtlinie der Nahost-Diplomatie. Der Hamas-Führer Ismail Haniya spricht von einer „Kriegserklärung an die Palästinenser“ und ruft zu einer neuen Intifada auf (**6.12.2017**).

Nepal

In Nepal finden die ersten Parlamentswahlen seit 18 Jahren statt (26.11. und **7.12.2017**). Die marxistisch-leninistischen Kommunisten – Communist Party of Nepal (Unified Marxist-Leninist) gewinnen als stärkste Kraft 121 der 275 Mandate. Es folgen der sozialdemokratische Nepali Congress mit 63 und die maoistischen Kommunisten mit 53 Sitzen.

Polen

Wechsel an der Spitze der polnischen Regierung (**8.12.2017**): Beata Szydło (*Szydlo*) tritt zurück. Ihr Nachfolger wird Finanz- und Wirtschaftsminister Mateusz Morawiecki.

Irak/„Islamischer Staat“ (IS)

Der irakische Regierungschef Haider al-Abadi erklärt das Ende des Krieges gegen den „Islamischen Staat“ (IS). Der Traum der Befreiung sei wahr geworden (**9.12.2017**).

Friedensnobelpreis

Die internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons/Ican) wird mit dem Friedensnobelpreis geehrt (**10.12.2017**).

Literaturnobelpreis

Grossbritannien

Der britische Schriftsteller Kazuo Ishiguro (japanischer Herkunft) erhält den Literaturnobelpreis (**10.12.2017**).

Russland/Syrien

„Islamischer Staat“ (IS)

Der russische Präsident Wladimir Putin sieht die Mission seiner Streitkräfte in Syrien als erfüllt an: Im Beisein des syrischen Staatschefs Bashar al-Assad kündigt Putin auf einem russischen Luftwaffenstützpunkt in Syrien einen umfangreichen Truppenabzug an (**11.12.2017**). Seine Ankündigung folgt auf eine Erklärung des russischen Verteidigungsministeriums, wonach der „Islamischer Staat“ (IS) in Syrien vollständig besiegt sei.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

OIC/Ostjerusalem

Die Organisation für islamische Zusammenarbeit (OIC) anerkennt Ostjerusalem als palästinensische Hauptstadt (**13.12.2017**).

Chile

Der konservative Unternehmer Sebastián Piñera (*Pinera*) feiert sein Comeback als chilenischer Staatspräsident. Der Kandidat des Mitte-rechts Bündnisses Chile Vamos geht mit einem Stimmenanteil von 54,57 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor. Sein Konkurrent Alejandro Guillier von der Mitte-links-Allianz Fuerza de la Mayoría erhält 45,43 Prozent der Stimmen (**17.12.2017**). Piñera war bereits von 2010 bis 2014 Staatsoberhaupt. Im Abgeordnetenhaus kann sich Piñera mit seinem Bündnis Chile Vamos (Renovación Nacional, Unión Demócrata Independiente und Evolución Política-Evópoli) auf 72 der 155 Mandate und Fuerza de la Mayoría (Partido Socialista, Partido Radical Socialdemócrata, Partido Comunista und Partido por la Democracia) auf 43 Mandate stützen.

Österreich

Österreich erhält zum zweiten Mal eine Mitte-rechts-Regierung aus der konservativen Volkspartei (ÖVP) und der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei (FPÖ). Der 31-jährige bisherige Aussenminister und ÖVP-Vorsitzende Sebastian Kurz wird neuer Bundeskanzler und damit der jüngste Regierungschef Europas. Vizekanzler wird Heinz-Christian Strache von der FPÖ (18.12.2017). Seit Januar 2007 wurde Österreich von einer schwarz-roten Koalition (Volkspartei/ÖVP und Sozialdemokratische Partei/SPÖ) regiert. Die erste ÖVP-FPÖ-Regierung wurde im Februar 2000 gebildet.

USA

Der US-Kongress stimmt der umfangreichsten Steuerreform seit 30 Jahren zu. Im Mittelpunkt steht eine massive Senkung der Ertragssteuer für Unternehmen von bisher 35 auf 21 Prozent (**20.12.2017**).

EU/Polen

Die EU-Kommission leitet ein Strafverfahren gegen Polen ein. Sie reagiert damit auf eine umstrittene Justizreform und bezeichnet diese als eine „ernsthafte Gefahr für die Unabhängigkeit der Justiz und der Gewaltenteilung“. Erstmals in der Geschichte der Europäischen Union kommt ein Verfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags wegen der „eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung“ der Rechtsstaatlichkeit in Gang (**20.12.2017**).

Spanien/Katalonien

In Katalonien erringt das Lager der Unabhängigkeitsbefürworter bei der Parlamentswahl erneut eine knappe Mehrheit. Die separatistischen Parteien gewinnen 70 der 135 Mandate (**21.12.2017**).

Schweiz/EU

Die Europäische Union anerkennt die Börsenregulierung der Schweiz vorerst nur für ein Jahr als gleichwertig. Dies löst heftige Reaktionen aus. Der Bundesrat bezeichnet den Entscheid als „inakzeptabel“ (**21.12.2017**).

Liberia

Der ehemalige Weltfußballer George Weah geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Liberia hervor (**24.12.2017**). Es ist der erste friedliche Machtwechsel seit Jahrzehnten.

Iran

In der iranischen Stadt Mashhad protestieren Hunderte Menschen gegen steigende Lebensmittelpreise, hohe Arbeitslosigkeit und Korruption (**28.12.2017**). Die Proteste weiten sich in den kommenden Tagen auf andere Städte aus und eskalieren zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, die nach offizieller Darstellung 25 Tote fordern. Über 600 Menschen werden verletzt.

2018

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

PLO

Palästinenserpräsident Mahmud Abbas erklärt, es gebe kein Friedensabkommen (Oslo-I-Friedensabkommen von 1993) mehr mit Israel. „Israel hat Oslo beendet“ (**15.1.2018**).

Rumänien

Der rumänische Ministerpräsident Mihai Tudose gibt wegen fehlenden Rückhalts in seiner Sozialdemokratischen Partei (PSD) seinen Rücktritt bekannt (15.1.2018). Tudose war nur sieben Monate im Amt.

Syrien/Syrien-Konflikt

Türkei/Kurden

Türkische Truppen greifen im Nordosten Syriens das von kurdischen Milizen kontrollierte Gebiet Afrin an (**19.1.2018**). Die Türkei betrachtet die Milizen der Volksverteidigungseinheiten (YPG) als Terrororganisation und Ableger der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK).

Klonen

Chinesischen Wissenschaftern gelingt erstmals das Klonen von Javaner-Äffchen (**24.1.2018**).

Afghanistan/Afghanistan-Konflikt

Bei einem Selbstmordanschlag im Zentrum der afghanischen Hauptstadt Kabul kommen über 100 Menschen ums Leben (**27.1.2018**).

Rumänien

Mit der Sozialdemokratin Viorica Dăncilă (*Dancila*) erhält Rumänien erstmals eine Regierungschefin. Es handelt sich um dritte Umbesetzung an der Spitze der Regierung binnen eines Jahres (**29.1.2018**).

Ecuador

Die Bevölkerung von Ecuador lehnt in einem Referendum mit 64,2 Prozent Nein-Stimmen eine unbegrenzte Wiederwahl von Staatspräsidenten ab (**4.2.2018**). Mit der Volksabstimmung wollte Präsident Lenin Moreno eine Rückkehr zur Macht seiner Vorgänger und ehemaligen Verbündeten Rafael Correa verhindern.

Malediven

Politische Turbulenzen auf den Malediven: Staatspräsident Abdulla Yameen verhängt den Ausnahmezustand (**5.2.2018**). Er weigert sich, die vom Obersten Gericht verfügte Freilassung politischer Gefangener, die vom Gericht beschlossene Wiedereinsetzung oppositioneller Parlamentarier sowie die Aufhebung des Urteils gegen den früheren Präsident Mohamed Nasheed zu akzeptieren. Mohamed Nasheed war 2015 zu 13 Haft verurteilt worden und lebt seit 2016 im Exil in Grossbritannien. Der frühere Machthaber Maumoon Abdul Gayoom, ein Halbbruder von Abdulla Yameen, wird verhaftet. Ihm wird ein Umsturzversuch zur Last gelegt.

Deutschland

In Deutschland soll es eine Neuauflage der Grossen Koalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel geben. Die Unionsparteien Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union (CDU/CSU) und die Sozialdemokraten (SPD) verständigen sich nach zähen Verhandlungen auf einen Koalitionsvertrag (**7.2.2018**). Umstritten ist die künftige Ressortverteilung. Martin Schulz will das Aussenministerium übernehmen und kündigt seinen Rücktritt als SPD-Parteivorsitzender an. Zwei Tage später (9.2.2018) erklärt Schulz seinen Verzicht auf das Ministeramt und reagiert damit auf Unmut in seiner Partei. Die SPD-Mitglieder stimmen Anfang März mit Zweidrittelmehrheit dem Koalitionsabkommen zu.

Bangladesh

Khaleda Zia, die ehemalige Premierministerin von Bangladesh (1991 bis 1996 und 2001 bis 2006), wird wegen Korruption zu fünf Jahren Haft verurteilt (**8.2.2018**).

Korea (Nordkorea)/Korea (Südkorea)

Russland

Olympische Spiele

In der südkoreanischen Region Pyeongchang finden die XXIII. Olympischen Winterspiele statt (**9.2.2018**). Entspannungssignale: Süd- und nordkoreanische Sportlerinnen und Sportler nehmen gemeinsam unter neutraler Korea-Fahne an der Eröffnungsfeier teil. Die Schwester des nordkoreanischen Machthabers Kim Jong Un überbringt eine Einladung an den südkoreanischen Präsidenten Moon Jae In für einen Besuch in Nordkorea. Wegen des Staatsdopings in Russland wird das Nationale Olympische Komitee Russlands von den Spielen ausgeschlossen.

Syrien/Israel

Syrien schießt ein israelisches Kampfflugzeug ab. Die Maschine zerschellt auf israelischem Territorium. Nach Angaben der israelischen Armee war der Militäreinsatz eine Reaktion auf das Eindringen einer iranischen Drohne in den israelischen Luftraum (**10.2.2018**).

Südafrika

Der südafrikanische Staatspräsident Jacob Zuma erklärt nach rund neun Jahren an der Macht seinen Rücktritt (**14.2.2018**). Zuma kommt damit einem geplanten Misstrauensvotum im Parlament zuvor. Er war wegen Korruptionsaffären unter Druck geraten. Seine Partei, der African National Congress (ANC), hatte den sofortigen Rücktritt gefordert. Nachfolger von Zuma wird Cyril Ramaphosa (15.2.2018).

USA

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

Bei einem Amoklauf an einer High School in Parkland, im US-Staat Florida, werden 17 Menschen erschossen (**14.2.2018**).

Äthiopien

Der äthiopische Ministerpräsident und Vorsitzende der Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) Hailemariam Desalegn kündigt seine Demission an (**15.2.2018**). Die Rücktrittsankündigung des Machthabers folgt auf Unruhen, die das Land seit Monaten erschüttern. Unmut herrscht vor allem bei den beiden grössten Volksgruppen des Landes, den Oromo sowie Amhara. Das Regime verhängt erneut den Ausnahmezustand. Neuer Parteivorsitzender wird Abiy Ahmed, ein Mitglied der Volksgruppe der Oromo.

Syrien/Syrien-Konflikt

Die syrische Rebellenhochburg Ost-Ghuta in der Nähe der Hauptstadt Damaskus steht unter Dauerbeschuss syrischer Regierungstruppen (**ab Mitte Februar 2018**). Hunderte Menschen kommen dabei ums Leben. Die rund 400 000 Bewohner sind von der Aussenwelt abgeschnitten. Bemühungen der UNO um eine Waffenruhe scheitern.

Venezuela/Kryptowährungen

Venezuela lanciert zur Bekämpfung der schweren Wirtschaftskrise eine staatseigene Kryptowährung ein: den Petro. Die Währung wird mit Erdölreserven abgesichert (20.2.2018).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der US-amerikanische Baptistenprediger Billy Graham stirbt im Alter von 99 Jahren (**21.2.2018**)

Slowakei

Der slowakische Investigativjournalist Ján Kuciak und seine Verlobte werden in der Nähe von Bratislava ermordet. Der Mord löst innenpolitische Turbulenzen aus. Kuciak hatte über die Korruption in der Slowakei und über Kontakte der italienischen Mafia bis in Regierungsstellen berichtet (**25.2.2018**).

Russland

Der russische Präsident Wladimir Putin präsentiert in einer Rede zur Lage der Nation neue Waffensysteme: darunter atomare Marschflugkörper, atomare Unterwasserdrohnen und ein Hyperschallraketen-system. Diese Waffen seien einzigartig und in der Lage, alle Abwehrschilde zu durchbrechen (**1.3.2018**).

Armenien

Das armenische Parlament wählt den früheren Regierungschef Armen Sarkisjan zum neuen Staatsoberhaupt (**2.3.2018**). Erstmals seit der Unabhängigkeit 1991 wird der Präsident vom Parlament und nicht vom Volk gewählt. Sein Vorgänger, Serge Sargsjan, der nach zehn Jahre dauernder Präsidentschaft nicht mehr kandidieren durfte, übernimmt trotz massiver Proteste das Amt des Regierungschefs (17.4.2018).

Italien

Politisches Beben in Italien (**4.3.2018**): Die Protestbewegung Movimento 5 Stelle (M5S) und die rechtspopulistische Lega sind die grossen Sieger der Parlamentswahl. Eine schwere Niederlage muss der bisher regierende linke Partito Democratico einstecken. In der Mitte-rechts-Koalition überholt die rechtspopulistische Lega von Matteo Salvi die konservative Forza Italia von Ex-Ministerpräsident Silvio Berlusconi. Kein politisches Lager kann sich auf eine absolute Mehrheit stützen.

- Das Movimento 5 Stelle (M5S) wird mit ihrem Spitzenkandidaten Luigi Di Maio stärkste Einzelpartei und die Mitte-rechts-Koalition (Centro-Destra) stärkstes Parteienbündnis.
- Bei der Wahl des Abgeordnetenhauses entfallen 32,78 Prozent der Stimmen auf das Movimento 5 Stelle (plus 7,22 Prozentpunkte). Es folgen der linke Partito Democratico (PD) mit 18,72 Prozent (minus 6,71 Prozentpunkte), die rechtspopulistische Lega von Matteo Salvi mit 17,37 (plus 13,28 Prozentpunkte) und die konservative Forza Italia von Ex-Regierungschef Silvio Berlusconi mit 14,01 (minus 7,55 Prozentpunkte).
- Von den 630 Sitzen im Abgeordnetenhaus (incl. 12 Auslandsitaliener-Mandate) entfallen 265 auf die Mitte-rechts-Koalition (Centro-Destra), 227 auf das Movimento 5 Stelle, 122 auf die Mitte-links-Koalition (Centro-Sinistra), 14 auf das linke Bündnis Partei Liberi e Uguali und je 1 Mandat an das Movimento Associativo Italiani all'Estero (MAIE) und an die Unione Sudamericano Emigrati Italiani (USEI).

- Von den 315 Sitzen im Senat (incl. 6 Auslandsitaliener-Mandate) entfallen 137 auf die Mitte-rechts-Koalition (Centro-Destra), 112 auf das Movimento 5 Stelle, 60 auf die Mitte-links-Koalition (Centro-Sinistra), 4 auf das linke Bündnis Partei Liberi e Uguali. und je 1 Mandat an das Movimento Associativo Italiani all'Estero (MAIE) und an die Unione Sudamericana Emigrati Italiani (USEI).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen mit 71,6 Prozent Nein-Stimmen die Volksinitiative „Ja zur Abschaffung der Radio und Fernsehgebühren“ ab. Die No-Billag-Initiative wird in allen Kantonen abgelehnt (**4.3.2018**). Die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) kündigt Reformen an. 100 Millionen Franken sollen gespart werden.

Osttimor (Timor-Leste)/Australien

Nach jahrelangem Streit einigen sich Australien und Osttimor (Timor-Leste) auf eine neue Seegrenze (**6.3.2018**).

USA

US-Präsident Donald Trump verhängt Strafzölle von 25 Prozent auf Stahl- und 10 Prozent auf Aluminiumprodukte (**8.3.2018**). Einige befreundete Handelspartner werden ausgenommen, vorläufig auch die Europäische Union (EU).

China

Machtzuwachs für Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping (**11.3.2018**): Der Nationale Volkskongress hebt die Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten auf. Die Amtszeit war bisher auf zwei Perioden von je fünf Jahren beschränkt. Um die Macht des Staats- und Parteichefs zu zementieren, wird „Xi Jinpings Gedankengut für das neue Zeitalter des Sozialismus chinesischer Prägung“ als neue Leitlinie in der Präambel der Verfassung verankert.

Frankreich

Marine Le Pen, die wiedergewählte Vorsitzende des extrem rechten französischen Front national, schlägt die Umbenennung der Partei in Rassemblement national vor (**11.3.2018**). Die Umbenennung wird von den Parteimitgliedern in einer Abstimmung gutgeheissen (1.6.2018)

USA

US-Präsident Donald Trump entlässt Aussenminister Rex Tillerson nach 14 Monaten im Amt (**13.3.2018**). Als Nachfolger nominiert Trump CIA-Direktor Mike Pompeo. Die Leitung des Geheimdienstes CIA soll Gina Haspel übernehmen.

Deutschland

Zum vierten Mal nach 2005, 2009 und 2013 wird Angela Merkel deutsche Bundeskanzlerin (**14.3.2018**). Sie erhält im Bundestag 364 Stimmen: ein knappes Ergebnis, nur neun Stimmen mehr als nötig. Deutschland bekommt wieder eine Grosse Koalition aus Christlich Demokratischer Union (CDU, Christlich-Sozialer Union (CSU) und Sozialdemokratischer Partei (SPD). Zum dritten Mal stehen die Sozialdemokraten der Kanzlerin als Koalitionspartner zur Seite. Vizekanzler wird Olaf Scholz (SPD); neuer Aussenminister Heiko Maas (SPD). Die Vereidigung der Kanzlerin und der neuen Regierung erfolgt sechs Monate nach der Bundestagswahl. Es war die längste Regierungsbildung in der Geschichte der Bundesrepublik.

Grossbritannien/Russland

Die britische Regierung verfügt die Ausweisung von 23 russischen Diplomaten (**14.3.2018**). Im Gegenzug weist Russland 23 britische Diplomaten aus.

Nach Ansicht von Premierministerin Theresa May ist der Kreml höchstwahrscheinlich für den Anschlag auf den ehemaligen Doppelagenten Sergei Skripal und dessen Tochter verantwortlich. Sergei Skripal und seine Tochter waren am 4. März in der südenglischen Stadt Salisbury durch Nervengift lebensgefährlich verletzt worden. Nach britischen Angaben wurde dabei Nervenkampfstoff aus der Nowitschow-Serie eingesetzt.

Slowenien

Der slowenische Ministerpräsident Miro Cerar kündigt seinen Rücktritt an (**14.3.2018**). Hintergrund ist der Entscheid des Obersten Gerichts, ein 2017 durchgeführtes Referendum über ein rund eine Milliarde Euro teures Eisenbahnprojekt zu annullieren.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der britische Physiker und Astrophysiker Stephen Hawking stirbt im Alter von 76 Jahren (**14.3.2018**).

Slowakei

Der langjährige slowakische Ministerpräsident Robert Fico tritt zurück (**15.3.2018**). Er war wegen der politischen Krise im Zusammenhang mit der Ermordung des Investigativjournalisten Ján Kuciak und dessen Verlobte unter Druck geraten (vgl. 25.2.2018). Fico war in den Jahren 2006 bis 2010 und ab April 2012 Regierungschef. Neuer Ministerpräsident wird Peter Pellegrini.

USA/Grossbritannien

Facebook

Skandal um mutmasslichen Datenmissbrauch beim weltweit grössten sozialen Netzwerk Facebook. Laut Medienberichten soll das britische Datenanalyseunternehmen Cambridge Analytica die Daten von mehr als 50 Millionen Facebook-Nutzern illegal für den Wahlkampf von US-Präsident Donald Trump ausgewertet und eingesetzt haben (**17.3.2018**).

Russland

Der russische Präsident Wladimir Putin sichert sich eine vierte Amtszeit. Zum vierten Mal nach 2000, 2004 und 2012 geht er als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Er erzielt mit 76,7 Prozent sein bestes Ergebnis (**18.3.2018**).

Syrien/Syrien-Konflikt/Türkei

Kurden

Türkische Streitkräfte und die mit ihr verbündete Freie Syrische Armee erobern nach wochenlanger Belagerung die hauptsächlich von Kurden bewohnte Stadt Afrin im Norden Syriens (**18.3.2018**). Hunderttausende Bewohner sind aus Afrin geflüchtet.

Trinidad und Tobago

Mit der Juristin Paula-Mae Weekes erhält Trinidad und Tobago erstmals seit der Trennung von der britischen Monarchie eine Staatspräsidentin (**19.3.2018**).

Peru

Nach nur 20 Monaten im Amt tritt der wegen Schmiergeldvorwürfen unter Druck geratene peruanische Staatschef Pedro Pablo Kuczynski zurück und kommt damit einer Amtsenthebung durch das Parlament zuvor (**21.3.2018**). Nachfolger wird sein Stellvertreter Martín Vizcarra.

Afrikanische Kontinentale Freihandelszone (AfCETA)

44 Staaten unterzeichnen an einem Gipfeltreffen der Afrikanischen Union (AU) in Kigali (Ruanda) ein Abkommen über die Schaffung einer Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone: African Continental Free Trade Area/AfCETA (**21.3.2018**).

USA/China

US-Präsident Donald Trump kündigt Strafzölle und andere handelspolitische Massnahmen gegen China im Volumen von bis zu 60 Milliarden Dollar an (**22.3.2018**). Die chinesische Regierung will Gegenmassnahmen ergreifen.

USA

US-Präsident Donald Trump trennt sich von seinem Sicherheitsberater Herbert Raymond (H.R.) McMaster (**22.3.2018**). Neuer Sicherheitsberater wird John Bolton. Der frühere US-Botschafter bei der UNO gilt als Hardliner.

Frankreich

Ein islamistischer Terrorist tötet bei einem Autodiebstahl und einer Geiselnahme in Südfrankreich drei Menschen (**23.3.2018**). Ein Polizist, der bei der Geiselnahme in einem Supermarkt in Trèbes freiwillig den Platz einer Geisel eingenommen hatte und lebensgefährlich verletzt wurde, stirbt am Tag danach.

Spanien/Katalonien

Das Oberste Gericht Spaniens beschliesst, ein Verfahren wegen des Vorwurfs der Rebellion gegen den abgesetzten katalanischen Regionalpräsidenten Carles Puigdemont und weitere zwölf Regionalpolitiker zu eröffnen (**23.3.2018**). Der mit einem europäischen Haftbefehl gesucht Carles Puigdemont wird in Deutschland festgenommen (25.3.2018), rund zwei Wochen später (6.4.2018) jedoch unter Auflagen auf freien Fuss gesetzt.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die Schweizer Sängerin Lys Assia, erste Gewinnerin des Grand Prix Eurovision de la Chanson, stirbt im Alter von 94 Jahren (**24.3.2018**).

Russland

Katastrophen/Brandkatastrophen

Bei einem Grossbrand in einem Einkaufszentrum in der sibirischen Stadt Kemerowo kommen über 60 Menschen ums Leben (**25.3.2018**).

Russland/USA/Grossbritannien/Nato

Die USA sowie mehrere Staaten der Europäischen Union (EU) verfügen wegen des in Grossbritannien verübten Giftanschlags auf den früheren Doppelagenten Sergej Skripal die Auseisung von über 140 russischen Diplomaten (vgl. 14.3.2018). Die USA weisen 60 Diplomaten aus (**26.3.2018**). Die Nato entzieht sieben russischen Diplomaten die Akkreditierung. Ausserdem muss Russland sein Generalkonsulat in Seattle schliessen.

Moskau reagiert mit der Ausweisung von 60 US-Botschaftsangehörigen und verfügt die Schliessung des US-Generalkonsulats in St. Petersburg. Ausserdem verschärft Moskau die Sanktionen gegen Grossbritannien: Die britische Botschaft in Moskau muss 50 Stellen abbauen.

Äthiopien

Abiy Ahmed wird neuer Machthaber in Äthiopien (**27.3.2018**). Der neue Regierungschef und Vorsitzende der Regierungskoalition Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF) vertritt die Oromo, die grösste Bevölkerungsgruppe. Bisher waren Vertreter der Tigray an der Macht. Der im vergangenen Monat verhängte Ausnahmezustand wird Anfang Juni aufgehoben

Myanmar

Der bisherige Parlamentspräsident Wint Myint wird zum neuen Staatspräsidenten von Myanmar gewählt (**28.3.2018**). Er tritt an die Stelle von Htin Kyaw, der aus Gesundheitsgründen sein Amt zur Verfügung stellte.

Ägypten

Der ägyptische Präsident Abdel Fattah al-Sisi lässt sich in einer umstrittenen Volkswahl im Amt bestätigen (26. bis **28.3.2018**) Er erhält nach offiziellen Angaben 97,08 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung liegt bei 41 Prozent.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Gazastreifen

Bei Auseinandersetzungen zwischen Palästinensern und israelischen Sicherheitskräften entlang des Grenzzauns des Gazastreifens werden 18 Palästinenser von israelischen Soldaten erschossen. Hunderte Demonstranten werden verletzt. Die radikal-islamische Hamas hatte zu einem „Marsch der Rückkehr“ aufgerufen (**30.3.2018**).

China/Internet

China verschärft die Internetzensur. Künftig sollen auch sogenannte Virtual Private Networks (VPN) vom Staat überwacht werden. Mit diesem Networks konnte man ins unzensurierte weltweite Internet gelangen (**31.3.2018**).

Sierra Leone

Der frühere Putschist Julius Maada Bio geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Sierra Leone hervor (**31.3.2018**). Er ist Nachfolger von Ernest Bai Koroma, der nach zwei Amtsperioden nicht mehr kandidieren durfte.

Botswana

Botswana erhält einen neuen Präsidenten: Mokgweetsi Masisi löst nach zehn Jahren Ian Khama an der Spitze des Staates ab (**1.4.2018**).

Costa Rica

In Costa Rica geht Carlos Alvarado Quesada vom Mitte-links orientierten Partido de la Acción Ciudadana (PAC) mit einem Stimmenanteil von 60,59 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor (**1.4.2018**). Mit 38 Jahren ist er der jüngste Staatshauptmann seit 1914. Der Partido de la Acción Ciudadana (PAC) gewinnt damit zweimal hintereinander die Präsidentenwahl. Der konservative Gegenkandidat vom Partido Restauración Nacional, Fabricio Alvarado Muñoz (*Alvarado Munoz*), erhält 39,41 Prozent der Stimmen.

Bei der Wahl des Abgeordnetenhauses verteidigt der sozialdemokratische Partido Liberación Nacional (PLN) seine Führungsrolle mit 17 der 57 Mandate. Der konservative Partido Restauración Nacional (PRN) wird zweistärkste Kraft mit 14 Mandaten (plus 13) vor dem Partido de la Acción Ciudadana mit 10 Mandaten.

Saudiarabien/Israel

Der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman spricht in einem Zeitungsinterview den Israeli das Recht auf einen eigenen Staat zu (**2.4.2018**).

USA/Mexiko

US-Präsident Donald Trump ordnet die Entsendung von Mitgliedern der Nationalgarde an die Grenze zu Mexiko zur Eindämmung von illegaler Migration und von Drogenschmuggel an (**4.4.2018**).

Brasilien

Das Oberste Gericht Brasiliens ebnet den Weg für die Festnahme von Expräsident Luis Inácio Lula da Silva (**5.4.2018**). Er war am 24. Januar 2018 in zweiter Instanz wegen Korruption (Begünstigung des in den Petrobras-Skandal verwickelten Baukonzerns OAS) zu zwölf Jahren und einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Das Oberste Gericht lehnt den Antrag von Lula da Silva ab, auf freien Fuss zu bleiben, bis alle Rechtsmittel gegen seine Verurteilung ausgeschöpft sind.

Korea (Südkorea)

Die ehemalige südkoreanische Staatspräsidentin Park Geun Hye wird wegen Korruption schuldig gesprochen und zu 24 Jahren Gefängnis verurteilt (**6.4.2018**).

USA/Russland

Die USA verhängen Sanktionen gegen mehr als drei Dutzend russische Politiker, Oligarchen und deren Unternehmen (**6.4.2018**).

Syrien/Syrien-Konflikt

Die syrische Armee wird beschuldigt, bei Angriffen auf die Ortschaft Duma – die letzte verbliebene Rebellenhochburg in Ost-Ghuta – auch chemische Waffen eingesetzt zu haben. Über 40 Menschen sollen dabei ums Leben gekommen sein (**7.4.2018**).

Ungarn

Zum dritten Mal in Folge geht der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán (*Orban*) mit seiner nationalkonservativen Partei Fidesz-Ungarischer Bürgerbund (Fidesz-MPSZ) als Sieger aus der Parlamentswahl hervor (**8.4.2018**). Die Fidesz-Partei gewinnt zusammen mit der verbündeten Christlich-Demokratischen Volkspartei (KNDP) mit einem Stimmenanteil von rund 49 Prozent 133 der 199 Parlamentssitze und damit die Zweidrittelmehrheit. Zweistärkste Kraft ist die rechtsradikale Partei Jobbik mit 26 Sitzen. Die Sozialisten (MSZP) erhalten zusammen mit der grünen Partei Dialog 20 Mandate. Die sozialliberale Demokratische Koalition (DK) ist neu im Parlament vertreten: mit 9 Abgeordneten. Die grüne Partei „Politik kann anders sein“ (LMP) gewinnt 8 Mandate.

Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien

Serbien

Der serbische radikale Nationalist Vojislav Šešelj (*Seselj*) wird vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in letzter Instanz zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt (**11.4.2018**). In erster Instanz war er 2016 freigesprochen worden. Weil Šešelj zwölf Jahre in Untersuchungshaft sass, muss er die Strafe nicht antreten.

Aserbaidshan

Zum vierten Mal in Folge geht Ilham Alijew als Sieger aus der Präsidentenwahl in Aserbaidshan hervor. Er erhält rund 74 Prozent der Stimmen (**11.4.2018**).

Algerien

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Beim Absturz eines Militärflugzeugs in Algerien kommen über 25 Menschen ums Leben. Bei den Opfern handele es sich mehrheitlich um Militärangehörige und ihre Familien (**11.4.2018**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der tschechisch-US-amerikanische Regisseur Miloš Forman stirbt im Alter von 86 Jahren (**13.4.2018**).

Syrien/Syrien-Konflikt

USA/Grossbritannien/Frankreich

Vergeltungsschlag der USA, Grossbritanniens und Frankreich für den mutmasslichen Giftgaseinsatz der syrischen Armee in der Ortschaft Duma: Mit Marschflugkörpern werden drei Anlagen für chemische Waffen nördlich von Damaskus und westlich von Homs angegriffen (**14.4.2018**).

Montenegro

Erfolgreiches Comback: Die Bevölkerung von Montenegro wählt Milo Djukanović (*Djukanovic*) mit knapp 54 Prozent zum Staatspräsidenten (**15.4.2018**). Djukanović von der Demokratischen Partei der Sozialisten war bereits von 1998 bis 2002 Präsident der Teilrepublik Montenegro und mehrere Male vor und nach der Unabhängigkeit im Jahr 2006 Ministerpräsident: zuletzt von 2012 bis 2016.

Nicaragua

Eine vom nicaraguanischen Präsidenten Daniel Ortega beschlossene Sozialversicherungsreform löst im ganzen Land heftige Proteste aus (ab **18.4.2018**). Obwohl Ortega sein Vorhaben zurückzieht (22.4.2018) halten die Unruhen an. Immer lauter werden Rücktrittsforderungen an Ortega.

Die Ordnungskräfte greifen hart durch. Bis Ende Juli werden nach Angaben der Interamerikanischen Menschenrechtskommission über 350 Manifestantinnen und Manifestanten getötet.

Kuba

Erstmals seit fast sechs Jahrzehnten obliegt die Staatsführung Kubas nicht mehr der Familie Castro. Neuer Präsident anstelle von Raúl Castro wird der bisherige Vizepräsident Miguel Díaz-Canel (*Diaz-Canel*). Raúl Castro bleibt jedoch Vorsitzender der Kommunistischen Partei (**19.4.2018**).

Swasiland/Eswatini

Swasiland wird 50 Jahre nach seiner Unabhängigkeit auf Anordnung seines Herrschers König Mswati III. in Eswatini (auch eSwatini) umbenannt (**19.4.2018**).

Korea (Nordkorea)

Nach jahrelangen Drohgebärden verkündet Nordkorea überraschend den Stopp von Atomtests und von Tests mit Interkontinentalraketen. Die nukleare Testanlage Punggye Ri soll komplett geschlossen werden. Machthaber Kim Jong Un begründet den Entscheid unter anderem mit der Vollendung des nordkoreanischen Atomprogramms. Dieser „grosse Sieg“ mache weitere Tests unnötig (**21.4.2018**).

Deutschland

Die deutschen Sozialdemokraten wählen mit Andrea Nahles erstmals in ihrer 155-jährigen Geschichte eine Frau an die Spitze der SPD (**22.4.2018**).

Paraguay

Mario Abdo Benítez (Benitez) von der Colorado-Partei geht mit einem Stimmenanteil von 48,96 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in Paraguay hervor (**22.4.2018**). Sein Konkurrent Efraín Alegre von der Gran Alianza Nacional Renovada erhält 45,08 Prozent. Im Abgeordnetenhaus verteidigt der Partido Colorado seine absolute Mehrheit. Die Colorado-Partei ist mit Ausnahme der Jahre 2008 bis 2013 seit fast sieben Jahrzehnten an der Macht.

Armenien

Unter dem Druck von Massenprotesten tritt der armenische Ministerpräsident Serge Sargsjan zurück (**23.4.2018**).

Korea (Südkorea)

Korea (Nordkorea)

Entspannungssignale und Versöhnungsgesten beim Treffen zwischen dem nordkoreanischen Machthaber Kim Jong Un und dem südkoreanischen Präsidenten Moon Jae In im Grenzort Panmunjom (**27.4.2018**). Beide Staatsführer wollen auf einen Friedensvertrag und auf eine vollständige nukleare Abrüstung hinarbeiten. Der Friedensvertrag soll das Waffenstillstandsabkommen von 1953 ablösen. Es handelt sich um den dritten innerkoreanischen Gipfel nach 2000 und 2007. Bereits einen Monat später treffen sich Kim Jong Un und Moon Jae In wieder, um den Weg für ein Treffen zwischen Kim Jong Un und US-Präsident Donald Trump vorzubereiten (**26.5.2018**).

Spanien

Die baskische Untergrundorganisation ETA (Euskadi Ta Askatasuna – Baskenland und Freiheit) erklärt nach jahrzehntelangem Untergrundkampf gegen die spanische Zentralregierung ihre Selbstauflösung (**2.5.2018**). Seit Ende der sechziger Jahre kamen bei Anschlägen der ETA über 800 Menschen ums Leben.

Literaturnobelpreis

Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wird die Vergabe des Literaturnobelpreises ausgesetzt (**4.5.2018**). Dem Entscheid waren Missbrauchsvorwürfe vorausgegangen.

Libanon

Zum ersten Mal seit 2009 finden in Libanon Parlamentswahlen statt (**6.5.2018**). Die schiitische Hizbullah und ihre Verbündeten gehen als stärkste Kraft aus den Wahlen hervor. Sie erhalten 68 der 128 Mandate. Die Zukunftsbewegung von Ministerpräsident Saad Hariri verliert ein Drittel der Mandate und hat nur noch 19 Sitze.

USA/Iran

US-Präsident Donald Trump kündigt das Atomabkommen mit Iran auf und beschliesst, sämtliche Wirtschaftssanktionen, welche die USA wegen des Vertrags ausgesetzt hatten, wieder in Kraft zu setzen (**8.5.2018**). Die Wiedereinführung der Sanktionen beginnt nach drei Monaten. Trump bezeichnet den Deal mit Iran als „schreckliches, einseitiges Abkommen, das nie hätte abgeschlossen werden dürfen“. Der Vertrag war im Jahr 2015 zwischen Iran und den fünf Mächten des UNO-Sicherheitsrats – USA, Grossbritannien, China, Russland und Frankreich – sowie Deutschland geschlossen worden. Der Zweck des Abkommens: Mit strikten Beschränkungen für die Urananreicherung soll Iran daran gehindert werden, sich nuklear zu bewaffnen. Als Gegenleistung werden die Wirtschaftssanktionen gegen Iran schrittweise aufgehoben.

Armenien

Das armenische Parlament wählt Oppositionsführer Nikol Paschinjan zum neuen Ministerpräsidenten (**8.5.2018**).

Malaysia

Erster Machtwechsel in Malaysia seit über 60 Jahren. Das Oppositionsbündnis Pakatan Harapan (Pakt der Hoffnung) unter Führung des ehemaligen Premierministers Mahathir Mohamad geht als Sieger aus der Parlamentswahl hervor. Auf Pakatan Harapan entfallen 113 der 222 Mandate. Das bisher regierende Parteienbündnis Barisan Nasional (Nationale Front), das von der United Malays National Organisation (UMNO) von Premierminister Najib Razak dominiert wird, muss sich mit 79 Mandaten (minus 54) begnügen. Neuer Regierungschef anstelle von Najib Razak, der unter Korruptionsverdacht steht, wird der 92 Jahre alte Mahathir Mohamad. Er war Langzeitherrscher von 1981 bis 2002 (**9.5.2018**).

Israel/Iran/Syrien

Die israelische Luftwaffe greift iranische Stellungen in Syrien an (**10.5.2018**). Es seien Einrichtungen des Geheimdienstes, der Logistik, Militärposten, Lagerräume und Spähposten getroffen worden, meldet die israelische Armee. Nach israelischer Darstellung wurden zuvor Stellungen der israelischen Streitkräfte auf den Golanhöhen von einer Einheit iranischer Revolutionsgarden mit Raketen beschossen.

Irak

Aus der Parlamentswahl im Irak geht überraschend das Bündnis des schiitischen Geistlichen Muktada al-Sadr als stärkste Kraft hervor. Zweistärkste Kraft ist die Liste des Politikers Hadi al-Amiri. Die Liste von Ministerpräsident Haider al-Abadi muss sich mit dem dritten Platz begnügen (**12.5.2018**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Israel/USA

Gazastreifen

Die USA verlegen ihre diplomatische Vertretung in Israel von Tel Aviv nach Jerusalem – am 70. Jahrestag der Staatsgründung Israels.

Überschattet wird die Eröffnung der Botschaft von Protesten Zehntausender Palästinenser im Gazastreifen, entlang der Grenze zu Israel. Nach palästinensischen Verlautbarungen werden über 60 Palästinenser von israelischen Sicherheitskräften erschossen. Hunderte Demonstranten werden verletzt (**14.5.2018**).

Spanien/Katalonien

Der Anwalt und Publizist Quim Torra wird vom katalanischen Parlament zum neuen Regierungschef gewählt (**14.5.2018**). Damit endet eine seit Monaten dauernde politische Blockade. Sein Vorgänger Carles Puigdemont war im Oktober 2017 von der Madrider Zentralregierung abgesetzt worden und hatte sich ins Ausland abgesetzt.

Russland/Krim

Der russische Präsident Wladimir Putin eröffnet eine 19 Kilometer lange Brücke vom russischen Festland auf die Halbinsel Krim (**15.5.2018**).

Malaysia

Nach jahrelanger Haft und Diffamierungen wird der ehemalige malaysische stellvertretende Premierminister Anwar Ibrahim begnadigt und auf freien Fuß gesetzt (**16.5.2018**). Die Freilassung erfolgt wenige Tage nach dem Sieg der Opposition bei der Parlamentswahl. Anwar Ibrahim war 2014 wegen angeblicher homosexueller Handlungen zu fünf Jahren Haft verurteilt worden. 1998 verurteilte ihn ein Gericht wegen Korruption.

Burundi

Der burundische Staatschef Pierre Nkurunziza zementiert seine Machtposition. Die Bevölkerung billigt mit 73,2 Prozent Ja-Stimmen eine Verfassungsänderung, die einen Verbleib des Präsidenten im Amt bis 2034 ermöglicht (**17.5.2018**). Nkurunziza, der sich als „ewiger Führer“ bezeichnen lässt, ist seit 2005 Staatsoberhaupt.

Italien/EU/Russland

Migranten

In Italien einigen sich die beiden Sieger der Parlamentswahlen, die Protestbewegung Movimento 5 Stelle (M5S) und die rechtspopulistische Lega auf ein Regierungsbündnis (**18.5.2018**). Der „Vertrag für eine Regierung des Wandels“ sieht die Einführung eines Grundeinkommens von monatlich 780 Euro, die Senkung der Einkommens und Unternehmenssteuer (Flat Tax mit nur noch zwei Steuersätzen) und die Rücknahme der Rentenreform vor, mit der das Rentenalter heraufgesetzt werden sollte. Die Verträge der Europäischen Union (EU) sollen mit Blick auf Staatsverschuldung und Haushaltsdisziplin neu diskutiert werden.

Vorgesehen ist auch eine härtere Politik gegenüber Migranten: Hunderttausende in Italien illegal lebende Migranten sollen in ihr Herkunftsland ausgeschafft werden. Ausserdem rufen beide Parteien zu einer Aufhebung der EU-Sanktionen gegen Russland auf.

USA

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

Ein 17 Jahre alter Schüler erschießt an der Santa Fe Highschool in Texas 9 Mitschüler und einen Lehrer (**18.5.2018**).

Venezuela

Der venezolanische Staatspräsident Nicolás Maduro wird in seinem Amt bestätigt. Er erhält 67,7 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung liegt bei 46 Prozent (**20.5.2018**). Die von Manipulationsvorwürfen überschattete Präsidentenwahl wird von Teilen der Opposition boykottiert.

Italien

Der Rechtsprofessor und Anwalt Giuseppe Conte erhält den Auftrag zur Bildung einer neuen italienischen Regierung (**23.5.2018**). Conte war von der Protestbewegung Movimento 5 Stelle und der rechtspopulistischen Lega vorgeschlagen worden. Er soll das Regierungsprogramm der beiden Koalitionspartner durchsetzen.

Korea (Nordkorea)

Nordkorea hat nach eigenen Angaben sein Atomtestgelände Punggye Ri unbrauchbar gemacht (**24.5.2018**).

MH17-Flugzeugabschuss

Ukraine/Konflikt Donbass-Ostukraine/Russland

Die Rakete, mit der am 17. Juli 2014 eine Boeing der Malaysia Airlines (Flug MH17) über ostukrainischem Gebiet abgeschossen wurde, stammt nach Angaben internationaler Ermittler (**24.5.2018**) aus Beständen der in Kursk stationierten 53. Brigade der russischen Armee. Die Niederlande machen Russland für den Abschuss verantwortlich, bei dem 298 Menschen, darunter 193 Niederländer, ums Leben kamen (vgl. 17.7.2014).

Irland

Das Abtreibungsverbot in Irland wird aus der Verfassung gestrichen. Mit 66,4 Prozent Ja-Stimmen wird ein entsprechendes Begehren in einem Referendum gutgeheissen (**25.5.2018**).

Barbados

Mit Mia Mottley von der Barbados Labour Party erhält der karibische Inselstaat Barbados erstmals eine Premierministerin (**25.5.2018**).

Italien

Die Regierungsbildung populistischer Kräfte in Italien scheitert – vorerst (**27.5.2018**): Der designierte Ministerpräsident Giuseppe Conte gibt auf. Staatspräsident Sergio Mattarella lehnt die von der Protestbewegung Movimento 5 Stelle (M5S) und der rechtspopulistischen Lega geforderte Ernennung von Paolo Savona zum Wirtschafts- und Finanzminister ab. Der 81 Jahre alte frühere Industrieminister gilt als vehementer Euro-Skeptiker. Der Finanzexperte Carlo Cottarelli soll eine Übergangsregierung bilden.

Nicaragua

Der Muttertag in Nicaragua steht im Zeichen von Massenprotesten gegen das Regime (**30.5.2018**). In Managua und anderen Städten beteiligen sich Zehntausende an den Kundgebungen. Sicherheitskräfte schiessen auf die Protestierenden. 16 Menschen werden getötet und Dutzende verletzt.

Italien

Italien erhält eine Regierung populistischer Parteien (**1.6.2018**). Im zweiten Anlauf gelingt es der Protestbewegung Movimento 5 Stelle (M5S) und der rechtspopulistischen Lega eine Regierung unter Führung des Rechtsprofessors Giuseppe Conte zu bilden. Hauptfiguren im neuen Kabinett sind die Vorsitzenden des Movimento 5 Stelle und der Lega, Luigi Di Maio und Matteo Salvini. Di Maio übernimmt die Ministerien für Arbeit und Entwicklung. Der Lega-Chef Salvini leitet das Innenministerium. Der Wirtschaftsprofessor Giovanni Trià wird Wirtschafts- und Finanzminister. Für diesen Posten war Paolo Savona vorgesehen, was jedoch am Widerstand von Staatspräsident Sergio Mattarella scheiterte (vgl. 27.5.2018). Savona wird Europaminister.

Spanien

Das spanische Parlament entzieht Ministerpräsident Mariano Rajoy vom Partido Popular (PP) das Vertrauen (**1.6.2018**). Die Regierungspartei war wegen Korruptionsaffären unter Druck geraten. Rajoy stand seit Ende 2011 an der Spitze der Regierung. Es ist das erste Mal seit der demokratischen Wende, dass ein Regierungschef durch ein Misstrauensvotum gestürzt wird. Der Vorsitzende des Partido Socialista Obrero Español (PSOE), Pedro Sánchez (*Sanchez*), wird neuer Ministerpräsident (2.6.2018)

USA

EU/Kanada/Mexiko

Die USA beschliessen, die im März verhängten Strafzölle von 25 Prozent auf Stahl- und 10 Prozent auf Aluminiumprodukte auch auf die Europäische Union (EU), Kanada und Mexiko auszudehnen (**1.6.2018**). Sie waren zunächst von den Zöllen ausgenommen. Die Europäische Union leitet ein Streitschlichtungsverfahren gegen die USA vor der Welthandelsorganisation (WTO) ein und kündigt „Ausgleichsmassnahmen“ an.

Spanien/Katalonien

Mit der Bildung einer neuen katalanischen Regionalregierung unter Führung von Quim Torra geht die Zwangsverwaltung durch die spanische Zentralregierung zu Ende (**2.6.2018**).

Slowenien

Aus der Parlamentswahl in Slowenien geht die konservative Demokratische Partei (SDS) des früheren Regierungschefs Janez Janša (*Jansa*) als stärkste Kraft hervor. Sie gewinnt 25 der 90 Mandate. Die erstmals kandidierende linksliberale Liste Marjan Šarec/LMS des früheren Schauspielers Marjan Šarec (*Sarec*) gewinnt auf Anhieb 13 Mandate und wird zweitstärkste Kraft. Die Partei des modernen Zentrums (SMC) des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Miro Cerar verliert 26 Mandate und ist nur noch mit zehn Sitzen vertreten (**3.6.2018**).

Guatemala

Katastrophen/Vulkanausbruch

In Guatemala fordert der Ausbruch des Volcán de Fuego über 100 Tote (**3.6.2018**).

Jordanien

In Jordanien tritt Ministerpräsident Hani al-Mulki unter massivem Druck landesweiter Proteste gegen Preiserhöhungen und ein geplantes Einkommensteuergesetz zurück (**4.6.2018**). Das Steuergesetz wird zurückgezogen.

G-7

USA/Kanada

Eklat im Anschluss an das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der sieben führenden demokratischen Industriestaaten (G-7) – Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Japan, Kanada und USA – in La Malbaie (Kanada). US-Präsident Donald Trump zieht nach der Abreise – während des Fluges nach Singapur – seine Zustimmung zur Abschlusserklärung zurück und begründet seinen Schritt mit dem Verhalten des kanadischen Premierministers und Gastgebers Justin Trudeau (**9.6.2018**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen mit 75,7 Prozent Nein-Stimmen die Volksinitiative „Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank! (Vollgeld-Initiative) ab. Das Geldspielgesetz wird 72,9 Prozent Ja-Stimmen gutgeheissen (**10.6.2018**).

Schweiz

Olympische Spiele

Keine Olympischen Winterspiele im Jahr 2016 im Wallis. Das Walliser Stimmvolk lehnt den vorgeschlagenen 100-Millionen-Kredit für Olympia 2016 mit 54 Prozent-Nein-Stimmen ab (**10.6.2018**).

USA/(Korea (Nordkorea)/Korea (Südkorea)

Singapur

US-Präsident Donald Trump und der nordkoreanische Machthaber Kim Jong Un treffen sich in Singapur (**12.6.2018**). Es handelt sich um das erste amerikanisch-nordkoreanische Gipfeltreffen.

In einer gemeinsamen Erklärung verpflichten sich die USA und Nordkorea, neue Beziehungen zwischen beiden Staaten aufzubauen „im Einklang mit dem Wunsch nach Frieden und Wohlstand“. Gemeinsam wollen sich für einen dauerhaften und stabilen Frieden einsetzen. Nordkorea verpflichtet sich, auf eine vollständige Denuklearisierung hinzuarbeiten und bekräftigt damit die Absichtserklärung nach dem Gipfeltreffen vom 27. April 2018 mit dem südkoreanischen Präsidenten Moon Jae In im Grenzort Panmunjom. Trump verspricht Nordkorea Sicherheitsgarantien.

Die Erklärung enthält jedoch keinen Abrüstungszeitplan und keine detaillierte Hinweise auf die Sicherheitsgarantien. US-Präsident Trump erklärt nach Abschluss des Gipfels, er wolle die US-amerikanisch-südkoreanischen Militärmanöver stoppen: „Wir werden die Kriegsspiele beenden.“

Georgien

Nach Protesten gegen seine Regierung tritt der georgische Ministerpräsident Giorgi Kvirikashvili zurück (**13.6.2018**). Sein Nachfolger wird der bisherige Finanzminister Mamuka Bachtadse.

Griechenland/Mazedonien (Nordmazedonien)

Griechenland und Mazedonien legen den seit 27 Jahre dauernden Namensstreit um die Republik Mazedonien bei. Aus Mazedonien soll Nordmazedonien werden. Die Aussenminister beider Länder unterzeichnen am Presbasee ein entsprechendes Abkommen (**17.6.2018**). Auf der internationalen Bühne wurde Mazedonien als „Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien“ (FYROM) bezeichnet. Der Namensstreit blockierte die Annäherung Mazedoniens an die Nato und die Europäische Union.

Kolumbien

Der konservative Politiker Iván Duque, Kandidat des Centro Democrático, geht als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt in Kolumbien hervor. Er erhält 53,9 Prozent der Stimmen (**17.6.2018**). Der neue Präsident gilt als Kritiker des Friedensabkommens mit den Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (Farc).

USA

US-Präsident Donald Trump ordnet die Schaffung einer „Space Force“ als eigenständiger Teil der Streitkräfte an (**18.6.2018**).

USA/UNO-Menschenrechtsrat

Die USA kündigen ihre Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat der UNO (**19.6.2018**).

Syrien/Syrien-Konflikt/Russland

Flüchtlinge

Syrische Regierungstruppen starten mit Unterstützung der russischen Luftwaffe eine Grossoffensive gegen die Rebellen in der Region Daraa (**19.6.2018**). Die Angriffe lösen eine Fluchtwelle von über 300 000 Menschen aus. Drei Wochen später (12.7.2018) geben die Rebellen die Stadt Daraa auf. In Daraa begann im März 2011 der Aufstand gegen das Regime von Bashar al-Assad.

Ungarn

Flüchtlinge/Migranten

Das ungarische Parlament verabschiedet ein Gesetzespaket, das Hilfe für illegal Eingewanderte kriminalisiert (**20.6.2018**). Das „Stop Soros“-Gesetzespaket sieht vor, dass Mitarbeiter und Aktivisten, die „Beihilfe zur illegalen Einwanderung“ leisten, mit Arrest oder – im Falle einer regelmässigen diesbezüglichen Tätigkeit – mit Freiheitsentzug von bis zu einem Jahr bestraft werden können.

Vatikan/Schweiz/Ökumenischer Rat der Kirchen

Papst Franziskus weilt zu einem eintägigen Besuch in Genf. Er trifft sich mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen und feiert eine Messe mit rund 30 000 Gläubigen (**21.06.2018**).

Türkei

Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan (*Erdogan*) wird in seinem Amt bestätigt (**24.6.2018**). Er geht mit einem Stimmenanteil von 52,59 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Auf seinen Konkurrenten Muharrem Ince von der Republikanischen Volkspartei (CHP) entfallen 30,64 Prozent der Stimmen. Gleichzeitig finden Parlamentswahlen statt. Erdoğan's islamisch-konservative Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) erringt zusammen mit der verbündeten rechtsradikalen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) mit 344 Sitzen die absolute Mehrheit. Die AKP erhält 295 (minus 22) und die MHP 49 (plus 9) Mandate. Auf die Republikanische Volkspartei (CHP) entfallen 146 (plus 12) Sitze. Die prokurdisch-sozialistische Demokratische Partei des Volkes (HDP) gewinnt 67 (plus 9) Mandate. Die rechtsradikale Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) entsendet 49 (plus 9) Abgeordnete. Erstmals vertreten ist die konservativ-nationalistische Gute Partei (İyi) mit 43 Mandaten. Mit den Wahlen tritt die am 16. April 2017 vom Volk gebilligte Verfassungsreform in Kraft. Alle Macht geht auf den Staatspräsidenten über. Einen Ministerpräsidenten gibt es nicht mehr.

Saudiarabien

In Saudiarabien wird das für Frauen geltende Autofahrverbot aufgehoben (24.6.2018). Saudiarabien war das einzige Land der Welt, in dem Frauen nicht alleine Autofahren dürfen.

EU

Albanien/Mazedonien (Nordmazedonien)

Die Europäische Union stimmt der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Mazedonien (Nordmazedonien) ab Juni 2019 grundsätzlich zu (**26.6.2018**).

USA/Iran

Die USA wollen verhindern, dass Iran weiter Erdöl exportieren kann. Alle Staaten, die nach dem 4. November 2018 noch Öl aus Iran beziehen, müssen mit harten Sanktionen rechnen (**26.6.2018**).

Tschechien

Acht Monate nach der Parlamentswahl wird der langwierige Prozess der Regierungsbildung in Tschechien beendet (**27.6.2018**). An der Spitze der Regierung steht der Unternehmer Andrej Babiš (*Babis*) von der populistischen Bewegung ANO. Regierungspartner ist die Sozialdemokratische Partei (ČSSD). Geduldet wird die Minderheitsregierung von der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSČM).

Südsudan

Neuer Versuch zur Beendigung des Bürgerkriegs im Südsudan. Staatspräsident Salva Kiir und Rebellenführer Riek Machar beschliessen in Khartum einen dauerhaften Waffenstillstand. Der Vertrag sieht ausserdem die Teilung der Macht während einer Übergangszeit von drei Jahren vor (**27.6.2018**). Der Bürgerkrieg hat sieben Jahre nach der Staatsgründung Zehntausende Tote gefordert und Hunderttausende Menschen in die Flucht getrieben.

EU

Flüchtlinge

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) einigen sich auf eine härtere Haltung in der Asylpolitik. Auf freiwilliger Basis sollen gemeinsame Asylzentren innerhalb der EU eingerichtet und Aufnahmelager für Flüchtlinge in Drittstaaten geprüft werden (**29.6.2018**).

Mexiko

Politischer Umbruch in Mexiko (**1.7.2018**): Der Linksnationalist Andrés Manuel López Obrador (*Lopez Obrador*) geht mit einem Stimmenanteil von 54,71 Prozent als klarer Sieger aus der Präsidentenwahl hervor. Der Gründer des Movimiento Regeneración Nacional (Morena) schafft die Wahl im dritten Anlauf nach 2006 und 2012. Sein Rivale Ricardo Anaya vom konservativen Partido Acción Nacional (PAN) erhält 22,91 Prozent der Stimmen. Der Kandidat des Partido Revolucionario Institucional (PRI), José Antonio Meade, muss sich mit 16,88 Prozent begnügen. López Obrador (auch bekannt unter dem Kürzel AMLO) verspricht im Wahlkampf, die Korruption zu bekämpfen und mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen.

Im Parlament (Cámara de Diputados) ist das Movimiento Regeneración Nacional (Morena) mit 191 (plus 156) der 500 Mandate stärkste Kraft vor dem Partido Acción Nacional (PAN) mit 81 (minus 28) Mandaten.

Deutschland

Flüchtlinge

Nach wochenlangem Streit um die Asylpolitik Deutschlands, der zu einer Machtprobe zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Innenminister Horst Seehofer (CSU) und zu einer Zerreissprobe für die Regierung führte, erzielen die regierenden Unionsparteien CDU/CSU (Christlich Demokratische Union und Christlich-Soziale Union) einen Kompromiss (**2.7.2018**). Es folgt eine Einigung aller Koalitionspartner über einen beschleunigten Umgang mit Flüchtlingen an der Grenze. Flüchtlinge, die bereits in einem anderen Staat der Europäischen Union (EU) einen Asylantrag gestellt haben, müssen künftig ein Transitverfahren durchlaufen. Sie sollen innerhalb von 48 Stunden überprüft werden.

USA/Russland

Nach Ansicht des Geheimdienstsausschusses des US-Senats hat sich Russland in die Präsidentschaftswahl 2016 eingemischt, um Donald Trump zu unterstützen (**3.7.2018**).

USA/China

Der Handelsstreit zwischen China und den USA eskaliert. Die USA verhängen Zölle von 25 Prozent auf chinesische Waren im Wert von 34 Milliarden Dollar. Peking kündigt Gegenzölle im gleichen Wert an (**6.7.2018**).

Pakistan

Der frühere pakistanische Premierminister Nawaz Sharif wird wegen Korruption zu zehn Jahren Haft verurteilt (**6.7.2018**). Seit 2019 lebt er im Exil.

Italien

Flüchtlinge/Migranten

Italien will keine Schiffe mit aus Seenot geretteten Flüchtlingen und Migranten mehr in seine Häfen lassen. Dies kündigt Innenminister Matteo Salvini an (**8.7.2018**).

Grossbritannien

Krise im britischen Kabinett: Aussenminister Boris Johnson tritt aus Protest gegen den Brexitkurs von Premierminister Theresa May zurück (**9.7.2018**). Zuvor hatte bereits Brexitminister David Davis seinen Rücktritt erklärt. Neuer Aussenminister wird der bisherige Gesundheitsminister Jeremy Hunt.

Äthiopien/Eritrea

Äthiopien und Eritrea beenden nach 20 Jahren den Kriegszustand. Der äthiopische Regierungschef Abiy Ahmed und der eritreische Machthaber Isayas Afewerki unterzeichnen bei einem Gipfeltreffen in Asmara einen Friedensvertrag, vereinbaren die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und die Öffnung der Grenzen. Äthiopien soll über einen Hafen in Eritrea wider Zugang zum Roten Meer bekommen. Der Krieg zwischen Äthiopien und Eritrea hatte zwischen 1998 und 2000 zwischen 70 000 und 100 000 Tote gefordert (**9.7.2018**).

USA

US-Präsident Donald Trump nominiert Brett Kavanaugh für den Obersten Gerichtshof (**9.7.2018**). Mit der Wahl von Kavanaugh zum Obersten Richter verschiebt sich das Gewicht im Supreme Court zugunsten der Konservativen. Von den neun Richtern gehörten dann fünf, statt wie bisher nur vier, eindeutig zum konservativen Flügel – und das vermutlich für die nächsten Jahrzehnte.

Deutschland

Die Rechtsterroristin Beate Zschäpe wird wegen Mittäterschaft an zehn Morden, mehreren Mordversuchen, zwei Bombenanschlägen und 15 Raubüberfällen vom Oberlandesgericht München zu lebenslanger Haft verurteilt. Zschäpe ist die einzige Überlebende der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU). In der Urteilsbegründung heisst es, aus rassistischer Ideologie heraus habe der NSU neun Menschen mit ausländischen Wurzeln getötet, sowie eine Polizistin aus Thüringen. Der Prozess dauerte über fünf Jahre (**11.07.2018**).

UNO/Migrationsabkommen

USA

Die UNO-Mitgliedstaaten einigen sich mit Ausnahme der USA auf ein globales Migrationsabkommen (**13.7.2018**). Die Vereinbarung –Global Compact for safe, orderly and regular Migration –soll sichere, geordnete Migration fördern sowie dem Menschenhandel entgegenwirken (vgl. 10.12.2018).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Gazastreifen

Die israelische Armee und Hamas-Kämpfer liefern sich die heftigsten militärischen Auseinandersetzungen seit dem Ende des Gazakrieges von 2014 (**Mitte Juli 2018**). Vom Gazastreifen aus feuern Palästinenser Raketen und Mörsergranaten auf israelisches Gebiet. Mit Feuerdrachen werden Felder in Brand gesetzt. Israel reagiert mit massiven Luftschlägen. Ägypten und die UNO bemühen sich um eine Feuerpause.

USA/Russland

US-Präsident Donald Trump und der russisch Präsident Wladimir Putin treffen sich in Helsinki (**16.7.2018**). Es handelt sich um ihr erstes Gipfeltreffen. Beide Seiten bekunden ihren Willen, die Beziehungen zu verbessern. Die Äusserung von Trump, er habe keinen Grund zu glauben, das sich Russland in den Wahlkampf in den USA eingemischt habe, lösen in den USA heftige Kritik aus. Trump revidiert seine Aussage und erklärt, er habe sich versprochen.

EU/Japan

Die Europäische Union und Japan vereinbaren ein Freihandelsabkommen (**17.7.2018**). Es erfasst fast 30 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung.

Türkei

Der nach dem Putschversuch vor zwei Jahren (vgl. 15.7.2016) verhängte Ausnahmezustand wird aufgehoben (**18.7.2018**). Kurz darauf verabschiedet das Parlament ein Notstandsnachfolgesetz. In Sicherheitsfragen behält der Staat weitgehende Befugnisse.

Israel

Das israelische Parlament stimmt einem umstrittenen Nationalstaatsgesetz zu, das Israel „als Nationalstaat des jüdischen Volkes“ beschreibt. Das Gesetz soll den jüdischen Charakter des Landes stärken. Nur noch Hebräisch ist offizielle Amtssprache. Das Arabische wird als eine Sprache mit speziellem Status bezeichnet. „Das ganze und vereinte“ Jerusalem wird als Hauptstadt Israels festgeschrieben. Die arabischen Israeli bezeichnen das Gesetz als Affront (**19.7.2018**).

Griechenland

Katastrophen/Waldbrände und Buschbrände/Trockenheit

Bei Waldbränden unweit der griechischen Hauptstadt Athen kommen über 90 Menschen ums Leben. Der Ferienort Mati wird vom Flammenmeer verwüstet (**23.7.2018**).

Grosse Teile Europas werden von extremer Trockenheit heimgesucht.

Laos

Katastrophen/Staudammkatastrophen

Nach einem Staudammbruch im Südosten von Laos werden sechs Dörfer überflutet. Rund 7000 Menschen werden obdachlos (**23.7.2018**).

EU/USA

Die Europäische Union (EU) und die USA entschärfen den Handelsstreit. US-Präsident Donald Trump und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vereinbaren, auf die Verhängung von Zöllen bis auf weiteres zu verzichten. Juncker will mit den USA über die Annullierung sämtlicher Zölle und Handelsbarrieren für industrielle Güter verhandeln. Ausserdem verspricht der EU-Kommissionspräsident, mehr Flüssiggas und Sojabohnen aus den USA zu importieren (**25.7.2018**).

Pakistan

Die Partei des früheren Cricketstars Imran Khan – Bewegung für Gerechtigkeit (Pakistan Tehreek-e-Insaf/PTI) – gewinnt die Parlamentswahl in Pakistan. Sie erobert 149 Sitze (plus 114). Die Pakistan Muslim League (PML-N) erhält 82 (minus 84) und die Pakistan People's Party (PPP) 54 Sitze (plus 12). Die Pakistan Muslim League von Expremier Nawaz Sharif beklagt sich über Wahlbetrug (**25.7.2018**).

Kambodscha

Bei der Parlamentswahl in Kambodscha gewinnt die Volkspartei von Machthaber Hun Sen nach offiziellen Angaben sämtliche 125 Mandate. Die Opposition spricht von einer Wahlfarce (**29.7.2018**). Die stärkste Oppositionspartei, die Partei der nationalen Rettung, war vom Regime vor den Wahlen aufgelöst worden.

Simbabwe

In Simbabwe finden die ersten Wahlen seit dem Sturz des Mugabe-Regimes statt (**30.7.2018**). Der seit der Entmachtung Mugabes amtierende Staatschef Emmerson Mnangagwa gewinnt die Präsidentenwahl mit einem Stimmenanteil von 50,8 Prozent. Anstelle des verstorbenen langjährigen Oppositionsführer Morgan Tsvangirai ging Nelson Chamisa ins Rennen und erhält 44,3 Prozent. Bei der Parlamentswahl gewinnt die regierende Zimbabwe African National Union – Patriotic Front (Zanu-PF) 179 der 270 Mandate. Das oppositionelle Movement for Democratic Change Alliance (MDC) zweifelt das Wahlergebnis an.

USA/Türkei

Krise im Verhältnis zwischen der Türkei und den USA: Die USA verhängen wegen des in der Türkei unter Hausarrest stehenden Pastors Andrew Brunson Sanktionen gegen türkische Regierungsmitglieder (**1.8.2018**). Brunson wird am 12. Oktober freigelassen.

Schweiz

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Ein Oldtimerflugzeug vom Typ Junkers Ju-52 stürzt während eines Rundflugs am Piz Segnas oberhalb von Flims (Graubünden) ab. Alle 20 Insassen kommen ums Leben (**4.8.2018**).

USA/Russland

Wegen des Giftanschlags auf den ehemaligen Doppelagent Sergei Skripal und dessen Tochter verhängen die USA Sanktionen gegen Russland (**8.8.2018**).

Sergei Skripal und seine Tochter waren am 4. März 2018 in der südenglischen Stadt Salisbury durch Nervengift lebensgefährlich verletzt worden.

Indonesien

Katastrophen/Erdbeben

Ein schweres Erdbeben auf der indonesischen Insel Lombok fordert über 400 Tote. Zehntausende Menschen werden obdachlos (**8.8.2018**).

USA/Türkei

Der Streit zwischen der Türkei und den USA eskaliert. US-Präsident Donald Trump kündigt eine Verdoppelung der Strafzölle auf Stahl und Aluminium an (**10.8.2018**). Dies führt zu einem Kurssturz der türkischen Währung. Die Türkei ist seit Monaten mit einer Währungskrise und mit hoher Inflation konfrontiert. Seit Beginn des Jahres hat die Lira 40 Prozent an Wert verloren. Die Türkei reagiert mit Strafzöllen auf US-Produkte.

Rumänien

In Bukarest werden bei Massenprotesten gegen die rumänische Regierung über 400 Manifestanten verletzt. Die Kritiker werfen der Regierung vor, nicht konsequent genug gegen die Korruption zu kämpfen (**10.8.2018**).

China/Uiguren

In der chinesischen Autonomen Region Xinjiang werden nach Angaben, die einem UNO-Komitee vorliegen, schätzungsweise eine Million muslimische Uiguren in Umerziehungslagern festgehalten (**10.8.2018**).

Kaspisches Meer

Nach jahrelangen Verhandlungen haben die fünf Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres ihren Streit um den Status des weltgrößten Binnengewässers weitgehend geregelt. Die Staatsefs von Russland, Iran, Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan unterzeichnen eine entsprechende Erklärung (**12.8.2018**). Über die Aufteilung des Bodens und Untergrunds muss weiter verhandelt werden.

Italien

Katastrophen/Brückeneinsturz

In Genua stürzt ein 200 Meter langes Teilstück einer Autobahnbrücke ein. Dabei kommen 43 Menschen ums Leben (**14.8.2018**).

Slowenien

Der Mitte-links-Politiker und ehemalige Schauspieler Marjan Šarec (*Sarec*) wird neuer slowenischer Regierungschef (**17.8.2018**). Er bildet eine Fünf-Parteien-Koalition aus linken und liberalen Parteien. Seine nach ihm benannte Liste war aus den Parlamentswahlen (3.6.2018) als zweitstärkste Kraft hervorgegangen.

Pakistan

Der frühere Cricketstars Imran Khan wird neuer pakistanischer Premierminister (**18.8.2018**). Seine Partei, Bewegung für Gerechtigkeit (Pakistan Tehreek-e-Insaf/PTI), war als stärkste Kraft aus den Parlamentswahlen hervorgegangen (vgl. 25.7.2018).

Griechenland

Das internationale Hilfsprogramm für Griechenland läuft aus; Griechenland steht damit nach acht Jahren wieder auf eigenen Füßen (**20.8.2018**). Seit 2010 gewährten die europäischen Partner und der Internationale Währungsfonds (IWF) Griechenland im Rahmen von drei Hilfsprogrammen Kredite in Höhe von über 289 Milliarden Euro, um einen Staatsbankrott zu verhindern.

Australien

Der australische Premierminister und Vorsitzende der Liberal Party Malcolm Turnbull tritt nach einer Revolte des rechten Flügels seiner eigenen Partei zurück. Neuer Regierungschef wird der bisherige Schatzkanzler Scott Morrison (**24.8.2018**). In den letzten elf Jahren gab es sechs Wechsel an der Spitze der Regierung.

Deutschland

Nach einer tödlichen Messerattacke kommt es in der sächsischen Stadt Chemnitz zu fremdenfeindlichen Ausschreitungen und Aufmärschen rechter Gruppen (**26.8. und 27.8.2018**). Bei dem Opfer handelt es sich um einen 35jährigen Deutsch-Kubaner. Zwei Asylbewerber werden festgenommen.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

USA/UNRWA

Die USA stellen ihre Zahlungen an das UNO-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge (UNRWA) ein (**31.8.2018**).

Deutschland

Die Fraktionschefin der Linkspartei im Deutschen Bundestag, Sahra Wagenknecht, stellt eine linke Sammlungsbewegung mit dem Namen «Aufstehen» vor (**4.9.2018**).

Pakistan

Arif Alvi, Gründungsmitglied der Bewegung für Gerechtigkeit (Pakistan Tehreek-e-Insaf/PTI) wird zum neuen pakistanischen Staatsoberhaupt gewählt (**4.9.2018**).

Eritrea/Djibouti

Nach Jahren der Feindseligkeit wollen Eritrea und Djibouti ihren Grenzkonflikt friedlich beilegen und ihr Verhältnis normalisieren (**6.9.2018**).

Schweden

Pattsituation nach der Parlamentswahl in Schweden (**9.9.2018**): Die bürgerliche Allianz für Schweden und die Rotgrünen, sind fast gleich stark und erreichen keine Regierungsmehrheit. Die Rotgrünen – Sozialdemokraten, Linkspartei und Grüne – gewinnen 144 und die in der Allianz für Schweden kooperierenden bürgerlichen Parteien – Moderate Sammlungspartei, Zentrumspartei, Christdemokraten und Liberale – 143 Mandate. Die rechtspopulistischen Schwedendemokraten festigen ihre Position als drittstärkste Kraft mit 62 Sitzen (plus 13). Die Sozialdemokraten (SAP) verlieren 13 Sitze, bleiben aber mit 100 Mandaten stärkste Partei. Ihr Stimmenanteil sinkt auf 28,26 Prozent (zuletzt fiel ihr Stimmanteil im Jahr 1920 unter die 30-Prozent-Grenze). Zweitstärkste Kraft bleibt die Moderate Sammlungspartei mit 70 Sitzen (minus 14).

Russland/China

In Sibirien und im fernen Osten Russlands führen die russischen Streitkräfte das grösste Manöver seit 1981 durch. Am Manöver Wostok 2018 beteiligen sich neben rund 300 000 russischen Soldaten auch etwa 3000 chinesische Armeeangehörige (**11.9.2018**).

EU/Europäisches Parlament/Ungarn

Wegen der Gefährdung europäischer Grundwerte fordert das Europäische Parlament ein Strafverfahren gegen Ungarn. Dieses kann im äussersten Fall bis zum Entzug der Stimmrechte im Ministerrat der Europäischen Union (EU) führen (**12.9.2018**).

USA/China

Der Handelsstreit zwischen China und den USA spitzt sich zu: Trump kündigt zehnprozentige Zuschläge auf Waren aus China in einem Wert von 200 Milliarden Dollar an. Zu Beginn des Jahres 2019 sollen sie auf 25 Prozent steigen (**17.9.2018**). Damit ist mehr als die Hälfte aller Warenlieferungen zwischen den beiden weltgrössten Wirtschaftsnationen mit Abgaben belegt. China reagiert mit Gegenmassnahmen.

Syrien/Syrien-Konflikt

Russland/Türkei

Russland und die Türkei wollen in der umkämpften syrischen Provinz Idlib, der letzten Hochburg der Aufständischen in Syrien, eine entmilitarisierte Zone einrichten, um eine Eskalation mit unabsehbaren Folgen für die dort lebende Zivilbevölkerung zu verhindern (**17.9.2018**).

Korea (Südkorea)

Korea (Nordkorea)

Beim dritten Gipfeltreffen in weniger als fünf Monaten vereinbaren der südkoreanische Präsident Moon Jae In und der nordkoreanische Machthaber Kim Jong Un in Pyongyang die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Nordkorea stellt konkrete nukleare Abrüstungsschritte in Aussicht. Die Verteidigungsminister unterzeichnen ein Abkommen zur Verringerung der Spannungen auf der koreanischen Halbinsel. Dafür wollen Nord- und Südkorea verschiedene Puffer- und auch Flugverbotszonen nahe der schwer bewachten Grenze einrichten (**19.9.2018**).

Tansania

Katastrophen/Schiffskatastrophen

Beim Kentern einer Fähre auf dem Victoriasee kommen über 200 Menschen ums Leben. Die Katastrophe ereignet sich in Sichtweite des Ufers der zu Tansania gehörenden Insel Ukara (**20.9.2018**).

Iran

Bei einem Anschlag auf eine Militärparade in der iranischen Stadt Ahvaz werden 29 Menschen getötet und über 50 verletzt (**22.9.2018**). Zur Tat bekennen sich lokale Aufständische und der Islamische Staat (IS).

Schweiz

Die Schweizer Stimmbürger lehnen zwei Volksinitiativen über die Produktion und den Import von Nahrungsmitteln ab: Die Fair-Food-Initiative mit 61,3 und die Volksinitiative „für Ernährungssouveränität“ mit 68,4 Prozent Nein-Stimmen (**23.9.2018**).

Malediven

Überraschender Sieg der Opposition bei der Präsidentenwahl auf den Malediven (**23.9.2018**). Ibrahim Mohamed Solih von der Maldivian Democratic Party (MDP) erhält 58,4 Prozent der Stimmen. Der seit 2013 autoritär herrschende Abdulla Yameen gesteht seine Niederlage ein. Der neue Präsident, ein enger Vertrauter des früheren Staatschef Mohamed Nasheed, hatte im Wahlkampf versprochen, das Land wieder auf den Weg der Demokratie zu bringen.

EU

Polen

Wegen der Zwangspensionierung zahlreicher oberster Richter verklagt die Kommission der Europäischen Union Polen vor dem Europäischen Gerichtshof (**24.9.2018**).

Schweden

Das neu gewählte schwedische Parlament spricht dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Stefan Löfven das Misstrauen aus (**25.9.2018**).

Schweiz

Zwei vorzeitige Rücktritte aus der Landesregierung: Zwei Tage nach Bundesrat Johann Schneider-Ammann erklärt auch Bundesrätin Doris Leuthard ihre Demission (**27.9.2018**). Der Freisinnige Johann Schneider-Ammann leitete das Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung, die Christdemokratin Doris Leuthard (CVP) das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation.

Indonesien

Katastrophen/Erdbeben/Tsunami

Zwei Erdbeben und ein dadurch ausgelöster verheerender Tsunami fordern auf der indonesischen Insel Sulawesi über 2000 Tote. Am schwersten betroffen ist die Stadt Palu (**28.9.2018**).

Mazedonien (Nordmazedonien)

Wegen niedriger Beteiligung scheitert in Mazedonien das Referendum zur geplanten Änderung des Staatsnamens in Nordmazedonien. Die Stimmbeteiligung liegt bei 36 Prozent (**30.9.2018**). Von den Teilnehmern des Referendums sprechen sich 91 Prozent für den neuen Namen aus. Die Opposition hatte zum Abstimmungsboykott aufgerufen. Das mazedonische Parlament ebnet jedoch den Weg zu einer Namensänderung.

Kanada/Quebec

Politisches Beben in der kanadischen Provinz Quebec (**1.10.2018**). Stärkste Kraft bei der Parlamentswahl wird die konservativ-liberale Coalition Avenir Québec. Sie gewinnt 74 (plus 52) der 125 Sitze. Der Parti libéral muss sich mit 31 (minus 39) und der Parti québécois mit 10 (minus 20) Mandaten begnügen. François Legault wird neuer Regierungschef.

Irak

Der kurdische Politiker Barham Salih wird vom irakischen Parlament zum neuen Staatspräsidenten gewählt (**1.10.2018**). Er betraut den schiitischen Politiker Adel Abdul-Mahdi mit der Regierungsbildung.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der armenisch-französische Chansonnier Charles Aznavour stirbt im Alter von 94 Jahren (**1.10.2018**).

Saudiarabien/Türkei

Der saudische Journalist und Regierungskritiker Jamal Khashoggi begibt sich in das saudische Konsulat in Istanbul, um Zivilstandsdokumente abzuholen (**2.10.2018**). Danach fehlt jede Spur von ihm. Die türkische Regierung fordert von der Regierung in Riad eine Erklärung über den Verbleib Khashoggis, der – so die Vermutungen – im Konsulatsgebäude gefoltert und ermordet wurde. Mehr als zwei Wochen später (19.10.2018) räumt Saudiarabien den Tod Khashoggis ein. Die Affäre Khashoggi sorgt weltweit für grosses Aufsehen. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan bezeichnet die Tötung als geplanten „politischen Mord“ (23.10.2018).

Korea (Südkorea)

Der frühere südkoreanische Staatspräsident Lee Myung Bak wird wegen Korruption zu 15 Jahren Haft verurteilt (**5.10.2018**).

Lettland

Bei der Parlamentswahl in Lettland verlieren die Parteien der Mitte-rechts-Regierung von Ministerpräsident Māris Kučinskis (*Kucinskis*) die Mehrheit (**6.10.2018**). Stärkste Kraft wird die Sozialdemokratische Partei „Harmonie“ (Saskaņa), die Partei der russischstämmigen Minderheit. Sie gewinnt 23 der 100 Mandate. Es folgen die Neue Konservative Partei und die rechtspopulistische Partei Für ein humanes Lettland mit je 16, das liberale Wahlbündnis Entwicklung/Dafür und die rechtspopulistische Nationale Vereinigung mit je 13, das Bündnis Grüne und Bauern mit 11 und die liberal-konservative Partei Einigkeit (Vienotība) mit 8 Mandaten.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die spanische Opernsängerin Montserrat Caballé stirbt im Alter von 85 Jahren (**6.10.2018**).

Bosnien und Herzegowina/Föderation Bosnien und Herzegowina/Republika Srpska

Wahlen in Bosnien und Herzegowina sowie in den beiden Entitäten, der Föderation Bosnien und Herzegowina und der Republika Srpska (**7.10.2018**).

• Zum dritten Mal nach 2006 und 2010 wird der Kroat Željko Komšić (*Komsic*) ins Staatspräsidium des Gesamtstaates gewählt. Er vertritt seit 2012 die multiethnische Mitte-links-Partei Demokratische Front (DF). Das bisherige kroatische Präsidiumsmitglied Dragan Čović (*Covic*) von der Kroatischen Demokratischen Union (HDZ)

wird abgewählt. Auch das bisherige serbische Präsidiumsmitglied Mladen Ivanić (*Ivanic*) schafft die Wiederwahl nicht. Neu ins Dreiergremium gewählt werden der Bosniake Šefik Džaferović (*Dzaferovic*) von der Partei der Demokratischen Aktion (SDA) und der bisherige Präsident der Serbischen Republik (Republika Srpska), Milorad Dodik.

- Stärkste Kraft im 42 Mandate zählenden Parlament des Gesamtstaates ist die bosniakische Partei der Demokratischen Aktion (SDA) mit 9 Sitzen. Der (serbische) Bund der unabhängigen Sozialdemokraten (SNSD) erhält 6 Mandate. An dritter und vierter Stellen folgen die multiethnische Sozialdemokratische Partei (SDP) und ein von der Kroatischen Demokratischen Union (HDZ) gebildetes Parteienbündnis mit je 5 Sitzen.
- Wahlen finden auch in den beiden Entitäten des Gesamtstaates – der Föderation Bosnien und Herzegowina sowie der Serbischen Republik (Republika Srpska) – statt. In der Republika Srpska wird Željka Cvijanović (*Cvijanovic*) Nachfolgerin von Präsident Milorad Dodik.

Umwelt/Klima

Weltklimarat (IPCC)

Der Weltklimarat (IPCC) bezeichnet in einem Sonderbericht die Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad als dringend notwendig und machbar (**8.10.2018**).

Orthodoxe Kirche

Ukraine/Russland

Das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel, Bartolomaios I., stimmt der Loslösung der ukrainisch-orthodoxen Kirche von Moskau zu. Der Kirche in der Ukraine wird ein unabhängiger Status zuerkannt. Die Ukraine bezeichnet den Entscheid als „historisch“, die russisch-orthodoxe Kirche als „katastrophal“ (**11.10.2018**). Die russisch-orthodoxe Kirche verkündet den Bruch mit Konstantinopel (15.10.2018).

Deutschland

Deutsche Niederlage für die bisher in Bayern dominierende Christlich-Soziale Union (CSU). Sie verliert bei der Landtagswahl die absolute Mehrheit und erreicht mit einem Stimmenanteil von 37,2 Prozent (minus 10,4 Prozentpunkte) das zweitschlechteste Ergebnis in ihrer Geschichte. Die Sozialdemokraten erleben mit einem Stimmenanteil von 9,7 Prozent (minus 10,9 Prozentpunkte) ein Debakel. Für die SPD handelt es sich um das schlechteste Ergebnis bei einer Landtagswahl überhaupt. Nach der CSU werden die Grünen zweitstärkste Kraft im bayrischen Parlament. Die Freien Wähler belegen den dritten Platz (**14.10.2018**).

Luxemburg

Bei der Parlamentswahl in Luxemburg verteidigen die drei Regierungsparteien – die Demokratische Partei (DP), die Sozialistische Arbeiterpartei (LSAP) und die Grünen – mit 31 Mandaten knapp die Mehrheit (**14.10.2018**). Stärkste Partei bleibt die oppositionelle Christlich Soziale Volkspartei (CSV) mit 21 Sitzen (minus 2). Es folgen die Demokratische Partei mit 12 (minus 1), die Sozialistische Arbeiterpartei mit 10 (minus 3) und die Grünen mit 9 (plus 3).

El Salvador

Vatikan/Römisch-katholische Kirche

Der 1980 ermordete Erzbischof von Salvador. Óscar Romero, wird heiliggesprochen (**14.10.2018**).

Russland

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

Bei einem Amoklauf eines 18-Jährigen in einer Berufsschule in Kertsch auf der Halbinsel Krim kommen 19 Menschen ums Leben (**17.10.2018**).

Bhutan

Im Königreich Bhutan geht die vor fünf Jahren gegründete Mitte-links Partei Druk Nyamrup Thsogpa (DNT) als Siegerin aus der Parlamentswahl (15.9. und **18.10.2018**) hervor. Sie gewinnt 30 der 47 Mandate. Die bisher regierende Peoples Democratic Party (PDP) scheidet in der Vorwahl aus. Neuer Regierungschef wird Lotay Tshering.

Grossbritannien/EU

Rund 700 000 Menschen nehmen in London an eine Kundgebung gegen den Austritt Grossbritanniens aus der Europäischen Union (EU) bei. Gefordert wird eine neue Volksabstimmung über den Brexit (**20.10.2018**).

EU/Italien

Erstmals lehnt die Kommission der Europäischen Union (EU) den Haushaltsentwurf eines Mitgliedsstaates ab. Der Budgetplan Italiens stehe wegen zu hoher Staatsverschuldung nicht im Einklang mit dem EU-Stabilitätspakt, teilt die Kommission mit (**23.10.2018**). Die Regierung in Rom wird aufgefordert, einen überarbeiteten Budgetplan vorzulegen. Mit rund 130 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) liegt Italien, das nach Griechenland die höchste Schuldenquote innerhalb der Europäischen Union aufweist, deutlich über den hier erlaubten 60 Prozent. Die italienische Regierung will kostspielige sozialpolitische Wahlversprechen einlösen, unter anderem die Einführung einer Mindestsicherung für Arme in Höhe von 780 Euro, ein früheres Pensionseintrittsalter und höhere Mindestrenten, Steuererleichterungen für Selbständige sowie mehr Investitionen.

China

Zwischen Hongkong und dem chinesischen Festland wird die weltweit längste Meeresbrücke eröffnet. Die 55 Kilometer lange Brücke zwischen Zhuhai, Macau und Hongkong ist Teil des Urbanisierungsprojekts «Greater Bay Area» (23.10.2018),

Vietnam

Der vietnamesische KP-Chef Nguyen Phu Trong wird neuer Staatspräsident. Er ist nach Ho Chi Minh der erste Spitzenpolitiker Vietnams, der sowohl Parteichef als auch Staatsoberhaupt ist (24.10.2018). Nguyen Phu Trong steht seit 2011 an der Spitze der Kommunistischen Partei.

Äthiopien

Erstmals erhält Äthiopien eine Staatspräsidentin. Das Parlament wählt Sahle-Work Zewde in das höchste repräsentative Amt (25.10.2018).

USA

Ein Antisemit erschiesst in einer Synagoge in Pittsburgh (US-Staat Pennsylvania) elf Menschen (26.10.2018).

Irland

Die Bevölkerung Irlands spricht sich für die Abschaffung des Verfassungsartikels aus, der Blasphemie unter Strafe stellt (26.10.2018.)

Brasilien

Der Rechtspopulist Jair Bolsonaro vom Partido Social Liberal (PSL) geht mit einem Stimmenanteil von 55,13 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt in Brasilien hervor. Sein Herausforderer Fernando Haddad, Kandidat des wegen Korruptionsskandalen angeschlagenen Partido dos Trabalhadores, erhält 44,87 Prozent. Im 513 Sitze zählenden Abgeordnetenhaus sind 30 Parteien vertreten. Der Partido dos Trabalhadores hat mit 56 Sitzen die meisten Mandate. Zweistärkste Kraft ist Partido Social Liberal (PSL) mit 52 Sitzen. Präsident Jair Bolsonaro, der einen radikalen Politikwechsel ankündigt, kann sich auf eine konservative Mehrheit (Evangelikale, Exmilitärs und die Agalobby) im Parlament stützen (28.10.2018).

Deutschland

Bei der Landtagswahl in Hessen müssen die Christlich Demokratische Union (CDU) und die Sozialdemokraten (SPD) hohe Verluste hinnehmen. Die CDU verliert gegenüber der letzten Wahl 11,3 und die SPD 10,9 Prozentpunkte. Die CDU bleibt mit 40 Sitzen stärkste Kraft. Die Grünen (plus 8,7 Prozentpunkte) und die Sozialdemokraten haben je 29 Sitze. Die Alternative für Deutschland (AfD) zieht erstmals in den Hessener Landtag ein (19 Mandate) und ist damit in allen Länderparlamenten vertreten (28.10.2018).

Deutschland

Nach 18 Jahren an der Spitze der Christlich Demokratischen Union (CDU) kündigt Angela Merkel für Dezember ihren Rückzug vom Parteivorsitz an. Bundeskanzlerin will Angela Merkel bis spätestens 2021, bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode, bleiben. Dann will sie sich aus der Politik zurückziehen (29.10.2018).

Indonesien

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Flugzeugkatastrophe in Indonesien: Kurz nach dem Start im Flughafen von Jakarta stürzt eine Boeing 737 der Lion Air ins Meer. Dabei kommen alle 180 Insassen ums Leben (29.10.2018).

Frankreich/Neukaledonien

Die Mehrheit der Bevölkerung der im südlichen Pazifik gelegenen Inselgruppe Neukaledonien will weiterhin zu Frankreich gehören. Mit 56,4 Prozent Nein-Stimmen wird das Begehren nach Unabhängigkeit abgelehnt (5.11.2018).

USA/Iran

Die USA erhöhen den Druck auf Iran. Sämtliche Sanktionen, die im Zug des Atomabkommens von 2015 eingefroren worden waren, werden wieder neu verhängt und verschärft. Die von US-Präsident Donald Trump angekündigten „härtesten Sanktionen aller Zeiten“ sollen die Ölimporte unterbinden und das Bankensystem isolieren (5.11.2018).

Schweiz

Die Regierungsratspräsidentin des Berner Juras erklärt die Abstimmung vom 18. Juni 2017 über den Kantonswechsel der -Gemeinde Moutier wegen unzulässiger Beeinflussung und nicht korrekt geführtem Stimmregister für ungültig (5.11.2018). Mit 51,7 Prozent hatten die Stimmbürger von Moutier dem Wechsel vom Kanton Bern zum Kanton Jura zugestimmt. Der Entscheid wird im folgenden Jahr vom Berner Verwaltungsgericht bestätigt (29.8.2019)

USA

Bei den Kongresswahlen in den USA (Midterm-Wahlen) verlieren die Republikaner die Mehrheit im Repräsentantenhaus, können aber ihre führende Position im Senat ausbauen (6.11.2018). US-Präsident Donald Trump konnte sich in den ersten zwei Jahren seiner Amtszeit auf Mehrheiten in beiden Kammern des Kongresses stützen. Die Demokraten sind nach acht Jahren wieder stärkste Partei im Repräsentantenhaus. Sie gewinnen 235 Mandate (plus 41, die Republikaner 199 (minus 42). 1 Sitz bleibt offen.

Im Senat haben die Republikaner 53 Sitze (plus 1 im Vergleich zu den Wahlen von 2016) und die Demokraten 47 (inclusive zwei Unabhängige).

Frankreich

EU

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron spricht sich für eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik aus schlägt die Schaffung einer „wahren europäischen Armee“ vor (**6.11.2018**).

USA

US-Präsident Donald Trump entlässt Justizminister Jeff Sessions (**7.11.2018**).

USA

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe, Schulmassaker etc.

Ein ehemaliger US-Soldat erschiesst in einer Bar in einem Vorort von Los Angeles während einer Party für Collegestudenten zwölf Menschen (**7.11.2018**).

USA

Katastrophen/Waldbrände und Buschbrände

Der US-Staat Kalifornien wird von verheerenden Waldbränden heimgesucht (**ab 7.11.2018**). Zehntausende Menschen müssen ihre Häuser verlassen. Über 80 Menschen kommen ums Leben. Am schwersten betroffen ist die 27 000 Einwohner zählende nordkalifornische Kleinstadt Paradise. Sie wird vollständig verwüstet. Im Süden muss die Stadt Malibu, Wohnort vieler Künstler und Filmstars, evakuiert werden. Es handelt sich um die schwerste Waldbrandkatastrophe in Kalifornien seit Beginn der Aufzeichnungen.

Venezuela/Kolumbien

Flüchtlinge/Migranten

Nach Angaben des UNO-Flüchtlingshochkommissariats haben bisher drei Millionen Menschen Venezuela wegen der dortigen wirtschaftlichen und politischen Krise verlassen. Wichtigstes Aufnahmeland ist Kolumbien (**8.11.2018**). Der Massensexodus begann 2014. Bis 2024 steigt die Zahl der Migranten auf über sieben Millionen.

Sri Lanka

Machtkampf in Sri Lanka: Staatspräsident Maithripala Sirisena löst das Parlament auf und verkündet Neuwahlen für Januar 2019. Premierminister Ranil Wickremesinghe will dies nicht akzeptieren (**9.11.2018**).

Sirisena hatte Ende Oktober überraschend Wickremesinghe entlassen und den langjährigen Präsidenten Mahinda Rajapaksa als Regierungschef eingesetzt. Das Oberste Gericht interveniert (**15.12.2018** Rajapaksa muss zurücktreten und Wickremesinghe wird wieder im Amt eingesetzt).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Gazastreifen

Nach dem Einsatz einer israelischen Spezialeinheit im Gazastreifen geraten die benachbarten israelischen Gebiete unter massiven Raketenbeschuss palästinensischer Milizen (**12.11.2018**). Nach israelischer Darstellung handelt es sich um die intensivsten Raketenangriffe seit dem Gazakrieg von 2014. Israel reagiert mit massiven Luftangriffen.

Grossbritannien/EU

Unterhändler Grossbritanniens und der Europäischen Union (EU) einigen sich auf den Entwurf für ein Austrittsabkommen (**13.11.2018**). Die Vereinbarung über den Austritt Grossbritanniens aus der EU (Brexit) sieht nach dem Austritt Ende März 2019 eine bis Ende 2020 dauernde Übergangsphase vor, in der Grossbritannien ohne Stimmrecht weiter im EU-Binnenmarkt und der Zollunion bleibt und weiter Mitgliederbeiträge zahlt. In dieser Phase, die verlängert werden kann, soll über das zukünftige bilaterale Verhältnis verhandelt werden. Um eine „harte Grenze“ zwischen Nordirland und der Republik Irland mit Personen und Güterkontrollen zu vermeiden, erwähnt das Vertragsentwurf drei Optionen, so auch eine Auffanglösung (Backstop), in der das gesamte Vereinigte Königreich bis auf Weiteres in einer Zollunion mit der EU bleibt. Für Nordirland würden zudem die Bestimmungen des EU-Binnenmarktes weiter gelten.

Der Entwurf des Brexit-Abkommens stösst auf Widerstand. Kritiker werfen Premierminister Theresa May vor, zu viele Kompromisse gemacht zu haben. Mehrere Minister erklären am Tag danach ihren Rücktritt (**15.11.2018**).

Kambodscha

Vergangenheitsbewältigung in Kambodscha: Ein Sondergericht verurteilt zwei ehemalige Führer der Roten Khmer, den ehemaligen Chefideologen und „Bruder Nummer Zwei“ Nuon Chea sowie den früheren Staatschef Khieu Samphan wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslanger Haft verurteilt (**16.11.2018**). Sie waren bereits im Jahr 2014 wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Nach Schätzungen kamen während des Regimes der Roten Khmer zwischen 1975 und 1979 rund 2 Millionen Menschen ums Leben.

Tadschikistan

In Tadschikistan wird die erste von sechs Turbinen des Wasserkraftwerks Rogun in Betrieb genommen. Die Staumauer ist mit 335 Metern die höchste der Welt (**16.11.2018**).

Frankreich

In ganz Frankreich kommt es zu Massenprotesten gegen steigende Treibstoffpreise. Viele Manifestanten bekunden ihr gemeinsames Anliegen mit dem Tragen gelber Warnwesten (gilets jaunes). Bei Zwischenfällen werden zwei Menschen getötet und über 400 verletzt (**17.11.2018**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen mit 66,3 Prozent Nein-Stimmen die Volksinitiative der Schweizerischen Volkspartei „Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)“ ab. Die Initianten verlangen: „Die Bundesverfassung steht über dem Völkerrecht“. Ebenfalls verworfen wird mit 54,7 Prozent die „Hornkuh-Initiative. Die Initiative fordert zusätzliche Subventionen für Tierhalter von behornten Kühen und Ziegen. Gutgeheissen wird die gesetzliche Grundlage für die Überwachung von Versicherten mit 64,7 Prozent Ja-Stimmen (**25.11.2018**).

Russland/Ukraine

Militärischer Konflikt zwischen Russland und der Ukraine um den Zugang vom Schwarzen Meer zum Asowschen Meer. Russische Grenzboote stoppen vor der Meerenge von Kertsch zwei Patrouillenboot und einen Schlepper der ukrainischen Marine mit Schüssen, beschlagnahmen die Schiffe und nehmen die Besatzungen fest (**26.11.2018**). Das ukrainische Parlament reagiert mit der Verhängung des Kriegsrechts für 30 Tage in den an Russland grenzenden Gebieten und an der Schwarzmeerküste (**27.11.2018**).

Erbgut/China

In China sind nach Angaben eines Wissenschafters zwei Mädchen auf die Welt gekommen, deren Erbgut bei einer künstlichen Befruchtung manipuliert wurde (**26.11.2018**).

Georgien

Georgien erhält eine Staatspräsidentin: Die ehemalige Aussenministerin Salomé Surabischwili geht mit einem Stimmenanteil von rund 60 Prozent als Siegerin aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor (**28.11.2018**).

USA/Mexiko/Kanada

USMCA/Nafta

US-Präsident Donald Trump, der (scheidende) mexikanische Staatschef Enrique Peña Nieto und der kanadische Premierminister Justin Trudeau unterzeichnen in Buenos Aires ein neues Handelsabkommen. Beim USMCA-Vertrag handelt es sich um eine Neuauflage des Nordamerikanischen Freihandelsabkommen North American Free Trade Agreement/Nafta (**30.11.2018**).

USA/China

Die USA und China entschärfen ihren Handelsstreit. Die Präsidenten Donald Trump und Xi Jinping vereinbarten am Rande des G-20-Gipfels in Buenos Aires, Massnahmen zur Entspannung des Konflikts. Beide Seiten wollen versuchen, ihre Differenzen innert 90 Tagen zu beseitigen (**1.12.2018**).

Frankreich

Die Proteste der Bewegung „gilets jaunes“ gegen die französische Regierung eskalieren. In Paris kommt es zu schweren Ausschreitungen die über 100 Verletzte fordern und zu grossem Sachschäden führen (**1.12.2018**). Die französische Regierung versucht die Lage zu entschärfen und verzichtet auf die für 2019 geplanten Steuererhöhungen auf Benzin und Diesel (**5.12.2018**).

Spanien

Zum ersten Mal seit dem Ende der Franco-Diktatur zieht in Spanien eine rechtsradikale Partei in ein Regionalparlament ein. Die ultrarechte Partei Vox gewinnt bei der Regionalwahl in Andalusien rund elf Prozent der Stimmen und 12 Mandate. Der seit 36 Jahren regierende Partido Socialista Obrero Español (PSOE), muss hohe Verlust in Kauf nehmen, bleibt aber mit 33 Sitzen (minus 14) stärkste Kraft im andalusischen Parlament (**2.12.2018**).

USA/Russland/Nato

Abrüstung/Rüstungskontrolle/INF-Vertrag

Die Nato wirft Russland vor, mit der Entwicklung und Stationierung neuer Mittelstreckenraketen den INF-Abrüstungsvertrag zu verletzen (**2.12.2018**). Konkret geht es um Marschflugkörper des Systems SSC-8 (9M729). Die USA setzen Russland eine Frist von 60 Tagen, um sich weiter an den INF-Vertrag zu halten.

Im INF-Vertrag von 1987 (Intermediate Range Nuclear Forces) vereinbarten US-Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow, dass beide Seiten sowohl ihre landgestützten Mittelstreckenwaffen mit 550 bis 5500 Kilometern Reichweite als auch deren Abschussvorrichtungen innerhalb von drei Jahren vernichten und keine neuen herstellen.

Schweiz

Erstmals werden zwei Frauen gleichzeitig in die Schweizer Landesregierung gewählt (**5.12.2018**): Die Vereinigte Bundesversammlung wählt die Walliser christlichdemokratische Nationalrätin Viola Amherd als Nachfolgerin von Doris Leuthard und die St. Galler freisinnige Ständerätin Karin Keller-Sutter als Nachfolgerin von Johann Schneider-Ammann in den Bundesrat. Mit Viola Amherd leitet erstmals eine Frau das Verteidigungsministerium.

Bolivien

Das Verfassungsgericht Boliviens lässt eine erneute Kandidatur von Evo Morales bei der nächsten Präsidentenwahl zu, obwohl 2016 bei einer Volksabstimmung eine weitere Kandidatur abgelehnt worden war. Das Gericht begründet den Entscheid mit dem Hinweis, dass das Wahlrecht ein legitimes Menschenrecht sei (5.12.2018).

Deutschland

Wechsel an der Spitze der Christlich Demokratischen Union (CDU) nach 18 Jahren. Die bisherige CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp Karrenbauer wird Nachfolgerin von Angela Merkel (7.12.2018). Die zurückgetretene Parteichefin Angela Merkel bleibt aber Bundeskanzlerin.

Schweiz

EU

Die Schweizer Landesregierung veröffentlicht den Vertragstext des Rahmenabkommens mit der Europäischen Union (EU), verzichtet aber auf die Festlegung einer eigenen Haltung und schickt den Entwurf in eine innenpolitische Konsultation (7.12.2018). Die Verhandlungen über das Rahmenabkommen hatten 2014 begonnen.

Belgien

Rücktritt aus der belgischen Regierung: Die flämischen Nationalisten der Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA) verweigern die Zustimmung zum UNO-Integrationspakt und beschliessen ihren Rückzug aus der Kabinett (8.12.2018).

USA

US-Präsident Donald Trump trennt sich von seinem Stabschef John Kelly. Es ist bereits Trumps zweiter Stabschef, der seinen Posten verliert (8.12.2018).

Armenien

Politischer Umbruch in Armenien: Die jahrelang dominierende Republikanische Partei verpasst bei der Parlamentswahl die Fünfprozenthürde. Mit einem Stimmenanteil von 70 Prozent und dem Gewinn von 80 der 132 Mandate geht das Parteienbündnis Mein Schritt von Ministerpräsident Nikol Paschinjan als überragende Siegerin aus den Wahlen hervor (9.12.2018).

Frankreich

Der französische Präsident Emmanuel Macron kommt der Protestbewegung „gilets jaunes“ entgegen und kündigt eine Erhöhung des Mindestlohnes sowie weitere Massnahmen zur Erleichterung der Arbeitnehmer an (10.12.2018).

Jemen/Jemen-Konflikt

Hungersnot/

Nach Verlautbarungen der UNO hat sich die humanitäre Krise im Bürgerkriegsland Jemen verschärft. 20 Millionen Menschen müssten hungern. Dies entspricht rund 70 Prozent der Gesamtbevölkerung (10.12.2018).

Friedensnobelpreis

Irak/Kongo-Kinshasa

Die irakische Menschenrechtlerin Nadia Murad und der kongolesische Gynäkologe Denis Mukwege werden für Einssatz zur Bekämpfung und Brandmarkung von sexueller Gewalt als Kriegswaffe mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (10.12.2018).

UNO

Migrationspakt

In Marrakesch wird der vor fünf Monaten ausgehandelte UNO-Migrationspakt von 164 Staaten offiziell gebilligt (10.12.2018). Mehrere Staaten lehnen jedoch die Vereinbarung – Global Compact for safe, orderly and regular Migration – ab (vgl. 13.7.2018).

Frankreich

In der Nähe des Strassburger Weihnachtsmarkts schießt ein Terrorist wahllos auf Menschen. Der Anschlag fordert fünf Tote und mehrere Verletzte. Der Attentäter, ein 29-jähriger Mann mit algerischen Wurzeln, flüchtet (11.12.2018). Zwei Tage später wird er bei einem Polizeieinsatz erschossen.

Flüchtlinge/Flüchtlingspakt

UNO

Die UNO-Vollversammlung billigt einen Pakt zum Umgang mit Flüchtlingen. Die USA lehnen ab. Ziel des Flüchtlingspakts ist es, die Last und Verantwortung beim Umgang mit Geflüchteten ausgewogen zu verteilen (17.12.2018).

Italien/EU

Italien und die Europäische Union (EU) einigen sich im Budgetstreit. Die Neuverschuldung Italiens soll neu bei 2,04 Prozent des Bruttoinlandprodukts liegen statt wie vorerst geplant bei 2,4 Prozent (19.12.2018). Die EU-Kommission hatte mit einem Defizitverfahren gegen Italien gedroht. Die Budgetpläne würden „in ganz besonderer Masse“ gegen die Regeln des Stabilitätspakts für den Euro verstossen (21.11.2018).

Madagaskar

Andry Rajoelina geht als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt in Madagaskar hervor (**19.12.2018**). Rajoelina war bereits von 2009 bis 2013 Machthaber. Sein Konkurrent um das Präsidentenamt, Marc Ravalomanana, war von 2002 bis 2009 Staatsoberhaupt.

USA

US-Verteidigungsminister James Mattis tritt wegen Differenzen mit US-Präsident Donald Trump zurück (**20.12.2018**).

USA

In den USA kommt es wegen eines Budgetstreits zu einem teilweise Shutdown der Bundesbehörden (**22.12.2018**). US-Präsident Donald Trump beharrt auf 5 Milliarden Dollar für den Bau einer Grenzmauer zu Mexiko.

Indonesien**Katastrophen/Tsunami**

Mehrere Küstengebiete der indonesischen Insel Java und Sumatra werden von einem Tsunami getroffen. Über 430 Menschen kommen dabei ums Leben (**22.12.2018**). Verursacht wird der Tsunami durch einen Vulkanausbruch. Flanken des Vulkans Anak Krakatau stürzen ins Meer ab.

Burundi

Die Kleinstadt Gitega soll neue Hauptstadt von Burundi anstelle von Bujumbura werden (**22.12.2018**).

Kongo-Kinshasa

Der Oppositionskandidat Félix Tshisekedi geht nach offiziellen Angaben mit einem Stimmenanteil von 38,6 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl in Kongo-Kinshasa hervor (**30.12.2018**). Allerdings herrschen grosse Zweifel am Wahlergebnis. Die Opposition spricht von massivem Betrug. Unabhängige Auszählungen der katholischen Kirche sehen Martin Fayulu als Wahlsieger, Trotz zahlreicher Hinweise auf Betrug erklärt das Verfassungsgericht das Wahlergebnis für gültig.

Félix Tshisekedi wird Nachfolger von Joseph Kabila, der 2001 nach der Ermordung seines Vaters Laurent-Désiré Kabila an die Macht gekommen war und nicht mehr kandidieren durfte. Noch nie seit der Unabhängigkeit im Jahr 1960 ist es in Kongo-Kinshasa zu einem friedlichen Machtwechsel gekommen.

2019

Brasilien

Der neue brasilianische Staatspräsident Jair Bolsonaro kündigt bei seiner Vereidigung an, er werde das Land vom „Joch der Korruption, der Kriminalität, der wirtschaftlichen Verantwortungslosigkeit und der ideologischen Unterwerfung“ befreien (**1.1.2019**).

China (Volksrepublik China)

China (Republik China /Taiwan)

Der chinesische Staats- und Parteichef Xi Jinping droht Taiwan mit einer gewaltsamen Wiedervereinigung (**2.1.2019**).

Weltraum/Weltraumforschung/Raumfahrt/Mond

China

Spektakulärer Erfolg für die chinesische Weltraumforschung: Erstmals setzt eine Sonde – Chang'e-4 – auf der Rückseite des Mondes auf (**3.1.2019**).

Österreich/Deutschland/Schweiz

Katastrophen/Schnee/Lawinen

Am ersten Januarwochenende setzen in den Alpenregionen heftige Schneefälle ein (**4.1.2019**). In weiten Gebieten Österreichs, im Süden Bayerns und auch in den Schweizer Kantonen Graubünden und Uri herrschen Schneechaos und hohe Lawinengefahr. Zahlreiche Orte sind von der Aussenwelt abgeschnitten. Viele Strassen und Bahnlinien sind gesperrt.

Polen

Der Bürgermeister der polnischen Stadt Danzig, Pawel Adamowicz, wird bei einer Benefizveranstaltung niedergestochen und tödlich verletzt (**13.1.2019**).

Grossbritannien/EU

Deutliches Nein zum Brexit-Deal: Das britische Unterhaus lehnt den von Premierministerin Theresa May mit der Europäischen Union ausgehandelten Vertrag über den Austritt Grossbritanniens aus der EU mit 432 zu 202 Stimmen ab. Es handelt sich um die schwerste Regierungsniederlage bei einer Unterhaus-Abstimmung (**15.1.2019**).

Frankreich

In einem Brief an alle Landsleute lanciert der französische Staatspräsident Emmanuel Macron eine Debatte über die Zukunft des Landes (**15.1.2019**).

Venezuela

In Venezuela erklärt das von der Opposition beherrschte, aber nach der Entmachtung durch das Regime handlungsunfähige Parlament (Asamblea Nacional) das Amt des Staatsoberhauptes für vakant und Nicolás Maduro, der am 20. Mai 2018 in einer umstrittenen Präsidentenwahl 2018 im Amt bestätigt wurde und sich am 10. Januar 2019 für eine zweite Amtszeit vereidigen liess, zum Usurpator (**15.1.2019**).

Côte d'Ivoire

Internationaler Strafgerichtshof

Rund sieben Jahre nach seiner Festnahme wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit wird der frühere ivoirische Staatspräsident Laurent Gbagbo vom Internationalen Strafgerichtshof freigesprochen (**15.1.2018**).

Kenia

Bei einem Überfall auf einen Hotelkomplex in der kenianischen Hauptstadt Nairobi kommen 21 Menschen ums Leben. Fünf Angreifer werden erschossen. Zum Anschlag bekennt sich die somalische Terrororganisation al-Shabab (**15.1.2019**).

USA

Die USA wollen ihre Fähigkeiten zur Abwehr feindlicher Raketen verbessern. Präsident Donald Trump stellt einen entsprechend Plan vor, der auch Abwehrsysteme im Weltraum einschliesst (**17.1.2019**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Umweltschützer und Journalist Horst Stern stirbt im Alter von 96 Jahren (**17.1.2019**).

Schweden

Mehr als vier Monate nach der Parlamentswahl in Schweden gelingt es dem bisherigen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Stefan Löfven eine neue Regierung – ein Minderheitskabinett aus Sozialdemokraten (SAP) und Grünen – zu bilden. Die bisherige bürgerliche Allianz für Schweden (Moderate Sammlungspartei, Zentrumsparter, Christdemokraten und Liberale) spaltet sich. Die Zentrumsparter und die Liberalen unterstützen die Minderheitsregierung (**18.1.2019**).

Italien

Die italienische Regierung beschliesst eine Neuregelung des Rentenalters und die Einführung eines Bürgerlohns und erfüllt damit Wahlversprechen der beiden Regierungsparteien Cinque Stelle und Lega. Mit der „Quota 100“ kann das Renteneintrittsalter vorgezogen werden (Lebensalter und Beitragsjahre müssen mindestens bei 100 ergeben). Der Bürgerlohn (Reddito di cittadinanza) für Bedürftige und Arbeitslose soll monatlich 780 Euro betragen (**18.1.2019**).

Mexiko

Katastrophen/Explosionskatastrophen/Pipelinekatastrophen

Bei der Explosion einer angezapften Benzinpipeline im mexikanischen Bundesstaat Hidalgo kommen über 80 Menschen ums Leben. Das Leck wurde durch Treibstoffdiebe verursacht, die illegal die Pipeline anzapften (**18.1.2019**).

Philippinen

In einer Volksabstimmung wird die Schaffung der autonomen Region Bangsamoro im Süden der Philippinen gutgeheissen (**21.1.2019**). Vorgängerin war die Autonomous Region in Muslim Mindanao (ARMM). Zur Bangsamoro Autonomous Region in Muslim Mindanao (BARMM) gehören die Provinzen Maguindanao und Lanao del Sur auf Mindanao sowie die Inseln Basilan, Sulu und Tawi Tawi. Die philippinische Regierung und die muslimische Rebellengruppe Moro Islamic Liberation Front (MILF) hatten sich 2014 auf die Schaffung der Region geeinigt.

Deutschland/Frankreich

56 Jahre nach der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags besiegeln Deutschland und Frankreich ein neues Freundschaftsabkommen. Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel unterschreiben den „Vertrag von Aachen“, der eine engere Zusammenarbeit in der Wirtschafts-, Verteidigungs- und Europapolitik vorsieht (**22.1.2019**).

Venezuela/USA

Machtkampf in Venezuela: Juan Guaidó (Guaido), Vorsitzender des von der Opposition beherrschten, aber nach der Entmachtung durch das Regime handlungsunfähigen Parlaments, erklärt sich zum interimistischen Staatspräsidenten (**23.1.2019**). Er beruft sich auf die Verfassung: Bei Abwesenheit des Präsidenten, übernimmt der Parlamentsvorsitzende das Amt. Nach Auffassung der Asamblea Nacional ist das Präsidentenamt vakant. Nicolás Maduro wurde zum Usurpator erklärt (vgl. 15.1.2019).

Die USA anerkennen neben anderen lateinamerikanischen Staat den 35-jährigen Oppositionspolitiker als Übergangspräsidenten. Die USA fordern Nicolás Maduro zu einer friedlichen Machtübergabe auf. Maduro verfügt den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den USA.

Lettland

Mehr als drei Monate nach der Parlamentswahl in Lettland bildet Arturs Krišjānis Kariņš (Karins) von der liberalkonservativen Partei Neue Einigkeit (Jaunā Vienotība) eine Fünf-Parteien-Koalition. Mit acht Mandaten ist Jaunā Vienotība die kleinste Partei im Parlament. Nicht vertreten in der Regierung ist die stärkste Partei, die prussische Harmonie (**23.1.2019**).

Nordmazedonien (Mazedonien)/Griechenland

Aus Mazedonien wird Nordmazedonien: Das griechische Parlament stimmt trotz massivem Widerstand konservativer Kräfte dem im Vorjahr (17.6.2018) mit dem nördlichen Nachbar geschlossenen Vertrag (Prespa-Abkommen) über die Namensänderung von Mazedonien (Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien/FYROM) in Nordmazedonien zu (**25.1.2019**).

USA

Die wegen des Haushaltsstreits seit 35 Tagen dauernde teilweise Lähmung der US-Administration wird – vorerst – beendet. US-Präsident Donald Trump einigt sich mit den Parteiführern auf eine Übergangsfinanzierung bis Mitte Februar. Es handelt sich um den längsten Shutdown in der Geschichte der USA. In der Streitfrage um die Finanzierung der von Trump geforderten Grenzmauer zu Mexiko gibt es jedoch noch keine Einigung (**25.1.2019**).

Brasilien

Katastrophen/Dammbrüche

Beim Dammbruch in einer Eisenerzmine des Konzerns Vale im brasilianischen Bundesstaat Minas Gerais kommen über 200 Menschen ums Leben (**25.1.2019**).

Deutschland

Deutschland soll nach dem Willen der von der Regierung eingesetzten Kohlekommission bis Ende 2018 die Stromgewinnung aus Kohle beenden (**26.1.2019**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Hebron

Israel will die 1994 nach einem Massaker geschaffene Internationale Beobachtermission in Hebron (TIPH) nicht mehr verlängern (**28.1.2019**).

Palästinensische Autonomiegebiete/Palästina

Der palästinensische Ministerpräsident Rami Hamdallah tritt zurück (**29.1.2019**). Sein Nachfolger wird Mohammed Shtayeh.

Libanon

Erst nach über acht Monate dauernden Verhandlungen gelingt in Libanon die Bildung einer neuen Regierung. Ministerpräsident bleibt Saad Hariri von der Zukunftsbewegung. Die schiitische Hizbullah und ihre Verbündeten – Sieger der Parlamentswahlen im Mai 2018 – haben die Mehrheit im Kabinett (**31.01.2019**).

USA/Russland

Abrüstung/Rüstungskontrolle/INF-Vertrag

Die USA kündigen den mit der Sowjetunion im Jahr 1987 geschlossenen Vertrag über das Verbot atomarer Mittelstreckenraketen (**1.2.2019**). Die USA werfen Russland Vertragsbruch vor und verweisen auf die Entwicklung des russischen Marschflugkörpers SSC-8 (9M729). Am Tag darauf (2.2.2019) steigt auch Russland aus dem Abkommen aus. Im INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces) vereinbarten US-Präsident Ronald Reagan und der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow, dass beide Seiten sowohl ihre landgestützten Mittelstreckenwaffen mit 550 bis 5500 Kilometern Reichweite als auch deren Abschussvorrichtungen innerhalb von drei Jahren vernichten und keine neuen herstellen.

El Salvador

Machtwechsel in El Salvador: Der 37-jährige Nayib Bukele vom Mitte-rechts-Bündnis Gran Alianza por la Unidad Nacional (GAN) geht als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (**3.2.2019**). Er erhält 53,10 Prozent der Stimmen. Carlos Calleja, der Kandidat der konservativen Alianza Republicana Nacionalista (Arena) kommt auf 31,72 Prozent. Hugo Martínez (*Martinez*) vom Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional (FMLN) muss sich mit 14,41 Prozent begnügen.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die britische Schriftstellerin Rosamunde Pilcher stirbt im Alter von 94 Jahren (**6.2.2019**).

Italien/Frankreich

Nach zahlreichen Provokationen italienischer Regierungsmitglieder gegenüber dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron ruft die französische Regierung vorübergehend ihren Botschafter aus Rom zurück (**7.2.2019**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der französische Grafiker, Illustrator und Schriftsteller Tomi Ungerer stirbt im Alter von 87 Jahren (**9.2.2019**).

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten lehnen mit 63,7 Prozent Nein-Stimmen die Volksinitiative „Zersiedlung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung“ ab (**10.2.2019**).

Indien/Pakistan

Kaschmir/Kaschmir-Konflikt

Verschärfte Spannungen zwischen Indien und Pakistan: Bei einem Anschlag im indischen Teil Kaschmirs kommen 44 Angehörige einer indischen paramilitärischen Einheit ums Leben (**14.2.2019**). Indien reagiert mit einem Luftangriff auf ein angebliches Terroristencamp in Pakistan (26.2.2019) und die pakistanische Luftwaffe schießt nach eigenen Angaben zwei indische Kampfflugzeuge ab (27.2.2019).

USA/Mexiko

US-Präsident Donald Trump ruft den nationalen Notstand aus, um seine Pläne zum umstrittenen Bau einer Grenzmauer zu Mexiko voranzutreiben. Er begründet seinen Schritt mit einer „Invasion“ von Drogen, Menschen schmugglern und kriminellen Banden (**15.2.2019**). Trumps Entscheidung stösst auf massiven Widerstand. 16 Teilstaaten – darunter Kalifornien und New York – reichen Klage gegen die Notstandserklärung des Präsidenten ein und werfen ihm vor, gegen die Verfassung verstossen zu haben.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der Schweizer Schauspieler Bruno Ganz stirbt im Alter von 77 Jahren (**16.2.2019**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Modeschöpfer und Designer Karl Lagerfeld stirbt im Alter von 85 Jahren (**19.2.2019**).

Schweiz/Frankreich

Banken

Die Schweizer Grossbank UBS wird vom Pariser Strafgericht wegen Beihilfe zu Steuerdelikten zu 3,7 Milliarden Euro Busse verurteilt. Hinzu kommen 800 Millionen Euro Schadenersatz an den französischen Staaten für entgangene Steuern. Es handelt sich um die höchste Busse, zu der eine Schweizer Bank je verurteilt worden ist (20.2.2019).

Sudan

Der sudanesische Staatspräsident Omar al-Bashir verhängt nach regierungskritischen Protesten den Ausnahmezustand (**22.2.2019**).

Algerien

Die Ankündigung des seit 20 Jahren herrschenden algerischen Staatspräsidenten Abdelaziz Bouteflika, sich für eine weitere Amtsperiode zu bewerben, löst heftige Proteste und Massenkundgebungen aus (**22.2.2019**). Bouteflika ist knapp 82 Jahre alt und leidet an den Folgen von Schlaganfällen.

Venezuela

Die venezolanische Armee blockiert mit Gewalt geplante Hilfslieferungen für die Bevölkerung Venezuelas an Grenzübergängen zu Kolumbien und Brasilien. Die Hilfslieferungen werden nicht ins Land gelassen (**23.2.2019**).

Moldau

Die Parlamentswahl in der Republik Moldau führt zu keinen eindeutigen Mehrheitsverhältnissen. Die meisten Stimmen mit 31,2 Prozent erhalten die prorussischen Sozialisten. Zweistärkste Kraft mit 26,8 Prozent ist das reformorientierte Bündnis Acum. Die regierenden Demokraten erhalten 23,6 Prozent (**24.2.2019**).

Kuba

Die kubanische Bevölkerung stimmt mit 86,8 Prozent einer neuen Verfassung zu. Die Amtszeit des Präsidenten wird auf zehn Jahre begrenzt. Die absolute Macht der Kommunistischen Partei wird nicht angetastet. Privateigentum wird erlaubt (**24.2.2019**).

Vatikan

Papst Franziskus fordert an einer Bischofskonferenz im Vatikan zum Thema sexueller Missbrauch von Geistlichen ein hartes Durchgreifen und kündigt ein Ende der Vertuschung an. Opferverbände reagieren kritisch. Sie hatten sich mehr versprochen. Der Papst habe die Rolle der Kirche relativiert, indem er das Problem als globales, gesamtgesellschaftliches darstellte (**24.2.2019**).

Italien

Der Kommunalrat von Venedig beschliesst die Einführung eines Eintrittsgeldes für Tagestouristen (**26.2.2019**).

Korea (Nordkorea)/USA

Das zweites Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Donald Trump und dem nordkoreanischen Machthaber Kim Jong Un endet ergebnislos. Die Gespräche in der vietnamesischen Hauptstadt Hanoi werden vorzeitig abgebrochen (**28.2.2019**).

Estland

Die liberale Reformpartei geht erneut als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl in Estland hervor. Die Partei unter Führung von Kaja Kallas erobert 34 (plus 4) der 101 Mandate. Die bisherigen Regierungsparteien (die Mitte-links orientierte Zentrums Partei, die konservative Partei Vaterland/Isamaa und die Sozialdemokraten) verlieren die Mehrheit im Parlament. Dritstärkste Kraft wird die rechtspopulistische Estnische Konservative Partei (Ekre). Sie gewinnt 12 Sitze hinzu und stellt 19 Abgeordnete (**3.3.2019**).

Korea (Nordkorea)

Hungersnot/Ernährungsnotstand

In Nordkorea droht eine neue Hungersnot. Nach UNO-Angaben werden wegen schlechter Ernte die Lebensmittel knapp. Über 10 Millionen Menschen (über 40 Prozent der Bevölkerung) sind auf humanitäre Hilfe angewiesen (**6.3.2019**).

Äthiopien

Katastrophen/Flugzeugkatastrophen

Eine Boeing 737 Max8 der Ethiopian Airlines stürzt kurz nach dem Start in Addis Abeba ab. Alle 157 Insassen kommen dabei ums Leben (**10.3.2019**). Es handelt sich um den zweiten Absturz dieses Flugzeugtyps innert weniger Monate (vgl. 29.10.2018). Die US-Luftfahrtbehörde verhängt ein Flugverbot für diesen Flugzeugtyp.

Grossbritannien/EU

Zweites Nein zum Brexit-Abkommen: Das britische Unterhaus lehnt trotz einer Zusatzvereinbarung den Vertrag über den Austritt Grossbritanniens aus der Europäischen Union erneut ab – mit 391 gegen 242 Stimmen (**12.3.2019**). In weiteren Abstimmungen (13.3. und 14.3.2019) spricht sich das Unterhaus gegen einen Brexit ohne Vereinbarung (harter Brexit) aus.

Australien/Vatikan

Der australische Kardinal George Pell, ehemaliger Finanzchef des Vatikans, wird von einem Gericht in Melbourne wegen sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen zu sechs Jahren Haft verurteilt (**13.3.2019**). George Pell ist der ranghöchste katholische Würdenträger, der wegen sexuellen Missbrauchs angeklagt und verurteilt wurde. Im Berufungsverfahren wird der Kardinal ein Jahr später (7.4.2020) freigesprochen.

USA/Mexiko

Der US-Kongress stellt sich gegen US-Präsident Donald Trump. Nach dem Repräsentantenhaus lehnt auch der Senat – trotz republikanischer Mehrheit – den von Trump beschlossenen Notstand zur Finanzierung der Grenzmauer zu Mexiko ab (**14.3.2019**). Trump legt sein Veto ein. Es handelt sich um Trumps erstes Veto gegen einen Kongressbeschluss

Neuseeland

Neuseeland steht unter Schock: Bei Anschlägen auf zwei Moscheen in der Stadt Christchurch kommen 50 Menschen ums Leben. Beim mutmasslichen Täter handelt es sich um einen 28-jährigen Australier. Die Behörden gehen von einem rechtsextremistischen Hintergrund aus (**15.3.2019**).

Umwelt/Klima

Fridays for Future

Schweden

Hunderttausende Jugendliche demonstrieren weltweit für einen radikalen Kurswechsel zugunsten des Klimaschutzes (**15.3.2019**). Symbolfigur der Protestwelle ist die 16-jährige schwedische Schülerin Greta Thunberg. Sie hatte erstmals am 20. August 2018 vor dem Parlamentsgebäude in Stockholm demonstriert und bezeichnete ihre Aktion als „Skolstrejk för Klimatet (Schulstreik für das Klima)“. Aus der Aktion entsteht die globale Massenbewegung „Fridays for Future“. Freitag für Freitag demonstrieren Schüler und Studenten für Umweltschutz.

Moçambique/Simbabwe

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Ein Tropensturm, dem Sturmfluten und Überschwemmungen folgen, richtet in weiten Teilen von Moçambique und im benachbarten Simbabwe verheerende Schäden an und fordert Hunderte von Toten. Hunderttausende Menschen werden obdachlos. Am schwersten betroffen ist die Küstenstadt Beira (**15.3.2019**).

Kasachstan

Überraschender Rücktritt des Staatsoberhauptes von Kasachstan: Nursultan Nasarbajew (**19.3.2019**): Er war seit der Unabhängigkeit Kasachstans im Jahr 1991 an der Macht. Nasarbajew bleibt Vorsitzender der Nationalen Sicherheitsrates. Nachfolger im Amt des Staatsoberhauptes wird bis zur nächsten Präsidentenwahl der Senatsvorsitzende Kasym-Schomart Tokajew. Die Hauptstadt Astana wird in Nur-Sultan umbenannt.

Niederlande

Das rechtspopulistische Forum für Demokratie (Forum voor Democratie/FvD) von Thierry Baudet geht überraschend als stärkste Kraft aus den Provinzwahlen in den Niederlanden hervor (**20.3.2019**). Die Regierungsparteien unter Führung von Ministerpräsident Mark Rutte und dessen rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD) verlieren die Mehrheit in der Ersten Kammer. Die 75 Abgeordneten der Ersten Kammer werden von den Mitgliedern Provinzparlamente gewählt.

Prosur

Acht südamerikanische Länder – Brasilien, Argentinien, Chile, Paraguay, Kolumbien, Ecuador, Peru und Guyana – gründen in Santiago de Chile das Regionalbündnis Foro para el Progreso del Sur/Prosur (Forum für den Fortschritt des Südens). Das Forum soll eine Alternative zur 2008 gegründeten Unión de Naciones Suramericanas (Unasur) sein (**22.3.2019**).

Syrien/Syrien-Konflikt/„Islamischer Staat“ (IS)

Nach monatelangen Kämpfen wird die letzte Bastion der Jihadisten des „Islamischen Staates“ (IS) in Syrien befreit (**23.3.2019**). Mit der Eroberung von Boghuz durch die von den USA unterstützten Syrian Democratic Forces (SDF) sei das im Jahr 2014 in weiten Teilen Syriens und des Iraks vom „Islamischen Staat“ ausgerufene Kalifat eliminiert worden, teilt ein Sprecher der Syrischen Demokratischen Kräfte mit. Allerdings könnten untergetauchte Jihadisten weiterhin mit Anschlägen ihren terroristischen Kampf fortsetzen, warnen Politiker.

Italien/China

Belt and Road Initiative (BRI)

Italien und China unterzeichnen in Rom im Beisein des chinesischen Präsidenten Xi Jinping eine Absichtserklärung über die Zusammenarbeit im Rahmen des Neuen Seidenstrasse-Projekts – Belt and Road Initiative/BRI (**23.3.2019**).

Grossbritannien/EU

Hunderttausende Menschen beteiligen sich in London an einer Anti-Brexit-Kundgebung. Zur Massendemonstration hatte die Organisation „People’s Vote“ aufgerufen. Gefordert wird eine zweite Brexit-Abstimmung (**23.3.2019**). Über vier Millionen Menschen unterzeichnen eine Online-Petition für den Verbleib Grossbritanniens in der Europäischen Union (EU).

Thailand

In Thailand finden die ersten Parlamentswahlen seit dem Militärputsch von 2014 statt. Keine Partei erreicht eine absolute Mehrheit im 500 Mandate zählenden Repräsentantenhaus. Die meisten Stimmen (23,34 Prozent) erhält die Armee Partei Palang Pracharat von Regierungschef Prayut Chan-o-cha, die meisten Mandate (137) die oppositionelle

Partei Pheu Thai (**24.3.2019**). Prayut Chan-o-cha bleibt Regierungschef dank der Mehrheitsverhältnisse im Senat. Die 250 Mitglieder des Senats werden von der Militärregierung ernannt.

USA/Israel/Golanhöhen

US-Präsident Donald Trump anerkennt die von Israel annektierten syrischen Golanhöhen als Staatsgebiet Israels (**25.3.2019**). Israel hatte die Golanhöhen im Sechs-Tage-Krieg 1967 besetzt. 1981 folgte die einseitige Annexion des Gebiets. Sie ist international aber nicht anerkannt.

EU/Urheberrecht

Das Parlament der Europäischen Union stimmt einer umstrittenen Reform des Urheberrechts zu (**26.3.2019**).

EU/Grossbritannien

Zum dritten Mal lehnt das britische Unterhaus das Abkommen mit der Europäischen Union (EU) über den Austritt Grossbritanniens ab (**29.3.2019**).

Slowakei

Die Slowakei erhält erstmals eine Staatspräsidentin. Die Umweltaktivistin und liberale Politikerin Zuzanna Čaputová (*Caputova*) geht mit einem Stimmenanteil von 58,4 Prozent als Siegerin aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor (**30.3.2019**).

Türkei

Bei den Gemeindewahlen in der Türkei erlebt die Regierungspartei für Gerechtigkeit und Entwicklung AKP einen Rückschlag: Sie verliert die Wirtschaftsmetropole Istanbul und die Hauptstadt Ankara an die Opposition (**31.3.2019**). Die Wahl in Istanbul, wo Ekrem Imamoğlu (*Imamaglu*) von der Republikanischen Volkspartei (CHP) knapp als Sieger hervorging, wird auf Druck der AKP annulliert und muss wiederholt werden. Imamoğlu siegt jedoch auch im zweiten Anlauf (23.6.2019).

Algerien

Nach wochenlangen Massenprotesten tritt der 82-jährige algerische Machthaber Abdelaziz Bouteflika zurück. Bouteflika war im April 1999 zum Staatspräsidenten gewählt worden (**2.4.2019**).

Brunei

Homosexualität/LGBTIQ

Im Sultanat Brunei wird das Strafrecht verschärft. Homosexuelle müssen mit Steinigung und Diebe mit Amputationen rechnen (**3.4.2019**).

Libyen

Der abtrünnige libysche General Khalifa Haftar startet eine Militäroffensive auf die Hauptstadt Tripolis (**4.4.2019**). Seine Milizen liefern sich schwere Kämpfe mit Truppen der von der UNO gestützten Regierung in Tripolis.

EU/Europäisches Parlament

Italien/Frankreich/Österreich/Niederlande/Deutschland

Europas Rechtspopulisten rücken zusammen. Der Chef der italienischen Lega, Matteo Salvini, präsentiert im Vorfeld der Wahl des Europäischen Parlaments eine „Europäische Allianz der Völker und Nationen“ mit dem Ziel, die Europäische Union radikal zu reformieren (**8.4.2019**). Zum harten Kern der Allianz gehören neben der Lega, das französische Rassemblement national, die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die niederländische Partij voor de Vrijheid und die Alternative für Deutschland (AfD).

Frankreich

Der französische Premierminister Édouard Philippe stellt die Erkenntnisse der nationalen Debatte vor, die Präsident Emmanuel Macron ins Leben gerufen hatte, um den Aufstand der «gilets jaunes», zu beenden. Grösstes Ärgernis sei die Steuerpolitik. An der «grand débat» hatten sich eineinhalb Millionen Personen beteiligt (**8.4.2019**).

Malediven

Bei der Parlamentswahl auf den Malediven gewinnt die Maldivian Democratic Party (MDP) des neuen Präsidenten Ibrahim Mohamed Solih 65 (plus 39) der 87 Mandate. Die Progressive Party of Maldives (PPM) des Vorgängers Abdulla Yameen muss sich mit 5 Mandaten (minus 28) begnügen (**8.4.2019**).

Israel

Die konservative Likud-Partei geht erneut als Siegerin aus der Parlamentswahl in Israel hervor (9.4.2019). Die Partei von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu gewinnt 36 Mandate (plus 6). Der rechte und orthodoxe Block sichert sich eine Mehrheit von 65 Sitzen in der Knesset. Zweistärkste Kraft ist das Mitte-rechts-Bündnis Blau-Weiss des früheren Generalstabschefs Benny Gantz mit 25 Mandaten. Es folgen die ultraorthodoxen Parteien Shas mit 8 (plus 1) und das Vereinigtes Thora-Judentum mit 7 (plus 1) Sitzen. Die Arbeitspartei erlebt ein Debakel. Sie hat nur noch 6 Sitze (minus 13).

Schweiz

Erstmals wird eine eidgenössische Abstimmung annulliert (**10.4.2019**). Das Bundesgericht stützt die Beschwerden gegen die Abstimmung vom 28. Februar 2016 über die Volksinitiative „Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe“ (steuerliche Nachteile für Ehepaare) wegen Fehlinformationen im Abstimmungsbüchlein. Die Initiative der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) war mit 50,8 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt worden.

EU/Grossbritannien

Die Staats- und Regierungschef der Europäischen Union (EU) stimmen einer weiteren Fristverlängerung für den Austritt Grossbritanniens aus der EU (Brexit) bis zum 31. Oktober 2019 zu (**10.4.2019**).

Weltraumforschung

Einem internationalen Astronomenteam gelingt die erste Aufnahme eines Schwarzen Lochs. Dieses befindet sich im Zentrum einer 55 Millionen Lichtjahre entfernten Galaxie (**10.4.2019**).

Sudan

Putsch im Sudan: Nach monatelangen Protesten der Bevölkerung wird der seit 30 Jahren autoritär herrschende sudanesischer Machthaber Omar al-Bashir von der Armee abgesetzt. Ein militärischer Übergangsrat übernimmt die Macht (**11.4.2019**). Gegen Omar al-Bashir liegen Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofs wegen Kriegsverbrechen und Völkermord im Darfur-Konflikt vor-

Grossbritannien/Ecuador

WikiLeaks

Der Fall Julian Assange

Ecuador widerruft nach einem Machtwechsel im eigenen Land das Asyl für Julian Assange. Der Gründer der Enthüllungsplattform WikiLeaks befand sich seit fast sieben Jahren in der ecuadorianischen Botschaft in London. Assange wird wegen Verstosses gegen Kautionsauflagen festgenommen (**11.4.2019**) und danach zu 50 Wochen Gefängnis verurteilt.

Finnland

Die Sozialdemokraten gehen erstmals seit 20 Jahren wieder als stärkste Partei aus den Parlamentswahlen in Finnland hervor, dies allerdings knapp. Die Sozialdemokraten gewinnen 40 (plus 6) der 200 Sitze. Die rechtspopulistische Finnen-Partei erhält als zweitstärkste Kraft 39 Mandate (plus 1). An dritter Stelle folgt die konservative Nationale Sammlungspartei mit 38 Mandaten (plus 1). Die Zentrumsparterie des bisherigen Regierungschefs Juha Sipilä verliert 18 Sitze und ist mit 31 Abgeordneten vertreten. Erstmals erreicht keine einzige Partei über 20 Prozent Stimmenanteil (**14.4.2019**).

Frankreich

Katastrophen/Brandkatastrophen

Die Kathedrale Notre-Dame in Paris brennt. Frankreich steht unter Schock (**15.4.2019**). Der Dachstuhl und der Spitzurm werden ein Raub der Flammen. Das Mauerwerk und die Fassade mit den berühmten Türmen können dank des Einsatzes der Feuerwehr gerettet werden, ebenso viele wertvolle Kunstgegenstände. Vermutlich hängt die Brandkatastrophe mit Renovationsarbeiten zusammen. Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron stellt den Wiederaufbau der Kathedrale innert fünf Jahren in Aussicht.

Peru

In Peru entzieht sich der ehemalige, unter Korruptionsverdacht stehende linkspopulistische Staatschef Alan García (García) durch Suizid seiner Verhaftung (**17.4.2019**).

USA Russland

Das US-Justizministerium veröffentlicht den Abschlussbericht des Sonderermittlers Robert Mueller zur Russland-Affäre: Der Bericht stellt fest, dass sich Russland in den Präsidentschaftswahlkampf in den USA von 2016 eingemischt hat. Es habe aber keine illegalen Absprachen mit der russischen Regierung zur Beeinflussung der Präsidentschaftswahl gegeben. Der frühere FBI-Direktor Mueller hatte seit 2017 untersucht, ob Donald Trump im Präsidentschaftswahlkampf mit Russland zur Beeinflussung des Wahlergebnisses kooperiert hatte und ob der Präsident sich danach auch der Justizbehinderung schuldig gemacht hatte. Keine Entlassung enthält der Bericht zum Vorwurf der Justizbehinderung. „Hätten wir nach einer sorgfältigen Untersuchung der Fakten die Gewissheit, dass der Präsident eindeutig keine Justizbehinderung begangen hat, würden wir dies entsprechend festhalten“ (**18.4.2019**).

Ukraine

Der 41 Jahre Komiker und Schauspieler Wolodimir Selenski (Wolodymyr Selenskyj) geht als Sieger aus der Präsidentschaftswahl in der Ukraine hervor. Er gewinnt die Stichwahl gegen den amtierenden Präsidenten Petro Poroschenko klar überlegen mit 73,2 Prozent Stimmenanteil (**21.4.2019**).

Sri Lanka

Anschlagserie in Sri Lanka am Ostersonntag (**21.4.2019**): Über 250 Menschen kommen bei insgesamt acht Sprengstoffanschlägen ums Leben und weitere 500 werden verletzt. Im Visier der Terroristen sind christliche Kirchen, in denen die Gläubigen das Osterfest feiern sowie Luxushotels. Die Regierung bezeichnet eine einheimische Islamistengruppe als Urheber. Die Regierung Sri Lankas verhängt den Notstand.

Ägypten

In einem Referendum heisst die Bevölkerung Ägyptens die Verfassungsänderung gut, mit der die Amtszeit von Staatspräsident Adel Fattah al-Sisi bis 2030 verlängert werden kann (20.4. bis **22.4.2019**).

Iran/USA

Die USA wollen Iran den Ölhahn zudrehen (**22.4.2019**). Die Regierung will keine weiteren Ausnahmen für Lieferungen von iranischem Erdöl gewähren. Wer Erdöl aus Iran importiere, müssen mit Sanktionen rechnen. Bisher galten für einige Länder wie China, Japan, Indien und die Türkei Ausnahmeregelungen

Frankreich

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron kündigt im Rahmen eines Reformprogramms Steuersenkungen und einen Inflationsausgleich für Renten an. Die von den gilets jaunes geforderte Wiedereinführung der Vermögenssteuer lehnt er jedoch ab. Ausserdem spricht sich Macron für die Abschaffung der Elitehochschule ENA aus und befürwortet eine stärkere Dezentralisierung (**25.4.2019**).

USA

Der frühere US-Vizepräsident Joe Biden will Präsident der Vereinigten Staaten werden. Er steigt ins Rennen um die Nominierung zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten ein (**25.4.2019**).

Spanien

In Spanien gehen die Sozialisten (Partido Socialista Obrero Español/PSOE) von Ministerpräsident Pedro Sánchez (*Sanchez*) als klare Sieger aus der vorgezogenen Parlamentswahl hervor, verpassen aber die absolute Mehrheit (**28.4.2019**).

Ein Debakel erlebt der konservative Partido Popular (PP) mit der bisher grössten Niederlage. Erstmals seit dem Ende der Franco-Ära zieht mit Vox eine rechtsradikale Partei in das Abgeordnetenhaus ein.

Die Sozialisten (PSOE) gewinnen 123 (plus 38) der 350 Sitze des Abgeordnetenhauses. Der Partido Popular (PP) verliert 69 Mandate und ist noch mit 66 Abgeordneten vertreten. Die rechtsliberalen Ciudadanos gewinnen 57 Sitze (plus 25). Das Linksbündnis Unidas Podemos (Podemos, Izquierda Unida/IU und Equo) gehört mit 42 Mandaten (minus 29) zu den Wahlverlierern. An fünfter Stelle folgt die rechtsradikale Partei Vox, die auf Anhieb 24 Sitze erobert.

Schweiz/China

Belt and Road Initiative (BRI)

Anlässlich eines Staatsbesuchs von Bundespräsident Ueli Maurer in Peking unterzeichnet die Schweiz mit China ein Memorandum of Understanding im Rahmen der Belt and Road Initiative – Neue Seidenstrasse (**29.4.2019**).

Estland

Der bisherige estnische Ministerpräsident Jüri Ratas bildet ein neues Regierungsbündnis (**29.4.2019**). Der Koalition gehören neben seiner Mitte-links-orientierten Zentrumspartei die konservative Partei Vaterland (Isamaa) und die rechtspopulistische Estnische Konservative Partei (Ekre) an. Ratas hatte im Wahlkampf ein Bündnis mit den Rechtspopulisten ausgeschlossen. Der Siegerin der Parlamentswahl vom 3.3.2019, Kaja Kallas, war es nicht gelungen, mit ihrer liberalen Reformpartei eine Regierung zu bilden.

Japan

Der japanische Kaiser Akihito tritt nach dreissigjähriger Regentschaft zurück (**30.4.2019**). Damit endet die Ära Heisei (Friedens schaffen). Sein Sohn Naruhito übernimmt die Nachfolge (1.5.2019). Die neue Ära heisst Reiwa (schöne Harmonie).

Venezuela

Der Machtkampf in Venezuela spitzt sich zu. Der oppositionelle Interimspräsident Juan Guaidó (Guaido) proklamiert die Operation Freiheit (Operación Liberatad) und ruft in einer Videobotschaft die Armee auf, die Opposition zu unterstützen (**30.4.2019**). Doch der Versuch scheitert, grosse Teil der Streitkräfte zum Überlaufen zu bewegen. Nicolás Maduro hält sich an der Macht.

Thailand

Zweieinhalb Jahre nach dem Tod von König Bhumibol findet in Bangkok die feierliche Inthronisierung des neuen thailändischen Monarchen Maha Vajiralongkorn (Rama X.) statt (**4.5.2019**).

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Gazastreifen

Aus dem Gazastreifen werden über 600 Raketen in Richtung Israel abgefeuert. Die meisten Raketen gehen auf unbewohntes Gebiet nieder, doch einige explodieren in Wohngebieten. Vier Israeli kommen dabei ums Leben. Israel reagiert mit Luftangriffen auf Stellungen der radikal-islamischen Hamas und des Islamischen Jihad (**4.5./5.5.2019**).

Nordmazedonien

Der von der Sozialdemokratischen Liga unterstützte Stevo Pendarovski geht als Sieger aus der Präsidentenwahl in Nordmazedonien hervor (**5.5.2019**).

Panama

In Panama kehrt der sozialdemokratische Partido Revolucionario Democrático (PRD) zurück an die Macht. Laurentino Cortizo vom PRD geht mit einem Stimmenanteil von 33,35 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (**5.5.2019**). Rómulo Roux von der Mitte-rechts-Partei Cambio Democrático erhält 31 Prozent. Im Parlament erobert der Partido Revolucionario Democrático 35 der 71 Mandate und übernimmt wieder die Führungsposition. Hohe Verluste verzeichnen Cambio Democrático und der Partido Panameñista.

Umwelt/Klima/Artenschutz

Laut einem Bericht des Weltbiodiversitätsrats (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services/IPBES) sind etwa eine Million Arten von Pflanzen und Tieren vom Aussterben bedroht (**6.5.2019**). Schuld sei der Mensch, weil er immer mehr Fläche für sich beanspruche, die anderen Lebenswesen dann fehle. Drei Viertel der Erdoberfläche habe der Mensch bereits stark verändert.

Iran

Ein Jahr nach dem Ausstieg der USA aus dem 2015 geschlossenen Atomabkommen beschliesst Iran, von Teilen des Vertrags abzurücken (**8.5.2019**). Der iranische Präsident Hassan Rohani setzt den verbliebenen Signatarstaaten Grossbritannien, Frankreich, Deutschland, China und Russland eine Frist von sechzig Tagen, um eine Umgehung der Sanktionspolitik der USA im Öl- und Bankensektor zu ermöglichen.

Südafrika

Bei der Parlamentswahl in Südafrika sichert sich der regierende African National Congress (ANC) erneut die absolute Mehrheit, rutscht aber erstmals beim Stimmenanteil unter die 60-Prozent-Marke und erzielt damit das schlechteste Ergebnis seit 1994 (**8.5.2019**). Mit einem Stimmenanteil von 57,5 Prozent gewinnt der ANC 230 (minus 19) der 400 Sitze. Zweistärkste Kraft ist die liberale Democratic Alliance (DA) mit 84 Mandaten (minus 5). Die linksradikalen Economic Freedom Fighters erobern 44 Mandate (plus 19).

USA/China

Der Handelskonflikt zwischen den USA und China spitzt sich zu: Die USA erhöhen die Zölle auf eine Reihe von Gütern mit einem Handelswert von rund 200 Milliarden Dollar von 10 auf 25 Prozent und drohen mit weiteren Massnahmen (**10.5.2019**).

Umwelt/Abfall/Plastikmüll

Über 180 Staaten einigen sich auf eine Verschärfung der Regeln für den Export von Plastikmüll, der die Umwelt in vielen Entwicklungsländern belastet (**10.5.2019**).

Philippinen

Die Partei des philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte – PDP-Laban (Partido Demokratiko Pilipino Lakas ng Bayan – Democratic Party-People's Power) wird stärkste Kraft im Abgeordnetenhaus. Sie gewinnt 82 (plus 79) Sitze. Die bisher führende Liberal Party verliert 97 Mandate. Auch im Senat, der 24 Mitglieder zählt, haben die Gefolgsleute des Präsidenten die Mehrheit (**13.5.2019**).

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Die US-amerikanische Sängerin und Schauspielerin Doris Day stirbt im Alter von 97 Jahren (**13.5.2019**).

USA/China

US-Präsident Donald Trump erklärt den nationalen Notstand in der Telekommunikation zum Schutz vor ausländischen Firmen (**15.5.2019**). Der chinesische Konzern Huawei wird auf die Liste gebannter Unternehmen gesetzt.

USA/Schweiz

Der Schweizer Bundespräsident Ueli Maurer wird von US-Präsident Donald Trump im Weissen Haus in Washington zu einem Gespräch empfangen. Es handelt sich um das erste offizielle Treffen eines Schweizer Bundespräsidenten mit dem Präsidenten der USA (**16.5.2019**).

Österreich

Regierungskrise in Österreich: Bundeskanzler Sebastian Kurz kündigt die Koalition zwischen seiner Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) von Heinz-Christian Strache auf. Er könne mit der FPÖ nicht mehr zusammenarbeiten. Zum nächstmöglichen Termin solle es Neuwahlen geben. Auslöser sind Enthüllungen um den Vizekanzler Heinz-Christian Strache. In einem 2017 auf Ibiza heimlich aufgenommenen Video stellte Strache einer angeblichen russischen Oligarchin für Wahlkampfhilfe unter anderem öffentliche Aufträge in Aussicht, sollte die FPÖ an die Regierung kommen. Strache tritt nach der Publikation des Videos von seinen Posten als Vizekanzler und Vorsitzender der FPÖ zurück (**18.5.2019**).

Am folgenden Tag beschliessen Bundeskanzler Kurz und Bundespräsident Alexander Van der Bellen vorgezogene Parlamentswahlen.

Australien

Entgegen allen Voraussagen gewinnt in Australien die Liberal-National Coalition unter Führung von Premierminister Scott Morrison die Parlamentswahlen (**18.5.2019**). Sein Bündnis aus Liberal Party, Liberal National Party und

National Party of Australia erhält 77 der 151 Sitze des Repräsentantenhauses und damit knapp die absolute Mehrheit. Die oppositionelle Labor Party entsendet 68 Abgeordnete.

Indien

Der indische Premierminister Narendra Modi und seine hindu-nationalistische Bharatiya Janata Party (BJP) bleiben an der Macht. Bei der Parlamentswahl (11.4. bis **19.5.2019**) gewinnt die BJP 303 (plus 21) von 543 Mandaten und kann mit der von ihr angeführten National Democratic Alliance (NDA) mit 353 Sitzen die absolute Mehrheit ausbauen. Die von Oppositionsführer Rahul Gandhi geleitete Kongresspartei (Indian National Congress/INC) muss sich 52 (plus 8) Sitzen begnügen. Ihre United Progressive Alliance (UPA) gewinnt 91 Mandate.

Schweiz

Die Schweizer Stimmberechtigten heissen das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) mit 66,4 Prozent Ja-Stimmen gut. Das Bundesgesetz sieht unter anderem eine Anpassung der Unternehmensbesteuerung an internationale Anforderungen (Abschaffung der Steuerprivilegien für internationale Unternehmen) sowie zusätzliche Mittel für die AHV vor. Die Kantone erhalten die Möglichkeit, den Firmen neue Steuererleichterungen zu gewähren. Ebenfalls gutgeheissen wird – mit 63,7 Prozent – die Anpassung des Schweizer Waffenrechts an die Regeln der Europäischen Union (**19.5.2019**).

USA/Iran

Säbelrasseln im Konflikt zwischen den USA und Iran: US-Präsident Donald Trump droht Iran via Twitter: „Wenn Iran kämpfen will, wird das das offizielle Ende Irans sein“ (**19.5.2019**).

Ukraine

Der neue ukrainische Staatspräsident Wolodimir Selenski (Volodymyr Selenskyj) beschliesst die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen. In seiner Antrittsrede erklärt Selenski, er wolle die territoriale Unversehrtheit der Ukraine wiederherstellen und fordert Russland zur Rückgabe der besetzten Krim auf (**20.5.2019**).

WikiLeaks

Der Fall Julian Assange

USA/Grossbritannien

Die US-Justizbehörden veröffentlichen eine neue Anklageschrift gegen den WikiLeaks Gründer Julian Assange (**23.5.2019**). Zum bisherigen Vorwurf der Verschwörung mit der Whistleblowerin Chelsea Manning kommen 17 neue Punkte hinzu. Unter anderem wird er der widerrechtlichen Veröffentlichung geheimer Dokumente zur nationalen Verteidigung und von Namen vertraulicher Quellen beschuldigt. Ihm droht eine Höchststrafe bis zu 175 Jahren. Am 12. Juni 2019 stellen die USA ein Auslieferungsbegehren an die britischen Behörden.

EU/Europäisches Parlament

Bei der Wahl des neuen Europäischen Parlaments (23. bis **26.5.2019**) müssen die grossen Volksparteien erhebliche Verluste in Kauf nehmen. Die konservative Europäische Volkspartei (EVP) und die Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D) haben erstmals zusammen keine Mehrheit. Zu den Wahlgewinnern gehören die Liberalen, die Grünen sowie Rechtspopulisten und Nationalkonservative. Die EU-Skeptiker legen zu (rund 23 Prozent Stimmenanteil), aber nicht so stark wie von vielen vorausgesagt.

- Mit einem Stimmenanteil von 28,8 Prozent gewinnt die konservativ-christlichdemokratische Europäische Volkspartei (EVP) als stärkste Fraktion 179 Mandate der insgesamt 751 Mandate (minus 37). Es folgen:
- die Progressive Allianz der Sozialdemokraten (S&D) mit 153 Mandaten (minus 31),
- die Allianz der liberalen und Demokraten für Europa (Alde) incl. La République en Marche aus Frankreich mit 105 (plus 36),
- die Grünen mit 69 (plus 17),
- die Europäischen Konservativen und Reformer (ECR) mit 63 (minus 14),
- die rechtspopulistische Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit (ENF) mit 58 (plus 22),
- die rechtspopulistische Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD) mit 54 (plus 12),
- die Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) mit 38 (minus 14) Mandaten sowie
- 24 Sonstige und 8 Fraktionslose.

In Deutschland werden die Grünen zweistärkste Kraft und überholen die Sozialdemokraten; in Frankreich liegt das extrem rechte Rassemblement national von Marine Le Pen knapp an der Spitze vor der Regierungspartei La République en Marche; Triumphale Siegerin in Italien ist die rechtspopulistische Lega von Matteo Salvini und in Grossbritannien bereitet Nigel Farage mit seiner Brexit-Partei der Conservative Party und der Labour Party eine schmachvolle Niederlage.

Eine Auswahl nationaler Ergebnisse:

- **Deutschland:** Die Unionsparteien CDU/CSU bleiben trotz Verlusten stärkste Kraft mit 28,9 Prozent der Stimmen und 29 Mandaten (minus 5). Die Grünen überholen mit 20,5 Prozent Stimmenanteil erstmals bei einer bundesweiten Wahl die Sozialdemokraten. Die Grünen gewinnen 21 Mandate (plus 10). Die Sozialdemokraten (SPD) müssen sich mit 16 Sitzen (minus 11) begnügen. Es folgen die Alternative für Deutschland (AfD) mit 11 sowie die Linke und die Freien Demokraten mit je 5 Sitzen. Auf andere Parteien entfallen 9 Mandate.

- **Frankreich:** Das extrem rechte Rassemblement national (früher Front national) von Marine Le Pen gewinnt 23,34 Prozent der Stimmen und überholt knapp die von Staatspräsident Emmanuel Macron gegründete Partei La République en marche (22,42 Prozent). Beide Gruppierungen erhalten je 23 Mandate. Drittstärkste Kraft sind die Grünen (Europe Ecologie Les Verts) mit 13 Mandaten. Es folgen Les Républicains mit 8 sowie La France insoumise und der Parti socialiste mit je 6 Sitzen.
- **Italien:** Die rechtspopulistische Lega von Matteo Salvini ist triumphale Wahlsiegerin. Die Regierungspartei erobert mit rund 34 Prozent der Stimmen 29 Mandate. Zweitstärkste Kraft ist der oppositionelle Partito democratico mit 19 Sitzen. Das mitregierende Movimento 5 Stelle erhält 14 Sitze. Es folgen Forza Italia von Expremier Silvio Berlusconi mit 7 und die Fratelli d'Italia, die sich selbst als postfaschistisch bezeichnen, mit 6 Mandaten. Die Südtiroler Volkspartei erhält einen Sitz.
- **Grossbritannien:** Trotz geplantem Austritt aus der Europäischen Union wählt auch die britische Bevölkerung ihre Abgeordneten für das Europäische Parlament. Die Wahlen stehen ganz im Zeichen der Brexit-Debatte. Die im November 2018 von Nigel Farage gegründete Brexit Party gewinnt als stärkste Kraft rund 30 Prozent der Stimmen und 29 Mandate. Zu den Siegern gehören auch die Liberal Democrats mit fast 20 Prozent Stimmenanteil und 6 Mandaten (plus 15) sowie die Green Party mit 7 Sitzen (plus 4). Ein Debakel erleben die Labour Party mit rund 13 Prozent der Stimmen und 10 Mandaten (minus 10) und die regierende Conservative Party mit 8,79 Prozent der Stimmen und nur noch 4 Sitzen (minus 15). Für die Tories handelt es sich um das schlechteste Wahlergebnis seit 185 Jahren. Die Scottish National Party entsendet drei Abgeordnete.
- **Spanien:** Klare Wahlsieger sind die Sozialisten von Ministerpräsident Pedro Sánchez (*Sanchez*). Der Partido Socialista Obrero Español/PSOE erhält rund 32 Prozent der Stimmen und 20 Mandate (plus 6). Der konservative Partido Popular (PP) entsendet 12 Abgeordnete ins Europaparlament (minus 4). Drittstärkste Kraft sind die rechtsliberalen Ciudadanos mit 7 Mandaten (plus 5). Das Linksbündnis Unidas Podemos gewinnt 6 Mandate (minus 5). Drei Sitze erhält die rechtsradikale Partei Vox. Der im Exil lebende abgesetzte katalanische Regionalpräsident Carles Puigdemont gewinnt ein Mandat auf der Liste Lliures per Europa (Frei für Europa).
- **Polen:** Die nationalkonservative Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) erhält 42,4 Prozent der Stimmen und 23 Mandate. Die oppositionelle Sammelbewegung Europäische Koalition gewinnt mit 39,10 Prozent 22 Sitze.
- **Rumänien:** Debakel für die regierenden Sozialdemokraten. Sie erreichen mit einem Stimmenanteil von 15,1 Prozent nur den zweiten Platz und erhalten acht Mandate (minus 8). Wahlgewinnerin ist die Nationale Liberale Partei (PNL) mit einem Stimmenanteil von 27 Prozent und 10 Sitzen. Die Allianz 2020, bestehend aus der Union rettet Rumänien (USR) und der Partei der Freiheit, Einheit und Solidarität (PLUS), erhält acht Sitze.
- **Niederlande:** Spitzenplatz für die Sozialdemokraten: Die Partei der Arbeit (Partij van de Arbeid/PvdA) gewinnt 6 Mandate. Es folgen die rechtsliberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (Volkspartij voor Vrijheid en Democratie/VVD) und der Christlich-Demokratische Appell (Christen Democratische Appèl /CDA) mit je 4 Mandaten. Das rechtspopulistische Forum für Demokratie (Forum voor Democratie/FvD) von Thierry Baudet und die Grünen (GroenLinks) erhalten je 3 Sitze. Die rechtspopulistische Partei für Freiheit (Partij voor de Vrijheid/PVV) von Geert Wilders verliert ihre bisherigen 4 Sitze.
- **Belgien:** Die flämischen Nationalisten von der Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA) und die flämische rechtsradikale Partei Vlaams Belang erhalten als stärkste Kräfte je drei Sitze. Die Umweltparteien Ecolo und Groen gewinnen zusammen ebenfalls drei Sitze.
- **Griechenland:** Die oppositionelle konservative Nea Dimokratia überholt mit einem Stimmenanteil von 33,18 Prozent und sieben Mandaten die linke Regierungspartei Syriza, die sechs Sitze erhält. Ministerpräsident Alexis Tsipras kündigt wegen des schlechten Abschneidens seiner Partei vorgezogene Parlamentswahlen an.
- **Tschechien:** Die populistische Bewegung ANO von Ministerpräsident Andrej Babiš (*Babis*) ist Wahlsiegerin mit 21,18 Prozent Stimmenanteil und 6 Mandaten. Die zweitplatzierte konservative Demokratische Bürgerpartei (ODS) erhält 4 Sitze. Je drei Mandate gewinnen die Piraten und die Mitte-rechts-Partei Partei TOP 09. Die rechtsradikale Partei Freiheit und direkte Demokratie entsendet zwei Abgeordnete. Ein Debakel erleben die Sozialdemokraten (ČSSD). Sie verlieren ihre vier Sitze.
- **Slowakei:** Schlappe für die sozialdemokratische Regierungspartei Smer-SD. Sie wird von der Partei Progressive Slowakei (PS) von Staatspräsidentin Zuzanna Čaputová (*Caputova*) und der verbündeten liberalen Partei Spolu auf den zweiten Platz verdrängt. Das Bündnis Progressive Slowakei/Spolu erhält rund 20 Prozent der Stimmen und 4 Sitze. Die regierenden Sozialdemokraten müssen sich mit 15 Prozent begnügen und entsenden drei Abgeordnete. Die rechtspopulistische Partei Unsere Slowakei wird drittstärkste Kraft mit einem Stimmanteil von rund 12 Prozent und zwei Sitzen.
- **Ungarn:** Die nationalkonservativen Partei Fidesz-Ungarischer Bürgerbund (Fidesz-MPSZ) von Ministerpräsident Viktor Orbán (*Orban*) liegt klar an der Spitze. Sie erhält rund 52 Prozent der Stimmen und 13 Mandate. Die Demokratische Koalition unter Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány (*Gyurcsany*) gewinnt

als zweitstärkste Kraft 4 Mandate. Die liberale Bewegung Momentum erhält 2 Sitze. Die rechtsradikale Partei Jobbik verliert zwei Sitze und entsendet nur noch einen Abgeordneten.

- **Schweden:** Die Sozialdemokraten erhalten als stärkste Partei rund 23 Prozent der Stimmen und fünf Mandate. Die Moderate Sammlungspartei erhält 4 Sitze. Drittstärkste Kraft sind die rechtspopulistischen Schwedendemokraten mit 3 Mandaten. Die Grünen müssen sich mit 2 Mandaten begnügen (minus 2). Je zwei Abgeordnete entsenden die Zentrums- und die Christdemokraten.

- **Österreich** wählt mitten in einer Regierungskrise: Die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) von Bundeskanzler Sebastian Kurz erhält 34,55 Prozent der Stimmen und 7 Mandate. Die oppositionelle sozialdemokratische SPÖ erhält 5 und die rechtspopulistische Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) 3 Sitze. Es folgen die Grünen mit 2 Mandaten und die liberale Partei Neos mit einem Sitz.

- **Dänemark:** Die rechtspopulistische Volkspartei, bei der letzten Europa-Wahl 2014 stärkste Kraft, fällt auf den fünften Platz zurück. Die meisten Stimmen und je 3 Mandate erhalten die rechtsliberale Venstre und die Sozialdemokraten.

Belgien

Parlamentswahl in Belgien (**26.5.2019**): Die flämischen Nationalisten von der Nieuw-Vlaamse Alliantie (N-VA) gehen trotz 8 Sitzverlusten als stärkste Partei aus der Parlamentswahl hervor. Sie gewinnen 25 der 150 Mandate. Die flämische rechtsradikale Partei Vlaams Belang ist die eigentliche Wahlsiegerin (plus 15 Mandate) und ist mit 18 Sitzen drittstärkste Kraft nach dem wallonischen Parti Socialiste mit 20 (minus 3) Mandaten. Das wallonische Mouvement Réformateur verliert 6 Mandate und ist noch mit 14 Abgeordneten vertreten. Zu den Gewinnern gehören auch die Linksozialisten (Partij van de Arbeid/ Parti du Travail de Belgique) mit 12 (plus 10) und die Grünen (Ecolo/Groen) mit zusammen 21 Mandaten. Je 12 Abgeordnete haben die flämischen Liberalen (Open Vlaamse Liberalen en Democraten/Open VLD) und die flämischen Christdemokraten (Christen Democratisch en Vlaams/CD&V). Die Sozialistische Partij Anders (sp.a) muss sich mit 9 Mandaten (minus 4) und das Centre Démocrate Humaniste (cdh) mit 5 Abgeordneten (minus 4) begnügen.

Litauen

Der parteilose Wirtschaftsexperte Gitanas Nausėda (*Nausėda*) wird mit einem Stimmenanteil von 66 Prozent zum neuen litauischen Staatspräsidenten gewählt (**26.5.2019**).

Rumänien

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Rumäniens verlangen in einer Volksabstimmung mit 89 Prozent Ja-Stimmen eine härtere Bestrafung bei Korruptionsfällen. Ausserdem soll die Regierung keine Justizgesetze mehr zugunsten von Korruptionsverdächtigen ändern (**26.5.2019**).

Österreich

Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte Österreichs wird eine Bundesregierung durch ein Misstrauensvotum gestürzt. Das österreichische Parlament spricht Bundeskanzler Sebastian Kurz von der konservativen Volkspartei (ÖVP) und dessen Regierung das Misstrauen aus. Damit endet nach 525 Tagen die bisher kürzeste Kanzlerschaft. Für den Antrag der oppositionellen Sozialdemokratischen Partei (SPÖ) stimmte auch die rechtspopulistische Freiheitliche Partei (FPÖ), bis vor kurzem Koalitionspartner (**27.5.2019**).

Rumänien

Liviu Dragnea, einer mächtigsten Politiker Rumäniens, Chef der regierenden Sozialdemokraten, muss wegen Amtsmissbrauchs eine dreieinhalbjährige Gefängnisstrafe antreten (**27.5.2019**).

Lettland

Das lettische Parlament wählt Egils Levits, Richter des Europäischen Gerichtshofs, zum neuen Staatsoberhaupt (**29.5.2019**).

Israel

Der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu, obwohl Sieger der Parlamentswahl von Anfang April, scheitert mit der Regierungsbildung (**29.5.2019**). Im September muss neu gewählt werden.

Papua-Neuguinea

Der Premierminister von Papua-Neuguinea, Peter O'Neill, tritt zurück, um einem Misstrauensvotum im Parlament zuvorzukommen (**29.5.2019**). Er war fast acht Jahre im Amt. Neuer Regierungschef wird der bisherige Finanzminister James Marape von der Pangu Party.

Österreich

Österreich erhält erstmals eine Bundeskanzlerin. Bundespräsident Alexander Van der Bellen beauftragt Brigitte Bierlein, die bisherige Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs, mit der Bildung eines Übergangskabinetts (**30.5.2019**). Im September soll es vorgezogene Neuwahlen geben.

USA/Mexiko/Migranten/Migration

US-Präsident Donald Trump setzt Mexiko wegen des Migrationsstroms aus Zentralamerika Richtung USA unter Druck und droht, für alle Importe aus Mexiko Strafzölle von fünf Prozent zu erheben (**30.5.2019**). Trump zieht seine Drohungen jedoch bald darauf zurück.. Mexiko habe zugesagt, „entschieden“ gegen die Migrationsflut vorzugehen. .

USA

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe

In Virginia Beach (US-Staat Virginia) erschießt ein städtischer Angestellter zwölf seiner Kollegen (**31.5.2019**).

Deutschland

Eine Woche nach der Niederlage der deutschen Sozialdemokraten bei den Europawahlen gibt SPD-Chefin Andrea Nahles ihren Rücktritt vom Partei- und Fraktionsvorsitz ihrer Partei bekannt (**2.6.2019**).

Deutschland

Politischer Mord in Deutschland: Der Regierungspräsident von Kassel, Walter Lübcke, wird auf der Terrasse seines Wohnhauses erschossen (**2.6.2019**). Die Behörden gehen von einem rechtsextremistischen Hintergrund aus. Ein tatverdächtiger Rechtsextremist gesteht die Tat, widerruft jedoch später sein Geständnis.

Sudan

In der sudanesischen Hauptstadt Khartum werden über 100 Demonstranten von Angehörigen der berüchtigten Sondertruppe Rapid Support Forces getötet (**3.6.2019**).

Italien/EU

Die Kommission der Europäischen Union (EU) empfiehlt gegen Italien ein Defizitverfahren wegen der hohen Staatsverschuldung (**5.6.2019**). Einen Monat später macht die Kommission einen Rückzieher.

Dänemark

Die Parteien des oppositionellen linken Lagers gehen mit dem Gewinn von 91 Mandaten als Sieger aus der Parlamentswahl in Dänemark hervor. Die bisherigen, von der rechtspopulistischen Volkspartei unterstützten bürgerlichen Parteien der Minderheitsregierung von Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen erhalten 75 Mandate. Die Sozialdemokraten unter Führung von Mette Frederiksen gehen mit 25,9 Prozent Stimmenanteil und 48 Mandaten als stärkste Partei aus der Wahl hervor. Es folgen die liberale Venstre mit 43, die linksliberale Radikale Venstre und die rechtspopulistische Volkspartei mit je 16 Mandaten. Die Volkspartei, vor vier Jahren noch zweistärkste Partei, verliert 21 Sitze (**5.6.2019**).

Finnland

Der Sozialdemokrat Antti Rinne wird neuer finnischer Ministerpräsident. Seiner Mitte-links-Regierung gehören neben den Sozialdemokraten auch die Zentrumspartei, die Schwedische Volkspartei, die Grünen und das Linksbündnis (VAS) an (**6.6.2019**).

Grossbritannien

Theresa May legt ihr Amt als Vorsitzende der britischen Conservative Party nieder (**7.6.2019**). Sie hatte in ihrer eigenen Partei seit Monaten keinen ausreichenden Rückhalt für ihren Brexit-Kurs erhalten

Moldau

Machtkampf und Verfassungskrise in der Republik Moldau. Rund drei Monate nach der Parlamentswahl wählen die Abgeordneten Maia Sandu vom proeuropäischen Wahlbündnis Acum zur neuen Regierungschefin (**8.6.2019**). Sie bildet eine Koalition mit den prorussischen Sozialisten. Der einflussreiche Oligarch Vlad Plahotnice, Präsident der Demokratischen Partei, versucht mit allen Mitteln, auch mit Unterstützung des Verfassungsgerichts, die Einsetzung der neuen Regierung zu verhindern. Plahotnice geht jedoch als Verlierer aus dem Machtkampf hervor.

Kasachstan

In Kasachstan geht Übergangspräsident Kasym-Schomart Tokajew als klarer Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (**9.6.2019**). Tokajew ist Nachfolger des am 19.3. 2019 überraschend zurückgetretenen Staatsoberhauptes Nursultan Nasarbajew.

Hongkong/China

In Hongkong demonstrieren Hunderttausende Menschen gegen ein umstrittenes Auslieferungsgesetz. Laut diesem Gesetz können Verdächtige auf Ersuchen chinesischer Behörden aus Hongkong nach China ausgeliefert werden (**9.6.2019**). Die Proteste ziehen sich über Monate hin.

Belize/Guatemala/Internationaler Gerichtshof

Belize und Guatemala unterbreiten ihren Territorialstreit dem Internationalen Gerichtshof zur Beurteilung (**12.6.2019**). In Volksabstimmungen war dieser Schritt gutgeheissen worden: am 15.4.2018 in Guatemala und am 10.4.2019 in Belize.

Schweiz

Schweizweit fordern Hunderttausende Frauen die Gleichstellung der Geschlechter. Es handelt sich um den zweiten Frauenstreiktag nach 1991 (**14.6.2019**).

Ägypten

Der frühere ägyptische Staatspräsident Mohammed Mursi, seit Jahren im Gefängnis, stirbt an den Folgen eines Herzinfarkts (**17.6.2019**). Er war während einer Gerichtsverhandlung zusammengebrochen. Mursi war 2012 nach dem Sturz des Langzeitherrschers Hosni Mubarak als Kandidat der Muslimbrüder Sieger der ersten demokratischen Präsidentenwahl. Ein Jahr später wurde er von der Armee gestürzt.

Kryptowährungen/Libra

Facebook kündigt die Einführung einer Kryptowährung mit der Bezeichnung Libra an (18.6.2019). Libra soll sich als erste rein digitale „Weltwährung“ etablieren.

Europäischer Gerichtshof/EU/Deutschland

Der Europäische Gerichtshof kippt die von Deutschland geplante Einführung der Maut. Die Strassenverkehrsabgabe sei diskriminierend und widerrechtlich, heisst es in der Begründung (**18.6.2019**).

Flüchtlinge

Laut einem Bericht des UNO-Flüchtlingshochkommissariats (UNHCR) waren Ende 2018 weltweit fast 70 Millionen Menschen auf der Flucht (**19.6.2019**).

USA/Iran

Iranische Revolutionsgarden schiessen über der Meerenge von Hormuz eine US-Aufklärungsdrohne ab. US-Präsident Donald Trump stoppt einen geplanten Vergeltungsschlag gegen militärische Einrichtungen (**20.6.2019**).

Mauretanien

Demokratischer Wechsel im Präsidentenamt: Mohamed Ould Ghazouani geht als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (**22.6.2019**). Sein Vorgänger Mohamed Ould Abdel Aziz, Sieger der Präsidentenwahl von 2009 und 2014, war nach zwei Amtszeiten nicht mehr angetreten.

Tschechien

In Prag demonstrieren rund 250 000 Menschen gegen Ministerpräsident Andrej Babiš (*Babis*). Es handelt sich um die grösste Massenkundgebung in Prag seit der Wende von 1989 (**23.6.2019**).

Russland/Europarat

Russland erhält nach fünfjähriger Unterbrechung sein Stimmrecht in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zurück (**24.6.2019**). Wegen der Krim-Annexion hatte die Parlamentarische Versammlung des Europarats Russland das Stimmrecht entzogen. Moskau hatte wiederholt mit einem Austritt aus dem Europarat für den Fall gedroht, dass die Sanktionen gegen die russische Delegation aufrechterhalten bleiben.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Kushner-Plan

USA/Ägypten/Jordanien/Libanon

Jared Kushner, der Sohn von US-Präsident Donald Trump, und der US-Nahostbeauftragte Jason Greenblatt stellen an einer Tagung in der bahrainischen Hauptstadt Manama den wirtschaftlichen Teil ihres Plans zur Lösung des Palästina-Konflikts vor (25.6.2019). Der politische Teil des Plans soll zu einem späteren Zeitpunkt präsentiert werden. Der Kushner-Plan für Frieden durch Wohlstand sieht private und öffentliche Investitionen in Höhe von 50 Milliarden Dollar binnen zehn Jahren vor. Davon sollen 27,5 Milliarden Dollar ins Westjordanland und nach Gaza fliessen, 9,1 Milliarden nach Ägypten, 7,4 Milliarden nach Jordanien und 6,3 Milliarden nach Libanon. Die Konferenz wird von palästinensischen Politikern boykottiert.

Europarat/Kroatien

Die kroatische Aussenministerin Marija Pejčinović Burić (Pejcinovic Buric) wird Generalsekretärin des Europarates (**26.6.2019**).

Dänemark

Die sozialdemokratische Parteivorsitzende Mette Frederiksen wird neue dänische Ministerpräsidentin. Sie leitet mit Unterstützung von drei kleineren linken und grünen Parteien eine sozialdemokratische Minderheitsregierung (**27.6.2019**).

EU/Mercosur

Die Europäische Union und der südamerikanische Mercado Común del Sur (Mercosur) einigen sich grundsätzlich auf ein Handelsabkommen (**28.6.2019**). Die Verhandlungen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay hatten vor 20 Jahren begonnen. Das Abkommen stösst jedoch auf Bedenken. Die Ratifizierung wird auf die lange Bank geschoben.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der argentinische Comiczeichner Guillermo Mordillo stirbt im Alter von 86 Jahren (**29.6.2019**)

USA/Korea (Nordkorea)

US-Präsident Donald Trump und der nordkoreanische Machthaber Kim Jong Un treffen sich im Waffenstillstandsort Panmunjom. Bei dieser Gelegenheit überschreitet Trump als erster US-Präsident die Demarkationslinie und betritt kurz nordkoreanischen Boden (**30.6.2019**).

Iran/USA

Iran verletzt das internationale Atomabkommen von 2015 (**1.7.2019**). Die zulässige Menge an niedrig angereichertem Uran wird überschritten. Die nächste Eskalationsstufe folgt eine Woche später (7.7.2019). Der Uran-Anreicherungsgrad werde über die erlaubten 3,67 Prozent hinaus erhöht, verkündet ein Sprecher der iranischen Atomenergiebehörde. Iran reagiert damit auf die Sanktionspolitik der USA, die sich 2018 aus dem Abkommen zurückgezogen haben.

Schweiz/EU

Die Europäische Union (EU) lässt die Börsenäquivalenz mit der Schweiz – die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Schweizer Börsenreguliert – auslaufen. Die Schweiz ergreift Gegenmassnahmen (**1.7.2019**).

EU/Europäische Zentralbank

Deutschland/Niederlande/Belgien/Spanien/Frankreich

Überraschend einigen sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) auf Deutschlands Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen als neue EU-Kommissionschefin (**2.7.2019**).

Die Wahl durch das Europäische Parlament ist allerdings offen, da viele Abgeordnete Kritik an der Nichtberücksichtigung der Spitzenkandidaten der Fraktionen üben. Die Spitzenkandidaten der beiden grössten Fraktionen, der Deutsche Manfred Weber, Fraktionsvorsitzender der konservativen Europäischen Volkspartei, und der niederländische Sozialdemokrat und Erste Vizepräsident der EU-Kommission Frans Timmermans fanden keine Mehrheit im Gremium Staats- und Regierungschefs.

Neuer EU-Ratspräsident soll der belgische Premierminister Charles Michel und neuer EU-Aussenbeauftragter (Hoher Beauftragter für Aussen- und Sicherheitspolitik) der spanische Aussenminister Josep Borrell werden. Für den Vorsitz der Europäischen Zentralbank ist die Französin Christine Lagarde, bisher Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), vorgesehen.

Libyen

Bei einem Luftangriff auf ein Lager von Migrant*innen in der Nähe der libyschen Hauptstadt Tripolis kommen über 50 Menschen ums Leben (**2.7.2019**).

Sudan

Im krisengeschüttelten Sudan einigen sich rund drei Monate nach dem Armeeputsch der regierende Militärrat und die Anführer der zivilen Protestbewegung auf Bedingungen für eine gemeinsame Übergangsregierung (**5.7.2019**).

Griechenland

Machtwechsel in Griechenland (**7.7.2019**): Die konservative Partei Nea Dimokratia von Kyriakos Mitsotakis geht mit einem Stimmenanteil von 39,85 Prozent als Siegerin aus der Parlamentswahl hervor und gewinnt 158 der 300 Mandate (plus 83) und damit die absolute Mehrheit. Die bisher regierende Linkspartei Syriza von Alexis Tsipras erhält 86 Sitze (minus 59). Drittstärkste Kraft ist die neu gegründete Bewegung für den Wandel (Kinima Allagis/Kinal) – ein Zusammenschluss der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung Pasok und anderen Parteien – mit 22 Mandaten. Nicht mehr vertreten ist die rechtsextreme Goldene Morgenröte.

Deutschland

Die Deutsche Bank beschliesst einen radikalen Umbau. 18 000 Arbeitsplätze fallen weg (**7.7.2019**).

Afrikanische Union

Afrikanische Kontinentale Freihandelszone (AfCETA)

Bei einem Gipfeltreffen der Afrikanischen Union (AU) in Niamey (Niger) wird die 2018 beschlossene Afrikanische Kontinentale Freihandelszone (African Continental Free Trade Area/AfCETA) offiziell gestartet (**7.7.2019**). 52 Staaten haben die Vereinbarung inzwischen unterzeichnet

Griechenland

Griechenland erhält einen neuen Ministerpräsidenten: Kyriakos Mitsotakis von der konservativen Partei Nea Dimokratia (**8.7.2019**).

EU

Das Europäische Parlament wählt die christdemokratische Politikerin und bisherige deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen zur EU-Kommissionspräsidentin. Damit wird die EU-Kommission erstmals von einer Frau geleitet. Sie erhält 383 Stimmen, nur 9 Stimmen mehr als erforderlich (**16.7.2019**).

USA/Mexiko

Flüchtlinge/Migranten

Die USA verschärfen die Regelungen für Asylsuchende an der Grenze zu Mexiko. Wer durch einen Drittstaat in die USA gelangt, soll künftig kein Asyl mehr an der südlichen US-Grenze beantragen können. Damit soll die Anzahl der Asylbewerber aus Mittelamerika drastisch reduziert werden (**16.7.2019**).

Peru/USA/Brasilien

Der seit einigen Jahren in den USA lebende frühere peruanische Staatschef Alejandro Toledo wird in Kalifornien festgenommen (**16.7.2019**). Peru fordert seine Auslieferung. Toledo soll 20 Millionen Dollar Bestechungsgeld vom brasilianischen Baukonzern Odebrecht erhalten haben. Am 23. April 2023 wird er an Peru ausgeliefert.

USA/Iran/Grossbritannien/Saudiarabien

Golfregion

Iranische Revolutionsgarden setzen in der Strasse von Hormuz einen britischen Öltanker fest (**19.7.2019**). Anfang Juli hatten britische Marinesoldaten einen iranischen Öltanker vor Gibraltar aufgebracht.

Angesichts der angespannten Lage in der Golfregion verstärken die USA ihre Truppenpräsenz in der Krisenregion. 16 Jahre nach dem Abzug aus Saudiarabien werden dort wieder US-Truppen stationiert (**19.7.2019**). Inoffiziell ist von rund 500 Armeee Angehörigen die Rede. Sie sollen auf dem Prince Sultan Luftwaffenstützpunkt in Saudiarabien stationiert werden.

Ukraine

Die Partei des neuen ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski (Wolodymyr Selenskyj), Diener des Volkes (Sluha Narodu), geht als überlegene Siegerin aus der Parlamentswahl hervor. Sie sichert sich auf Anhieb mit einem Stimmenanteil von rund 43 Prozent 254 der 450 Mandate und damit die absolute Mehrheit. Zweitstärkste Kraft ist die prorussische Plattform Für das Leben mit 43 Sitzen. Es folgen die Partei Vaterland der früheren Regierungschefin Julia Timoschenko mit 26 und die Partei Europäische Solidarität des früheren Staatspräsidenten Petro Poroschenko mit 25 Mandaten (minus 107). Auch die Partei „Stimme“ des Rocksängers Swjatoslaw Wakartschuk schafft mit 20 Mandaten den Sprung ins Parlament (**21.7.2019**).

Grossbritannien

Der frühere britische Aussenminister Boris Johnson wird zum neuen Vorsitzenden der Conservative Party gewählt (**23.7.2019**). Bei der Briefwahl der Parteimitglieder der Tories erhält er zwei Drittel der Stimmen und liegt damit klar vor seinem Mitbewerber Jeremy Hunt.

Johnson wird als neuer Chef der regierenden Tories automatisch Premierminister und damit Nachfolger von Theresa May (24.7.2019). Er wolle den EU-Austritt (Brexit) „ohne Wenn und Aber“ bis zum 31. Oktober abwickeln, versichert der neue Premier. Die Regierung wird radikal umgebildet. Über die Hälfte des Kabinetts wird neu bestellt. Brexit-Hardliner übernehmen die Schlüsselposten.

Tunesien

Tunesien trauert um den ersten frei gewählten Präsidenten des Landes, den 92-jährigen Béji Caïd Essebsi (**25.7.2019**).

USA/Russland

Abrüstung/Rüstungskontrolle/INF-Vertrag

Der 1987 von den USA und der Sowjetunion geschlossene Vertrag über das Verbot atomarer Mittelstreckenraketen ist nach sechsmonatiger Kündigungsfrist endgültig ausgelaufen (**2.8.2019** – vgl. 1.2.2019).

USA

Gewalttaten: Gewalttaten mit Schusswaffen, Amokläufe

In einem Einkaufszentrum in der texanischen Grenzstadt El Paso werden 22 Menschen erschossen (**3.8.2019**). Ein 21-jähriger Mann wird verhaftet. Er soll aus Hass gegen Migranten die Gewalttat begangen haben. Bei einem weiteren Amoklauf in Dayton (US-Staat Ohio) kommen neun Menschen ums Leben. Der Täter wird von der Polizei erschossen (4.8.2019).

Indien/Jammu und Kaschmir

Kaschmir/Kaschmir-Konflikt

Pakistan

Dem indischen Unionsstaat Jammu und Kaschmir werden die Autonomierechte entzogen (**5.8.2019**). Die indische Regierung ergreift drastische Massnahmen, um Unruhen in Jammu und Kaschmir zu verhindern. Oppositionspolitiker werden unter Hausarrest gestellt. Ein Versammlungsverbot wird verhängt.

Der Dauerkonflikt um Kaschmir zwischen Indien und Pakistan spitzt sich wieder zu. Pakistan fordert den indischen Botschafter zum Verlassen des Landes auf.

Der Unionsstaat wird Ende Oktober in zwei Unionsterritorien unterteilt: Jammu und Kaschmir sowie Ladakh.

Italien

Flüchtlinge/Migranten

Der italienische Senat verschärft die Bestrafung von Seenotrettern, die Flüchtlinge und Migranten an Bord nehmen und sie dann unerlaubt in italienische Hoheitsgewässer fahren. Ein neues Sicherheitsgesetz schraubt die Geldstrafen

für den Kapitän des Schiffes von bisher 50 000 Euro auf bis zu einer Million Euro hoch. Zudem erlaubt es den Behörden, den Kapitän festzunehmen und das Schiff zu beschlagnahmen (**5.8.2019**).

USA/China

China wertet den Yuan auf den tiefsten Stand seit elf Jahren ab (**5.8.2019**). Erstmals seit 2008 kostet ein US-Dollar mehr als 7 Yuan. Die USA werfen China Währungsmanipulation vor.

Moçambique

Nach Jahren der Gewalt soll in Moçambique wieder Frieden herrschen. Staatspräsident Filipe Nyusi und der Vorsitzende der Oppositionspartei Resistência Nacional Moçambicana (Renamo), Ossufo Momade, unterzeichnen in Maputo ein Friedensabkommen (6.8.2019). Die Friedensvereinbarung von 1992 war 2013 nach erneuten militärischen Auseinandersetzungen von der Renamo-Führung aufgekündigt worden.

Italien

Nach 14 Monaten zerbricht in Italien das Regierungsbündnis zwischen der Lega und dem Movimento 5 Stelle. Lega-Chef und Innenminister Matteo Salvini verlangt eine Neuwahl. Die Koalition sei nicht mehr arbeitsfähig (**8.8.2019**).

Umwelt/Klima

Weltklimarat (IPCC)

Der Weltklimarat (IPCC) fordert eine Kehrtwende bei der Landnutzung. Und er warnt vor Hungerkrisen. Der Klimawandel bedrohe immer stärker die Ernährungssicherheit der Weltbevölkerung (**8.8.2019**).

Russland

Schätzungsweise 50 000 Menschen demonstrieren in Moskau gegen den Ausschluss unabhängiger Kandidaten vor der Wahl ins Moskauer Stadtparlament (**10.8.2019**).

Guatemala

In Guatemala gewinnt der konservative Politiker und Arzt Alejandro Giammattei, Generalsekretär der Partei Vamos, mit einem Stimmenanteil von 57,95 Prozent die Stichwahl um das Präsidentenamt. Die Wahlbeteiligung liegt bei nur 42 Prozent. Er gilt als Strohmann konservativer Unternehmer (**11.8.2019**).

Im Parlament ist die sozialdemokratische Unidad Nacional de la Esperanza (UNE) mit 52 der 160 Sitze stärkste Kraft vor Vamos mit 17 Mandaten.

Sudan

Entspannung im Sudan: Der regierende Militärrat und Vertreter der zivilen Opposition unterzeichnen ein Abkommen, das die Machtübergabe an einen Sovereign Council regelt, dem sechs Zivilisten und fünf Armeeangehörige angehören (**17.8.2019**). Der Sovereign Council soll das Land bis zu Wahlen in drei Jahren leiten. An der Spitze des Gremiums steht General Abdel Fattah al-Burham. Die Übergangsregierung (transitional government) wird von Abdullah Hamduk geleitet.

Afghanistan/Afghanistan-Konflikt

„Islamischer Staat“ (IS)

Bei einem Selbstmordanschlag auf eine Hochzeitsgesellschaft in der afghanischen Hauptstadt Kabul kommen über 60 Menschen ums Leben und über 180 Gäste werden verletzt (**17.8.2019**). Zum Anschlag bekennt sich die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS).

Italien

Der italienische Ministerpräsident Giuseppe Conte tritt zurück. Damit scheitert nach rund 14 Monaten die aus der rechten Lega und dem Movimento 5 Stelle gebildete erste populistische Regierung des Landes (**20.8.2019**). Der parteilose Conte wirft dem Lega-Chef Matteo Salvini vor, Italien aus wahltaktischen Interessen in eine schwere Krise gestürzt zu haben.

USA/Dänemark/Grönland

US-Präsident Donald Trump sagt einen für Anfang September geplanten Staatsbesuch in Dänemark ab (**20.8.2019**). Trump hat Interesse am Erwerb der zu Dänemark gehörenden Arktisinsel Grönland bekundet und damit in Dänemark und Grönland für Irritationen gesorgt.

Brasilien/Bolivien

Katastrophen/Waldbrände und Buschbrände/Amazonien

Im Amazonasgebiet, vor allem in Brasilien und Bolivien, wüten Tausende Waldbrände. Der brasilianische Staatschef Jair Bolsonaro kündigt nach anfänglichem Zögern und unter internationalem Druck den Einsatz von Streitkräften gegen die Waldbrände und ein hartes Durchgreifen gegen Brandstifter an (23.8.2019). Nach Verlautbarungen von Umweltschützern werden die meisten Brände von Farmern gelegt, um Weideland zu schaffen.

Grossbritannien/EU

Zwei Monate vor dem geplanten Austritt Grossbritanniens aus der Europäischen Union (Brexit) kündigt Premierminister Boris Johnson eine knapp fünfwöchige Zwangspause des Unterhauses an, um die Brexit-Gegner auszubremsen. Unterhaus-Speaker John Bercow spricht von einem „verfassungsrechtlichen Frevel“. Es sei

offensichtlich, dass die Regierung das Parlament davon abhalten wolle, über den Brexit zu debattieren. Mehr als eine Million Menschen unterzeichnen eine Online-Petition, um gegen den Entscheid Johnsons zu protestieren (**28.8.2019**).

Italien

Neues Regierungsbündnis in Italien: Nach dem Bruch des Regierungsbündnisses mit der Lega verbündet sich das Movimento 5 Stelle mit dem sozialdemokratischen Partito democratico (**28.8.2019**). Der bisherige Regierungschef Giuseppe Conte erhält den Auftrag zur Regierungsbildung und das Vertrauen beider Parlamentskammern.

Ukraine

Der 35-jährige Rechtsanwalt Oleksi Hontscharuk wird neuer ukrainischer Ministerpräsident (**29.8.2019**). Er ist der bisher jüngste ukrainische Regierungschef.

Krankheiten/Seuchen/Epidemien

Ebola

Kongo-Kinshasa

Die vor einem Jahr im Osten von Kongo-Kinshasa ausgebrochene Ebola-Epidemie hat über 2000 Tote gefordert (**30.8.2019**).

Deutschland/Brandenburg/Sachsen

Die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) erzielt bei den Landtagswahlen in den deutschen Bundesländern Brandenburg und Sachsen hohe Zugewinne, wird aber nicht stärkste Kraft. In Brandenburg bleibt die Sozialdemokratische Partei (SPD), in Sachsen die Christlich-Demokratische Union (CDU) in Führung (**1.9.2019**).

Bahamas

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Der Wirbelsturm „Dorian“ verwüstet weite Gebiete des karibischen Inselstaats Bahamas. Besonders betroffen sind die Abaco-Inseln und Grand Bahama. Zahlreiche Dörfer sind fast vollständig zerstört (19.1.2019).

Grossbritannien/EU

Niederlage für den britischen Premierminister Boris Johnson (**4.9.2019**): Das Unterhaus verabschiedet ein Gesetz gegen einen No-Deal-Brexit. Um einen Austritt aus der Europäischen Union (EU) ohne Abkommen zu verhindern, fordert eine Allianz aus Oppositionellen und konservativen Rebellen Johnson auf, bei der EU eine Verschiebung der Brexit-Frist zu beantragen, falls bis Mitte Oktober kein abgeänderter Austrittsvertrag vorliegt. Nach der Abstimmungsniederlage wird 21 Tory-Rebellen – unter ihnen sieben ehemalige Minister und Nicholas Soames, Enkel von Winston Churchill – von der Fraktionsführung das Mandat entzogen. Das Gesetz wird auch vom Oberhaus gutgeheissen (6.9.2019).

Amazonien/Pacto de Leticia

Sieben südamerikanische Staaten – Bolivien, Brasilien, Ecuador, Guyana, Kolumbien, Peru und Suriname – vereinbaren im Pacto de Leticia eine gemeinsame Strategie zum Schutz des Amazonas-Regenwaldes (**6.9.2019**).

Simbabwe

Der ehemalige simbabwische Machthaber Robert Mugabe stirbt 95-jährig (**6.9.2019**). Mugabe regierte Simbabwe nach Erlangung der international anerkannten Unabhängigkeit im Jahr 1980 37 Jahre lang.

Georgien

Neuer Ministerpräsident in Georgien: Giorgi Gachria von der Regierungspartei Georgischer Traum übernimmt die Führung der Regierung (**8.9.2019**).

USA

US-Präsident Donald Trump entlässt seinen Sicherheitsberater John Bolton (**10.9.2019**).

Saudiarabien/Jemen/Jemen-Konflikt

Angriffe mit Drohnen und Cruise Missiles auf die saudische Erdölindustrie (**14.9.2019**). Attackiert werden die grösste Anlage zur Verarbeitung von Rohöl in Abkaik und das zweitgrösste Erdölfeld in Khurais. Zu den Angriffen bekennen sich die jemenitischen Huthi-Rebellen. Unter Verdacht steht Iran. Nach eigenen Angaben muss Saudiarabien die Erdölproduktion wegen der entstandenen Schäden halbieren. Die Rede ist von einem täglichen Erdöllieferausfall von 5,7 Millionen Barrel.

Salomonen

China (Republik China/Taiwan)

China (Volksrepublik China)

Der Ministerpräsident der Salomonen, Manasseh Sogavre, beschliesst mit der Volksrepublik China diplomatische Beziehungen aufzunehmen und das bisherige diplomatische Verhältnis mit Taiwan abzubrechen (**16.9.2019**).

Israel

Nach rund fünf Monaten finden in Israel erneut Parlamentswahlen statt (17.9.2019). Die von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu erhoffte Stärkung seiner Likud-Partei bleibt aus. Weder Netanyahus Likud und die mit ihm

verbündeten Parteien noch das Mitte-rechts-Bündnis Blau-Weiss von Benny Gantz erreichen eine regierungsfähige Mehrheit. Blau-Weiss wird stärkste Kraft mit 33 von 120 Sitzen. Es folgen Likud mit 32 und die Vereinte Liste (arabische Parteien) mit 13 Mandaten. Zu den Gewinnern gehört Israel Beitenu (Unser Haus Israel), die säkular-nationalistische Partei von Avigdor Lieberman, mit 8 Mandaten.

Italien

Der frühere italienische Ministerpräsident Matteo Renzi tritt aus dem sozialdemokratischen Partito Democratico aus und gründet eine eigene Partei: Italia Viva (**18.9.2019**).

Umwelt/Klima

Fridays for Future

Die globale Massenbewegung Fridays for Future bleibt aktiv: Erneut gehen weltweit Hunderttausende Menschen für einen entschiedeneren Kampf gegen die Erderwärmung auf die Strasse (**20.9.2019**).

Grossbritannien

Das oberste britische Gericht verurteilt die von Premierminister Boris Johnson verhängte fünfwöchige Suspendierung des Parlaments als rechtswidrig. Die Vertagung sei „null und nichtig“. Der Speaker des Unterhauses ordnet die Wiederaufnahme des Parlamentsbetriebs an (**24.9.2019**).

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Die bulgarische Ökonomin und frühere EU-Kommissarin Kristalina Georgiewa wird neue Direktorin des Internationalen Währungsfonds/IWF (**25.9.2019**). Sie tritt die Nachfolge von Christine Lagarde an, die nach acht Jahren an die Spitze der Europäischen Zentralbank wechselt.

USA/Ukraine

Ukraine-Affäre

Die US-Demokraten leiten erste Schritte für eine Impeachment-Untersuchung gegen Präsident Donald Trump ein. Sie werfen dem Präsidenten Machtmissbrauch vor. Anlass für die Untersuchung ist die Mitschrift eines Gesprächs zwischen Trump und dem ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski (Wolodymyr Selenskyj). Danach bat Trump den ukrainischen Staatsschef um Ermittlungen gegen den früheren Vizepräsidenten und jetzigen demokratischen Präsidentschaftskandidaten Joe Biden und dessen Sohn Hunter Biden (**24.9.2019**). Bidens Sohn war in der Ukraine geschäftlich aktiv. Das Weisse Haus soll versucht haben, die Mitschrift des Telefonats unter Verschluss zu halten.

Afghanistan

In Afghanistan finden Präsidentschaftswahlen statt (**28.9.2019**). Die Auszählung nimmt Monate in Anspruch. Erst Mitte Februar 2020 bestätigt die Unabhängige Wahlkommission die Wiederwahl von Amtsinhaber Ashraf Ghani mit einem Stimmenanteil von 50,64 Prozent (18.2.2020). Abdullah Abdullah, Mitbewerber um das Präsidentenamt, anerkennt das Ergebnis nicht.

Österreich

Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) von Sebastian Kurz geht als klare Siegerin aus der vorgezogenen Parlamentswahl hervor (**29.9.2019**). Mit einem Stimmenanteil von 37,5 Prozent (plus 6,0 Prozentpunkte) liegt sie mit grossem Abstand vor allen anderen Parteien. Zu den Gewinnern gehören auch die Grünen mit 13,9 Prozent Stimmenanteil (plus 10,1 Prozentpunkte). Wahlverlierer sind die Sozialdemokratische Partei (SPÖ) und die rechtspopulistische Freiheitliche Partei (FPÖ). Die Sozialdemokraten erzielen mit 21,2 Prozent (minus 5,7 Prozentpunkte) ihr schlechtestes Ergebnis seit 1945. Die Freiheitlichen, Regierungspartner der ÖVP bis zum Bruch der Koalition am 18. Mai 2019, erhalten 16,2 Prozent (minus 9,8 Prozentpunkte). Der Nationalrat setzt sich neu wie folgt zusammen: ÖVP: 71 (plus 9), SPÖ: 40 (minus 12), FPÖ: 31 (minus 20), Grüne 26 (plus 26), Neos: 15 (plus 5). Nicht mehr vertreten ist die Liste Peter Pilz.

Peru

Nach Streitigkeiten mit dem Parlament löst der peruanische Staatspräsident Martín Vizcarra das Parlament auf (**30.9.2019**).

Irak

In Bagdad und anderen irakischen Städten vor allem im Süden des Landes bricht eine Protestwelle gegen Korruption und Misswirtschaft aus (**1.10.2019**). Innert vier Tagen kommen über 90 Menschen ums Leben.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der tschechische Sänger Karel Gott – die «goldene Stimme aus Prag» – stirbt im Alter von 80 Jahren (**1.10.2019**).

EU/USA/WTO

Der Handelsstreit zwischen den USA und der Europäischen Union (EU) spitzt sich zu. Laut einem Beschluss der Welthandelsorganisation (WTO) können die USA Strafzölle auf EU-Waren im Wert von jährlich 7,5 Milliarden Euro erheben (**2.10.2019**). Dies wegen rechtswidrigen Subventionen, die der europäische Flugzeughersteller Airbus jahrelang erhalten hatte. Umgehend kündigen die USA Zollaufschläge auf Flugzeuge und andere Waren an.

Ecuador

Aufruhr und Ausnahmezustand in Ecuador: Wegen massiver Proteste gegen die Erhöhung der Treibstoffpreise – Streichung der Treibstoffsubventionen – verhängt Staatspräsident Lenín Moreno über das ganze Land den Ausnahmezustand (**3.10.2019**). Nach tagelangen schweren Unruhen zieht die Regierung das Dekret über die Treibstoffpreiserhöhung zurück.

Portugal

In Portugal gewinnt die regierende Sozialistische Partei (Partido Socialista/PS) von Ministerpräsident António Costa die Parlamentswahl (**6.10.2019**). Sie ist mit 108 Mandaten (plus 22) klar die führende Kraft. Die konservativ-liberale Sozialdemokratische Partei (Partido Social Democrata/PSD) verliert 10 Sitze. Sie hat noch 79 Abgeordnete. Drittstärkste Kraft ist wie bisher der Linksblock (Bloco de Esquerda/B.E.) mit 19 Sitzen. 12 Mandate gewinnt die Demokratische Einheitskoalition (Coligação Democrática Unitária/CDU). Die konservative Volkspartei (CDS/PP) muss sich mit 5 Mandaten (minus 13) begnügen.

Tunesien

Die islamistische Partei Ennahda geht mit 52 Mandaten als stärkste Kraft aus der Parlamentswahl in Tunesien hervor, muss jedoch im Vergleich zu den Wahlen von 2014 17 Sitzverluste in Kauf nehmen (**6.10.2019**). An zweiter Stelle liegt Qalb Tounes, die Partei des zum Zeitpunkt der Wahlen inhaftierten Medienunternehmers Nabul Karoui, die auf Anhieb 38 Sitze gewinnt. Die etablierten Parteien verlieren an Zustimmung. Nidaa Tounes, die sekuläre Siegerpartei von 2014, erlebt ein Debakel. Sie hat nur noch 3 Mandate (minus 83).

Kosovo

Denkzettel für die bisher dominierenden kosovarischen Politiker mit Kriegserfahrung in der ehemaligen Kosovo-Befreiungsarmee UÇK. Die Opposition geht als Siegerin aus der Parlamentswahl in Kosovo hervor (**6.10.2019**). Die linksnationale Bewegung Vetëvendosje (Selbstbestimmung) von Albin Kurti erhält mit rund 25 Prozent die meisten Stimmen und 31 der 120 Mandate. Knapp dahinter liegt die Demokratische Liga (LDK) mit der Spitzenkandidatin Vjosa Osmani mit 30 Mandaten. Die seit 12 Jahren an der Macht beteiligte, von Staatspräsident Hashim Thaçi gegründete Demokratische Partei Kosovos, wird drittstärkste Kraft mit 25 Sitzen. Mit dem vierten Platz und 14 Sitzen muss sich die Allianz für die Zukunft Kosovos des bisherigen Ministerpräsidenten Ramush Haradinaj begnügen.

Syrien/Syrien-Konflikt

Türkei/Kurden/USA

Die Türkei startet eine Militäroperation im nordsyrischen, von kurdischen Milizen kontrollierten Grenzgebiet (**9.10.2019**). Die Operation „Friedensquelle“ richtet sich gegen die Kurdenmiliz YPG, die in der Türkei als Terrororganisation gilt.

US-Präsident Donald Trump hatte zuvor (6.10.2019) den Rückzug der US-Militärs aus dem Grenzgebiet angekündigt. Die Erdölfelder im Nordosten Syriens sollen unter militärischen Schutz der USA gestellt werden. Kritiker werfen US-Präsident Donald Trump Verrat an den Kurden vor, dem einstigen Verbündeten im Kampf gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS).

Zehntausende Menschen flüchten nach Beginn des türkischen Einmarschs. Es handelt sich um dritte türkische Intervention auf syrischem Gebiet nach 2016 und 2018. Die Türkei plant die Errichtung einer 30 Kilometer tiefen Sicherheitszone auf nordsyrischem Territorium. Geplant ist die Umsiedlung syrischer Flüchtlinge in diese Zone.

Deutschland

In Halle, im deutschen Bundesland Sachsen-Anhalt, versucht ein 27-jähriger Rechtsextremist die Synagoge zu stürmen. Die Türen der Synagoge, in der Dutzende Gläubige Jom Kippur feiern, halten dem Angriff stand. Der Täter erschießt zwei Passanten (**9.10.2019**).

Rumänien

Das rumänische Parlament entzieht der Regierung von Ministerpräsidentin Viorica Dăncilă (*Dancila*) das Vertrauen. Sechs Oppositionsparteien hatten einen Misstrauensantrag eingebracht (**10.10.2019**).

Polen

Klarer Sieger der Parlamentswahl in Polen ist die regierende nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS). Sie gewinnt mit einem Stimmenanteil von 43,6 Prozent (plus 6 Prozentpunkte) wie bisher 235 Mandaten und damit erneut die absolute Mehrheit. Zweitstärkste Kraft ist die liberalkonservative Bürgerkoalition (KO) der ehemaligen Regierungspartei Bürgerkoalition (PO) mit einem Stimmenanteil von 27,4 Prozent und 134 Mandaten. Es folgen das Linksbündnis Lewica (SLD) mit 49 Sitzen, die konservative Polnische Koalition der Bauernpartei (PSL-KP) mit 30 und die rechtspopulistische Konföderation mit 11 Mandaten (**13.10.2019**).

Tunesien

In Tunesien geht der parteilose Verfassungsrechtler Kaïs Saïed (Saïed) mit einem Stimmanteil von 72 Prozent als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor (**13.10.2019**).

Syrien/Kurden /Türkei

Die wegen der türkischen Offensive im nordsyrischen Grenzgebiet in Bedrängnis geratenen Kurden erhalten gemäss einer Übereinkunft zwischen dem Regime von Präsident Bashar al-Assad und den von der Kurdenmiliz YPG

angeführten Syrian Democratic Forces (SDF) militärische Unterstützung von der syrischen Armee (**13.10.2019**). Syrische Truppen werden in den Nordosten des Landes entsandt.

Spanien/Katalonien

Das Oberste Gericht Spaniens verurteilt neun von zwölf angeklagten katalanischen Separatistenführern wegen „Aufstands“ und Veruntreuung öffentlicher Gelder zu Haftstrafen bis zu 13 Jahren (**14.10.2019**). Die Urteile lösen heftige Reaktionen aus. In Barcelona nehmen Hunderttausende Menschen an einer Protestkundgebung teil (**18.10.2019**).

EU/Grossbritannien

Die Europäische Union (EU) und Grossbritannien einigen sich auf einen neuen Brexit-Deal, der von der EU-Gipfelkonferenz gutgeheissen wird. Der Umgang mit der künftigen EU-Aussengrenze in Irland wird neu geregelt. Es wird keine Zollkontrollen auf der inneririschen Grenze geben. Neu soll die Zollgrenze in der Irischen See verlaufen. Die bisher im Austrittsvertrag vorgesehene Zollunion zwischen ganz Großbritannien und der EU entfällt. Stattdessen soll es eine Art Zollpartnerschaft zwischen Nordirland und der EU geben (**17.10.2019**).

EU/Nordmazedonien/Albanien

Die Gipfelkonferenz der Europäischen Union (EU) kann sich nicht auf die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien einigen. Frankreich, Dänemark und die Niederlande lehnen den Start von Beitrittsgesprächen ab (**18.10.2019**).

Chile

Die chilenische Regierung verhängt nach gewalttätigen Ausschreitungen den Ausnahmezustand über die Hauptstadt Santiago sowie eine nächtliche Ausgangssperre und ordnet den Einsatz der Armee an (**18.10.2019**). Der Ausnahmezustand wird später auf andere Regionen ausgeweitet. Ausgelöst werden die Unruhen, bei denen mehrere Menschen ums Leben kommen, durch eine Anhebung der U-Bahn-Fahrpreise.

Schweiz

Grüne Welle bei den Nationalratswahlen in der Schweiz (**20.10.2019**): Die Grünen und die Grünliberalen sind die grossen Wahlsieger. Die Rechtsbürgerlichen verlieren ihre Mehrheit. Die Grünen werden dank 17 zusätzlichen Sitzen viertstärkste Kraft. Alle vier Bundesratsparteien verlieren Mandate. Die Schweizerische Volkspartei (SVP) bleibt stärkste Partei, muss aber 12 Sitzverluste in Kauf nehmen. Die Sozialdemokraten (SP) verzeichnen mit 16,8 Prozent den tiefsten Wähleranteil seit 1919. Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) verliert ihre Fraktionsstärke. Trotz Einbussen kann die Schweizerische Volkspartei (SVP) mit einem Stimmenanteil von 25,6 Prozent (minus 3,8 Prozentpunkte) und 53 Sitzen (minus 12) den Spitzenplatz klar behaupten. Zweitstärkste Kraft sind die Sozialdemokraten (SP) mit 16,8 Prozent (minus 2 Prozentpunkte) und 39 Mandaten (minus 4). Es folgen die Freisinnigen (FDP.Die Liberalen) mit 29 Mandaten (minus 4), die Grünen mit 28 (plus 17), die Christdemokraten (Christlichdemokratische Volkspartei/CVP) mit 25 (minus 2) und die Grünliberale Partei (GLP) mit 16 Mandaten (plus 9). Die BDP hat nur noch 3 Sitze (minus 4). Sieben Mandate entfallen auf andere Parteien.

Für Aufsehen sorgen auch die Ständeratswahlen: Seit über 100 Jahren wurden noch nie so viele Frauen und neue Ratsmitglieder gewählt. Mit zwölf Ständerätinnen ist der Frauenanteil so hoch wie noch nie. 23 Ratsmitglieder, genau die Hälfte des Gremiums, sind neu. Die Christdemokraten (CVP) bleiben stärkste Kraft vor den Freisinnigen (FDP.Die Liberalen). Die Grünen legen um vier Mandate zu, die Sozialdemokraten (SP) verlieren drei Sitze. Die 46 Mandate verteilen sich wie folgt: Christdemokraten (CVP): 13 (unv.), FDP.Die Liberalen: 12 (minus 1), Sozialdemokraten (SP): 9 (minus 3), Schweizerische Volkspartei (SVP): 6 (plus 1.), Grüne 5 (plus 4.), Parteilos: 1 (unv.). Die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) ist nicht mehr vertreten.

Bolivien

In Bolivien strebt Staatschef Evo Morales zum vierten Mal in Folge seine Wiederwahl an. Morales sieht sich als Sieger der Präsidentenwahl mit einem Stimmenanteil von 47,08 Prozent (**20.10.2019**). Sein Konkurrent Carlos Mesa erhebt Betrugsvorwürfe. Es kommt zu schweren Unruhen.

Kanada

Bei der Parlamentswahl in Kanada bleibt die Liberal Party von Premierminister Justin Trudeau stärkste Kraft, verliert aber ihre bisherige absolute Mehrheit (**21.10.2019**). Sie gewinnt 157 (minus 27) der insgesamt 338 Sitze. Die oppositionelle Conservative Party erhält 121 Mandate (plus 22). Der Bloc québécois erlebt ein Comeback und wird mit 32 (plus 22) Abgeordneten die drittstärkste Kraft. Die sozialdemokratische New Democratic Party ist mit 24 (minus 20) Abgeordneten vertreten.

Syrien/Türkei/Russland

Russland und die Türkei wollen nach dem Rückzug der Kurden aus dem Grenzgebiet im Nordosten Syriens mit gemeinsamen Patrouillen die Sicherheitszone entlang der Grenze kontrollieren. Die kurdischen YPG-Milizen müssen sich entlang der gesamten türkisch-syrischen Grenze um 30 Kilometer zurückziehen. Darauf einigen sich der russische Präsident Wladimir Putin und der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdoğan (*Erdogan*) bei Gesprächen in Sotschi (**22.10.2019**).

Chile

Chiles Präsident Sebastián Piñera (*Piñera*) entlässt seine gesamte Regierung (**26.10.2019**). Er reagiert damit auf die seit mehr als einer Woche anhaltenden Massenproteste gegen Sparmassnahmen und soziale Ungleichheit.

Deutschland

Im Thüringen gewinnt die Linke unter Führung von Ministerpräsident Bodo Ramelow die Landtagswahl und wird erstmals stärkste Kraft in einem deutschen Bundesland (**27.10.2019**). Mit seiner rot-rot-grünen Koalition kann er allerdings nicht weiterregieren, da dieses Bündnis keine Mehrheit mehr hat. Die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) wird zweitstärkste Partei und überholt die Christlich-Demokratische Union (CDU).

Argentinien

In Argentinien kehren die Peronisten nach vierjährigem Unterbruch wieder zurück an die Macht (**27.10.2019**). Sieger der Präsidentenwahl mit 48,24 Prozent der Stimmen ist Alberto Fernández (*Fernandez*) vom Bündnis Frente de Todos. Auch die frühere Staatschefin Cristina Fernández de Kirchner (*Fernandez de Kirchner*) ist als Vizepräsidenten wieder an den Schalthebeln der Macht. Der abgewählte rechtsliberale Präsident Mauricio Macri erhält 40,28 Prozent der Stimmen.

Im Abgeordnetenhaus ist der peronistische Frente de Todos mit 120 und das Bündnis Juntos per el Cambio mit 116 der insgesamt 257 Mandate vertreten. Im Senat haben die Peronisten mit 41 der 72 Sitze die Mehrheit.

Belgien

Mit Sophie Wilmès erhält Belgien erstmals eine Regierungschefin. Die liberale Politikerin vom frankophonen Mouvement Réformateur (MR) ist geschäftsführende Premierministerin und übernimmt die Nachfolge des scheidenden geschäftsführenden Ministerpräsidenten Charles Michel (**27.10.2019**).

„Islamischer Staat“ (IS)/USA

Abu Bakr al-Baghdadi, der Anführer der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS), ist tot. Nach Angaben von US-Präsident Donald Trump kam er im Nordwesten Syriens beim Anrücken von US-Spezialeinheiten durch Zündung einer Sprengweste ums Leben (**27.10.2019**). Baghdadi ernannte sich 2014 zum Kalifen des „Islamischen Staates“.

USA

Katastrophen/Waldbrände und Buschbrände

In Kalifornien wüten verheerende Waldbrände. Hunderttausende Menschen müssen evakuiert werden. Der Gouverneur verhängt den Notstand (**27.10.2019**).

Grossbritannien/EU

Der für den 31. Oktober 2019 geplante Austritt Grossbritanniens aus der Europäischen Union (EU) wird erneut verschoben. Die Staaten der Europäischen Union gewähren Grossbritannien einen weiteren, flexiblen Brexit-Aufschub bis Ende Januar 2020 (**28.10.2019**). Das britische Unterhaus stimmt am Tag darauf (29.10.2019) vorgezogenen Neuwahlen am 12. Dezember zu.

Der erste Brexit-Termin wurde Ende März 2019 verschoben. Der britische Premierminister Boris Johnson wollte unbedingt am Brexit-Termin 31. Oktober festhalten, musste aber auf Druck des Unterhauses eine Verschiebung beantragen.

Libanon

Nach Massenprotesten gegen Misswirtschaft und Korruption kündigt der libanesische Ministerpräsident Saad Hariri seinen Rücktritt an (**29.10.2019**).

USA

Ukraine-Affäre

Erstmals seit Beginn der Ermittlungen für ein mögliches Amtsenthebungsverfahren gegen US-Präsident Donald Trump hat sich das Repräsentantenhaus in einem förmlichen Beschluss hinter die Untersuchungen gestellt. Das Repräsentantenhaus billigt mit 231 gegen 196 Stimmen Regeln für die weiteren Untersuchungen in der Ukraine-Affäre (**31.10.2019**). Die Demokraten werfen Trump vor, sein Amt missbraucht zu haben, um die ukrainische Regierung dazu zu bewegen, sich zu seinen Gunsten in den US-Wahlkampf einzumischen und gegen den Präsidentschaftsbewerber Joe Biden und dessen früher für eine ukrainische Gasfirma tätigen Sohn zu ermitteln. Trump soll dabei die Zurückhaltung von Militärhilfe von 391 Millionen Dollar als Druckmittel eingesetzt haben.

EU/Europäische Zentralbank

Die Französin Christine Lagarde, bisher Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), übernimmt von Mario Draghi die Führung der Europäischen Zentralbank (**1.11.2019**).

Russland

In Russland tritt das Gesetz über ein eigenständiges Internet in Kraft. Kritiker befürchten, dass mit der Einführung eines Internets unter staatlicher Kontrolle die Meinungsfreiheit eingeschränkt wird (**1.11.2019**).

Rumänien

Ludovic Orban von der konservativen Nationalen Liberalen Partei (PNL) wird neuer rumänischer Ministerpräsident. Er leitet eine Minderheitsregierung (**4.11.2019**).

Jemen/Jemen-Konflikt

Die international anerkannte Regierung von Jemen und die südjemenitischen Separatisten einigen sich auf ein Friedensabkommen. Vertreter des südjemenitischen Übergangsrates Southern Transitional Council (STC) sollen in die jemenitische Regierung aufgenommen und die bewaffneten Kräfte in die Armee integriert werden (**5.11.2019**).

Frankreich/Nato

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron übt in einem Interview heftige Kritik am Zustand der Nato. „Was wir derzeit erleben ist der Hirntod der Nato“, meint Macron (**7.11.2019**).

Spanien

Nach gescheiterten Bemühungen zur Bildung einer neuen Regierung finden in Spanien zum zweiten Mal im laufenden Jahr und zum vierten Mal innert vier Jahren Parlamentswahlen statt (**10.11.2019**). Weder das rechte noch das linke Lager erringt eine Mehrheit. Die Sozialisten (Partido Socialista Obrero Español/PSOE) von Ministerpräsident Pedro Sánchez (*Sanchez*) werden mit einem Stimmanteil von 28 Prozent und 120 (minus 3) der 350 Mandate wieder stärkste Partei vor dem konservativen Partido Popular (PP) mit 20,85 Prozent und 88 Mandaten (plus 22). Eigentliche Wahlsiegerin ist die rechtsradikale Partei Vox, die ihren Anteil an Mandaten um 28 auf 52 erhöht und damit drittstärkste Kraft wird. Das Linksbündnis Unidas Podemos gewinnt 37 Mandate (minus 7). Die schwersten Verluste erleiden die rechtsliberalen Ciudadanos. Sie verlieren 47 Mandate und entsenden noch zehn Vertreter in die Abgeordnetenkammer (Congreso de los Diputados).

Bolivien

Nach schweren Unruhen erklärt der bolivianische Präsident Evo Morales seinen Rücktritt (**10.11.2019**). Morales war das erste indigene Staatsoberhaupt Boliviens und seit Januar 2006 im Amt. Betrugsvorwürfe überschatteten seine am 20. Oktober 2019 angestrebte Wiederwahl. Morales setzt sich nach Mexiko ab. Die zweite stellvertretende Senatsvorsitzende Jeanine Áñez (*Anez*) wird Interimspräsidentin. Rund zwei Wochen später ebnet das Parlament den Weg für Neuwahlen. Morales darf nicht kandidieren. Die Wahlen vom 20. Oktober werden für ungültig erklärt.

Moldau

In Moldau zerbricht die Koalitionsregierung von Ministerpräsidentin Maia Sandu an einem Misstrauensvotum im Parlament (**12.11.2019**). Neuer Regierungschef wird der frühere Finanzminister Ion Chicu.

Italien

Katastrophen/Unwetter/Überschwemmungen

Die italienische Regierung ruft für Venedig den Notstand aus (**14.11.2019**). Venedig erlebt das schwerste Hochwasser seit Jahrzehnten. Der Wasserpegel erreicht mit 1,87 Meter den höchsten Stand seit 1966.

Iran

Treibstoffpreiserhöhungen lösen in Iran landesweit heftige Proteste aus (**15.11.2019**). Nach Verlautbarungen von Amnesty International kommen bei Zusammenstößen in 21 Städten über 100 Menschen ums Leben.

Sri Lanka

In Sri Lanka geht der frühere Militärführer Gotabaya Rajapaksa mit einem Stimmenanteil von 52,25 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (**16.11.2019**). Gotabaya Rajapaksa, der Bruder des langjährigen Präsidenten Mahinda Rajapaksa (2005 bis 2015), gilt als Hardliner. Er spielte eine wichtige Rolle bei der Niederschlagung des Aufstands der Tamilen vor zehn Jahren. Der neue Staatschef verhilft seinem Bruder Mahinda Rajapaksa zum politischen Comeback und ernennt ihn zum neuen Ministerpräsidenten.

Nahost-Konflikt/israelisch-palästinensischer Konflikt

Westjordanland

USA

Kehrtwende in der Nahost-Politik der USA. Jüdische Siedlungen im besetzten Westjordanland verstossen nach Auffassung der US-Regierung nicht per se gegen internationales Recht. Washington werde israelische Siedlungen künftig nicht mehr als völkerrechtswidrig betrachten (**18.11.2019**).

Israel

Erstmals wird in Israel ein amtierender Regierungschef unter Anklage gestellt. Der Generalstaatsanwalt erhebt Anklage gegen Ministerpräsident Benjamin Netanyahu wegen Bestechlichkeit, Betrugs und Untreue (**21.11.2019**).

Kolumbien

In mehreren Städten Kolumbiens kommt es zu Massenprotesten gegen die Politik von Staatschef Iván Duque (**21.11.2019**). Gefordert werden soziale Verbesserungen und ein günstiger Zugang zu Bildung. Nach Ausschreitungen wird über die Hauptstadt Bogotá eine nächtliche Ausgangssperre verhängt-

China/Hongkong

Bei den Bezirkswahlen in Hongkong erringt das prodemokratische Lager einen deutlichen Sieg (**24.11.2019**).

Uruguay

In Uruguay endet die 15-jährige Vorherrschaft des Linksbündnisses Frente Amplio. Luis Lacalle vom konservativen Partido Nacional geht als Sieger aus der Stichwahl um das Präsidentenamt hervor. Er besiegt mit einem Stimmenanteil von 50,79 Prozent knapp den Kandidaten des Frente Amplio, Daniel Martínez (Martínez). Luis Lacalle ist der Sohn des früheren Präsidenten Luis Alberto Lacalle (**24.11.2019**).

Im Abgeordnetenhaus bleibt das Frente Amplio trotz acht Sitzverlusten mit 42 der 99 Sitze Mandate stärkste Kraft vor dem konservativen Partido Nacional mit 30 und dem liberalen Partido Colorado mit 13 Mandaten. Die rechtspopulistische Partei Cabildo Abierto gewinnt auf Anhieb 11 Sitze.

Frankreich/Mali

In Mali kommen beim Zusammenstoss von zwei Militärhelikoptern während eines Kampfeinsatzes gegen Jihadisten 13 französische Armeeangehörige ums Leben (**25.11.2019**).

USA/China/Hongkong

Die USA unterstützen die Demokratiebewegung in Hongkong. US-Präsident Donald Trump unterzeichnet zwei vom Kongress verabschiedete entsprechende Gesetze (**27.11.2019**). Die Regierung in Peking protestiert gegen die „Einmischung in innere Angelegenheiten“.

Libyen/Türkei

Die Türkei schliesst mit der international anerkannten libyschen Regierung von Ministerpräsident Fayez al-Sarraj ein Abkommen über Sicherheit und militärische Kooperation ab (**27.11.2019**). Der Vertrag erlaubt es der türkischen Regierung, militärische Berater nach Libyen zu entsenden.

Ausserdem unterzeichnen beide Staaten ein Abkommen über die Abgrenzung maritimer Interessensphären im östlichen Mittelmeer. Die Vereinbarung löst international heftige Kritik aus. Hintergrund sind Auseinandersetzungen über das Recht auf Förderung von Erdgas.

EU

Umwelt/Klima

Das Europäische Parlament ruft den „Klima- und Umweltnotstand“ für Europa aus (**28.11.2019**).

Irak

Der irakische Ministerpräsident Adel Abdul-Mahdi kündigt nach wochenlangen Protesten, die fast 400 Tote fordern, seinen Rücktritt an (**29.11.2019**). Der Irak erlebt die grösste Protestwelle seit dem Sturz von Machthaber Saddam Hussein im Jahr 2003. Auslöser sind Korruption, Misswirtschaft und die hohe Arbeitslosigkeit. Die Protestierenden fordern eine neue politische Ordnung und ein Ende der iranischen Bevormundung.

Suriname

Der Staatspräsident von Suriname, Desiré „Desi“ Bouterse, wird wegen der „Dezembermorde“, der Hinrichtung von 15 politischen Gegnern im Jahr 1982 (vgl. 8.12.1982) zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt (**29.11.2019**). Bouterse geht erfolglos in die Berufung. Das Urteil wird 2021 und 2023 bestätigt.

Grossbritannien

Ein vorzeitig aus der Haft entlassener Terrorist tötet im Zentrum Londons zwei Menschen mit Messerstichen (**29.11.2019**).

Deutschland

Die Basis der deutschen Sozialdemokraten spricht sich mit einer Mehrheit von gut 53 Prozent für die Bundestagsabgeordnete Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans, ehemaliger Finanzminister Nordrhein-Westfalens, als neue SPD-Vorsitzende aus (**30.11.2019**). Die beiden Vertreter des linken Parteiflügels gelten als Skeptiker der Grossen Koalition mit den Unionsparteien CDU/CSU). Damit erhält die SPD erstmals eine Doppelspitze.

Malta

Der wegen der Ermordung der Journalistin Daphne Caruana Carvana unter Druck geratene maltesische Premierminister Joseph Muscat kündigt seinen Rücktritt an (**1.12.2019**).

USA

Ukraine-Affäre

Der Geheimdienstausschuss des US-Repräsentantenhauses legt seinen Bericht zur Ukraine-Affäre vor und sieht eine „überwältigende“ Beweislast gegen Präsident Donald Trump. Der Präsident habe sich eines „Fehlverhaltens“ schuldig gemacht, indem er Druck auf die Ukraine ausübte, Ermittlungen gegen den demokratischen Präsidentschaftskandidaten Joe Biden aufzunehmen, heisst es in dem Bericht (**3.12.2019**). Der Justizausschuss des Repräsentantenhauses erhält den Auftrag, konkrete Anklagepunkte (articles of impeachment) auszuarbeiten (5.12.2019). Die Anklagepunkte lauten: Machtmissbrauch und Behinderung der Arbeit des Kongresses.

USA/China

Das US-Repräsentantenhaus beschliesst ein Gesetz zur Unterstützung der Menschenrechtslage der Uiguren in China. Vorgesehen sind Sanktionen gegen chinesische Regierungsvertreter, denen Unterdrückung der Uiguren vorgeworfen wird (**3.12.2019**).

Finnland

Nach nur einem halben Jahr tritt der finnische sozialdemokratische Ministerpräsident Antti Rinne zurück (**3.12.2019**). Auslöser ist eine umstrittene Reorganisation der Post. Nachfolgerin wird die 34 Jahre alte bisherige sozialdemokratische Verkehrsministerin Sanna Marin. Sie setzt die bestehende Fünf-Parteien-Koalition fort.

Frankreich

In Frankreich beginnt eine Streik- und Protestwelle gegen die geplante Rentenreform (5.12.2019). Hunderttausende Menschen beteiligen sich an den Protesten. Von den Streiks ist vor allem der öffentliche Verkehr betroffen.

Papua-Neuguinea

Bougainville

Die Bevölkerung von Bougainville entscheidet sich in einem nicht bindenden Referendum mit rund 98 Prozent Ja-Stimmen für die Unabhängigkeit von Papua-Neuguinea. Letztlich entscheidet das Parlament von Papua-Neuguinea über das Unabhängigkeitsbegehren (**7.12.2019**).

Ukraine/Russland

Konflikt Donbass-Ostukraine/

Frankreich/Deutschland

Ukraine-Gipfel im Rahmen des Normandie-Formats in Paris: Die Präsidenten Russlands und der Ukraine, Wladimir Putin und Wolodimir Selenski (Wolodymyr Selenskyj), sowie der französische Staatspräsident Emmanuel Macron und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel verständigen sich auf Schritte zur Entspannung der Lage in der Ostukraine: Neuer Anlauf für einen dauerhaften Waffenstillstand, Gefangenenaustausch sowie Truppenentflechtungen entlang der Frontlinie (**9.12.2019**).

Russland

Olympische Spiele

Russland darf wegen Dopingvergehen nicht als nationale Mannschaft an den kommenden Olympischen Spielen teilnehmen. Dies beschliesst die Welt-Anti-Doping-Agentur (**9.12.2019**). Russische Sportlerinnen und Sportler dürfen jedoch als „neutrale Athleten“ starten, wenn sie nicht in Dopingskandale verwickelt sind.

Friedensnobelpreis

Äthiopien

Der äthiopische Ministerpräsident Abiy Ahmed wird für seine Verdienste bei der Entschärfung des Grenzkonflikts mit dem Nachbarstaat Eritrea mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet (**10.12.2019**).

Literaturnobelpreis

Österreich/Polen

Der österreichische Schriftsteller Peter Handke erhält den Literaturnobelpreis. Die Preisverleihung an Peter Handke ist wegen seiner Haltung im Jugoslawien-Krieg und der Solidarisierung mit Serbien umstritten. Mit dem Literaturnobelpreis für 2018 wird die polnische Schriftstellerin Olga Tokarczuk geehrt (**10.12.2019**).

Physiknobelpreis/Schweiz

Der kanadische Kosmologe James Peebles und die beiden Schweizer Astronomen Michel Mayor und Didier Queloz werden mit dem Nobelpreis für Physik ausgezeichnet (**10.12.2019**).

EU

Umwelt/Klima

Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen stellt einen Green Deal für mehr Klimaschutz vor (**11.12.2019**). Die Europäische Union soll bis 2050 klimafreundlich umgebaut und klimaneutral werden. Die EU-Gipfelkonferenz unterstützt das Ziel der Klimaneutralität (12.12.2019). Polen wird eine Ausnahmeregelung zugestanden.

Schweiz

Vergeblich versuchen die bei den eidgenössischen Wahlen erfolgreichen Grünen einen Sitz in der Schweizer Landesregierung zu erobern. Die Kandidatur von Regula Rytz scheitert. Alle bisherigen Mitglieder des Bundesrates werden vom Parlament bestätigt (**11.12.2019**).

Grossbritannien

Erdrutschsieg für die Conservative Party von Premierminister Boris Johnson bei den Unterhauswahlen in Grossbritannien (**12.12.2019**). Die Tories übertreffen mit 365 Mandaten (plus 47) deutlich die absolute Mehrheit und erzielen das beste Ergebnis seit 1987. Auch Wahlkreise in ehemaligen Bergarbeiter- und Industrieregionen, die seit Jahrzehnten in fester Hand der Labour Party waren, kippen ins Lager der Tories. Schwere Verluste muss die Labour Party von Jeremy Corbyn verkraften. Sie hat noch 203 Sitze (minus 59) und erzielt damit das schlechteste Ergebnis seit 1935. Drittstärkste Kraft ist die Scottish National Party (SNP) mit 48 Mandaten (plus 13). Die Liberal Democrats müssen sich mit 11 Mandaten (minus 1) begnügen. Ihre Parteivorsitzende Jo Swinson tritt zurück. Die nordirische Democratic Unionist Party gewinnt 8 Sitze (minus 2). Auf die übrigen Parteien entfallen 15 Mandate.

US/Türkei/Armenien

Der US-Kongress stuft die im Osmanischen Reich im Ersten Weltkrieg begangenen Massaker an den Armeniern als Völkermord ein (**12.12.2019**).

Algerien

Algerien erhält einen neuen Präsidenten: Der frühere Premierminister Abdelmadjid Tebboune geht mit einem Stimmenanteil von 58,15 Prozent als Sieger aus der Präsidentenwahl hervor (**12.12.2019**). Er tritt die Nachfolge von Abdelaziz Bouteflika an.

Pakistan

Der frühere pakistanische Machthaber Pervez Musharraf wird in Abwesenheit wegen Hochverrats zum Tode verurteilt (**17.12.2019**). Rund vier Wochen später (13.1.2020) wird das Urteil von höheren Gerichtsinstanzen aufgehoben.

USA/Russland/Deutschland

Nord Stream 2

Nach dem US-Repräsentantenhaus spricht sich auch der Senat für Strafen gegen Firmen aus, die am Bau der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 beteiligt sind. Nord Stream 2 soll russisches Erdgas durch die Ostsee nach Deutschland bringen (**17.12.2019**).

USA

Ukraine-Affäre

Das US-Repräsentantenhaus stimmt für ein Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Donald Trump. Damit muss sich Trump als dritter Präsident nach Andre Johnson und Bill Clinton einem Amtsenthebungsverfahren im US-Senat stellen. Die Abgeordneten votierten mit 230 zu 197 Stimmen für den Anklagepunkt des Amtsmissbrauchs in der Ukraine-Affäre. In einer zweiten Abstimmung billigen die Abgeordneten dann mit der Mehrheit der Demokraten auch den zweiten Vorwurf der Behinderung des Kongresses (**18.12.2019**).

Australien

Katastrophen/Waldbrände und Buschbrände

Australien wird seit Oktober von verheerenden Buschbränden heimgesucht. Besonders betroffen sind New South Wales, Victoria und Queensland. Im australische Bundesstaat New South Wales wird der Notstand verkündet (**18.12.2019**).

Australien erlebt eine Rekordhitze. Mit 40,9 Grad liegt die landesweite durchschnittliche Höchsttemperatur so hoch wie noch nie. Etwa 10 Millionen Hektaren sind bis Mitte Januar 2020 niedergebrannt. Das entspricht mehr als dem Doppelten der Fläche der Schweiz. Millionen Tiere kommen ums Leben.

Indien

In Indien löst ein neues Staatsbürgergesetz, das Muslime ausgrenzt, heftige Proteste in zahlreichen Städten aus (**19.12.2019**).

Libanon

In Libanon wird Universitätsprofessor Hassan Diab, ehemaliger Erziehungsminister, mit der Regierungsbildung beauftragt (**19.12.2019**). Nach sechswöchigen Verhandlungen stellt er eine „unparteiische Regierung von Experten“ vor (21.1.2020).

Grossbritannien

EU

Das britische Unterhaus billigt den von Premierminister Boris Johnson vorgelegten Brexit-Vertrag, dies dank der klaren konservativen Mehrheit (**20.12.2019**). Seine Amtsvorgängerin Theresa May war damit dreimal gescheitert. Nun ist für Johnson der Weg frei für den Austritt aus der Europäischen Union am 31. Januar 2020.

Schweiz

In der Schweiz beginnt der Atomausstieg. Das Atomkraftwerk Mühleberg bei Bern wird abgeschaltet (**20.12.2019**).

Polen

Das polnische Parlament verabschiedet ein Gesetz zur Richterdisziplinierung und geht damit auf Konfrontationskurs mit der Europäischen Union (**20.12.2019**).

Usbekistan

In Usbekistan finden die ersten Parlamentswahlen nach dem Tod des langjährigen Machthabers Islam Karimow im September 2016 statt. Alle Mandate gehen an regierungstreue Parteien (**20.12.2019**).

Kuba

Mit Manuel Marrero erhält Kuba erstmals seit 1976 wieder einen Ministerpräsidenten (**21.12.2019**). Mit der Verfassung von 1976 war das Amt des Ministerpräsidenten, das Revolutionsführer Fidel Castro innehatte, abgeschafft worden. Fidel Castro wurde danach Vorsitzender des Staatsrates (presidente de los Consejos de Estado y de ministros de la Republica de Cuba).

Syrien/Syrien-Konflikt

Die UNO warnt vor einer neuen humanitären Katastrophe in Syrien (**23.12.2019**). Nach Beginn einer neuen Offensive syrischer Regierungstruppen in der Rebellenprovinz Idlib flüchten Hunderttausende Menschen in Richtung türkische Grenze.

Verstorbene Persönlichkeiten (aus Kultur, Wissenschaft und anderen Bereichen)

Der deutsche Sänger (Oper, Lied, Oratorium) und Dirigent Peter Schreier stirbt im Alter von 84 Jahren (**25.12.2019**).

Somalia

Bei einem Selbstmordanschlag in der somalischen Hauptstadt Mogadiscio kommen über 80 Menschen ums Leben (**28.12.2019**).

Guinea-Bissau

Oppositionsführer Umaro Sissoco Embaló (Embalo) geht als Sieger aus der von Betrugsvorwürfen überschatteten Präsidentenwahl in Guinea-Bissau hervor (**29.12.2019**). Sein Vorgänger José Mário Vaz war bereits in der ersten Runde ausgeschieden.

Korea (Nordkorea)

Nordkorea will sich nicht mehr an das im April 2018 verkündete Moratorium für Atomversuche und Tests von Interkontinentalraketen halten und kündigt eine neue strategische Waffe an. Machthaber Kim Jong Un erklärt an einer Sitzung des Zentralkomitees der herrschenden Arbeiterpartei, es gebe keinen Grund, „länger einseitig an die Verpflichtungen gebunden zu sein“. Schuld seien die USA (**31.12.2019**).